

1
H5
no. 74-75

HISTORISCHE STUDIEN II

VERÖFFENTLICHT

VON

E. EBERING

DR. PHIL.

HEFT LXXIV

DIE REICHSPOLITIK BISCHOF WILHELMS III. VON STRASSBURG,
GRAFEN VON HONSTEIN. 1506—1541.
VON DR. RICHARD WOLFF.

BERLIN 1909

Die Reichspolitik
Bischof Wilhelms III. von Strassburg,
Grafen von Honstein.
1506—1541.

Ein Beitrag zur Reichsgeschichte im Zeitalter
Maximilians I. und Karls V.

Von

Dr. Richard Wolff.

BERLIN

1909

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck.

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America



Strassburger Landes-Münzsammlung.

(Vgl. S. 11 Anm. 1.)

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	1--8
Einleitung. Wilhelm von Honstein bis zu seiner Wahl zum Straßburger Bischof	9--22
I. Buch. Die Reichspolitik Bischof Wilhelms unter Maximilian I. 1506--1519	23--93
I. Kapitel. Die Zeit des Zusammenarbeitens mit dem Kaiser. 1506--1513	25--65
§ 1. Wahl und erste Tätigkeit 1506--1507	27--37
§ 2. Während der Reichstage zu Konstanz, Worms, Augsburg und Trier-Köln 1507--1512	38--57
§ 3. Der Reichstag zu Worms 1513	57--65
II. Kapitel. Inmitten des Fehdelebens 1513--1519	67--94
§ 1. Die Mainzer Erzbischofswahl 1514	70--76
§ 2. Württembergische Unruhen	76--83
§ 3. Sickingenfehde	84--93
II. Buch. Die Reichspolitik Bischof Wilhelms unter Karl V. 1519--1541	95--358
I. Kapitel. Wahl Karls V. Wormser Reichstag und Reichsregiment 1519--1524	97--193
§ 1. Von der Wahl Karls V. bis zum Reichstage zu Worms 1519--1520	99--104
§ 2. Der Reichstag zu Worms 1521	104--112
§ 3. Maßnahmen Wilhelms gegen Frankreich. Ge- sandschaft nach Zürich 1521--1522	112--130
§ 4. Erster Reichstag zu Nürnberg. Kreistag zu Speyer 1522	130--139
§ 5. Stellung zu Franz von Sickingen. Zweiter Reichstag zu Nürnberg 1522--1523	140--156
§ 6. Tübinger Urteil im Prozeß Hessen-Nassau. Wilhelms Beziehungen zum Kaiser. Reichspolitik bis zur Verlegung des Reichsregimentes nach Eßlingen 1523--1524	156--171

§ 7. Stellung zur religiösen Bewegung. Das Fest-	
schießen in Heidelberg und der Regensburger	
Konvent 1524	171—193
II. Kapitel. Wilhelm als Statthalter im Erzbistum Mainz.	
Herbst 1524 bis Frühjahr 1526	195—257
§ 1. Annahme der Statthalterschaft Oktober 1524 .	197—203
§ 2. Der Bauernkrieg im Erzstift Mainz	203—214
§ 3. Niederwerfung der Empörung im Erzstift Mainz	
und Bistum Straßburg	215—229
§ 4. Bis zum Speyerer Reichstag. Wilhelm von	
Straßburg unter den Führern der katholischen	
Reaktion. Herbst 1525 bis Juni 1526	230—258
III. Kapitel. Wilhelms reichspolitische Tätigkeit vom	
ersten Speyerer Reichstage bis zur Aufgabe der	
Koadjutorschaft in Mainz 1526—1531	259—335
§ 1. Der erste Reichstag zu Speyer und der Regi-	
mentstag zu Eßlingen 1526	261—274
§ 2. Bis zum zweiten Speyerer Reichstage 1527—1529	
274—289	
§ 3. Bis zur Ankunft des Kaisers in Deutschland	
1529—1530	289—303
§ 4. Der Reichstag in Augsburg 1530	304—317
§ 5. Wilhelm der Koadjutor Albrechts von Mainz	
317—335	
IV. Kapitel. Ueberblick über die Jahre 1532—1541. —	
Wilhelms Versagen in der Reichspolitik	337—357
Schluß	359—368
Anhang: I. Archivalische Uebersicht	369—377
II. Literaturverzeichnis	379—395

Vorwort.

Seitdem Sleidan am Schluß der Reformationszeit seine große aktenmäßige Darstellung dieser Periode mit Hilfe von Archivalien protestantischer Reichsstände vollendet hatte, blieb die Geschichtsschreibung der Reformation in den von ihm gezeichneten Bahnen. Sie blieb im großen und ganzen protestantisch. Hieraus folgten zwei Uebelstände. Die Forscher sahen erstens ihren Gegenstand in einem zu günstigen Licht, was in einer Zeit, da die Geschichtsschreibung noch einen mehr panegyrischen Charakter hatte, begreiflich ist. Sodann wurde der Gegenstand der Forschung selbst immer nur aus dem Gesichtskreis der protestantischen Gelehrten gewählt. Die Geschichte der Reformatoren und derjenigen Reichsstände, die deren Werk begünstigten, wurden in ausgiebigster Weise durchforscht und aufgeklärt. — Zwar ist mit dem Erwachen historischer Kritik im neunzehnten Jahrhundert dem ersten Uebelstande wesentlich abgeholfen worden, doch der zweite blieb bestehen. Leopold von Ranke, das klassische Beispiel objektiver Geschichtsschreibung, schöpfte aus protestantischen Archiven. Als nun in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts die Geschichtsschreibung des Zeitalters Maximilians I. und Karls V. auch von katholischer Seite systematisch in Angriff genommen wurde, wurde

damit der Einseitigkeit unserer Kenntnis noch nicht abgeholfen. Denn, wie dies bei einer aus der Opposition erzeugten Stimmung begreiflich ist, suchte man von hier aus zunächst die Geschichtsforschung der Protestanten zu widerlegen und dabei bediente man sich in erster Linie desselben Materials, das den Protestanten zu Gebote gestanden hatte; nur wurde es von anderer Seite betrachtet. Die Einseitigkeit unserer Kenntnis blieb. Daher konnte mit Recht Hermann Baumgarten in seiner Vorrede zum dritten Bande seiner Geschichte Karls V. (1892) klagen, daß die Geschichte der hauptsächlichsten katholischen Stände noch immer im Dunkeln läge. Gerade die wichtigsten Publikationen, die seitdem erschienen sind, vor allem die vier Bände der deutschen Reichstagsakten zeigen, wieviel Material die Archive der katholischen Reichsstände zur Erhellung unserer Kenntnis der damaligen Reichsgeschichte noch beibringen können. Mit Ausnahme der Geschichte Herzog Georgs von Sachsen, dessen bedeutende Korrespondenzen zum Teil schon veröffentlicht sind und abgesehen von einigen Spezialarbeiten über einzelne Momente aus dem Leben einiger katholischer Reichsstände ist in dieser Hinsicht noch nichts getan.

Am wenigsten bekannt ist uns noch die Geschichte der geistlichen Fürsten damaliger Zeit. Neben den oben geschilderten Momenten treten hier noch zwei weitere hinzu, die diesen Uebelstand verschuldeten. Einmal war das Interesse an der Geschichte dieser Reichsstände seit der Vernichtung ihrer Existenz bedeutend gesunken — denn auch die Wissenschaft ist in der Wahl ihres Forschungsobjektes stark von Zeitströmungen beeinflusst; — anderer-

seits waren eben seit den Tagen der Säkularisierung der geistlichen Fürstentümer deren Archivalien zum großen Teil in so unglaublicher Weise zersplittert — man braucht nur an Kurmainz zu denken, — daß die Erforschung derselben auch jetzt, da in dieser Beziehung vieles gebessert worden ist, noch mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Deshalb wird man niemals mehr ein so vollständiges Bild von der Vergangenheit dieser geistlichen Fürstentümer erhalten können, wie von anderen ehemaligen Reichsständen, über deren Archiven ein gnädigeres Geschick gewaltet hat.

So konnte es denn kommen, daß über das Leben des Straßburger Bischofs Wilhelm III., der die längste Zeit während des Zeitalters Maximilians I. und Karls V. auf dem Straßburger Bischofsstuhl saß, bis vor kurzem nicht viel mehr bekannt war, als was von Wimpfeling in seinem *Catalogus episcoporum Argentinensium* 1508, zwei Jahre nach der Wahl Wilhelms III. veröffentlicht worden war und einige Lokalhistoriker des Harz und des Elsasses später hinzugetragen hatten¹. Andererseits aber ist die Geschichte

1. Die wenigen Autoren, die Quellenwert haben, werden jeweils an der betreffenden Stelle aufgeführt werden. Die thüringisch-harzer Literatur wird in der Einleitung angegeben.

Einige der früheren Autoren mögen hier genannt werden: G. Bruschius, *Magni operis de omnibus Germaniae episcopatus tomus primus*, Augsburg 1549 p. 75 beruht ganz auf Wimpfeling. — Bernhard Hertzog. *Chronicon Alsatie* Edelsasser Cronick und ausführliche Beschreibung des untern Elsasses am Rheinstrom. Straßburg 1592. Buch IV p. 115—121 bringt auch nichts Neues. — Selbst Franciscus Guillimanus [*De episcopis Argentinensibus liber commentarius*, Freiburg i. Br. 1608 p. 435—448], der sein Werk dem Straßburger Bischof Leopold von Oesterreich, auf dessen Geheiß er es angefertigt zu haben scheint, gewidmet hat, geht in den Tatsachen nicht über Wimpfeling hinaus. Er wird viel von Kompilatoren des 17. und 18. Jahrhunderts zitiert. Vgl. Louis Laguille, *Histoire de la province d'Alsace depuis*

der Reichsstadt Straßburg, die zweifellos erheblich bedeut-
samer war als die des Straßburger Bischofs, durch ver-
dienstvolle Arbeiten und Quellenpublikationen in das hellste

Jules César jusqu'au Mariage de Louis XV. Deux parties, Straßburg 1727
Tom II p. 4ff. 17. 20. 24. 29. — Mit neuem archivalischen Materiale
versehen ist die biographische Skizze in: Gallia Christiana Tomus
Quintus, Parisii 1731 pag. 816—817. — Als beste der Kompilationen
des 18. Jahrhunderts sei noch genannt: Johann David Köhlers historische
Münzbelustigung. Zwölffter Theil, Nürnberg 1740 S. 73—80. — Die
Darstellung des Lebens Wilhelms von Honstein in der Bischofs-
geschichte des bekannten bischöflichen Archivars Ph. Ard. Grandidier
[Histoire de l'église et des évêques princes de Strasbourg 2. Bd. 1776,
1778; jetzt zu benutzen in der Neuausgabe von J. Liblin. Oeuvres
historiques inédites de Ph. Ard. Grandidier, Tome quatrième. Colmar
1866 p. 370—408] ist zwar ausführlicher als die vorhergehenden, gibt
aber abgesehen von einigen aus dem bischöflichen Archiv geschöpften
Daten nichts Neues an tatsächlichem Material. Die Darstellungen, die
sich nach Grandidier mit Wilhelm von Honstein beschäftigt haben,
beruhen völlig auf den vorhergehenden Werken. So Johannes Friese,
Neue vaterländische Geschichte der Stadt Straßburg. Bd. II 1791
S. 185; Adam Walther Strobel, Vaterländische Geschichte des Elsasses.
Bd. III (1843) und Bd. IV (1844) passim; G. W. Schmid, Geschichte
des Bistums Straßburg, Gotha 1858 S. 42—44; F. W. Ebeling, Die
deutschen Bischöfe bis zum Ende des 16. Jahrhunderts, Leipzig 1858.
S. 480; L. G. Glöckler, Geschichte des Bistums Straßburg 1879 2 Bde.
Bd. I S. 344—385. Die neueste biographische Uebersicht von Eduard
Sitzmann, „Dictionnaire des hommes célèbres de l'Alsace depuis les
temps les plus reculés jusqu'à nos jours. Tome premier. A. J. Rixheim 1909
p. 797, 798, bietet nur einen Auszug aus Grandidier. — Ueber diesen
Wust von wertlosen biographischen Angaben hinaus erheben sich zwei
neue biographische Skizzen über Wilhelm von Honstein: 1) Wilhelm
Wiegand (allgemeine deutsche Biographie, Bd. 43. Leipzig 1898
S. 205—207) — 2) Johannes Ficker (Handschriftenproben des 16. Jahr-
hunderts nach Straßburger Originalen. Erster Band (Straßburg 1902)
Tafel 37). Beide geben auf Grund durchaus zuverlässigen Materials
den Stand der Forschung über Wilhelm von Honstein und charak-
terisieren ihn treffend. — Das von Wiegand eingesehene Manuskript von
Gaß über Wilhelm von Honstein, das bis zum heutigen Tage noch
unveröffentlicht ist, ist auch mir durch die Güte des Herrn Verfassers
zugänglich geworden. Wenn auch in ihm das Hauptaugenmerk auf die

Licht gerückt worden. Auch hier hat wieder die Ungleichheit unserer Kenntnis zu Ungunsten des Straßburger Bischofs eingewirkt.

Die vorliegende Arbeit soll keine Biographie des Straßburger Bischofs Wilhelm von Honstein geben, sondern sie will die Beziehungen desselben zu dem Reiche und seinen Organen, in erster Linie zu dessen jeweiligem Oberhaupte zur Darstellung bringen und klar zu legen versuchen, inwieweit der Bischof an der allgemeinen Geschichte des deutschen Reiches tätigen Anteil genommen hat. Sein Wirken als geistliches Oberhaupt der ihm unterstellten Diözese, sowie seine Tätigkeit als Territorialherr, seine Arbeiten auf dem Gebiete der Landesverwaltung bleiben hier unberücksichtigt. Für das Verständnis der Reichspolitik Wilhelms war es jedoch — zumal für jene Epoche — unbedingt erforderlich die Stellungnahme des Kirchenfürsten zur Entwicklung der religiösen Bewegung in seinem Bistum und vor allem in der Stadt Straßburg wenigstens in großen Umrissen darzustellen. Es konnte um so eher in dieser Form geschehen, da die Geschichte der Reformation der Stadt Straßburg in einer Reihe wertvoller Arbeiten behandelt worden ist, die alle des Bischofs Stellungnahme zu ihr untersucht haben.

Daß einzelne Abschnitte ausführlicher, als es notwendig erscheinen könnte, behandelt worden sind, wie die Mainzer Erzbischofswahl von 1514 und die sonstigen Mainzer An-

kirchliche Tätigkeit Wilhelms gelegt worden ist, so hat es mir doch manche Hinweise auch für die Reichspolitik des Bischofs, die mir nicht zugänglich waren, gegeben. Ich habe an den betreffenden Punkten dies jeweils vermerkt. Ich sage auch an dieser Stelle Herrn Professor Gaß meinen verbindlichsten Dank,

gelegenheiten oder die Beziehungen des Kaisers zu den Eidgenossen im Jahre 1521 oder der oberrheinische Kreistag in Speyer vom Jahre 1522, geschah hauptsächlich deswegen, weil ohne eine eingehende Darlegung der betreffenden Handlung die Stellung des Bischofs zu ihr schwer verständlich gewesen wäre. Bei den beiden letzteren, die für die Reichsgeschichte nicht unwichtig sind, trat noch der Umstand hinzu, daß dieselben hier zum ersten Male mit wesentlich neuem Materiale dargestellt werden konnten. Andererseits erschien es geboten, bei dem Abschnitte über den Bauernkrieg sich auf eine einfache Darstellung des Herganges und das nur soweit, als der Bischof unmittelbar in ihn hinein verwickelt war, zu beschränken. Ebenso konnte bei der Behandlung der Jahre 1532—1541 von einer Darstellung der einzelnen in Betracht kommenden Vorgänge im Reiche ganz abgesehen werden, da der Bischof an ihnen keinen nennenswerten Anteil mehr nahm.

Auch bedarf es noch eines Wortes der Erklärung für die Darstellung des ersten Buches, welches die Epoche Maximilians behandelt. Unverhältnismäßig ausführlich mußten hier einzelne Ereignisse geschildert werden, im Vergleich zu dem, was über die Beziehungen Bischof Wilhelms zu ihnen gebracht werden konnte. Schuld hieran ist das Fehlen eines zusammenhängenden Materials. Nur ganz wenige Notizen konnten zusammengelesen werden, deren Nebeneinanderstellen einer bloßen Materialsammlung gliche und nicht im geringsten zum Verständnis von Bischof Wilhelms Reichspolitik beitragen könnte. Nur wenn die in Betracht kommenden Begebenheiten im Zusammenhange dargestellt wurden, konnten die sporadisch auftreten-

den Nachrichten über Wilhelms Beziehungen zu ihnen richtig eingeordnet und gewertet werden.

Zum Schluß erübrigt es noch ein Wort des Dankes für die mir zuteil gewordene Unterstützung allen den Herren zu sagen, die im Einzelnen im Laufe der Arbeit namhaft gemacht sind, sowie den Vorständen der im Anhang I genannten Archive. Ganz besonderen Dank schulde ich der Straßburger Universitäts- und Landesbibliothek und den Herren Archivdirektor Dr. H. Kaiser und Archivassistent Dr. P. Wentzcke vom Bezirksarchiv zu Straßburg, die mir in nie versagender Bereitschaft jedwede Hilfe angedeihen ließen.

Einleitung.

Wilhelm von Honstein

bis zu seiner Wahl zum Strassburger Bischof.

Im Jahre 1475¹ wurde Wilhelm als Sohn des regierenden Grafen Ernst IV. von Honstein² und der Freiin Margaretha, Herrin zu Gera-Lobenstein geboren. Da Graf Ernst der Linie Lohra-Klettenberg dieses mächtigen und reich begüterten Südharzer Grafengeschlechts angehörte, dessen Residenz die 15 km südwestlich der Reichstadt Nordhausen

1. Als Geburtsjahr ist bisher (W. Wiegand a. a. O.; Ficker-Winkelmann a. a. O.) ca. 1470 angegeben, da als einzige Quelle die Mitteilung bei Sebastian Brant („Inreiten des Bischoffs“) im *Code historique et diplomatique de la ville de Strasbourg. Deuxième Partie*, Strasbourg 1843 p. 295 bekannt war, nach welcher bei seinem Regierungsantritt Wilhelm: „wenig über XXXVI jar alt“ war. -- Das richtige Datum gibt eine in der Straßburger Landes-Münzsammlung befindliche Denkmünze vom Jahre 1526. Die Vorderseite dieser Münze trägt die Inschrift: „Wilhelm9 Dei. Gra. Epus. Argen. Alsacieq3. Lantgravio. Ao. Etats. Sue. LI.“; die Rückseite „Insignia. eiusdem. Anno. Domini M. D. XXVI.“ — Ich behalte mir vor an anderer Stelle ausführlicher über diese Medaille, wie über die Ikonographie Wilhelms von Honstein überhaupt zu handeln.

2. Ueber die Literatur der Grafen von Honstein gilt dasselbe, was im Vorwort zur elsässischen Literatur gesagt ist. Der beste Kenner Honsteinischer Geschichte, Karl Meyer in Nordhausen, dem ich einige wertvolle Mitteilungen verdanke, ist mit seinen Regesten leider erst bis 1312 gekommen [Zeitschrift des Harzvereins Bd. XXVIII (1895) S. 397—541]. Sichere genealogische Nachrichten, die für Wilhelm von Honstein zu verwerten sind, gibt bisher nur: Gustav Schmid und Paul Zimmermann, Das Grabdenkmal Graf Ernst VII. von Honstein im Kloster Walkenried [Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte und Altertums-kunde Bd. XXII. (1889) S. 202—224]. — Die Genealogien von: Johann Hübner [Genealogische Tabellen II 1727 Tab. 661], K. Hopf [Historisch-genealogischer Atlas 1858 S. 222—223], H. Grote [Stammtafeln 1877 no. 180 S. 237] und andere bringen nur mit mehr oder weniger Kritik das unzuverlässige Material älterer Autoren. Von diesen kommen für

gehörige Burg Lohra³ war, so wird diese Burg wahrscheinlich die Geburtsstätte Wilhelms gewesen sein. Der Sitte der Zeit entsprechend wurde Wilhelm als ein jüngerer⁴ Sohn des Hauses für den geistlichen Stand bestimmt. Schon

Wilhelm von Honstein in Betracht: Cyriacus Spangenberg, Honnebergische Chronica, Straßburg 1599 passim. — Georg Hellwich. Nobilitas Ecclesiae Moguntinae. Mainz 1614 fol. 24. — H. Eckstorm. Chronicon Walkenredense, Helmstaedt 1617 S. 29 u. ö. — Friedrich Lucae. Des hl. römischen Reichs uralter Graffen Saal 1702 S. 286. — Joh. Georg Leuckfeld. Antiquitates Walkenredenses 1706 passim. — Georgius Christianus Joannis, Rerum Moguntiacarum Scriptores, Francf. ad Moenum Vol. I.—III 1722—1727 passim. — (Friedrich Christ. Lesser) Historische Nachrichten von der kaiserl. und des heil. röm. Reiches Freyen Stadt Nordhausen, Leipzig und Nordhausen 1740 S. 157, umgearbeitet und fortgesetzt von E. G. Förstemann, Herausg. vom Magistrate zu Nordhausen. Nordhausen 1860 S. 138. — Lebrecht Wilhelm Heinrich Heydenreich, „Historia des Hauses Schwarzburg.“ Anhang „Beschreibung derer Grafen von Honstein“ [Sammlung vermischter Nachrichten zur sächsischen Geschichte. Bd. X], Chemnitz 1775 S. 125f. — Gottlieb Christ. Schmähling, Hohensteinsches Magazin, Halberstadt 1788—1791 S. 49 — Johann Gottfried Hoche, Vollständige Geschichte der Grafschaft Hohenstein, Halle 1790 S. 158 u. ö. — Läncher, Geschichte der gräflichen Häuser und der Grafschaften Wernigerode, Stolberg, Roßla, Hohnstein und ihrer ehemaligen oder jetzigen Zubehörungen. Eisleben und Sangershausen 1844 S. 136, 140f. — Zur Orientierung über die weitverzweigte Verwandtschaft der Henneberger Grafen namentlich in Mitteldeutschland dient gut das auf archivalischer Grundlage beruhende Werk von J. Aschbach, Geschichte der Grafen von Wertheim 2. Bde., Frankfurt a. M. 1843 Bd. 1 S. 190.

3. Julius Schmidt, Beschreibende Darstellung der älteren Bau- und Kunstdenkmäler des Kreises Grafschaft Hohenstein. Herausgegeben von der historischen Kommission der Provinz Sachsen, Halle 1889 S. 101—113, vor allem S. 103. — Daß Lohra die Residenz des Grafen Ernst IV. war, bestätigt mir Herr Karl Meyer.

4. Die Genealogien setzen einmal Wilhelm an die erste Stelle unter der Reihe seiner Geschwister, dann wieder an letzte Stelle oder auch in die Mitte, sodaß hieraus nicht zu schließen ist, das wievielte Kind er war. Doch die damalige Sitte jüngere Söhne Geistliche werden zu lassen und die Tatsache, daß Graf Ernst IV. schon am Donnerstag nach Lätare 1462 [1. IV] seine Hochzeit mit der Freiin

als siebenjähriger Knabe im Jahre 1482⁵ wurde er als Kanonikus in den Hochstiften von Köln und Mainz, wahrscheinlich auch schon zu dieser Zeit in Straßburg⁶ aufgenommen. Die Erziehung des jungen Grafen leitete sein Großoheim⁷, der Graf Berthold von Henneberg, der seit

Margarethe feierte [gütige Mitteilung von Herrn Karl Meyer in Nordhausen], lassen darauf schließen, daß Wilhelm nicht der älteste Sohn war.

5. In Mainz wurde er am 22. Mai 1482 [Joannis a. a. O., Bd. II p. 371, Manuskript von Gaß] aufgenommen. In Köln wurde er am 22. Oktober 1482 vom Rheingrafen Gerhard zur Prébende des verstorbenen Propstes Valentin von Isenburg nominiert; seine Ahnenprobe daselbst ist datiert vom 7. Juli 1486 [W. Kisky, „Die Domkapitel der geistlichen Kurfürsten in ihrer persönlichen Zusammensetzung im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert“, Weimar 1906 S. 54.].

6. Georg Helwich a. a. O., fol. 24 sagt: „Wilhelmus Comes de Honstein, Canonicus factus anno 1482. Canonicus item Argentinensis.“ Da er in seiner Aufzählung der weiteren Pfründen Wilhelms in chronologischer Reihe fortfährt, könnte man daraus schließen, daß W. auch 1482 schon in Straßburg nominiert worden ist. Die Straßburger Archivalien geben hierüber keinen Aufschluß. Die Erfurter Matrikel (s. u.) erwähnt 1486 W. schon als Canonicus Argentinensis.

7. Vgl. Joseph Gaß, Zur Mainzer Erzbischofswahl vom Jahre 1514 [Katholik 74 II 1894] S. 16 Anm. 2. Neben dem bei Gaß angeführten Ausspruch Wimpfelings nennt Cochläus (s. u. Bach II, Kap. II, § 4, Anm. 8) ausdrücklich Wilhelm v. H. einen Schüler Bertholds von Henneberg. — Die Verwandtschaft Wilhelms mit den Grafen von Henneberg möge folgende Tabelle veranschaulichen:

Graf Gorg I. v. Henneberg Aschach † 25. 7. 1465

Philipp, Bisch. v. Bamberg 1475/1487	Georg II. Domherr in Straßburg 1508	Fried. II. † 1488	Heinr. X. Dom- scholaster in Straßburg † 1526	Hermann VII. † 1465	Berthold XIV. Erzb. v. Mainz 1484—1504	Anna † nach 1452 Gemahl: Heinr. XII. Herr zu Gera- Lobenstein † 1459
						Margaretha Herrin zu Gera-Lobenstein † v. 1497 Gemahl Graf Ernst IV. v. Honstein
					 Wilhelm I. Bisch. v. Straßburg.

1484 Erzbischof von Mainz war. Dieser Kirchenfürst, dessen Hof ein Sammelplatz der Humanisten war, war der größte Staatsmann und politische Reformator Deutschlands in jenen Tagen; er konnte seinem jungen Zögling dank seiner glänzenden Stellung und mächtigen Verwandtschaft, vor allem aber wegen seiner hervorragenden persönlichen Gaben und Eigenschaften die denkbar beste Erziehung zuteil werden lassen und ihm den Weg zu einer großen Laufbahn eröffnen. Zu den drei reichen Pfründen an den genannten Hochstiften, die alle Domänen des Hochadels⁸ waren, kamen bald noch andere hinzu. Im Jahre 1487 — nach einer weniger verbürgten Nachricht bereits 1486 — wurde Wilhelm Probst des berühmten reichsfreien weltlichen Domherrenstiftes S. Crucis in Nordhausen⁹. Diese Würde, die in fast ununter-

8. Siehe darüber Kisky a. a. O. passim. — Johannes Simon, Stand und Herkunft der Bischöfe der Mainzer Kirchenprovinz im Mittelalter, Weimar 1908. — Für Straßburg vgl. ganz besonders: Wilhelm Kothe, Kirchliche Zustände Straßburgs im vierzehnten Jahrhundert, Freiburg i. Br. 1903 S. 6 ff.

9. H. Eckstorm, Chronicon Walkenredense, Helmstädt 1617 S. 29 behauptet, daß Wilhelm bereits 1486 Probst von Nordhausen geworden ist, doch ist er sehr unzuverlässig; er berichtet z. B., daß Wilhelm 1509 Bischof von Straßburg geworden ist. — Ein Eintrag in dem Lehn- und Erbzinsbuch des Kreuzstiftes, an dessen Authentizität und Zuverlässigkeit nicht zu zweifeln ist, nennt das Jahr 1487 (P. Oßwald, Lehn- und Erbzinsbuch des Kreuzstiftes zu Nordhausen [Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte und Altertumskunde Band XII 1889 S. 151 f.]). 1514 wird Wilhelm erwähnt als „Wilhelmus D. G. Episcopus Argentinensis Alsaciaeque Landgravius et Praepositus ecclesiae sanctae Crucis in Northusen. [Lesser Förstemann a. a. O. S. 138.] 1531 schreibt Wilhelm an den Rat von Nordhausen als „Bischof Wilhelm zu Straßburg, Landgraff im Elsaß und Statthalter des Erzstifts Mentz, wie auch Probst alhie im Stift S. Crucis“. In diesem Brief teilt Wilhelm mit, daß sein bisheriger Prokurator, der Kanonikus des Kreuzstiftes Hermann Pfeiffer gestorben sei und er nunmehr Heinrich Rosenberg, Probst zu Münchelohra zu seinem Prokurator angenommen habe. [Stadtarchiv Nordhausen, Fromann, Sammelband XII S. 19.] Ich verdanke

brochener Reihe im Besitz der Honsteiner Grafen gewesen war, behielt er bis zu seinem Tode bei, wenn er auch, niemals an eine Residenz im Kreuzstifte dachte; die Verwaltung dort wurde einem Prokurator überlassen. — Im Jahre 1505 erhielt Wilhelm noch eine andere Probstei. Er wurde als Nachfolger des am 18. Juni 1505 verstorbenen, verwandten Grafen Heinrich (XXXV.) von Schwarzburg zum Probste von Jechaburg bei Sondershausen durch den regierenden Grafen von Schwarzburg, der Schirmvogt der Probstei war, gewählt. Doch verzichtete Wilhelm im Jahre 1510 auf diese Würde¹⁰. Endlich finden wir ihn seit 1493 auch noch als Kanonikus des St. Stefan-Stiftes in Mainz erwähnt¹¹.

Durch diese ergiebigen Versorgungen war Wilhelm in die Lage versetzt, trotzdem er eine stattliche Anzahl Geschwister besaß, den damals bei den vornehmen Herren üblichen Bildungsgang einzuschlagen. Mit zwölf Jahren — ein für jene Zeit nicht ungewöhnliches Alter — bezog er die Universität. Zu Ostern 1486 wurde er in Erfurt, das damals als Humanistenuniversität in höchster Blüte stand, immatrikuliert. Drei junge Leute, die mit ihm zugleich in die Matrikel eingeschrieben wurden, wurden aus Rücksicht auf ihn gratis inskribiert. Zu ihnen gehörten die

diesen Brief der gütigen Mitteilung des Herrn Karl Meyer in Nordhausen.

10. Thüringen und der Harz mit ihren Merkwürdigkeiten, Volks-sagen und Legenden, Band VII, Sondershausen 1842 S. 48—58; s. auch Läncher a. a. O. S. 140 f.

11. Helwich a. a. O. 1614 fol. 24. Paul Jovius, Geschichte der Grafen von Honstein [Sammlung vermischter Nachrichten zur Sächsischen Geschichte Bd. X], Chemnitz 1775 S. 125 f. sagt von Wilhelm u. a.: „er suchte im Jahre 1499 auch die Domprobstey zu Hildesheim und im Jahre 1505 die Domprobstey zu Jechaburg, deren keine er jedoch erlangen konnte.“ Inwieweit diese Angabe bezüglich Hildesheim Glaubwürdigkeit verdient, weiß ich nicht. Die Angaben über Jechaburg sind zweifellos unrichtig.

Brüder Conrad und Johannes Muth, deren ersterer später als Conradus Mutianus Rufus sich einen großen Namen als Humanist gemacht hatte. Wilhelm, der höchstwahrscheinlich der Artistenfakultät angehörte, blieb mindestens drei Semester in Erfurt. Am 2. Mai 1488 wurde er zum Rektor der Universität gewählt. Dieser Posten war für ihn nur ein Ehrenamt, das der Sitte der Zeit entsprechend den jungen Herren vom Adel übertragen wurde. Während eines solchen Rektorats führte die Geschäfte ein „Vicarius Rector“¹². Wann Wilhelm Erfurt verlassen hat, ist unbekannt. Die nächste Erwähnung seines Namens finden wir erst 1492. In diesem Jahre wurde er in Köln emanzipiert¹³, das heißt, er trat aus der Reihe der Domizellare heraus und wurde zum Domkapitular mit dem Genuß der Präbende sowie mit Sitz und Stimme im Kapitel befördert. Zur gleichen Zeit wird dieser Vorgang wohl auch in Straßburg und Mainz sich ereignet haben, wenn er auch nicht überliefert ist. Wahrscheinlich noch im Jahre 1492 hat Wilhelm sich nach Italien begeben. Hier war er in Pavia¹⁴ in der

12. Die Angaben über Erfurt s. J. C. Hermann Weißenborn, Akten der Erfurter Universität 1. Teil III. Die Studenten-Matrikel 1392—1607. Halle 1881. S. 411, 415, 421. — Der Rektor zu Ostern 1486 war Graf Friedrich von Beichlingen; zu Ostern 1487 Graf Thomas von Rieneck. Mit Wilhelm wurde immatrikuliert Graf Heinrich von Schwarzburg. Alle diese drei Grafen waren mit Wilhelm eng verwandt. — Die Angabe über Muth (a. a. O. S. 411) vgl. auch bei Gustav Bauch: „Erfurt im Zeitalter des Frühhumanismus“, Breslau 1904 S. 126.

13. Kisky a. a. O. S. 54.

14. Wimpfeling, Catal. Episc. Arg. (1508) p. LXVII: Electus licet etate juvenis: tamen facundus apud Italos in Ticinensi . . . usw. Chronik von Maternus Berler (1510) [Code historique, et diplomatique de la ville de Strasbourg II S. 108]. Eine eigenhändige Unterschrift Wilhelms („Wilhelmus Comes de Honstein Canonicus“) vom Oktober 1493 in der Universitätsmatrikel zu Pavia ist erhalten. Ich verdanke diese Mitteilung der Güte des Herrn Professor Dr. Ritter Arnold Luschin von Ebengreuth in Graz; dieser teilte mir

juristischen Fakultät eingeschrieben und hat in dieser altberühmten Rechtsschule die Grundlage für seine bedeutenden Kenntnisse auf diesem Gebiete gelegt. Noch für Oktober 1493 ist er dort nachweisbar. Dann verließ Wilhelm Italien und begab sich zur Vollendung seiner juristischen Studien nach Freiburg¹⁵ im Breisgau. Hier wurde er am 31. Oktober 1493 immatrikuliert. Am 25. April 1494 wurde er für das Sommersemester auch hier zum Rektor¹⁶ gewählt. In Freiburg hatte Wilhelm Gelegenheit, mit den elsässischen Humanisten, die vor allem diese Universität besuchten, in nähere Beziehung zu treten. Wann Wilhelm

auch mit, daß ihm ein Eintrag oder eine sichere Nachricht über Wilhelm von Honsteins Aufenthalt in Padua nicht bekannt sei. — Vgl. dessen „Vorläufige Mitteilungen über die Geschichte deutscher Rechtshörer in Italien“. [Sitzungsberichte der Kais. Akademie der Wissenschaften, Philos. Hist. Klasse Bd. 127, 1892 S. 105.] — Die Angabe Wiegands a. a. O. (und ihm folgend bei Ficker a. a. O.), daß Wilhelm in Padua studiert habe, beruht auf einem Irrtum Gaß' in seinem Manuskripte! Derselbe gibt an anderer Stelle (Zur Mainzer Bischofswahl vom Jahre 1514 a. a. O. S. 16), ebenfalls versehentlich, Turin als italienischen Universitätsaufenthalt Wilhelms an.

15. Dr. H. Mayer. Die Matrikel der Universität Freiburg i. Br. von 1460—1656. Bd. I Freiburg i. Br. 1907 S. 111 und S. 113. Nr. 38. Die Angabe Mayers, daß Wilhelm in Paris studiert habe, ist irrig. Auf meine Anfrage bei Herrn Professor H. Mayer teilte er mir gütigst mit, daß diese Notiz aller Wahrscheinlichkeit nach den Aufzeichnungen des verstorbenen Frhr. von Althaus (s. über ihn die Vorrede bei Mayer) stamme. Es liegt nahe, daß irgend ein Schreib- resp. Lesefehler aus Pavia „Paris“ hat entstehen lassen. Irgendwie nachweisbar ist Wilhelms Aufenthalt in Paris nicht; auch Herr Prof. G. Knod in Straßburg versicherte mir, daß er über einen Aufenthalt Wilhelms in Paris nichts wüßte.

16. Die Angabe Wimpfelings (a. a. O.), daß Wilhelm sein Rektorat vortrefflich geführt habe, ist wohl nur eine panegyrische Uebertreibung; vgl. über das Rektorat in damaliger Zeit: J. König, Beiträge zur Geschichte der Universität Freiburg, Rektorat und Prorektorat. [Freiburger Diözesanarchiv Bd. 23.] Freiburg 1893 S. 82 f.

seine Studien beendet¹⁷ hat, läßt sich nicht ermitteln. Wahrscheinlich ist er bald nach Mainz zurückgekehrt und dort von seinem Großoheim in die Geschäfte der Politik eingeweiht worden. Auf dem großen Wormser¹⁸ Reichstage von 1495 jedoch ist sein Name in der Präsenzliste nicht aufgeführt worden. Am 30. Januar 1499¹⁹ wurde Wilhelm als Nachfolger des verstorbenen Grafen Ruprecht von Solms zum Kustos des Mainzer Domkapitels erwählt und scheint dieses Amt, wie uns glaubhafte gleichzeitige Angaben berichten, gewissenhaft ausgeübt zu haben. Ein Jahr nach seiner Wahl zum Straßburger Bischof legte Wilhelm dieses Amt nieder²⁰ (1507).

Im Jahre 1500 begleitete Wilhelm den Erzbischof Berthold auf den Reichstag nach Augsburg, der durch die Schöpfung des Reichsregimentes und wegen der Verhandlungen mit den Eidgenossen, die sich im Jahre vorher vom Reiche tatsächlich losgelöst hatten, bemerkenswert ist. Eine besonders zweifelhafte Stellung zum Reiche nahm damals die Stadt Konstanz ein; ständig befürchtete man ihre Lossagung vom Reiche und ihre Aufnahme in den Bund der Eidgenossen. Um dies zu verhindern, beschlossen auf dem Reichstage zu Augsburg die Stände eine große

17. Die publizierten Universitäts-Matrikeln, soweit sie veröffentlicht sind, und die verwandten Werke, die ich sämtlich eingesehen habe, lassen einen Aufenthalt Wilhelms an weiteren Universitäten, als den drei genannten, nicht erkennen.

18. Bernhart Hertzog, Edelsasser Chronik (*Chronicon Alsatie*) 1592 Buch II p. 145 gibt ein genaues Verzeichnis auch des gesamten Gefolges der Reichsstände.

19. Joannis a. a. O. II 312 f. Kisky a. a. O.

20. Wilhelm legte die Custodie 1507 nieder, sein Nachfolger wurde am 21. Oktober 1507 Graf Thomas von Rieneck. Auflage 2. (1623) von Helwicks „*nobilitas ecclesiae Moguntinae*“. Abgedr. bei Joannis a. a. O. II p. 222. Die erste Auflage von Helwich a. a. O. 1614 gibt fol. 24 irrthümlich als Jahr der Resignierung 1518 an.

Reichsgesandtschaft an die ungehorsame Stadt Konstanz zu entsenden. Wilhelm von Honstein wurde zum Führer²¹ der Gesandtschaft und zugleich zum Vertreter der Kurfürsten²² in dieser Angelegenheit bestimmt. Wie diese erste politische Mission des jungen Grafen geendigt hat, wissen wir nicht; aber bemerkenswert bleibt, daß Kurfürst Berthold und die Reichsstände dem erst 25jährigen Kanoniker eine derartig verantwortungsvolle Aufgabe anvertrauten. — Auch in kriegерischen Händeln suchte Wilhelm sich zu betätigen. In dem blutigen pfälzischen Erbfolgekrieg im Jahre 1504 beteiligte er sich persönlich an den Unternehmungen des Landgrafen Wilhelm II. von Hessen gegen den Kurfürsten von der Pfalz²³.

Nach dem Tode Bertholds von Henneberg (21. XII. 1504) blieb Wilhelm in der gleichen Gunst bei dem neuen Mainzer Erzbischof Jakob von Liebenstein. Dieser machte ihn am 24. November 1505²⁴ zum ersten kirchlichen Beamten in der Erzdiözese, zum Generalvikar in spiritualibus. Viel Zeit für dieses Amt wird dem Domkustus bei seinen vielfachen eigenen Geschäften und sonstigen Missionen, die er im Auftrage der Mainzer Kirche außerhalb der Stadt

21. Johannes Janssen, „Frankfurts Reichskorrespondenz nebst anderen verwandten Aktenstücken von 1376—1519“ II 2 Freiburg 1872 S. 649 ff. d. d. 12 und 14. Mai 1500.

22. Diese nähere Angabe befindet sich in dem Berichte der Straßburger Gesandten an ihren Rat, Straßb. Stadt-Arch. AA 316. . . . „ . . . auff dem Sonntag Jubilate hat die versamlung gut angesehen das . . . Durch Ro. Mt. gewilligt und nachfolgennd auff seiner Ro. Mt. begern hat die versamlung auch gewilligt Ir Bottschaff gen Konsstentz zeschicken Nemlich von den Churfursten den Grauen von Honstain, von den gheistlichen Fürsten Herrn Cünraten von Hutten, von den weltlichen Fürsten Doctor gleniger, von den Stetten den Burgermaister von Franckfurtt.“

23. Code historique a. a. O. II S. 295. Christoph Rommel, Geschichte von Hessen, dritter Teil, erste Abteilung (Kassel 1827) S. 157 und Anmerkungen S. 106.

24. Joannis II p. 312. Kisky a. a. O.

Mainz auszuführen hatte, nicht übrig geblieben sein. Deshalb ernannte der Erzbischof schon am 3. Januar 1506 den als Dichter bekannten und in Mainz lebenden Humanisten Dietrich Gresemund zum Vertreter Wilhelms von Honstein im Generalvikariate im Falle seiner Abwesenheit von Mainz²⁵. Trotzdem wird Wilhelm einen guten Einblick in die kirchlichen Verhältnisse, vermöge seiner Stellung haben nehmen können, worauf auch einige uns erhaltene Nachrichten²⁶ hindeuten.

Aus den wenigen zusammenhanglosen Notizen über Wilhelms Jugendzeit läßt sich immerhin sein Bildungsgang ziemlich klar erkennen. In der hohen politischen Schule seines Großoheims hat er die diplomatische Gewandtheit,

25. Joannis III p. 400 f. Der Ernennungsbrief Jakob von Liebensteins für Dietrich Gresemund zum Provikar ist datiert: „Datae in Hoeste sub secreto nostro die III mensis Januarii MDVI.“ Die auf Wilhelm bezügliche Stelle lautet: „Wilhelmus ex Comitibus de Hoenstein Custos ac Canonicus ecclesiae nostrae Moguntinae, ac noster in spiritualibus Vicarius generalis in negotiis ecclesiae nostrae Moguntinae ac suis propriis extra civitatem nostram Moguntinam posthac quandoque abesse neccessario habebit.“ Vgl. Gustav Bauch, Johannes Rhagius Aesticampianus in Krakau, seine erste Reise nach Italien und sein Aufenthalt in Mainz [Archiv für Literaturgeschichte, herausgegeben von Dr. Fr. Schnorr von Carolsfeld Bd. XII], Leipzig 1884 S. 356. Vgl. von demselben Verfasser „Aus der Geschichte des Mainzer Humanismus [Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde. Neue Folge Bd. V], Darmstadt 1907 S. 33.

26. Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins Bd. XXIV S. 220 Nr. 78 (Regesten der auf der Großherzoglichen Universitätsbibliothek zu Heidelberg verwahrten Urkundensammlung). „1506. Juli 28. Mainz. Wilhelm, Graf von Honstein, Custos der Mainzer Kirche, in spirit. vicarius generalis des Erzb. Jacob, befiehlt den Tractat des Wigand Wirt, Prediger Ordens, betitelt Dialogus apologeticus und gerichtet gegen Johann von Wesel und Konrad Hensell, gedruckt von Jacob Köbel zu Oppenheim überall aufzusuchen und wegzunehmen, bei 200 fl. Strafe, bis er ihn geprüft habe.“ Vgl. a. a. O. S. 220 Nr. 80 dd. 24. Februar 1513.

die ihn später auszeichnete, sich angeeignet²⁷. An Bertholds Hofe kam er mit den ersten Dichtern und Gelehrten seiner Zeit zusammen. Der frische belebende Hauch des Humanismus, der damals das geistige Leben in Mainz und die dortige Universität beseelte, hat in ihm einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Er wird der von Conrad Celtes begründeten Sodalitas Rhenania, die unter der Leitung (1491 bis 1503)²⁸ des geistvollen Johannes von Dalberg in höchster Blüte stand, nicht fern geblieben sein. Der Dichter Rhagius Aesticampianus, ein Mitglied dieses rheinischen Humanistenkreises, widmete Wilhelm in seinen „Epigrammata“ eine Vita des heil. Martin und gab derselben ein allerdings im Inhalt dürftiges und in der Form schwülstiges Widmungsgedicht²⁹ bei. — In Erfurt, Freiburg und Pavia hat Wilhelm seine humanistischen Neigungen, denen er zeitlebens treu blieb, vertiefen können. An den letzteren beiden Universitäten eignete er sich die gründliche juristische Bildung an, die ihn befähigte, später in zahllosen schwierigen Rechts- und Streitfällen zu vermitteln. Neben den weltlichen Aufgaben seiner Zeit lernte er schließlich auch die kirchlichen kennen. Der Bericht eines 22jährigen Mainzer Kanonikus Hebelin von Heimbach³⁰ aus dem Jahre 1500 über

27. Wimpfeling Catalogus a. a. O. p. 57. „Mularum rerum experientiam consecutus est: quippe qui multa vidit multa audivit, multisque tractatibus: etiam imperii Romani interfuit apud Reverendissimum dominum Bertoldum hennebergium archiepiscopum Moguntinum, cuius pronepos est ex sorore.“

28. S. hierüber am besten: Joseph Aschbach, Die früheren Wanderjahre des Conrad Celtes und die Anfänge der von ihm errichteten Sodalitäten. [Sitzungsberichte der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften. Phil. Histor. Klasse Bd. 60.] Wien 1868 S. 75—150.

29. Bauch, Aesticampianus S. 338 u. Bauch, Mainzer Humanismus S. 51 gl. Fritz Herrmann, Die evangelische Bewegung zu Mainz im Reformationszeitalter, Mainz 1907 S. 63 Anm. 116 u. 119.

30. Fritz Herrmann, Miscellanea Moguntina. 2. Aus der Mainzer Chronik des Hebelin von Heimbach [Beiträge zur hessischen Kirchen-

den Mainzer Klerus deckt in schonungsloser Offenheit die Schäden der dortigen Kirche auf und klagt die Geistlichkeit der schwersten Pflichtvergessenheit an; der Mainzer Domkustos Wilhelm von Honstein ist fast der einzige, für dessen Amtsausführung er nur gute Worte findet. Die Mitteilungen Wimpfelings und Geiler von Kaysersberg³¹, die gleichfalls sich nicht scheuten, ungeschönt die Wahrheit zu sagen, rühmen ebenfalls des jungen Honsteiner Grafen ernstes Streben, die ihm auferlegten Pflichten zu erfüllen. So schien er in jeder Beziehung vorbereitet, am Vorabend der größten politischen und religiösen Erschütterungen der deutschen Nation einen hervorragenden Platz in derselben einnehmen und ihn würdig ausfüllen zu können.

geschichte III. Bd. Ergänzungsband III. Zum Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde. Neue Folge.], Darmstadt 1908 S. 196,

31. Geiler von Kaysersberg, *Sermones et varii tractatus* Keiserspergii, iam recens excusi, Straßburg 1518, passim.

I. Buch.

Die Reichspolitik Bischofs Wilhelm
unter Maximilian I.
1506—1519,

I. Kapitel.

Die Zeit des Zusammenarbeitens mit Maximilian

1506—1513.

§ 1.

Wahl und erste Tätigkeit 1506/1507.

Mit dem Tode des Kurfürsten Berthold von Henneberg (21. XII. 1504) sind für lange Zeit hin die nationalen Reformbestrebungen zu Grabe getragen worden. Die Sonderinteressen der einzelnen Territorialherren beherrschten von nun an wiederum die Politik im Reiche. Zunächst gestalteten sich noch die Dinge zugunsten Maximilians. Er verstand es meisterhaft, die Fürsten an sich zu fesseln, die weltlichen durch ihre Heranziehung zu seinen Kriegen, die geistlichen durch Verleihung besonderer Privilegien. Wo etwa Streitigkeiten unter den Fürsten ausgefochten wurden, griff er — jedoch nur in seinem Interesse — ein. Der Landshuter Krieg vom Jahre 1504 hatte der pfälzischen Partei deutlich genug gezeigt, wie schwer sie unter der königlichen Ungnade zu leiden hatte. In den deutschen Bistümern wurde bei Vakanzen konsequent darauf gesehen, daß dem Könige ergebene Bischöfe gewählt wurden. So gelang es in kurzer Zeit Maximilian, den deutschen Ständen gegenüber seine Autorität außerordentlich zu steigern, so daß auswärtige Beobachter der deutschen Verhältnisse voller Staunen diesen Wandel verzeichneten¹. Die Reichstage zu Köln (1505) und Konstanz (1507) zeigten deutlich die äußere glänzende Stellung Maximilians.

1. Vgl. zum ganzen Ulmann II S. 255 ff. Im besondern auch die von Ulmann zitierten Berichte des venetianischen Gesandten beim Kaiser Quirini: Alberi Relaz. Venele VI vom Dezember 1507 S. 5 ff.

Diese kurz skizzierte politische Konstellation spiegelte sich auch bei den Vorgängen der Straßburger Bischofswahl wieder.

Wenn auch aus dem uns zu Gebote stehenden Material eine Beeinflussung des Kapitels durch den König, wie aus Quirinis vom Jahre 1506^{1*} stammenden Berichte an den Rat von Venedig entnommen werden kann, sich nicht erkennen läßt, so zeigte doch das Verhalten Maximilians zum Erwählten in der Folgezeit, vor allem auf dem Konstanzer Reichstage, daß in Wilhelm von Honstein eine dem Könige durchaus genehme Persönlichkeit gewählt worden war.

Am 20. August 1506 war Bischof Albrecht von Straßburg gestorben. Er und sein unmittelbarer Vorgänger auf dem Bischofsstuhle, sein Vetter Ruprecht II. (1440 bis 1478) gehörten dem Hause der Pfalzgrafen an. Nicht weniger als vier Pfalzgrafen waren bei der Vakanz Mitglieder des Kapitels², deren Bestreben es sein mußte, ihrem Hause

1* Schmidts Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Bd. II 1894 S. 338. J. Chmel, *Rilazione di M. Vincenzo Quirini Oratore à Massimiliano Imperatore l'anno 1506*. Er schildert die deutschen Fürsten, insbesondere die Bischöfe als „völlig abhängig vom Könige“, „... sono creature di S. Mta et che dipendano de lei et quelli ancora che non lo amano molto. E prima delli Ecc^{ci} lo elettor Treuerense, suo stretissimo parente, et per suo favore fatto Arc^o é il Vesc^o di Vamberg, il novo Vesc^o di Argentina, quello di Augusta“ usw. Noch weiter geht Quirini in seiner Depesche vom Konstanzer Reichstag vom 3. Mai 1507. „Die [dort anwesenden] Fürsten“, sagt er, „sind zum größten Teil Bischöfe und mit Ausnahme von drei oder vier alle von Sr. Maj. dazu gemacht“. (Erdmannsdörfer „über die Depeschen des venezianischen Gesandten, mit besonderem Bezug auf Deutschland“. Im Berichte über die Verhandlungen der königl. sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften Bd. 9 1857 S. 62.)

2. Das Kapitel bestand zur Zeit der Wahl aus folgenden 20 Mitgliedern: Philipp von Daun Herr von Oberstein, Probst; Hoyer Graf zu Mühlingen Herr zu Barby, Dechan; Wolfgang Graf von Höwen, Kantor; Pfalzgraf Friedrich Herzog in Bayern, Kämmerer;

die beinahe erblich gewordene Bischofsstelle zu erhalten. — In der Sitzung des Kapitels vom 25. August³ wurde der Wahltermin auf den 9. Oktober zu Straßburg in der Kapitelsstube festgesetzt und die nicht anwesenden Dom-

Heinrich Graf von Henneberg; Schulherr; Thomas Graf von Rieneck; Wilhelm Graf von Honstein; Hans Graf von Rieneck; Carl Markgraf von Baden; Pfalzgraf Philipp Herzog in Bayern, Bischof in Freising [1499—1541]; Pfalzgraf Johann Herzog in Bayern (später Bischof zu Regensburg [1507—1538]); Hieronymus Schenk von Limpurg; Heinrich von Höwen, Bischof von Chur (bis 1503); Sigismund Graf von Hohenlohe; Markgraf Rudolf von Baden; Heinrich Graf von Montfort; Herr Johannes von Brandis; Pfalzgraf Ruprecht Herzog in Bayern, Bischof zu Regensburg (1492—1507); Markgraf Friedrich von Baden, Bischof zu Utrecht (1496—1516); Georg Schenk von Limpurg, Bischof zu Bamberg (1505—1522). — Die Reihenfolge der Kapitularen ist hier nach den Wahlakten des Domkapitels angegeben worden; dem zuverlässigsten Material über die Wahl, welches soweit als möglich der Darstellung zugrunde gelegt worden ist. [Straßb. Stadt-Arch. V. C. G. K. 27 a und b (Grand Chapitre 2)].

3. Konzepte solcher Schreiben haben sich erhalten: an den Kämmerer den Pfalzgrafen Friedrich, den Domprobst Philipp von Daun-Oberstein und Markgrafen Friedrich von Baden Bischof von Utrecht. Als Zeugen bei dieser Handlung fungierte neben einem gewissen Paul Burger, Magister Ytell Johannes Rechburger *utriusque iuris doctor, officialis curiarum dominorum archidiaconorum*. Es ist dies die erste Spur, die von der Zugehörigkeit dieses später noch so oft zu erwähnenden Mannes zum Bistum Zeugnis ablegt. Vgl. Ficker-Winkelmann Bd. I Tafel 37, die ihn erst von 1508 ab als Offizial aufführen. — Ferner liegt noch ein Notariatsinstrument eines Notares Stephan Saell vor, wie er vor Zeugen dem Grafen Sigismund von Hohenlohe das Zitationsschreiben des Kapitels in „Nuvenstein“ am 28. August; dem Pfalzgrafen Ruprecht, Bischof von Regensburg „in castro sive mansione p. S. vulgariter zu Verde“ am 3. September und endlich dasselbe dem Schenken Georg von Limpurg, Bischof von Bamberg am 15. September „in civitate Swartzwalden als im Wildbat“ persönlich überreicht hatte. (Stadt-Archiv-Wahlakten a. a. O.) Archiv des Domkapitels. Liber missivarum ad principes usw. 1491—1520, fol. 114 A. Dechan und Kapitel schreiben unter dem 16. September 1506 an das Domstift zu Chur und bitten für den Straßburger Domherren Johann von Brandis, der zugleich

kapitulare, zu denen auch Wilhelm von Honstein gehörte⁴, geladen.

Der Kurfürst Philipp von der Pfalz⁵ wandte sich sofort in einem vertraulichen Briefe an den einflußreichen Würzburger Bischof Lorenz von Bibra und bat ihn für einen seiner beiden dem Straßburger Domkapitel angehörenden Söhne, den Herzog Philipp Administrator zu Freising und Herzog Heinrich seinen Einfluß geltend zu machen; vor allem möge er den Bischof von Bamberg, ebenfalls ein Straßburger Kapitelsmitglied, veranlassen, für einen seiner Söhne die Stimme abzugeben. Der Kurfürst selbst hatte während dessen bereits für sein Haus Stimmung zu machen

Domprobst in Chur war, um Urlaub, damit er an der Wahl teilnehmen könne „in betrachtung Er mit den eiltisten thum Herren by vergangener erwölung gewesen unnd deßhalb der handlung des deyls wol unnd gnügsamlich bericht ist“. Vgl. hierzu nachher den Entschuldigungsbrief Johann von Brandis aus Mainz.

4. Daß Wilhelm von Honstein nicht in Straßburg zu dieser Zeit war, ergibt sich aus dem während der Vakanz vom Kapitel geführten Journal. In diesem werden die Namen der bei den Kapitelsitzungen anwesenden Kapitularen stets angeführt; doch ist nicht einmal der Name Wilhelms von Honstein genannt. (Str. Stadt-Archiv a. a. O.) Außerdem ist für den 28. Juli 1506 noch Wilhelms Anwesenheit in Mainz bezeugt (Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins Bd. 24 S. 220), s. Einleitung S. 20 Anm. 26. Ueberhaupt sind besondere Beziehungen zur Straßburger Kirche vor der Wahl für Wilhelm nicht nachweisbar. Nur ein einziges Mal schreibt der Dechan Hoyer von Barby in einer unbedeutenden Sache an Wilhelm von Honstein nach Mainz. Dies geschah am 30. Dezember 1504. (Domk.-Arch. Lib. miss. ad princ. usw. 1495—1520.)

5. Kreisarchiv zu Würzburg G. 13152. 1. Brief des Kurfürsten Philipp von der Pfalz an Bischof Lorenz von Würzburg [Ausf.] d. d. 5. September 1506 Heidelberg. 2. Bischof Lorenz an Kurfürst Philipp und 3. Bischof Lorenz an den Bischof von Bamberg, beide in Konzept erhalten, d. d. 8. September 1506. Auf der Frauenburg zu Würzburg. Erwähnt sind diese Schriftstücke bei Gaß: „Zur Mainzer Bischofswahl vom Jahre 1514.“ (Der Katholik 1894 S. 12.)

versucht und „allerhand vertrauwer practic by etlichen unnsern guten frunden und gonndern angerichtet by den wir etwas trosts finden“. Wohl tat Bischof Lorenz dem Kurfürsten diesen Gefallen; doch scheint der Bamberger Bischof nicht darauf eingegangen zu sein⁶. Auch für den Domkämmerer, den Pfalzgrafen Friedrich, wurde frühzeitig agitiert; er scheint schließlich die Stimmen der pfalzgräflichen Partei im Domkapitel auf sich vereinigt zu haben⁷.

Die gegnerische Partei scheint nicht minder rege gewesen zu sein. Der alte Domscholaster Heinrich von Henneberg⁸, der Bruder Bertholds, warb für seinen jungen Großneffen Wilhelm von Honstein. Wenn auch auf die zur Zeit der Wahl entstandenen Gerüchte über des alten Henneberger Umtriebe nichts gegeben werden darf, so ist doch sicher von beiden Parteien heiß um den Bischofsstuhl gekämpft worden und beide Parteien mögen es verstanden haben, eine erregte Stimmung in der Stadt, die leicht Unruhen veranlassen konnte, zu erzeugen⁹.

Am 7. Oktober waren die Kapitelherren — 16 an der Zahl — bereits in Straßburg versammelt; nicht erschienen waren nur die drei Bischöfe von Regensburg, Utrecht und Bamberg und Johann von Brandis¹⁰. Zur Verhütung etwa

6. Der Bischof von Bamberg begab sich nicht zur Wahl, sondern ließ sich, wenn der Bericht Seb. Brants richtig ist, durch den Grafen von Honstein vertreten (s. nachher).

7. Ruprecht Pfalzgraf von Simmern, Bischof von Regensburg übergab dem Domprobst die Vollmacht seinen Verwandten, den Pfalzgrafen Friedrich zu wählen (s. nachher).

8. Ueber Heinrich von Henneberg s. C. Spangenberg, Hennebergische Chronika 1599 S. 154 ff.

9. S. hierüber weiter unten.

10. Pfalzgraf Ruprecht, Bischof von Regensburg entschuldigte sein Nichtkommen mit körperlicher Schwäche und der gefährvollen Lage seines Bistums; er gab dem Domprobst Philipp von Daun Vollmacht zur Wahl, damit er für ihn seine Stimme abgebe für

ausbrechender Unruhen bereitete der Straßburger Rat auf die Bitte des Kapitels eine sorgfältige Verteidigung der Stadt vor. Um 7 Uhr morgens am Wahltag wurde nach einer eingehenden und ergreifenden Predigt des Straßburger Münsterpredigers Gailer von Kaysersberg¹¹ zur Wahl geschritten. Der Versuch des Kämmerers Pfalzgrafen Friedrich — des Kandidaten der pfalz-bayerischen Partei — die Wahl per inspirationem durchzudrücken, scheiterte an dem Widerstande der vom Domscholaster Heinrich von Henneberg geführten Gegenpartei. Man entschied sich für den anderen Weg, nämlich für das scrutinium. Nicht ohne harte Kämpfe zwischen der pfalz-bayerischen und der Hennebergischen Partei ist die Wahl zustande gekommen; denn man bräuchte

den Domkämmerer, den Pfalzgrafen Friedrich. Notariatsurkunde d. d. 25. September 1506. „In castro Werd“ in der Diözese Regensburg. Johann von Brandis entschuldigte seine Abwesenheit mit dringenden Kapitelsangelegenheiten in Mainz und gab Heinrich von Montfort Vollmacht zur Vertretung bei der Wahl. Notariatsurkunde d. d. 28. September 1506, Mainz. (Beide im Original erhalten. Straßb. Stadt-Archiv V. C. G. K. 27 b.) Der Bischof von Bamberg betraute den Grafen von Honstein mit seiner Vertretung; auch der Bischof von Utrecht ließ sich vertreten. Beide Urkunden nicht erhalten, nur erwähnt in dem Bericht von Brant. (Code historique I₂ S. 247—248.)

11. In dem Wahlbericht (s. nächste Anm.) heißt es, daß G. v. Kaysersberg nach der Messe in der Kapitelstube „wol uff Ein halbe Stundt vorgesagt, wie und welchermassen, Ein kunfftiger Bischoffe sollte geschickt sein“. — Die Predigt selbst ist abgedruckt in: „Sermones et varii Tractatus Keiserspergii iam recens excusi . . . Joanni Grüninger“ [Straßburg] . . . 1518 fol. XXIIb ff. Neue Auflage 1521. Exzerpte dieser Rede bringt L. Dacheux: „Un reformateur catholique à la fin du XV^e siècle. Jean Geiler de Kaysersberg. Prédicateur à la cathédrale de Strasbourg. 1478—1510“ Paris-Straßbourg 1876 S. 476—480 und A. Jundt. Guillaume de Honstein. (Revue d'Alsace 1872 S. 444—445.) Vgl. auch L. Dacheux: „Die ältesten Schriften Geilers von Kaysersberg“, Freiburg 1882 S. CIII—CVI. Charles Schmidt, Histoire littéraire de l'Alsace Vol. I, Paris 1879 p. 367 ff.

nahezu fünf Stunden, bis endlich die notwendige Einhelligkeit erzielt war. Nach 12 Uhr verkündete der Dechan die einstimmig erfolgte Wahl des Grafen Wilhelm von Honstein¹² zum Bischof.

12. Obiger Darstellung ist der Bericht zugrunde gelegt, der wahrscheinlich unmittelbar nach der Wahl — von Schreiberhand — geschrieben, sich in den Wahlakten des Domkapitels im Straßburger Stadt-Arch. V. C. G. K. 27 a [Grand Capitre 2] befindet. Dieser „Actus Electionis Bischoff Wilhelms von Honstein“ ist ein kurzer 11 Seiten füllender, durchaus zuverlässiger Bericht, aus dem folgende Einzelheiten noch nachgetragen werden. Zu Skrutatoren wurden gewählt: der Dechan, Graf Heinrich von Höwen Bischof von Chur und Graf Heinrich von Henneberg der Schulherr. Als Zeugen wurden ihnen beigegeben: Doktor Andreas Hartmann Vicarius, Doktor Thomas Wolff und der Official Doktor Yttelhans Rechburger. Als Notare fungierten bei der Wahl: Meister Lorenz Thubingen und Johannes Costmeister. — Absichtlich ist die von Sebastian Brant herrührende Darstellung der Wahl nicht in ihrem vollen Umfange benutzt worden, da ihre Glaubwürdigkeit stark bezweifelt werden muß. Dieselbe — in der uns erhaltenen Form ist sie nach Sebastian Brants Tode von Schreiberhand abgeschrieben worden — ist abgedruckt in: „Code historique et diplomatique de la ville de Strasbourg.“ 1843 I₂ S. 239–299. („Bischoff Wilhelms von Honsteins Waal und einrit. Anno 1506 et 1507.“)

Dieser originelle und in lebhaften Farben geschriebene Bericht — so interessant er auch ist und so wertvoll er auch sein mag, denn er ist das einzige erhaltene historische Schriftstück, das wir von dem Verfasser des „Narrenschiffes“ besitzen — ist aus einer verärgerten Stimmung gegen den Bischof geschrieben, wohl unmittelbar unter dem Eindruck der zum Schlusse des Berichtes selbst dargestellten Differenz in Geldangelegenheiten zwischen Stadt und Bischof. Eine Antipathie gegen den Norddeutschen kann man nicht verkennen, wenn es heißt: „Dieser Bischoff was jung, wenig über 36 Jahr alt, unnd inn kriegischen händlen bey dem landtgraven von Heszen gewesen, deszhalb er zu zeiten ein stumpff hor, unnd noch ein stumpfferen kopf hatt und wie wol er mher dann einest mit worten sich mercken ließ, er wolt ein guter nochpur sein, und sich understan mit der statt umb alle schwebenden irrung zu betragen, und wolt gar ein gut kind sein, etc., so geturst man doch seiner geschwinden art als ein Tünger mit sonnders vertrewen.“ — Brant

Die üblichen Wahlfeierlichkeiten hielten den Erwählten noch bis zum 18. Oktober in Straßburg; so-

erzählt nun, daß die Vollmachtsbriefe der Abwesenden vorgelesen wurden, aber die des Bischofs von Utrecht und Johann von Brandis als ungültig abgewiesen worden seien. Von dem des Bischofs von Regensburg berichtet er gar nichts. Nur der auf den Grafen von Honstein lautende Vollmachtsbrief des Bischofs von Bamberg sei anerkannt worden. Demzufolge also wären mindestens 17 gültige Stimmen gewesen. Doch Brant erzählt weiter, daß die Stimmverteilung schließlich so gewesen wäre, daß für den Pfalzgrafen Friedrich 7, für Honstein 8 gestimmt hätten und nur noch der junge Herr von Montfort seine Stimme abzugeben hatte [also 16 gültige Stimmen]. Dieser wollte sich für den Pfalzgrafen entscheiden, wurde aber durch die Skrutatoren veranlaßt zur Vermeidung einer unseligen Doppelwahl für Honstein zu votieren. Dann erzählt er wörtlich folgende Machenschaften des alten Henneberg: „Es hatt auch die alt hur ich wolt sagen Clar des von Hennebergks alter sündiger balck ettlich jungen metzen, die den jungen thumherren zugeherten, vor etlichen tagen bey ir im hausz gehalten und gebadet, und newe grauw schuben geschenckt, das sie iren herren anligen, und das helmlin durch das maul streichen solten. Darumb schreib einer harnoch dise vier versz:

Destruet ecclesiam, scorto duce, protenus istam
Mox gallina senex totum et episcopium
Nam geminos pullos vos producet ab uno
Qui finum spargent reliquiasque boni.

Das luth zu teutsch wie hernach volgt:

Die alt henin würt disz kirch zerstoeren
Und bald das bistumb gantz umbkheren
Und durch einer alten huren krey
Zwey hiener bruten usz eim ey
Und den mist scherren und uffriben
Was ander bischoff hant laßen pleiben.“

Wenn Brant, um die Proben hiermit zu beenden, die Inthronisation folgendermaßen schildert: „Und griffen die zween [Dechan und Probst] an den erwelten, und wolten ine uff den altar heben, aber als er ein geradener herr was, da hupffft er selbshinuff“, so zeigen diese Beispiele m. E. deutlich genug, daß in der Schilderung hier — soweit es sich um die Person des Hennebergers oder des Bischofs handelt — der Satiriker Brant über den Historiker obgesiegt hat.

dann nahm er unter Assistenz des Domscholasters Grafen Heinrich von Henneberg und des Grafen Sigmund von Hohenlohe von Land und Leuten des Bistums Straßburg Besitz¹³. Sofort wandte er sich auch nach Rom, um die Bestätigung seiner Wahl vom Papste zu erwirken, die ihm auch am 4. XII. 1506 erteilt wurde. Zu diesem Zwecke sah sich der Bischof genötigt von der Stadt eine beträchtliche Geldsumme leiweise zu erbitten, die ihm, wenn gleich nicht ohne Feilschen und nicht in der von ihm anfangs gewünschten Höhe, gewährt wurde¹⁴. Weitere Differenzen

Zieht man die ruhige und gewiß nicht mit der Wahrheit hintanhaltende Schilderung Wimpfeling's Catal. episc. fol. 66b—68 zum Vergleiche heran, in der alle die hier geschilderten Intriguen fehlen und betrachtet man das ernste Streben des Bischofs in den folgenden Jahren, so erscheint einem die hier gegebene Charakteristik des Bischofs und die Schilderung der Vorgänge bei der Wahl recht unglaublich. Mit Recht weist Dacheux l. c. p. 481 Anm. die Erzählung zurück. „Quant à l'anecdote scandaleuse qui s'y trouve consignée, elle doit être rangée au nombre de ces fables que la passion accueille trop facilement à certaines époques, dès qu'il s'agit de diffamer des adversaires.“ Wenn aber Dacheux die Autoren: Wimpfeling, Sébald Büheler und Guilliman als Beweis dafür anführt, daß die Wahl einstimmig gewesen ist, so läßt er außer Acht, daß jede Bischofswahl schließlich durch die „electio communis“ einstimmig gemacht wurde. (H. Bresslau, Zur Geschichte der deutschen Königswahlen von der Mitte des 13. bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts [Deutsche Zeitschrift für Geschichte und Wissenschaft. Neue Folge 2]). Wo endlich Grandier, Ouvres inéd. IV. p. 372 bei Wimpfeling gefunden haben will, daß die Einstimmigkeit ein ganz außergewöhnliches Ereignis gewesen sei, ist unerfindlich.

13. Ueber diese vom 19. Oktober bis 12. November 1506 währende Huldigungsfahrt bewahrt das Straßburger Bez.-Arch. einen gleichzeitigen Bericht auf, in dem alle Einzelheiten dieser Fahrt aufgezeichnet sind: „Wie mein gnediger Herr Bischof Wilhelm land und leut Ingenommen hat.“ Bez.-A. G 215.

14 Nach Seb. Brant hatte der Bischof zuerst 4—6000, schließlich 3000 Gulden gefordert und erst, als ihm dies nicht gewährt wurde, sich mit 1500 Gulden begnügen wollen. [Cod. hist. I₂ S. 252 f.]. Tatsächlich sind ihm diese vorgestreckt worden. Vgl. Stadt-Archiv AA

mit der Stadt über gerichtliche Kompetenzen brachten den Bischof schon frühzeitig mit dem König in Verbindung, der Wilhelm seine Hilfe in dieser Angelegenheit zusicherte¹⁵. Es fügte sich glücklich für ihn, daß Maximilian in dieser Zeit in Westdeutschland weilte, so daß er bei den noch ausstehenden Handlungen, die den Erwählten erst zum rechtmäßigen Reichs- und Kirchenfürsten machten, persönlich zugegen sein konnte.

Bei dieser Gelegenheit zeigte der Monarch aufs deutlichste dem Verwandten seines alten Gegners seine Gunst. Maximilian weilte seit Ende Februar in Hagenau; dorthin berief er am 2. März den Bischof, erteilte ihm die Regalien, bestätigte ihm alle Privilegien seiner Vorgänger und vollzog in Gegenwart seiner Tochter Margarethe und vieler Reichsfürsten die feierliche Investitur. Wir besitzen über diesen Vorgang den Bericht eines italienischen Augenzeugen, der den ungewöhnlich glänzenden Verlauf dieser festlichen

1546 Bl. 6, s. auch: die sog. Annalen von Seb. Brant: in Bulletin de la Soc. des mon. hist. d. Als. N. S. XV S. 226 no. 3362, — Ueber die Konfirmation des Bischofs in Rom orientiert ein in seinen Details recht interessanter Rechnungsbericht des nach Rom geschickten bischöflichen Beamten. Dieser hatte auf seiner Reise nicht weniger als 4020 Ducaten, 91 gl., 6 sh., 7 Pfg. und 1 quattrin verbraucht. Str. Bez.-Arch. G 207. — Vgl. A. Schulte, „Die Fugger in Rom“ Bd. I S. 37. Am 16. Dezember 1506 zahlten die Fugger in Rom das servitium commune in die päpstliche Kasse ein in der Höhe von 1607,18 gl., während die Taxe nur 1187 gl. forderte. Vgl. a. a. O. S. 276. — Die vom Papste Julius II. am 4. Dezember 1506 in Bologna ausgestellten Urkunden sind erhalten im Bez.-Arch. G 146 und G 207.

15. Bez.-Arch. G 171 no. 14. — Einen anderen Brief des Bischofs aus dieser Zeit habe ich in dem Statthaltereii-Archiv zu Innsbruck Maxim. XIV 1507 no. 4 auffinden können. In diesem bittet der Bischof den König, daß er ihm das Obergericht Sulzbach bei Werde, sowie das niedere Gericht daselbst, welche von jeher dem Bistum gehört hätten, durch den Kurfürsten von der Pfalz seinen Vorfahren aber unrechtmäßig genommen, nun in den Besitz des Königs gelangt sei, zurückerstatten möchte. Zabern am 4. Februar 1507 (Original).

Handlung nicht genug rühmen kann¹⁶. Nicht minder glänzend verlief dann die noch ausstehende Konsekration des Erwählten. Diese geschah am 14. März im Straßburger Münster durch den Erzbischof von Magdeburg, Herzog Ernst von Sachsen unter Assistenz des Bischofs von Chur und der Weihbischöfe von Straßburg und Speyer. Während der Amtshandlung traf überraschend die Meldung ein, daß Maximilian ihr beiwohnen wolle. Man suspendierte den Gesang und, wie Seb. Brant berichtet „setzent sich die bischoff alle nidder, und wartet man mit dem singen gar nohe bisz uff ein stund“. Der König erschien sodann und die Feier nahm in Gegenwart eines ganzen Parketts von Fürsten und Grafen einen glänzenden Verlauf¹⁷. Noch über einen Monat weilte der König im Elsaß¹⁸ und vertrieb sich seinen Gewohnheiten gemäß abwechselnd mit Jagdvergünstigungen und anderen Festlichkeiten die Zeit. Wir dürfen wohl annehmen, daß der Bischof, ein nicht minder leidenschaftlicher Jäger, ständig in der Nähe seines königlichen Herren weilte.

16. Diarii di Marino Sanuto VII S. 36—37. Sumario di una letera, di sier Piero Pasqualigo, dotor et cavalier, orator nostro in Ale magna, data a die 8 marzo (1507), a Geno. — Siehe ferner Straßb. Bez.-Arch. G 201 und G 378.

17. Siehe Straßb. Bez.-Arch. G 201 und den Bericht Seb. Brants, der hier, wo es sich nur um Schilderungen handelt, glaubwürdig erscheint. Auch erschwelgt förmlich in dem Glanz und der Pracht dieser Festlichkeit. Er betont, daß die Vollziehung der Weihe in Straßburg seit mehr als hundert Jahren nicht geschehen sei und als besondere Ehrung der Stadt durch den Bischof angesehen werden müsse. Vgl. auch Strobels, Vaterländische Geschichte des Elsasses, Bd. III S. 476 f. — Da der Bischof bei seiner Wahl erst den geistlichen Grad eines Subdiakons inne hatte, wurden am 27. und 28. Februar 1507 zu Zabern die der Konsekration zum Bischof notwendigerweise vorangehenden Weihen zum Diakon und Priester vollzogen. Bez.-Arch. G 201; daß dieselben in Zabern stattfanden, ist aus Seb. Brant: Code. hist. I₂ S. 255 ersichtlich.

18. Strobels III 477.

§ 2.

Während der Reichstage zu Konstanz, Worms, Augsburg und Trier—Köln. 1507—1512.

Ende April begab sich Maximilian nach Konstanz, um den auf den 29. IV. dahin einberufenen Reichstag persönlich zu eröffnen. Der Bischof begleitete den König auf dessen besonderen Befehl dorthin, nachdem er zuvor sein Stift der Obhut der Stadt Straßburg anempfohlen¹ hatte. — Am 27. April² traf man in Konstanz ein. Maximilian hatte die zahlreich erschienenen Stände des Reiches versammelt, um von ihnen die Mittel für den zur Erlangung der Kaiserwürde erforderlichen Romzug zu erhalten; und um sich mit ihnen darüber zu beraten, wie die Umtriebe des französischen Königs gegen ihn bei den Eidgenossen abzuwehren seien³. Sowohl Geiler von Kaysersberg wie Wimpfeling⁴ berichten von der hervorragenden Tätigkeit Wilhelms im königlichen Dienste auf diesem Reichstage; es ist wahrscheinlich — jedoch aus den Quellen nicht nachweisbar — daß Maximilian ihn bei den Reichsbotschaften an die Eidgenossen nach Schaffhausen (9. V.) oder Zürich (6. VI.) verwendet hat.

Als Kompensation für die Geldbewilligungen, die dem Könige gewährt wurden, forderten die Reichsstände eine Neubelebung des fast nur noch in der Theorie bestehenden Reichskammergerichtes. Maximilian ging darauf ein. Nach

1. Code hist. I₂ S. 258.

2. Janssen, Reichskorresp. II₂ S. 709.

3. Vgl. Alberi VI S. 35.

4. Wimpfeling, Catal. f. 67b: „Guilhelmus noster unus fuit ex deputatis.“ Geiler, Sermones Varii Bl. 23b: „tu magnus conventu principum Constantie tu xiens ad ardua tractanda negotia frequenter et singulariter delectus fuisti.“ — Für die Verhandlungen mit den Eidgenossen siehe Ulmann II 319–326. Samml. der eidgen. Absch. III₂ S. 360 ff., 373 ff., 377, 381.

langem Streiten zwischen den Ständen und dem Könige kam es in einer Form zustande, wie sie unter Berthold von Henneberg nicht möglich gewesen wäre. Das Sonderinteresse des Königs und das der Reichsstände war für die Besetzung der Richter- und Beisitzerstellen ausschlaggebend. Nachdem man sich endlich über den Ort des Kammergerichtes geeinigt hatte, daß dasselbe noch ein Jahr lang in Regensburg bleiben, sodann nach Worms verlegt werden sollte, machte die Personenfrage der Richterbesetzung neue Schwierigkeiten. Der König, dem begreiflicherweise daran liegen mußte, daß der oberste Richter des höchsten Gerichtes im Reiche ein ihm völlig ergebener Mann sei, schlug für die Zeit des Regensburger Aufenthaltes den Bischof von Passau oder Regensburg vor, für Worms aber wünschte er, daß Bischof Wilhelm von Straßburg Kammerrichter werde. Doch drang Maximilian mit seinem Wunsche nicht durch; Bischof Wilhelm wurde abgelehnt, weil er als geistlicher Fürst in Kriminalsachen zu urteilen nicht imstande sein könne. Graf Adolph von Nassau oder, wenn dieser das Amt nicht annehmen würde, Fürst Magnus von Anhalt sollte in Worms Kammerrichter werden, während für den einjährigen Aufenthalt in Regensburg Bischof Vigil von Passau bestimmt wurde⁵.

5. J. J. Müller, Reichstagsstaat. S. 656—657, J. H. v. Harpprecht II S. 186; vgl. auch Abschiede II S. 112—122. — Den Abschied unterzeichnete Wilhelm persönlich, S. 117. Der Anschlag für den Römerzuzug belastete das Bistum Straßburg mit der Entrichtung von 18 Reitern, 24 Fußsoldaten und 750 Gulden. [Müller S. 625; Abschiede S. 104; Harpprecht III S. 412—413.] Das Bistum Straßburg zählt zu den höchstbesteuerten Bistümern. Nur die Bistümer Wallis, Würzburg, Bamberg und Eichstädt hatten noch eine größere Matrikel. — An dieser Stelle mag die Angabe von D. Fr. D. Häberlin (die allgemeine Weltgeschichte Bd IX 1771 S. 353) Erwähnung finden, daß in den Papieren des abgefangenen französischen Agenten auf dem Reichstage zu Konstanz 9 Kreditivbriefe an die Kurfürsten außer Sachsen, Ulrich von Württemberg, Wilhelm von Hessen und die Bischöfe von Konstanz

Die Reichsfürsten lehnten die Wahl Wilhelms deshalb ab, weil ihnen der jugendliche vom König mit Ehren überhäufte Kirchenfürst wohl mit Recht nicht die genügenden Garantien zu bieten schien, daß er, ihre Interessen gegebenenfalls auch gegen den König vertreten werde.

Nachdem Wilhelm von dem am 26. Juli 1507 verabschiedeten Reichstage in sein Stift zurückgekehrt war, erledigte er sich der letzten noch ausstehenden Zeremonien, die von ihm als neuen regierenden Herren gefordert wurden. Am 4. Oktober 1507 hielt er seinen glänzenden Einzug in die Stadt Straßburg in Begleitung von königlichen und fürstlichen Vertretern und der gesamten von ihm abhängigen Ritterschaft⁶. Die nun folgende Ruhe nach dem festlich verlaufenen ersten Jahre seines Episkopates widmete Wilhelm ernstesten Arbeiten, die alle auf die Reform des Kultus und vor allem des Klerus abzielten und einen deutlichen Beweis für die nachhaltige Wirkung brachten, welche die Ideen der ihn umgebenden Männer wie Geiler von Kaysersberg und Jacob Wimpfeling auf ihn ausübten. Wenn auch diese für die Gesamtcharakteristik des Bischofs so wichtige Tätigkeit auf kirchlichem Gebiete hier nicht eingehend behandelt werden kann, so verdient doch eines dieser Ereignisse eine kurze Erwähnung. Am 9. März 1509 richtete der Bischof einen sorgfältig ausgearbeiteten Erlaß an den Klerus, in welchem er ihm alle Einzelheiten seiner pfarramtlichen Pflichten

und Straßburg gefunden wurden. Diese Reichsfürsten sollten im Sinne Ludwigs wirken.

6. Quelle für diesen Einzug auch wieder Seb. Brant, der in dieser Schilderung ein Meisterstück seines Erzählertalents geliefert hat. Cod. hist. S. 259—299; s. auch Straßb. St.-A. AA 1546 und Maternus Berler in Cod. hist. I, S. 109. Während des Reichstages schreibt das Domkapitel an den Bischof und erinnert ihn noch einmal daran, über den Streit mit der Stadt wegen des geistlichen Gerichtes sich mit dem König und den Fürsten auszusprechen. [1. Juni 1507, Archiv des Domkapitels. Lib. miss. ad Episc. 1495—1520.] — Vgl. ferner C. Spangenberg, Hennebergische Chronika S. 156, 162.

gründlich ins Gedächtnis zurückrief und mit aller Strenge gegen die tiefeingerissene Verweltlichung — ganz im Sinne seines Münsterpredigers — einschritt. Ein heftiger Widerstand gegen diesen ungewöhnlichen Schritt war die Antwort. Die Kanoniker der beiden Straßburger Stifte Alt- und Jung-St. Peter appellierten Beschwerde führend nach Rom. Der Papst entschied zu ihren Gunsten. Am 21. November 1509 wurde dem Bischof sofortige Zurücknahme des Erlasses befohlen. — Schweren Herzens gehorchte er⁷. Dieser erste geradezu entscheidende Widerstand gegen seine kirchliche Tätigkeit mußte dem Bischof zeigen, wie fast unmöglich eine friedliche Besserung der religiösen Entartung ihm gemacht wurde.

Maximilian, der sich seit dem 4. Februar 1508 aus eigener Machtvollkommenheit erwählter römischer Kaiser nannte, hatte gereizt durch den Widerstand, den ihm die Republik Venedig bei seinem beabsichtigten Zuge nach Rom entgegenstellte, eine ganz andere Politik inszeniert. Während er bisher in Frankreich seinen größten Gegner sah und auch die Reichsstände hiervon zu überzeugen wußte, tat er jetzt das Umgekehrte, schloß sich an Ludwig XII. eng an, pries ihn als seinen teuersten Freund und versuchte die Reichsstände zu einer großen Geld- und Truppenbewilligung für den Feldzug beider Monarchen gegen Venedig zu bewegen. — Seit dem 16. Juli 1508 waren die Reichsstände, deren in Konstanz bewilligte Hilfe nur in ganz ungenügendem Maße gewährt worden war, nach Worms einberufen und immer wieder vertagt worden, bis endlich am 23. April 1509 der Reichstag in Worms durch Maximilian eröffnet wurde.

7. Das archivalische Material hierzu findet sich: Bez.-Arch. G 1404; Aust. mit Baden I no. 341 und 1508. — Stadt-Arch. AA 1545; s. auch L. Dacheux, Geiler v. Kaysersberg, passim. — Vgl. auch: Jakob Wimpfeling, *De vita et moribus episcoporum aliorumque prelatorum et principum libellus . . . ad Gujhelmum III Episcopum Argentinensem*, 1512 (Vorrede).

Die Forderungen, für das Bündnis mit Frankreich einzutreten und Geld und Truppen hierfür zu bewilligen, wurden von den Ständen, die den übereilten, planlosen Unternehmungen Maximilians weiter zu folgen müde waren, mit Entrüstung und „seltener Einmütigkeit“ abgelehnt. Ohne Abschied gingen die Stände im Juni auseinander, nachdem bereits Maximilian die Stadt am 26. April⁷ verlassen hatte^{9 10}. Der Bischof, der wahrscheinlich durch seine Reformtätigkeit zu sehr in Anspruch genommen war, blieb dem Reichstage fern und ließ sich dort durch seinen Kanzler vertreten. Doch auch er war ganz energisch gegen eine Unterstützung. Mit richtigem politischen Verständnisse und nationalem Empfinden sah und beklagte er, wie bei diesem neuen Bündnisse der „Konig von franckrich triumphiret und wir armen duetschen gantz verloschen syn“. Eine Unterstützung, die die oberelsässischen Lande für den Zug vorbereiteten, hielt er für „ein klein hilff zu einer grossen krankheit“ und er beauftragte deshalb seinen Kanzler für eine Unterstützung auf diesem Reichstage nicht einzutreten¹¹.

8. Archiv für österreichische Geschichte Bd. 87 (1899) S. 278 [Viktor v. Kraus, Itinerarium Maximiliani I 1508—1518 mit einleitenden Bemerkungen über das Kanzleiwesen Maximilians I. S. 229—318].

9. Vgl. zu dem Ganzen: Ulmann II S. 371—377 und die dort zitierten Stellen.

10. In diesen Tagen machte der Kaiser den Bischof Wilhelm zum Schiedsrichter in dem schon seit Jahren währenden Rechtsstreit zwischen der Reichsstadt Kayzersberg und dem Grafen Sigismund von Lupfen (Archiv der Stadt Kayzersberg F 1, F 2 und Missivbuch 1507—1521). Die seit langem schwebenden Streitfragen hatten die beiden Parteien bis auf zwei Artikel gütlich beigelegt; um derentwillen wandten sie sich an den Bischof zur Entscheidung. Dieser sagte zu; am 17. April 1509 supplizierten die Parteien an den Kaiser, er möge Bischof Wilhelm zum Kommissar ernennen. Maximilian willfahrte ihnen am 10. Mai 1509. Der Rechtsstreit fand endlich seine Erledigung am 4. November 1517 vor dem bischöflichen Kanzler in Zabern.

11. Bez.-Arch. G 599, Eigenhändiger Brief Wilhelms an seinen

Ob dem Kaiser diese Sinnesart des Bischofs bekannt geworden ist, läßt sich nicht sagen; doch gibt die veränderte Haltung des Kaisers zu Wilhelm seit diesem Reichstage und das mitunter gespannte Verhältnis zwischen beiden während der nächsten drei Jahre zu einer solchen Vermutung eine gewisse Berechtigung. Am 25. Mai 1509¹² teilte Maximilian von Nesselwang aus dem Grafen Wolfgang von Fürstenberg mit, daß er ihm den „Abkündtbrief“ an Bischof Wilhelm von Straßburg schicke, in welchem diesem seine Pfandschaftsrechte auf die Ortenau entzogen werden sollten. Seit mehreren Jahrhunderten besaßen nämlich die Bischöfe von Straßburg die Reichspfandschaft Ortenau zu gleichen Anteilen teils mit den Grafen von Fürstenberg, teils mit den Kurfürsten von der Pfalz; mit letzteren während des ganzen 15. Jahrhunderts. Im Jahre 1504 hatte der Kurfürst von der Pfalz nicht nur die elsässische Landvogtei, die Maximilian an sich nahm, sondern auch seinen Anteil an der Pfandschaft Ortenau verloren. Graf Wolfgang von Fürstenberg war zur Belohnung für seine erfolgreiche Unterstützung während des Pfälzer Kriege mit den Funktionen eines Landvogtes im Elsaß und der Ortenau, sowie dem ehemals pfälzischen Anrecht an der Pfandschaft dieses reichen Landes betraut worden. Das Bistum Straßburg, das mit Bewilligung Maximilians 1504 neutral geblieben war, im ungeschmälernten Genusse seiner Rechte auf die Ortenau geblieben. Uneingedenk dieser Tatsachen, und obwohl Wilhelm von Honstein 1504 tatkräftig des Kaisers Sache auf Hessens Seite vertreten hatte, entschloß sich Maximilian jetzt zu diesem Schritte. Die richtige Empfindung für sein wenig vornehmes Handeln hatte er selbst, als er dem Grafen Wolfgang in jenem Briefe schrieb: „Und ist unser maynung und beuelh, daz du den-

Kanzler, Dienstag nach Pfingsten [= 29. Mai] 1509. — Darüber, daß dieses Schriftstück eigenhändig ist, vgl. Buch II, Kap. I, § 3, Anm. 10.

12. Fürstenberg, Urkundenbuch IV no. 475 S. 423—424.

selben abkündtbrief erst nach ausgang des Reichstags, jetzo zu Worms, durch einen Boten unsers regiments zu Ensisheim uberantworten lassen, angesehen, wo solchs er beschehe, daz uns das bey den stenden des reichs, nachdem gedachter bischoue zu Strasburg in sonderlich verwont und in Großem ansehen ist, etwas nachtail und zerrüttung bringen.“ Der noch im selben Jahre erfolgende Tod [31. Dezember 1509] des Grafen Wolfgang mag wohl verschuldet haben, daß der Plan nicht zur Ausführung kam¹³.

An Stelle des verweigerten Reichszuschusses versuchte nun Maximilian von einzelnen Ständen leihweise das zur Führung des Krieges dringend nötige Geld zu erhalten. Für ungefähr 30 oberrheinische Stände stellte er im Lager von Padua am 31. August 1509 Quittungen im voraus für das von ihm erbetene Geld aus. Die Stadt Straßburg¹⁴ wurde mit der Eintreibung des Geldes beauftragt. Wirklich gelang es ihr auch 15 000 Gl. zusammenzubringen. Der auf den Bischof von Straßburg bestimmte Teil betrug 1000 Gl. Wilhelm, über dessen Verhalten der Kaiser von der Stadt mehrfach Bericht verlangte, entschloß sich erst nach sorgfältigen Erwägungen mit dem Domkapitel¹⁵ dazu, das erbetene Geld zu leihen.

13. Zur Geschichte der Ortenau vgl. E. Gothein, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften Bd. I Cap. III S. 206—308. G. Thumbült, Das Fürstentum Fürstenberg, Freiburg 1908 S. 90, 94, 107, 115. Ph. Ruppert, Beiträge zur Geschichte der Ortenau mit besonderer Berücksichtigung der Stadt Achern, Achern 1878 S. 61—62. Ulmann II, S. 215 und die dort angeführte Literatur über den bayerisch-pfälzischen Erbfolgekrieg.

14. Str. A. AA 330, 331, Briefe des Bischofs an die Stadt vom 17., 23. Oktober 1509 und 23. Januar 1510 (vgl. Janssen, Reichskorresp. II₂ S. 779—782 unter demselben Datum (31. August 09) schreibt Maxim. auch an Frankfurt, Erzb. von Mainz u. a.

15. Archiv d. Domk., Lib. miss. ad episc. 1495—1520 d. d. 17. Oktober 1509. Das Verhältnis des Bischofs zur Stadt war trotz des noch immer schwebenden Streites ein recht freundliches. Als den

Nach einem wenig erfolgreichen Zuge gegen die Venetianer, der den Kaiser gelehrt hatte, daß die Treue seiner neuen Bundesgenossen sehr zweifelhaft war, kehrte Maximilian in das Reich zurück, um den nach Augsburg berufenen Reichstag zu eröffnen (März 1510). Die Reichsstände erschienen ihm wieder als die zuverlässigste Stütze für seine italienischen Pläne. Er legte ihnen, um sie für die Geldbewilligung zu gewinnen, noch einmal einen großartigen Reformplan vor, in welchem er sich ganz zu den Ideen seines verstorbenen Gegners Berthold v. Henneberg bequemt hatte. Doch die Stände hatten das Zutrauen zu Maximilian verloren; die Reform unterblieb auch dieses Mal, um jedoch sofort nach des Kaisers Tode von denselben Fürsten, die sie jetzt ablehnten, wieder eingebracht und durchgesetzt zu werden. An Stelle der von Maximilian gewünschten beharrlichen Rüstung für die äußeren Kriege und zur Aufrechterhaltung der Ruhe im Innern, bewilligten die Stände nur den Kölner (1505) Anschlag für ein Jahr. — Bischof Wilhelm war anfangs nicht geneigt den Reichstag zu besuchen, sondern wollte den Kaiser bitten, sich daselbst

Bischof seine Pflicht als Kölner Domkapitular zur Erzbischofswahl im November 1508 rief, übergab er wiederum wie ein Jahr zuvor der Stadt sein Stift in Obhut [Bisch. an d. Stadt: 4. Nov. 1508. AA. 1546]. Möglich daß, abgesehen von gewissen Höflichkeiten — so schenkte zum Beispiel der Bischof gelegentlich einer Jagd im Illwald bei Schlettstadt der Stadt ein Stück aus seiner Beute [Brief vom 29. Oktober 1509 AA 1549] — die ersten religiösen Bestrebungen Wilhelms und die praktischen Betätigungen als oberster Hirte seiner Gemeinde, die Straßburger günstig gegen ihn stimmten. So hatte der Bischof am Frohnleichnamstage des Jahres 1508 im Münster zu Straßburg selbst die Messe gelesen und selbst bei der Prozession das hl. Sakrament getragen; ein Schauspiel, das die Straßburger 150 Jahre lang entbehrt hatten. Und als im kommenden Jahre der Weihbischof zu Ostern erkrankt war, vollzog er selbst die nötigen Weihehandlungen [vgl. Seb. Brant, Cod. hist. S. 296—297; Wimpfeling, Cat. Fol. 68 b; Maternus Berler = [Code hist. S. 110], Vorgänge, die auf seine Zeitgenossen einen tiefen Eindruck gemacht haben.

durch den Erzbischof von Mainz vertreten lassen zu dürfen¹⁶, entschloß sich aber noch an demselben teilzunehmen. In Begleitung¹⁷ seines Bruders, des Grafen Ernst v. Honstein, seiner Räte und mehrerer Edlen traf er erst nach Eröffnung des Reichstages in Augsburg ein und blieb daselbst bis zum Schlusse desselben¹⁸. Die Dürftigkeit der Quellen ermöglicht nicht über die Tätigkeit des Bischofs auf diesem Reichstage ein Urteil zu fällen; doch erschien, wie wir gleich sehen werden, Wilhelms Stimme dem Kaiser nach wie vor bedeutungsvoll. Denn als der Kaiser sehr bald die Schwenkung seines Bundesgenossen des Papstes Julius II. erkannte, klagte er in bittersten Worten über dessen Bundesbruch und berief zur Beratung über die nun notwendig gewordenen neuen Maßnahmen einige wenige Stände, denen er vertrauen zu können glaubte, schon auf Michaelis 1510 nach Ravensburg. Zu diesen gehörte auch der Bischof von Straßburg. Wilhelm ging zwar nicht selbst dorthin, doch folgte er dem Befehle und entsandte als seinen Vertreter seinen späteren Hofmeister Jakob von Oberkirch. Die in Ravensburg erschienenen Stände wurden sodann nach Konstanz beschieden, wo Maximilian sie persönlich Anfang

16. Archiv d. Domk., Lib. miss. ad Episc. 1495—1520: d. d. 11. Januar 1510.

17. In „Anno 1510 hat die kaiserliche Maiestat gen Augsburg ein . . . Reichstag beschribenn usw.“ (Kais. Unv. u. Lds. Bibl. zu Straßburg [Do XII a 7 Max. I]) einem Verzeichnis der Stände und ihrer Begleitung heißt es: Aiiij^B: Bischof von Straßburg mit seinen raedten und edlen Ernst graf zu honstein. Johannes Ziegler Cantzler. Wolf von Andlo hofmeister. Sampson von Radtzumhuß. Hans Grymin von Waldeck. Christof von Tingen. Rudolff von Dietenheym.“

18. Reichsabschiede II 135, persönliche Unterzeichnung des Abschiedes vom 22. Mai 1510. Das auf ihn fallende Kontingent bestand aus 6 Reisigen und 8 Fußsoldaten. [St.-A. Reichstagsakten AA 335.] An Geld hatte er 540 Gl. zu zahlen, die er auch in den vorgeschriebenen Zeiträumen entrichtete (Brief an die Stadt Str. vom 6. Oktober 1510 und Quittung der Stadt Frankfurt für das von Straßburg entrichtete Geld des Bischofs: d. d. 31. Oktober 1510 = AA 1549 u. 333).

Oktober 1510 empfang¹⁹. Der Tag selbst scheint resultatlos verlaufen zu sein.

Der Umstand, daß der Kaiser bis in das Frühjahr des Jahres 1511²⁰ am Oberrhein weilte, hatte zur Folge, daß Bischof Wilhelm zu ihm häufiger in Beziehung trat. Die dürftigen Reste einer Korrespondenz zwischen dem Monarchen und dem Bischof lassen uns noch erkennen, wie der Bischof an den Jagdvergnügungen seines Herren teil nahm und zu Aufträgen, die diplomatische Gewandtheit erforderten, herangezogen wurde, ferner auch, daß gelegentliche Verstimmungen durch unbedeutende Ursachen hervorgerufen wurden²¹.

Anfang Februar 1511 finden wir den Bischof in Worms beim Kammergericht, anscheinend um in des Kaisers Auftrag für die richtige Einbringung des für die Unterhaltung

19. Janssen, Reichskorresp. II₂ S. 824. — Karlsruhe Gen. L. Arch. I. Haus- u. St.-Arch. V. Reichssachen A Fasc. 8: Handlungen der Reichstage zu Augsburg und Ravensburg 1510 (Reichstagsakten der bischöfl.-straßburgischen Kanzlei). Nähere Ausführungen über die bischöflichen Reichstagsakten s. im Anh. I.

20. A. O. G. 87 S. 284—286. Vom September 1510 bis April 1511 weilte Maximilian am Oberrhein.

21. Innsbruck, Statthalterei-Archiv: Maximilian XIV. 1510 no. 108, Konzept eines Briefes von einem kaiserl. Beamten an Wilhelm 23. Dezember 1510. 1511 no. 23, Ausfertigung: Wilhelm und Propst Erasmus Toppler an Maximilian 4. Februar 1511. 1511 no. 27, Konzept: Maximilian an Wilhelm 11. Februar 1511. 1511 no. 28, Konzept: Ein kaiserl. Beamter an Wilhelm 12. Februar 1511. 1511 no. 46, Konzept: Maximilian an Philipp von Hanau 11. März 1511. — Am 23. Dezember 1510 schrieb von Freiburg aus ein (ungeannter) kaiserl. Beamter einen Brief folgenden Inhalts an Bischof Wilhelm: Wilhelms Anfrage, ob der Kaiser deswegen sehr ungnädig sei, weil er nicht die befohlene „grob Saw oder annder Wildpret“ geschickt habe, sei dahin zu beantworten. Er habe bei dem Kaiser keine Ungnade gegen den Bischof bemerkt; wenn ein Gerede darüber ginge, so sollte das den Bischof nicht kümmern. Er gebe ihm den Rat, wenn der Kaiser ihm jetzt zu ihm zu reiten beföhle, so möge er dem Folge leisten und sich der „Saw“ halber entschuldigen.

des Kammergerichtes veranschlagten Geldes zu sorgen. Von dort ritt er nach Heidelberg, um an den Hochzeitsfestlichkeiten des Kurfürsten Ludwig v. d. Pfalz mit Sibilla von Baiern-München, einer Tochter Albrechts IV. des Weisen, teilzunehmen (23. Februar 1511)²². Diese Hochzeit bedeutete einen politischen Wendepunkt in der kurpfälzischen Politik, die hiermit die alten Gegensätze seit dem unglückseligen Landshuter Kriege dank der ruhigen einsichtsvollen Politik Ludwigs auszugleichen verstand. Maximilian, der mit dem bayerischen Hause durch seine Schwester Kunigunde (seit 1. Januar 1487 Gemahlin Albrechts IV. von Bayern — [†] 5. März 1520)²³ eng verwandt war, hatte nun auch mit dem Pfälzer Hause verwandtschaftliche Beziehungen geknüpft. Herzog Ulrich von Württemberg, ehemals auch ein Gegner der Pfalz, war durch seine wenige Tage später erfolgte Heirat mit Sabine von Bayern (2. März 1511)²⁴ einer jüngeren Schwester der jetzigen Kurfürstin von der Pfalz in die gleichen Bahnen versöhnlicher Politik eingelenkt. Auch in der Haltung des Bischofs von Straßburg zum Pfalzgrafen war ein Wandel eingetreten. War noch auf dem Reichstage zu Worms (1509)²⁵ die Stimmung zwischen Wilhelm und den Pfalzgrafen eine recht feindselige, wie begreiflich infolge Wilhelms Gegnerschaft im Erbfolgekrieg und seines Sieges in der Straßburger Bischofswahl, so hatte sich sehr bald ein Umschwung bemerkbar gemacht. Im Oktober 1510 besuchte der Bischof ein Mitglied des pfalzgräflichen Hauses in Lützelstein²⁴ und jetzt folgte er einer Einladung zur Hochzeit nach Heidelberg. — Maximilian beauftragte Wilhelm, in Heidelberg gemeinsam mit dem Kammerrichter dem Grafen Adolph von Nassau oder falls dieser nicht mehr dort sein sollte, die Verhandlungen mit dem Kurfürsten von

22. Die Daten bei L. A. Cohn, Stammtafeln Tafel 46.

23. Aus dem oben erwähnten Briefe Wilhelms an seinen Kanzler auf dem Reichstage zu Worms ersichtlich. Straßb. Bez.-Arch. G 599.

24. St.-A. AA 1549 (Brief vom 14. Oktober 1510). Mit dem

der Pfalz zu führen und zu Ende zu bringen; sodann sollte er unverzüglich zu dem Kaiser sich begeben und ihm berichten. Welcher Art diese Verhandlungen waren und wie sie geendet haben, erfahren wir leider nicht. Anfang März²⁵ suchte der Bischof den Kaiser auf, und hier kamen, wie es scheint, die verschiedensten Fragen zur Sprache. Sicher verhandelte Maximilian hier mit dem Bischof über dessen schwebenden Streit mit dem Grafen Philipp von Hanau²⁶, der sich noch jahrelang hinzog und für unsere Zwecke bedeutungslos ist. Doch mag auch damals über die Versammlungen des „nidern Vereins“²⁷, sowie über einen vom Kaiser gewünschten und im folgenden Jahre ausgeführten Gebietsaustausch²⁸ geredet worden sein.

Während sich in den Jahren 1511 und 1512 die Dinge

Pfalzgrafen wird Herzog Alexander von Zweibrücken (Pfalz-Veldenz) gemeint sein.

25. Der Brief Maximilians vom 11. März 1511 aus Schlettstadt an den Grafen von Hanau (Innsbruck s. S. 47 Anm. 21) läßt erkennen, daß der Bischof kurz zuvor beim Kaiser gewesen ist. Wann und wo ist nicht genau festzustellen; doch muß es unmittelbar nach der Hochzeit [23. Februar 1511] und vor dem 11. März gewesen sein. [Maximilian war am 20. Februar 1511 in Kolmar, 21.—24. in Ensisheim, 25. Februar in Breisach, 26.—28. Februar in Freiburg, 1.—3. März in Freiburg und Krotzingen, am 4. März in Dachswangen, am 5.—8. März in Breisach, Bergheim und Kenzingen, daselbst bis zum 10. März, vom 11.—15. März in Schlettstadt (A. Ö. G. 87 S. 285.)] — Ein Brief des Bischofs an die Stadt Straßburg d. d. 3. März 1511 ist bereits aus Zabern datiert (Straßb. St.-A. AA 1549).

26. Der Streit mit Hanau drehte sich um einige widerrechtlich behandelte bischöfliche Untertanen (Innsbr.); nach dem Kölner Reichstage trat noch eine Differenz wegen der vom Bischof dem Orte Dürningen — zur Eintreibung des gemeinen Pfennigs — auferlegten Besteuerung hinzu, die sich jahrelang hinzog. (Bez.-Arch. G 1020.)

27. Siehe hierüber die auf S. 52 Anm. 34 gemachte Bemerkung.

28. Ueber den Gebietstausch von Heiligkreuz (bei Kolmar) und den 5 der Landvogtei unterstehenden Reichsdörfer siehe nachher S. 54. — Nebenbei sei bemerkt, daß der Kaiser am 13. Dezember 1510 Heiligkreuz besucht hat. (A. Ö. G. 87 S. 285.)

in Italien sehr zu Ungunsten des Kaisers veränderten und dieser dadurch veranlaßt wurde, sich nach dem Süden zu begeben, war Wilhelm von Honstein sorgsam für die Interessen Maximilians im Westen bedacht. Als im Spätjahr 1511 im Solothurner Gebiet ein Aufstand gegen Hans Ulrich von Pfirt und andere dem Hause Oesterreich Verwandte ausgebrochen war, gelang es dem Bischofe gemeinsam mit dem Bischof von Basel einen Vertrag zwischen den Empörern und der Oesterreichischen Regierung zu erwirken, von dem Wilhelm, wie er an den Kaiser schrieb, hoffte, daß er dadurch den Unruhen, die dem Kaiser in seiner jetzigen schwierigen Lage sehr gefährlich werden könnten, ein Ende gemacht habe²⁹.

Die ungewöhnliche Inanspruchnahme des Bischofs auf den Reichstagen von 1512 und 1513 und die hier dem Bischof zuteil gewordenen Begünstigungen zeigen uns, daß das Verhältnis zwischen dem Kaiser und Wilhelm mit der Zeit ein wirklich vertrautes geworden war.

Der Kaiser hatte auf den April 1512 die Stände nach Trier berufen, um die wiederum eingetretene Aenderung seiner politischen Parteistellung innerhalb der europäischen Kämpfe ihnen klar zu legen, um ferner noch einmal zu versuchen durch Exekutivmaßregeln dem immer friedloser und trostloser werdenden Zustande im Reiche ein Ende zu machen. An den Bischof von Straßburg hatte Maximilian einen Brief geschrieben, in dem er dessen ausdrückliche persönliche Anwesenheit verlangte³⁰, ein Verlangen, dem

29. Innsbruck, Statth.-Arch. Maxim. XIV 1511 no. 221. Brief Wilhelms an Maximilian d. d. 4. November 1511 aus Ysenburg (bischöfl. Schloß bei Rufach, dem Hauptorte der Ober-Mundat [d. i. bischöfl.-straßburgischer Besitz im Ober-Elsaß]). Original-Ausf.

30. Archiv d. Domk. lib. miss. ad Episc. 1495—1520. — 1. April 1512, Cap. an den Bischof in Beantwortung dessen Frage, ob er dem kaiserl. Befehl persönlich zu erscheinen, folgen sollte, rät ihm dazu mit folgender Begründung: „und wir nun betrachten wie uwer gnade

Wilhelm auch nachkam. Bald nach der Eröffnung des Reichstages (11. April)³¹ traf der Bischof mit seinem Kanzler gegen Ende April in Trier ein und wurde sehr bald in den Ausschuß gewählt, dem, wie nach den Berichten des Abgesandten der Stadt Straßburg, Conrad von Duntzenheim³², zu schließen ist, die Hauptarbeit dieses Reichstages oblag. Die Bischöfe von Mainz, Köln, Trier und Bamberg und der dem Bischof Wilhelm eng befreundete Markgraf Philipp von Baden³³ gehörten außerdem noch dem Ausschuß in Person an. Mehrere Male finden wir des Bischofs persönliches Erscheinen im Ausschusse erwähnt; doch leider ist auch hier es nicht möglich, den besonderen Anteil des Bischofs an den Verfassungsarbeiten dieses wichtigen Reichstages festzustellen. Das Ergebnis des Reichstages war neben der Notariatsordnung eine schriftliche Fixierung der Kreisverfassung des Reiches und der dieser Institution übergebenen Exekutive. Wenn auch die Kreise, jetzt auf 10 erhöht, ihre Bedeutung erst nach dem Wormser Reichstag von 1521 er-

da vor zu mermalen glycher gestalt an andern örtter beschriben und doch nit erschinen ist, damit dann keyserlich maiestat zu keinen ungnaden deren villicht uwer gnade unnd ir Stifft hirnach entgelten müst bewegt werde, so will uns guttbeduncken, das uwer gande . . . erschyne und nit ußblibe“; doch möge er die Finanzlage des Stiftes berücksichtigen und mit nicht zu großem Gefolge den Reichstag besuchen. Ueber letzteren Punkt schrieb das Kapitel einen ähnlichen Brief (ebenda) am 4. April 1512 an den Bischof.

31. Janssen, Reichskorresp. II₂ Nr. 1074 S. 851.

32. Straßb. St.-A. AA 336 und 338. Berichte Conrads von Duntzenheim an den Magistrat der Stadt Straßburg vom Reichstage zu Trier-Köln 1512. Am 23. April war der Bischof noch nicht in Trier, kam aber unmittelbar darauf. — Ueber das während des Bischofs Abwesenheit in Trier geführte Geschäftsjournal seiner Kanzlei im Bistum, das ich in den Reichstagsakten zu Karlsruhe fand, siehe Anhang I. — Hier kurz mit „Manuale 1512“ bezeichnet,

33. Die engen Beziehungen zwischen Philipp von Baden und Wilhelm waren durch Verträge seit 1510 unlöslich geknüpft. Karlsr. Haus- u. St.-Arch. Alt-Baden 26.

langten und der friedlose Zustand, der während der letzten Jahre der Maximilianischen Regierung das Reich allenthalben erschütterte, ihrem Vorhandensein geradezu Hohn sprach, wurde doch hier wenigstens eine vernunftgemäße, zentrale Leitung der Exekutive geschaffen, die bei einigem guten Willen der Reichsstände auch erfolgreich hätte wirken können. Die gerade während dieser Tage die elsässischen Reichsstände beschäftigenden Verfassungsfragen: nämlich die Gründung eines gemeinsamen Ausführungsorgans, die von Maximilian gewünscht, von Wilhelm aufs eifrigste gefördert wurden, zeigen eine solche Ähnlichkeit in ihrer Anlage mit den Reichskreisen, daß die Vermutung nicht von der Hand zu weisen ist, Wilhelm von Honstein, der in den elsässischen Verfassungsfragen³⁴ tonangebend war, habe auch hier auf dem Reichstage eine maßgebende Rolle gespielt. War doch auch die neue Kreiseinteilung, die das ganze Reich verpflichten, also auch die österreichisch-burgundischen Lande mit umfassen sollte, ganz den Forderungen Bertholds von Henneberg, des großen politischen Erziehers Wilhelm von Honsteins, entsprechend.

Das Vertrauen, das Wilhelm sich bei Maximilian allmählich erworben hatte, fand in diesen Tagen seinen naturgemäßen Ausdruck dadurch, daß der Kaiser den Bischof von Straßburg zum kaiserlichen Rat³⁵ ernannte. Hier-

34. Eine eingehende Darstellung den sogen. elsässischen „Landstände“ zur Zeit Wilhelms von Honstein behalte ich mir vor. Vorläufig sei nur hingewiesen auf die Arbeit von „F. W. Müller. Die alsässischen Landstände. Ein Beitrag zur Geschichte des Elsasses, Straßburg 1907“.

35. Ein offizielles Ernennungsschreiben des Bischofs zum Rat und vor allem die Festlegung der Rechte und Pflichten, wie sie uns für die Regierung Karls bekannt sind, ist mir leider nicht gelungen aufzufinden. Doch ist das Datum der Ernennung fast auf den Tag genau zu ermitteln. Während alle bisherigen Schreiben Maximilians, vor allem noch die am 6. April 1512 von Kaiser offiziell ausgestellte Urkunde, in welcher der Gebietsaustausch von

durch war der Bischof von nun an ganz an die kaiserliche Politik gebunden.

Maximilian hatte in Trier eifrig versucht, vom Reiche eine große Unterstützung gegen den aufsässigen Herzog von Geldern, der mit Hilfe Frankreichs fortwährend die Niederlande bedrohte, zu erlangen. Mitte Mai war er gezwungen, den Reichstag zu verlassen und sich nach den Niederlanden zu begeben³⁶. Die Stände wurden hingehalten und schließlich nach Köln vertagt. Die meisten der weltlichen Stände jedoch verließen den Reichstag. Auch der Bischof kehrte Anfang Juli in sein Stift zurück, nachdem er zuvor noch an einer glänzenden kirchlichen Feierlichkeit teilgenommen hatte. Am Pfingstsonntag (30. Mai 1512) wurde nämlich der seit einem Jahre bereits erwählte Erzbischof Richard von Greiffenklau zu Vollraths, Kurfürst von Trier, durch den Erzbischof Uriel von Mainz unter Assistenz der Bischöfe von Straßburg und Worms geweiht³⁷.

In seinem Stifte wird der Bischof hauptsächlich sich

Heiligkreuz gegen fünf Dörfer bestätigt wird, den Ratstitel noch nicht haben, nennt der Kaiser in einem Briefe vom 7. Mai 1512 an den Archidiakon Johannes von Castilien den Bischof: „Consiliarium nostrum“ (Innsbr. Statth.-Arch. Maxim. XIV. 1512 Nr. 47); dieser Titel findet sich von nun an in allen späteren Schreiben. Da nun der Bischof unmittelbar nach dem 23. April (S. 51 Anm. 32) in Trier eingetroffen ist, fällt also der Tag der Ernennung zum Rate in die Zeit vom 23. April bis 7. März 1512. Ob die Ernennung Wilhelms zum kaiserlichen Rat mit dem bei Ulmann II 8. 566 f. erwähnten Wunsche zusammenhängt: einen ständigen Rat von zwölf oder wenigstens acht Mitgliedern an seinem Hofe zur Ausführung der Reichsgeschäfte bei sich zu haben, läßt sich nicht beantworten.

36. Ulmann II S. 562 ff. — Reichskorrespondenz II S. 844—886.

37. A. D. B. Band XXVIII S. 413, Artikel von Max Bär über Richard Erzbischof von Trier. — Julius Wegeler, Richard von Greiffenklau zu Vollraths, Erzbischof und Kurfürst von Trier 1511 bis 1531. Trier 1881 S. 6,

mit dem Kapitel über einen vom Kaiser seit geraumer Zeit geforderten und bereits vollzogenen Gebietsaustausch vereinbart haben. Es handelte sich um das südlich von Kolmar gelegene Städtchen und Schloß Heiligkreuz. Dieses in Anlehnung an die gleichnamige, damals bedeutungslose Benediktinerinnenabtei entstandene Städtchen, zu dem ein ansehnlicher Grundbesitz gehörte, war seit 1230 bischöflicher Besitz, im 14. Jahrhundert mehrfach verkauft, zurückgekauft und dann wieder verpfändet worden; 1415 nahm es der Kurfürst von der Pfalz in Besitz, er und seine Nachfolger behielten es widerrechtlich bis 1504. Durch die Niederlage im Landshuter Kriege verlor es der Kurfürst von der Pfalz, der Kaiser gab es seinem Schatzmeister Jakob von Villingen-Schoenenberg in Pfandschaft. Dieser war bestrebt in den Vollbesitz der Stadt mit allen ihren Abhängigkeiten zu gelangen und vermochte den Kaiser dazu, daß er 1512 die Stadt Heiligkreuz mit Schloß käuflich erwerben konnte. Dem Bischof bot Maximilian für den Verlust der aus den Pfandschaften fließenden Rechte an, die Hälften von fünf Reichsdörfern — den sogenannten Grafschaftsdörfern — in der Landvogtei Hagenau in Besitz zu nehmen. Die andern Hälften dieser fünf Dörfer waren bereits seit 1236 im Besitz des Bistums, so daß der jetzige Zuwachs, wenn auch klein so doch als Besitzabrundung wünschenswert sein mochte. Der Bischof willigte in den Tausch ein; am 6. April 1512 stellte Maximilian die Urkunde aus. Das Domkapitel indessen ließ sich nur schwer dazu bewegen, in das Geforderte einzuwilligen. Erst nachdem zwei verschiedene kaiserliche Gesandtschaften vorstellig geworden waren, gab es seine Zustimmung vorbehaltlich der Bestätigung dieses Wechsels durch den Papst und die Kurfürsten³⁸.

38. Siehe die Artikel über Grafschaftsdörfer und Heiligkreuz in den beiden Topographien: Das Reichsland Bd. III S. 355,

Mitte Juli fand sich der Kaiser in Köln ein; allmählich kamen die Stände dort wieder zusammen. Der Bischof wird gegen Anfang August³⁹ daselbst eingetroffen sein und nun wurde in kurzer Frist das neue Kreisverfassungsgesetz

415—416 und Josef M. B. Claus. Historisch-topographisches Wörterbuch des Elsaß. Zabern 1895 ff. S. 399—400 und 453—455. Für die Besitzverhältnisse von Reich und Bistum an den Grafschaftsdörfern: Johannes Fritz. Das Territorium des Bistums Straßburg um die Mitte des XIV. Jahrhunderts und seine Geschichte. Straßburger Dissertation 1885 S. 14—21. — Die fünf Dörfer (sämtlich zwischen Straßburg und Zabern gelegen) heißen Dingsheim, Dossenheim, Frankenheim, Offenheim und Waldolwisheim. Vgl. über diese die Artikel in Reichsland III S. 223, 232, 500, 811 und 1173 und bei Clauß S. 252, 264 und 562. — Die Urkunde vom 6. April 1510 ist gedruckt bei Schöpflin *Alsatia diplomatica* II p. 445 Nr. 1445, das Original ist im Bez.-Arch. G 147 Nr. 1. Die Verhandlungen des Bischofs mit dem Domkapitel s. Arch. d. Domk. Lib. miss. ad Episc. 1495—1520 d. d. 3. 6. 1512, 29. Juli 1512, 7. August 1512. Die kaiserlichen Gesandten waren Hauptmann Degenfuchs und nachher der kaiserliche Rat Hieronymus Pruner. Am 13. August 1512 erkennt der Erzbischof von Köln den Tausch an. Urkunde d. d. Köln. Freitag nach St. Lorenztag 12. August 1513 (Bez.-Arch. G. 147 Nr. 2). Kurfürst Ludwig von der Pfalz bestätigt den Tausch am 13. Dezember 1512 (Karlsruh. Generallandesarchiv Kopialbuch 828 fol. 308 ff.). Der Verpflichtungen gegen den Kurfürsten von der Pfalz wurde Villingen ledig durch eine Entschädigung von 4000 Gl. Die Witwe Villingers verkaufte u. a. Heiligkreuz an die Stadt Kolmar (s. auch Bez.-Arch. Kolm. Adelsarchiv 224. — Stadtarchiv Kolmar: Heiligkreuz Arch. Scrin. D. lad. 1 Nr. 1—12).

39. Das Itinerar des Bischofs ist für diese Zeit nicht genau festzusetzen. Das Manuale 1512 (s. o.) hört mit dem 5. Juli auf; jedoch wird die Rückkehr Wilhelms von Trier nicht erwähnt. Am 12. Juli 1512 ist bereits sein Aufenthalt in Zabern bezeugt. (St.-A. AA 1549 Bl. 90.) Seine Abreise nach Köln fällt in die Zeit zwischen dem 29. Juli und 13. August 1512. Janssen Reichskorrespondenz II Nr. 1084 S. 864, d. d. 18. Juli wird der Bischof von Straßburg erwartet, ist also noch nicht in Köln. Am 29. Juli (ebenda Nr. 1089 S. 873) meldet der Frankfurter Gesandte ihn nicht unter den Anwesenden. Für seine Anwesenheit in Köln am 13. August zeugt die in Anm. 38 erwähnte Urkunde Philipps von Köln,

zustande gebracht; bereits am 26. August 1512 wurde der Reichstag verabschiedet, den Bischof Wilhelm persönlich unterzeichnete⁴⁰.

Noch in Köln erteilte der Kaiser seinem neuen Rate eine Reihe wichtiger Aufträge. In dem Streite zwischen Bischof und Stadt Worms, über den noch genauer zu berichten ist, bestimmte Maximilian Wilhelm von Honstein zum Schiedsrichter. Am 5. Oktober 1512 tagten daselbst die Parteien, jedoch ohne Resultat⁴¹. Ferner ernannte der Kaiser am 16. September 1512 den Bischof zu seinem Kommissar in einem Streite zwischen dem Kapitel des Steigerherrnstiftes zu Landau und dem pfalzgräflichen Kanzler, Doktor der Rechte, Florenz Venninger wegen des Zehnten der Justinuskapelle bei Landau⁴². Schließlich wurde noch in Köln am 15. September 1512 der langwierige Streit zwischen der Landgräfin Anna von Hessen und den Hessischen Landständen um die Vormundschaft des jungen Landgrafen Philipp einer Kommission überwiesen, in welcher Bischof Wilhelm den Vorsitz führte. Der Streit, der seit mehreren Jahren sehr erregt in Hessen geführt wurde,

40. Koch II S. 146 und 150.

41. Boos Städtekultur IV S. 116 und Straßb. St.-A. AA 363 Bl. 4. Gedrucktes Protestationsschreiben des abgesetzten Wormser Rates vom 3. September 1513 [s. S. 61].

42. Kreisarchiv Speyer: Kopialbuch [Landau Steigerherrenstift Liber statutorum] fol. 38^b–41^b, 43^a, 48^a, 50^a–52^a, 52^b–55^b, 58^a–59^a. Am 16. September 1512 wird der Bischof zum Kommissar ernannt. Am 17. November 1512 teilt Maximilian dies dem Steigerherrenstifte mit. Am 21. Januar 1515 fällt Wilhelm das Urteil, welches Venninger am 15. Februar, das Stift zu Landau am 28. August 1515 ratifizieren. Am 2. September 1518 bestätigt Maximilian das zugunsten Venningers ausgefallene Urteil und gibt dem Geschlechte den St. Justiner Zehnt zu Erblehn. Die Justinuskapelle lag zu Brunsheim oder Oberbornheim einem eingegangenen Dorfe zwischen Dammenheim und Landau [nach gütiger Mitteilung aus dem Kgl. Kreisarchiv zu Speyer].

hatte dadurch eine politische Bedeutung erlangt, daß die beiden Wettiner, Kurfürst Friedrich und Herzog Georg von Sachsen, Partei nahmen: Georg für Anna und der Kurfürst für die Gegenseite. Da mit dem Tode des schwächlichen jungen Landgrafen der hessische Stamm zu erlöschen drohte, so rechneten die Wettiner bereits mit der Nachfolge auf Grund früher geschlossener Erbverträge. Zu Worms am 31. Mai 1513 sprach Wilhelm mit den anderen Kommissaren das Urteil. Der Streit war hiermit noch nicht beendet; doch wurde der Bischof als Schiedsrichter nicht mehr herangezogen⁴³.

§ 3.

Reichstag zu Worms 1513.

Gemäß den Bestimmungen des Kölner Abschiedes sollten während der auf sechs Jahre festgesetzten neuen „Ordnung“ die Stände alljährlich in Worms oder Frankfurt für die Dauer von höchstens einem Monate zusammenkommen. Dies sollte zunächst am 6. Januar 1513 in Worms geschehen¹. Der Kaiser war in dieser Zeit unstät in Deutschland herumgereist und im November 1512 in Landau eingetroffen, wo er sich bis zum Februar kommenden Jahres aufhielt. Von hier aus schrieb er dem Bischof Wilhelm am 18. Februar 1513, daß er ihn und seine Räte in eigener Person dringend auf dem Reichstage benötigte, er verlangte dessen sofortige Abreise². Der Bischof sagte trotz drin-

⁴³ Hans Glagau, Hessische Landtagsakten I. Bd. 1508—1521 [Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen und Waldeck], Marburg 1901 S. 562—567, vgl. S. 165 Anm. und S. 387.

1. Ulmann II S. 567. Koch II S. 144 § 21, 22.

2. Innsbruck, Statthalterei-Archiv, Maximiliana XIV. 1513 Nr. 19 Maxim. an Wilhelm. (Konzept) Landau 18. Februar 1513: 1513 Nr. 24 Wilhelm an Maxim. (Ausf.) Zabern 23. Februar 1513: 1513 Nr. 34 Wilhelm an Maxim. (Ausf.) Zabern 3. März 1513.

gender Geschäfte im Stifte sein baldiges Kommen zu (23. Februar). Doch noch am 3. März schrieb Wilhelm von Zabern aus abermals an den Kaiser, daß es ihm wegen der schlechten Finanzlage seines Landes unmöglich sei, augenblicklich mehr als seinen Matrikularbeitrag aufzubringen; bestände aber Maximilian darauf, daß er nach Worms ginge, so bäte er ihn, ihm seinen Anteil des Kölner Anschlages zu erlassen. Ob Maximilian auf dieses Ansinnen eingegangen ist, wissen wir nicht. Jedenfalls ging Wilhelm nach Worms, wenn auch erst im Juni, zur selben Zeit ungefähr, als der Kaiser dort eingetroffen war³.

Der Reichstag selbst scheiterte völlig, woran nicht zum mindesten sein Verschleppen und das späte Erscheinen Maximilians schuld war. Ein anderer Grund lag wohl auch in der ungeeigneten Wahl des Ortes. Die Stadt Worms hatte, wie in dieser Zeit nach einer Reihe anderer deutscher Städte⁴, eine innere Krise durchzumachen, die ein gedeihliches ruhiges Arbeiten der Reichsstände dort unmöglich machen mußte. So wenig dieser Reichstag für die allgemeine politische Geschichte Bedeutung erlangt hat, so wichtig ist er — auf dem Wilhelm von Honstein und Maximilian zum letzten Male zusammengearbeitet haben — für die Geschichte des Straßburger Bischofs geworden. Die Sommertage des Jahres 1513 bezeichnen den Höhepunkt in

3. S. Itinerar Max. in A. Oe. G. 87 S. 292—293. Max. blieb vom 19. bis 25. Juni in Worms. Wilhelm hatte noch auf den 17. Juni nach Zabern die Stadt Kaysersberg und den Grafen v. Lupffen zur Tagung geladen; ob er dabei zugegen war, oder mit den Parteien durch seine Räte verhandeln ließ, bleibt dahingestellt. Jedenfalls muß der Bischof schon mehrere Tage vor dem 26. Juni in Worms gewesen sein, wie aus dem unter diesem Tage datierten Berichte des Stadt-Straßburgischen Vertreters auf dem Reichstage ersichtlich ist (St.-A. AA 340).

4. Ranke I² S. 138—141. Ulmann II S. 605 ff. — Kurt Kaser, politische und soziale Bewegungen im deutschen Bürgertum zu Beginn des 16. Jahrhundert. Stuttgart 1899.

den Beziehungen zwischen dem Kaiser und seinem Rate; er ist ihm in diesen Tagen einer der wertvollsten Gehilfen seiner Politik geworden. Deswegen verlohnt es sich, auf diesen Reichstag⁵ näher einzugehen.

Das späte Erscheinen Maximilians in Worms hatte einige Stände, namentlich Gesandte der Städte veranlaßt frühzeitig abzureisen, noch ehe der Reichstag eröffnet war. Sobald der Kaiser hiervon in Kenntnis gesetzt⁶ war, schrieb er an den in Worms bereits weilenden Bischof: er bäte dringend, daß die Gesandten noch eine kleine Weile verharrten. Wilhelm trug darauf in der Versammlung diesen Brief vor und scheint auch wenigstens bei den Städten einigen Erfolg gehabt zu haben. Doch als Maximilian endlich eintraf, hatten die wenigen bisher erschienenen Kurfürsten und Fürsten oder deren Vertreter mit verschwindenden Ausnahmen schon den Reichstag verlassen. Maximilian, der sehr erregt über diese Eigenmächtigkeit war, hielt es auch nur acht Tage hier aus. Er verließ plötzlich die Stadt und reiste nach Frankfurt. Den Bischof von Straßburg, den er während dieser Tage ständig um sich hatte, mit dem er sich über alle schwebenden Fragen unterhalten und ihm die Neuigkeiten aus Italien und Frankreich mitgeteilt hatte, ließ er als seinen Vertreter bei den Ständen zurück, mit dem Auftrage, die Ankunft der Fürsten, namentlich der Kurfürsten von Trier und Köln, des Herzogs von Württemberg und anderer abzuwarten. Seien sie vollzählig eingetroffen, so sollte Wilhelm es ihm nach Frankfurt melden, wo er den Kurfürsten Friedrich von Sachsen sprechen zu können hoffte; er würde dann zurückkehren⁷. Doch es

5. S. Ulmann II S. 570 f.

6. Str. St.-A. AA 340. Akten des Reichstages zu Worms-Frankfurt 1513. Dieser noch nicht verwertete Faszikel enthält die Berichte des Vertreters der Stadt Straßburg in Worms, des Altamieisters Gottfried von Hohenburg.

7. Str. St.-A. AA 340. Bericht vom 26. Juni 1513 [Original].

blieb bei diesem Befehle. Die Fürsten kamen nicht und am 18. Juli⁸ waren auch die letzten der noch ausharrenden Stände des langen Wartens müde und aus der Stadt abgereist. Denn in Worms war es außerdem recht ungemütlich geworden, so daß schließlich diejenigen, die nicht unbedingt hier bleiben mußten⁹, sich schleunigst entfernten. Zu denen, die blieben, gehörte auch Wilhelm von Straßburg. Der Kaiser hatte ihm nebst einigen seiner Beamten den Auftrag gegeben, die in Worms inzwischen ausgebrochene Stadtrevolution als kaiserlicher Kommissar beizulegen. Wir müssen, um die dem Bischof zugefallene schwierige und undankbare Aufgabe richtig würdigen zu können, auf die Vorgeschichte der Wormser Unruhen näher eingehen¹⁰.

Die Stadt Worms hatte im ausgehenden Mittelalter denselben Kampf auszufechten gehabt, wie alle Städte, deren Herr ein Bischof war. Sie rang mit dem Bischof von Worms um ihre Freiheit. Doch gelang es ihr nicht so schnell einen endgültigen Sieg zu erzielen, denn hinter dem Wormser Bischof stand ein Mächtigerer, der Kurfürst von der Pfalz, der selbst in dem Emporblühen von Worms zur Freistadt eine Beeinträchtigung seiner Macht erblickte. Der Pfalz-

8. Ulmann II S. 571.

9. Innsbr. Statth.-Arch. Maxim. XIV. 1513 Nr. 110. Bericht eines (vom 20. Juli 1513) kaiserlichen Beamten A. Rogkner an den Kanzler Ziprian von Serntein über seinen Aufenthalt in Worms. Er berichtet u. a., daß die Stände vorgestern, gestern und heute schon fortgeritten seien mit Ausnahme des Bischofs von Straßburg, des Grafen von Solms und anderer Räte, denen befohlen sei „in sachen Worms halben“ zu verhandeln.

10. Bibl. d. Liter. Ver. Bd. 43 Stuttgart 1857. „Wormser Chronik“ S. 216—231. — Ulmann: Sickingen S. 31 ff. — Heinr. Boos, Franz von Sickingen und die Stadt Worms. [Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. Neue Folge Bd. III S. 398—407.] 1888. — F. P. Bremer, Franz von Sickingens Fehde gegen Trier und ein Gutachten Cl. Continuculas über die Rechtsansprüche der Sickingen Erben. Straßburg 1885 p. XVIII. — H. Boos, Geschichte der rheinischen Städtkultur Bd. IV 1901, Kap. 40 u. 41, S. 1—130.

graf hatte es verstanden, die Wormser Bischöfe sich ganz zu verpflichten, indem er den entscheidenden Einfluß auf die Besetzung ihres Stuhles in seinen Händen hatte. Der bayerische Erbfolgekrieg von 1504 änderte die Lage zugunsten der Stadt. Diese hatte sich, wenn auch nicht als entschiedene Gegnerin des Pfalzgrafen, so doch als Vertreterin der kaiserlichen Politik erwiesen, während der Bischof auf Seiten des Pfälzers gekämpft hatte. Nach dem für den Kurfürsten von der Pfalz unglücklichen Ausgang des Krieges wurde Worms von Maximilian mit der Unabhängigkeit belohnt. Die folgenden Jahre jedoch blieben trotz formeller Einigung zwischen Stadt und Geistlichkeit ständig mit Kämpfen beider Parteien erfüllt; noch auf dem Kölner Reichstage versuchte Maximilian die Streitenden zu einigen, indem er sie dem kaiserlichen Schiedsspruche des Bischofs von Straßburg und einiger Juristen zuwies. Doch verliefen auch diese Verhandlungen resultatlos¹¹. Der lange Kampf hatte den Boden innerhalb der Stadt selbst allmählich untergraben. Leute, die nicht mit der Stadtverwaltung zufrieden waren, die selber emporzukommen bestrebt waren, fanden bei dem in jener Zeit in den Städten angehäuften brotlosen Gesindel fortwährend Unterstützung für ihre Pläne. Der Bischof und der ihm verbundene Adel wühlten planmäßig in der Stadt und hatten in ihr einen zahlreichen Anhang. So kam es, daß der geringste äußere Anlaß die so lange aufgespeicherte Gärung zum Ausbruch bringen mußte. Dieser Anlaß fand sich sehr bald. Ein gewisser Johann von Gießen hatte seit Anfang des Jahres 1513 eine unausgetragene Fehde mit der Stadt. Diese wurde von der Gegenpartei benutzt, um einen allgemeinen Widerwillen gegen den alten Rat zu erregen. Während des Reichstages, gerade während der Anwesenheit des Kaisers brach die offene Empörung aus. Man versteht jetzt, daß Maxi-

11. Boos IV S. 116 u. Anm. 316. — Vgl. oben S. 56 Anm. 41.

milian nicht länger in dieser gefährlichen Stadt weilen wollte, und daß eben dieser Umstand neben den oben geschilderten Gründen ihn zu plötzlicher Abreise veranlaßte. Wir besitzen einen sehr anschaulichen Bericht hierüber, aus der Feder des Gesandten der Stadt Straßburg auf dem Reichstage, des Altammeisters Gottfried von Hohenburg¹². Am Samstag früh [25. Juni], so meldet er, ritt der Kaiser aus der Stadt, mit ihm nur der Bischof von Straßburg. Die beiden Pfalzgrafen waren schon vorher fortgeritten, in der Meinung, der Kaiser wolle nur jagen. Kaum hatte der Rat von Worms dies erfahren, so beschloß er in großem Verdruß über den plötzlichen kurzen Abschied anzufangen zu schießen (!). Gegen neun Uhr abends kam der Bischof allein nach Worms zurück, rief sofort den Rat zu sich und befahl ihm das Schießen einzustellen, wenn ihm des Kaisers Gnade lieb sei. Der Magistrat erfuhr nun auf seine Frage den Grund der Abreise, daß nämlich der Kaiser den Kurfürsten Friedrich von Sachsen sprechen wolle und daß er den Bischof von Straßburg zurückgelassen habe, um die anderen Fürsten zu erwarten; er würde, wenn diese erschienen seien, auch wiederkommen. Doch der wahre Grund der Abreise war eben die Wormser Revolution, die nun von Tag zu Tag sich mehr ausbreitete, und die der Bischof von Straßburg als kaiserlicher Kommissar beilegen sollte. Neben dem Bischof waren als kaiserliche Vertreter noch tätig der Kammerrichter Sigmund Graf zu Hag, Wilhelm Herr zu Rappoltstein und andere Räte. Der „Auschuß“, wie die Oppositionspartei — unter Führung von Jakob Wunsam, Philipp Salzmann und anderen — genannt wurde, riß allmählich die militärische Gewalt in der Stadt an sich und am 25. Juli gelang es ihm den entscheidenden Schlag zu führen. Das Rathaus wurde gestürmt, um den

12. Str. St.-A. AA 340. Worms, Sonntag nach St. Johannis 1513 (26. Juni).

Rat — der zu seinem Glücke im Augenblicke gerade beim Bischof von Straßburg weilte — zu überfallen. Am folgenden Tage wurden Rat und Opposition — letztere erschien gewaffnet — vor den Bischof von Straßburg, gefordert und hier verlangte Wunsam drohend, daß die Fehde mit Johann von Gießen ohne Kosten der Gemeinde abgestellt würde. Die kaiserlichen Vertreter bestimmten in ihrer Bedrängnis den Rat hierzu. „Aus gleicher Furcht“ haben sie auch, wie der Wormser Chronist sagt, den weiteren Forderungen Wunsams zugestimmt und den Magistrat der Stadt um eine große Zahl von Vertretern aus den Zünften vermehrt. Nachdem die kaiserlichen Räte diesen „ohngeheuren Abschied“ gegeben hatten und für etwaigen weiteren Zwist die Wormser an ihre kaiserliche Entscheidung gewiesen hatten, verließen sie eiligst die Stadt¹³. Kaum waren die Kommissare aus der Stadt geritten, als der alte Rat sich nun in seiner schutzlosen Lage gezwungen sah, ebenfalls Worms zu verlassen und nach Oppenheim zu gehen. Die Oppositionspartei nahm die Regierung völlig in die Hand. Der alte Rat wurde für abgesetzt erklärt, ein neuer aus ungebildeten Elementen bestehender Rat errichtet, dem am 26. August der Eid geschworen wurde.

Wunsam verbreitete die Nachricht, Bischof Wilhelm von Straßburg habe als kaiserlicher Kommissar ihn veranlaßt, das alte Regiment zu stürzen und einen neuen Rat einzusetzen. Wilhelm selbst sei eines Nachts um 10 Uhr zu ihm in seine Wohnung gekommen und habe ihm dies zu tun befohlen. Zweifellos ist die Nachricht in dieser Form eine böswillige Erfindung Wunsams gewesen, in der Absicht, seinen revolutionären Taten den Anstrich kaiserlicher Autorisierung zu geben. Sie wurde auch sofort von

13. Ich bin den Darstellungen der Wormser Chronik, deren Autor Friedrich Zorn, ganz auf Seiten des aristokratischen Rates steht, gefolgt. S. 219—229.

dem alten Rate zu Oppenheim, vom Kammerrichter Graf von Hag und von dem Bischofe von Straßburg in aller Form bestritten. Letzterer sandte von Zabern aus am 18. September 1513 zwei gedruckte Proteste gegen diese Nachricht an den alten Rat zu Oppenheim und die Bürger zu Worms¹⁴. Eine gewisse Parteinahme des Bischofs und des Kaisers jedoch für die Gegner des Rates von Worms ist nicht von der Hand zu weisen. Es wäre dem Kaiser ein Leichtes gewesen, die Empörung zu beruhigen und dem Rate, der noch dazu unter besonderem kaiserlichen Schutze stand, zu seinem Rechte zu verhelfen, wenn er es nur gewollt hätte. Der Bischof ferner hätte während seines Aufenthaltes in Worms als kaiserlicher Kommissar nicht sofort den Forderungen der Opposition nachzugeben brauchen, wenn es nicht in seiner Absicht gelegen hätte, den alten Rat der Stadt wenn nicht gleich zu stürzen, so doch ihn nicht zu unterstützen. Am deutlichsten zeigt seine spätere Parteinahme für Sickingen, und die Tatsache, daß in der Folgezeit nicht er, sondern der Landvogt von Hagenau und eine Reihe oberrheinischer Städte die Vermittelung der Parteien in Worms in die Hand nahmen, daß er von einer gewissen Gereiztheit gegen den Rat der Stadt Worms erfüllt war.

Der Kaiser dachte nicht mehr daran, den Reichstag in Worms fortzusetzen, er verlegte ihn nach Frankfurt. Dem Bischof von Straßburg und der Stadt Straßburg wurde der Auftrag zuteil, in des Kaisers Namen die benachbarten Stände nach Frankfurt zu entbieten¹⁵. Doch zu diesem

14. Str. St.-A. AA 363, Nr. 5 und 6; siehe auch Ulmann Sickingen S. 32 Anm. 2.

15. Str. St.-A. AA 340. Frankfurt, den 28. Oktober 1513. Orig.-Abschrift hiervon im Stadtarchiv in Kolmar [A. A. Villes impériales 1513] zugleich mit einem Begleitschreiben des Bischofs vom 13. November 1513. Unter dem gleichen Datum teilt der Bischof der Stadt Straßburg diesen kaiserlichen Befehl mit. Str. St.-A. AA 1549.

Reichstage kam es ebenfalls nicht. Maximilian hatte sich wieder nach den Niederlanden begeben. Von Odenar aus erteilte der Kaiser seinem getreuen Rate, dem Bischof von Straßburg als wohlverdienten Lohn für seine vielfachen Dienste am 23. Juli 1513¹⁶ ein Privileg, das ihm und seinen Nachfolgern das Recht zugestand: daß alle ihnen einmal verliehenen Privilegien, die aus irgend welchen Gründen nicht ausgeübt würden, trotzdem rechtskräftig bleiben sollten. Wilhelm hatte, wie aus den Eingangsworten dieser Urkunde zu entnehmen ist, auf die Ausstellung dieses wichtigen Rechtes als Entgelt für seine Dienste gedrungen.

16. Karlsruhe. Großh. Gen. L.-Arch. Kopialbuch 1382, späte Abschrift [am 22. Dezember 1790]. — Heidelberg, Großh. Univ. Bibl. Pal. Germ. 491 fol. 396 hat dieses Privilegium contra praescriptionem de non usu in einer Abschrift aus der Mitte des 16. Jahrhunderts in dem Formularbuch des Kammergerichtssekretärs Joh. Adler.

II. Kapitel.

Inmitten des Fehdelebens.

1513—1519.

¹ Dadurch daß die weitesten Kreise in die Wormser Stadt-Fehde mit hineingezogen wurden, verlor sie ihren lokalen Charakter. Da jedes Rechtsmittel sie zu hemmen versagte, dehnte sie sich immer weiter aus. Der ganze Ober- und Mittelrhein wurde von diesen Unruhen aufs schwerste getroffen. Jeder Reichsstand war mit dieser Fehde in irgendeiner Weise verknüpft und mußte seine Politik nach seiner Stellungnahme zu ihr einrichten. Wie zu Beginn des neuen Jahrhunderts der bayerisch-pfälzische Erbfolgekrieg den bestimmenden Einfluß auf die Politik der deutschen Reichsstände ausübte, so beherrschte jetzt am Ausgang der Regierungszeit Maximilians die Sickingener Fehde das politische Leben Westdeutschlands. Andere Fragen, wie die ebenfalls die oberdeutschen Stände in hohem Maße interessierende württembergische, traten noch hinzu. Es ist unmöglich diesem Wirrwarr im Einzelnen nachzugehen. Es genügt zu betonen, daß für diese letzten Jahre Maximilians eine kaiserliche- und Reichspolitik aufgehört hatte, und daß die Interessen- und Machtpolitik der Einzelnen an ihre Stelle getreten war. Der Notwendigkeit Partei zu ergreifen konnte sich auch ein so kaisertreuer Fürst wie Wilhelm von Honstein nicht entziehen. Er wurde aufs engste in die Sickingener Fehde verwickelt, auch ihm wurden die hiermit zusammenhängenden lothringischen und Geroldsecker Kriege eine stete Gefahr; fortwährend wurde er durch

1. Es muß in diesem Kapitel von der bisher befolgten chronologischen Ordnung abgesehen werden und die einzelnen Episoden — denn aus solchen nur besteht diese jeglicher Einheit mangelnde Periode — müssen für sich geschildert werden.

die drohenden militärischen Bewegungen des neuen französischen Königs an der Grenze des Elsasses beunruhigt und gezwungen Maßregeln zu ergreifen. Auch die württembergischen Fragen beschäftigten ihn in hohem Maße. Schon wegen der Dürftigkeit der Quellen, die das Einzelne nicht immer klar erkennen lassen, kann diesen Dingen nicht genauer nachgegangen werden. Ein kurzer Abriß der einzelnen Ereignisse und der Stellung des Straßburger Bischofs zu ihnen wird für unsere Zwecke genügen. Doch zuvor muß eine Episode noch geschildert werden, welche das Ansehen, das der Bischof bei den deutschen Fürsten errungen hatte, in günstigstem Lichte erscheinen läßt. Es handelt sich um die Neu besetzung des Mainzer Stuhles.

§ 1.

Die Mainzer Erzbischofswahl¹ 1514.

Durch den am 9. Februar 1514 erfolgten Tod des Erzbischofs Uriel von Gemmingen war in einem Jahrzehnt zum dritten Male der Stuhl des Primas von Deutschland verwaist; zum dritten Male war das Erzstift Mainz ge-

1. Ueber die Mainzer Erzbischofswahl ist, abgesehen von den großen darstellenden Werken über die Zeit überhaupt, eine umfangreiche Literatur vorhanden. So in dem jetzt überholten Werke von J. H. Hennes. „Albrecht von Brandenburg, Erzbischof von Mainz und Magdeburg“ 1858 S. 3—5; ausführlicher in der Biographie von Jakob May, „Der Kurfürst, Kardinal und Erzbischof Albrecht II von Mainz und Brandenburg“ Bd. I 1865 S. 21—28, Beilage 1 u. 2. — Ueber die pfälzisch-bayerischen und straßburgischen Kandidaturen unterrichtet am besten und klarsten die aus den Würzburger Archivalien schöpfende Darstellung von Joseph Gaß: „Zur Mainzer Bischofswahl vom Jahre 1514“ in: „Der Katholik“, Jahrg. 74₂ (3. Folge X) 1894 S. 9—26. — Die grundlegenden Forschungen von A. Schulte: „Die Fugger in Rom“ brachten für die Person Albrechts und die Stellung seines Hauses zur Wahl ganz neue Gesichtspunkte. — Auf dieser Arbeit fußend mit weiterem Material aus dem Berliner

zwungen, die große Last der Servitien und des Palliumgeldes aufzutreiben. Doch war dies nicht die schlimmste Sorge für das mit Schulden schwer belastete Domkapitel. Es galt den bedrohlichen Verlust seiner wichtigsten Stadt in Thüringen, Erfurt, an das Haus der Wettiner zu verhindern. Nach diesen Gesichtspunkten mußten die Mainzer Domkapitulare aus der Reihe der Bewerber ihre Auswahl treffen. Sehr schnell erschienen diese auf dem Platze. Am rührigsten waren — wie stets in diesen Dingen — die Wittelsbacher beider Linien. Schon am Beerdigungstage Uriels (am 13. Februar) schrieb der mächtige Würzburger Bischof Lorenz von Bibra — derselbe, der sich bei der Straßburger Bischofswahl 1506 so energisch für die pfälzische Partei verwandt hatte — an den Kurfürsten Ludwig von der Pfalz, daß er am selben Tage seinen Domherren Peter von Aufseß an den Wahlort entsandt habe und teilte ihm zugleich mit, wie die Stimmung im Domkapitel für die Kandidatur eines pfälzischen Prinzen sein werde. Vor allem sei wichtig, meinte der Bischof von Würzburg, den Dechan Lorenz Truchseß von Pommerstelden und den Domscholaster zu gewinnen, die beide über einen ziemlichen Anhang verfügten². Diesen Brief erhielt der Kurfürst Ludwig und sein Bruder der Pfalzgraf Friedrich schon am folgenden Tage, sie schickten ihn sofort an Peter von Aufseß mit der Mitteilung, „daß auch bei dem Herzog von Württemberg, dem Markgrafen von Baden, beim Kaiser und Papst

Geh. Staatsarchiv ausgerüstet bringt die neueste Arbeit von Fritz Mehl: „Die Mainzer Erzbischofswahl vom Jahre 1514 und der Streit um Erfurt in ihren gegenseitigen Beziehungen, Bonner Dissertation 1905“, wohl die richtige Darstellung dieser wichtigen Wahl.

2. Würzb. Kreisarchiv G. 13152 Nr. 11. Lorenz an Kurfürst Ludwig (Konzept), Montag nach Scholastici (13. Februar 1514). Dieser Brief, der zeigt, daß die pfälzische Partei die Aussicht auf den Mainzer Stuhl schon vor dem Tode Uriels mit dem Bischof Lorenz erörtert haben mag, fehlt bei Gaß. — Domscholaster war damals Ulrich von Schechingen [Kisky a. a. O. S. 155].

von ihnen alles versucht werden würde, um einen ihrer drei Brüder durchzubringen. Am 14. Februar ritt Kurfürst Ludwig von Heidelberg nach Mainz, um seinen Bewerbungen beim Kapitel den nötigen Nachdruck zu geben. Sein Empfang daselbst war zwar freundlich, aber, wie der Kurfürst sogleich herausmerkte, nicht geeignet, um Hoffnungen auf Erfolg zu erwecken. Er versuchte deshalb verschiedene einflußreiche Domherren für sich zu gewinnen, wie den Domkapitular Graf Eberhart von Königstein und den Bischof Wilhelm von Straßburg; doch auch bei ihnen erhielt er ungewissen Bescheid³.

Ebenfalls schon frühzeitig hatte die bayerische Linie die Nachfolge ihres Bewerbers in Mainz ins Auge gefaßt, in diesem Sinne hatten die Herzöge Wilhelm und Ludwig von Bayern-München für ihren Bruder Ernst bei dem Kaiser, ihrem Oheim, sich verwendet. Dieser war für die bayerische Kandidatur sehr eingenommen. Jetzt konnte er seinem Neffen, dem er im Jahre vorher den Salzburger Stuhl wegen päpstlicher Verwendung für Matthäus Lang nicht hatte gewähren können, eine noch höhere Stelle verschaffen; zugleich bot ihm Ernst von Bayern die genügende Garantie, daß er als zukünftiger Inhaber der ersten Kur Deutschlands in kaiserlichem Sinne tätig sein werde. Den schon während der Krankheit Uriels getroffenen Bestimmungen Maximilians gemäß traten als Vertreter des Herzog Ernst die kaiserlichen Gesandten Graf Sigmund von Hag und Johann Horch am 24. Februar vor das Domkapitel, nachdem sie am 22. Februar in Mainz eingetroffen waren. Die ihnen am nächsten Tage zuteil gewordene Antwort, scheint indes keine günstige gewesen zu sein. Diesen Ausgang der Bewerbungen hatte Maximilian, wie es scheint, vorausgesehen. In der Instruktion vom 21. Februar und in einem Briefe an den Herzog Wilhelm von Bayern vom 22. Februar

3. Gaß S. 12—13.

ordnete er an, daß die kaiserlichen Gesandten, wenn die Aussichten für Bayern schlecht stünden, ihre Bemühungen für die Nachfolge Wilhelms von Straßburg im Erzbistum einsetzen sollten. Herzog Ernst von Bayern sollte dann als Ersatz die Koadjutorschchaft im Straßburger Bistum erhalten. Eigentümlich ist, daß auch Kurfürst Ludwig von der Pfalz für seinen Kandidaten auf denselben Kompromißvorschlag verfiel. Beide Parteien wurden von der richtigen Erkenntnis geleitet, daß nur ein mit den thüringischen Verhältnissen vertrauter Bewerber Aussicht auf Erfolg haben könnte⁴.

Wie hat sich nun der Bischof von Straßburg in diesem Wettstreite verhalten? Er konnte nicht eine so ungeheure Summe bieten, wie sie die nach Rom zu entrichtenden Abgaben erheischten und die anderen Bewerber auch versprochen hatten⁵. Dafür konnte er aber um so gewichtigere Garantien geben. Als Harzer von Geburt, wäre er kraft des hohen Ansehens und der Macht, über welche die Grafen von Honstein und ihre Verwandten in Thüringen und im Harz verfügten, sehr wohl in der Lage gewesen, Erfurt aus der bedrohlichen Umgarnung durch die Wettiner zu befreien; dazu war er als Großneffe Bertholds von

4. Der Kurfürst Ludwig war, nachdem er mit dem Bischof von Straßburg jene Aussprache gehabt hatte, nach Heidelberg zurückgekehrt. Am 22. Februar schreiben er und Pfalzgraf Philipp an Lorenz von Bibra, daß sie ihre Unterhandlungen mit Württemberg und dem Kaiser eifrig betrieben und ihm, sobald sie hierüber Nachricht hätten, darüber schreiben würden. Würzb. G. 13152 Nr. 14 [fehlt bei Gaß]. Ueber die geplante Kompromißkandidatur Wilhelms siehe für die kaiserliche bayerische Partei die beiden Briefe Maximilians vom 21. und 22. Februar 1514 an seine Gesandten in Mainz und Herzog Wilhelm v. Bayern (May I Beilagen und Urkunden S. 1—3, Gaß S. 14); für die kurpfälzische Partei den Brief Kurf. Ludwigs an Bischof Lorenz von Würzburg vom 16. Februar (Gaß S. 15).

5. Schulte I S. 100 Anm. 2 und S. 101 Anm. 1.

Henneberg, dessen Name noch guten Klang hatte, als ehemaliger Generalvikar des Erzstiftes und als Mainzer Domherr und früherer Domkustos daselbst in die Verwaltung der Erzdiözese und des Erzstiftes gut eingeweiht und war vor allem eines großen Anhangs im Kapitel sicher. Unmittelbar nachdem Wilhelm die Nachricht von dem Ableben Uriels erhalten hatte, machte er sich auf den Weg nach Mainz, wo er bereits am 14. Februar abends eintraf⁶. Am 16. früh erschien er vor dem Kapitel und berichtete, daß er der Mainzer Kirche, die ihn von frühester Kindheit an ernährt habe, seine Dienste ganz und gar zur Verfügung stelle. Diese deutliche Anspielung stieß bei den Kapitularen auf Sympathie und Verständnis; man dankte ihm und bat ihn am Wahltage persönlich mit Rat und Tat sie zu unterstützen. Auch im Volke muß die Kandidatur des Honsteiner populär gewesen sein, wie aus der Episode zu schließen ist, daß in der Nacht von Fastnacht auf Aschermittwoch (im März) das Wappen Wilhelms vor seinem Absteigequartier mit den Insignien der Mainzer Kirche übermalt worden war⁷. Doch nicht das Volk und die für die anderen Bewerber sich bemühenden hohen Herren, sondern allein das Kapitel hatte zu entscheiden. Mag dasselbe die Wahl des Straßburgers ernstlich erwogen haben, so stieß schließ-

6. Nicht wie bei Gaß S. 15: am 12. Februar und S. 17 sogar am 11. Februar, was offenbar nur ein Datierungsfehler sein kann, da der in Frage kommende Dienstag der 14. war. Vgl. das Manuale der bischöflichen Kanzlei, dort heißt es: „Register des so in Abwesen meins g. h. von Straßburg gehandelt worden, als Sein gnad nach absterben Bischof Uriels zu Meyntz zu der Election gein Meintz geritten ist.“ Das erste Datum dieses Journals ist Samstag nach Apollonie, d. i. 11. Februar; bei dem letzten Donnerstag nach Reminiscere [16. März] steht ausdrücklich dabei, daß der Bischof an diesem Tage zurückgekehrt ist. Ueber die Beziehungen Wilhelms zu Mainz siehe Gaß S. 15—17 und meine Einleitung.

7. Gaß S. 19 Anm. 1.

lich der erfolgreiche letzte Bewerber alle bisherigen Kombinationen um. Dieser letzte Bewerber war Albrecht von Brandenburg, seit kurzem Erzbischof von Magdeburg und Administrator von Halberstadt. Der Hohenzoller, der mit dem Erzstifte von Mainz eine bisher beispiellose Häufung von kirchlichen Würden auf sich zu nehmen beabsichtigte, konnte einerseits durch seinen kurfürstlichen Bruder Joachim von Brandenburg, andererseits durch den Besitz der beiden Erfurt so nahe liegenden Bistümer in ganz anderer Weise noch als der Harzer Graf die Erhaltung Erfurts der Mainzer Kirche gewährleisten. Auch er war, wie Wilhelm von Honstein kein Fremder in Mainz mehr; als im Jahre 1509 in Erfurt die Untertanen sich gegen den Rat empörten, als Sachsen im Jahre darauf Miene machte diese Gelegenheit zu benutzen, um sich die Stadt zu sichern, da wurde vom Mainzer Erzbischof und Kapitel sehr ernstlich die Wahl des jungen Albrecht von Brandenburg als Koadjutor erwogen, „denn nur dadurch konnte man einen starken Rückhalt gegen die sächsischen Ansprüche gewinnen⁸.“ Und zu guterletzt bot Albrecht von Brandenburg auch noch eher die Möglichkeit, die Gelder für Rom aufzutreiben. Alle diese Umstände erklären zur Genüge, daß es den erst zwei Tage vor dem Wahltermin eintreffenden Gesandten des Brandenburgers gelingen konnte, die Wahl auf ihn zu lenken. Einstimmigkeit⁹ mag zunächst nicht geherrscht haben; doch ist wohl sicher, daß es sich für die Kapitularen am 9. März nur noch um die Wahl Wilhelms oder Albrechts gehandelt haben kann; daß die Wittelsbacher Kandidaten nicht mehr in Frage kamen. Albrecht muß schließlich auch Wilhelm von Honstein für sich zu gewinnen vermocht haben, denn nur so erklärt es sich, daß er unter anderen Fürsten unmittelbar nach der Wahl

8. Mehl S. 64—74.

9. Siehe auch hier dasselbe, was zur Wahl Wilhelms von 1506 für diese Frage gesagt worden ist (S. 35 Anm. 12).

auch den Straßburger Bischof um eine Unterstützung beim päpstlichen Hofe zur Erlangung des nötigen Dispenses bitten konnte¹⁰. Die weiteren Verhandlungen, die sich noch an die päpstliche Bestätigung dieser Wahl knüpfen, brauchen hier nicht weiter verfolgt zu werden. Wenn auch Wilhelm von Honstein die kurfürstliche Würde und damit die erste kirchliche und weltliche Stellung in Deutschland nicht errungen hat, so zeigt doch diese Wahl, bei der seine Person so ernstlich in Frage kam, daß er vom Kaiser sowie von dem Mainzer Kapitel für wert gehalten wurde, diesen Platz einzunehmen.

Am 16. März bereits traf der Bischof in der Residenz Zabern wieder ein und wurde hier bald in eine neue politisch nicht weniger wichtige Angelegenheit hineingezogen.

§ 2.

Württembergische Unruhen¹.

Seit der Hochzeit [Frühjahr 1511] zwischen Sabine von Bayern und Herzog Ulrich von Württemberg war zwar, wie bereits erwähnt, eine Annäherung des Württembergers an

10. Schulte Bd. I S. 102, Bd. II S. 89.

1. Für die württembergischen Ereignisse siehe: J. F. Eisenbach, Geschichte und Taten Ulrichs Herzogen zu Württemberg 1754. J. U. Steinhof, Neue Württembergische Chronik IV. Stuttgart 1755. C. F. Sattler, Geschichte des Herzogtums Württemberg unter der Regierung der Herzogen I. Tübingen 1769. F. B. v. Bucholtz, Geschichte der Regierung Ferdinands I. I. Bd. Wien 1831. 4. Abschl. Erwerbung Württembergs S. 193—261. L. F. Heyd, Ulrich Herzog zu Württemberg I. Tübingen 1841. Bernhard Kugler: Ulrich Herzog zu Wirtemberg. Stuttgart 1865. Vor allem Heinrich Ulmann. Fünf Jahre Württembergische Geschichte unter Herzog Ulrich 1515—1519, Leipzig 1867 und Ch. Fr. von Stälin, Wirtembergische Geschichte IV Stuttgart 1873. Vgl. auch Anna Feyler, Die Beziehungen des Hauses Württemberg zur schweizerischen Eidgenossenschaft in der ersten Hälfte des XVI. Jahrhunderts. In diss. Zürich 1905.

den Kurfürsten von der Pfalz, die sich bald in Freundschaft umwandelte, erfolgt; zugleich aber datiert von dieser Zeit eine deutliche Abkehr des jungen verwöhnten Herzogs von Maximilian, dem er bisher blind ergeben war. Im selben Jahre noch trat er definitiv aus dem schwäbischen Bund und suchte in den nächsten Jahren durch eine Reihe von Einigungsverträgen mit Hessen, Kurpfalz, Kursachsen und Anderen seine Stellung bei den Fürsten zu befestigen. Von Jugend auf unerzogen und ungezügelt, führte er jetzt ein glänzendes, verschwenderisches Leben und verstand es durch maßlose Bedrückung seine Untertanen, deren Treue bereits sprüchwörtlich geworden war, im Jahre 1514 zur Empörung zu treiben. Der „arme Konrad“², wie diese Bauernerhebung genannt wird, brachte des Herzogs Land in eine gefährliche Krise, die jedoch dank kaiserlicher und befreundeter Hilfe durch Ulrich und die Stände des Landes unter Anwendung größter Strenge unterdrückt werden konnte. An diese Erhebung des armen Volkes schloß sich die Vereinigung zwischen dem Herzog und seinen Ständen in dem berühmten Tübinger Vertrage vom 8. Juli 1514, der später als des Landes Grundfeste gefeiert wurde. Unter glänzender Teilnahme und Mitwirkung befreundeter Fürsten kam die Einigung zustande, deren Inhalt in der Hauptsache

2. Der Bischof von Straßburg, der um diese Zeit auch durch die erregten Stimmungen seiner Untertanen beunruhigt war, behielt den Lauf der württembergischen Empörung stets im Auge. So schickte er der Stadt Straßburg am 17. Juni 1514 einige neue Nachrichten von der Empörung zu und am 20. August desselben Jahres teilte er dem Magistrate mit, daß der „arme Konrad“ jetzt gütlich beigelegt sei. Str. St.-A. AA 366 Bl. 3 u. 4. Die Behauptung von Guillianus (de Episcopis Argentinensibus S. 446—447), daß unter einer Reihe von Fürsten und Herren, die sich mit einer Sendung von Hilfstuppen gegen die Bauern begnügten, nur: „Guillemus [d. i. Bischof von Straßburg] vero et Hugo Constantiensis Episcopus Tübingam cum suis quisque copiis processerunt, neque ante redire quam ad officium rustici revocati“ ist übertrieben und nicht nachweisbar.

in der finanziellen Regelung der ungeheuren Schuldenlast, die Ulrich dem Land aufgebürdet hatte, und einer erheblichen Anteilnahme der Stände an der Regierung bestand. Der Kaiser, der Kurfürst von der Pfalz und sein Bruder Friedrich, der Bischof von Würzburg, Philipp von Baden und andere waren vertreten; persönlich waren von den Fürsten nur zugegen Bischof Hugo von Konstanz und Bischof Wilhelm von Straßburg³. Dieser war seit dem Konstanzer⁴ Reichstage von 1507, wo Ulrich ganz besonders durch die Leidenschaft des Spieles auffiel, mit dem jungen Herzoge noch öfters auf Reichstagen zusammen getroffen, so in Augsburg 1510⁵, Trier 1512⁶, Köln 1512⁷ und in Worms 1513⁸; beide Fürsten müssen, wie die späteren Andeutungen einer lebhaften Korrespondenz erkennen lassen, eng miteinander befreundet gewesen sein⁹. Das Eintreten des Bischofs für Ulrich in

3. Steinhofer IV S. 93. Sattler I S. 165 und Beylagen num. 67 u. 68. v. Bucholtz I S. 203. Hayd I S. 269 ff. Ulmann S. 15. Strälin IV S. 103. Auf die vielen anderweitigen Behandlungen und Abdrucke dieses Vertrages einzugehen, ist hier nicht am Platze.

4. Koch II S. 117.

5. A. a. O. S. 135.

6. Steinhofer IV S. 10—19.

7. Koch II S. 146.

8. Steinhofer IV S. 47.

9. Das Manuale der bischöflichen Kanzlei, das alleine über die Korrespondenz Bescheid geben kann, ist für die Zeit vom 11. Februar bis 16. März und vom 2. August bis 6. November 1514 sowie für die Zeit vom 30. März bis 7. September 1515 zufällig erhalten. Aus dieser Zeit werden folgende Briefe zwischen dem Bischof von Straßburg und Herzog Ulrich — leider ohne Inhaltsangabe — registriert: Am 12. August 1514 zwei Briefe von Ulrich eingetroffen. In der Karwoche (1. bis 8. April) des Jahres 1515 wurde ein Brief an Ulrich abgeschickt; am 23. April traf einer von ihm ein. Am 30. Mai gingen zwei Briefe nach Württemberg, am 9. und 13. Juni endlich trafen zwei Briefe vom Markgrafen von Baden ein wegen der gemeinsamen Reise zum Landtage. — Steinhofer (d. i. der Chronist Gabelkover) nennt Wilhelm von Honstein des Herzogs „überaus treuen und redlichen Freund“ (IV S. 322).

den Jahren von 1514—1516 spricht dafür deutlich. Kaum war der Bauernaufruhr unterdrückt, so entstanden neue Zwistigkeiten zwischen dem Herzog und den Ständen wegen der Ausführung des Tübinger Vertrages. Dazu kommen die durch Ulrichs Charakterlosigkeit veranlaßten Zerwürfnisse mit seiner Gattin. Im Zusammenhang hiermit steht die unerhörte Tat der meuchlerischen Ermordung des Herzoglichen Stallmeisters Hans von Hutten durch seinen Herren (8. Mai 1515)¹⁰. Eine ungeheure Erregung, geschürt durch die Feder Ulrichs von Hutten, ergriff hierüber die gesamte deutsche Ritterschaft und in kürzester Zeit ward diese Tat in ganz Deutschland bekannt. Die Aufregung wuchs im Lande zusehends; der im Anfang Juli in Stuttgart zusammentretende Landtag wurde auf die Bitten Ulrichs neben Vertretern von Pfalz und Würzburg persönlich von dem Bischof von Straßburg¹¹ und Philipp von Baden besucht;

10. Die Verfasser der Zimmerschen Chronik berichten hierzu folgendes (Bd. III S. 541—542): „Als er [d. i. Ulrich] Hannsen von Hutten umgebracht, welcher seiner Hofjunker einer war (warum das beschehen, das laß ich alhie bleiben) ist er der ursach halb vorhin in Westphaln [!] geraist und wissend worden, damit er die that, als er den Hutten nach der entleibung an sein schwert gehenkt, dester glimpflicher verantworten 'mögte. Bald darnach ist er zu Bischof Welhelmen von Straßburg, der ein Graf von Honstein war, geritten; dem hat er mit allen umbstenden eröffnet, wie es mit dem Hutten ergangen. In der narration aber, wie er dem Bischof erzellet, das er den Hutten allain uf dem jagen bedretten, hab er den zu roß angesprengt und etlich mal umb ain hurst hinum gejagt; letslich aber were ime mit dem schwerdt ain stich gerathen, das dem Hutten, der ine zuvor mermals lauterlichen umb Gottes und seiner barmherzigkeit willen umb gnad angerueft, ein großer strang bluets user dem leib were geloffen; damit dem Bischof gesagt: ‚Der war bonte monte‘.“

11. Steinhof IV S. 216—217 und 221—226. Sattler I S. 189 bis 190. v. Bucholtz I S. 211. Heyd I S. 401. Ulmann S. 20. Stälin IV S. 121. — Am 28. Juni verließ der Bischof Zabern, traf am 29. Juni in Ettlingen (bei Karlsruhe) mit Markgraf Philipp zu-

er verlief resultatlos und wurde vertagt. Anstatt nun die so gewonnene Zeit zur Stärkung seiner Stellung auszunutzen, eilte Ulrich nach Wien zur Doppelhochzeit im Kaiserhause. Mitte September 1515 kehrte Ulrich in sein Land zurück und verschlimmerte durch seine eigne Schuld seine gefährliche Lage noch mehr. Am 24. November 1515 entfloh die unglückselige Gattin Ulrichs Sabine aus dem Herzogtum und suchte Schutz vor den Mißhandlungen ihres Gemahls bei ihren Brüdern, den Bayernherzögen. Diese und mit ihnen ihre Familie, vor allem der Kaiser selbst traten jetzt als Verteidiger der Herzogin auf. Mit Benutzung der neuen Lage bestürmte die Huttensche Partei unablässig Maximilian mit ihren Klagen und verstand es zugleich die Stimmung unter den Landständen immer erregter zu gestalten. Die Stellung des Herzogs, der keine Reue kannte und von Freveltat zu Freveltat schritt, war verzweifelt und nur der Schwäche des Kaisers sowie den eifrigen Bemühungen der ihm befreundeten vier Fürsten: der Bischöfe von Würzburg und Straßburg, des Kurfürsten von der Pfalz und Markgrafen Philipp von Baden war es zu verdanken, daß Ulrich im Jahre 1516 noch der Strafe des Landfriedensbrecher entrann. — Gleich am Tage nach der Flucht der Fürstin, am 25. November 1515¹² schrieb Ulrich an obengenannte Fürsten und an andere Reichsstände, um die Schuld von sich abzuwälzen. Bei dem Kaiser beklagte er sich durch eine besondere Gesandtschaft über das Geschehene. Die erste Hälfte des Jahres 1516 ist angefüllt mit Verhandlungen und Versuchen des Kaisers, als Schiedsrichter zu wirken, die jedoch ergebnislos verliefen. Es lag in Maximilians Absicht, so lange als möglich Frieden zu halten; denn schon beunruhigte der junge Fran-

sammen und reiste mit ihm nach Stuttgart; am 29. Juli war Wilhelm wieder in Zabern (Manuale).

12. Steinhöfer IV S. 239. Sattler I S. 195. Heyd I S. 411. Ullmann S. 26. Stälin IV S. 124.

zosenkönig die deutsche Westgrenze und versuchte es durch seine Politik unzufriedene Fürsten und antikaiserliche Elemente, wie die Eidgenossen, für sich zu gewinnen. Doch die Heftigkeit beider Parteien drängte den Kaiser schließlich zur Entscheidung, die für Ulrich ungünstig sich zu gestalten drohte. Während der Kaiser mit dem schwäbischen Bunde unausgesetzt Rüstungen vorbereitete, wandte sich Ulrich Ende August an alle ihm befreundeten Fürsten¹³ und Herren und an alle von ihm abhängigen Adligen um Hilfe. Die Fürsten — nicht gewillt mit dem Kaiser in Streit sich einzulassen — zeigten sich zurückhaltend und sagten keine Unterstützung zu. Der Kaiser beschloß allen Klagen gegen Ulrich endlich ein williges Ohr zu leihen und einen Rechtstag in Augsburg, wo er einen Fürstentag versammelt hatte, zu halten und selbst nach alter Sitte Recht zu sprechen. Am 3. September 1516 wurde die kaiserliche Vorladung in Stuttgart eingehändigt. Ulrich war auch jetzt noch nicht gesonnen, den Befehlen seines kaiserlichen Herren zu willfahren. Er versuchte es durch Sondergesandtschaften, die Vertreter Würzburgs und der Pfalz, den Kaiser umzustimmen oder den Termin hinauszuschieben. Doch der Kaiser blieb diesmal entschlossen. Am 19.¹⁴ September traf er in Augsburg ein, wo ihn die Kardinäle von Gurk und Sitten, die Kurfürsten von Mainz und Köln, die Bischöfe von Augsburg und Eichstätt, der Herzog Wilhelm von Bayern, Markgraf Casimir von Brandenburg, Maximilians Schwester Kunigunde von Bayern, die Botschaften von Kurpfalz, Würzburg, der Eidgenossen und des schwäbischen Bundes bereits erwarteten¹⁵. Trotz der Abwesenheit des Angeklagten eröffnete Maximilian am 20. September den Prozeß, der bis zum

13. Auch an den Bischof von Straßburg. Steinhofer IV S. 307. Ulmann S. 45.

14. Itinerar Maximilians. A. O. G. 87 S. 310.

15. Ulmann S. 52; Stälin S. 130. — Klüpfel, Urkk. des Schwäb. Bundes II S. 134.

23. September geführt wurde. Die Acht schien unvermeidlich. Maximilian beabsichtigte eine von ihm zu bestimmende Regierung in Württemberg während sechs Jahren einzusetzen, in dieser Zeit sollte der Herzog seinen Aufenthalt dort nehmen, wohin ihn der Kaiser beschiede. In seiner Not hatte der Herzog an den ihm befreundeten Wilhelm von Straßburg geschrieben¹⁶ und ihn gebeten nach Augsburg zu reisen, um vermöge seines Ansehens das er beim Kaiser genoß, denselben gnädig zu stimmen. Wilhelm hatte dies auch wirklich getan und versuchte den Kaiser im Bunde mit den pfälzischen, würzburgischen und landständischen Abgeordneten umzustimmen. Er wurde jedoch ungnädig abgewiesen. Nur in der Form wurde des Kaisers beabsichtigte Maßnahme etwas gemildert, in der Sache blieb es beim alten. Diesen Entschluß mußte der Bischof von Straßburg als kaiserliches Ultimatum persönlich nach Stuttgart bringen; am 9. Oktober war die Antwort fällig. Bereits am 8. Oktober entschied sich Ulrich. In unbegreiflicher Verblendung lehnte er des Kaisers Forderung ab. Die feierliche Verkündigung der Acht am 11. Oktober war die Folge. Jetzt lenkte Ulrich ein; er gab gewisse Zugeständnisse und den Bemühungen des Bischofs von Straßburg und der Abgeordneten von Kurpfalz und Würzburg gelang es, die Gegner Ulrichs zur Versöhnung umzustimmen, vor allem den Kardinal von Gurk zu gewinnen. Dessen großem Einfluß auf den Kaiser war dann schließlich eine nochmalige Aufnahme der Verhandlungen zwischen dem Kardinal als Vertreter des Kaisers und Ulrich, die beide in Blaubeuren zusammentrafen, zu verdanken. Die Acht wurde aufgehoben; am 23. Oktober willigte Ulrich in den sogenannten Blaubeurer Vertrag, der im wesentlichen die Bestimmungen jenes Ulti-

16. Steinhofer IV S. 332, 334—336. Sattler I 215—216 und Beyl. Nr. 88. Ulmann S. 64—65. Stälin II S. 131—134. v. Bucholtz I S. 219—220. Heyd I S. 462.

matums aus den ersten Oktobertagen enthielt. — Die württembergische Handlung trat in eine neue Phase ein, die wir nicht mehr zu verfolgen haben. Ulrich eilte in seinem, sinnlosen Unverständnis schließlich, wenn auch nicht mehr zu Maximilians Lebzeiten, seiner Strafe entgegen. Die Fürsten, die ihm bisher treu zur Seite gestanden haben, wandten sich allmählich von ihm ab¹⁷.

Es ist ein eigentümliches Zeichen der Zeit, daß Wilhelm von Honstein diesen aufopfernden Dienst für eine mehr als fragwürdige Sache nicht nur tun konnte; ohne selbst der Strafe, die den Gehilfen eines Landfriedensbrechers hätte treffen müssen, zu verfallen; sondern daß er der ungetrübten Gunst des Kaisers sich weiter erfreuen durfte. In den Tagen, ja vielleicht am selben Tage, als er für den der Acht verfallenden Fürsten seine ganze Mühe aufwandte, gewährte ihm auf seine Bitten der Kaiser zwei wichtige Zoll- und Steuerprivilegien¹⁸. Wahrlich ein Beweis dafür, daß der Bischof von Straßburg als Diplomat nicht zu unterschätzende Fähigkeiten besaß.

17. Zwar blieben der Bischof und der Herzog auch in den folgenden Jahren noch in Korrespondenz, doch hörte das hilfreiche Eintreten des Ersten auf. Vgl. Steinhofer IV S. 432.

18. Diese Privilegien sind datiert vom 21. September 1516, ausgestellt in Augsburg, wie es heißt auf Bitten Wilhelms. Das eine verheißt ihm einen Zoll zu Straßburg [Bez.-Arch. Aktenaustausch mit Baden I Nr. 614. vidimierte Kopie vom 10. September 1777 auf Papier], das andere gewährt ihm das alte, aber von seinen Untertanen vernachlässigte Recht, für sich und seine Nachkommen sowohl in seinem Stifte als auch in den Pfandschaften, die er vom Reiche und vom Hause Oesterreich hatte, von allen Untertanen Steuern (Beden) zu erheben. [Karlsruhe-General. L.-Arch. Kopialbuch 1382 (Hochstift Straßburg, Urkundenabschriften 1779—1781), 2 vidimierte Kopien auf Papier aus dem Ende des 18. Jahrhunderts.]

§ 3.

Sickingen Fehde¹.

Die erneuten und verstärkten Aufstände in der Stadt Worms veranlaßten schließlich den Kaiser energisch einzuschreiten; er ächtete die Hauptunruhestifter. Eine Reihe der Geächteten, zu denen der bischöflich-wormser Notar Balthasar Schlör gehörte, suchten und fanden Aufnahme bei Franz von Sickingen auf der Ebernburg. Dieser ließ sich — wie damals üblich — von Balthasar Schlör seine noch ausstehenden Streitigkeiten mit Worms übertragen und begann im März 1515 die Fehde mit dieser Stadt, die damals in ganz Deutschland großes Aufsehen erregte und Sickingens Namen einen furchtbaren Klang gab. Der ganze Oberrhein wurde in die fortwährenden kriegерischen Unruhen hineingezogen. Bald schritt auch der Kaiser ein. Am 15. Mai 1515 ächtete er Sickingen und berief zum ersten Male seit dem Bestehen der Kreisverfassung einen Kreistag der Kur- und Oberrheinischen Stände nach Landau, der am 8. Juli eröffnet wurde². Als kaiserliche Kommissare be-

1. Für diesen Abschnitt ist vor allem benutzt: H. Ulmann, Franz von Sickingen, Leipzig 1872 und dessen Artikel über Sickingen in der allgemeinen deutschen Biographie Bd. 34 (1892) S. 151—158; daneben: Boos Städtekultur IV S. 119—158. Virck, Politische Korrespondenz der Stadt Straßburg Bd. I S. 1—21. E. Münch, Franz von Sickingen 3 Bde. 1827—1829.

2. Ulmann S. 46—47. Münch II S. 36—37. E. Langwerth von Simmern. Die Kreisverfassung Maximilians I. S. 39—40. Janssen Reichskorrespondenz II S. 901. — St.-A. AA 369. Gleichzeitige Kopie eines Briefes von Sickingen an die Stadt Worms d. d. 22. Juni 1515. Auf der Rückseite dieses Briefes [wahrscheinlich von der Stadt Worms für die Stadt Straßburg abgeschrieben] steht: „Ro. Key. Mt. vertagung des vierden gezircks ze lanndaw uff Mōntag des VIII tag Julii Anno 1515.“ Dann folgen die beschriebenen Stände, nämlich: die Kurfürsten von Mainz, Trier, Köln und Pfalz; die drei nachher genannten kaiserlichen Kommissare; die Witve von Herzog

stimmte er den Bischof von Straßburg, den Landvogt von Hagenau, den Grafen von Falkenstein und Claus Böcklin aus Straßburg. Wer der Vertreter Wilhelms von Honstein hier war, ist nicht bekannt, auch nicht, wie dessen Instruktionen selbst lauteten. Wilhelm war in diesen Tagen, wie oben mitgeteilt ist, auf dem württembergischen Landtage beschäftigt. Erreicht wurde auf dem Kreistage nichts. Man fühlte sich zu klein für diese große Sache, und verwies die Entscheidung an das Reich: ein Weg, der jedesmal den Ständen ermöglichte, die ihnen unbequemen Forderungen abzuwenden.

Neue Unruhen für den Oberrhein brachte der Geroldsecker Krieg, der im Spätjahr 1515 begann und bis in den Sommer 1516 sich hinzog. Der französisch gesinnte Reichsfürst Herzog Anton von Lothringen war mit Gangolf von Geroldseck und dessen Anhang wegen Streitigkeiten um den Besitz einer an der lothringischen Grenze gelegenen Silbermine in eine Fehde geraten, die den zahllosen Fehden lokaler Natur vollkommen glich, dennoch aber ein gewisses politisches Interesse in Anspruch nehmen kann. Denn nach dem unrühmlichen Ende der italienischen Kriege Maximilians und seines englischen Bundesgenossen bedeuten diese Scharmützel an der deutsch-französischen Grenze ein Nachspiel zu den europäischen Verwickelungen. Von englischem Gelde und den Sympathien des Kaisers unterstützt führte der deutsche Ritter ein Heer von 10 000 wohlgeübten Soldaten gegen Anton von Lothringen, der zuerst durch den

Alexander von Pfalz-Zweibrücken, Herzog Johann von Bayern; die Schlösser Friedburg und Gelnhausen; die Bischöfe von Basel, Worms und Speyer; die Aebte von Fulda und Weissenburg, der Komthur von Koblenz, die Städte Köln, Straßburg, Frankfurt, Speyer, Hagenau, Schlettstadt, Kolmar, Weissenburg und Landau. Endlich 12 Grafen und Herren. Wahrscheinlich ist dies Verzeichnis die Liste der vertretenen Stände, denn der oberrheinische Kreis selbst umfaßt mehr Stände als hier angegeben sind,

raschen Ansturm bedrängt wurde, dann aber Stand zu halten wußte. In diesem Augenblicke traf es sich für das etwas erlahmte Waffenglück des Geroldseckers günstig, daß Franz von Sickingen, der mit den Wormsers damals im Waffenstillstand lag, sich gewinnen ließ gegen den Lothringer mit ins Feld zu ziehen. Ein Kuriosum, wie es wohl nur in so rechtlosen Zeiten, wie den damaligen sich ereignen konnte: daß ein vom Kaiser Geächteter sich mit einem kaiserlichen Heere verbündete, um einen anderen feindlichen Reichsfürsten zu bekriegen. Dieser Lothringer Krieg hat Sickingens militärischen Ruhm begründet. Doch war dieses Waffenbündnis nur von kurzer Dauer; schon im Juli 1516 war der Krieg beendet. Geroldseck und Sickingen waren, wie es scheint, in Differenzen geraten. Jedenfalls trat Sickingen jetzt in die Dienste seines ehemaligen Gegners, des Herzogs von Lothringen, wie er auch in gleicher Zeit dem von Maximilian so leidenschaftlich gehaßten Ulrich von Württemberg seine Streitkräfte zur Verfügung gestellt hatte. Noch ehe das Jahr 1516 vergangen war, hatte Sickingen auch mit dem ebenfalls französisch gesinnten Dynastengeschlechte der von Marck sich eng verbündet, und sich dem Könige von Frankreich verpflichtet, war damit ganz und gar mit dem Reiche zerfallen.

Die Wormser Fehde kam zudem in ein neues Stadium. Auf Bitten der Stadt griff der Kaiser ein und Ende des Jahres berief er abermals die Reichskreise zum 3. Februar 1517 an geeigneten Stätten zur Beratung wegen einer Strafexpedition gegen Sickingen, die am 12. März unter Führung Gangolfs von Hohgeroldseck vor Worms beginnen sollte. Wie nicht anders zu erwarten, verlief dieser Versuch, das Reich zu einheitlicher Handlung zu veranlassen, kläglich. Der oberrheinische Kreis trat ziemlich vollzählig in Hagenau am 3. Februar zusammen³. Der Bischof von Straßburg

3. Ulmann S. 63 und Anmerkungen. Langwerth von Sim-

war vertreten durch seine beiden besten Beamten, den Kanzler Eitelhans Rechburger und den Hofmeister Jakob von Oberkirch. Der Tag führte zu keinem Ergebnis, die Strafexpedition kam nicht zustande.“ Sickingens Antwort war ein neuer unerhört kühner Ueberfall Wormser Kaufleute im März 1517, dem bis in den Hochsommer hinein unaufhörliche Beunruhigungen des ganzen Oberrheins folgten.

Der Kaiser sah sich infolge des Vertrages zu Noyon, den sein Enkel Karl von Spanien⁵ im Dezember 1516 mit Franz von Frankreich schloß, genötigt, ebenfalls eine französischenfreundliche Politik zu treiben; er bekam hierdurch freie Hand für die deutschen Händel. Bei diesen bestimmte ihn vor allem das Verlangen, den Landfriedensbrecher Ulrich von Württemberg bis zur Vernichtung zu strafen. Der Wunsch, zu diesem Zweck den hervorragendsten Feldherrn sich zu gewinnen, wird ihn veranlaßt haben, Sickingen auf seine Seite zu ziehen. Wenn er auch noch auf dem im Mai 1517 einberufenen Reichstage zu Mainz den Ritter zur Verantwortung lud, so war er bald darauf zu einer Franz günstigen Schwenkung gelangt. Im Hochsommer 1517 wurde die Wormser Fehde vorläufig beigelegt, Sickingen der Acht enthoben; dagegen wurde der Ritter verpflichtet, dem Kaiser

mern S. 44—45. — Akten zu diesem Kreistage neben den von Ulmann a. a. O. angegebenen befinden sich im Oberehnheimer St.-Arch. E E 7. Dasselbst Protokoll und Abschied.

4. Oberehnheim. St.-A. E E 7.

5 Markgraf Philipp von Baden schickte die ihm von Karl von Spanien übersandten Abschriften des Vertrages Bischof Wilhelm zu, mit der Bitte um seinen Rat. Karl hatte nämlich in dem Vertragsinstrument den Markgrafen Philipp unter seinen nun auch von Frankreich als solchen zu behandelnden Freunden aufgezählt. Philipp sollte sich schriftlich erklären, ob er damit einverstanden sei. — Karlsruhe. Generallandesarchiv, Haus- und Staatsarchiv. Alt-Baden Nr. 27. Der Brief Karls (Abschrift) d. d. 28. Dezember 1516. Der Brief Philipps an Wilhelm d. d. 10. Februar 1517.

Dienst gegen Ulrich von Württemberg zu leisten. Im Frühjahr 1518, nachdem auch das französische Bündnis gelöst war, begab sich Franz persönlich zum Kaiser nach Innsbruck und wurde von nun an für die nächsten Jahre eng an die habsburgischen Interessen gekettet.

Diesen unerfreulichen fortwährenden Parteiänderungen, Schwenkungen und neuen politischen Konstellationen weiter zu folgen, verlohnt nicht. Es genügt, wenn darauf hingewiesen wird, daß die letzten fünf Jahre Maximilianischer Regierungszeit dem Südwesten Deutschlands eine ununterbrochene Reihe von Friedensstörungen und schweren Schädigungen des materiellen Wohlstandes bereiteten.

Auch der Bischof von Straßburg⁶, auf den es uns hier ja allein ankommt, litt unter diesem friedlosen Zustande. Sein Gebiet berührte im Westen das lothringische, im Norden das kurpfälzische Territorium und es war daher fortwährend den kriegerischen Bewegungen ausgesetzt. Es ist unmöglich, allen Einzelheiten nachzugehen, wir sind überdies auch nur sehr lückenhaft über diese Jahre unterrichtet. Wo die Nachrichten reicher fließen, wie etwa für den Lothringer Krieg oder für die Maßnahmen gegen Sickingen im Sommer 1517, kann man erkennen, daß Wilhelm von Honstein voller Sorge die bedrohlichen Unruhen beobachtet, täglich kommen und gehen neue Meldungen und Warnungen. Die Stadt Straßburg und der Landvogt des Unter-Elsaß, mitunter auch der Markgraf von Baden und die Reichsstadt Oberrhein standen mit dem Bischof von Straßburg in unausgesetztem Nachrichtenaustausch. Die Sorge um die Sicherung ihres Gebietes, das den Durchzügen von allen

6. Das zahllose, aber für die Stellung Wilhelms belanglose Material findet sich im Manuale, in den Akten des Archivs zu Oberrhein AA 93, 94 E E 7, in den Missivbüchern des Domkapitels, im Straßburger Stadtarchiv: AA 1551, 1552, 365, 369, 370. — Vom Jahre 1517 ab ist dies Material zum größten Teile publiziert in Virck. Polit. Korresp. I Nr. 17, 22, 33, 43, 44 u. ö,

Seiten schutzlos offen lag, führte diese Reichsstände in den Jahren 1515--1517 unausgesetzt zusammen, um eine Verteidigung des Elsasses gegen die Landfriedensbrecher zu organisieren⁷. Oefters erließ der Bischof an seine dem Westen zu gelegenen Aemter⁸ die strengsten Verbote, keinen Durchzug von fremden Truppen von oder nach Frankreich, sowie das Anwerben eigener Untertanen durch französische Werbeoffiziere zu dulden. Denn in dem König von Frankreich sah Wilhelm — wir können dies von den ersten Jahren der Regierung Franz I. bis an des Bischofs Lebensende klar verfolgen — den gefährlichsten Feind seines, einem Ueberfall von Westen so exponierten Gebietes. Wie sich der Bischof zu Sickingen selbst stellte, ist für diese Zeit nicht genau zu erkennen. Während seine Parteinahme für den kühnen Ritter in den letzten Jahren dessen bewegten Lebens zweifellos ist, so scheint in dieser Periode seine Stellung unklar. Auf den beiden Kreistagen war er, wie schon erwähnt, nicht persönlich anwesend; auf dem zweiten war er nicht mehr zum kaiserlichen Kommissar bestimmt. Während der Landvogt zu Hagenau entschiedene Maßnahmen zur Unterdrückung Sickingens traf und unausgesetzt die elsässischen Stände zu einem Gleichen ermunterte, scheint Wilhelm selbst zurückhaltender gewesen zu sein. Einmal sogar läßt sich die ablehnende Haltung deutlich erkennen. Für einen Tag der elsässischen Reichsstände, den der Landvogt von Hagenau einberufen hat, instruiert der Bischof am 28. Juni 1517⁹ seinen Vertreter Jakob von Oberkirch dahin, daß er eine Landsrettung gegen Sickingen ablehnen sollte; er werde das, was der Kaiser und die Lage seines Stiftes fordert, tun; auch scheue er sich nicht mitzuhelfen, „wann es auch zu ein landzug und uberfal eins fremden volcks komen solt.“ Eine

7. Vgl. die Bemerkung auf S. 52 Anm. 34.

8. Manuale d. d. 5. Mai und 20. Mai 1515.

9. Bez.-Arch. G. 217 S. 2—5. Instruktion für Jakob von Oberkirch. Vgl. S. 52 Anm. 34.

ähnliche, abwehrende Haltung spricht sich in der Instruktion für den am 15. Juni 1517 vorangegangenen Tag zu Hagenau aus. Der Bischof konnte sein Gebiet auch nicht von Truppen entblößen.

Er hatte in diesen Jahren unter der Unbotmäßigkeit zweier seiner angesehensten Vasallen¹⁰, Jacobs von Landsberg und Glad Böcklins schwer zu leiden. Kaum konnte er es wagen, sein Stift zu verlassen. Als er im Herbst 1516 nach Augsburg auf den Hoftag eilte, um dem bedrängten Württemberger zu helfen, drückte das Domkapitel¹¹ seine schwere Sorge darüber aus, daß er nur mit so geringer Bedeckung fortgeritten sei. Und als der Bischof den kaiserlichen Befehl erhalten hatte, ein Kontingent zur Strafexpedition gegen Sickingen auszurüsten und auf dem Reichstage zu Mainz zu erscheinen, sprach das Domkapitel¹² — von

10. Ueber die Jahrelang dauernden Fehden dieser beiden Vasallen findet sich reiches Material in dem Manuale der bischöflichen Kanzlei und den Missivbüchern des Domkapitels.

11. Archiv d. Domkap. Lib. miss. ad episc. 1495—1520, Dechan und Kapitel schreiben am 13. Oktober 1516 an Statthalter und Räte zu Zabern. Nachdem zuerst über Glad Böcklin geklagt worden ist, heißt es weiter: „aber darnebent sihe uns für guet an, dwyl tunnser gnediger herr mit ringer anzal pferden sich usserland gethon, das sinen gnaden under ougen erbotten wurde sich am Harheim Rytten fur zusehen, damit sinen graden von gladi böcklin oder anderen kein smach zugefügt werde, unnd ouch damit anzöugen, wo sich sin gnade mit fugen by k. Mt. mög abreden, das sich sin gnade angesehen yetzige löuff anheimisch thüge, dann sin gnad nützer ist im land dann daruß . . . Datum sontags nach dionisii martiris anno 1516.“

12. Arch. d. Domk. a. a. O. Domkapitel an den Bischof d. d. 21. Februar 1517. Wiederholt wird in diesem interessanten Briefe die Gefahr eines Ueberfalls bei Wilhelms Abwesenheit besprochen. Der Bischof möge dem Kaiser doch durch seine Verwandten verständlich machen, daß er im Lande bleiben müsse; „das uwer gnaden Styfft als der sachen am nehesten gelegen vor uberfalle des von Sickingen sins anhangks und anderer verhüttet und beschirmet werde.“

ihm hierüber um Rat befragt — schwere' Bedenken darüber aus, daß jetzt der Bischof außer Landes ziehen müsse und dadurch das Stift von Truppen entblöße. Wenn irgend möglich und er keine Ungnade des Kaisers dadurch sich zuzöge, möge er daheim bleiben oder wenigstens keine zu großen Ausgaben auf sich nehmen; er solle versuchen, den Kölner Anschlag gegen die Ungarn, wie 1505 festgesetzt worden war, nicht zu überschreiten. Ob Wilhelm diesen Rat hat befolgen können, ist nicht festzustellen. Jedenfalls war er in Mainz vertreten¹³ und hat dort scheinbar große Kosten auf sich nehmen müssen. Diese fortgesetzten Sorgen und Unruhen werden auch der Grund gewesen sein, daß der Bischof auf dem letzten Reichstage Maximilians, den dieser unter glänzender Beteiligung der Reichsfürsten 1518 zu Augsburg abhielt, um seinem Enkel Karl von Spanien die Nachfolge im Reich zu sichern, sich nur vertreten ließ und nicht persönlich erschien¹⁴. Gegen Ende des Jahres 1518

13. Daß der Bischof auf dem Reichstage zu Mainz vertreten war und dort große Kosten hatte, erhellt aus der Instruktion an Jakob von Oberkirch für den Tag zu Hagenau vom 15. Juni 1517. (Bez.-A. G. 217 S. 20.)

14. Karlsruh. Generallandesarchiv. H- u. St.-A. V. Reichssachen Fasc. 13. Handlung des Reichstages zu Augsburg 1518. Dieser sehr umfangreiche Faszikel ist von der bischöflich-augsburgischen Kanzlei für den Bischof von Straßburg angefertigt, was aus folgenden zwei beigehefteten Briefen erhellt. 1. Bischof von Augsburg an den Bischof von Straßburg, Dillingen d. d. 11. November 1518. (Orig.). Der Bischof von Augsburg schickt ihm mit diesem Briefe den ihm erst unter dem heutigen Datum zugestellten Reichsabschied, samt den in seiner Kanzlei abgeschriebenen Reichstagsakten. 2. Die bischöflich-Straßburger Räte an den Bischof von Augsburg (Orig. Konzept), Zabern d. d. 21. November 1518 bestätigen den Empfang der Sendung in Abwesenheit des Bischofs. Ein gleichzeitiger gedruckter Bericht von Haselberg über die Stände auf dem Reichstage zu Augsburg und die Hochzeitsfeierlichkeiten Kasimirs von Brandenburg erwähnt auf pag. B „Botschafft des hochwirdigen Fürsten und Herren Herrn Wilhalmen Bischoue zu Straßburg, Lanndgrauen

wurden die Verhältnisse wieder etwas ruhiger und der Bischof konnte daran denken, den Kaiser persönlich aufzusuchen¹⁵, was er jedoch nicht ausgeführt zu haben scheint. Jedenfalls verließ er auf einige Monate das Land, zunächst um an dem feierlichen Einzuge des neuen Bischofs Georg von Speyer in die Stadt Speyer am 1. Dezember 1519 persönlich teilzunehmen¹⁶. Ob der Bischof von Straßburg von dort aus dann den in Tirol weilenden kranken Kaiser aufsuchen wollte und aus welchem Grunde, und ob der am 12. Januar 1519 erfolgte Tod¹⁷ desselben ihn daran verhindert hat, ist nicht zu erkennen.

Mit dem Ableben Maximilians treten die Reichsstände aus den Tiefstand ihrer egoistischen Interessen heraus zu einer Betätigung größten Stils. Die geradezu unnatürlich zurückgehaltenen großen Fragen drängen nun mit einem Male explosivartig zur Entscheidung. Haben wir bisher den Bischof von Straßburg nur mit unbedeutenden und kleinen Aufgaben beschäftigt gesehen, in denen er, soweit das Verhalten des Reichsoberhauptes dies zuließ, an der Seite des Kaisers eine angesehene und seinen diplomatischen Fähig-

in Elsas, gebornen Grauen zu Hoenstein, Herren' zu Werenrode“. — Chr. Scheurl, Geschichtsbuch der Christenheit. Herausgegeben von J. K. F. Knaake. Leipzig 1872 S. 114—117 gibt bei der Präsenzliste des Augsburger Reichstages an, daß W. von Straßburg vertreten war.

15. Arch. d. Domkap. a. a. O. Kap. an Wilhelm d. d. 18. Januar 1519.

16. F. X. Remling, Geschichte der Bischöfe von Speyer Bd. II 1854 S. 240—242.

17. Am 3. Februar 1519 gibt der Bischof in einem gedruckten Hirtenbriefe seiner Diözese das Ableben des Kaisers, „cuius consiliarius et familiaris cum in humanis ageret eramus“ bekannt und befiehlt den Pfarrern die Todesnachricht von den Kanzeln zu verkünden und Trauermessen zu lesen (Straßb. Stadt-Arch. Mandate und Anordnungen Bd. III 1500—1549 Bl. 76).

keiten entsprechende, bisweilen nicht unwichtige Rolle spielte; so wird er nun unter der Regierung Karls V. vor die Lösung großer Fragen gestellt und es öffnet sich für ihn eine weit bedeutsamere Stellung in dem großen Getriebe der Reichspolitik.

II. Buch.

Die Reichspolitik Bischofs Wilhelm
unter Karl V.
1519—1541.

I. Kapitel.

Wahl Karls V. Wormser Reichstag und Reichsregiment.

1519—1524.

§ 1.

Von der Wahl Karls V. bis zum Wormser Reichstag. 1519 und 1520.

Die Abmachungen Maximilians mit den Kurfürsten auf dem Augsburger Reichstage, durch welche die Nachfolge Karls von Spanien im Reiche gesichert schien, wurden durch seinen unerwarteten Tod wieder in Frage gestellt. Mit erneutem Eifer und bis dahin unerhörtem Schacher suchten die Gesandten der beiden Kandidaten Franz und Karl die Stimmen der deutschen Wähler zu erkaufen. Waren auch nur die Kurfürsten entscheidend bei der Wahl, so wurden doch auch die angesehensten Reichsfürsten umworben. Im Februar 1519¹ war der französische Gesandte François de Silly, Bailly von Caën, bei Wilhelm von Honstein und Philipp von Baden erschienen, um ihnen die Werbung seines Herrn vorzutragen. Wie die Anerbietungen des französischen Königs gelaute haben mögen, wissen wir nicht; sicher ist aber, daß wenigstens Wilhelm von Honstein sie abgelehnt hatte. Er war durchaus ein Gegner

1. Deutsche Reichstagsakten, jüngere Reihe [= D. R. A.] Bd. I S. 246, 247. Franz I. schreibt an seine Gesandten in Deutschland am 17. Februar 1519: „Quant au marquis de Baude et évesque de Strasbourg je treuve très-bon qu'on les pratique, et mesmement le dict marquis . . .“ Am 20. Februar 1519 berichten diese beiden französischen Gesandten an ihren König — also noch bevor ihnen der Brief vom 17. Februar bekannt sein konnte —, daß sie die Rückkehr des an Philipp von Baden und Wilhelm von Straßburg gesandten Bailly von Caen abwarteten (D. R. A. I. S. 274). Vgl. ebenda S. 59, Anm. 1.

der französischen Partei. Es bedurfte nicht mehr einer Warnung der Innsbrucker Räte, um ihn von Franz I. fernzuhalten, sie hatten durch den Markgrafen von Baden von den französischen Bemühungen Kenntnis erhalten und sahen sich veranlaßt, sofort den Bischof davor zu warnen². Er wußte sehr wohl, was ihm und seinem Bistum von Frankreich aus für Gefahren drohten. Unausgesetzt waren in den vorangegangenen Jahren Beunruhigungen an der Westgrenze vorgekommen. Truppenanwerbungen, Durchzüge und Ueberfälle von französischen oder französisch gesinnten Soldaten waren an der Tagesordnung. Jetzt, unmittelbar nach Maximilians Tode mehrten sich die bedrohlichen Nachrichten eines großen Ueberfalles der deutschen Grenzländer durch Franz I., so daß die elsässischen Reichsstände sich veranlaßt sahen, energische Schutzmaßregeln zu treffen. Der Landvogt des Unterelsaß, der tatkräftige Freiherr Jakob von Mörsberg und Beffort, wetteiferte mit Wilhelm von Honstein in der Einberufung von Tagen. Zu Hagenau (am 3. und 17. März) und Molsheim (28. April und 12. Mai) wurden diese Beratungen³ gepflogen. Ihr Resultat war, daß ein umfassender Verteidigungsplan getroffen wurde und daß weitere Kreise, vor allem die oberösterreichische Regierung zu Ensisheim und der Reichs-Vikar Kurfürst Ludwig von der Pfalz zur Unterstützung für den Notfall gewonnen wurden; so daß Franz I. es für nötig erachtete, der Stadt Straßburg von seinen durchaus friedlichen Absichten Mitteilungen zu machen⁴.

2. DRA. I. 8. S. 584 Anm. 4.

3. Vgl. S. 52 Anm. 34.

4. Politische Korrespondenz der Stadt Straßburg [= P. C.] Bd. I, 25. — Der Brief Franz I. ist datiert: „Parhisiis die VII. mensis Aprilis.“ Vgl. auch Karl Jakob, Französische Bemühungen um Straßburg im April 1519 [Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrheins, Neue Folge XIII (1898) S. 560—563]. Mitte April erschien ein französischer Gesandter, Johann von Sains, Herr von Marigny, Bailli

Viel früher noch als Franz I. hatte der junge König von Spanien den einflußreichen Rat seines Großvaters sich zu gewinnen versucht. Im Sommer 1517 hatte der alte Kaiser seinen Schatzmeister Jakob Villinger nach den Niederlanden an den Hof Karls, der gerade im Begriff war nach Spanien zu reisen, geschickt und ihn aufgefordert, sich um Maximilians Nachfolge im Reiche zu bewerben. Karl entschloß sich hierzu. Mit der Botschaft, in welcher Villinger dem Kaiser dies melden sollte, gab er ihm noch einen Auftrag mit. Durch diesen bestimmte er, daß den Kurfürsten, ferner einem „Diener“ des Bischofs von Würzburg und dem Straßburger Bischof nach seiner Wahl ansehnliche Pensionen ausgezahlt werden sollten⁵. Wenn es auch durch

von Senlis, vor dem Rat der Stadt Straßburg, um denselben für Franz I. zu gewinnen. Bevor die Stadt am 28. April ihre ablehnende Antwort gegeben hatte, hatte sie am 26. April durch eine Gesandtschaft den Bischof um Rat gefragt. Wilhelm gab ihnen folgenden Rat: „dwil man in vertruwer meinung rats fragt, wolt er auch gern zum besten raten, und wer sin rat, das man sich nem ein monat zu bedenken und das die botschaft abriten und ein molstatt ernennen solt, wohin man in die antwort schicken solt; dwil wurd villicht ein ander geschrei werden, dan es nit guß zu- oder abslahen wer“ (a. a. O. S. 580). Ob der Bischof damals d. i. am 26. und 27. April in Zabern weilte, wie Jakob ohne weiteres (S. 569) annimmt, ist sehr fraglich. Für den 28. April jedenfalls ist sein Aufenthalt in Molsheim bezeugt. [Colmar. Bez.-Arch. E 530. Ulrich von Rappoltstein teilt am 1. Mai 1519 der oberösterreichischen Regierung in Ensisheim mit, daß Bischof Wilhelm auf dem Landsrettungstag am 28. April persönlich in Molsheim zugegen gewesen sei.]

5. DRA. I. S. 61, 62. Merkwürdig bleibt bei dieser Instruktion für Villinger immerhin, daß von den geistlichen Fürsten nur der Bischof von Straßburg genannt wird. Die drei geistlichen Kurfürsten sollten je 3000, die weltlichen je 2000, Wilhelm von Straßburg 1000 Gulden erhalten. Für den „Diener“ des Bischofs von Würzburg (sollte dies nicht der Domherr Peter von Aufseß, der einflußreiche Rat Lorenz' von Bibra sein?) waren 500 Gulden veranschlagt.

die veränderten Ereignisse nicht dazu kommen sollte, so ist doch sicher, daß der Bischof von dieser Absicht in Kenntnis gesetzt worden ist. Es wird ihm, nun nicht schwer geworden sein, zumal er, wie wir wissen, ein treuer Anhänger Maximilians war, ein Parteigänger von dessen jugendlichem Enkel zu werden. Am 28. Juni 1519 ging aus der Wahl der Kurfürsten nach heißem Kampfe der Habsburger hervor. An Stelle des Franzosen hatte man sich zum Nachfolger auf dem Throne Karls des Großen den Spanier erkoren, in dessen Adern doch wenigstens etwas deutsches Blut rann. Mehr noch als ein Jahr verging, ehe der neu gewählte König daran denken konnte, sich nach Deutschland, das er noch nie betreten hatte, zu begeben. In der Zwischenzeit hatten seine außerordentlich gewandten Räte, die für ihn im Reiche regierten, es wohl verstanden seine Macht zu erhöhen. So wurde Württemberg, mit dessen treulosem Herzog Maximilian nicht mehr fertig zu werden vermocht hatte, den österreichischen Erblanden einverleibt. Einen nennenswerten Anteil an diesem für Oberdeutschland während des Jahres 1520 wichtigsten Ereignisse scheint der Bischof nicht genommen zu haben, wenn auch mehrere Briefe zwischen Ulrich und Wilhelm in diesen Tagen gewechselt worden sind. Der Bischof war wiederum durch die feindselige Haltung seines Vasallen Gladius von Böcklin ganz in Anspruch genommen⁶.

Mit Spannung erwartete der Bischof die Nachrichten von der Ankunft des Königs, welche seit dem Frühjahr ständig von Spanien in Aussicht gestellt und als bevor-

6. Vgl. für Württemberg und Böcklin die zahlreichen Beläge im Manuale. — Sattler, Herzoge Bd. II S. 73 berichtet, daß gegen Ende des Jahres die Herren von Croy und Villingen es angebahnt hatten, daß Herzog Ulrich den König aufsuchen dürfe, um sich persönlich zu verantworten. Bischof Wilhelm von Straßburg und Graf Reinhard von Zweibrücken sollten die Vermittlung hierbei übernehmen. Doch lehnte Karl jeden Versuch einer Annäherung ab.

stehend gemeldet wurde⁷. Sowie die Kunde von Karls glücklicher Ankunft in den Niederlanden und die Verhandlungen über Ort und Zeit der Krönung bekannt wurden, rüstete sich auch Bischof Wilhelm den König auf deutschem Boden zu begrüßen. Mitte Oktober 1520⁸ ist er mit seinem

7. Straßb. St.-A. AA 1553 Bl. 272. Am 10. Juni 1520 dankt der Bischof dem Rat zu Straßburg für seine Mitteilung von der bevorstehenden Ankunft des Königs. Karl selbst hatte bereits am 12. April von Santiago der Stadt hierüber Mitteilung gemacht; dieser Brief ist verwertet bei Baumgarten I S. 302, 303 und D. R. A. II S. 66 Anm. 1. — Vgl. hierzu Archiv des Domkapitels Lib. miss. ad Episc. 1495—1520. Am 7. Mai 1520 schreibt das Domkapitel dem Bischofe, daß es vom Magistrat der Stadt Straßburg jenen Brief Karls in Abschrift erhalten habe, und daß es mit dem Rate über die Veranstaltung einer Prozession zur glücklichen Ueberfahrt des Monarchen sich beraten habe. Der Bischof möge die nötigen Anordnungen treffen. — Siehe über die während der Jahre 1519 für eine glückliche Kaiserwahl und 1520 zum Dank für die glückliche Ueberfahrt Karls veranstalteten Prozessionen: Straßb. Stadtarchiv, Mandate und Ordnungen Band III 1500—1549 Bl. 85 u. 87.

8. Daß Wilhelm der Krönung beigewohnt hatte, ist, wenn auch nicht bezeugt, so doch nach den Aufzeichnungen im Manuale, das die Vorbereitungen hierzu genau erkennen läßt, höchst wahrscheinlich. Die Krönung fand am 23. Oktober 1520 in Aachen statt. Unter dem 15. August heißt es im Manuale: der Markgraf Philipp von Baden hat wegen der Reise zum Könige geschrieben. Ihm ist geantwortet, daß der Bischof deswegen nach Oberkirch ginge, um an einem geeigneten Orte zwischen Oberkirch und Baden darüber mit dem Markgrafen zu verhandeln. Dies geschah ungefähr am 20. August. Am 31. August wird von Zabern aus an den Markgrafen ausdrücklich wegen der Krönung geschrieben. Am 2. Oktober 1520 werden Briefe an den königlichen Hof abgesandt. Eine Notiz im Manuale unter dem 18. Oktober 1520 teilt endlich mit, daß sowohl der Bischof als auch der Markgraf von Baden nicht zu Hause seien. — Ein gleichzeitiger Druck (ohne Angabe von Ort und Jahr): „Römischer Küniglicher Maiestat Krönung zu Ach geschehen“ erwähnt den Bischof nicht als anwesend [Straßb. Univ.- u. Landesbibl.]. Vgl. auch Häberlin Bd. X S. 312—320. Für die Anwesenheit zweier Markgrafen von Baden am königlichen Hofe während dieser Tage siehe D. R. A. II S. 73 Anm. 5.

Freund und Nachbarn, dem Markgrafen Philipp von Baden, nach Aachen geritten, um an der glänzenden Krönung (23. Oktober) Karls zum deutschen König teilzunehmen. Von Aachen aus begab sich der Kaiser nach Worms, wohin er am 1. November 1520 seinen ersten Reichstag auf den 6. Januar 1521 ausgeschrieben hatte.

§ 2.

Der Reichstag zu Worms 1521.

Nicht allein das religiöse Moment, die Stellung des Kaisers zu Luther, hat den Wormser Reichstag zu dem populärsten gemacht, den die deutsche Geschichte kennt; auch die politischen Arbeiten, die in den ersten Monaten des Jahres 1521 hier geleistet wurden, stellen diesen Reichstag in die Reihe der denkwürdigsten Ereignisse deutscher Geschichte. Die Reform der deutschen Reichsverfassung, die Regelung der Rechtspflege, des Militär- und Finanzwesens, die Garantie für die strenge Durchführung der Reichsgesetze — Dinge, die das ganze vergangene Jahrhundert hindurch erstrebt worden waren, deren Ausführung zuletzt sich aber als unmöglich erwiesen hatte, wurden in wenigen Monaten zu Ende geführt oder wenigstens der Verwirklichung nahe gebracht; noch dazu in einer Form, die sich fast drei Jahrhunderte lang als lebensfähig gezeigt hat! Wenn wir auch den Gang der Ereignisse hier nicht zu schildern haben, sondern nur von einem bescheidenen Gesichtswinkel aus dieselben verfolgen, so müssen wir doch immer wieder uns die Größe und Bedeutung des Tages vor Augen halten, um die Mitarbeit dessen, dem unsere Betrachtung gilt, richtig einschätzen zu können. — Dabei soll zunächst des Bischofs Wilhelm von Straßburg Verhalten zu Luther und zur religiösen Bewegung unberücksichtigt bleiben und sollen nur seine Beziehungen zu dem

neuen Reichsoberhauptes, seine Mitarbeit an der Verfassungsreform und seine Stellung zu der äußeren Politik des deutschen Reiches während des Wormser Reichstages dargestellt werden.

Am 18. Januar¹ verließ Wilhelm mit seinem Kanzler Eitelhans Rechburger und einem Gefolge von 25 Personen² seine Residenz Zabern und traf noch rechtzeitig vor der Eröffnung des Reichstages, die am 28. Januar erfolgte, in Worms ein. Bereits am 7. Februar belehnte³ der Kaiser den Bischof ohne jeden Pomp mit den Regalien und stellte ihm eine Generalkonfirmation für alle seine Privilegien aus. In den Tagen vom 3. bis 8. April erhielt Wilhelm für dieselben noch eine Reihe von besonderen Urkunden, für deren Ausstellung er nicht weniger als 469 Gl. 7 Batzen zu zahlen hatte⁴.

1. Manuale d. d. 18. Januar 1521. — Während Wilhelms Abwesenheit führten im Bistum die Regierungsgeschäfte der von ihm eingesetzte Statthalter Hans von Mittelhausen und die bischöflichen Räte in Zabern (Manuale).

2. DRA. II S. 997.

3. Bericht des Frankfurter Gesandten. DRA. II S. 791. Mit Wilhelm zugleich erhielten 9 andere Fürsten, darunter Philipp von Baden, die Regalien. Vgl. DRA. II S. 165. Zwei spätere Kopien dieser Urkunde, die vom 10. Februar datiert ist, befinden sich im Bez.-Arch. G. 217.

4. Am 3. April 1521 spezialisiert Karl die Privilegien für Wilhelm an die Kurfürsten von Mainz, Pfalz und den Herren von Rappoltstein. [Bez.-Arch. G. 207 und Karlsruher G.-L.-A. Kopialbuch 1382; beides späte Kopien.] Am 6. April wird dem Bischof ein Zoll zu Straßburg verliehen. [Bez.-Arch. Aktenaut. mit Baden I Nr. 617 (späte Kopie.)] Am 8. April 1521 endlich wird dem Bischof das Privileg gewährt, Untertanen fremder Herren, die auf seinem Gebiete bei einer strafbaren Handlung ertappt werden, vor sein Gericht ziehen zu können (Karlsru. a. a. O.). — Die in ihren Einzelheiten sehr interessante Kostenrechnung (Original) befindet sich im Bez.-Arch. G. 207. In ihr werden noch andere Privilegien aufgeführt, deren Originale oder Abschriften nicht mehr erhalten sind.

Neben diesen Beziehungen, die durch den Regierungsantritt eines neuen Herrschers bedingt waren, sind aber noch andere anzuführen, die erkennen lassen, daß Bischof Wilhelm auch das Vertrauen des neuen Herrschers errungen hatte, soweit dies bei der verschlossenen und gebietenden Art des jungen Kaisers nur möglich sein konnte. Am 28. April 1521 werden die Bischöfe Georg von Bamberg, Wilhelm von Straßburg und Christoph von Augsburg zu kaiserlichen Richtern ernannt in dem seit Beginn des Jahrhunderts währenden Erbfolgestreit um die Grafschaft Katzenellenbogen zwischen den Grafen von Nassau und dem Landgrafen von Hessen. Dieser Prozeß, der wegen seiner berücktigten Länge eine gewisse juristische Bedeutung besitzt, hat im Zeitalter Karls V. eine politische Rolle, wie neuerdings klar gelegt worden ist, gespielt; für den Bischof von Straßburg ist er durch die intimen Beziehungen der beiden Nassauer Grafen zum Kaiser ein unschätzbare Hilfsmittel geworden, gegebenenfalls die Verbindung mit Karl stets aufrecht erhalten zu können. Bei Besprechung der ersten Urteilsfällung der drei neuen Kommissare im Mai 1523 kommen wir auf diesen Prozeß noch zurück⁵.

5. An Literatur und archivalischem Materiale, das in reichem Maße vorhanden ist, soll vorläufig nur das grundlegende Werk von Otto Meinardus: *Der Katzenellenbogische Erbfolgestreit* 2 Bde. (Veröffentlichungen der historischen Kommission für Nassau I, II, IV Wiesbaden 1899—1902) erwähnt werden. — Die Ernennung der Kommissare vom 28. April 1521 siehe u. a. in DRA. II S. 816 Anm. 1 und Meinardus I, 2. S. 33 ff. In einer Urkunde des Staatsarchivs Wiesbaden (VII Nassau-Oranien, Altes Dillenburg Archiv, C. Katzenellenbogischer Erbfolgestreit Nr. 22, 1521—1545 Bl. 2) teilen die drei Kommissare ihre Ernennung offiziell schon am 26. April (Freitag nach St. Georg des hl. Märtyrer) mit. Hier liegt auch die Kopie eines Schreibens der drei Bischöfe an den Kaiser vor (ohne Datum, aber vor dem 28. April), aus der erhellt, daß sie alle drei sich gerne dieser schwierigen Kommission entzogen hätten. — S. nachher § 6 Anm. 1.

Das bedeutendste Ereignis für Wilhelm jedoch war seine Ernennung zum kaiserlichen Rat am 28. Mai 1521⁶. In Anbetracht seiner Verdienste, die der Bischof dem Kaiser Maximilian und Karl geleistet habe, heißt es in der Bestallungsurkunde, ernennt ihn Karl zu seinem Rat. Er ist damit verbunden zu ewigem Schweigen über alle ihm anvertrauten Mitteilungen und zur Förderung der kaiserlichen Interessen. Dafür soll er auch alle Rechte und Privilegien wie andere kaiserliche Räte genießen. Der Bischof ist zu jedem geforderten Dienste in Deutschland, den Niederlanden und Italien verpflichtet; als Ratssold soll er eine Prälatur, die jährlich 3000 Gulden einträgt, erhalten; bis dahin wird ihm eine jährliche Pension von 2000 Gulden ausgezahlt. Zu den Dienstleistungen muß er mit 24 gerüsteten Reitern erscheinen, wofür er außerdem monatlich 200 Gulden erhält; bei ganz besonderen Missionen im Auslande wird ihm noch eine besondere Vergütung zugesichert. Hätte der Kaiser diese Verpflichtungen innehalten können, so wäre der Bischof finanziell zweifellos recht gut gestellt gewesen; doch bei der ewigen Geldnot des Monarchen sind dieselben nie erfüllt worden. Wir besitzen keine einzige Quittung oder Nachricht, die davon Zeugnis ablegt, daß der Bischof das versprochene Geld auch nur einmal erhalten habe; wohl

6. Bez.-Arch. Austausch mit Baden II. Fasz. 2 Nr. 2 enthält die Abschrift dieser im Original verloren gegangenen Urkunde. Auf der Rückseite dieser Abschrift ein Eintrag von anderer Hand: „Keyserliche Bestellung. Schrifft an D. Claudien Contiunculen“ (s. die folgende Anmerkung). In dem Repertorium des ehemaligen Innsbrucker Schatzarchivs finden wir für das Jahr 1521 folgender gleichzeitiger Eintrag: „Strasburg, — Ain dienst-revers von bischoff Wilhelmen von Straspurg auf Kayser Carlen mit 2000 guldin rat- und dienstgellts, bis er mit geistlichen pfründen bis in drew tausent guldin versehen ist, unnd so er in teutschen lannden gebraucht wirdeth, soll in sein mayestet alle monet zwayhundert guldin auff die unnderhaltung geben. — 1521.“ — Innsbr. Statthalterei Archiv, Schatzarchiv Repertorium VI, 597.

aber eine große Menge von Zeugnissen über Bitten und gelegentlich recht eingehende Mahnungen Wilhelms einerseits und begütigende Antworten und Versprechungen des Kaisers andererseits, die sehr bald nach dem Wormser Reichstage einsetzten und noch zu Regensburg im Jahre 1541, als Wilhelm bereits die Augen geschlossen hatte, seine Räte sehr lebhaft beschäftigte⁷.

Wenden wir uns jetzt zu der Teilnahme des Bischofs an den Reichstagsverhandlungen selbst. Bald nach Verlesung der kaiserlichen Proposition vom 28. Januar wurde ein Ausschuß gebildet, dem die gewaltige Arbeit aufgebürdet wurde, die Entwürfe für die Reichsregimentsordnung, den Landfrieden, das Kammergericht, die Reichsmatrikel zum Romzuge und die Unterhaltung von Regiment und Gericht zu entwerfen. Dieser „rechte“ oder „große“ Ausschuß bestand aus 18 Personen, nämlich den sechs Kurfürsten,

7. Am 20. August 1539 schreibt der Bischof an den Rat König Ferdinands Doktor Claudius Contiuacula folgendes: Er bittet ihn in Anbetracht der Notlage seines Stiftes den König an die kaiserliche Bestallung, von deren Ausstellung er ihm eine Kopie mitschickt, erinnern zu wollen. Seit nunmehr 30 Jahren habe er dem weiland Kaiser Maximilian und Kaiser Karl mit allen Kräften gedient, trotzdem habe er bisher noch gar kein ihm zukommendes Geld vom Kaiser behalten; das ausstehende Geld beträgt bis jetzt 27 000 Gulden. Er richte an den König die Bitte, sobald der Kaiser übers Meer komme und der König eine Abordnung zu ihm sende, möge er derselben befehlen, auch des Bischofs wegen beim Kaiser vorstellig zu werden, damit er eine jährliche „Nießung“ erhalte oder auf andere Weise entschädigt würde. „Datum Zäbern am Frytag nach Assumptionis Marie anno 35.“ Vom gleichen Datum ist ein Kreditiv für Contiuacula an Ferdinand. (Beide Briefe im Konzept auf einem Bogen. Bez.-Arch. Austausch mit Baden II. Fasc. 2 Nr. 2.) Nur diesem Umstande, daß ewig gemahnt werden mußte, verdanken wir die genaue Kenntnis der gegenseitigen Verpflichtungen zwischen Kaiser und Bischof. Die übrigen Belege für die fortgesetzten Mahnungen Wilhelms an Karl werden jeweils an Ort und Stelle angeführt werden. S. II. Buch, IV. Kap. Anm. 10.

vier geistlichen Fürsten und zwar den Bischöfen von Bamberg, Würzburg, Straßburg und Augsburg, vier weltlichen Fürsten: den Herzögen Georg von Sachsen und Friedrich von der Pfalz, den Markgrafen Kasimir von Brandenburg und Philipp von Baden, sowie je einem Vertreter der Prälaten und Städte und zwei Vertretern der Grafen. Diese Fürsten, die zweifellos die befähigtesten und neben den Kurfürsten die bedeutendsten Reichsstände waren, sind sämtlich nachher Mitglieder des von ihnen entworfenen Reichsregimentes geworden; wir begegnen ihnen auf den nächsten Reichstagen stets an führender Stelle. Bei dem Mangel an Protokollen läßt sich die Tätigkeit des Einzelnen unter ihnen nicht immer genau feststellen, wir können hier nur die Tatsache konstatieren, daß in diesem bedeutenden Jahrzehnt zwischen dem Wormser und Augsburger Reichstage Bischof Wilhelm stets an leitender Stelle bei allen großen Fragen mitgewirkt hat. Er konnte dies um so eher tun, da ihm in der Person des Doktor Eitelhans Rechburger ein Kanzler zur Seite stand, welchem die hervorragendsten staatsmännischen Eigenschaften innewohnten. Wir besitzen von ihm neben vielen anderen Aufzeichnungen solche über die Ausschußverhandlungen auf dem Wormser Reichstage vom 27. Januar bis 22. März, die durch Zuverlässigkeit und Sachkenntnis, sowie durch die knappe präzise Form, wie allgemein anerkannt ist, zu den wertvollsten ihrer Art gehören⁸. Die standesgemäßen Verpflichtungen der Fürsten machten es ihnen unmöglich, die Arbeiten im Ausschusse allein zu bewältigen, und sie wählten gar bald aus ihrer Mitte einen neuen „ringeren“ Ausschuß⁹, der die wirkliche Arbeit in erster Linie zu leisten hatte. Dieser bestand aus nur 14

8. Vgl. hierüber DRA. II. 8. 131 f. u. a. — Ficker-Winkelmann I Tafel 37. Der starke Band der bischöflichen Kanzlei über den Reichstag zu Worms befindet sich leider immer noch im Karlsruher Generallandesarchiv (Reichstagsakten Nr. 17).

9. DRA. II. S. 162 f.

Räten, zumeist den Kanzlern der Ausschußstände. Die weltlichen und geistlichen Fürsten waren hier nur durch je zwei Räte vertreten, während sonst die zahlenmäßige Besetzung ungeändert blieb. Bemerkenswert ist, daß sowohl der bischöflich straßburgische Kanzler, wie auch der Vertreter der Stadt Straßburg Hans Bock hier tätig waren. Der Geschäftsgang wurde nun so gehandhabt, daß der kleine Ausschuß die Entwürfe ausarbeitete, sie dann dem großen Ausschuß zur Begutachtung vorlegte; dieser gab sie dann, wenn er mit den Arbeiten einverstanden war, an das Plenum und von hier aus gingen die Entwürfe an den Kaiser.

Während die Kammergerichtsordnung, welche auf dem Entwurf Bertholds von Henneberg beruhte, schon frühzeitig erledigt wurde, bereitete die Einigung über die Reichsregimentsordnung viele Schwierigkeiten; der Hauptstreitpunkt zwischen Kaiser und Ständen lag darin, ob das Regiment während des Kaisers Anwesenheit im Reiche auch tagen solle oder nicht. Mehrere Sonderverhandlungen zwischen den kaiserlichen Räten und einzelnen Fürsten, zu denen auch Wilhelm von Straßburg gehörte¹⁰, mußten abgehalten werden: schließlich einigte man sich dahin, daß das Reichsregiment nur in Abwesenheit Karls zusammenzutreten sollte. Es setzte sich zusammen aus dem kaiserlichen Statthalter, in Vertretung von dem noch zu jungen Erzherzog Ferdinand: dem Pfalzgrafen Friedrich; 4 kaiserlichen Vertretern, den 6 Kurfürsten, je einem Vertreter der sechs alten Kreise, je sechs Vertretern der geistlichen und weltlichen Fürsten und je ein bzw. zwei Vertretern der Prälaten und Städte. Zu den acht fürstlichen Ausschußmitgliedern kamen hinzu Salzburg und Speyer, die Herzöge Wilhelm von Bayern und Heinrich von Mecklenburg. Michaelis 1521 sollte das Reichsregiment in Kraft treten und die Kurfürsten und

10. DRA. II. S. 207.

Fürsten jedesmal ein Vierteljahr lang persönlich beim Reichsregiment in Nürnberg anwesend sein. Die Session hatte man derart vereinbart, daß Bischof Wilhelm von Straßburg zu gleicher Zeit mit Heinrich von Mecklenburg im fünften¹¹ Quartal, das wäre also zunächst vom Oktober bis Dezember 1522, im Regiment sitzen sollten.

Eine lebhafte Tätigkeit entfalteten die Mitglieder beider Ausschüsse bei der Aufstellung der Matrikeln. Die von dem Straßburger Bistum geforderten Leistungen für die Romzugshilfe als Simplum betrugen 15 Roß und 100 Mann, wobei jedoch in einem Voranschlage 18 Roß gefordert waren; zur Unterhaltung von Regiment und Kammergericht waren 180 Gulden zu entrichten.

Die auswärtige Politik stand für Karl, wie immer, so auch jetzt auf dem Wormser Reichstag im Vordergrund aller Erwägungen. Die entscheidende Frage war für ihn, ob es ihm gelingen werde, die formell noch immer zu dem Reiche gehörenden Eidgenossen in dem unausbleiblichen Kampfe mit Frankreich auf seine Seite zu ziehen. Er bewog die Reichsstände an den bevorstehenden Verhandlungen mit den Eidgenossen teilzunehmen. Hierüber wurde, wie es scheint, in dem großen Ausschusse, in welchem aber nur die Kurfürsten und Fürsten saßen, beraten. Erst nach längeren Auseinandersetzungen mit dem Kaiser willigten die Stände ein, daß die an die Eidgenossen bestimmte kaiserliche Gesandtschaft auch vom Reiche ausgehen sollte. Derselbe Ausschuß beriet auch mit dem Kaiser, wie er sich zu den kriegerischen Maßnahmen des Franzosenkönigs stellen solle, und entschied sich am 21. Mai zu einer offiziellen Absage des Reiches an Franz I. An beiden Verhandlungen¹² hat der Bischof teilgenommen; traf ihn doch

11. DRA. II. S. 726.

12. Daß der Bischof von Straßburg an ihnen teilnahm, ersieht man daraus, daß ein Gutachten der Stände gegen die Sendung

ein Krieg zwischen Frankreich und dem Kaiser oder dem Reiche mit am härtesten. Wir werden sehen, wie unmittelbar nach dem Abschied am 26. Mai¹³, der Bischof, sobald er Anfang Juni¹⁴ in sein Stift zurückgekehrt war, in eine lebhaftere Aktion gegen Frankreich trat und später selbst den innigsten Anteil an den Bemühungen des Kaisers um die Eidgenossen nahm.

§ 3.

Maßnahmen Wilhelms gegen Frankreich. Gesandtschaft nach Zürich. — 1521, 1522.

Während der letzten Tage des Wormser Reichstages liefen an den Bischof fortwährend Klagen seiner Zaberner Räte ein, daß in den Aemtern Knechte von französischen Agenten gedungen würden, und daß fremde Söldner das Gebiet durchzögen. Dementsprechend verbot Wilhelm von Worms aus in einem Erlaß an seine Untertanen aufs strengste jegliche Beziehungen zu Frankreich¹. In den Pfingsttagen² (19. Mai) — also noch einige Tage bevor das Reich offiziell sich gegen Frankreich erklärt hatte — waren der Bischof von Straßburg, Markgraf Philipp von Baden und andere ober-rheinische Stände vom Kaiser persönlich aufgefordert worden, ein Schutzbündnis gegen die Franzosen zu schließen.

an die Eidgenossen, welche der Kaiser in seiner Proposition vom 7. März vorgeschlagen hatte (ca. 8. März), uns nur erhalten ist aus der Feder von Eitelhans Rechburger (Karlsruh. a. a. O.) — DRA. II S. 367.

13. Vom Bischof persönlich unterzeichnet. DRA. II. S. 741.

14. Am 4. Juni traf der Bischof in Zabern ein (Manuale).

1. Manuale: vgl. 19. und 24. Mai. Am 26. Mai traf das bischöfliche Mandat in Zabern ein; am 27. Mai wurden die Abschriften für die Amtleute ausgefertigt und am 28. Mai an dieselben abgeschickt.

2. DRA. II S. 920 und Anm. 2. — Vgl. oben S. 52 Anm. 34.

Kaum war der Bischof in seinem Stifte eingetroffen, da suchte ihn eine kaiserliche Gesandtschaft³ unter Führung des Landvogtes von Kaysersberg Hieronymus Pruner auf und bat ihn, sich nach Ensisheim zu begeben, um mit der oberösterreichischen Regierung und dem Markgrafen Philipp von Baden über Rüstungen zu beraten. Mitte Juni⁴ finden wir Wilhelm auch daselbst, wahrscheinlich gemeinsam mit dem Markgrafen Philipp, mit dem er über diese Frage lebhaft korrespondiert hatte, tätig. Zur gleichen Zeit bemühte sich der Landvogt des Unter-Elsaß, ebenfalls vom Kaiser damit beauftragt, die elsässischen Stände zu einer tatkräftigen Vereinigung gegen Franz I. zu bewegen; in den Monaten Juni, Juli und August wurden zu Hagenau mehrere Beratungen abgehalten, in denen schließlich doch nichts erreicht wurde. Die Hauptgefahr war für die elsässischen Stände ja beseitigt, seit die für den Angriff auf die deutsche Westgrenze bestimmten Truppen des französischen Krieges auf das energischste an der Maas und in den Niederlanden von den Kaiserlichen unter Sickingen und dem Grafen von Nassau sowie von den mit dem Kaiser verbündeten Engländern angegriffen wurden. Wenn der Bischof auch zu einer zeitraubenden und zwecklosen Beratung mit den kleinen Reichständen jetzt nicht geneigt schien, so war er darum doch nicht sorglos. Er beobachtete fortgesetzt die Bewegungen auf dem Kriegsschauplatze und korrespondierte viel mit Franz von Sickingen⁵; ja sogar unterhielt er selbst, wie

3. Bez.-A. C 4 Nr. 1 (Akten der Landvogtei Hagenau).

4. Manuale. Am 14. Juni ritt der Bischof nach Ensisheim, begab sich von dort nach Rufach und traf am 28. Juni in Zabern ein. — Ueber seine Korrespondenz mit Philipp von Baden siehe Manuale: 10. Juni u. ö.

5. Manuale der Monate Juni-September 1521. — Vgl. auch Str. St.-A. AA 1553 Nr. 291. In einem Briefe Wilhelms vom 26. Juli an den Rat heißt es: „Als ich vergangen tagen Ewern Rathsrund Martin Hertzlin, Franziscus von Sickingen halben, by unns gehapt, fugen wir euch gnedigen und fruntlicher meynung

es scheint, eigene Kundschafter⁶ in Frankreich, die ihn aufs schnellste von etwa drohenden Gefahren in Kenntnis setzen konnten.

Neben diesen Ereignissen waren dem Bischof damals die Vorgänge in Italien, Spanien und der Schweiz sowie in der Türkei wohl bekannt⁷. Wir finden ihn eingeweiht in die verwickelten Gänge der europäischen Politik. Erhielt er doch die Nachrichten aus der besten Quelle, vom Kaiser selbst. Unmittelbar nach dem Siege seiner Truppen in Navarra teilte Karl am 23. Juli⁸ von Gent aus dem Bischof die freudige Kunde mit, und ließ ihn alle Neuigkeiten aus Frankreich, Italien, vom Papste und den Eidgenossen wissen.

zu uernemen, das wir unns sythär erfarn, das solch kriegßuolck, So er In einer mergklichen anzale zu Rosß und Fuß angenommen Ro. Key. Mt. unnserrn allergnedigsten Hefn zusten soll . . .“ — Für die Schilderung des Krieges vgl. Baumgarten II S. 37 ff. Ulmann, Sickingen S. 187 ff.

6. Manuale 17. August 1521, dort heißt es: Ein Brief von Sebastian Ruder ist beantwortet; nämlich daß der Bischof seine Züge in Frankreich wohl leiden mag.

7. Am 5. September schreibt Wilhelm an den Bischof von Lüttich in einem Briefe, dessen Hauptinhalt in anderem Zusammenhange wiedergegeben wird, folgendes: *Quam vis de prospero successu Cesareae contra Gallos expeditionis mihi quotidie secundum [sic!] rumores afferuntur, desidero tamen quoque ex Praestantia Vestra intelligere, quo in statu res curiae imperialis versentur. Quae illic nova ferantur de horrenda irruptione infidelissimj hostis christianae fidei et de alijs scitu si quis, quae licite scribi possunt, oro vicissim me certiore reddere velitis* [s. Buch II Kap. I §, 7 Anm. 9]. P. Balan, Monum. Ref. Luther, Nr. 121 S. 287, 288.

8. Dieser Brief ist abschriftlich erhalten im Gesamtarchive des Sachsen-Ernestinischen Hauses zu Weimar. [Ich verdanke die Kenntnis hiervon der dortigen Archivverwaltung.] Am 5. August traf der Brief in Züßern ein, und Wilhelm schickte sofort Abschriften an Philipp von Baden und das Domkapitel (Manuale). — Letzteres dankte ihm hoch erfreut am 11. August. (Domk. Archiv. Lib. miss. ad Episc. 1521—1527.)

Einen Monat später⁹ erfuhr Wilhelm wiederum von seinem kaiserlichen Herren, daß die Türken dem Reiche Gefahr brächten. Es ist begreiflich, daß der Bischof, wenn er derart Fühlung mit Karl hatte, über dessen Anschauungen und universelle Bestrebungen in der Lage war sich ein richtiges Urteil zu bilden. So schreibt er am 12. August 1521 — also wenige Tage nachdem er Karls Brief vom 23. Juli erhalten hatte — an den gleichgesinnten Herzog Georg von Sachsen, mit dem er seit dem Wormser Reichstage befreundet war, folgende Zeilen über den Kaiser: „aber der man ist jung, wie e. L. weiß; darf wole fromer getruer leudt, die sein ere und nütz suchen und nit eigen nütz; dan wo ym die schantz felt, so ist das gantz spiel verlorn, so müß ich ein Switzer ader Frantzos werden, do mich got fur behuet, so kumpt dan Martinus mit seiner gselschafft und slecht mich gar zu tode“¹⁰. Mit diesen wenigen Worten tritt Wilhelm von

9. Manuale 3. September. Der Bischof beantwortete diesen Brief am 15. September. (Ebenda.)

10. F. Geß, Akten und Briefe zur Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen. Bd. I 1905 Nr. 225 S. 181, 182. Geß hat den Brief nicht vollständig im Wortlaut wiedergegeben. Eine ebenfalls charakteristische der oben mitgeteilten unmittelbar vorangehenden Stelle über das Zuströmen der oberrheinischen Bevölkerung zum kaiserlichen Heere gegen Frankreich können wir ergänzen aus Ulmann, Sickingen S. 199 Anm. 2. Dort heißt es: „E. L. Soll glawben das es nit anders ist den uff einer michelsfart. So den en stadt wo das kriegsvolk furzügt so laufft das folck mithin weg und alt lewdt die In zwentzig Jare in keinem krieg gewesen, die zihen zu roß und fuß mit.“ Der Brief, der verdient hätte, vollständig mitgeteilt zu werden, gehört zu den ganz wenigen Schriftstücken, die der Bischof eigenhändig geschrieben hat. Neben den später noch zu erwähnenden Briefen Wilhelms an den Erzbischof Albrecht von Mainz, die das Staatsarchiv Magdeburg aufbewahrt, hat sich außer diesem dem Dresdener Hauptstaatsarchiv angehörenden Briefe nur noch ein solcher im Straßburger Bezirksarchive G. 599 auffinden lassen (Vgl. S. 52 Anm. 34.)

Honstein lebhaft und klar vor unser Auge. Alle großen politischen Fragen, die einen deutschen Fürsten in dieser stürmischen Zeit bewegen können, finden hier ihre Antwort. Diese Worte, die uns wie ein politisches Glaubensbekenntnis anmuten, sind für die Kenntnis Wilhelms von Honstein wertvoll; denn sie gehören zu den ganz wenigen Kundgebungen dieser Art, die uns von ihm überliefert sind.

Nicht ohne Absicht wird Karl den Bischof Wilhelm, seinen Rat, so ausgiebig über die politischen Ereignisse unterrichtet haben, er brauchte ihn jetzt zu einer Mission, deren Erfolg für die kaiserliche Politik von größter Bedeutung sein mußte. Die Haltung der Eidgenossen, der geborenen Krieger dieser Zeit, war für den italienischen Kriegsschauplatz ausschlaggebend geworden. Seit Jahren wurden die Schweizer Bundesstaaten von den Krieg führenden Mächten Europas heiß umworben. Wer die höchsten Pensionen¹¹, den Sold am pünktlichsten zu zahlen verstand, der konnte seines Erfolges bei ihnen gewiß sein. „Das Geheimnis aller Geheimnisse ist, die Eidgenossen um jeden Preis zu gewinnen“ sagte vor wenigen Jahren schon Chièvres¹², der allmächtige Minister und Lenker der Politik Karls. Wir müssen die Beziehungen Franz I. und Karls V. bis in den Beginn des Jahres 1521 zurück verfolgen, um die äußerst schwierige und verantwortungsvolle Mission Wilhelms an der Wende des gleichen Jahres verstehen zu können.

Mit beiden Mächten, Frankreich sowohl wie Oester-

11. Am besten charakterisiert Heinrich Bullinger [Reformationsgeschichte, hsg. v. J. J. Hottinger und H. H. Vögeli Bd. I S. 50] die damalige Stimmung, wenn er sagt: „Man fand auch in der Eydgnoschaft lüth, die von allen dryen Herren [d. i. Papst, Franz I., Karl V.] gällt namend, und allen dryen zusagend, das sy hallten wäder kontend noch mochtend. Und was ein gar wilde verwirrung in allen Eydgnossen.

12. Baumgarten II S. 29. Instruktion vom August 1519.

reich, waren die Eidgenossen durch ewige Erbeinungen und Frieden — mit ersteren seit 1516¹³, dem Habsburger bereits seit 1499¹⁴ — verbunden; doch was galten damals völkerrechtliche Verträge! Während der Kaiserwahl entschieden für Karl, waren die Eidgenossen bereits im folgenden Jahre überwiegend für Franz gestimmt. Zürich, das zwar sonst den größten Einfluß im Bunde besaß, stand mit seiner anti-französischen Politik, die darum noch lange nicht kaiserlich sondern eidgenössisch-national war, allein da, während Luzern sich zum Vorort der franzosenfreundlichen Kantone emporgeschwungen hatte. Nur dem Papste Leo gegenüber fühlte sich Zürich verpflichtet im Frühjahr 1521 eine Truppenunterstützung mit den anderen Eidgenossen zusammen zu gewähren. Auf der Tagsatzung vom 6. März¹⁵ wurden dem päpstlichen Nuntius Ennius Philonardus, Bischof von Verulam, 6000 Mann bewilligt, mit der ausdrücklichen Verpflichtung jedoch, daß dieselben gegen niemanden, mit dem die Eidgenossenschaft verbündet sei, verwandt werden sollten. Sehr bald hatte Karl den bedrohlichen Umschwung in der Haltung der Schweizer bemerkt, er suchte demselben sofort entgegenzuarbeiten. Von Worms aus sandte er am 7. Januar seinen Rat Dr. Jacob Sturzel und seinen Sekretär Veit Sutor nach Zürich, um die Eidgenossen zu bitten, auf seine Kosten eine gemeinsame Tagsatzung nach Zürich auf den 7. April einzuberufen, der er durch eine besondere Gesandtschaft wichtiges mitzuteilen habe¹⁶. Nachdem in Worms die Reichsstände dem Kaiser ihre Bewilligung zu einer gemeinsamen Aktion ge-

13. Dierauer. Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft Bd. II S. 461.

14. A. a. O. II S. 362.

15. Eidgenössische Abschiede IV, 1a S. 12, 13 Nr. 6c.

16. DRA. II S. 379 Anm. 2. Dieses kaiserliche Ansinnen wurde von den Eidgenossen auf dem Bundestag zu Zürich am 21. Februar zur Kenntnis genommen.

währt hatten, ging Anfang April eine höchst ansehnliche Gesandtschaft unter Führung des Bischofs Hugo von Konstanz und Herzog Heinrich von Mecklenburg nach Zürich¹⁷. Vom 9. April an tagten die Eidgenossen daselbst und hörten hier die Wünsche von Kaiser und Reich an. Diese gingen dahin, daß die Eidgenossen als „Mitglieder des deutschen Reiches“ eine diesem feindliche Vereinigung mit einer fremden Nation nicht schließen sollten, vielmehr möchten sie dem Kaiser für seinen Romzug 10 000 Mann, die er besolden würde, zur Verfügung stellen. Kühl und abwehrend verwiesen die Schweizer zum endgültigen Bescheid die Gesandtschaft auf eine neue Tagsatzung zu Zürich am 30. April¹⁸. Auf dieser wurde der Reichsgesandtschaft am 2. Mai der unzweideutige Bescheid zuteil, daß die Eidgenossen ihre Erbeinung von 1499 gewiß halten würden, zu einem weiteren Bündnis, wie ihnen das angeboten war, läge kein Grund vor und von der Stellung von 10 000 Mann könnte jetzt, zumal schon 6000 Mann beim Papste wären, keine Rede sein.

Doch für Frankreich lautete die Antwort anders. Franz wußte es trefflich einzurichten, daß immer zugleich mit den Kaiserlichen seine Gesandten in dem ihm befreundeten Luzern ungefähr die gleichen Forderungen stellten. Am 5. April — also wenige Tage vor der deutschen Botschaft — erschien ein französischer Gesandter, ein Herr Anton von Lamet, der den Eidgenossen einen Vertrag mit dem allerchristlichen Könige unter den glänzendsten Verheißungen anbot. Die Schweizer vermochten dem nicht zu widerstehen. Die zuerst noch zaudernden Kantone wurden von der überwiegenden Mehrheit mit fortgerissen. Die reichen Geldmittel gaben auch hier den Ausschlag. Am 5. Mai

17. DRA. II S. 379, 380. Maximilian von Zevenbergen, Wolfgang von Homburg und die bereits am Orte weilenden Jacob Sturzel und Veit Sutor gehörten außer den oben genannten Führern dieser Gesandtschaft an.

18. Ebenda, S. 380 Anm. 4.

schon wurde der französisch-schweizerische Bund- und Soldvertrag zum Abschluß gebracht. Nur Zürich war ihm nicht beigetreten. Mindestens 6000 und höchstens 16 000 Mann sollten dem Könige gestellt werden, wogegen Frankreich reiche Pensionen gewährleistete. Drei Jahre über den Tod von Franz I. hinaus sollte der Bund währen; nur durfte er nicht gegen die Verbündeten und die in den Einungen genannten Fürsten sich richten¹⁹. Im Juli 1521²⁰ wurde dieser Vertrag dem König feierlichst in Dijon überreicht, und die Begeisterung für Frankreich nahm reißend zu. Unausgesetzt strömten die Schweizer zu den französischen Fahnen, um Mailand dem Kaiser zu entreißen. Denn eine neue Wendung in diesem Spiele der Bündnisse hatte für Franz eine schwere Gefahr gebracht. Am 8. Mai war zu Rom die Allianz zwischen Leo X. und Karl V. gegen Frankreich geschlossen worden. Die Eidgenossen wären nun gezwungen gewesen, ihre eigenen Söhne gegen einander ins Feld zu stellen; doch verstanden sie es allmählich ihre 6000 dem Papst gestellten Truppen zurückzuziehen. Als noch vor Ablauf des Jahres Leo X. starb, erklärten sie ihren Vertrag mit Rom für erloschen.

Unausgesetzt bearbeitete der Kaiser, der durch seine geschickten Agenten Sturtzel und Sutor stets auf dem Laufenden gehalten wurde, die Schweizer; das gleiche tat der päpstliche Nuntius Bischof von Verulam, gegen den die Stimmung der Eidgenossen immer feindlicher wurde; doch beide hatten stets den gleichen Mißerfolg²¹. Das französi-

19. J. Dierauer III S. 23—25. Eidg. Absch. IV, 1a S. 29, 30.

20. J. Dierauer III S. 28. Eidg. Absch. IV, 1a S. 55, 59—61.

21. Vgl. Eidg. Absch. IV, 1a S. 66—69. Tag zu Baden vom

23. Juli an; dort waren die kaiserlichen Agenten und Verulam tätig; Brief Karls an Zürich vom 24. Juni aus Brüssel. — S. 70—73. Tag zu Luzern vom 2. August an; Verulam beschwert sich dort über die schlechte Behandlung; die 6000 Knechte für den Papst, die er gefordert hatte, werden abgeschlagen.

sche Geld hatte größere Werbekraft. Abermals schickte Karl eine feierliche Gesandtschaft an die Schweizer. Der seit Maximilians Tagen schon unermüdlich gegen Frankreich tätige Kardinal Mattheus von Schinner, Bischof von Sitten, als Führer der Kaiserlichen trug am 5. August auf der Tagsatzung zu Zürich den Wunsch seines Kaiserlichen Herrn vor. Dieser beklagte den Krieg mit Frankreich, bat die Eidgenossen die Erbeinung mit ihm zu erneuern und stellte ihnen reichere Pensionen in Aussicht. Die Boten würden dies „hinter sich bringen“, war die gemessene Antwort der Schweizer. Auf der neuen Tagung in Zürich am 17. August wurden alle Forderungen der Kaiserlichen und des Papstes, welche über das bestehende Bündnis hinausgingen, schroff abgelehnt; nachdem drei Tage zuvor zu Luzern die Erfüllung von Frankreichs Wünschen um Stellung von 6000 Mann freundlichst in Aussicht gestellt worden war²². Dieses ermüdende diplomatische Spiel weiter zu verfolgen ist zwecklos; die Stimmung für Frankreich wurde immer lauter; gegen Verulam immer gefährlicher, soweit daß die Schweizer sich dazu hinreißen lassen konnten, den päpstlichen Gesandten Ende November in Bellinzona gefangen zu nehmen²³. Zum großen Aerger der meisten Kantone gelang es dem Bischof jedoch, nach Zürich zu entkommen. Um diese Zeit drängte die Lage auf dem italienischen Kriegsschauplatz die Eidgenossen zu einer Entscheidung. Noch einmal, aber diesmal mit größter

22. Die Teilnehmer an der kaiserlichen Gesandtschaft waren außer ihrem Führer noch Maximilian von Zevenbergen, der Hofrichter zu Rotweil Graf Rudolf von Sulz, Ritter Wolfgang von Homburg, der Vogt von Kaysersberg Hieronymus Brunner und die beiden Agenten Sturtzel und Sutor. Zu ihnen war eine Gesandtschaft des schwäbischen Bundes getreten, die über die Beunruhigungen durch Ulrich von Würtembergs Operationen auf dem Hohentwiel Beschwerde führten. Eidgen. Absch. IV, 1 a S. 73—80, 80—82, 84 bis 87.

23. Eidg. Absch. IV 1 a S. 145. Strickler I Nr. 350 S. 133.

Energie stellten die beiden Herrscher die heißumstrittenen Schweizer vor die Wahl. Bereits am 2. Dezember 1521 schrieb Karl von Oudenarde aus an seinen Gesandten im verbündeten England, daß für die Eroberung Mailands zu ihrer großen Koalition nur noch die Schweizer fehlten. Um sie von dem Bund mit Frankreich loszureißen und zu gewinnen, wolle er im Einverständnis mit dem Papste, der den Bischof von Verulam entsandt habe, eine neue Gesandtschaft unter Führung Wilhelms von Straßburg an die Eidgenossen abfertigen²⁴. Am gleichen Tage schrieb er an Zürich, die Stadt möge einen Tag für die gesamten Eidgenossen auf den 7. Januar auf seine Kosten zu sich einberufen, damit sie daselbst die Gesandten des Papstes und des Kaisers zum Wohle der Christenheit vernähmen. Zum Schlusse fügte er ziemlich naiv hinzu, daß er Schloß und Stadt Tournay in Flandern erobert habe, was sie sicherlich mit Freuden hören würden²⁵. Bereits am 10. Dezember auf dem Tage zu Luzern wurde dieser Brief gelesen, worauf Luzern umgehend erklärte, es werde jenen Tag nicht besuchen²⁶.

Doch es gab noch wichtigeres für die Schweizer auf diesem Tage zu tun, als nur den Brief Karls mit anzuhören. Abermals²⁷ war Herr Antoine de Lamet vor sie getreten, diesmal aber mit der bündigen Forderung, wenn die Eidgenossen dem Könige das Bündnis halten wollten, so sollten sie augenblicklich 16 000 Mann bereitstellen und sie zur Eroberung Mailands entsenden. Die Mehrzahl der Orte wäre jetzt schon bereit gewesen dies zu tun, doch ver-

24. Strickler, Aktensammlung zur Schweizerischen Reformationsgeschichte in den Jahren 1531—1532 Bd. I (1521—1528) 1878 S. 120 Nr. 321 [Abgedruckt aus: Lanz Monum. Habsburgica II 1 483, 484]; s. aus dieser Sammlung ferner: Nr. 320, 331, 350, 351.

25. Eidg. Absch. IV 1a S. 149.

26. Eidg. Absch. IV 1a S. 147.

27. Eidg. Absch. IV 1a S. 147.

tagte man die Angelegenheit zur endgültigen Entscheidung auf den 30. Dezember, abermals natürlich nach Luzern. Franz I. wußte seine Missionen gut zu inszenieren; zu dem entscheidenden Tage an der Jahreswende schickte er eine glänzende Gesandtschaft, geführt „von dem neuen Grandmaître Bastard von Savoyen, dem berühmten Kriegshelden“; dem Marschall de la Palice, den beiden Galeazzi, dem Bischof von Senlis und einer Reihe anderer angesehenen Herren. Diesen widerstanden die Schweizer nicht. Selbst Zürich tat sein möglichstes, um den Franzosen zu gefallen, da es nicht in der Einung war, versprach es zum wenigsten mit Frankreich Frieden zu halten. Nur noch gewisse Bedenken, über die man am 1. Januar nicht einig geworden war, mußten beseitigt werden; am 16. Januar zu Luzern sollte dann wirklich die Antwort für Frankreich gegeben werden²⁸.

Unter diesen Auspizien trat nun Wilhelm von Honstein seine Gesandtschaft nach der Schweiz an. Es war der erste Auftrag von großer politischer Bedeutung, den er zu erfüllen hatte. Daß dieser Gesandtschaft Erfolglosigkeit beschieden sein mußte, braucht, nachdem wir die Verhältnisse kennen gelernt haben, nicht erst vorausgesagt werden. Die Lage Karls muß entweder sehr unsicher gewesen sein, so daß er es nochmals versuchen wollte, sich von den kleinen Eidgenossen wie ein Aufdringlicher abwehren zu lassen, oder er war, wie eher anzunehmen ist, schlecht über ihre wahre Stimmung unterrichtet; zeugt es doch von einem geradezu blinden Optimismus, wenn er in jenem Briefe an seinen englischen Gesandten meint: „et pour ce que [nous] trouvons le temps del present plus propice a gagner entierement les dits Suisses et les distraire a perpetuite de lalliance de France²⁹.“ Die Ge-

28. Baumgarten II S. 83, 84; Eidg. Absch. IV 1 a S. 151 u. 156.

29. Strickler a. a. O.

sandschaft Karls bestand außer Wilhelm von Straßburg, der der Führer war, aus dem kaiserlichen Hofrichter zu Rotweil dem Grafen Rudolf von Sulz, dem kaiserlichen Hofmeister Herrn von Metteney, Ritter Wolf von Homburg und Doktor Jakob Sturtzel, sowie dem Sekretär Veit Sutor. Homburg und Sturtzel hatten während dieser Monate die Lage an der italienischen Grenze auszukundschaften gesucht, während Sutor das ganze Jahr hindurch auf seinem gefährlichen Posten ausgehalten hatte. Zu ihnen kam noch als burgundischer Vertreter Karls Laurenz Graf zu Montevaulx³⁰.

In den letzten Dezembertagen bereitete sich der Bischof Wilhelm zu seiner Reise vor³¹; vom 27. Dezember ab weilte er in seiner oberelsässischen Residenz auf Schloß Ysenburg bei Rufach, um sich noch mit dem ebenfalls in dieser Gegend begüterten Grafen Rudolf von Sulz zu beraten. Am 29. Dezember verließ er sein Stift und ritt nach Zürich, wo bereits Homburg, Sturtzel und Sutor anwesend waren³².

30. Das Kreditiv für die obengenannten ist vom 20. Dezember 1521 aus Gent datiert. Eidgen. Absch. IV 1 a S. 160.

31. Manuale d. J. 21. Dezember. Rechburger wird angewiesen, die vor dem 27. Dezember eintreffenden Briefe nach Zabern, die späteren nach Rufach zu schicken; d. d. 24. Dezember heißt es bei Beantwortung eines Briefes: der Bischof sei in kaiserlichen Geschäften abwesend. — d. d. 28. Dezember schreibt der Kanzler von Zabern aus an den Grafen Rudolf von Sulz, er möge dem Bischof nach Rufach schreiben, „ob des Keyzers tag durch die Schweizer zugeschrieben sei“ oder nicht, damit er sich danach richten könne. — d. d. 29. Dezember wird des Bischofs Abreise nach Zürich verzeichnet. — Am 30. Dezember traf der kaiserliche Hofmeister Metteney in Zabern ein und ist dem Bischof nachgeritten.

32. Zur Ergänzung der Berichte aus den eidgenössischen Abschieden sind die bisher noch nicht verwerteten Archivalien aus dem Marburger Archiv herangezogen worden. Fasz. 382 des politischen Archivs des Landgrafen Philipp enthält die Archivalien der kaiserlichen Kanzlei über die Schweizer Vorgänge in den Jahren 1521 und 1522. Es sind im ganzen 63 Blatt,

Der Hofmeister traf erst später ein. Am 7. Januar traten die Gesandtschaften des Kaisers, des Kardinalkollegiums und Burgunds gemeinsam vor die Ratsboten der Eidgenossen in Zürich und verlasen nach Erledigung der üblichen Formalitäten ihre Instruktion. Diese beklagt zunächst mit beweglichen Worten den Tod des heiligen Vaters und schiebt Frankreich alle Schuld an dem jetzigen Kriegsunglück zu, zählt sodann die stattliche Reihe der Koalitionsfürsten gegen Franz I. auf und kommt zum Schlusse auf die von der Reichsgesandtschaft schon im April gestellten Forderungen: Eintritt der Eidgenossen in einen antifranzösischen Bund und Aufbringung von 10 000 Mann für den Romzug³³.

Am 10. Januar wird ihnen von den Eidgenossen folgender Abschied zuteil: Da die Boten keine Vollmacht hätten, könnten sie jetzt keinen Bescheid geben, sie würden am 26. Januar auf einem neuen Tag zu Zürich, der auf des Kaisers Kosten einberufen werden solle und zu dem die heute nicht erschienenen Kantone Luzern, Zug, Glarus gebeten würden, ihre endgültige Antwort geben.

Doch in der Zwischenzeit, am 16. Januar, sollte Frankreichs Werbung in Luzern erhört werden, es war für die

von denen für unsere Zwecke zu nennen sind: Bl. 37—41. Ein Brief Veit Sutors an Karl aus Zürich vom 29. Dezember 1521. Bl. 17 bis 22 und 42—49 enthält den Vortrag der kaiserlichen Gesandten vor den Eidgenossen und ihre Instruktion. Bl. 54—55 den Abschied zu Zürich 10. Januar 1522. Vor allem wichtig sind die beiden Berichte der Gesandten an den Kaiser vom 11. und 14. Januar. Bl. 50—53 und 56—59. — F. Kuch, Politisches Archiv des Landgrafen Philipp des Großmütigen von Hessen Bd. I S. 232.] Durch diese interessanten Berichte ist es erst möglich geworden, die Schwierigkeit der Situation genauer zu erkennen.

33. Instruktion im Auszug abgedruckt in Eidg. Absch. IV 1 a S. 161, 162. — Original in Marburg a. a. O. Bl. 42—49. „Instruction keiser Karlen an gemein eidgenossen: 1. Sucht ein bund wider Franckreich, die restitution Herzog Francisci zu Meylandt betreffendt. 2. begertt 10 000 Man zum Römer zug.“ — Bl. 17—22. „Keiser Carlen abgesandten werbung nach laut keiserlicher instruction notiret.“

Kaiserlichen keine Aussicht mehr auf Erfolg. Unmittelbar nach jenem Abschied berichten die Gesandten am 11. Januar³⁴ in einem langen ausführlichen Schreiben an Karl. Jetzt verheimlichten sie die trübe Lage nicht mehr. Man habe es gar nicht gewagt, so schrieben sie, die Instruktion in ihrem vollen Wortlaute wiederzugeben; so hätten sie die verschiedenen Bündnisse, denen die Eidgenossen beitreten sollten, gar nicht einzeln aufgeführt, sondern „in der gemein gestellt“³⁵; in der richtigen Erwägung, daß die Eidgenossen jetzt prinzipiell für oder wider den Eintritt in den antifranzösischen Bund sich erklären müßten, während sie andernfalls jedes Bündnis einzeln auf „hinter sich bringen“ angehört hätten, und es dann zu gar nichts gekommen wäre. Die Hoffnung, 10 000 Mann zu erhalten, hegten sie gar nicht mehr. Ihre Bestrebungen gingen nur noch darauf hin, die Schweizer zur Neutralität zu bringen, damit, wenn Karl nicht unterstützt werden könne, wenigstens seinem Gegner auch keine Hilfe zuteil werde³⁶. Ganz

34. Marburg a. a. O. Originalbrief [Papier] mit den Oblatensiegeln der Unterzeichneten. Die Unterschriften sind alle eigenhändig: „Wilhelm bischove zu Straspürg; Rudolff graff zu Sultz; Metteney; Sturtzll; Vyt tutor.“

35. „Unnd das wir in unnserm furtrag den Artigkel von wegen der pundtnussen in der gemein gestellt, Ist die ursach das wir besorgt: Sollten Inen die pundtnussen, eine noch der anndern furgehalten sein, sy hetten eins nach dem anndern also genomen hindersich zu bringen und dißmals so lanng nit bey ein anndern zu behalten, were ouch in abwesen deren von lutzern zug unnd glaris unuerfänglich gewesen unnd gewusslich zu besorgen, das Erst durch sy gar abgeschlagen worden; dardurch were Ewerer Key. Mt. von allen tagen komen, So sy aber uff den nechsten tag antwurt geben, das sy der bundtnus halben sich inlossen und Capitulieren; Alsdann wollen wir Inen Jeder pundtnus halben in sonderheit furhalten, was die innstruction vermag.“

36. „Unnd das wir usserthalb der Innstruction die zehen tusent knecht oder mer begehrt Ist darumb geschehen, das wir kein annder noch besser mittel sy diser zeit neutral zu machen gehabt, dann

besondere Sorge machte ihnen der Befehl Karls an Konrad Degenfuchs: Hauptleute und 6000 Mann in der Schweiz anzuwerben und sie nach Mailand abzufertigen. Dies sei zwar dringend notwendig aber höchst gefährlich. Denn wie sich vor kurzem Ritter Wolf von Homburg und Doktor Jacob Sturtzel selbst überzeugt hätten, seien sämtliche Pässe in Graubünden und bei den Eidgenossen nach Italien besetzt. Es sei anzunehmen, daß der Obere Bund „sollich lanndsknecht mit großen Anzalen oder uffgeregten venlin nit wurden passieren lossen, der Hertzog [von Mailand] seye bey Inen oder nit; Aber so sy noch ein anndern ziehen, wurd es nit gespert oder mangel haben“. Unter diesen Umständen hätten sie die Eidgenossen von diesem Vorhaben gar nicht in Kenntnis gesetzt. Vielmehr schickten sie am 11. Januar bereits Ritter Wolf von Homburg³⁷ dem Konrad Degenfuchs entgegen, damit dieser seine Werbungen ganz still ausführe und die Angeworbenen rottenweise nach Italien durchzubringen versuche.

Noch trostloser lautete der zweite Bericht der Gesandten vom 14. Januar³⁸. Während sie am 11. Januar noch auf eine Reihe von Ortschaften ihre Hoffnung gesetzt hatten, daß dieselben sich nicht vom französischen Solde bestechen lassen würden, glaubten sie jetzt nach neu eingegangenen Nachrichten nur noch an die Zuverlässigkeit von Zürich und Schwyz. Die Gesandten von Rom, Bur-

wie wol sy die knecht der Römischen kirchen und Ewer Mt. nit zulossen, So wurd es dannocht Souil wurcken, das sy oder doch vil orter uss inen dem kunig zu franckrich ouch keinen knecht lossen, Sonnder verbieten werden das sy zu keinem Herren ziehen, und stillsitzenn, und ob sy die knecht Ewer Key. Mt. verwilligten, mag die wol in ein lanndt begerenn dohin sy keineswegs ziehen.“

37. Darum fehlt auch dessen Unterschrift in dem Berichte vom 11. Januar 1522.

38. Marburg a. a. O. Original, Papier. 3 Siegel und 3 ebenfalls eigenhändige Unterschriften: „Wilhelm bischoue zu Straspürg; Metteney; Vyt sutor.“

gund, Mailand und sie selbst könnten in der Versammlung gegen die französischen Vorschläge vorbringen, was sie wollten, es sei alles vergeblich. Ja selbst ihre persönliche Sicherheit schien, je mehr man sich für Frankreich erhitzte, gefährdet. „Ist auch zu besorgen, das Alles sige diser zeit noch dem unnd viler sonnder personen dauon die unnderthon inn der Eidgenossenschafft geregiert, von dem kunig mit gelt so gar verblindt seind, unnd wir nit sicher Inn die Orte komen, wie dann Ewer Mt. sollichs ab der Hanndlung So dem bischoff von Verulan von ettlichen den Iren begegnet, unnd Ewer Mt. ouch mir Sutorn ettlich posten nidergelegt, wol spurenn mögen weder mit gelt ussgeben, noch anndern prattigken abzuwenden³⁹.“

Hiernach konnte das Resultat des Luzerner Tages am 16. Januar⁴⁰ nicht mehr überraschen. Sämtliche Kantone, die im Sommer 1521 ihren Vertrag mit Franz I. abgeschlossen hatten, also auch Schwyz, stellten am 18. Januar 16 000 Truppen mit Hauptleuten zur Eroberung Mailands zur Verfügung; am 30. Januar bereits sollte allenthalben aufgebrochen werden. An diesem Tage sollten zu Baden auf einer Tagsatzung die kaiserlichen Gesandten beschieden werden, was aber nicht hindere — wie höhnisch zugesetzt wurde — daß jeder der wolle, auch den Tag zu Zürich am 26. Januar besuchen könne. Daß Wilhelm von Straßburg einen solchen „auf Kosten des Kaisers“ nicht mehr einberufen hatte, war natürlich. Mußte er doch ausdrücklich dem Rate von Zürich versichern, daß er keine Umtriebe gegen ihn vorhabe und daß er keinen Auftrag hätte, jemand wider den Willen der Obrigkeit anzuwerben, sondern nur zu handeln, was alle Orte aus dem schriftlichen Anbringen

39. Der Schluß dieses düsteren Berichtes enthält noch Klagen über den drohenden Abfall von Constanz an die Eidgenossen, wenn nicht die österreichische Regierung sofort die ausstehenden Pensionen von 5100 Gulden auszahlen würde.

40. Eidgen. Absch. IV 1 a S. 162—166.

wüßten⁴¹. — In den letzten Januartagen, wahrscheinlich zu Baden, wurde der kaiserlichen Gesandtschaft in aller Stille der Abschied gegeben. Auf der Tagessatzung zu Baden am 31. Januar⁴² erzählte man sich mitleidig lächelnd, daß dies mit freundlichen Worten geschehen sei. So kläglich endete diese große Gesandtschaft des Bischofs Wilhelm von Honstein. Nicht durch seine Schuld. In einer so hoffnungslosen Sache, wie diese es war, kann auch der fähigste Staatsmann nichts erreichen. Die Schweizer, die sich kopfüber in das Abenteuer gestürzt hatten, mußten den Brauch völkerrechtlicher Verträge gar bald empfindlich büßen. Strenge Mandate⁴³ erließ das Reichsregiment in den folgenden Monaten, wohl nicht ohne Teilnahme Wilhelms von Honstein, gegen die saumseligen Steuerzahlungen der Eidgenossen. Auch dies hätten sie verschmerzen können, wenn ihnen die Katastrophe von Bicocca am 27. April 1522 nicht eine ernste Warnung gegeben hätte, ihre unwürdige geldgierige Politik aufzugeben.

41. Der Große Rat von Zürich an die Ratsboten der Eidgenossen auf der Tagsatzung zu Luzern, 21. Januar 1522. Eidgen. Absch. IV 1 a S. 166.

42. Eidgen. Absch. IV 1 a S. 168 und 170 s. dagegen Anm. 44, den Bericht von Hummelsburg, wonach der Bischof erst auf dem Tage zu Baden seinen Abschied erhalten hat; vgl. zum ganzen die Berner Chronik des Valerius Anshelm, herausgegeben vom Histor. Verein des Kantons Bern, 4. Band 1893 S. 483 ff.

43. Solche Mandate vom Kaiser und Reichsregiment wurden unter anderen erlassen am 30. April an Schaffhausen und St. Gallen, zu einer Zeit als der Bischof in Nürnberg weilte. — Eidgen. Absch. IV 1 a S. 208. — Am 8. Februar schrieb das Reichsregiment an die Eidgenossenschaft und drückte seinen Unwillen über ihr Vorhaben aus. — Eidg. Absch. IV 1 a S. 175—178 s. Anm. 44. — Hier mag auch ein Brief Karls an die Eidgenossen vom 20. Mai 1522 erwähnt werden, in dem er auf die Gesandtschaft Wilhelms von Straßburg zurückgreift und von neuem, diesmal auch mit Englands Unterstützung versuchen will, die Eidgenossen zu gewinnen. — Staatsarchiv Zürich A 176, 2 Akten deutscher Kaiser. Abgedruckt Eidgen. Absch. IV 1 a S. 226—227 und Anshelm IV S. 495 ff.

Sehr bald muß das Scheitern der Gesandtschaft, die im Reiche mit Interesse verfolgt wurde, bekannt worden sein⁴⁴. Auch im Reichsregiment, welches am 8. Februar einen scharfen Brief an die Eidgenossen richtete, erzählte man sich allerlei über den Verlauf der Gesandtschaft. So schrieb Planitz⁴⁵ am 7. Februar an den Kurfürsten von Sachsen „Kei. Mt. hatt auch ein botschaft iczunt in Schweicz, ist der bischof von Strasburgk der eine; was sie aber ausrichten ader ausgericht haben weis man noch nicht, und was die werbung gewest hab ich auch nicht erfahren mogen. Die botschaft ist aber vom sonntag an bis auf den freitag gelegen, ehe man sie gehort, und nach verhorung acht tage schub genomen, inen antwort zu geben“. — Am 12. Februar traf Wilhelm in seiner Residenz wieder ein, und hielt sich dort noch 14 Tage auf, um verschiedene Angelegenheiten zu erledigen, er begab sich sodann am 28. Februar nach Nürnberg⁴⁶. Hier wird er zweifellos auch

44. Am 5. Februar 1522 schreibt der gelehrte Ravensburger, Michael Hummelsburg an Thomas Blaurer: „Sviceri etsi audeant invito Caesare totoque imperio sese Gallo iungere, timent tamen sibi quam maxime, ne Caesar et imperii principes et Suevica confoederatio eis negotium non ferendum facessant, quod ipse mi(hi) futurum esse persuadeo, ne impune nobis diutius adversentur. Hac causa hocque timore perculsi conventum nunc apud Badam habent consultantes, quibus viribus resistant, si Caesareis domi bellum indixerit. Soli Turicenses Gallo adversantes, Caesarem amplectuntur; quibus quatenus fidendum, dubito; apud illos Caesaris legatum nunc agit Argentinus episcopus et summati (?) quidam viri C. equitum numero. Liga Grisea quam vocant, in se divisa est; qui Italie propinquiores sunt, Gallo favent, qui vero nobis, neque Gallo neque omnino caesari...“ [F. Schieß, Briefwechsel der Brüder Ambrosius und Thomas Blaurer 1509—1548 Bd. I, Freiburg 1908 Nr. 40 S. 45 ff.]

45. E. Wülcker, H. Virck, Des kursächsischen Rates Hans von der Planitz Berichte aus des Reichsregiment in Nürnberg 1521 bis 1523, Leipzig 1899 S. 79.

46. Siehe die betreffenden Daten 12., 28. Februar, 7. März im

der obersten Reichsbehörde, dem Reichsregiment, über den Verlauf der Gesandtschaft berichtet haben.

§ 4.

Erster Reichstag zu Nürnberg. Kreistag zu Speyer. 1522.

Noch aus einem anderen Grunde war Wilhelms Anwesenheit in Nürnberg vom Kaiser und Regiment gefordert. Seit dem Sommer 1521 nämlich wurden die Bedrohungen der Ostgrenze des Reiches durch die Türken immer gefährlicher; am 29. August 1521 war Belgrad an sie verloren gegangen. Maßnahmen dagegen erschienen unerlässlich. In den ersten Tagen des Jahres 1522 endlich einigten sich Karl und das Regiment dahin, daß auf den 23. März ein Reichstag nach Nürnberg einberufen werde, doch sollten die Vorbereitungen zu diesem auf einem Regimentstage in Nürnberg getroffen werden. Hierfür wurden auf den 1. März die 18 Kur- und Fürstlichen Mitglieder des Reichsregimentes persönlich einberufen¹. Der Fürstentag selbst verlief resultatlos, da, wie es scheint, die Beteiligung sehr gering war. Wilhelm verließ deswegen sehr bald Nürnberg und war bereits am 7. März wieder in Zabern². Doch

Manuale. Am 15. Februar heißt es daselbst, daß Wilhelm eine belanglose Verhandlung mit dem Landvogt von Hagenau bis zu seiner Rückkehr verschieben will, da er in „Kei. Mt. geschäften“ wieder fortreiten muß.

1. Die Daten sind, wenn nichts weiter erwähnt ist, aus DRA. III geschöpft. — Am 31. Januar 1522 trifft in Zabern eine kaiserliche Erforderung mit einem Begleitschreiben des Regimentes ein. Am 3. Februar fragte Philipp von Baden in Zabern wegen des Reitens nach Nürnberg an. Beide Briefe schickten die bischöflichen Räte dem Bischof nach Zürich (Manuale d. d. 31. Januar, 1. u. 3. Februar 1522). —

2. Manuale d. d. 28. Februar und 7. März. Ueber den Fürsten-

nur für wenige Wochen. Denn kaum war er in seinem Stifte eingetroffen, als er die Vorbereitungen zu seiner abermaligen Reise treffen mußte³. Am 15. März brach der Bischof mit seinem Kanzler auf, nachdem noch am Tage zuvor der Herzog Ludwig II. von Pfalz-Veldenz⁴ ihn mit der Vertretung auf dem Reichstage betraut hatte. Unterwegs traf sich Wilhelm mit Philipp von Baden, und beide Fürsten ritten gemeinsam am 24. März in Nürnberg ein⁵.

Dieser kurze Reichstag legte den Schwerpunkt seiner Verhandlungen auf die Türkenfrage. Bereits am 27. März, einen Tag nach der Eröffnung, wurde ein Ausschuß zur Erledigung aller Punkte der Tagesordnung aus den Mitgliedern des Reichstages und Regimentes gebildet. Der Bischof von Straßburg gehörte diesem Ausschuß, in welchem als Reichsständische Vertreter nur drei Kurfürsten und vier Fürsten saßen, ebenfalls an⁶. Der bedeutendste unter den weltlichen Fürsten, Herzog Georg von Sachsen, verließ am 1. April nach Ablauf seines Regimentsquartals den Reichstag. Während seine Nachfolger im Regiment, der Herzog Wilhelm von Bayern und im Ausschusse Markgraf Casimir von Brandenburg wurden, betraute er doch Bischof Wilhelm, mit dem er in allen Fragen übereinstimmte, mit der

tag s. DRA. III S. 28 Anm. 1 und S. 30 und Anmerkungen. Planitz S. 82 f., 93 f., 104. — Daß der Bischof von Straßburg zu dem Fürstentage eintraf, ist bisher nicht bekannt gewesen und auch nur aus den beiden angegebenen Daten des Manuale ersichtlich.

3. Bereits am 8. März befiehlt der Bischof seinem Vitztum Ritter Wolf Wilhelm von Andlau am 17. März in Rastatt ihn zu erwarten und von dort aus mit ihm nach Ettlingen zu reiten. Dort traf sich Wilhelm für gewöhnlich mit Markgraf Philipp von Baden, wenn beide Fürsten gemeinsam nach Nürnberg ritten. — Doch ritt der Vitztum erst später auf den Reichstag. — Manuale d. d. 8. März und 14. März.

4. Manuale d. d. 13. und 14. März und DRA. III S. 183.

5. DRA. III S. 31. Planitz S. 117.

6. DRA. III S. 44. Planitz S. 128.

Wahrung seiner Interessen auf dem Reichstage und gab ihm hierzu Vollmacht⁷. Er hinterließ bei seiner Abreise dem Bischof eine genaue Instruktion für alles das, was er noch auf dem Reichstage erledigt wissen wollte. Dieselbe ist bis ins kleinste ausgearbeitet und unterrichtet bei der Uebereinstimmung der beiden Fürsten trefflich über Wilhelms damalige Stellungnahme. Sehr energisch tritt Georg hier für die Aufbringung eines großen Heeres gegen die Türken ein, er spezialisiert seine Forderungen hierfür in 24 Artikeln. Ferner verlangt er, daß die Mittel zur Unterhaltung von Regiment und Kammer durch möglichst intensive Besteuerung der kapitalkräftigen Faktoren im Reiche — das wären vor allem die Städte und die geistlichen Korporationen — aufgebracht werden müßten⁸. Beide Fragen wurden auch tatsächlich lebhaft in dem Ausschuß und von der Gesamtheit verhandelt, scheiterten aber schließlich an dem althergebrachten Widerstande der materiell betroffenen Stände. An Stelle eines großen Heeres gegen die Türken — die Romzugshülfe des Wormser Reichstages sollte ursprünglich dafür verwendet werden — hielt man nur 3000 Mann bereit, und die Unterhaltung für Regiment und Kammer sollte durch nochmalige Bewilligung des Wormser Anschlages für ein Jahr weiter gefristet werden. Alles endgültige überließ man einem neuen Reichstage, der am 1. September 1522 ebenfalls zu Nürnberg zusammentreten sollte. Am 30. April wurde der Abschied, an dessen Redaktion Wilhelm als Ausschußmitglied teil-

7. DRA. III S. 61 Anm. 1. Planitz S. 127 und 133; sowie die bei Planitz S. 126 zitierte Stelle bei Th. Kolde, Friedrich der Weise und die Anfänge der Reformation, 1881, S. 62 Nr. 2.

8. DRA. III S. 61—69. Das eigenhändig unterschriebene Original dieser Instruktion befindet sich bei den Akten der Bischöflich Straßburgischen Kanzlei s. DRA. III S. 61. Die dritte und ausdrückliche Forderung Herzog Georgs betrifft das Einschreiten gegen Luther und wird weiter unten noch zu behandeln sein.

genommen hatte, besiegelt⁹. Unmittelbar nach der Unterzeichnung desselben verließ der Bischof den Reichstag gemeinsam mit Philipp von Baden, und war bereits am 2. Mai wieder in Zabern.¹⁰

Als erste große Arbeit des Reichsregimentes kann die allgemeine Landfriedensordnung angesehen werden. Bereits auf dem Wormser Reichstage war sie in den Grundzügen festgestellt worden, in den Sitzungen des ersten Regimentsquartals wurde sie beendet. Sie beruht auf den Schöpfungen des Trier-Kölner Reichstages von 1512 und ist für die Exekutive des Reiches die Grundlage geblieben. Jetzt galt es ihren Bestimmungen Geltung zu verschaffen. Am 17. Februar 1522 entwarf man im Reichs-Regimente einen Brief, der an je zwei der bedeutendsten Fürsten der 10 Kreise im Mai oder Juni mit der gedruckten Landfriedensordnung abgesandt wurde¹¹. In diesem wird den „kreisausschreiben-

9. DRA. III S. 182. — s. S. 183 dort unterzeichnet Bischof Wilhelm: „von wegen Herzog Ludwig von Bayern.“

10. Die Unterzeichnung des Abschieds wird wohl ein oder zwei Tage vor dem 30. April ausgeführt sein, denn sonst ist die Rückkehr Wilhelms nach Zabern am 2. Mai (Manuale) unmöglich zu erklären. — Wilhelm und Philipp wollten bereits vor Ostern den Reichstag verlassen, da ersterer beunruhigende Nachrichten aus seinem Stifte erhalten hatte; jedoch ließen sich beide Fürsten bewegen, bis zum Schluß auszuharren. DRA. III S. 787. — Es handelte sich um lutherische Unruhen, wie Planitz angibt. [Planitz S. 141] s. darüber § 7 Anm. 13.

11. Gedruckt ist die Landfriedensordnung sowie der Brief an die kreisausschreibenden Fürsten in Koch: Neue Sammlung Bd. II S. 229 bis 242. Einen — wenn auch nicht klaren — Ueberblick über die Resultate dieser Ausschreiben in den einzelnen Kreisen gibt DRA. III S. 18 f. Anm. 4. Für die schwäbischen Verhandlungen siehe K. Klüpfel, Urkunden zur Geschichte des Schwäbischen Bundes Bd. II S. 231, 232 und vor allem: E. Langwerth von Simmern, Die Kreisverfassung Maximilians I. und der schwäbische Reichskreis in ihrer rechtsgeschichtlichen Entwicklung bis zum Jahre 1648, 1896 S. 66 bis 71; s. hier auch die Richtigstellung der Daten bei Klüpfel. — Für die Verhandlungen des fränkischen Kreises vgl. Henry Beck,

den“ Fürsten befohlen, an einen geeigneten Ort die Stände ihres Kreises zu berufen und dort die Wahl von einem Hauptmanne und vier Räten vorzunehmen; auch sollte die neue Ordnung im ganzen Kreise durch Anschlag öffentlich bekannt gegeben werden. Für den Oberrheinischen Kreis wurden als kreisausschreibende Fürsten, die zugleich als kaiserliche Kommissare fungieren sollten, Bischof Wilhelm von Straßburg und Landgraf Philipp von Hessen bestimmt. Am 22. Juni 1522 traf der Befehl hierzu in Zabern ein¹². Der Bischof fühlte sich durch diesen Auftrag sehr unangenehm berührt. Sofort schrieb er an den Statthalter, den Pfalzgrafen Friedrich, daß er zwar seine Pflicht tun würde, aber er bäte doch das Regiment einen anderen geistlichen Fürsten hiermit betrauen zu wollen. Als Grund gab er die jetzige schwere Zeit an, in der das schnelle Zustandekommen des Kreistages erschwert werde; vor allem aber, daß er viel zu weit von dem Landgrafen Philipp wohne; deswegen sei ein geistlicher Fürst, der Hessen benachbart sei, geeigneter. Gewiß hatte Wilhelm mit diesen Angaben recht; machte doch die unglückliche Zusammensetzung des rheinischen Kreises, seine Ausdehnung und Zerrissenheit ein erfolgreiches, gemeinsames Vorgehen von vornherein schon sehr zweifelhaft, wenn nicht unmöglich. Doch mit gutem Willen wäre auch diese Schwierigkeit zu überwinden gewesen, wenn nicht der Grund der Ablehnung wo anders zu suchen wäre.

Die Geschichte des fränkischen Kreises von 1500—1533 (Archiv des historischen Vereins von Unterfranken und Aschaffenburg, Bd. 48) Würzburg 1906.

12. Manuale d. d. 22. Juni 152. — Das sehr ausführliche Material, welches — soweit ich sehe — noch unbekannt ist, befindet sich in: Straßb. Bez.-Arch. Austausch mit Baden II, Fasz. 5. Ein Faszikel in Pergament gebunden mit der Aufschrift: Handlung des Reynischen bezircks nach Bartholomei zu Speyr gehalten Anno 1524 [daneben von moderner Hand: „richtiger 1522“].

Wilhelm befand sich tatsächlich in einer unangenehmen Zwangslage. Er wußte sehr wohl, daß über kurzem gerade der rheinische Kreis vor die Aufgabe gestellt werden würde, gegen Franz von Sickingen seine Streitkräfte ins Feld zu führen. Wir werden sehr bald sehen, in wie eigentümlicher Weise Wilhelm von Honstein bisher mit dem kühnen Ritter verbunden war. Es konnte ihm nicht leicht werden, gegen diesen jetzt und zumal in Gemeinschaft mit dem Landgrafen, der Sickingen tödlich haßte, vorzugehen. In seiner vorsichtigen Art suchte der Bischof dieser Aufgabe, die so unangenehme Aussichten eröffnete, sich rechtzeitig und unverdächtig zu entziehen. Doch halfen seine Vorstellungen nichts. Am 4. Juli¹³ schrieb das Regiment an Wilhelm, daß man auf seine Person nicht verzichten könne, zumal der Bischof von Speyer, der einzige, der außer ihm in Betracht kommen könnte, jetzt im Regiment säße. Nun weigerte sich der Bischof nicht weiter. Am 10. Juli¹⁴ teilte er dem Landgrafen Philipp, der seinerseits dem Bischof seine Bereitwilligkeit zusagte¹⁵, seinen Plan, wie der Tag am besten auszuschreiben sei, schriftlich mit. Als Ort sollte Speyer, das beiden am nächsten läge, genommen werden, als Tag Montag nach Bartholomei (25. August), da bereits andere Kreise auf diesen Tag auch beschieden würden. Wilhelm will die Stände, die von Speyer bis Basel einschließlich liegen, berufen und in beider Fürsten Namen die Ein-

13. Der Brief traf am 9. Juli in Zabern ein [presentatur am mitwoch nach kiliani anno . . . XXII⁰]. Straßb. Bez.-Arch. a. a. O.

14. Konzept „Zabern am donerstag nach Kiliani anno 22“ Straßb. Bez.-Arch. a. a. O. — s. auch Manuale d. d. 10. Juli.

15. Der Landgraf an Wilhelm (Original) „Datum Casßel am Sonabend nach Visitationis Marie virg. anno 22“. Zum Schlusse dieses Briefes, der erst am 15. in Zabern eintraf, als Wilhelm bereits den ausführlichen Brief geschrieben hatte, bittet der Landgraf den Bischof um seine Meinung: „damit unser beyder halben gehorsam gespürt, und nichts versaumpt werd.“ — Wilhelm beantwortete diesen Brief am 17. Juli (Concept). Straßb. Bez.-Arch. a. a. O.

berufungsurkunde besiegeln, damit keine Zeit mit dem Auswechseln der Schriftstücke verloren gehe. Der Landgraf möge entsprechend die nördlich Speyer gelegenen Stände einberufen. Umgehend antwortete Philipp¹⁶ und erklärte sich mit allen Vorschlägen Wilhelms einverstanden und schickte ihm seinerseits das Verzeichnis der von ihm einzuberufenden Stände. Schon am 27. Juli¹⁷ konnten die rheinischen Stände auf den 25. August nach Speyer berufen werden¹⁸. Der Bischof und der Landgraf erschienen nicht

16. Landgraf Philipp an den Bischof vom 8. Juli. Der Brief traf am 25. Juli in Zabern ein (s. Manuale d.d. 25. Juli), Straßb. Bez.-Arch. a. a. O.

17. Ein Konzept des Ausschreibens liegt bei den bischöflichen Akten. — Vgl. über das Ausschreiben DRA. III a. a. O. Dasselbst werden Ausschreiben an den Grafen Reinhard von Bitsch und die Stadt Kolmar angeführt. (Letzteres befindet sich in Kolmar St.-A. AA 1522.) Siehe auch das Schreiben an Oberehnheim in Oberehnheim. Stadt-Arch. AA 94. Die Stände wurden, wie dies üblich war, auf den Abend des der Eröffnung vorangehenden Tages [24. August] beschrieben.

18. Der Bischof von Straßburg berief folgende Stände: Die Bischöfe von Speyer und Basel; die Äbte von Murbach, Weissenburg und Hornbach. Die Herzöge Anton von Lothringen und Ludwig von Bayern (Pfalz-Veldenz). Die Grafen und Herren: Wilhelm von Rappoltstein, Wolf von Hohenfels, Emich von Leiningen, Wirich von Thun-Oberstein, Reinhart und Georg von Bitsch, Johann Ludwig von Nassau, Johann Wild- und Rheingraf, Philipp von Eberstein-Falkenstein, den Grafen von Salm, die beiden Herren von Kriechingen. Die Landvögte und Regenten im Ober- und Unterelsaß. Die Städte Straßburg, Speyer und die zehn Städte der Landvogtei Hagenau. — Der Landgraf von Hessen berief: Den Bischof von Worms, Herzog Hans vom Hunsrück, Abt zu Fulda. Die Grafen: Eberhard zu Königstein, Philipp und Balthasar von Hanau, Philipp von Hanau zu Bebenhausen, Philipp und Bernhart von Solms, Anton und Johann von Ysenburg, Ludwig und Wilhelm von Nassau, Philipp von Nassau-Wiesbaden und den Grafen zu Westerburg. Die Burggrafen, Ganerben und Burgmannen von Gelnhausen und Friedberg, die Ganerben zu Lintheim, Staden, Cronberg und Reiffenberg. Die Städte Worms, Frankfurt, Friedberg und Wetzlar. — Die Namen dieser Stände

persönlich, sondern ließen sich vertreten. Warum Philipp nicht nach Speyer kam, wissen wir nicht; Wilhelm jedenfalls hatte seinen triftigen Grund. Denn gerade in diesen Tagen sammelten sich vor den Toren Straßburgs und auch in des Bischofs unmittelbarer Nähe die Scharen, die Sickingen zu seinem neuen großen Unternehmen zueilen wollten. Dafür erteilte der Bischof am 21. August¹⁹ seinen Vertretern, Doktor Jacob von Landsberg und dem getreuen Georg von Ratsamhausen zum Steyn, eine gründliche und klare Instruktion, deren Hauptpunkte mitgeteilt werden mögen. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten und nachdem man sich zuvor mit Hessen vereinbart habe, solle zur Wahl geschritten werden. Als Hauptmann schlägt der Bischof aus der Reihe der Fürsten den Landgrafen Philipp oder Herzog Hans von Hundsrück, von den Grafen aber Eberhart von Königstein oder Philipp von Solms vor. Als Räte kämen in Betracht Dietrich von Talnburg, Berthold von Flersheim²⁰, Wolf von Landsberg und Meynolf von Andlau. Im übrigen sollten die Verhandlungen des schwäbischen Kreises zu Eßlingen vom 18. August²¹ zum Muster genommen werden.

sind genau nach den Verzeichnissen der beiden ausschreibenden Fürsten gegeben [Bez.-Arch. a. a. O.]. Ein Blick auf die allerdings auch nicht fehlerfreie offizielle Kreiseinteilung zeigt, daß in diesen Verzeichnissen sowohl Stände fehlen, als auch Mitglieder anderer Kreise angeführt werden.

19. Die Instruktion ist zwar ohne Datum, doch ist das Kreditiv für Wilhelms Vertreter an die Stände vom 21. August datiert. Der Grund des Fernbleibens wird in der Instruktion folgendermaßen angegeben: „Es werde sich uff disen tag in seiner f. g. Stifft und Dörffern ein, mercklich anzale volcks zu Rosß und Fueß versambeln und moge seint gnad nit wissen uß was ursachen oder was Ir furnemen sey, darumb könne sein gnad diser Zyt uß Irer styfft nit weychen.“ (Bez.-Arch. a. a. O.)

20. Sehr bezeichnend, daß Wilhelm gerade den Schwager Sickingens hierfür auserkor.

21. Ueber den Eßlinger Tag, der resultatlos verlaufen ist, siehe Anm. 11.

Doch neben dieser ziemlich allgemein gehaltenen Anweisung erhielten die Gesandten noch eine zweite für den Fall, daß der Besuch des Kreistages ein geringer sein sollte. Wenn zur Wahl geschritten werde und die Stände sich dann sperren, da sie nicht vollzählig seien oder keine Vollmacht hätten²², so solle ihnen der Ernst der Lage vorgehalten werden; sie träfe die Schuld an der völligen Zerrüttung des Reiches und der Auflösung aller Ordnung, wenn jetzt nicht die Exekution der Landfriedensordnung geregelt werde. Und diese zweite, in beweglichen Worten abgefaßte Instruktion sollte wirklich angewandt werden. Zwar war der Tag gut besucht; ohne Entschuldigung oder Vertretung fehlten von bedeutenderen Ständen nur der Bischof von Basel, und begreiflicherweise die Bischöfe von Metz, Toul und Verdun; die Städte und weltlichen Fürsten dagegen waren vollzählig erschienen. Die Grafen, Herren und Ritter waren in überwiegender Mehrzahl vertreten²³. Doch

22. „Wo man uff disen tag zur Handlung nach vermög key. Mt. beuelch nit gryffen sollt, so sey zu besorgen, das ir Mt. werd nit unbillich mercklich beschwerden und myßfallen daran haben moecht, — Zu dem so reyshen sich die leuff allenhalben im romischen Rych und besunder in tutscher nacion so Erschreckenlich und Sorgklich in, das zu besorgen, wo mit Execucion des landfriden nit sollt darzu gethan oder insehen gehabt werden, das es ein unwiderbringliche zerrüttung alles fridens und Eynigkeit im heyligen Romischen Rych und sunderlich Teutscher Nacion gewesen würde, das doch zu uerhuten, Ein yeclicher für sich selbs seins vermögens schuldig sey, daruber sey nochmals ir der gesandten anstatt oder In namen irer gnedigen fursten und hern gnedig und fruntlich und für sich selbs underdienstlich bitt, das sie sich hierinn nit irren lassen, sunder zur sachen gryffen wollen, dann diser handel möge, wie sie selbs wissen, keinen verzug lyden, Es seye auch nunmehr in allen andern des heyligen Reychs zirckeln, als sie dafur haben und achten, Hauptlut und Räte Erkiest und Erwelet.“

23. Präsenzliste [Straßb. Bez.-Arch. a. d. O.]. Eigentümlich war, daß beide elsässischen Landvögte, wenn auch mit Entschuldigung, fehlten.

wie der Bischof vorausgesehen hatte, gerade das Fehlen einiger Stände machte die Wahl eines Hauptmannes und der Räte unmöglich. Am 25. und 26. August wurde ununterbrochen²⁴ verhandelt, jedesmal beteuerten die Stände ihre Ergebenheit und ihren Eifer; die bischöflichen Abgesandten machten ihnen sodann die vorgeschriebenen schweren Vorwürfe. Kurzum, das seit Generationen nicht anders gewohnte, unwürdige Treiben. Am 26. August abends wurden die Verhandlungen abgebrochen. Es müssen heftige Worte gefallen sein, denn als die Kommissare den Abschied aufsetzen wollten, wurden sie gebeten, etwa unbedachte Aeüßerungen der Stände nicht aufzunehmen. Der Abschied besagte, daß man sich über die Unterhaltung des Hauptmannes und der Räte nicht habe einigen können, und daß ferner die Beschlüsse für die Abwesenden nicht als bindend erachtet werden würden, daß auch die Vollmachten der Vertreter ungleich gewesen seien. Aus allen diesen Gründen träte der § 27 der Landfriedensordnung in Kraft; das heißt, man appellierte wegen Uneinigkeit an das Reichsregiment. So ähnlich klang auch der Abschied des Eßlinger Tages, den sich die bischöflichen Gesandten ja zum Vorbilde nehmen sollten. Nachdem die formelle Unterzeichnung des Abschiedes durch die beiden Fürsten erledigt war, schickte der Bischof denselben am 10. November an das Reichsregiment nach Nürnberg²⁵.

24. Protokoll der Verhandlungen [a. a. O.].

25. Der von den Fürsten unterzeichnete Abschied ist datiert vom 29. August. Daneben liegt auch noch ein Abschied vom 26. August vor, dieser ist kürzer und ist wahrscheinlich den Ständen noch in Speyer vorgelesen worden. — Ueber die Unterzeichnung und Abfertigung des Abschiedes an das Regiment liegt noch ein Brief Philipps an Wilhelm vom 3. September und das Konzept der Antwort Wilhelms vom 10. September vor (a. a. O.).

§ 5.

Stellung zu Franz von Sickingen¹.

Zweiter Reichstag zu Nürnberg.

1522—1523.

In den Tagen, als zu Speyer und anderwärts im Reiche die neuen Kreise zusammengetreten waren, hatte der gefährlichste und kühnste der Landfriedensbrecher, Franz von Sickingen, bereits seine letzte, entscheidende Fehde gegen Kurfürst Richard von Trier begonnen. Trefflich verstand er es, seinem Unternehmen den Anschein kaiserlicher Autorisation zu geben: als ob er als des Kaisers Rat und Feldhauptmann einen Strafzug gegen den Trierer, den Franzosenfreund, unternehmen müßte. Reiche Unterstützung an Geld und Truppen strömten ihm zu; die Grafen von Zollern und Fürstenberg musterten Ende August vor den Toren der Stadt Straßburg in Grafenstaden die Fähnlein, die dem Sickingen zustoßen sollten. Während doch sonst, sowie Kriegsunruhen und Truppenansammlungen im Elsaß vorkamen, die Reichsstände sich zusammenfanden und Abwehrmaßregeln berieten, hören wir jetzt von solchen nichts. Diese scheinbare Untätigkeit hatte ihren guten Grund darin, daß die mächtigsten dieser Stände: Stadt und Bischof von Straßburg, der Sickingischen Bewegung nicht feindlich gegenüberstanden. Bei der Stadt Straßburg² ist die Unterstützung des Ritters mit Geld und die Duldung der Werbungen in ihrem Gebiete ganz offensichtlich gewesen; Bischof Wilhelm läßt vermöge seiner vorsichtigen, ängstlichen Art und Weise seine Sympathie für Franz weniger

1. Das oft zitierte Werk von Ulmann, sowie seine biographische Skizze in der A. D. B. 34 S. 151—158 liegen dieser Darstellung, wo nicht anders bemerkt, zugrunde.

2. Politische Korrespondenz Bd. I S. 55—70; vgl. Ulmann, Sickingen S. 286.

deutlich erkennen. Doch war auch sie gewiß. — Auf dem großen Tübinger Landtage im Jahre 1514⁴ hatten die beiden Männer sich wohl zum ersten Male gesehen; seitdem pflegten sie, soweit wir erkennen können, eine ununterbrochene Korrespondenz. In den Jahren 1520—1522 laufen ständig Nachrichten von der Ebernburg oder, wo Franz gerade weilte, in Zabern ein: zumeist enthielten sie neue Zeitungen von des Ritters Taten oder den Ereignissen im französischen Kriege. Wilhelm seinerseits berichtete über die Verhältnisse in der Schweiz. Mehrmals entlich Wilhelm an Sickingen und an seinen berühmigten Notar Balthasar Schlör Geld⁵; zuletzt noch im August des Jahres 1521 eine Summe von 800 Gulden, die auch, wenngleich nicht ohne vielfaches Drängen, im Mai 1522 zurückbezahlt wurde. Seitdem scheint der Bischof seltener nur noch mit Franz verkehrt zu haben; die allgemeine Stimmung unter den Fürsten hatte sich auch sehr zuungunsten des Ritters verändert. Seit dem Septembér⁶ schritten Kaiser und Regiment gegen Sickingen ein und bestürmten ihn mit Ermahnungen und Drohungen, von seiner Fehde abzulassen; andererseits wurden strenge Befehle an die Stände gerichtet, die die Unterstützung Triers forderten. Der unversöhnlichen Stimmung in Nürnberg versuchte der Bischof entgegenzuarbeiten. Eben in diesen Tagen, während Sickingen vor Trier lag, unternahmen es die beiden Freunde Wilhelm von Straßburg und Philipp von Baden zwischen Franz und dem kriegesischen Kurfürsten Richard den Streit

4. Siehe Stälin, Württembergische Geschichte Bd. IV S. 103.

5. Für die Jahre 1520—1522 siehe über Sickingen das Manuale: 29. März; 2., 19. April; 24., 31. Juli; 23. Dezember 1520; 12., 13. August; 9., 14., 27. September; 16. 30. Dezember 1521; 2. Januar; 16. März; 4. Mai; 8. November; 14. Dezember 1522. — Das Manuale vor 1520 weist in seinen Fragmenten (s. Anhang II) auch Spuren einer Korrespondenz zwischen Wilhelm und Sickingen auf.

6. (Chmel) Notizenblatt. Beilage zum Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen 1852 S. 37—38; S. 41—43; S. 57 f. — s. Manuale 11., 13., 26. September 1522 und 16. Februar 1523.

zu schlichten⁷. Doch alle Versuche mußten an beider Parteien Hartnäckigkeit scheitern. Allzuweit durfte der Bischof seine wohlgemeinte Vermittlung auch nicht treiben. Am

7. Am 19. September 1522 schrieb Markgraf Philipp von Baden aus Pforzheim an Herzog Wilhelm von Bayern unter anderem folgendes: „Als der hochwirdig furst unnser lieber herre unnd oheim der bischoff von Straßburg unnd wir unns underfangen gehapt, inn der jetzt swebenden ufrur zwüschen dem hochwirdigen fursten unserm lieben herrn und besonderm frunde dem Ertzbischoff zu Trier und Curfursten und Franciscen von Sickingen durch unsere rete zu gutlicher hynlegung handeln zu lassen, uff sollichs ist unser gesandter rate unnd lieber getruwer Martin von Remchingen uff nechtin spate, inn der nacht by uns alhie zu pforten inkomen unnd hat unns nach lengde schriftlichen bericht gethan, wes im und des bischofs von Straßburg rete uff ir werbung lit byligender instruction begegnet sy, von dem allem wir u. l. copien zu senden des auch wissens zu han . . . Date Pfortzhaim uff frytag post Exalt, crucis anno etc. 22.“ [Karlsruhe General-L.-A. Haus- und Staats-Arch. Vormundschaften der Herzoge von Bayern über die Markgrafen von Baden-Baden Fasc. I no. 24.] (Abschriften aus dem Münchener Reichsarchiv.) — Außer diesem Briefe liegen hierfür noch drei Berichte von Räten aus Nürnberg vor: 1. Planitz S. 203. Planitz an Kurfürst Friedrich von Sachsen am 20. September 1522: „Der bischof von Straspurgk hatt dem statthalder geschriben, das er sich sampt margraff Phillipp von Baden retten gutlicher handlung zwischez meinem gnsten hern von Trier und Franzen underfahen wolt, besorge aber, werde vorgeblich muhe sein; dan der erzbischof von Trier hievor ins regement geschriben, das er gutlichs handels nicht gestaten wolde, und vormeint der statthelder, der erzbischof werde mehr dan 5 tausent pferde zusammen brengen. Gott schigkh es noch seinem lobe, ehr und gefallen.“ — 2. Geß, Georg von Sachsen Bd. I S. 366 Nr. 388. Dietrich von Werdenberg und Dr. Otto von Pack an Georg am 1. Oktober 1522: „Es helt sich auch umb das regiment und reichstag also, das kein furste, der dis quatermber im regiment sitzen sollen, ankomen, wol haben sie herberge genommen. U. gst. H. von Colu hat sich Franciscus halben entschuldigen lassen, desgleichen u. g. H. von Straßburg, als wir bericht, das s. g. zwischen u. g. h. von Trier und Franziscus von Sickingen handeln. — 3. DRA. III S. 807. Dr. Gregor Lamparter an Herzog Wilhelm von Bayern, am 22. September 1522. „Der Bischof von Straßburg und der Markgraf von Baden sollen versucht haben, die Sache zu schlichten.“

10. Oktober 1522 ließ sich das Regiment dazu bewegen, Sickingen ohne vorherige Zitation zu ächten. Zu einem solchen Vorgehen, das hernach die Mitglieder der obersten Reichsbehörde bereuten, wäre es in Gegenwart Wilhelms nie gekommen. Doch blieb dieser dem Regimente, in welchem man ihn seit dem ersten Oktober bereits erwartete, vorläufig fern. Als Grund dafür gab er in seinem Entschuldigungsschreiben⁸ die Sickingischen Unruhen an. Erst am 5. November verließ der Bischof Zabern und traf am 16. in Nürnberg ein⁹.

Wilhelm war mit dem festen Entschlusse nach Nürnberg geritten, jetzt im Regimente sein Quartal abzusitzen¹⁰, dessen erste Hälfte bereits verstrichen war, ohne daß er an ihm teilgenommen hatte. Außer Wilhelm waren für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember der Kurfürst von Köln und Herzog Heinrich von Mecklenburg¹¹ zur persön-

8. Planitz S. 233. — Geß: Georg von Sachsen S. 365, 366 — s. Anm. 7. — DRA. [III S.] 823. Dort heißt es in einer Aufzeichnung Packs für einen Brief an Herzog Georg von Sachsen vom 15. ff. Oktober: „Der erzbischof von Koln und der bischof von Strasburg haben dis quartal von Michaelis an sullt im regiment siczen, haben sich ir kfl. und fl. Gn. der schwinden leuft halber, durch Franciscum eingefurt, entschuldigen lassen und bleiben auch ir Gn. beid aussen, derhalber siczt von den verordneten fursten nimand den herzog Heinrich von Meckelburg.

9. Manuale d. d. 5. November. — Er hatte seine Ankunft vorher angemeldet. Planitz S. 243. Ueber seine Ankunft in Nürnberg: DRA. III S. 316 und 850 Anm.

10. Der Vermerk im Manuale am 5. November 1522 lautet: „Manuale angefangen Mitwochs nach Allerheyiligen tag anno 22 Aller Handlung und Schrifften So In der Cantzley gehandelt, auch was schrifften komen und ußgangen diwil mein g. h. seiner f. g. fiertel Jare zu Nuremberg versehen und ußlendig geweest Ist.“ — Planitz (S. 243) schreibt am 14. November an Kurfürst Friedrich von Sachsen: „Straspurgk hatt hergeschriben, das er komen wolte und sein vrtel jar follentt vorsiczen.“

11. DRA. II S. 726.

lichen Anwesenheit verpflichtet. Letzterer weilte bereits seit dem 6. Oktober¹² als einziger Fürst in Nürnberg und blieb daselbst bis zum Schluß des Reichstages. Kurfürst Hermann von Köln¹³ war ebenso wie Wilhelm durch den Krieg in den Rheinlanden an sein Erzstift gebunden; er erschien überhaupt nicht. Auf dem Reichstage vertraten ihn seine Räte, im Regiment saß seit dem 19. Oktober an seiner Stelle der berühmte Kirchenfürst Bernhard von Cles¹⁴, Bischof von Brixen. Für den dritten Fürsten schließlich, für Wilhelm von Honstein, übernahm die Vertretung Kardinal Erzbischof Mathäus von Salzburg¹⁵. Dieser war bereits am 20. September mit dem Erzherzog Ferdinand in Nürnberg eingetroffen und war vom ersten Tage des neuen Quartals an im Regimente tätig. Zwar anfangs nur, um Wilhelm zu vertreten; doch als dieser Mitte November in Nürnberg eingetroffen war, müssen beide Fürsten sich dahin geeinigt haben, daß Mathäus bis zum Schlusse des Vierteljahres die Regierungsgeschäfte im Regimente weiter ausüben solle¹⁶,

12. DRA. III S. 317 und 816; s. auch S. 823.

13. Siehe Anmerkung 8. (Geß S. 366.) Ueber Hermanns Vertretung auf dem Reichstage DRA. III 318/ u. ö.

14. DRA. III S. 316. Planitz S. 224, 225 u. ö.

15. Ueber Salzburgs Ankunft DRA. III S. 315, 316. Planitz S. 201 — betr. seine Vertretung im Regimente: DRA. III S. 838. Herzog Ludwig von Bayern schreibt am 6. November 1522 von Nürnberg an seinen Bruder Wilhelm, daß der „Erzbischof von Salzburg, der des Reichstags wegen hierher gekommen war, nun aber, da derselbe sich solange verzieht, für den Bischof von Straßburg im Regiment sitzt.“

16. Ein Zeugnis für eine solche Vereinbarung liegt nicht vor, doch ergibt sie sich aus den Tatsachen. Der am 14. November gebildete Regiments-Ausschuß zur Beratung eines Mandates gegen Luther besteht u. a. aus den Bischöfen von Trient und Salzburg (Planitz S. 245); am 18. November, also als Wilhelm bereits in Nürnberg war, verhandelt dieser Ausschuß (Planitz S. 248); der Kardinal von Salzburg ist hier der heftigste Luthergegner [s. Sitzung vom 27. Dezember; Planitz S. 288—290], (s. auch DRA. III S. 384 f.). Am 2. Dezember schreibt Planitz: „Auf dissem reichstage seint nicht mehr dan

und daß Wilhelm seinerseits, wenn möglich, für den Erzbischof im siebenten Quartal, also vom 1. April bis zum 30. Juni 1523 eintreten würde¹⁷. Wir können deshalb von einer eingehenden Betrachtung des Reichsregimentes in seinem fünften Vierteljahre absehen, und uns der Tätigkeit des Bischofs auf dem Reichstage, dem er also nur als Reichsfürst beiwohnte, zuwenden¹⁸. Hier allerdings finden wir den Bischof und seine Räte überall beschäftigt und von allen Seiten in Anspruch genommen. Türkenhülfe, Unter-

drei weltlich fursten . . . geistlich fursten seint Mencz . . . Straspurgk . . ., haben die geistlichen die oberhant Salczburgk und Tryntt siczen im regement.“ Betreffend Sickingen wird am 8. Dezember ein Ausschuß zusammengesetzt: „(m. g. her von) Straßburg (aus dem großen ausschuß) [dieser war ständisch], comtor von Coblentz, Doctor Werter, Geroltzeck; aus regiment: der cardinal von Saltzburg, doctor Lamperter usw.“ (DRA. III S. 298 f.). — O. Redlich (der Reichstag von Nürnberg 1522/1523, S. 37 Anm. 3), der nur die Briefe von Planitz vom 14. November und 2. Dezember [Planitz a. a. O.] kennt, sagt: „daß Salzburg mit an den Regimentssitzungen teilnahm, sagt Planitz bereits am 14. November, nur wissen wir nicht in welcher Eigenschaft. Der Bischof von Straßburg saß nach der Ordnung im Regiment (vgl. Planitz am 14. November) und wird hier [d. i. bei Planitz am 2. Dezember f. o.] von Planitz weggelassen.“ Die von mir mitgeteilten neuen Daten berichtigen diese Annahme. — Siehe auch Redlich a. a. O. S. 41.

17. Planitz klagt am 31. Mai 1523 seinem Kurfürsten über den mangelhaften Regimentsbesuch und sagt dann folgendes: „Der Bischof von Salczburgk und der Bischof von Straspurgk solden sich mit einander voreiniget haben, das ir einer iczunt seß im regement, ader das sie zugleich einen andern vermochten die zeit zu siczen, wie sie den auch zu thun am nechst gehaltenem reichstage alhie zugesaget und bewilliget. Es ist aber nicht beschen: siczt ir selber keiner und haben auch nimants vormocht.“ (Planitz S. 451) s. § 6 Anm. 23.

18. Adolph Grabner, Zur Geschichte des zweiten Nürnberger Reichsregimentes 1521—1523. [Historische Studien veröffentlicht von E. Ebering, Heft 41.] Berlin 1903; läßt irrtümlicherweise den Erzbischof von Salzburg und Bischof von Straßburg zugleich im Regimente sitzen. S. 83 f.

haltung von Regiment und Kammergericht, Stellung zur religiösen Frage, Einbringen von neuen Geldmitteln durch einen Reichszoll, Besteuerung von Monopolen, einheitliche Gestaltung des Münzwesens, das waren auch auf diesem Reichstage die Aufgaben, die gelöst werden sollten. Doch lastete über dieser Versammlung die Angst vor einer ausbrechenden Revolution: einer Vereinigung des Adels mit dem Bundschuh, der von allen Seiten gemeldet wurde. Unmittelbar ausgelöst wurde dieser Druck durch den Krieg Sickingens mit den drei Fürsten Trier, Pfalz und Hessen. Daher ist es begreiflich, daß die Hauptsorge der in Nürnberg versammelten Stände und auch des Reichsregimentes einer gütlichen Beilegung dieser Fehde galt, wenn auch über die anderen Fragen viel geredet und verhandelt worden ist. Man hatte sich redliche Mühe gegeben, noch im letzten Augenblicke das Schlimmste von dem Haupte des Ritters abzuwenden, doch mußte dies an dem Stolz der Fürsten, die als Exekutoren der kaiserlichen Acht jegliche Einmischung von Nürnberg aus als Beleidigung empfanden, scheitern. —

Am 17. November fand die feierliche Eröffnung des Reichstages statt, sie wurde durch eine Messe in der St. Sebalduskirche eingeleitet, an der der Bischof von Straßburg persönlich teilnahm¹⁹. Am folgenden Tage bereits wurden in der ersten Plenarsitzung die verschiedenen Ausschüsse gewählt, die wieder den ganzen Verhandlungsstoff vorzubereiten und auszuarbeiten hatten. Ein großer Ausschuß des Reichstages, der nur aus ständischen Mitgliedern bestand²⁰, überwachte gewissermaßen eine Reihe von kleinen

19. DRA. III S: 284. Sein Platz befand sich auf der linken Seite des Chores, inmitten der anderen anwesenden Bischöfe.

20. Ich halte daran gegen Redlich (a. a. O. S. 49 Anm. 1) mit Ulmann (Sickingen S. 355) fest: denn der Pfalzgraf Friedrich saß in diesem Ausschusse nicht als Regimentsmitglied, sondern wie ausdrücklich angegeben wird, als Vertreter des Kurfürsten Ludwig

Ausschüssen, deren Zusammensetzung gemischt war; ihm gegenüber stand ein nur aus Regimentspersonen bestehender Ausschuß. Der ständische große Ausschuß bestand aus 2 kurfürstlichen, je 4 fürstlichen Vertretern und einem Abgeordneten des Prälaten; Bischof Wilhelm gehörte diesem in Person an²¹. Auch in einem Ausschuß, der über die eilende Türkenhülfe schlüssig werden sollte, war Wilhelm tätig²². Ferner wurde eine Kommission²³ aus Regiments- und Reichstagsvertretern zusammengesetzt, die die Verhandlungen mit den drei Fürsten Pfalz, Trier und Hessen pflegen sollten, bei der Bischof Wilhelm wegen seiner versöhnlichen Haltung nicht fehlen durfte. Mehr noch aber als der Bischof wurde sein unermüdlicher Kanzler Eitelhans Rechburger²⁴ in Anspruch genommen. Wir finden ihn in nicht weniger als fünf Spezialkommissionen, denen immer nur einige wenige Räte angehörten, tätig. So hat er über die Revision der Regimentsordnung und die verschiedenen Berichte über die Kreistage vom Sommer 1522 zu beraten; er ist in der wichtigsten aller Kommissionen, die das Geld zur Unterhaltung von Regiment und Kammergericht beschaffen soll, beschäftigt; demzufolge nimmt er auch an den Verhandlungen mit den Städten, die den Reichszoll verweigern, teil; schließlich ist er seit Schluß des Reichstages Mitglied der Kommission, die die Redaktion des Abschiedes auszuführen hat. Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß auch Wilhelms Hofmeister Jakob von Oberkirch an den Reichstagsarbeiten teilnahm; er wurde in die Kommission, welche dem fränkischen Ritterschaft zu Schweinfurt auf seine Be-

(DRA, III S. 854) und über des Bischof von Straßburg Stellung s. oben Anm. 16.

21. Planitz S. 248 DRA. III S. 854.

22. DRA, III S. 851 Anm. 2.

23. DRA, III S. 282 Anm.

24. Zum Ganzen DRA. III S. 282 Anm. Dazu noch a. a. O. S. 287, 288; S. 512 und 920.

schlüsse antworten sollte, gewählt²⁵. Bei einer so umfassenden Tätigkeit des Bischofs und seiner Beamten nimmt es nicht Wunder, wenn er in diesen Tagen von den Nürnberger Gesandten in den Berichten an ihre abwesenden Herren viel genannt wird. Trafen doch gerade aus seinem Stifte fortwährend Nachrichten²⁶ ein, die alle Stände unablässig ängstigten. Es wurde nämlich von herumziehenden Winkelpredigern gemeldet und von einem bedrohlichen Umsichgreifen des Bundschuhes, daß eine allgemeine Gärung der oberrheinischen Bevölkerung zu befürchten wäre. Bereits zu Anfang des Reichstages teilte Pfalzgraf Friedrich den Ständen mit, wie trübe es im Elsaß, Breisgau und Sundgau aussehe, und erzielte mit seiner Rede bei den Kurfürsten und Fürsten „grosse beschwer, sunderlich bei m. g. h. dem bischof von Strasburg“. Herzog Georg²⁷ von Sachsen, der nicht nach Nürnberg hatte kommen können, wies seine Räte an, in allen schwierigen Fragen sich bei Wilhelm von Straßburg Rates zu holen. Dies taten sie denn auch gründlich. Fortwährend mußte Wilhelm in dem Sessionsstreite zwischen Georgs Vertreter und dem des Herzogs Ludwig von Bayern vermitteln; angelegentlich trat er bei Erzherzog Ferdinand für eine Regelung der enormen Ausstände Kaiser Karls an Georg von Sachsen ein. Zum Dank für diese Bemühungen ließ der Herzog bei dem bekannten Augsburger Bildhauer Adolf Dauher²⁸ ein „steynen tafel“ anfertigen und dieselbe dem Bischof als Geschenk

25. DRA. III S. 282 Anm.

26. DRA. III S. 853—859. Aufzeichnung Packs für ein Schreiben an Herzog Georg über den Beginn und die ersten Verhandlungen des Reichstags ca. 24. November 1522. Planitz S. 251 und die dortigen Zitate.

27. Geß S. 396, 400, 402, 410, 411, 413, 420, 430, 434, 445, 450, 578. In desselben Verfassers Abhandlung: Habsburgs Schulden bei Herzog Georg (Neues Archiv für Sächsische Geschichte Bd. 19 [1898]) wird die Tätigkeit Wilhelms nicht erwähnt.

28. Geß S. 416.

überreichen. Wir haben gerade aus der Zeit dieses zweiten Nürnberger Reichstages mehrere unzweifelhafte Nachrichten von dem hohen Ansehen, dessen der Bischof beim Kaiser²⁹ und den Reichsständen³⁰ sich erfreuen durfte; um so bedauerlicher ist es, daß wir uns von den vielen Arbeiten Wilhelms in den einzelnen Kommissionen, die sich ja fast auf alle zu beratenden Gegenstände erstreckten, trotz der häufigen, aber verworrenen Berichte vom Reichstage kein klares Bild machen können. Wäre Wilhelm nicht immer mit seinem Kanzler gemeinsam auf den Reichsversammlungen gewesen, so hätte uns ein Briefwechsel zwischen beiden Männern — wie dies bei Friedrich und Georg von Sachsen der Fall gewesen ist — genauer über Wilhelms Anschauungen unterrichten können. Lassen wir vorläufig Wilhelms Tätigkeit in der religiösen Frage unberücksichtigt, so gewährt uns nur die Sickingische Fehde die Möglichkeit, des Bischofs Stellungnahme etwas genauer zu erkennen.

29. In „Bulletin de la Société . . . des monuments historiques d'Alsace“. 2. Série Vol. XIX. Auszüge aus den sog. Annalen Brants Seite 54 heißt es: „Bischof Wilhelm von Straßburg steht gut mit dem Kaiser, wird viel gebraucht und hat ein Gehalt von demselben.“

30. Stadtarchiv Schlettstadt, BB. 19 S. 149. Missivbuch der Stadt 1520—1525. Am 6. September 1522 bitten Meister und Rat der Stadt Schlettstadt den Bischof, auf dem Reichstage sich ihrer Angelegenheit anzunehmen, und begründen diese Bitte folgendermaßen: „Zumal wir wol gedencken dz. e. f. g. nit der minsten Reichstennd einer by des Reichsregiment und gemeinen reichsstenden vor anndern angesehen und gehört ist.“ — An dieser Stelle mag noch der Hülfe gedacht werden, die der Bischof während des Reichstages der Stadt Schlettstadt, deren Schirmherr er war, zuteil werden ließ; s. Schlettstadter Stadtarchiv Missivbuch 1520—1525. S. 18, 149, 165; s. auch J. Geny, die Reichsstadt Schlettstadt und ihr Anteil an den sozialpolitischen und religiösen Bewegungen 1490 bis 1536. Freiburg 1900 S. 91 (Manuale 25. September 22); s. auch endlich über die Beziehungen des Bischofs zu Philipp von Baden während des Reichstages DRA. III S. 896.

Seit Anfang des Reichstages wurde in den Gesamtausschüssen sowie in der Sonderkommission eifrig nach einem Weg gesucht, um die drei Fürsten von der Exekution abzuhalten, zunächst sollte ein gütlicher Vergleich noch einmal versucht werden. Am 6. Dezember schließlich, nachdem man sich für einen Tag zu Heidelberg zwischen Regiment und Ständen einerseits und den drei Fürsten andererseits entschlossen hatte, setzte man einen Ausschuß zusammen, der über das Datum, die Gesandten selbst und deren Instruktion für die Verhandlung beraten sollte; Wilhelm von Straßburg gehörte auch diesem an³¹.

Im großen Ausschuß wurde dann am 12. Dezember beschlossen, als Gesandte Graf Eberhard von Königstein und Graf Philipp von Solms zu schicken, um am 29. Dezember die Verhandlungen aufzunehmen³². Doch wollten die beiden Grafen sich dieser Botschaft nicht unterziehen und erst am 19. Dezember³³ fand man in dem Grafen von Helfenstein und dem Herrn von Heideck nach langem Suchen die geeigneten Personen, die auch wirklich am 22. Dezember von Nürnberg abritten. Zuvor aber hatte Ferdinand noch eine Sonderbotschaft mit Wissen der Stände an Franz abgesandt³⁴, um auch ihn noch zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Wer dieser Gesandter war, ist nicht gesagt worden. Es liegt die Vermutung nahe, daß es Wilhelm von Straßburg gewesen ist; denn diesen treffen wir genau in dieser Zeit auf ein oder zwei Tage in Zabern. Am 12.³⁵ ist er nach den Aufzeichnungen seiner Kanzlei direkt von Nürnberg her im Stift eingetroffen; am 14. Dezember läßt er sich

31. DRA. III S. 298.

32. DRA. III S. 304.

33. Geß S. 402.

34. Ebenda.

35. Manuale: „Freitag nach Conceptionis Marie (12. Dezember) ist Wilhelm komen von Nurenberg.“ S. Manuale d. d. 14. Dezember.

von seinen Räten über Sickingen berichten; bereits am 16.³⁶ muß Wilhelm das Stift verlassen haben, und für den 20.³⁷ des Monats ist seine Anwesenheit in Nürnberg bereits wieder bezeugt. Wenn meine Vermutung richtig ist, dann wäre Wilhelm am 15. oder 16. Dezember von Zabern aufgebrochen, hätte sich sodann zu Sickingen begeben und wäre von dort zum Reichstage zurückgekehrt. Zu erwägen bleibt dagegen, daß des Bischofs Aufenthalt im Bistum dringend nötig war, denn fortwährend liefen Nachrichten³⁸ von Bundschuh-Bewegungen ein, zugleich begann in diesen Tagen die Stadt Straßburg lutherische Maßregeln zu treffen, so daß bereits Anfang Dezember von Nürnberg aus bischöfliche Räte zurückkehrten³⁹. Doch sollte nur darum allein der Bischof den Reichstag verlassen haben? Und wenn seine Gegenwart im Stifte so dringend war, warum blieb er dann daselbst nur zwei Tage? Dies alles macht seine Mission zu Sickingen, die aus dem Verhältnis des Bischofs zu dem Ritter gewiß begreiflich ist, wahrscheinlich. Wie dem jedoch auch sei, sowohl Ferdinands Versuche bei Franz als auch die Versuche des Regiments und der Stände bei den drei Fürsten scheiterten. Die Dinge waren schon zu weit vorgeschritten, als daß sie noch auf diplomatischem Wege beigelegt werden konnten. Die Fürsten beharrten auf Krieg gegen den Landfriedensbrecher und mit dem Frühjahr 1523 begann die letzte Phase dieses Kampfes gegen den letzten Vertreter einer überlebten Rechtsanschauung. Denn neben allen seinen Heckenreitereien, die nur aus egoistischen Motiven vollführt wurden, glaubte er doch das Recht auf seiner Seite zu haben, wenn er an der Spitze der Ritter gegen die Uebermacht des Fürstenstandes anzukämpfen suchte.

Am 9. Februar 1523 wurde der Nürnberger Reichstag,

36. St.-A. AA 1548 Dienstag nach Lucie.

37. Dasselbe AA 1547 Bl. 25: „von Nurmberg vigilia thome“.

38. Manuale.

39. Manuale 1. Dezember.

dessen Verlauf in politischer und religiöser Hinsicht gleich denkwürdig ist, verabschiedet. Ein neuer dritter Reichstag sollte am 13. Juli⁴⁰ desselben Jahres noch in Nürnberg zusammenkommen, um über die Türkenhülfe und den Reichszoll die endgültige Entscheidung zu treffen. Bischof Wilhelm, der bereits Mitte Januar⁴¹ die Absicht gehabt hatte, nach Zabern zurückzukehren, verließ sofort nach der Unterzeichnung des Abschiedes die Reichsstadt. Dem Fastnachtstreiben zu Ansbach bei dem befreundeten Markgrafen Casimir von Brandenburg, bei welchem es wild zugegangen sein soll, wird jedoch der Bischof nicht fern geblieben sein⁴². Es liegt auch durchaus nichts Befremdliches in einem solchen Gebahren; wissen wir doch, daß in jener Zeit die geistlichen Fürsten im Genuß des Lebens und der weltlichen Freuden in nichts hinter ihren anderen fürstlichen Standesgenossen zurückblieben; und daß besonders der Bischof Wilhelm unbeschadet seiner allgemein anerkannten Würdigkeit nicht nur ein leidenschaftlicher Liebhaber der Jagd war, sondern auch an den Freuden der Tafel großen Gefallen fand.

Am 20. Februar traf er wieder in Zabern ein⁴³.

40. Das kaiserliche Ausschreiben zu dem Reichstag ist datiert vom 6. März 1523. Das Exemplar für den Bischof von Straßburg befindet sich im Karlsruher Generallandesarchiv, Reichstagsakten Band 17.

41. Planitz S. 332 d. d. 19. Januar.

42. Planitz S. 399 f. Brief vom 13. März an Kurfürst Friedrich. „Der faßnacht halben, die zu Onelspach und hie gehalten, weiß E. cfl. G. ich nicht Bunderlich anzeige zu thun; dan alle fursten, so alhie gewest, ausgeschlossen herzog Heynrich von Megkelnburgk und der bischof von Augusßburgk, seint mit gegen Onelspach gezogen am vaßnacht montag (16. Februar) doselbst bis auf den donerstag vorharret. Als ich höre, haben sie sehr gedrunken und wenig geschlaffen. Seint 1100 pferde zu futtern gewest.“

43. Manuale.

Während Wilhelms Abwesenheit waren aus dem ganzen Unterelsaß Franz von Sickingen Parteigänger zu Hülfe geeilt. Fast alle diese kleinen und kleinsten Herren und Ganerben, deren Besitzungen theils mit denen des großen Ritters verbunden oder ihnen benachbart waren, unterstützten jetzt Sickingen in seinem Kampfe gegen die Fürsten, sei es durch Reiterdienst oder durch Zuführung von Lebensmitteln und Kriegsmaterial. Wilhelm von Straßburg, zu dem die unterelsässischen Ritter fast durchweg in irgendeinem Abhängigkeitsverhältnis standen, hätte ihnen jegliche Hülfeleistung für den Geächteten verbieten sollen. Doch tat er dies nicht; auch dann noch nicht, als von Nürnberg aus am 13. April⁴⁴ noch einmal ein scharfes Mandat erlassen wurde, das aufs strengste alle Unterstützung für Franz untersagte. Es mag den drei kriegführenden Fürsten schließlich die Geduld gerissen sein; denn am 2. Mai sandten sie aus ihrem Feldlager vor Landstuhl, in welcher Burg sich Sickingen verschanzt hielt, an Wilhelm eine deutliche, fast drohend gehaltene Forderung, daß er seinen „Dinern, verwanten unnd unnderthanen“ ihre verdächtige Stellungnahme für Franz verbieten und statt dessen ihnen, den Fürsten selbst mit allen Mitteln zu Hülfe eilen solle⁴⁵. Der Bischof antwortete ihnen umgehend, wie es scheint sehr vorsichtig und verbindlich, ohne jedoch die geringsten Maßregeln zu treffen. Denn nochmals hielten die drei Fürsten

44. Notizenblatt S. 57, 58.

45. Marburg. Staatsarchiv, Polit. Archiv des Landgrafen Philipp Fasc. 99 Blatt 7A Konzept. „Datum vor Nanstul Sambstags nach Jubilate Anno etc. XXIII.“ Erwähnt bei Ulmann S. 375 Anm. 2. — Dieser Brief traf am 6. Mai in Zabern, das Wilhelm bereits verlassen hatte (s. nachher) ein; er wurde ihm nachgeschickt. Am 11. traf seine Antwort in Zabern ein, und wurde dann den drei Fürsten zugeschickt. Der Inhalt des nicht erhaltenen Briefes ist nur aus dem Briefe der Fürsten vom 13. Mai kenntlich (s. Anm. 46), — Manuale.

am 13. Mai⁴⁶ es für nötig, Wilhelm auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die seinen Untertanen und Zugewandten drohen könnte, wenn die Fürsten gegen sie als Ungehorsame die Exekution ausüben müßten. Mittlerweile war am 7. Mai Franz von Sickingen den Wunden erlegen, die er bei der Beschießung der Burg Landstuhl erlitten hatte, und nun konnten die drei Fürsten ihre ganze Streitmacht gegen die Parteigänger des Verstorbenen richten. Besonders gefährdet waren außer den Söhnen Franz' von Sickingen seine hauptsächlichsten Bundesgenossen⁴⁷, die beiden Grafen von Fürstenberg und Graf Eitel von Zollern. Wilhelm von Fürstenberg, der Pfandinhaber eines Teiles der Ortenau, suchte das drohende Unheil eines vernichtenden Ueberfalls seiner Gebiete dadurch zu verhüten, daß er den Bischof und den Magistrat von Straßburg um Vermittlung bei den drei Fürsten anging⁴⁸. Am 13. Mai erschienen Abgesandte der ortenauischen Stadt Offenburg vor dem Bischof und fragten ihn um Rat, wie sie sich dem Fürstenberger gegenüber zu verhalten hätten. Dieser hatte ihnen mitgeteilt, daß er demnächst von den Fürsten von Trier, Pfalz und Hessen einen Ueberfall zu erwarten habe, um dies zu vermeiden, werde er mit ihrer Bewilligung eine Anzahl Leute aus seinen Erblanden nach Offenburg legen und sich dort fest verteidigen. Die Ratsherren fragten nun den Bischof Wilhelm, ob ein solcher Kriegszug wirklich bevorstände, und was sie tun sollten, wenn dies geschehe, ob der Bischof ihnen dann auch Hülfe zuschicken würde. Vor allem aber baten sie, er möge doch die drei Fürsten von ihrem Vor-

46. Marburg a. a. O. Bl. 62 (Konzept) „Datum Inn unserm Lager im Dorff than Mittwochs Nach vocem Jocunditatis Anno 23“. (Bei Ulmann nicht erwähnt.)

47. Den ganzen sehr ausführlichen Schriftwechsel enthält das Kopialbuch 830 des Karlsruher Generallandesarchivs, abgedruckt bei Münch III S. 77—99.

48. Polit. Korresp. I S. 67 f. Ulmann S. 390.

haben abzubringen suchen. Sehr vorsichtig antwortete der Bischof: Zunächst sollten sie nur zuversichtlich hoffen, daß die drei Fürsten den Grafen nicht bekriegen würden; er werde alles, was in seinen Mitteln stehe, tun, um die Fürsten von ihrem Vorhaben abzubringen. Sei es aber unvermeidlich, dann müßten die Offenburger dem Grafen beistehen. Von seiner Unterstützung könne der Bischof noch nichts sagen, darüber würden sie erst Auskunft erhalten, wenn er von den drei Fürsten Antwort erhalten habe⁴⁹. — Jetzt war es allerdings höchste Zeit für Wilhelm von Honstein geworden, einzulenken. Die unglückselige Verkettung mit dem Fürstenberger hätte ihn um ein Haar in einen ganz gefährlichen Krieg verwickeln können, in welchem ihm, dem kaiserlichen Rate und hochangesehenen Fürsten, noch dazu jeglicher Schein des Rechtes gefehlt haben würde. Allen Groll gegen die Stadt Straßburg wegen ihrer lutherischen Gesinnung vergessend, setzte er sich mit ihr in Verbindung. Sie war ebenfalls von dem Grafen Wilhelm von Fürstenberg⁵⁰ um Vermittlung angegangen worden; wenn sie dessen Bitten nachkam, tat sie das Gleiche wie der Bischof. Beide vertraten nur ihre eigenen Interessen; denn frei von Schuld waren sie nicht. Wäre erst der Fürstenberger bestraft worden, so würden die drei Fürsten mit ihren gewaltigen Truppenmassen auch ihnen gefährlich geworden sein. Am 21. Mai erschienen die Gesandten beider im Lager der drei Fürsten, um für den Grafen Wilhelm ein gutes Wort

49. Manuale d. d. 13. Mai.

50. Polit. Korresp. a. a. O. — A. Baum, Magistrat und Reformation in Straßburg bis 1529 (1887) S. 25 und 32; s. auch die Eintragung in den sog. Annalen Sebastian Brants: Montag post Exaudi [18. Mai] 1523, Strassburg in verdacht by den fürsten, diwyl Frantz von Sickingen gelebt, seye man gut Sickingisch gewesen; sucht samt Episcopo wie die Fürsten mit grafen Wilhelm von Fürstenberg vertragen möchten werden, und schlaget mittel vor zur gütlichen unterhaltung zwischen inen.“ (Bulletin de la Société usw. a. a. O. S. 62 Nr. 4443.)

einzulegen. Es gelang ihnen; nur mußte der Fürstenberger jeder Teilnahme an der Fehde förmlich entsagen⁵¹. Bereits am 25. Mai schwenkten die Heere der Exekutoren ab, die schon im Anmarsch nach dem Elsaß⁵² waren, und wandten sich direkt gegen die Ebernburg, den Sitz des jungen Sickingen. Eine Reihe von weiteren Vermittlungen des Bischofs und der Stadt bei den Fürsten sicherten sodann dem gesamten Anhang der Fürstenberger im Elsaß und dem Grafen von Zollern unter den gleichen Bedingungen ebenfalls Strafflosigkeit zu. Das Elsaß wurde hierdurch vor einem Kriege und der Bischof vor einer unberechenbaren Schädigung seines Ansehens bewahrt.

§ 6.

Tübinger Urteil im Prozeß Hessen-Nassau.

Wilhelms Beziehungen zum Kaiser.

Reichspolitik bis zur Verlegung des Reichsregimentes nach Eblingen. 1523—1524.

Es ist schon einmal jener kaiserlichen Kommission gedacht worden¹, die von Karl auf dem Wormser Reichs-

51. Vergl. die gesamte Korrespondenz bei Münch a. a. O. Ulmann S. 390. Marburg a. a. O. Bl. 80, 81.

52. Am 16. Mai teilt der Bischof der Stadt Straßburg in aller Eile mit: er sei soeben benachrichtigt worden, daß von dem Kriegsheere der drei Kur- und Fürsten 300 Reisige und 6 Fähnlein Knechte diese Nacht zu „Werde“ (Wörth) liegen sollten. Ihre weiteren Befehle seien ihm unbekannt. Datum Zabern Samstag nach Himmelfahrt. St.-A. AA 1554 Bl. 315. — Zum Schlusse mag noch erwähnt werden, daß die enterbten und ihrer väterlichen Güter beraubten jungen Söhne Sickingens mit dem Bischof Wilhelm fortgesetzt in Korrespondenz blieben (Manuale).

1. S. oben § 2 Anm. 4. — Außer Meinardus, der überwiegend Material des Wiesbadener Staatsarchives veröffentlicht hat, kommen für die Beziehungen Wilhelms von Honstein zu diesem Prozesse

tage am 28. April 1521 eingesetzt worden ist, um in dem seit 1500 währenden Erbfolgestreit zwischen Hessen und Nassau endgültig Recht zu sprechen. Die drei kaiserlichen Richter, die Bischöfe von Straßburg, Augsburg und Konstanz², sollten bereits nach Ablauf eines Jahres³ das Urteil fällen; doch erst im Frühjahr 1523 kam es dazu⁴. Der Ursprung und Inhalt dieses großen Prozesses, den alle Historiker Hessens und Nassaus erwähnt haben, ohne seine politische Seite zu beachten, kann, seit er gerade auf seine politische Bedeutung hin jüngst eingehend gewürdigt worden ist, als bekannt gelten. Juristisch war dieser Prozeß nicht zu lösen, denn zwei Rechtsanschauungen, die prinzipiell nicht miteinander vereinbar waren, standen sich gegenüber. Der Landgraf von Hessen, dessen Rechtsansprüche auf Erbverträge seines Hauses gegründet waren, wollte eine Entscheidung nach deutschem Rechte herbeigeführt wissen; die Nassauer Grafen dagegen, deren Beweisurkunde ein Ehe-

in Betracht: Staatsarchiv Wiesbaden VII, Nassau-Oranien, Altes Dillenburger Archiv C, Katzenellenbogischer Erbfolgestreit Fasc. 22 1521—1545, 154 Bl. Fasc. 39 1524—1532 6 Bl. — Haus- und Staatsarchiv zu Darmstadt, Drei starke Folianten 1. „handlung zwischen Hessen und Nassau der Execution halben, Straßburg“; 2. „Acta in Sachen Nassau contra Hessen Vol. I.“; 3. dgl. Vol. II. — Meinardus, „Der Katzenellenbogische Erbfolgestreit und seine Bedeutung für die deutsche Geschichte“. (80. Jahresbericht der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur, 1902, III. Abteilung S. 63 bis 107.) — Dr. Walther Köhler, „Der Katzenellenbogische Erbfolgestreit im Rahmen der allgemeinen Reformationsgeschichte bis zum Jahre 1530“ (Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins, Neue Folge, 11. Band, 1902 S. 1—30).

2. An Stelle des Bischofs von Bamberg trat nach dessen Tode (30. Juli 1522) der Bischof von Konstanz. Dieser war schon in der Einsetzungsurkunde vom 28. April 1521 für den Fall, daß einer der drei Kommissare sterben sollte, als dessen Nachfolger bestimmt worden (Meinardus I, 2 S. 35).

3. Meinardus I, 2 S. 34.

4. Vgl. u. a. Manuale d. d. 15. Juni 1522.

vertrag war, der einer weiblichen Linie die Nachfolge in der Katzenellenbogischen Grafschaft zusicherte, konnten zu einer ihnen günstigen Entscheidung nur an das fremde römische Recht appellieren. Also nur die Macht war hier der ausschlaggebende Faktor. Daß drei Bischöfe Richter wurden, die ihre Rechtskenntnis aus dem fremden Rechte schöpften, kündete von vornherein den Sieg für die Nassauer Grafen an.

Doch kann dieser Umstand für die Kommissare nicht alleine maßgebend gewesen sein. Für den Bischof von Straßburg sprachen noch politische Erwägungen anderer Art mit. Er konnte durch die Grafen von Nassau, mit denen er in reger Korrespondenz bereits stand⁵, kraft ihres großen persönlichen Einflusses bei Karl stets in der zur Erledigung seiner Anliegen erwünschten Verbindung mit dem fast ständig im Auslande weilenden Kaiser bleiben. Mit dem Landgrafen von Hessen dagegen war der Bischof von Straßburg wegen verschiedener Umstände in einen Interessengegensatz gekommen. Philipp⁶ stand aus wirtschaftlichen Gründen mit dem Wilhelm von Honstein befreundeten Albrecht von Mainz seit langem sehr gespannt. In einem ähnlichen Streite zwischen Hessen und Kurpfalz vermittelte der Bischof von Straßburg bereits auf dem Wormser Reichstage⁷ zugunsten des letzteren. Akut wurde dieser zunächst unpersönliche Gegensatz durch die Sickingenschen Wirren.

5. Am 3. Dezember 1520 sendet Graf Heinrich von Nassau an seinen Bruder Wilhelm ein „Verzeichnis der Herren und Freunde, welche sie bitten wollen, ihnen auf dem Reichstag zu Worms gegen Hessen Beistand leisten zu wollen“. Unter diesen ist auch der Straßburger Bischof. Ein weiteres Verzeichnis vom 12. Februar 1521 führt unter den Grafen auch den Grafen „Hoenstein“ auf (Meinardus I. 2. S. 21 und Anm. 1).

6. Vgl. hierüber Ulmann: Sickingen passim. Chr. v. Rommel, Gesch. v. Hessen, 3. Teil 1827 passim; u. a. m.

7. DRA. II S. 149 Anm. 2 und Chr. von Rommel, Geschichte von Hessen III, Anm. S. 110; s. auch Manuale d. d. 3. Okt., 4. November 1521; 11., 19., 21., 29. Mai, 10. Juni 1522.

Man weiß jetzt, daß am 18. November 1522⁸ Graf Heinrich von Nassau Franz von Sickingen die Vollmacht erteilte, die Katzenellenbogische Frage auf sich zu nehmen; das heißt, er sollte, nachdem er den Kurfürsten von Trier besiegt hätte, seine Waffen gegen den Landgrafen wenden und die okkupierten Katzenellenbogischen Länder zurückerobern. Daß der Bischof bei seinem regen brieflichen Verkehr mit den Nassauer Grafen und Franz von Sickingen um diesen Plan gewußt hat, muß man annehmen.

Unmittelbar nachdem Wilhelm nach Tübingen⁹ geritten war — denn dort sollte am 9. Mai 1523 das Urteil gefällt werden — traf in Zabern jener obenerwähnte Brief der drei Fürsten Trier, Pfalz und Hessen vom 2. Mai ein, welcher den Bischof von Straßburg der Freundschaft mit Sickingen zieh. Er wurde Wilhelm sofort nach Tübingen nachgeschickt und mag hier die ohnehin für Hessen nicht günstige Stimmung merklich gesteigert haben¹⁰. Von der endlosen Reihe

8. Meinardus I S. 73; I 2 S. 75 ff. Nr. 64.

9. Am 2. Mai 1523 ritt Wilhelm von Straßburg nach Tübingen (Manuale). Der Brief der drei Fürsten kam am 6. Mai in Zabern an; am 11. Mai traf Wilhelms Antwort aus Tübingen ein; am 12. Mai war er wieder in Zabern (ebenda).

10. Das Urteil s. Meinardus I, 2 Nr. 70 S. 83, 84. — Eine Abschrift befindet sich u. a. auch in einem Formelbuch des Kammergerichtssekretärs Joh. Adler (Heidelberger Universitätsbibliothek, Palatina Germ. 491, fol. 393 b bis 395 b); s. hierüber auch den Brief des Kurfürsten Friedrich von Sachsen an Planitz vom 30. Mai (Planitz S. 448 u. Anm. 2). — An dieser Stelle mag auf einen Irrtum ganz energisch hingewiesen werden. K. Th. Keim (Schwäbische Reformationsgeschichte 1855) S. 25, 26 meint, daß die drei Bischöfe von Konstanz, Augsburg und Straßburg in Tübingen zusammengekommen wären, um Maßnahmen gegen die religiösen Bewegungen vorzunehmen; vor allem um „den schlimmen Folgen des Nürnberger Reichstages zu wehren“. Den Zweck der Begegnung der drei Bischöfe, der von Keim angenommenen so gänzlich fern liegt, haben wir aus den oben geschilderten Dingen ohne weiteres ansehen. Ob in Tübingen religiöse Fragen nebenbei behandelt

der weiteren Verhandlungen in diesem Prozesse kann um so eher abgesehen werden, da der Bischof von Straßburg gar keinen nennenswerten Einfluß mehr auf dieselben ausübte; der Bischof von Augsburg übernahm stets die Initiative, wenn von einer solchen seitens der Kommissare überhaupt geredet werden kann. Er übersandte Wilhelm von Honstein die Korrespondenzen und setzte die Gerichtstage an. Erst des Straßburgers Tod veranlaßte das Aufhören dieser Kommission; sein Ende erlebte der Streit im Jahre 1557.

Die Bedeutung dieses Prozesses für die Geschichte des Straßburger Bischofs ist eine zwiefache. Erstlich stammt aus dieser Zeit die Animosität zwischen dem Landgrafen von Hessen und Wilhelm, die von dem Augenblicke an, da der Protestantismus ein politisches Prinzip wurde, und Philipp sich an die Spitze der evangelischen Bewegung stellte, zur offenen Gegnerschaft wuchs. Zweitens konnte der Bischof, wie schon mehrfach erwähnt ist, durch die Nassauer Grafen die Fühlung mit Karl behalten. Und dies tat er auch sofort.

Zum Dank für die Unterstützung, die Wilhelm den Nassauer Grafen hatte angedeihen lassen, sollten dieselben den Kaiser an die Einlösung des ausstehenden Dienstgeldes oder der Einkünfte eines fälligen Bistums, wie es in der Bestellsurkunde zum Kaiserlichen Rat versprochen war, erinnern. Damit diese gewiß berechtigte Forderung nicht zu schroff erschiene, wollte der Straßburger Bischof dem Monarchen sich für alle von ihm verlangten Dienste „uswendig Hispanien“ zur Verfügung stellen¹¹. Beide Grafen

worden sind, ist an sich nicht unmöglich; doch fehlen hierfür die Beweise. — Von Keim hat A. Baum, Magistrat und Reformation in Straßburg (1887) S. 24 Anm. 3 und von diesem wieder Ficker-Winkelman [a. a. O.] jene Angabe übernommen.

11. Meinardus I 2 S. 88, 89. Graf Wilhelm schreibt an seinen Bruder Heinrich nach Spanien am 23. Juni 1523: „E. L. schick ich hiemit ein missive von minem g. h. von Straßburg. Darneben hat mir sin f. g. auch befohlen, uch zu schriben, k. m. hab ienen

bemühten¹² sich auch redlich für den Bischof; es entsprach auch ihrem Interesse, wenn es ihnen gelang, Wilhelm von Honstein fester an den Kaiser zu ketten. Doch was konnte dieser tun bei der ungeheuren Schuldenlast, die er seit den Tagen des Wahlkampfes auf sich geladen hatte? Viel dringendere Gläubiger, die noch ganz andere Summen zu fordern hatten, als unser Bischof, pochten unausgesetzt vergeblich bei Karl an. Wenn er auch wirklich damals gerade Geld gehabt hätte, wie konnte er es dann inmitten seiner aufs höchste gespannten politischen Unternehmungen, seines Krieges mit Frankreich und den Ungläubigen entbehren? Zwar schrieb er Anfang 1524¹³ an Bischof Wilhelm, er möge sich noch etwas gedulden: sein oberster Sekretär für Deutschland Hannart, sei angewiesen, mit ihm zu unter-

zu rath und diener bestalt und jarlich 2000 gulden zu geben versprochen, bis so lang ier m. ienen mit geistlichen prelatur als bisthumer ader andern, jars 4000 gulden oder darueber erdragen, vorsehen moechten. Solich dienstgelt werd iem nit. So acht Straßburg, das solicher bisthum zitlich irer m. gefallen, also das sie sin g. der wol zu geben hat und sich der 2000 gulden erledigen moechte, gebeten, das ier bi k. m. fordern woellet, das sin f. g. der 2000 gulden, so vil hinderstendig, etricht und, so bisthumer oder prelatur gefieln, damit versehen moecht werden.

Nu ist min g. h. von Straßburg warlich als ein geschickter fuerst, warzu man ien bruchen solt, als ich ien jem rich weisz, so erbuet er sich k. m. warin man woell, uswendig Hispanien, sich bruchen zu lassen. So hat sin g. sich in unser sachen warlich fleiszig und wol gehalten, mag uns auch nach uf die neue commission hoechlich mit guter rechtlicher hilf erscheinen, wann dann Sraszburg also k. m. diener kann er sich unser commission nit etslagen. r.¹⁴

12. Vgl. bei Meinardus für die folgenden Jahre: a. a. O. S. 103, 111, 119, 127, 141, 143.

13. Karl an Wilhelm (Original-Ausführung; eigenh. Unterschrift) „Gegeben in unner Stat Victoria in Castilien am 15. Januar 1524“ (Straßb. Bez.-A. G. 207).

handeln. Ein Jahr¹⁴ darauf hieß es sogar, das fällige Geld sei bereits „in's Niderland oder gen Isprug“ [Innsbruck] abgeschickt. Doch blieb es bei diesen leeren Worten. —

Wilhelm von Straßburg, sowie alle Stände, denen Karl verpflichtet war, blieben sich selbst überlassen. Es ist daher kein Wunder, wenn der Bischof von Straßburg unter diesen Umständen mit seinen Pflichten gegen das Reich es weniger genau nahm. Mehrfach mußte er erst gemahnt¹⁵

14. Graf Heinr. von Nassau aus Madrid an seinen Bruder am 23. Februar 1525. Meinardus a. a. O. S. 141 Anm. 2.

15. Manuale d. d. 18. Dezember 1522: „Ist ein kayserlich mandat komen, das mein g. her innerhalb 14 tagen nach uberantwortung soll zu underhaltung des Regiments geben 90 gulden bei peen 4 mark gelds. Ist außgangen am 16. tag octobris anno 22.“ Da der Bischof bereits am 15. oder 16. Dezember Zabern verlassen hatte, wurde es ihm nachgeschickt, daher die Randbemerkung des Kanzleibeamten im Manuale: „m. g. hern zuschicken.“ (Ueber das Itinerar s. Buch II Kap. I. § 5 Anm. 35—37.) Gemäß dem Abschiede vom 30. April 1522 sollte für die Unterhaltung von Reichsregiment und Kammergericht während der Zeit von Michaelis 1522 bis Michaelis 1523 der Wormser Anschlag von 1521 bis zur Frankfurter Messe [Michaelis 1522] entrichtet werden [DRA. III S. 179 f.]. Der Wormser Anschlag betrug für Wilhelm [oben § 2 Anm. 11] 180 Gulden; demzufolge mag er bis zum 1. Oktober 1522 bereits die Hälfte gezahlt haben. Hiermit stimmt auch eine Angabe überein in einer Beilage der Proposition des Regimentes vom 18. November 1522, die folgendermaßen lautet: „Hernach folgen die bischof so an iren anschlegen etwas und nit gar bezallt haben: Wormbs, Speyr, Strasburg . . .“ (DRA. III S. 271). Dies kann sich nicht, wie der Herausgeber der Reichstagsakten (ebenda Anm. 7) will, auf das Türkengeld beziehen, sondern betrifft, wie aus obigem Eintrag im Manuale vom 18. Dezember 1522 hervorgeht, das noch zur Hälfte ausstehende Geld für die Unterhaltung von Reichsregiment und Kammergericht. Eine Reihe solcher Mahnbrieve, die ebenfalls am 16. Oktober 1522 vom Reichsregiment an einige Stände geschickt wurden, sind in DRA. III S. 270 Anm. 2 angeführt, doch ein solcher an den Bischof von Straßburg ist nicht dabei; dies Mandat muß verloren gegangen sein.

Das Türkengeld für 1522 in der Höhe von 450 Gl. zahlte

werden, ehe er seinen vollen Beitrag zur Unterhaltung von Regiment und Kammergericht und das Türkengeld, wie es im ersten Nürnberger Abschiede festgesetzt war, entrichtete. Der Entwurf für eine beharrliche Hilfe gegen die Ungläubigen, der am 30. April 1522¹⁶ den Ständen vorgelegt worden war und einen Hauptgegenstand der Beratung des kommenden Reichstages bilden sollte, hatte unter anderem verlangt, daß die gesamte Geistlichkeit, die bisher unbesteuert ausgegangen war, mit einer vierprozentigen Abgabe ihres Vermögens und Einkommens an der großen allgemeinen Türkenhilfe teilnehmen sollte. Bischof Wilhelm hatte sich zunächst diesen neuen Forderungen gegenüber ablehnend verhalten und darüber deshalb mehrmals mit dem Bischof von Speyer¹⁷ sich ins Benehmen gesetzt. Auf dem zweiten Nürnberger Reichstag hatte man sodann, als dieser Entwurf in dem Ausschusse und in Sonderkommissionen, denen er angehörte, zur Beratung gelangte, die Beschwerden der Geistlichkeit abgelehnt¹⁸ und ihr gegenüber auf den Entwurf vom 30. April 1522 beharrt. Ein neuer dritter Reichstag zu Nürnberg im Sommer 1523 sollte auf der angegebenen Grundlage diesen Steuerplan zum Abschluß bringen. Der

Wilhelm erst am 27. März in Frankfurt ein (DRA. III S. 271 Anm. 7). Auch diese Summe kann nur ein Teilbetrag sein; denn am 31. März 1523 notiert das Frankfurter Verzeichnis für den Straßburger Bischof als bezahltes Türkengeld 1200 Gulden (DRA. III S. 264 Anm. 3). Dies war der volle Betrag; denn ihn fordert Wilhelm später von Frankfurt zurück (s. unten Anm. 22). Eine Quittung über die Gelder scheint von Frankfurt aus am 6. Mai 1523 in Zabern eingetroffen zu sein (Manuale d. d. 6. Mai 1523). — Die fortgesetzten Differenzen des Bischofs mit dem Abte von Gengenbach über dessen Reichsstandschaft oder Lehnsabhängigkeit scheinen auf die prompte Erledigung des Anschlages hinderlich eingewirkt zu haben (vgl. DRA. III S. 265).

16. DRA. III Nr. 35 S. 193.

17. Manuale d. d. 14., 19., 25. Juni 1522.

18. DRA. III Nr. 72 S. 369 ff.

gedruckte Entwurf wurde mit dem Abschied des zweiten Nürnberger Reichstages den Ständen ungefähr im Mai 1523¹⁹ zugeschickt. Bischof Wilhelm scheint jetzt für die Besteuerung der Geistlichkeit in seiner Diözese sehr energisch eingeschritten zu sein. Doch begegnete ihm hier ein wahrer Entrüstungssturm. Das Domkapitel²⁰, das sich bei allen be-

19. Vgl. die Präsentationsvermerke in DRA. III S. 369 (9. und 18. Mai 1523) und DRA. IV S. 9. (9. Mai, 14. Juni, 18. Mai, 3. Mai und 4. Juni). Um dieselbe Zeit, wohl nach dem 15. Mai und vor dem 4. Juni wird der Entwurf dem Bischof zugegangen sein. Da das Manuale Mitte Mai abbricht, haben wir leider keine festen Anhaltspunkte für die Datierung mehr. Vgl. auch DRA. III S. 768 Anm. 1.

20. Archiv des Domkapitels. Lib. miss. ad princ. usw. 1521 bis 1526. Am 27. Juli 1523 [Montag nach Jacobi apostoli] teilen Dechan und Kapitel des Hohenstiftes Straßburg dem Mainzer Domkapitel mit, daß der Bischof sie vor kurzem zu sich entboten habe und ihnen die neue allgemeine Türkenforderung mitgeteilt habe. „Die, wil dann dise handlung ein nuwerung unnd hievor im heiligenn Reich nit mehe gehört, auch so sollich furnemen ein furgang habenn wurde unns unnd gemeiner priesterschaft allenthalbenn zu merglichem schadenn nachteil reichen wurde“, haben sie hierüber beraten, befragen aber zunächst das Mainzer Erzstift um seine Meinung. Nach mehrmaligem Schriftwechsel teilen die Domherren dem Bischof am 26. August ihren vorläufigen Standpunkt in der Türkensteuer mit: „als aber die sach ettwas frembd und untzhar uns gehört, auch gemeiner priesterschaft vast beschwerlich, können wir unns so bald nit entschliessen“, wollen uns aber weiter beraten. (Archiv des Domkapitels: Lib. miss. ad Episc. 1521—1527; vgl. auch die Briefe des Domkapitels an Wilhelm vom 25. Juli und 16. August ebenda.) Weitere Monate verstrichen, ehe Wilhelm eine Antwort erhielt, bis er sehr ungnädig einen kategorischen Bescheid forderte; am 22. November 1523 endlich schrieb das Domkapitel über seine Stellung zur Türkensteuer folgendes: „nachdem unser Stiff, uff den wir dan verwydembt, nit eins so grossenn oder rychtlichen inkommens und vermugen ist, wie sich dan von menglichem das ansehen laßt, und wir lanng zyt unnd noch täglich, vil nachtheyls, abbruch unnd schadens erylten, darzu fur und fur an abnemen kein endt synn wyll; so ist unnsrer underthönige vlyßig bytt: der großen unnd ungehörten beschwerdt unnd schatzung unns zu erlassen;

nachbarten Hochstiften Rats über die unerhörten Forderungen holte, verweigerte jedwede regelmäßige Geldzahlung und erklärte sich allenfalls für einmalige, eilige Hilfe bereit. Ähnlich und mit einem Ton, der deutlich an Abfall erinnerte, sprachen sich die verschiedenen Korporationen, Klöster und Stifte aus²¹. Es ist dies hier das Bild im Kleinen, wie es im ganzen Reiche damals ausgesehen haben mag. Tatsächlich wurde dieser groß angelegte Plan niemals ausgeführt. Ja selbst die mühsam zusammengebrachten Gelder für die eilende Hilfe, kamen nicht einmal zu ihrer bestimmungsgemäßen Verwendung. Die Truppen wurden nicht nach Ungarn gesandt und das Reichsregiment beschloß, die Gelder wieder zurückzahlen zu lassen. Auch Wilhelm bemühte sich

dan die zu gebenn, unnd auch unser bloße lybs narung zu behaltenn uns unmöglichen ist. Wer es aber sach, das ein wesentlicher dapferer zug wider den Turckenn furgenommen wurd, wolten wir von dem unnsern, so vill unns muglichen were da zu helfen und stuwern. Dan unser arms volck, das yetz und ein yor oder dry grossenn zwang von denn Reyssigen unnd fußvolck, so sich in unsren landen gesamelt, erlyten hat, zu schetzen gantz unbecquem syn wyll, auch möchten sie das inn kheinen weg erleydenn...“ [Archiv des Domkapitels a. a. O.]

21. S. Manuale d. d. 25. Februar 1523. Am treffendsten wird die peinliche Lage Wilhelms in dieser Angelegenheit charakterisiert durch folgenden Eintrag in den sog. Annalen Brants [Bullet. de la Soc... des monum. hist. d'Alsace, N. S. XIX, S. 65, Nr. 4450] vom 18. Juli 1523: „Die vier Bettelorden suppliciren [an die Stadt Straßburg] schriftlich und die Schaffner der Frauenklöster mündlich, inen, indem daß sie Episcopus vertagt gen Molsheim und 4 guld. von 100 gl. gelt jerlicher beharrlicher hilff, vermöge des Richsanschlags wider den Türkenzug, begert, das inen beschwerlich, auch nie begegnet. Und so sie solchs je geben, vermeinen sie, so sie ja jetzt geben sollten, so geben sie das billiger m. H. H. einer Stadt, by und in deren sie gesessen und bißhar bürgerlich gehalten. Bitten inen beratten sye, was sie sich darunter halten sollen; die verord. H. H. des Reichstags halben verordnet mögen abzuvertigen, bedenken mit sampt Dno. Doctore.“

angelegentlich, wieder in den Besitz seines Geldes zu gelangen²².

Sein Interesse an dem Reichsregimente hörte völlig auf. Wir erinnern uns, daß während des zweiten Nürnberger Reichstages zwischen dem Erzbischof von Salzburg und Wilhelm wegen der Session im Regimente für das siebente Quartal eine Verabredung getroffen worden war. Jetzt, d. i. vom 1. April bis 30. Juni 1523 wäre es an der Zeit gewesen, daß Bischof Wilhelm für Mathäus von Salzburg sein Vierteljahr antrat, oder daß zum mindesten ein Vertreter von einem der beiden Fürsten abgesandt würde. Nichts von dem geschah; der Platz des geistlichen Fürsten blieb

22. Der Beschluß des R. Reg., die Geldzahlungen rückgängig zu machen, ist datiert vom 18. August 1523. (DRA, IV S. 5 und DRA, III S. 362 Anm. 2.) — Am 12. August 1524 schreiben Dechan und Kapitel zu Straßburg an den Bischof: „Als uher gnadenn cantzler unns in unnsrem Generalcapittel so wyr uff dem Erstenn tag Augusti verschinen gehabt von uher gnadenn wegen furbracht, wie uher gnadenn 1200 Gulden in namenn der beharlichen hilff widder denn Turckenn uffgelegt wordenn, und wie aber allerley beschwert do mit ein Stifft itzund überlegt hierin erwegonn, sehe unns fur gut ann, wer auch unnsrer underthenig byt, das uher gnad sich by dem Regimennt Esolingen uff das allervlyssigst, ob die sum abgewent oder uffs wenigst geringert werdenn möcht bewurbe. Datum Straßburg Fritags noch Laurentii Martyris anno 1524.“ Domk. Arch. Lib. miss. ad Episc. 1521—1526. — Schon im Jahre 1523, wohl bald nach dem Beschlusse des R. Reg. vom 18. August 1523 handelte Wilhelm in diesem Sinne. Wir besitzen einen Bericht seines Vertreters Dr. Simon Ribisen an das Regiment, in welchem dieser im Namen des Bischofs von Straßburg die Rückzahlung der 1200 Gulden fordert. Der Bericht ist zwar undatiert, doch kannt er, da auf den zweiten Nürnberger Reichstagsabschied, der „jüngst alhir uffgericht“ hingewiesen wird, nur von dem Dritten Nürnberger Reichstage und nach dem 18. August 1523 dem Reichsregimente vorgelegt worden sein. (Bez.-Arch. Austausch mit Baden II fasc. VI. In demselben Band, den der Herausgeber von DRA. III noch in Karlsruhe als „Reichstagsakten Nr. 22“ benutzt hat.)

für diese Zeit unbesetzt²³. Die bösen Tage des Sickingen Krieges hatten das Reichsregiment bei der Mehrzahl der Fürsten — bei den Städten war es schon längst — im höchsten Grade unbeliebt gemacht; es stand jetzt vor seiner Auflösung. Michaelis 1523 nämlich lief die nochmalige Bewilligung des Wormser Anschlages zur Unterhaltung von Regiment und Kammergericht ab, ohne daß bisher ein neuer Weg gefunden war, wie diese beiden höchsten Reichsorgane lebensfähig erhalten werden konnten. Denn die grandiose Idee des Reichszolles konnte noch immer nicht verwirklicht werden, da man die Entscheidung des Kaisers abwarten mußte. Der auf den Sommer angesetzte Reichstag²⁴, der alle schwebenden Fragen lösen sollte, wurde überhaupt nicht besucht; das Reichsregiment sah sich in letzter Stunde genötigt, auf den 1. September 1523 einen Fürstentag²⁵ einzuberufen, an dem alle 18 Kurfürsten und Fürsten des Reichsregimentes persönlich teilnehmen sollten. Doch auch dieser scheiterte²⁶ an dem völligen Ungehorsam der Regimentsmitglieder. Nun berief dasselbe am 5. September einen Reichstag auf Martini 1523 nach Nürnberg²⁷, der jedoch erst in den Januartagen 1524 eröffnet werden konnte. Die Ablehnung des Reichszolles durch den Kaiser, welche die Städte durch eine Sondergesandtschaft nach Spanien durchgesetzt hatten, nahm den Regiment jede Möglichkeit weiter zu existieren. Jetzt entlud sich von allen Seiten der Sturm gegen das Reichsregiment, obschon es den besten Willen gezeigt hatte, den ungewöhnlichen Anforderungen, die ihm gestellt waren, gerecht zu werden. Abgesehen von dem fortwährenden Wechsel des größten Teiles seiner Mitglieder, der ein beständiges Schwanken und Aendern, je nach der

23. Planitz S. 451 (vgl. oben § 5 Anm. 17).

24. Vgl. die Vorbemerkung in DRA. IV S. 1 ff.

25. DRA. IV S. 1 und S. 17 f.

26. A. a. O. S. 9.

27. A. a. O. S. 37. Nr. 14.

augenblicklichen Besetzung zur Folge hatte, der eine Stetigkeit und geschlossenes, einheitliches Vorgehen unmöglich machte, lag die Schuld an dem schnellen Untergange dieser Reichsbehörde vor allem bei der mangelhaften Opferwilligkeit der Reichsstände, d. h. der damaligen Vertreter der Nation.

In eine österreichische Landstadt, nach Eßlingen, wurde die neue Scheinbehörde, die noch den alten stolzen Namen Reichsregiment weiterführte, verlegt. Dort sollte sie und das Kammergericht für zwei Jahre — auf solange waren schließlich die Mittel nach altem Muster bewilligt — ihr Leben fristen. Zwar blieb die Besetzung die gleiche; doch brauchte immer nur einer von den drei Kurfürsten oder Fürsten persönlich erscheinen; selbst dieser eine konnte, wenn es ihm beliebte, seinen Rat schicken; die Session²⁸ wurde für die 8 Quartale derart eingeteilt, daß der Bischof von Straßburg niemals persönlich zu sitzen brauchte, sondern im ersten und siebenten Vierteljahre einen Rat zu schicken verpflichtet war. Mittwoch nach Pfingsten 1524 (18. Mai) am Quatember sollte das neue Reichsregiment in Kraft treten.

Wie verhielt sich nun der Bischof zu diesem schnellen und traurigen Schiffbruch der Reichsreform? Im Regiment 1523 erschien er überhaupt nicht, wie schon oben erwähnt ist; dem geplanten Reichstage im Juli 1523 blieb er ebenfalls fern, wiewohl er mit Philipp von Baden anfangs beriet, einen gemeinsamen Vertreter zu entsenden²⁹. Für den Fürstentag³⁰

28. DRA. IV S. 592—600. — Das wäre also für den Bischof von Mitte Mai bis Mitte August 1524 und von Mitte November 1525 bis Mitte Februar 1526.

29. DRA. IV S. 21 Anm. 3; s. auch den Brief Wilhelms an die Stadt Straßburg vom 27. Juni 1523 (St.-A. AA 1554 Bl. 313); in diesem bittet er für den Markgrafen, der in Lützelburg eines französischen Ueberfalles gewärtig ist, um einen Büchsenmeister.

30. DRA. IV S. 33. Am 3. September schreibt Dr. Wolf von Thurn an den Bischof von Würzburg: „Boden (s. nächste Anm.) hat sich entschuldigt uf kei. Mt., die hab ime bevolhen in Lutzelburg zu pleiben des kriegs halben gegen Frankreich. Stras-

am 1. September des gleichen Jahres stellte er sein Erscheinen in Aussicht, wenn andere Fürsten auch kommen würden; also blieb es nur beim Wollen. Für den auf Martini 1523 angesetzten Reichstag endlich erwartete man ihn anfangs. Noch am 21. November³¹ berichtete Planitz, daß Wilhelm von Straßburg und Markgraf Philipp in zwei oder drei Tagen in Ansbach bei dem Markgrafen Casimir von Brandenburg zum Besuch eintreffen würden. Ob dies geschehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls wissen wir, daß Wilhelm nicht nach Nürnberg gekommen ist; denn Mitte Dezember³² ließ der Bischof durch einen Sekretär in Nürnberg melden, daß er den Reichstag nicht besuchen oder beschicken werde. Zwar hat der Vertreter des Bischof von Worms, der Domprobst Dr. Simon Ribisen³³ auch die

burg, Augspurg haben geschrieben, zu komen wan andere komen.“ — Betr. den französischen Ueberfall hatte der Kaiser einen ähnlichen Befehl an das Domkapitel ergehen lassen; es solle ordentlich Acht geben im Lande; vgl. dazu die Briefe des Domkapitels an den Domherren Graf Bernhart von Eberstein vom 26. August 1523 und an den abwesenden Dechan Graf Sigmund von Hohenlohe, der schleunigst zurückkehren möge, vom 11. September 1523 (Arch. d. Domk. Lib. miss. ad princ. 1521—1526). Am 1. September 1523 meldete die Stadt Schlettstadt in aller Eile von einer Truppenansammlung jenseits der Ill, deren Zweck unbekannt sei; sie befürchtete einen Einfall ins Elsaß (Stadtarchiv Schlettstadt. BB. 19 S. 60. Missivbuch 1520—1525). Diese neuen Beunruhigungen mögen auch den Bischof bedenklich gemacht haben, sein Stift jetzt zu verlassen.

31. Planitz S. 586: „Aber heut [21. November] hatt mir der munzmeister von Schwabach angezeigt, das margraff Caßmyr sich in zweihen ader dreien tagen des bischofs von Straspurghs und margraffen Phillips von Baden, bei im zu Onelspach zu sein, vorsicht und auf sie alle Ding aldo zugericht sein solden.“

32. Geß S. 584.

33. Siehe über Ribisen DRA. IV passim. Neben den Briefen an Wilhelm existieren von ihm protokollarische Aufzeichnungen über die Vorgänge und Beratungen auf dem Reichstage, ebenfalls für den Bischof von Straßburg. [DRA. IV S. 101—176.] Sie sind die

Interessen des Bischofs von Straßburg, wahrscheinlich in dessen Auftrage wahrgenommen³⁴; auch schickte er Wilhelm regelmäßig Berichte über die Verhandlungen, doch fungierte er hier nicht als offizieller mit Vollmacht ausgestatteter Vertreter. Der Abschied vom 18. April 1524³⁵ führt den Namen des Doktor Ribisen nur als Vertreter für Worms auf, der des Bischofs von Straßburg fehlt. Für die erste Session im neuen Reichsregimente zu Eßlingen entsandte Wilhelm von Straßburg auch keinen seiner Räte; doch ließ er sich diesmal tatsächlich durch den Wormser Domprobst, der wegen seiner Rücksichtslosigkeit sich allgemeiner Unbeliebtheit erfreute, dort vertreten³⁶.

Wir sind bei Wilhelm von Honstein ein derartiges Versagen in der Reichspolitik bisher nicht gewohnt gewesen; soweit in seinen Kräften stand, hatte er an allen Versammlungen teilgenommen, war in allen wichtigen Ausschüssen Mitglied gewesen, war vom Kaiser und den Fürsten mehrfach herangezogen und mit besonderen Aufträgen, die diplomatische Gewandtheit und Umsicht erheischten, betraut worden, so daß wir nach den Gründen uns umsehen müssen, die Wilhelm seit dem zweiten Nürnberger Reichstage etwa

Hauptquelle für den Reichstag. [Ueber ihren Quellenwert vgl. DRA. IV S. 36.] — Ribisens Berichte und Briefe befinden sich jetzt im Straßb. Bez.-Arch. Austausch mit Baden II Fasc. VII.

34. DRA. IV S. 658. Ribisen an Wilhelm am 6. Februar 1524: „damit aber E. fl. Gn. in irem abwesen auch verstandigt werd, wie sich die sachen hie anlassen und wes bis anher fruchtbars gehandelt sei, zeig E. fl. Gn. ich, nachdem ich niemants gehört, der von E. fl. Gn. wegen noch zur zeit bevelh hab, undertheniglich ane, das . . .“

35. DRA. IV S. 610—612. Außer für den Bischof von Worms zeichnete Ribisen auch noch für den Abt von Weißenburg und für den Grafen Reinhart von Bitsch. — An dieser Stelle mag bemerkt werden, daß das Frankfurter Exemplar der im April 1524 aufgestellten Matrikel zur Unterhaltung von R. Reg. und K. G. für Wilhelm von Straßburg 160 Gl. aufzeichnet. (DRA. IV S. 123.)

36. Planitz S. 634 und 636.

von allen Geschäften des Reiches fernhielten, daß er nicht einmal einen seiner Räte oder seinen Kanzler nach Nürnberg schickte, geschweige denn selbst dort erschien. Wir finden sie, wenn wir nun endlich der religiösen Frage unser Augenmerk zuwenden, die seit mehr als fünf Jahren in ungeahnter Weise die Seele des Volkes aufgerüttelt hatte und jetzt der Diözese und dem Territorium des Straßburger Bischofs aufschwerste zu schaffen machte.

§ 7.

Stellung zur religiösen Bewegung.

Das Festschießen in Heidelberg und der Regensburger Konvent. 1524.

Wohl nur im letzten Jahre seines Mainzer Aufenthaltes hatte Wilhelm von Honstein als Generalvikar des Erzbischofs Jakob von Liebenstein Gelegenheit gefunden, die kirchlichen und religiösen Aufgaben, die ihm sein geistlicher Beruf auferlegte, eingehender kennen zu lernen. Als er dann Oberhirte der Straßburger Diözese geworden war, machte er hier eine Schule durch, die für seine Anschauungen grundlegend wurde. Jakob Wimpfeling¹ und Geiler von Kaysersberg², neben Brant die beiden berühmtesten Vertreter des elsässischen Humanismus, wurden in religiösen Dingen jetzt

1. Charles Schmidt, *Histoire littéraire de l'Alsace à la fin du XV. et au commencement du XVI. siècle* . . . Paris 1879. Tome premier p. 75, 82, 87, 113. — *Z. f. G. O. Neue Folge* Bd. 15 S. 508 ff. H. Kaiser, Ein unbekannter Brief Wimpfelings. — Joseph Knepper, Jakob Wimpfeling (1450–1528), Freib. 1902 (in *Erläuterungen und Ergänzungen zu Janssens Geschichte des deutschen Volkes* hsg. v. Ludwig Pastor III Bd. 2.–4. Heft) passim. — *Z. f. G. O. N. F.* 12 und 13 (1897, 1898; Paul Kalkoff, Jakob Wimpfeling und die Erhaltung der katholischen Kirche in Schlettstadt).

2. Charles Schmidt a. a. O. I 367 ff. — vgl. H. Maurenbrecher, *Geschichte der katholischen Reformation* Bd. I 1880 S. 86.

Wilhelms Berater und Freunde. Beide waren eifrig bestrebt, die Schäden der Kirche zu reformieren, die Sittenlosigkeit von Volk und Klerus zu bessern, deren religiösen Sinn zu heben; beide taten dies je nach ihrem Charakter auf verschiedene Weise. Wilhelms religiöses Auftreten ähnelte gemäß seiner ruhigen, maßvollen und bedächtigen Veranlagung mehr dem moralisch nüchternen und lehrhaften Auftreten Wimpfelings. Ihm fehlte der Schwung des großen Münsterpredigers, seine gewaltige, zugleich volkstümliche Rednergabe, vor allem auch die Fähigkeit, leidenschaftlich zu hassen, die Geiler in hohem Maße besaß. Doch seine Ideen machte sich Wilhelm ganz zu eigen. Unausgesetzt arbeitete er während des ersten Dezenniums seines Episkopates und noch darüber hinaus an der Reformierung des Klerus, der Revision und Neuordnung der Klosterverfassungen, der Verbesserung verschiedener Kultuseinrichtungen³. Doch war und konnte der Erfolg nur ein sehr bescheidener sein. In einer Zeit, da Zucht und Sitte derartig tief gesunken waren, konnten nur noch eiserne Besen kehren. Die zarte, feinfühligte Art und Weise eines Mannes mit durch und durch ästhetischer Weltanschauung, wie sie Wilhelm zu eigen war, konnte, abgesehen von Einzel- und Teilerfolgen, nicht durchdringen.

Wenn nicht in dieser letzten Stunde der Papst die Reformierung in die Hand nahm, mußte die abendländische Kirche, die grandioseste Organisation, die die Weltgeschichte kennt, zusammenbrechen. Da dies nicht geschah, scheiterten alle Versuche Einzelner. Denn nur auf der Einheitlichkeit der Maßnahmen, die von dem Statthalter Christi auf Erden, in welchem die Gesamtheit der katholischen Christenheit als das Eine verkörpert war, ausgingen, beruhte das Wesen der katholischen Kirche. Ein Mann von so untergeordneter kirchlicher Stellung wie Martin Luther, konnte schließlich,

3. Eine ausführliche Begründung muß ich mir an dieser Stelle versagen.

wenn auch nur auf revolutionärem Wege den Versuch einer Reformation wagen. Einem Bischof, selbst wenn er eine so geniale gewaltige und zugleich gewalttätige Persönlichkeit gewesen wäre, wie der Wittenberger Augustinermönch, war dies, da er ein inniges Organ des papalen Systemes war, unmöglich. Wir dürfen daher gegen Wilhelm von Honstein, dessen diplomatische und jeglichen Bruch ängstlich vermeidende Art wir aus seiner politischen Tätigkeit bereits genügend kennen gelernt haben, nicht ungerecht sein und gegen ihn etwa den Vorwurf der Untätigkeit erheben, wenn wir den völligen Mißerfolg, seine Diözese im alten Glauben zu erhalten, sehen. Derselbe war eben in der Lage der Dinge begründet. Daß Wilhelm aber den ernstesten, ehrlichen Willen zu bessern, soweit es in seiner begrenzten Ausführungsmöglichkeit lag, gehabt hat, und daß er unausgesetzt nach der Hebung der religiösen Kräfte strebte, stellt ihn weit über das Maß der damaligen Kirchenfürsten, wie dies auch zu seinen Lebzeiten unumwunden von Freunden und Gegnern anerkannt wurde.

Von vornherein stand der Straßburger Bischof in der Reihe der Gegner Martin Luthers und seiner Bewegung, weil dieser aus dem Rahmen der Kirche getreten war, wenngleich er, wie sein Freund, der Herzog Georg von Sachsen, die Reformbedürftigkeit der Kirche anerkannte. Bereits 1520 ging er in seinem Stifte gegen lutherische Prediger vor, setzte einen solchen ab⁴ und suchte die Verbreitung der Schriften Luthers zu hintertreiben. Auf dem Wormser Reichstage war er nach dem Zeugnis des gewandten Nuntius Aleander „sempre . . . animoso et bono per la Santa Chiesa⁵“. Auch zeigte er, wie die anderen Fürsten seiner Gesinnung

4. Sog. Annalen Brants a. a. O. d. d. 4. Februar 1520 Nr. 4400 S. 43 — vgl. auch Manuale d. d. 18. Februar, 9. und 26. März 1520.

5. Petrus Balan, Monumenta Reformationis Lutheranae, 1884 S. 293. Aleander an Medici 13. Oktober 1521.

im Laufe der Verhandlungen über das Edikt⁶ gegen Luther, die volle Zuversicht, daß alle Stände dem Wunsche des Kaisers gemäß Luther verdammen würden. Er arbeitete hier überhaupt ganz im Sinne Aleanders, dessen leidenschaftliches Verlangen dahin ging, den Erzketzler Martin Luther und seinen immer größer werdenden Anhang zu vernichten. Das Hauptübel erblickte der Gesandte der Kurie in der Tätigkeit der Gelehrten und der Verbreitung ihrer Schriften durch den Druck⁷. Als nun im Sommer dieses Jahres ein Buch erschien, in dem der Aufenthalt Petri in Rom verneint wurde, übernahm es Wilhelm, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen. Er schickte das Buch an den Bischof Eberhard von Lüttich⁸, den Bruder des französisch gesinnten Grafen Robert von der Mark, einen der einflußreichsten niederländischen Großen in der Umgebung des Kaisers, mit der Bitte, Karl zu einer scharfen Bücherzensur zu veranlassen, da bei der Verbreitung einer solchen Schrift die größten Gefahren für das Volk zu befürchten seien⁹.

6. DRA. II S. 828, Aleander an Medici 19. März 1521; die deutsche Uebersetzung bei: Paul Kalkoff. Die Depechen des Nuntius Aleander vom Wormser Reichstage 1521 2. Aufl. 1897 S. 140. — Dort lautet die betreffende Stelle: „Heute Mittag speisten Herr Caracciolo und ich bei dem durchlachtigsten Kurfürsten von Brandenburg an einer großartigen und zahlreich besuchten Tafel; es beteiligten sich noch der Kurfürst von Trier, die Bischöfe von Bamberg, von Straßburg, von Hildesheim, von Augsburg und von Brandenburg. Man sprach über die Sache Luthers und meinte, es würde keinerlei Schwierigkeit machen, daß nicht die Reichsstände hinterher das beschlössen, was der Kaiser befohlen hätte.“

7. Kalkoff a. a. O. S. 8.

8. ebenda S. 14.

9. Aleander an Medici am 13. Oktober 1521 (siehe oben Anmerkung 5) Interim essendo io qui Cochleo theologo, decano di Franckfordia, uno de quelli che examinò Luther privatim in diaeta et al presente che scrive contra lui assai bene, mi ha mandato questo libro, che io mando costà, „Quod Petrus unquam fuerit Romae.“

Auf dem ersten Nürnberger Reichstage war Wilhelms Interesse an den religiösen Ereignissen zusehends gestiegen. Wie wir wissen, hatte Georg von Sachsen¹⁰, als er am 1. April das Regiment verließ, Wilhelm von Straßburg in seinem Sinne weiter zu wirken gebeten. Dies tat er auch zu großer Besorgnis des lutherisch gesinnten Planitz¹¹. Ge-

Imo etiam intus habetur Paulum non fuisse Romae passum; el qual libro in tal modo è extimato da li Lutherani che par che sii un achille contra de noi, per qualche argumenti apparenti, presertim alli maligni, quum tamen plurima sint falsa, omnia vero virulentissime expressa. Lo episcopo di Argentina ha mandato de dita opera tal libro in latino et alemano al R^{mo}. Cardinale de Liege, pregandolo iusti appo la Cesarea Maestà che doni ordine a tel error piu presto si pote et pare che l'Argentino predetto habii piu paura de l'apparentia de questo libro che de nullo altro, ancor che detto Episcopo senyore in la Diaeta sii stato animoso et bono per la Santa Chiesa. [Balan a. a. O.] Die betreffende Stelle in dem bereits in anderem Zusammenhange erwähnten [s. Buch II Kap. I § 3 Anm. 7] Briefe Wilhelms an Eberhard von Lüttich vom 5. Sept. 1521 lautet: „Emanavit paulo ante libellus, incerto autore in lucem editus, quem praesentibus vobis transmittio; quanti periculi sit eius contenta et materiam in vulgus prodi, vestrae censurae et iudicio duxi relinquendum. Verendum est, nisi Caes. M^{tes}, auctoritate censuris et penis huiusmodi dampnatae et pessimi exempli libellorum editiones in illa imprimendi licentia et effrena bibliopolarum libertate cohibeantur, pessima quaeque tracta temporis inde eventura. [Rom. Vatic. Archiv. Arm. 64 vol. 17 fol. 184, abgedruckt in Balan Monum. Ref. Luth. S. 287 f.] Ueber das betreffende Buch siehe Theodor Brieger, Alexander und Luther 1521. (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Reformation von Theodor Brieger I. Bd., Gotha 1884) S. 269 Anm. 1.

10. Vgl. Wilhelms Abneigung gegen „Martinus mit seiner gelschaft“ in jenem Briefe an Georg von Sachsen vom 12. August 1521 (s. oben S. 115).

11. Planitz an Kurfürst Friedrich am 1. April 1522: „er [d. i. Herzog Georg] hatt dem bischof von Straspurgk vollen gewalt gegeben, inen hie auf dem reichstage zu vortreten, und derselbe ist vast poß Martinisch (Planitz S. 127). — Planitz an Kurfürst Friedrich am 5. April 1522 „Sider mein gn. her herzog Yorge von hinnen geschiden, und der bischof von Bambergk krank worden am stein und

rade in diesen Tagen erfüllte die Nachricht von Luthers Verlassen der Wartburg und seinem Auftreten in Wittenberg ganz Deutschland mit Staunen über diesen Wagemut. Bekannt ist sein Brief an den Kurfürsten Friedrich von Sachsen, in welchem er die Gründe, die ihn zu diesem Schritte bestimmt hatten, angibt¹². Sowie Bischof Wilhelm erfahren hatte, daß Planitz von seinem kurfürstlichen Herren diesen

nicht in ratt gangen, ist des Luthers sach nicht vill gedacht, die uns doch zuvor alle tage im wege lage. Was aber der substitutt, der bischof von Straspurgk, hirinnen vorwenden will, stett in erfahrung; verhoff zu gott, werden irs teils derhalb nicht vill ausrichten.“ [Planitz S. 133.]

12. Ueber Luthers Brief an den Kurfürsten siehe Planitz S. 107 Anm. 2. — Planitz an Friedrich am 5. April: „Mein gn. her vort Bambergk hatt dem bischof von Straspurgk, wie er mich bericht, von dem briff, den doctor Martinus E. cfl. G. geschriben, anzeigung gethan; derhalb mich angesucht, im denselben zuzustellen und zu lessen lassen; hab ich also gethan, doch im kein abschrift davon geben wollen, des er vordriß getragen; darauf ich vor mein person nicht Bunderlich wege, aber nichts sider des mit mir davon gerett; wue er aber ichtes mit mir davon reden wurde und was, sall E. cfl. G. auch unvorhalten bleiben.“ (Planitz S. 131.) — Planitz an Friedrich am 11. April: „Der copia halben Doctor Martinus briffs will ich mich E. cfl. G. bevell noch gehorsamlichen halten; hab auch derselben abschrift nimancz geben wollen; wart darumb in Bunderheit von Herzog Yorgen angesucht, der gern ein copia davon gehabt, aber woll mochlich, E. cfl. G. nicht zum besten. Den bischof von Straspurgk hab ich sie auch lessen lassen, wie E. cfl. G. ich hievor bericht; dan er schigket woll sechs mall zu mir mit bitt, in die lessen zu lassen; bedacht ich, wue es im vorsaget, er wurde ein argwan dovon nemen, und ließ in die lessen.“ (Ebenda S. 135.)

13. Planitz an Friedrich 16. April: „Der Luther hatt iczunt alhie guten friden gehabt ein zeit lang, das sein nicht gedacht, dan alleit der bischof von Straspurgk zeigt an, wie im botschaft kommen, das seine pffaffen im stift vast vill gutt Lutherisch weren und seiner lehr anhängen und die dem volk vorkondeten, were zu besorgen, es wurde sich einreissen; dorum must er anheim, sulchs zuvorkomen, und were woll ein jamer, das es nimancz wolde zu herzen gehen; dobei ließ er es bleiben.“ [Planitz S. 141.] — Vgl. oben § 4 Anm. 7 u. 10.

Brief erhalten nabe, drang er unausgesetzt in ihn, ihm denselben zum Lesen zu geben, so daß dieser ihm schließlich willfahrte, damit der Bischof keinen Argwohn schöpfe. Gerade jetzt wurde Wilhelm durch Nachrichten aus seinem Stifte, die ein weiteres Umsichgreifen der lutherischen Bewegung meldeten, beunruhigt, so daß er sich sehr ungehalten über die Untätigkeit in Nürnberg gegen Luther äußerte und die Absicht aussprach, sofort nach seinem Bistum zurückzukehren; doch ließ er, wie wir bereits wissen, sich dazu bewegen, noch bis zum Ende des Reichstages auszuhalten¹³. Gemeint waren wohl mit den Nachrichten aus seinem Stifte, abgesehen von dem allgemeinen Umsichgreifen der religiösen Bewegung, gewisse lutherische Neigungen eines Pfarrers und die gerichtlich geahndete Tatsache, daß ein Zaberner Bürgerssohn das Abendmahl unter beiderlei Gestalt genossen hatte¹⁴.

Bereits im Februar 1521 hatte Eck¹⁵ in einem leidenschaftlichen Brief den am Niederrhein weilenden Aleander dringend gebeten, die Bannbulle Leos X. gegen Luther wie in den anderen rheinischen Diözesen, auch in der Straßburger, an allen Orten anschlagen zu lassen, da hier in allen Winkeln Lutheraner steckten. Im selben Jahre begann in der Stadt Straßburg Matthias Zell evangelisch zu predigen und es gelang ihm bald, sich einen großen Anhang im Volke zu schaffen. Wilhelm ließ im Anfang des Jahres 1522 den Rat freundschaftlich ermahnen, dagegen einzuschreiten; die städtischen Obrigkeiten gingen zunächst sehr vorsichtig vor und suchten es nicht mit dem Bischof zu verderben¹⁶. Im Laufe des Sommers und Herbstes beunruhigte ein bauer-

14. Vgl. Manuale d. d. 7.—10. März 1522 und ebenda 7. Mai.

15. Joh. Eck an Aleander. — Ingolstadt 9. Februar 1521 siehe DRA. II S. 795.

16. Siehe u. a. A. Baum, Magistrat und Reformation in Straßburg bis 1529 S. 15.

licher Winkelprediger Karsthans¹⁷ mit seinem evangelisch gefärbten, aufrührerischen Predigten den Magistrat und Bischof sehr. Noch auf dem zweiten Nürnberger Reichstage wurde gerade dieser gefährliche Fall der Volksaufreizung im Zusammenhang mit der neuen Lehre viel besprochen und in der Proposition des Regimentes durch den Statthalter Pfalzgrafen Friedrich als ein Symptom der gärenden Stimmung im Volke bezeichnet¹⁸. Die Bedeutung, die die lutherische Angelegenheit auf diesem Reichstage gewann, ist ja bekannt. Die berühmten Reden des Nuntius Chieregati, in denen der deutsche Papst Adrian unumwunden die Verderbnis der Kirche an Haupt und Gliedern anerkennen ließ, machten den größten Eindruck auf die Versammelten. Trotz aller Anstrengungen des überwiegend von Geistlichen besuchten Reichstages und des ähnlich zusammengesetzten Ausschusses¹⁹ gelang es nicht, dem Wormser Edikt eine weitere Geltung zu verschaffen. In einem Mandate vom 6. März 1523 wurde bestimmt, daß bis zu einem deutschen Konzile nichts anderes als das wahre, lautere Evangelium gepredigt werden solle. An dem heftigen, monatelangen Kampfe, der sich auf dem Reichstage um die Fassung dieses Mandates entspann, nahm der Bischof von Straßburg in entschiedenster Weise zusammen mit den Altgläubigen teil²⁰. Immer wieder mußte Wilhelm auch

17. Ueber Karsthans vergleiche die Notizen in den sog. Annalen Brants d. d. 9. Juli, 2. August, 6. September 1522; ferner Politische Correspondenz Bd. I S. 106. — Planitz S. 251 f.

18. DRA. III S. 856.

19. Daß Bischof Wilhelm zu diesem Ausschuß gehörte siehe oben § 5 Anm. 21. — Planitz sagt von den Mitgliedern dieses großen Ausschusses: „seint dise vast alle poß Lutherisch. (Planitz S. 248.)

20. Zur Lage s. DRA. III S. 383 ff. — Ueber Wilhelm s. Planitz S. 343: Feilitzsch an Herzog Johann vom 29. Jan. 1523. Bei Beratung des großen Ausschusses über die lutherische Angelegenheit „sagt der bischof von Straßburg zu her Hannsen von Schwartzburg son: Ich will dir rathen, das du deinem vater nit bekennest, das du ge-

während dieses Reichstages seine Blicke nach seinem Stifte wenden, vor wo seine Beamten stets die gleichen schlechten Nachrichten meldeten. Im Dezember 1522²¹ weilte er, wie schon früher bemerkt, auf einige Tage in Zabern und ließ sich hier über die Verbreitung der neuen deutschen Ausgabe des Neuen Testamentes, der sog. Septemбераusgabe, in seiner eigenen Residenzstadt berichten²². Im Januar des kommenden Jahres äußerte Wilhelm in Nürnberg abermals die Absicht, reisen zu müssen, doch blieb er noch bis zum Abschiede dort²³. In der Tat begannen jetzt die Dinge sich in seiner Diözese zuzuspitzen; vor allem in der Stadt Straßburg. Das immer offener lutherische Auftreten des Prädikanten Zell bestimmte den Bischof, ihm durch seinen Fiskal den Prozeß machen zu lassen. Zum ersten Male mußte Wilhelm hier empfindlich die drohende Parteinahme des Volkes für seinen Prediger spüren. Drohende „Schmachzettel“ waren von unbekannter Hand an der Münstertüre angeschlagen. Gegen ein solches Verhalten beschwerte sich Wilhelm am 20. Dezember 1522 sehr heftig bei dem Rat²⁴.

weihet seist, und wan er, der bischof, nit geweihet und prister were und hett die walh, geistlich zu werden ader ein glid vom finger zu hauen, so wolt er bei seinem eide ehr ein glid vom finger hauen, dann pfaff werden. Ich [d. i. Feilitzsch] acht aber, wiewol er her Hannsen von Schwartzenburgk son anredt, das [er] solchs herzog Ludwig von Beyern und marggraff Casimir, welche auch bei dem handel waren, dieweil sie auch geistlich bruder hetten, mer zu gehör und ansehen [gethan], dan her Hannsen son gemeint hab, und sie domit auf ir, der geistlichen, seiten zu bewegen.“ — Aehnlich Planitz S. 354 f.

21. Siehe S. 150 f.

22. Manuale d. d. 20. Dezember 1522.

23. Planitz S. 332. Wilhelm wollte am 20. Januar 1523 Nürnberg verlassen. Planitz meint, wohl nur z. T. mit Recht, daß Wilhelm deswegen abreisen wollte, weil er seinen Willen in der Lutherfrage nicht durchzusetzen vermöchte.

24. A. Baum, Magistrat und Reformation S. 16 ff. — Diese „Schmachzettel“ [Stadt-Archiv AA 1547] sind gedruckt bei A. Baum Seite 191.

Doch dieser wurde allmählich immer mehr von der evangelischen Strömung fortgerissen; im Frühjahr 1523 schützte er ziemlich augenfällig den ungehorsamen Prediger gegen seinen geistlichen Oberhirten. Zur gleichen Zeit erlitt Wilhelm eine neue empfindliche Niederlage. Es war ihm nicht möglich, eine öffentliche Prozession gegen die Türkennot in Straßburg ausführen zu lassen; er mußte sich damit begnügen, daß eine solche innerhalb der Klöster vom Rate gestattet wurde²⁵.

Das beinahe gleichzeitige Auftreten dreier entschieden evangelischer Männer im Jahre 1523 machte den Rat zum offenen Anhänger der neuen Lehre und besiegelte den Bruch mit dem Bischof. Diese drei Männer waren Buzer, der bedeutendste Politiker unter den Reformatoren, und die Mainzer Capito und Kaspar Hedio²⁶. Am 1. Dezember 1523 ließ der Rat durch öffentlichen Anschlag erklären, daß fortan nur das Evangelium gepredigt werden dürfe²⁷. Zugleich aber wurden schon Kultusänderungen vorgenommen. Am einschneidendsten wurde zunächst der Entschluß einiger Prädikanten, dem Beispiele Martin Buzers zu folgen und zur Ehe zu schreiten²⁸. In den Monaten Dezember 1523 und Januar 1524 mehrten sich diese Fälle.

Diese Vorgänge erregten Wilhelm aufs tiefste. Nichts hatte ihn während seiner Mainzer Zeit, besonders aber als Straßburger Bischof mehr abgestoßen, als die Sittenlosigkeit des Klerus, vor allem das offene Treiben der Konkubinarier. Ein Ausspruch, den er zu Beginn seines Episkopates getan

25. A. Baum S. 26 — sog. Annalen Brants d. d. 6. März. 1523.

26. A. Baum S. 27. — Ferner das grundlegende Werk von Johann Wilhelm Baum, Capito und Butzer, Straßburgs Reformatoren, 1860 S. 206 ff. — Paul Kalkoff, W. Capito im Dienste Erzbischof Albrechts von Mainz, 1907. Cap. I und IX.

27. A. Baum S. 29.

28. Ich verweise für diese Angelegenheit hier nur auf A. Baum, S. 30—50.

haben soll: er wolle sich lieber mit einem einzigen Diener behelfen, als daß er wegen seiner Einkünfte das Treiben der Konkubinarier dulden werde²⁹, zeigt seine Erregung gegen deren Treiben. Und nun sah er in dem neuen Schritte der Ehepriester nur eine gesetzliche Sanktionierung des Ueberschreitens der kirchlichen Gebote. — Diese Tat gab ihm endlich die gewünschte Gelegenheit zum Einschreiten; nur allzu lange war er durch die Bestimmungen des die Ausbreitung des Luthertums begünstigenden Nürnberger Mandates gehemmt. Jetzt aber, da die Prädikanten durch ihre Heirat ausdrücklich gegen den 5. Artikel des Mandates, der die Priesterehe verbot, gehandelt hatten, ging er gegen sie vor. Er zitierte die Betreffenden nach Zabern; der Rat suchte zu vermitteln, die Prädikanten erschienen nicht; im März 1524 wurde gegen sie der Bann geschleudert. Zugleich erhielt der wütendste Feind der Straßburger Lutheraner, der bekannte Thomas Murner von dem Bischof den Befehl, in Nürnberg Beschwerde gegen den Straßburger Rat beim päpstlichen Gesandten, dem Kardinal Campeggi, einzulegen. Der Nuntius ließ sich von beiden Parteien berichten und befahl schließlich den Straßburgern, dem Bischof Folge zu leisten³⁰.

Die Beziehungen zwischen Wilhelm und dem Magistrate wurden immer verwickelter und gespannter³¹. Streitigkeiten über gerichtliche Kompetenzen spielten auch jetzt wieder eine große Rolle. Dazu kam, daß der Rat es trefflich verstand, die Situation auszunutzen, die ihm durch das Schirmverhältnis der Stifte und Klöster im Stadtgebiete gegeben

29. „se malle uno servo contentum esse, quam propter collectas concubinatum cleri dissimulare aut tolerare.“ Wimpfeling Catalogus Episcoporum Argent. 1508 fol. 67 a; Geiler: Sermones fol. 23 b¹ u. a. m.

30. A. Baum S. 48. Polit. Corresp. I S. 89.

31. Für alle weiteren Streitpunkte, die im Jahre 1524 dazu traten, siehe A. Baum passim.

war. Das Ende dieser Bewegung war folgendes: Die Stifths-herren wurden gezwungen, da die Stadt den Schirm aufkündigte, entweder das Bürgerrecht anzunehmen und alle hiermit verbundenen Rechte und Pflichten zu übernehmen oder die Stadt zu verlassen. Letzteres tat nur die ganz geringe Minderheit der Altgläubigen. Wer aber Straßburger Bürger geworden war, mußte auch der neuen Lehre sich fügen. Gegen den Widerstand einiger Klöster begann die Stadt mit dem Mittel der Inventarisierung — und die weitere Folge war die Säkularisation. So verlor der Bischof, ohne daß er auch nur einen nennenswerten Versuch dagegen machte, den begütertesten und zugleich auch zahlreichsten Teil seines Klerus; wodurch er nicht allein in religiöser, sondern vor allem in wirtschaftlicher Beziehung schwer getroffen wurde.

Daß die meisten der geistlichen Korporationen in Straßburg im Laufe der Zeit unter Wilhelms Vorgängern sich immer mehr von der bischöflichen Obrigkeit eximiert hatten, verursachte jetzt, daß Wilhelm fast hilflos und machtlos zusehen mußte, wie der Magistrat von Straßburg, gelegentlich mit nur sehr schwachem Rechstitel, der Geistlichkeit in der Stadt gegenüber die Stelle des Bischofs einnahm. Dazu kam schließlich noch, daß Wilhelm in dem Domkapitel keine genügende Unterstützung fand. Wenn die hochadligen Mitglieder desselben auch noch an der alten Lehre im allgemeinen festhielten, mit Ausnahme des Dechans Grafen Sigmund von Hohenlohe, so taten sie doch nichts, was sie mit der Stadt, zu der sie die mannigfaltigsten wirtschaftlichen Beziehungen unterhielten, verfeinden konnte. Dem gewaltsamen Vorgehen des Magistrats hätte Wilhelm nur mit einem gleichen antworten können, um das Heft in der Hand zu behalten. Doch dazu fehlte ihm die Fähigkeit³².

32. Es ist begreiflich, daß ein so leidenschaftlicher Kämpfer wie Joh. Eck mit Wilhelms Gebahren nicht zufrieden war. In einer

Wir finden ihn daher ungefähr seit Ostern 1524 in einer merkwürdigen Untätigkeit und Interesselosigkeit gegenüber dem Vordringen des Luthertums in der Stadt³³. Er beteiligte sich von jetzt ab an allen auswärtigen Unternehmungen, die gegen die Ketzer von Männern seiner Gesinnung ins Werk gesetzt wurden. An Initiative fehlte es ihm nicht, nur an der Kraft, die Gedanken in die Tat umzuwandeln. Auch muß jetzt schon in ihm der Wunsch entstanden sein, seinem Stifte den Rücken zuzukehren und sich einen neuen Wirkungskreis aufzusuchen.

Am 17. Mai 1524 verließ Wilhelm Zabern und begab sich zunächst nach Mainz, um in seiner Eigenschaft als Mainzer Domherr an dem Generalkapitel teilzunehmen, das auf den 24. Mai anberaumt war; von dort begab er sich noch im Mai nach Heidelberg³⁴.

Der Abschied zu Nürnberg vom 18. April 1524 hatte durch seine Auflösung des alten Reichsregimentes und die Bestimmungen in der religiösen Frage, daß nämlich das Wormser Edikt nach Möglichkeit gelten solle bis zum Beginn des auf Martini des gleichen Jahres angesetzten Nationalkonzils zu Speyer, tatsächlich die politische und kirchliche Einheit des deutschen Reichs gesprengt. Von neuem traten wieder die Bündnisgedanken einzelner terri-

Denkschrift über die Stellung der einzelnen deutschen Reichsstände zu Luther, die er im Frühjahr 1523 bei seinem Aufenthalte in Rom dem Papst Adrian vorlegte, reiht er den Bischof in die Klasse der „neutrales qui, si non promovent, nihil impediunt.“ Walther Friedensburg, Dr. Johann Ecks Denkschriften zur deutschen Kirchenreformation 1523, in: „Beiträge zur bayerischen Kirchengeschichte hsg. von Dr. Th. Kolde“ Bd. II (1895) S. 182.

33. A. Baum S. 49 Anm. 4: „episcopus noster a diris suis cessat.“ (17. Mai 1524.)

34. Manuale: „Am pfingstzynstag [17. Mai] anno 24 als mein gnediger Hei von Straßburg gen meintz ins general Capittel und furter gen Heydelberg uff das schiessen geritten; Ist in Abwesenheit seiner gnaden gehandelt.“

torialer Machthaber in den Vordergrund ihrer politischen Erwägungen, sehr im Gegensatz zu den zentralistischen Bestrebungen der letzten Jahre. Die Ambitionen des Wittelsbachischen³⁵ Hauses, wie sie einst unter Maximilian der habsburgischen Dynastie so unbequem gewesen waren, machten sich wieder bemerklich. Mit großer Sorge blickte Ferdinand³⁶, der das Reichsregiment, jene von den Fürsten einst dem jungen Kaiser abgerungene Institution, vergeblich den erbitterten Territorialherren gegenüber zu verteidigen gesucht hatte, in die Zukunft. Er sah voraus, wie der Reichsgedanke immer mehr und mehr zur Illusion zu werden drohte, und fand nur ein Mittel dagegen: wenn er, der junge einundzwanzigjährige Erzherzog, die römische Königskrone erhielt. Dies schmeichelte nicht nur seinem brennenden Ehrgeiz und Herrschverlangen, sondern traf auch den Kern der Sache. Mit Recht fürchtete er, bei der ständigen Abwesenheit des Kaisers, daß die alten Ansprüche der Reichsvikare, die Regierung zu führen, wieder geltend gemacht werden würden, zumal der Pfalzgraf Friedrich die Statthalterschaft im Regiment niedergelegt hatte. Einen Niederschlag der antihabsburgischen Stimmungen und Pläne finden wir in diesen Tagen bei dem Heidelberger Festschießen³⁷. Bereits am 15. November 1523³⁸ hatte Kurfürst

35. Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen. Erster Band, Heft 2 (1848) S. 83—150. „Instruction Erzherzog Ferdinands von Oesterreich etc. etc. für Carl von Burgund, Herrn zu Bredam, den er seinem Bruder Kaiser Karl (V.) abgesendet hat, 1524 im Juni. Aus dem gegenwärtig im k. k. Haus- und Staatsarchiv aufbewahrten Originale mitgeteilt von I. Chmel.“

36. Vgl. u. a. W. Friedensburg, Der Reichstag zu Speier 1526, Seite 112.

37. Erst Walter Friedensburg [„Der Regensburger Convent von 1524.“ Historische Aufsätze dem Andenken an Georg Waitz gewidmet (1886) Seite 502—539] hat die politische Bedeutung dieser Fürstenversammlung eingehender betont. (S. 508 ff.) Die von Friedensburg in Karlsruhe benutzten Archivalien befinden sich jetzt

Ludwig von der Pfalz seine Einladungen an verschiedene Schützenmeister und Schießgesellschaften ergehen lassen; sie sollten am 23. Mai 1524 bei ihm ein festliches Armbrustschießen abhalten; doch sollten jegliche Gotteslästerungen und das ärgerliche Zutrinken unterlassen werden. Dieser moralisch-sittliche Anstrich, der diesmal dem Festschießen gegeben wurde und schon im Voraus öffentlich bekannt gegeben war, eignete sich vortrefflich als Folie für die politischen Absichten der Wittelsbacher. Kurfürst Ludwig entschloß sich an diese harmlose Festlichkeit anzuknüpfen und lud zehn³⁹ geistliche und weltliche Mitglieder seines Hauses ein, am Feste teilzunehmen. Diese waren: die Herzöge Ludwig und Wilhelm von Bayern; die Pfalzgrafen Friedrich, Ottheinrich, Philipp und Johann von Pfalz-Simmern und die geistlichen Herren des pfalzgräflichen Hauses: Philipp von Freising, Georg von Speyer, Heinrich von Utrecht und Worms und Johannes von Regensburg. Weitere Auforderungen ergingen an seine Kriegsgenossen, den Kurfürsten Richard von Trier und Landgrafen Philipp von Hessen, den Markgrafen Casimir von Brandenburg und an

mit Ausnahme eines Aktenstückes in Straßburg. Bez.-Arch. Austausch mit Baden I, Nr. 1499. — Vgl. auch E. A. Richter, Der Reichstag zu Nürnberg 1524 (1888) S. 130. — Ranke, Deutsche Geschichte, Bd. II⁵ S. 116. — Gustav Bossert, Beiträge zur badisch-pfälzischen Reformationgeschichte (Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Neue Folge XVII (1902) S. 53). — P. Rettberg, Studien zum Verständnis der Politik des Kurfürsten Richard von Trier in den Jahren 1519—1526. Dissert. Greifswald 1901 S. 51.

38. Neues Archiv für die Geschichte der Stadt Heidelberg und der rheinischen Pfalz, Bd. IV (1901) S. 188—196. „Eine Einladung der Stadt Heidelberg vom 15. November 1523 (an die Stadt Mülhausen i. E.) zu einem Schützenfest in Heidelberg, welches am 29. Mai 1524 beginnen soll.“ Mitgeteilt und besprochen von August Thorbecke.

39. Siehe Friedensburg, Der Regensburger Convent, S. 508. — Bei F. D. Häberlin, Welthistorie Bd. X (1772) wird der Pfalzgraf Johann von Simmern nicht genannt.

die Bischöfe Konrad von Würzburg und Wilhelm von Straßburg. Diese 16 Fürsten verabredeten sich am 5. Juni schriftlich, im Sinne der bereits angeführten Einladungen, das Zutrinken und Fluchen abzustellen, sowie dem Luxus bei ihren Zusammenkünften zu steuern⁴⁰. Auch für ihre Untertanen und Zugewandten sollten die hier getroffenen Bestimmungen bindend sein. Diese ziemlich harmlosen und auch nicht gerade neuen Anordnungen können aber unmöglich den Hauptinhalt dieser Fürstenversammlung gebildet haben. Wenn auch den Angaben des Biographen Pfalzgraf Friedrichs, des Lüttichers Hubert⁴¹ nicht unbedingt Glauben geschenkt werden darf — nach ihnen sollte zu Heidelberg der Plan der Erhebung eines Wittelsbachers zum römischen Könige erwogen worden sein — so hat doch diese eigentümliche Festlichkeit ziemliches Aufsehen und allenthalben Argwohn erregt. Allgemein vermutete man, daß hinter diesem Festschießen große Geheimnisse steckten. Am erregtesten und mißtrauischesten beobachtete Ferdinand die Ereignisse in dem Pfälzerschlosse⁴².

40. Friedensburg S. 508 Anm. 3 und die dort zitierten Stellen Häberlin a. a. O. — L. Häusser, Geschichte der rheinischen Pfalz, Bd. I (1845) S. 589 f. — Janssen, Geschichte des deutschen Volkes, Bd. II S. 339. — Thorbecke a. a. O.

41. *Annalium de vita et rebus gestis . . . Friderici II. Electoris Palatini libri XIV.* Authore Huberto Thoma Leodio. 1624 S. 91 ff. Dieser Chronist (Vgl. Friedensburg S. 508 Anm. 3) ist die einzige gedruckte Quelle über diese Ereignisse.

42. Instruktion für Bredam (A. Ö. G. I 2) S. (89 und) 105 „Sed sunt, qui hodie quoque quieti esse non possunt, rerum innovationi studentes, quod enim iam circiter viginti Principes Heidelberge convenerint, ut illic laxandi animi causa ab Electore palatino vocati Ludis Jaculorum et Sagittarum recreentur, quis sub hoc colore atque pretextu non videt, quid aliud latere et queri? quod et vulgus ipsum ignavum sparsit. Cuius voces velut incertas et varias semper non scribimus; Sed ubi per Exploratores nostros, quos subornavimus sagaces Veros acceperimus, quid sibi haec iacula, quid hae Sagittae, quid ludi hii voluerint, et in quem scopum ac finem directi fuerint,

Es mögen ziemlich sicher hier politische Besprechungen unter den Wittelsbachern stattgefunden haben, zu denen die anderen Gäste als Freunde des Hauses geladen waren. Vielleicht sind auch hier schon Beratungen gepflogen worden, wie der lutherischen Bewegung abgeholfen werden könne. Bestand doch die Gesellschaft der 16 Fürsten ausnahmslos aus altgläubigen Männern, denn noch zählte Philipp von Hessen nicht zu den Anhängern Luthers.

Und gerade der Umstand, daß Wilhelm von Honstein, der damals wie vordem und später unentwegt auf Habsburgs Seite stand, in Heidelberg zugegen war, spricht dafür. Es ist schwerlich anzunehmen, daß man Wilhelm von Straßburg in antihabsburgische Pläne hineingezogen haben könnte. Eben in diesen Tagen nannte Ferdinand in einer äußerst bemerkenswerten Instruktion für Herrn von Bredam an seinen Bruder Karl nach Spanien vom 13. Juni 1524⁴³

Maiestatem suam opportune admonebimus, quae tamen interim meminerit, ut prompti et expediti ad Ludos convolaverint. At ubi res serio agenda venit, et necessitas totius Imperii expostulat, potissimum in hac Natione et hac tempestate, qua tota est in inobedientia Germania, tunc lenti sumus, et Impensas viatici ac quas vis alias Causas absentire praetexentes querimur.“ [Zum Teil bei Friedensburg a. a. O. S. 511 Anm. 1 und in dessen: „Der Reichstag zu Speyer 1526“ S. 22 Anm. 1.] — Dietrich von Dechwitz an Friedrich von Sachsen am 30. Mai 1524: „Ist wol möglich daz seltsame schosse aldo gescheen mochten.“ (Friedensburg a. a. O. S. 508 Anm. 2.) — Johannes Botzemus (Kanoniker zu Konstanz gest. 1535 in Freiburg) an Desiderius Erasmus: Konstanz 6. Juni 1524: „Rerum novarum nihil est apud nos. Audio principes Bavaros omnes vocatis ad se aliquot aliis non Bovaribus episcopis, Trevirensi videlicet et Argentoratensi convenisse Heidelberge sub fuco ludi sagittarii quod illic concoquatur varii varia divinant.“ (Briefe an Desiderius Erasmus von Rotterdam. Herausgegeben von Joseph Förstemann und Otto Günther. [Beihefte zum Zentralblatt für Bibliothekswesen Bd. XXVII, Leipzig 1904 S. 26]). — Ueber das zu dem Straßburger Magistrat gelangte Gerücht endlich siehe unten Anm. 49.

43. A. Ö. G. I 2 S. (90 und) 114, „. . . Nam cum sint Electorum animi praeparandi et suffragia assecuranda, id autem fieri nequeat

Bischof Wilhelm neben Christoph von Augsburg und Kasimir von Brandenburg als die geeignetste Mittelsperson, um bei den deutschen Fürsten für die Wahl Ferdinands zum römischen Könige zu werben. Nur hierdurch könnten die Lutheraner beseitigt werden, von dem Speyerer Nationalkonvente sei das nicht zu hoffen.

Und dieser Umstand ist der Entscheidende. Mehr noch als Ferdinand war der päpstliche Gesandte Kardinal Campeggi über die Ankündigung eines Nationalkonzils entsetzt; käme dies zustande, dann könnte man in Rom auf einen definitiven Abfall der deutschen Kirche vom Papste rechnen. Mit wunderbarem Geschick verstand es dieser Diplomat und hinter ihm sein hoher Auftraggeber der gewandte Medizäer Clemens VII. die deutschen maßgebenden Persönlichkeiten sich zu gewinnen. So hatten die unter Hadrian getroffenen Sonderabmachungen über die Besteuerung der Geistlichkeit bei Ferdinand und den Bayern-Herzögen Kraft behalten⁴⁴, hierdurch hatte der Erzherzog eine brauchbare Türkenunterstützung, Wilhelm und Ludwig von Bayern eine neue Grundlage ihrer Finanzen und der Papst die wertvollsten Bundesgenossen in dem nunmehr beginnenden

nisi intervenientibus Personis et magnis genere,
et quarum fides in Maiestatem suam atque Progeni-
tores nostros spectata est, quae et gratiae ipsissint,
cum quibus contractandum est, et quae longo rerum
usu exercitatae persuadere et allicere possint,
vos Maiestati suae nominandas duximus duas, quibus magis
aptas et ad hanc rem, quam speramus convenien-
tiores vix ullas alias reperiri posse credimus. Vide-
licet Reverendos Dominos Wilhelmum Episcopum
Argentinensem, et Chrystophorum Episcopum Augustensem ac
Illustrem Principem, Consanguineum nostrum charissimum Dominum
Casymirum marchionem Brandenburgensem.“ — Vgl. Jos. Edmund
Jörg, Deutschland in der Revolutionsperiode von 1522 bis 1526 (1851)
S. 623.

44. Friedensburg a. a. O. S. 507.

Kämpfe gegen die Lutheraner in Deutschland gewonnen. Beide: der Erzherzog und der Legat einigten sich nun, gemeinsam das Zustandekommen des Speyerer Tages zu hintertreiben. Für diesen Zweck war ihnen die Heidelberger Zusammenkunft, aus welchem Grunde sie auch zusammenberufen sein mochte, sehr geeignet. Ferdinand hatte seinen Widerwillen gegen die unbotmäßigen deutschen Fürsten überwunden und Georg Truchseß von Waldburg nach Heidelberg geschickt, um die Stimmung der Versammelten zu erforschen⁴⁵. Ein gleiches hatte auch der Legat getan⁴⁶. Doch war dieser eines Mannes bereits sicher; nämlich Wilhelms von Straßburg. Am 25. April 1524⁴⁷, noch von Nürnberg aus, hatte Campeggi Wilhelm als Antwort auf die Gesandtschaft Murners an ihn geschrieben, er solle energisch gegen die Lutheraner vorgehen, und ihm dargelegt, wie vorteilhaft es wäre, wenn die rheinischen Fürsten einen Bund gegen die Ketzer schlossen. Es ist doch sicher nicht zusammenhanglos, wenn der Straßburger Bischof bald, nachdem er diesen Brief erhalten hatte, nach Mainz⁴⁸ ins Generalkapitel ritt, was er sonst nicht zu tun pflegte, wenn dort schwere Klagen gegen die Ketzerei erhoben wurden und an den Erzbischof Albrecht eine Botschaft geschickt wurde, in der um Abstellung der Beschwerden gebeten wurde. Bezeichnend ist auch, daß in Straßburg das eigentümliche Gerücht umlief, Bischof Wilhelm habe auf dem Heidelberger Tag von Erzherzog Ferdinand und seinem Kanzler Salamanca unterzeichnete Blankets mitgebracht und dieselben dem Kurfürsten von der Pfalz und seinem Bruder, dem Pfalz-

45. Ebenda S. 509.

46. Friedensburg a. a. O. S. 510 Anm. 2.

47. Ebenda S. 506 Anm. 1.

48. Siehe oben Anm. 34 und Kap. II § 1 Anm. 4. — Kreisarchiv Würzburg, Mainzer Dok.-Protok. Bd. IV (1511—1526) fol. 715 B. — F. Herrmann, Die evangelische Bewegung zu Mainz im Reformationszeitalter, Mainz 1907 S. 149.

grafen Georg, Bischof von Speyer, vorgelegt, um sie zur Mithilfe an der Unterdrückung der Ketzer zu verpflichten⁴⁹. Vergleicht man diese bisher noch nicht verwertete Notiz mit dem Briefe Campegis an Wilhelm vom 25. April 1524 und mit dem Urteil Ferdinands über den Straßburger Bischof in jener oben erwähnten Instruktion für den Herrn von Bredam, so ergibt sich: daß Wilhelm von Honstein die rheinischen Fürsten sowohl in Mainz als auch in Heidelberg im Interesse Ferdinands und des päpstlichen Legaten, höchstwahrscheinlich sogar mit ihrem Wissen und Willen⁵⁰ bearbeitet hat.

Ein solches Bündnis kam nun unter den Auspizien Ferdinands und Campegis am 6. Juli in Regensburg zustande. Von den in Heidelberg versammelten Fürsten gehörten diesem außer dem Bischof von Straßburg noch an die drei

49. Die sog. Annalen Brants [Bulletin de la Société pour la Conservation des monuments historiques d'Alsace. II série Vol. XIX 1899] d. d. 30. Mai 1524 (Nr. 4524 S. 96) haben folgenden Eintrag: „H. Ammeister zeigt an, daß auch etliche Karten, so ungeschriben, doch durch Ertzherzog Ferdinanden und dem Salamanco unterschriben, durch Episcopum Argent. üßbracht, und sollen uff disem schießen zu Heidelberg ansuchens bescheen an den Pfaltzgrafen Churfürsten, Episcopum Spirensen, damit daß sie auch helfen die Christglaubigen zu unterdrücken.“

50. Ferdinand muß Wilhelm einen Auftrag gegeben haben; denn am 17. April 1524 bereits, beantworteten die bischöflichen Räte zu Zabern für ihren gerade abwesenden Herren ein dringliches Schreiben des Erzherzogs, das unter dem gleichen Datum in Zabern eingetroffen war. „Verum in dictas“ heißt es dort „Illustrissimae magnitudinis vetrae litteras ad salutem totius reipublicae germanicae nationis, iam iniquitate temporum spectare agnovimus, eo opere pretium esse duximus, in hiis minime cunctandum.“ Deswegen hielten sie sich für verpflichtet, aus eigener Machtvollkommenheit in Abwesenheit ihres Herren die Angelegenheit sofort zu erledigen. [Concept und Ausfertigung, die aber, da verbessert, nicht abgeschickt worden ist. — Straßb. Bez.-Arch. Austausch mit Baden I Nr. 1499 — nicht bei Friedensburg.]

pfalzgräflichen Bischöfe von Freising, Speier und Regensburg, sowie die Herzöge Wilhelm und Ludwig von Bayern, neu hinzu kamen der Bayernherzog Ernst von Passau, Erzbischof Mathäus von Salzburg und die Bischöfe von Bamberg, Konstanz, Augsburg, Basel, Brixen und Trient. Wilhelm von Straßburg erschien nicht persönlich in Regensburg, wohl deswegen weil er sich nicht getraute, sich von seinem Stifte allzuweit zu entfernen. Der Speyerer Dompropst Georg von Schwalbach vertrat ihn und den Bischof von Speyer.

Der Verlauf des Regensburger Konventes sowie seine Bestimmungen sind durch neuere Forschungen klargelegt und brauchen hier nicht noch einmal erörtert werden⁵¹. Den augenblicklichen Zweck: die Stimmung für das Nationalkonzil zu untergraben, haben der Erzherzog und der Legat vollständig erreicht. Die Regensburger Artikel selbst bedeuten nichts weiter als Abwehrversuche gegen die Ketzer. Den Anspruch auf Reformartikel dürfen sie nicht erheben. Nur Symptome der großen Krankheit, noch dazu nicht einmal die schlimmsten, wurden hier behandelt, das Uebel an der Wurzel zu packen und zu vertilgen, lag ihnen fern. Durften das auch Männer tun, deren Ueberzeugung sie an

51. Grundlegend ist die in diesem Abschnitt so oft zitierte, vortreffliche Abhandlung von W. Friedensburg, vgl. dazu noch A. Baum S. 63 f. — H. Baumgarten, Karl V. Bd. II, 2 S. 387 Anm.; s. auch noch für Heidelberg und Regensburg die für diese Ereignisse ganz auf Friedensburg beruhende Arbeit von Ernst Brasse, Die Geschichte des Speierer Nationalkonzils vom Jahre 1524. Inaug. Dissert. Halle 1890 S. 38 ff. S. 44 ff. — Vgl. endlich Diözesan-Archiv von Schwaben. Jahrgang (8) 1891 S. 29, 30; woselbst Dr. Giefel ein Einladungsschreiben Erzherzog Ferdinands zum Regensburger Konvente am 9. Mai zum 24. Mai wörtlich abgedruckt. Da dasselbe aus dem kgl. bayerischen Staatsarchive stammt, scheint es mit keinem der von Friedensburg (S. 511 Anm. 1) und A. v. Druffel (Die bayerische Politik im Beginne der Reformationszeit 1519—1257 [Abh. der k. b. Akad. der Wissensch. III Cl. XVII Bd. III, Abth. 1885 S. 660 Anm. 2]) angeführten Schreiben identisch zu sein.

das Papsttum band; mußten sie es nicht vielmehr dem obersten Leiter der Christenheit selbst überlassen⁵²? Die große geschichtliche Bedeutung des Regensburger Konvents ist nicht von der Hand zu weisen; hier hat die Geburtsstunde der Gegenreformation geschlagen. Gar bald dehnte sich dieses Bündnis auf eine Reihe anderer gleichgesinnter Fürsten Mittel- und Westdeutschlands aus und gab die Veranlassung zu den Gegenbündnissen der Lutheraner. Bischof Wilhelm zeigte sich mit den hier getroffenen Bestimmungen vollständig einverstanden⁵³. Sein Vertreter, der sich in der Versammlung zuerst nicht binden wollte, sagte nur die Einwilligung seiner Herren insofern zu, daß die Regensburger Beschlüsse nur für die Territorien, nicht für die Diözesen Geltung haben sollten⁵⁴. Doch Wilhelm entschied sich sofort für die Annahme der Artikel in dem ganzen Umfang seiner Diözese. Sehr bald nachdem die Regensburger Artikel in seinem Stifte eingetroffen waren, veröffentlichte er am

52. Treffend urteilt der Straßburger Architekt Daniel Speclin in seiner Chronik: „Nachdem aber die geistlichen zu Straszburg die evangelischen in stadt und landt heftig verklagten und vil geschreys machten, kamen des bischofs von Straßburg gesandten widerum heim, brachten ein reformation mit von Regenspurg, wie es mit den geistlichen auch sein selbs, sich hinfort halten solten bisz zum reichsdag und concilium; darin war aber Gott, Christus noch sines worts nit gedacht, sunder dasz die geistlichen sollen nit in die wirtzheuser gan und die huren von in schaffen, nit auf das gelt zu samlen geflizen, erbar kleidt gan, christlich in kirchen gan, sich nit volsaufen und des naren wercks mehr; das war die kirchen reformation; der cardinal Campegius und könig Ferdinand hatten solchs im namen des pabst und keiser unterschriben, und daruf trauge der bischof, dasz man alles sollte in den kirchen widerum abschaffen und solchs abthun.“ [R. Reuß, Les Collectanées de Daniel Specklin. — Bullet. des mon. hist. d'Alsace II, série Vol. XIV 1889 p. 322.

53. Wilhelm an Schwalbach 25. Juli 1524. (Straßb. Bez.-Arch. a. a. O.) Im Anfange dieses Briefes drückt Wilhelm seine Zustimmung aus. Das Weitere siehe Friedensburg S. 522 Anm. 1.

54. Friedensburg S. 520 Anm. 1.

12. August 1524⁵⁵ einen Erlaß an seine gesamte Geistlichkeit, der im engsten Anschluß an die Bestimmungen des Konventes gehalten war. Wenige Tage darauf, am 17. August⁵⁶ faßte er alle seine Beschwerden gegen die Stadt Straßburg zu einer umfassenden Appellation an den Kaiser zusammen.

Es bedurfte nicht mehr, nachdem zu Regensburg die strenggläubigen Fürsten zusammengetreten waren, des ungemein heftigen kaiserlichen Befehles, der das Zustandekommen des Speyerer Nationalkonzils verbot. Dasselbe war bereits zu Grabe getragen. Ebenso wie im Jahre vorher Karls Aufheben des Reichszollgesetzes die Reichsreform scheitern ließ, so brach jetzt mit der Absage des Nationalkonzils die letzte Hoffnung, die kirchliche Reform zu verwirklichen zusammen. Die Einheit aber, die doch der Lebensnerv eines jeden Staatskörpers sein muß, ging der Nation endgültig verloren. Daß beide Momente, das kirchliche sowie das politische, zu gleicher Zeit reformiert werden mußten, wurde die Ursache des Scheiterns beider. — Das Volk jedoch, dessen jahrhundertlang genährte Sehnsucht nach Besserung der Zustände ihm in diesen Jahren zum ersten Male klar zum Bewußtsein gekommen war, dessen Wille zum ersten Male eine greifbare Gestalt angenommen hatte, konnte diesen Ausgang nicht still ertragen. Es wollte selbst versuchen Recht und Freiheit zu erringen und es tat dies in einer ungeahnten, grauenvollen Weise. Das Sturmjahr 1525 war die Antwort auf die Unterlassungssünden der vergangenen Zeit.

55. T. W. Roehrich, Mittheilungen aus der Geschichte der evangelischen Kirche des Elsasses Bd. I (1855) S. 161—171 enthält den Abdruck des bischöflichen Erlasses. Vgl. A. Baum, S. 64 Anm. 1 — s. auch oben Anm. 52.

56. A. Baum S. 83.

II. Kapitel.

Wilhelm als Statthalter im Erzbistum Mainz.

Herbst 1524 bis Frühjahr 1526.

¹ § 1.

Annahme der Statthalterschaft Oktober 1524.

Wohl am richtigsten traf Buzer die Stimmung Wilhelms von Honstein zu Ende des Jahres 1524, wenn er an Zwingli am 31. Okt. schrieb: „Episcopus noster, pertaesus fortasse regnum Christi videre vires cotidie sumere, ditionis Moguntinae factus est perfectus².“ Wilhelm wollte fort aus Straßburg; er war des langen Haders müde geworden. Und so wird er denn die Gelegenheit, die sich ihm in der Uebernahme der Mainzer Statthalterschaft bot, gerne ergriffen haben. Die Beziehungen zu der Metropolitankirche, in der er seine Kindheit und Jugend verlebt hat, wird er nach seiner mißglückten Bewerbung um die Mainzer Kur vom Jahre 1514 nie ganz aufgegeben haben, wenn uns auch darüber die Nachrichten fehlen.

So hatte er vom Wormser Reichstag aus sich nach

1. Es sei hier bemerkt, daß die Biographien über Albrecht von Mainz von J. H. Hennes (Albrecht von Brandenburg, Erzbischof von Mainz und von Magdeburg. Mainz 1858), und von Jakob May (Der Kurfürst, Kardinal und Erzbischof Albrecht von Mainz und Magdeburg 2 Bde München 1865, 1875), deren wissenschaftliche Unbrauchbarkeit allgemein bekannt ist, nur dann zitiert werden, wenn aus ihnen allein geschöpft werden mußte.

2. Zwingli opera VII 367 bei A. Baum S. 68 Anm. 3. Ob Wilhelm, wie Cochläus in seinem Widmungsbriefe der „Acta et decreta consilii Triburiensis“ [1524] meint, mit allgemeinem Jubel in Mainz aufgenommen worden ist, scheint fraglich. Man muß an diesen Brief bei seiner Bewertung den Maßstab legen, wie man es auch heute bei ähnlichen Lobhymnen zu tun pflegt s. Buch II Kap. II § 4 Anm. 8.

Mainz begeben, um dort an dem auf den 4. April 1521 festgesetzten Generalkapitel in seiner Eigenschaft als Domkapitular teilzunehmen³. Gewisse Differenzen zwischen dem Kapitel und dem Kardinal Albrecht hatten zur Folge, daß hier beschlossen wurde, eine Gesandtschaft an den in Worms weilenden Kurfürsten abzuschicken, um ihm darüber vorzutragen. Zu ihr gehörte auch Wilhelm von Straßburg.

Drei Jahre später nahm er ebenfalls an dem Generalkapitel — am 25. Mai 1524 — in Mainz teil. Auf diesem wurde, wie bereits mitgeteilt⁴ über die Zunahme der lutherischen Bewegung im Erzstifte geklagt. Hier mag auch über die Annahme einer Statthalterschaft die erste Anknüpfung Wilhelms mit dem Kapitel und wohl auch brieflich mit Albrecht erfolgt sein. Im August des Jahres 1524 hatte Wilhelm bereits mit seinem Straßburger Domkapitel die Verhandlungen über die Regierung während seiner Abwesenheit abgeschlossen; am 12. Oktober trat er in Mainz sein Amt an. Wilhelm mag sich vielleicht der Schwierigkeiten, die seine neue Stellung mit sich brachten, nicht recht bewußt gewesen sein. Er hatte hier in dem Mainzer Domkapitel eine ganz anders geartete Körperschaft vor sich wie in Straßburg. In seinem Stifte hatten die Domkapitulare nur einen sehr geringen Einfluß auf die Regierung des Bistums ausgeübt; der Bischof konnte ziemlich selbständig handeln; es ging jeder seine eigenen Wege. Dafür fand er aber auch in ernsten Dingen, wie das Vordringen der Reformation es gezeigt hatte, nicht die wünschenswerte Unterstützung, wofür jedoch andererseits gewisse Rücksichtnahmen und Verpflichtungen, welche die Domkapitulare dem Rat der Stadt Straßburg gegenüber nehmen mußten, zum Teil verantwortlich gemacht werden müssen.

3. Würzburg. Kreisarchiv, Mainzer Domkapitelprotokolle Bd. IV Fol. 606.

4. Siehe Buch II Kap. I § 7 Anm. 34 und 48.

Wilhelm konnte deshalb während der häufigen langen Abwesenheiten in den vergangenen Jahren die Regierung im Stifte seinen Räten überlassen und dachte niemals daran, dem Domkapitel an derselben einen Teil einzuräumen. Auch jetzt, da er sich zu einer Trennung von seinem Bistum auf mindestens ein Jahr anschickte, verfuhr er nicht viel anders⁵. Seine drei ersten Beamten: der Hofmeister, der Hofrichter und der Kanzler sollten die Regierung führen; die Kanzleigeschäfte blieben dem bewährten Eitelhans Rechburger und seinen Unterbeamten allein anvertraut. Nur in wichtigen Fragen sollte das Domkapitel zur Beratung herangezogen werden und in ganz dringenden Angelegenheiten sollte es den Bischof in sein Stift zurückrufen.

Wesentlich anders lagen die Dinge im Mainzer Erzstift. Hier waren neben dem Domkapitel auch noch die Landstände — der Adel und die Prälaten — Faktoren, mit denen der Landesherr zu rechnen hatte. Dazu kam für das Hochstift der glückliche Umstand, daß es in der Stadt Mainz der Herr war und der Rat und Magistrat es nicht so einengen konnten, wie dies in Straßburg der Fall war. Einen ganz besonderen Einfluß auf die Landesregierung verstand sich das Mainzer Kapitel während der Abwesenheit des Kurfürsten zu verschaffen. Bereits 1459⁶ in der Wahlkapitulation des Kurfürsten Diether von Isenburg wurde bestimmt, daß bei einer Abwesenheit von mehr als einem Monat ein Statthalter eingesetzt werden müsse, über dessen Person Rat und Zustimmung des Kapitels maßgebend sein sollte. Diese für den Erzbischof überaus lästige Bestimmung galt auch noch zur Zeit Albrecht II. Bei ihm mußte sie besonders

5. Ich zitiere diese Bestimmungen nach dem Manuskript von Gaß, der die einschlägigen Akten im Thomas-Archiv benutzte. Ich habe bis jetzt diese von Gaß nicht näher präzisierten Archivalien in dem genannten Archive nicht auffinden können.

6. Manfred Stimming: „Die Wahlkapitulationen der Erzbischöfe und Kurfürsten von Mainz (1233—1788) Göttingen 1909“ S. 112.

häufig in Kraft treten, da er die Regierung von Kurmainz, des Erzbistums Magdeburg und des Bistums Halberstadt in einer Hand vereinigte. So war von August 1515 bis August 1516 Graf Eberhard von Königstein Statthalter im Erzstifte⁷; im Jahre 1518⁸ der Dekan Lorenz Truchseß von Pommersfelden; derselbe wiederum vom 17. Juni 1521 bis zum 17. Juli 1522 Verweser des Erzstiftes⁹. Doch gerade diese letzte Statthalterschaft zeigte die unhaltbaren Zustände. Dem Statthalter war es nicht möglich gewesen bei der ungeheuren Schuldenlast, die auf dem Erzstifte ruhte, irgendwelche erfolgreichen Regierungsmaßnahmen zu ergreifen; dazu kam, daß Albrecht entgegen der Verabredung kein bares Geld zur Tilgung der dringendsten Schulden zurückgelassen hatte. Zieht man noch die Grundverschiedenheit der Charaktere beider Männer in Betracht — Albrecht war schwankend in seiner Gesinnung, augenblicklich noch ganz unter Capitos Einfluß, den lutherischen Bewegungen nicht feindlich, leichtlebig und prachtliebend; Lorenz dagegen von herber, wahrscheinlich unfreundlich sich gebender Sittenstrenge, Tatkraft und Energie im Vorgehen gegen die religiösen Neuerer — so versteht man, daß Lorenz Truchseß am 17. Juli 1522¹⁰ seine Statthalterschaft niederlegte.

Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen versuchte Albrecht jetzt die Macht des mächtigen Domkapitels zu brechen und schuf in diesen Tagen eine neue Regierungs- und Verwaltungsbehörde, in der der Einfluß des Domkapitels und der Landstände aufs geringste reduziert wurde. Dieser

7. J. B. Kißling: „Lorenz Truchseß von Pommersfelden (1473 bis 1543) Domdechant von Mainz. Ein Zeit und Lebensbild aus der Frühzeit der Kirchenspaltung“ [in „Der Katholik“ Jahrgang 1906 S. 1—27, 93—124, 167—201 auch separat als Freiburger Dissert. i. J. 1906 erschienen; von mir aber im „Katholik“ benutzt] S. 24.

8. A. a. O.

9. A. a. O. S. 98 ff.

10. Kißling a. a. O.

„geordnete“ oder „beständige“ Rat, der in seiner Abwesenheit als „Regiment“ regieren sollte, bildete die Grundlage für die oberste Regierungsbehörde, wie wir sie im späteren Hofrat finden. Ende November 1522 schon, als Albrecht wiederum auf längere Zeit sich in seine anderen Stifte begeben mußte, trat das „Regiment“ in Tätigkeit¹¹. Warum aber Albrecht bei dieser Behörde es nicht bewenden ließ und im Oktober 1524 sich entschloß, wieder einen Statthalter „nach gewohnheit des Stifts, und wie seiner gn. vorfarn in der gleichen fall auch gethan hatten“¹², einzusetzen ist nicht recht ersichtlich. Vermutlich hatte das Kapitell durch die unangenehme Lage, in die Albrecht durch den Sickingischen¹³ Handel geraten war, wieder die Oberhand gewonnen.

So lagen die Dinge, als Wilhelm die Uebernahme der Statthalterschaft im Erzstifte Mainz angeboten wurde. Am 12. Oktober 1524 erschien Albrecht vor dem Kapitel in Mainz, mit der Mitteilung, daß der Aufruhr in den Stiften Magdeburg und Halberstadt ihn zum längeren Aufenthalt daselbst nötigte. Er habe nun, fuhr der Kardinal fort, vor einiger Zeit dem Domkapitel zu erkennen gegeben, daß er den Bischof von Straßburg „als einen Kapitular Thumherren zu Mentz zu einem Obersten Rath annemen“ wolle, worin auch das Kapitel im Falle der Anwesenheit des Kur-

11. Hans Goldschmidt, „Zentralbehörden und Beamtentum im Kurfürstentum Mainz vom 16. bis zum 18. Jahrhundert.“ [Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte. Herausgegeben von G. v. Eelow, G. Finke, Fr. Meinecke, Heft 7], 1908 S. 6—11. Den Irrtum Kißlings S. 102 (Anm. 3) berichtigt Goldschmidt S. 11 Anm. 3. — Die letzte Arbeit auf diesem Gebiete: Erwin Hensler, Verfassung und Verwaltung von Kurmainz um das Jahr 1600. Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte der geistlichen Fürstentümer. [Straßburger Beiträge zur neueren Geschichte herausgegeben von Prof. Dr. Martin Spahn II₁, Straßburg 1909] bringt für uns nichts Neues.

12. Würzburg. Kreisarchiv, Mainzer Domkapitelprotokolle IV Fol. 728.

13. Kißling S. 101.

fürsten im Erzstifte eingewilligt habe. Nun bitte er, da er außer Landes müsse, daß Wilhelm von Honstein als Statthalter, nach Art der Vorfahren, zugelassen würde. Am nächsten Tage trug Bischof Wilhelm die gleiche Angelegenheit noch einmal im Kapitel vor, und am 15. Oktober endlich gewährten die Domherren Albrecht einen Abschied für ein Jahr. Für diese Zeit lag die Leitung der Regierung und Verwaltung im gesamten Erzstifte — also auch auf dem Eichsfelde und dem Erfurter Gebiete — in Wilhelms Händen, dem zur Hofhaltung 18 Pferde und 20 Personen bewilligt wurden¹⁴.

Es traf sich günstig für Wilhelm, daß er mit seinem alten Gegner bei der Erzbischofswahl, dem sehr mächtigen Dekan Lorenz Truchseß von Pommersfelden, in einer Kardinalfrage völlig einig war: nämlich in der energischen Abwehr der religiösen Neuerungen¹⁵. Denn sonst hätten die verschiedenen Differenzen zwischen Kapitel und Erzbischof, die Wilhelm als augenblicklicher Erbe des Kardinals auf sich nehmen mußte, namentlich in der leidigen Geldangelegenheit, dem Statthalter seine nach beiden Seiten hin unfreie¹⁶

14. Kreisarchiv Würzburg, Mainzer Domkapitelprotokolle IV Fol. 728₂—731₂ (12.—15. Oktober 1524).

15. Siehe hierüber Kießling a. a. O. passim.

16. Wie sehr das Kapitel es verstand, die Regimentsordnung vom Jahre 1522 zu untergraben und den Bischof materiell zu binden, zeigt folgender Passus der Verhandlungen vom 13. Oktober 1524: „Ein Thumbcapitel acht aber nit für gut oder nutz, das die Ambtleut als vitzdomb oder anndere Hof Rethen seyen, sonnder in Iren ampten gelassen werden, denselben außzuwarten. Als Hofmeister, Kanzler, Marschalk, die mög mein gnedigster Her zum besten verordnen. Und das der Statthalter die sachen zum besten anschik, wöll ein Thumbkapitel Irs verstands gern getrewlich Raten, aber nit verwilligen gelt uff pension uffzubringen oder zu uerpfanden.“⁶ Prot. IV Fol. 730. — Die Zusammensetzung des Regimentes von 1522 siehe Goldschmidt S. 10. — Die Nachricht, von Schunck „Beyträge zur Mainzer Geschichte“ Bd. II S. 192 Anm.: daß Wilhelm der Oberstatthalter war, Lorenz Truchseß aber als Statthalter für das untere

Stellung äußerst erschwert. Doch sollte es nicht dazu kommen. Die gemeinsame Not einer drohenden Revolution verband Wilhelm und Lorenz — wie überhaupt damals im ganzen Reiche alle Gegner — zu gleichem vereinigten Handeln.

§ 2.

Der Bauernkrieg im Erzstifte Mainz¹.

Von den ersten Regungen des Bauernaufstandes in den benachbarten Gebieten des Odenwaldes wurde Wilhelm

Erzstift und Reinhard Graf von Rieneck Vizedom von Aschaffenburg als solcher für das obere Erzstift fungierte, ist von einer Reihe von Autoren übernommen worden [Petri (s. nachher) S. 34 Katholik 1886 I S. 652, Richter S. 166]. Da in den Protokollen von solchen Unterstatthaltern nicht die Rede ist, und Schunck keine Quelle für seine Nachricht gibt, bezweifle ich die Richtigkeit seiner Angabe.

1. Bei der unübersehbaren Fülle des zumeist wissenschaftlich wertlosen Materials ist es nicht möglich, alle Forschungen über den Bauernkrieg in den für Wilhelm von Honstein in Betracht kommenden Gebieten zu verzeichnen; wenn der Verfasser auch hier bemüht war sich die Kenntnis des gesamten gedruckten Materials nach Möglichkeit anzueignen. Dagegen ist von Durchforschung der Archive nach neuem Material für diese Periode abgesehen worden. — Der Bauernkrieg auf dem Eichsfelde und in dem Gebiete der Stadt Erfurt soll hier nicht geschildert werden, da vermöge der geographischen Lage dieser Territorien weniger der Bischof Wilhelm als vielmehr Albrecht selbst und die benachbarten Stände dort eingriffen. Die neueste Literatur, die alle älteren Darstellungen hierüber wertlos macht, bilden Philipp Knieb, „Geschichte der Reformation und Gegen-Reformation auf dem Eichsfelde.“ 1900 S. 21—31 und Theodor Eitner, „Erfurt und die Bauernaufstände im 16. Jahrhundert.“ In Dissert. Halle 1903. — Für den Bauernkrieg im Rheingau (dem unteren Erzstifte) ist benutzt worden: Joh. Peter Schunck, „Beyträge zur Mainzer Geschichte mit Urkunden. 3 Bände 1788, 1789, 1790.“ Auf diesen zuverlässigen Mitteilungen fußen alle späteren Darsteller. Die beste Darstellung bietet immer noch: Petri: „Der Auszug der Rheingauer auf dem Wachholder. Eine Episode aus der Geschichte des deutschen Bauern-

rechtzeitig benachrichtigt und erkannte sofort die Gefahr, die von einem Uebergreifen auf seine Gebiete ihm drohen mußte. Umgehend schrieb Wilhelm von Mainz aus, wo er sich in

krieges.“ („Annalen des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, Bd. VIII 1866 S. 1—99.) Weniger ausführlich, aber das neueste Material berücksichtigend, ist: P. Richter, Geschichte des Rheingaus (1902) S. 123—185. Die jüngste Darstellung der Rheingauischen Empörung von F. C. Jung in „Nassovia“; Zeitschrift für nassauische Geschichte und Heimatkunde. 9. Jahrgang 1908 S. 230 ff., 246 ff., 261 ff. bietet nichts Neues. Ueberblicke finden sich außer in den allgemeinen Darstellungen auch in den genannten Werken von May, Kißling, Hermann und Goldschmidt und für den Anteil der städtischen Bevölkerung an der Empörung bei Curt Kaser (Polit. und soziale Bewegung im deutschen Bürgertum zu Beginn des 16. Jahrhunderts 1899). — Auf die Arbeit von Fr. Jos. Bodmann, „Rheingauische Alterthümer I, II 1819“ glaube ich aus bekannten Gründen verzichten zu dürfen. — Weniger gut sind die Darstellungen über den Bauernkrieg in dem oberen Stifte. Hier mußte noch für Einzelheiten auf das bekannte Buch von W. Zimmermann (Allgemeine Geschichte des großen Bauernkrieges 3 Bde. Neue Ausgabe 1854) zurückgegriffen werden. Die Quellenwerke von F. L. Baumann [Quellen zur Geschichte des Bauernkriegs in Oberschwaben Tüb. 1876 (Bibl. des liter. Ver. Bd. 129); Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges aus Rothenburg o. T. Tüb. 1878 (Bibl. des lit. Ver. Bd. 139)], A. Schäffler und Th. Henner: die Geschichte des Bauernkrieges in Ostfranken von Magister Lorenz Fries 2 Bde. 1876—1883. W. Vogt, Die Korrespondenz des schwäbischen Bundeshauptmanns Ulrich Artzt von Augsburg aus d. J. 1524—1527 4 Bde. 1879, 1880, 1882, 1883 (S. A. aus Zeitschrift des historischen Vereins für Schwaben und Neuburg). — Für die Haltung des Bischofs selbst geben seine Briefe an die Erzbischöfe von Trier und Mainz den besten Aufschluß. Erstere sind veröffentlicht von F. X. Kraus, „Beiträge zur Geschichte des deutschen Bauernkriegs 1525“ [Annalen des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung Bd. 12 1873 [auch S. A.].] Letztere befinden sich im Staatsarchiv zu Magdeburg; Erzstift Magdeburg I. XIV. Mainz 180 und werden hier zum ersten Male mitgeteilt.

Weitere Einzelangaben werden an der betreffenden Stelle jeweils angegeben.

diesen Tagen noch aufhielt, am 28. März an Kurfürst Ludwig von der Pfalz², wie gefährlich es im Schwabenlande und im benachbarten Tauber- und Schipfergrunde aussehe und wie er deshalb sich mit ihm über ein gemeinsames Vorgehen zu einigen wünsche. Wenige Tage darauf schrieb er am 31. März in ähnlichen Worten an den Kurfürsten Richard von Trier³. Auch mit Konrad von Würzburg setzte er sich ins Einvernehmen. Dieser schilderte ihm in einem Schreiben vom 27. März⁴ voller Angst die Anfänge des Bauernaufstandes und, in dem er an ihre beiderseitige Zugehörigkeit zum schwäbischen Bunde erinnerte, erbat er gegenseitige Unterstützung. Wilhelm versprach in einem Briefe vom 31. März⁵, im Notfalle alles zu tun, was erforderlich sei, und drang aufs bestimmteste auf eine sofortige Zusammenkunft der Fürsten von Mainz, Pfalz, Würzburg und Kasimirs von Brandenburg, zur Verständigung über eine energische Abwehr der Empörung.

Doch ehe sie zustande kam, hatten die Bauern aller Orten im Fränkischen sich vereinigt und ihren Siegeszug begonnen. Die südlichsten Aemter des oberen Erzstiftes, Ballenberg⁶ und Krautheim⁷, waren bereits von den Bauernscharen überflutet; die Orte Buchen⁸, Bischofsheim⁹, Kils-

2. Wilhelm an Kurfürst Ludwig v. d. Pfalz. Mainz 28. März bei Lorenz Fries I. S. 12—13.

3. Wilhelm an Kurfürst Richard von Trier. Mainz 31. März bei Fr. X. Kraus Nr. 4. Ueber Richard von Triers Beziehungen zu Wilhelm in dieser Zeit siehe: P. Rettberg, Studien zum Verständnis der Politik des Kurfürsten Richard von Trier in den Jahren 1519—1526. In Diss. Greifswald 1901. S. 56, 60 u. ö.

4. Konrad von Würzburg an Wilhelm. 27. März bei Lor. Fries S. 11.

5. Wilhelm an Konrad von Würzburg. 31. März a. a. O. S. 11—12.

6. Im badischen Kreise Mosbach, Amt Tauberbischofsheim.

7. Ebenda, an der Jagst.

8. Amtsstädtchen im badischen Kreise Mosbach.

9. Gemeint ist nur Tauberbischofsheim an der unteren Tauber

heim¹⁰ und Düren¹¹ hatten sich ergeben müssen; das reiche Kloster Schöntal¹² in der Nähe der Burg Götzens von Berlichingen, das unter dem Schirm des Erzstiftes stand, war ausgeplündert worden. Hier hatten die Bauernhaufen aus dem Hohenloheschen, dem Odenwald, dem Neckar und von der Tauber her sich zusammengetan und bildeten in den ersten Tagen des April den bekannten „hellen Haufen“, der, wie Wilhelm an den Erzbischof Albrecht am 10. April schrieb¹³, bereits auf 7000 Mann angewachsen war.

Um dem Aufruhrgebiete näher zu sein hatte der Statthalter sich in das obere Stift, zunächst übe. Steinheim nach Aschaffenburg¹⁴ begeben und von hier aus am 10. April¹⁵ alle dem Erzbistum untertänigen Edelleute zum Heereszuge entboten. Doch wagten die schon zu sehr von den Bauern

[s. Anm. 6]. Vgl. auch Baumann, Quellen aus Rothenburg S. 358 Anm. 1.

10. Im Briefe steht „Kulsheim“, Dorf im Amt Wertheim im badischen Kreise Mosbach.

11. Im Briefe heißt es „Dhurn“; wahrscheinlich gleichbedeutend mit dem heutigen im Amte Buchen gelegenen Walldürn.

12. Kloster Schöntal, alte Cisterzienserabtei liegt an der Jagst im württembergischen Jagstkreise. Ueber die Vorgänge in Schöntal vgl. ausführlich Zimmermann II 258 f., 277 ff.

13. Alle obigen Nachrichten aus dem gut orientierenden Briefe Wilhelms an Erzbischof Albrecht „Geben zu Aschaffenburgk uff montag nach dem heiligen palmtag, Anno 25“. Staatsarchiv Magdeburg a. a. O. Bl. 1. Ausfertigung. — S. auch Schunck III S. 53—54. Weniger ausführlich teilt Wilhelm die gleichen Ereignisse Richard von Trier am 6. April mit. Die Zahl des hellen Haufens gibt er hier noch mit 6000 Mann an. Kraus Nr. 17.

14. Am 6. April war W. in Steinheim und fragte von dort aus bei Richard von Trier an, ob dieser sich nicht nach Ehrenbreitstein, um Mainz näher zu sein, begeben wolle. F. X. Kraus Nr. 23. Am 16. schreibt Trier zu (Nr. 24).

15. Schunck III S. 55—56. Ausgeschrieben wurden die Edlen nach Miltenberg; in den Kellereien Flöchst, Steinheim und Aschaffenburg war Kost und Futter für die Knechte und Pferde bereit gehalten worden.

abhängigen oder von ihnen in der Lust zum Abfall angesteckten Ritter nicht dem Befehle Folge zu leisten. Ein erneutes Schreiben Wilhelms am 18.¹⁶ blieb ebenfalls ohne Erfolg.

Der Statthalter geriet allmählich in die peinlichste Lage. Er war kurz vor Ostern [16. April] dem Bauernheere noch näher gegangen und hatte sich nach Miltenberg¹⁷ begeben. Hier erfuhr er von den furchtbaren Greueln zu Weinsberg und sah mit Entsetzen, wie seine Ortschaften immer mehr den Empörern beitraten. Ohne auch noch nur einen Schritt der Gegenwehr tun zu können, mußte er wie ein Zuschauer die Ereignisse über sich ergehen lassen. Seine Lehnleute versagten ihm den Dienst; seine Beamten hatte er mit Ausnahme des Marschalls im unteren Stifte zurücklassen müssen, selbst diesen mußte er fortgesetzt zu Unterhandlungen entsenden, so daß alle Last der Arbeit auf ihm allein ruhte, die er „schire nymer erharren mag“, wie er am 21. April in beweglichen Worten an Albrecht schrieb. Dringend bat er ihn, er möge in sein Erzstift zurückkehren¹⁸.

16. A. a. O. S. 57—59. Erhalten sind uns die Befehle an den Bruder Richards von Trier, Friedrich von Greiffenklaue, der jedoch im Gegensatz zu ersterem Anführer der rheingauischen Empörung wurde (s. u.). — Der Befehl vom 18. April ist bereits in Miltenberg erlassen.

17. Lorenz Fries I S. 96.

18. Staatsarchiv Magdeburg a. a. O. Der Brief ist eigenhändig. „In eyl zu miltenberg uff freitag nach dem heiligen Osters-tag [21. April] anno 25.“ Der Brief lautet folgendermaßen: „... E. l. soll mir glawben, das in dissem sweren Handeln eine solche Mühe und arbeit über mich, das ichs schire nymer erharren mag, ich habe niemands bei mir dan den marschalck, den müß ich alle mail hinweg schicken, das ich gar allein bin. Den cantzler und vitzthüm in rinckow [Rheingau] habe ich zu mentz, die haben selbs zu schicken gnug. E. l. wollen itzümb mit meinem schreiben ein gedult haben und besorg, ich werde e. l. ein unnützer diener sein und mocht es sein; so were gut, das e. l. selbs in) nem stift wern. facies hominis facies leonis. her balthasar [Großlag,

Wenige Tage hernach ging Wilhelm wieder Main abwärts nach der Hauptstadt Aschaffenburg, nachdem er sich zuvor von den Bewohnern daselbst freies und ungehindertes Ein- und Ausgehen hatte zusichern lassen. Doch kaum war er hier eingetroffen, als er von den Bürgern der Stadt und der Landbevölkerung aus dem Spessart in seinem Schlosse, welches nur durch 120 Mann verteidigt wurde, drei Tage lang vom 24.—26. April belagert wurde, so lange, bis er ihren Forderungen nachgab und ihre Artikel bewilligte¹⁹. Mit Mühe und Not und scheinbar nicht ohne Lebensgefahr begab er sich dann nach Steinheim. Hier erfuhr er von den weiteren Fortschritten der Bauernbewegung, daß das gesamte Mainzer Gebiet des Odenwaldes bis nach Miltenberg hin in der Gewalt des hellen Haufens war. Auch erhielt er die Kunde, daß das Heer der Empörer sich mainabwärts in den Rheingau und weiter den Rhein herunter begeben wolle, so daß sein „stift gantzlich verderbt und zu scheitern geen wirdet“²⁰.

Domherr] ist von dem capittel abgefertigt, wie e. l. vernemen werden. was e. l. müglich, so welle sie sich selbs darin bedencken und will uff das hoche gebeten haben. sei es müglich e. l. welle selbs herauf komen, was ich dann tun soll, so ich mein herrn bei mir habe, das will ich gera thaün (sic). So weiß ich, das es mit wissen e. l. beschicht; sunst ist es mir zu viel beswerlich ein solchen last uff mich zu laden, wie wole ich nichts handel hinder dem capitel . . .“

19. Der Aschaffener Vertrag ist gedruckt bei May Bd. I Beilage 50 a.

20. Alle obigen Angaben aus Wilhelms Brief an Richard von Trier „geben zu Steinheim uf Frytag nach misericordia domini [5. Mai] anno 25“, Kraus Nr. 48. — Die Chronologie für die Belagerung von Aschaffenburg läßt sich bis auf den Tag genau, nämlich für die Zeit vom 24. bis 26. April 1525, festlegen. Am Sonntag Quasimodo geniti [23. April] verließ Wilhelm Miltenberg und ging nach Aschaffenburg, wie der Rat von Miltenberg an Georg Truchseß schreibt (25. April). Abgedruckt bei K. Walchner und Johann Bodent. „Biographie des Truchsessens Georg III. von

Da blieb ihm dann nichts weiter übrig als, mit den Führern des großen „hellen“ Haufens, deren Hauptquartier Miltenberg war, die seit längerer Zeit gepflogenen Unterhandlungen abzuschließen.

Am 7. Mai kam der Miltenberger Vertrag zustande, abgeschlossen zwischen dem Statthalter, als Vertreter Albrechts, und dem Dekan und Kapitel zu Mainz einerseits und Götz von Berlichingen und Georg Metzler von Ballenberg, als obersten Hauptleuten der vereinigten Haufen vom Odenwald und Neckar andererseits. Durch ihn wurde das gesamte Erzstift in die Gemeinschaft der evangelischen Versammlung des hellen Haufens eingeschlossen, wofür ihm

Waldpurg“ 1832. Beilage 41 b S. 322. — In einem vom 26. April datierten Briefe wird Wilhelm in Aschaffenburg vom Hauptmann des hellen Haufens aufgefordert in Unterhandlungen einzutreten [Kraus Nr. 50]. Eine Kopie dieses Schreibens legte Wilhelm dem oben erwähnten Briefe vom 5. Mai an Richard von Trier bei und schrieb dabei folgendes: „so wir folgens uß Aschaffenburg kommen und unss bemelten hauffen, der sich der helle und licht hauwffen nennet, nit betreten laissen wolten, habenn wir bewilligen und zusage thun muessen in gütlich handtlong zu gaen, wie wir dann von demselben hauwffen one zwivel vielleicht uß des ertzstift Ments undertanen selbs practicken oder zurichten, wie wir uß vil anzeigongen unß vermuten, laut hierinligender copy [Nr. 50] ersocht werden, also daß wir fürt mit groisser mühe und arbeit alher ghen Steinheim kommen . . .“ Das heißt doch, daß erst, nachdem der Bischof die am 26. April angebotenen Unterhandlungen zugesagt hatte, die Belagerung Wilhelms in Aschaffenburg aufgegeben und der Weg nach Steinheim ihm freigegeben wurde. — Die Angaben Zimmermanns Bd. III S. 518, daß der Vortrab des hellen Haufens in die Stadt Aschaffenburg eingedrungen sei, sind irrig. Wilhelm spricht in seinem Briefe an Kurfürst Richard vom 6. Mai nur „von bemelten [Bürgern] von Aschaffenburg und der Landschaft vor dem Spessart, [die ihn] in groiss merklich anzahl im Schlosse zu Aschaffenburg bis in dritten Tag beleget“. Ja im selben Briefe sagt Wilhelm ganz deutlich, daß der helle Haufe „den nesten von Miltenberg und Amorbach, nit wither dann vier meil von Aschaffenburg ligend“. Vier Meilen südlich Aschaffenburg (d. i. ca. 30 km) liegt Miltenberg tatsächlich.

auch der Schutz der Untertanen und deren Eigentum zugesichert wurde. Verpflichtet wurde das Erzstift auf die allgemeinen 12 Artikel der Bauernschaft, sowie auf eine Reihe von Sonderbestimmungen, die, wie fast überall, Oeffnung der Klöster, Unterwerfung des Adels, Zahlung von großen Kriegsentschädigungen, und Verbindlichkeit des Vertrages für alle Untertanen forderten²¹.

Diese in der Geschichte des Bauernkrieges einzig dastehende Kapitulation berührte die benachbarten Stände aufs peinlichste. Besorgt erwartete namentlich Hessen, dessen Territorium vielfach vom Mainzischen Gebiete umschlossen wurde, die Folgen dieses Schrittes. Als der Statthalter unmittelbar nach dem Abschluß des Vertrages eine Sendung von 100 Reitern, die er von Hessen erbeten hatte, abstellte, da er ihrer nun nicht mehr bedurfte, äußerte der vertraute Rat des Landgrafen Balthasar von Schrautenbach: „Versehe mich, wo die abkündigung des statthelters zu Meintz nicht etwas verborgenes hinter sich habe, so liege numeher der heilige stuel zu Meintz uf der seiten^{21*}.“

Was hätte auch Wilhelm bei der erdrückenden Uebermacht der Bauern anders tun können? Glück genug war es für sein Erzstift, daß er durch diesen Akt der Unterwerfung

21. Schunck III S. 75—80. Nach Zimmermann III S. 519 erschienen in Miltenberg als Vertreter Wilhelms beim Abschluß des Vertrages der Marschall Wolf Böheim, Marx Stumpf und Andreas Rucker.

21*. Marburg, Staatsarchiv Polit. Arch. des Landgrafen Philipp Nr. 200. Orig. Balthasar von Schrautenbach an den hessischen Kanzler Feige (?). 1525 nach 8. Mai (?). (Beilage zu einem nicht mehr festzustellenden Briefe.) — Ich verdanke die Kenntniss dieses Schriftstückes der Güte des Herrn Archivrates Dr. Merx, Archivar am Staatsarchiv zu Münster i. W. — Ueber die Abkündigung der Reiter durch den Bischof vgl. auch F. Küch. Politisches Archiv des Landgrafen Philipp des Großmütigen von Hessen Bd. I Leipzig 1904 [Publikationen aus den K. Preußischen Staatsarchiven Bd. 78] Nr. 193.

den hellen Haufen von seinem beabsichtigten Zuge durch das ganze Mainzer Land abhielt. Bitter beklagte er sich über den gänzlichen Mangel an Unterstützung; mit Mühe und Not hatte er 120 gerüstete Reiter zusammenbringen können²². Der Trierer, der doch stets über die besten Truppen verfügte, schickte erst am 6. Mai 38 Reiter nach dem Erzstifte²³ ab „uf dismal syn nit mehr zu bekommen geweiß, welichs schimpflich zu schriben.“ Unermüdlich war der Mainzer Statthalter tätig gewesen, die benachbarten Fürsten zusammenzubringen. Die drei Kurfürsten von Pfalz, Trier und Köln sollten starke Truppenmassen aufbieten, um sie mit den Seinen, — woher er sie nehmen wollte, gibt er nicht an — zu vereinen²⁴. Mit den fränkischen Fürsten²⁵ ließ er durch seine Vertreter über gleiche Dinge unterhandeln. Schon begann die Siegeshoffnung bei ihm sich wieder zu regen, als er von den Erfolgen des schwäbischen Bundes unter Georg Truchseß von Waldburg im Oberschwäbischen hörte, doch noch mußte er, um die Ruhe

22. Wilhelm an Trier „Geben zu Hoess [Höchst] uf Dinstag nach Cantate [16. Mai] anno 1525“. Kraus Nr. 92. In diesem Briefe schildert er ähnlich wie im Briefe vom 5. Mai aus Steinheim (s. Anm. 20) den ganzen Verlauf der Ereignisse während der letzten drei Wochen.

23. Kraus Nr. 46. Vgl. hierzu a. a. O. Nr. 18, 19, 42, 43 — s. auch Rettberg a. a. O. S. 60.

24. Schon am 10. April schrieb Wilhelm von Aschaffenburg einen Tag aus für die Räte der vier rheinischen Kurfürsten nach Mainz auf Freitag nach Ostern [21. April], um daselbst „von sachen wie solich ufrüre zu stillenn oder aber widderstant zu thun sy zum trewlichsten zu rathschlagen“. Kraus Nr. 18. Trier sagte auch zu (Dat. Paltzel am Osterabend [15. April] a. a. O. Nr. 19); doch ist aus diesem Tage nichts geworden. Erst in dem Brief vom 16. Mai plant Wilhelm diese Vereinigung von neuem. Am 8. Mai versprach Richard von Trier auch gemeinsam mit dem Kurfürsten Ludwig von der Pfalz dem bedrängten Mainzer zu helfen. „Dat Boppart, Montags nach Jubilate anno 1525“ (Kraus Nr. 51).

im Lande aufs notdürftigste zu wahren, in dem unteren Erzstifte²⁶ in gleicher Weise wie im oberen kapitulieren.

In den letzten Tagen des Aprils erst begannen hier die Unruhen. In der Stadt Mainz stellte die Bürgerschaft eine Reihe von Artikeln auf, die ihnen sofort am 25. April vom Domkapitel und Statthalter bewilligt wurden²⁷. Durch diesen raschen Erfolg ermutigt ging jetzt auch die Landbevölkerung, die in diesen Teilen des Erzstiftes nur aus Weinbauern bestand, energisch vor. Am 23. April bereits hatten die Bewohner von Eltville²⁸ ihre Klagepunkte dem Magistrate vorgelegt und mit dem erzbischöflichen Beamten und der Obrigkeit der Stadt über die Beseitigung der Beschwerden beratschlagt. Von den Eltvillern ging die Bewegung auf den ganzen Rheingau über unter Anführung des Ritters Friedrich von Greifenklau²⁹, der ein Bruder Kurfürst Richards von Trier, des schärfsten Gegners des Aufruhrs war. Wilhelm hatte ihn am 10. und 18. April vergeblich zur Dienstleistung gegen die Odenwälder entboten. In den letzten Tagen³⁰ des Aprils wurden 29. Artikel von der gesamten Rheingauischen Bevölkerung als Manifest proklamiert. Der Versammlungsort der Bewaffneten wurde Anfang Mai die uralte Malstätte der Landschaft, der Wacholder, ein Weideplatz zwischen Erbach und Kiedrich

25. Lorenz Fries I S. 94—100 (am 23. April bei Neustadt war Mainz vertreten); s. auch J. E. Jörg a. a. O. S. 611.

26. Zum Ganzen s. Petri S. 27—65; Richter S. 166—176.

27. Schunck I 60—74, Petri S. 36, Richter S. 166. Die Artikel sind auch gedruckt bei F. X. Kraus Nr. 66. — Für Mainz vgl. auch die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis 16. Jahrhundert Bd. XVIII, Mainz II₁ hsg. v. C. Hegel (1882) S. 105—112.

28. Schunck I 174, Petri* S. 27, Richter S. 166.

29. S. über ihn Richter S. 175 f., einige Nachrichten auch bei Schunck I 421—424, 431, 432.

30. Schunck I S. 174—190, Petri S. 27—34, Richter S. 167. Die Rheingauer Artikel sind außerdem noch gedruckt bei F. X. Kraus Nr. 67.

dicht bei Eltville gelegen. Am 9. Mai³¹ tagte hier die ganze männliche Bevölkerung des Landes. Die Bewegung erreichte am 12. Mai ihren Höhepunkt, als die Vertreter des Domkapitels aufgefordert wurden, die Artikel anzunehmen. Dasselbe schob die Entscheidung heraus, bis der Statthalter geantwortet hätte. Dieser, sowie Dekan und Kapitel wurden auf den 18. Mai³² unter Drohungen, daß sie im Falle ihres Nichterscheins ihr Leben verlieren würden, auf den Wacholder berufen, um die nun zu 31 Artikeln zusammengefaßten Forderungen definitiv zu unterzeichnen.

Am angesetzten Tage erschienen der Statthalter und der Dekan persönlich auf dem Wacholder und fügten sich bedingungslos dem Willen der erregten Menge. Am folgenden Tage wurde der Vertrag zu Eltville unterzeichnet und besiegelt. Abermals hatte der Bischof durch eine rechtzeitige Unterwerfung es verstanden, das Unglück nicht noch zu vergrößern. Doch traute er auch jetzt diesem erzwungenen Frieden noch nicht. Voller Sorge befürchtete er, daß der Odenwälder Haufe trotz seines Versprechens noch einmal seinen Verwüstungszug durch das Mainzer Erzstift ausführen möchte, um dann gegen Kurtrier und Kurköln vorzugehen. Abermals und noch eindringlicher als zuvor bat er am 17. Mai Richard von Trier um große Gegenrüstung und ersuchte ihn umgehend nach Limburg zu eilen, wohin Wilhelm sich zur Beratung einfinden würde³³.

Am selben Tage ereignete sich die Katastrophe in Zabern: der Brand seines Schlosses daselbst und seiner Residenzstadt, die grauenvolle Hinschlachtung von 20 000 unterelsässischen Bauern durch die lothringischen Söldner.

31. Schunck I 189, III 60, Petri S. 47 ff., Richter S. 167.

32. Schunck I 191—207, Petri S. 49 f., Richter S. 168.

33. F. X. Kraus Nr. 93. „Instruction wes meins gndsten Herrn von Trier Hauptmann mit ireinem gndsten Herrn von Trier handeln und anbrengen soll. Datum Hoest uff mittwochen nach cantate [17. Mai] anno 1525.“

Diese, wohl die gräßlichste Tat von allen Greueln dieses Jahres, wurde dem schweergebeugten Bischof sofort gemeldet. In hellster Verzweiflung teilte er dies Unglück am 22. Mai von Steinheim aus dem Kurfürsten Albrecht mit. Wenn er zu Hause hätte sein können, schrieb er vorwurfsvoll dem Kardinal, so wäre dies verhindert worden. Albrecht möge nun endlich, wenn ihm die Umstände es erlaubten, in das Mainzer Stift zurückkehren und die Zügel hier selbst wieder in die Hand nehmen, die ihm vollständig entglitten waren. Hatte er doch noch dazu das bittere Gefühl, daß während ihm in seinem eigenen Lande der völlige Ruin bereitet wurde, er hier im Erzstifte ohne Erfolg tätig war, da die rheinischen Kurfürsten ihn im Stiche ließen³⁴.

Mit dem Schlusse des Monats Mai gingen indes die schlimmsten Tage zu Ende. Die langersehnte Hilfe wurde ihm in Aussicht gestellt; zwar nicht vom Rhein her, sondern von dem schwäbischen Bunde, dessen siegreiches Heer nach blutiger Ueberwindung der Oberschwaben und Württemberger nun gegen den hellen Haufen vorging. Am 2. Juni ereilte diesen der Vernichtungsschlag bei Königshofen an der Tauber.

34. Staatsarchiv Magdeburg a. a. O. Bl. 10, eigenhändiger Brief Wilhelms an Albrecht. „Datum Steinheim uff montag nach vocem jocunditatis [22. Mai].“ Eine Probe aus diesem ungewöhnlich stillos geschriebenen Briefe zeigt deutlich die erregte Verfassung, in der sich Wilhelm in diesem Augenblicke befand: „in diesser Stunde ist mir botschafft komen, das der Hertzog von Luttingen nach eroberung meiner Hoffhaltung Sloß und Stat elsas zabern hait er das geblundert und an vier Orten angesteckt außgebrant, das gebe ich e. l. mit betrübten gemüt zu erkennen und wo ich in meinem Stifft gewesen wolt ich das furkomen habe mit hilff meiner Hern und guten freunde. Kome also umb unschulde umb das mein. was nachrede Spot und Schande, ich zu dem Schaden liden muß, haben e. l. an zweiffel wole zu erwegen . . .“

§ 3.

Niederwerfung der Empörung im Erzstifte
Mainz und im Bistum Straßburg.

Der schwäbische Bund hatte allen Grund, dem Bischof die mehrfach erbetene¹ Unterstützung zu gewähren. Denn Wilhelm hatte sich trotz der Bedrängnis und der materiell ungünstigen Lage, in der er sich befand, von den ersten Tagen des Bauernkrieges als eines der opferwilligsten Bundesmitglieder erwiesen². Als Ende Februar der Bund für die Beilegung des Aufruhrs in den württembergischen Landen Erzherzog Ferdinands auch in Mainz einen Beitrag von 1050 Gulden forderte, suchte Wilhelm die Herbeischaffung des Geldes mit allen Mitteln durchzusetzen. Obwohl anfangs das Mainzer Kapitel jegliche Belastung des Klerus oder der Untertanen für aussichtslos erklärte, gewährte schließlich im März die Mainzer Geistlichkeit 1000 Gulden auf „begeren und heftig anhalten“ des Statthalters³.

In diesen Tagen konnte Wilhelm sogar dem

1. Ulrich Artzt II Nr. 219. Hauptmann Ulrich Artzt an den Rat von Augsburg 18. April.

2. So hatte er zum Beispiel einen vom Bund in Mosbach angesetzten Tag als Einziger beschicken lassen, während Pfalz und Württemberg nicht erschienen. Ulrich Artzt II Nr. 238 (d. d. 21. April).

3. Am 11. Februar berichtet Ulrich Artzt an den Rat zu Augsburg, daß ein Drittel der Bundeshilfe beschlossen sei (a. a. O. I Nr. 29); am 24. Februar schreibt der Bund an Truchseß, daß zwei Drittel der Bundeshilfe gefordert sei und daß Mainz, Pfalz und Hessen, welche keine Reisige stellen, ihren Sammelplatz in Stuttgart haben (a. a. O. I Nr. 61); am 25. Februar werden durch ein Ausschreiben des Bundes von Mainz 1050 Gld. gefordert (a. a. O. Nr. 70). — Ueber die Verhandlungen Wilhelms mit dem Mainzer Domkapitel über die Hilfeleistung für den Bund siehe die Protokolle der Kapitelsitzungen vom 8. März und 1. April (Würzburg a. a. O. fol. 743 A und 745 B).

schwäbischen Bunde ein Kontingent von 200 gerüsteten Reitern unter Führung des erzbischöflichen Hofmeisters Frowin von Hutten zu Verfügung stellen⁴. Es berührt eigentümlich zu sehen, daß Wilhelm für andere durchzusetzen imstande war, was ihm, trotzdem er Hilfe bitter nötig brauchte, im entscheidenden Momente versagt blieb.

Erst nach der Zerspaltung der oberschwäbischen Haufen dachte der Bund daran, den bedrängten Mitgliedern Pfalz, Mainz und Würzburg zu helfen. Ende Mai war er nach Vernichtung der Württemberger dazu in der Lage⁵. Am 28. vereinigten sich die Heere von Pfalz und Trier mit dem des furchtbaren Bauernjörgen. Beide Kurfürsten und der Pfalzgraf Otto Heinrich nahmen von nun an an dem blutigen Werke des Truchsessens teil. Nach der Schlacht von Königshofen wandte man sich nach Würzburg, um den in schwerster Belagerung auf dem Schlosse zu Frauenberg bei Würzburg ausharrenden Bischof Konrad zu befreien. In Haidingsfeld schlug das vereinigte, viele Tausende starke Fürstenheer sein Lager auf. Am 7. Juni gelang es, die Belagerung zu durchbrechen und der letzten nennenswerten Bauernstreitmacht den Garaus zu machen⁶.

4. Am 22. März berichtet Hauptmann Ulrich Artzt an den Rat zu Augsburg, daß die Hilfe von Mainz täglich ankommen soll (Ulrich Artzt I Nr. 138). — Am 14. April schreibt der Bund dem Kurfürsten von der Pfalz, er solle, wie der Bischof Wilhelm von Straßburg 200 Pferde auf Bundeskosten annehmen (a. a. O. II Nr. 207). Hieraus könnte man schließen, daß Wilhelm diese 200 Reiter für seine Zwecke angenommen hatte; doch ist dies ausdrücklich widerlegt durch Wilhelms eigene Angaben. In dem schon angeführten Briefe vom 16. Mai an den Kurfürsten Richard (Kraus Nr. 92) schreibt Wilhelm, er habe, als er in Aschaffenburg belagert worden war, nur über 120 gerüsteter Pferde verfügt. Am 28. Mai schreibt Wilhelm an Albrecht: „So halte ich 200 pferd bei dem bund, die ich auch versolden muß.“ [Arch. Magdeburg a. a. O. Bl. 6—9.]

5. Ulrich Artzt II Nr. 279, 281 (d. d. 27. April); Nr. 394 (d. d. 17. Mai).

Am Tage vorher⁷ traf auch Wilhelm von Straßburg im Lager von Haidingsfeld bei den siegreichen Fürsten ein, um sie nun persönlich zu veranlassen, ihm wieder zu seinen

6. Wilhelm schreibt am 28. Mai, immer noch von Steinheim aus, an Erzbischof Albrecht: „trier pfaltz wirtzburg und Hertzog Ott Heinrich Seindt eigner person zu den pundischen gezogen mit 1500 reisigen und 4000 zu fuß.“ In demselben Brief wiederholt der Statthalter noch einmal die Klagen vom 22. Mai über das Unglück in Zabern und die Bitte Albrecht möge zurückkehren. Zugleich fordert er 2000 Gulden von ihm zur Besoldung seiner Reiter und Unterhaltung der Pferde.

7. Daß Wilhelm erst jetzt sich den Fürsten angeschlossen hat — nicht schon vor der Schlacht bei Königshofen — ergibt sich aus den Berichten Jörg Truchseß an den Bund vom 3. Juni (Ulrich Artzt III Nr. 457) und 7. Juni (a. a. O. Nr. 465), in denen stets nur die Kurfürsten von Pfalz und Trier als Teilnehmer an seinem Zuge genannt werden. Erst am 12. Juni erwähnt ihn der Feldherr (a. a. O. Nr. 473). Vom 6. Juni ab ist Wilhelms Anwesenheit bei den Fürsten bezeugt. Am 8. Juni 1525 schreiben Ciliax von Linsingen und Sigmund von Boineburg, Führer des hessischen Kontingents beim Schwäbischen Bunde an Landgraf Philipp von Hessen: „... Es ist auch, gnediger furst und her, der stathelter des erzbisthums Mentz unser gnediger her etc. am vorgangnen dinstag [d. i. 6. Juni] auch vor Wirtzburgk an uns gestossen ...“ (O. Merx, Beiträge zur Geschichte der religiösen und sozialen Bewegung in den Stiften Mainz, Würzburg und Bamberg (1524–1526) [Archiv des historischen Vereins von Unterfranken und Aschaffenburg Bd. 49 S. 150, Würzburg 1907.]) — Thomas Zweifel schreibt in seiner Chronik, daß die Rothenburger Gesandten am 7. Juni ins Lager der Fürsten gekommen seien, dort „hetten sie sich als bald bey her Jörg Truchseßen . . ., der damals bey dem bischof von Straßburg und anderen Fürsten im stettlin Haidingsfeld was, anzaigen lassen“. (Baumann, Quell. z. Gesch. d. Bauernkr. aus Rothenb. S. 469; s. auch S. 470.) Doch meint eben dieser Chronist, Wilhelm sei schon vor dem 28. Mai, bevor das bündische Heer Neckarsulm genommen habe, mit Truchseß zusammengetroffen (a. a. O. S. 211); während doch sein Aufenthalt am 28. Mai in Steinheim feststeht. — Als Teilnehmer an dem Einzug der Fürsten in Würzburg am 8. Juni wird der Bischof von Straßburg aufgeführt in dem „Tagebuch des Herolds Hans Lutz“ bei Baumann, Quellen z. Gesch. d. Bauernkr. in Oberschwaben S. 631.

Rechten zu verhelfen. Nicht als ein Unterstützender, wie er gern gewollt hatte, sondern gleich einem Hilfeflehenden erschien er bei ihnen, begleitet von einem Häuflein von „nicht vil über 50 pferdt“⁸.

Nachdem die Fürsten ihr Strafgericht im Bistum Würzburg vollendet hatten, trennten sich am 12. Juni die Heere. Georg Truchseß, der Bamberger und Markgraf Kasimir wandten sich nach Schweinfurt, während Pfalz und Trier mit Wilhelm in das Erzstift zogen, um den Statthalter in seinem Lande wieder einzusetzen. Der Bundesfeldherr Georg hatte den Bitten Wilhelms entsprochen und ihm in der Person des erzbischöflichen Hofmeisters Frowin von Hutten einen geeigneten Strafrichter und Brandschätzer beigegeben⁹.

Wohl war Wilhelm gesonnen, die unbedingte Herr-

8. [Georg Ernst Walldau]. Materialien zur Geschichte des Bauernkrieges in Franken, Schwaben, Thüringen usw. im Jahre 1525. Dritte Lieferung. Chemnitz 1794 S. 219. W. hatte, wie er am 28. Mai an Albrecht schrieb [a. a. O.], die Absicht, 200 Reiter für sich in Sold zu nehmen. Wenn die obige Nachricht wahr ist, was nicht bezweifelt zu werden braucht, hat er also nur eine geringe Anzahl Reiter aufreiben können.

9. Ulrich Artzt III Nr. 473. 12. Juni Jörg Truchseß an den Bund: „Seind die baid churfursten bischof zu Trier und pfalzgraf, auch der statthalter der erzstift Meintz und herzog Ott Hainrich. Meine genedigisten und genedigen Herrn, entschlossen mit iren Kriegsfolk zu roß und zu fueß anheut dato den nechsten auf den erzstift Meintz desselben abgedrungen stett, schloß, fleckhen, land und leut wiederumb zu erobern, auch zu geburlicher straf und gehorsame zu bringen zu ziehen, und gemelter stathalter an mich begert von wegen gemeiner bundsstend ainen an meiner stat zu inen zu verordnen in der straf der rechten principal, der brandschetzungen und daz die underthan so zu gehorsame bracht wiederumb huldigen helfen zu handeln . . . han ich Herr Frewein von Hutten ruttern, meinen lieben und gueten freund darzue vermugt . . .“ Am 14. Juni schreibt Ulrich Artzt (a. a. O. IV Nr. 500) nach Augsburg: „Am 12. Montag (12. Juni) sind Trier, Pfalz und die jungen Fürsten von Bayern auf Mainz verrückt, um „den bischofen von Straßburg als statthalter einzusetzen“.

schaft im Erzstifte wieder zu gewinnen und die Schuldigen zu bestrafen, doch nicht in dem Sinne des Georg Truchseß und der ihm gleichdenkenden Fürsten. Ein Zeichen edelster Humanität und Herzensgüte ist sein jetziges Vorgehen gegen die besiegten Bauern. Hoch erhebt er sich in diesen Tagen über die überwältigende Mehrheit seiner Standesgenossen. Wie anders tritt er auf, als der düstere Konrad von Thüngen, der Bamberger, der Kardinal Albrecht, Richard von Greifenklau, der Markgraf Kasimir, die oberösterreichische Regierung, um von Anton von Lothringen ganz zu schweigen, von deren barbarischen Strafgerichten er hatte Zeuge sein müssen! Eine verhältnismäßig geringe Geldlast als Kriegsentschädigung wurde der Landschaft auferlegt; nur die Rädelsführer, deren Zahl sehr niedrig bemessen war, wurden enthauptet; die aufgedrungenen Verträge wurden kassiert und die Waffen abgeliefert¹⁰. So hielt es Wilhelm mit der Bestrafung der Untertanen und der Wiedereinnahme seiner Herrschaft. Wie er vordem durch gewiß nicht rühmliche Unterwerfung von dem Lande, das seiner Verwaltung unterstellt war, die Schicksale der Nachbargebiete ferngehalten hatte, so bewahrte er es jetzt vor der greuelvollen blutigen Rache, wie sie ringsum geübt wurde. In der Milde und Herzensgüte, die ihn in Tagen der Not bis zur Schwäche und Haltlosigkeit führten¹¹, zeigt sich sein vornehmer Charakter und der Adel seiner Gesinnung, liegt zugleich aber auch der Mißerfolg seines Lebenswerkes begründet. Die Zeit, in die ihn sein Schicksal gestellt hatte, forderte andere, roher und gewaltiger geartete Menschen, als Wilhelm von Honstein.

Den drohenden Ankündigungen des Truchsessens¹² an

10. S. hierüber Petri und Richter a. a. O.

11. Den Vorwurf der Schwäche macht ihm auch in Bezug auf den Miltenberger Vertrag v. Bucholtz, Ferdinand I Bd. II S. 149.

12. Schunck I 238—241; datiert ist dieses Schreiben aus „Wirtz-

die Landschaft, folgte eine milde Berichtigung durch den Statthalter¹³. Er teilte den Rheingauern öffentlich mit, daß er nach Würzburg geeilt wäre, um die Vernichtung ihres Landes durch die Bündischen abzuwenden; doch wäre es ihm nicht ganz gelungen. Sie sollten nun, um die Strafexpedition Frowins von Hutten zu mildern, Abgeordnete zu ihm schicken und sich auf Gnade und Ungnade unterwerfen. Aehnliche Kundgebungen sind für das obere Erzstift, wohin sich die Fürsten ja zuerst wandten, nicht bezeugt; doch mag Wilhelm auch hier begütigend und lindernd den Forderungen Frowins entgegengetreten sein. Am 16. war man in Miltenberg¹⁴, vom 18. bis 20. Juni in einem vor Aschaffenburg aufgeschlagenen Lager¹⁵. Der vor sechs

burg auf Sonntag nach Trinitatis, Anno Domini 1525“, d. i. der 11. Juni. Schunck gibt irrtümlich den 12. Juni an (S. 241); diesen Fehler hat auch Petri S. 69 übernommen. Richter (S. 176) meint sogar, daß „Frundsberg (!?) als oberster Hauptmann des schwäbischen Bundes, am 18. (!) Juni“ dies Ausschreiben erlassen habe und Wilhelm vorher (am 16. Juni) sich bemüht habe dies zu verhindern. Diese Umdrehung der Tatsachen ist wohl von Richter durch die ungenaue Datierungsangabe bei Schunck „Sonntag nach Trinitatis“ veranlaßt. Doch kann nur der Sonntag Trinitatis, d. i. der 11. Juni gemeint sein, da Truchseß seit dem 12. Juni, wie wir aus seinen Berichten [Ulrich Artzt Nr. 473, 483 u. ö.] wissen, sich nicht mehr in Würzburg aufhielt.

13. Schunck I 241—242, Petri S. 70, Richter a. a. O.

14. Das Ausschreiben Wilhelms (siehe Anm. 13) ist datiert: „Gegeben in Eil zu Miltenburg auf Freytag nach unsers Herrn Fronleichnamstag, Anno 1525“, d. i. 16. Juni.

15. Wilhelms Aufenthalt in Aschaffenburg ist bezeugt: 1. für den 18. Juni durch den Brief der drei Fürsten an den Frankfurter Rat: „Dat. Aschaffenburg uff sonntag nach corporis Christi, anno. XXV“, gedr. bei F. X. Kraus Nr. 86 und in „Johann Marstallers Aufruchrbuch“ in Quellen zur Frankfurter Geschichte. Zweiter Band S. 213 f.; 2. für den 19. bis 20. Juni aus den Aufzeichnungen über die Verhandlungen der Frankfurter Gesandten bei den Fürsten in „Wolfgang Königsteins Tagebuch“ und in „Marstallers Aufruchrbuch“ in Frankfurter Quellen II S. 92 f., 215.

Wochen abgeschlossene Vertrag wurde öffentlich für nichtig erklärt. Von hier aus zog man nicht weiter in das untere Erzstift, sondern ging geradenwegs nach Rheinfranken, gefolgt von den demütig um Gnade flehenden Vertretern des Rheingaus und der stolzen Reichsstadt Frankfurt¹⁶. Am 21. bis 23. war Wilhelm in Oppenheim¹⁷ und wieder mit den Fürsten gemeinsam im Lager von Pfeddersheim¹⁸, dicht bei Worms, wo der letzte Rest der rheinfränkischen Empörer sich zusammengeschart hatte. Hier wurden die Verträge mit den Rheingauern und der Stadt Frankfurt¹⁹ abgeschlossen;

16. Die nach Steinheim bestellten Gesandten von Mainz und dem Rheingau trafen Wilhelm daselbst nicht an, sondern folgten ihm nach Oppenheim, erreichten ihn aber erst in Pfeddersheim [Schunck I 243]. Am 20. Juni muß der Aufbruch nach Oppenheim erfolgt sein (Frankf. Quelle II S. 93).

17. Daß die Fürsten schon am 21. in Oppenheim waren, ergibt sich aus Frankfurter Quellen II S. 93 Z. 23. Wilhelm muß noch länger als die andern Fürsten, bis zum 23. Juni, in Oppenheim gewesen sein, wie die Frankfurter Berichte erkennen lassen, a. a. O. II S. 215—216; vgl. auch den Brief des Pfalzgrafen an Georg Truchseß aus Pfeddersheim vom 26. Juni, in dem der Marsch von Haidingsfeld bis Pfeddersheim beschrieben wird. (Nicolaus Thomanns Weissenhorner Historie bei Baumann, Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges in Oberschwaben S. 120.)

18. Frankfurter Quellen II S. 93, 217, 218, 219. — Hermann a. a. O. S. 160 Anm. 407. Zu der Besiegung der Rheinfranken s. auch K. Hartfelder, Zur Geschichte des Bauernkrieges in Südwestdeutschland 1884 S. 256 ff.

19. Der Vertrag der drei Fürsten mit Frankfurt ist abgedruckt bei F. X. Kraus Nr. 87, hier auch die Vorverhandlungen der Fürsten Trier und Pfalz mit Wilhelm und dem Frankfurter Rat vom 1. Juli a. a. O. Nr. 88, 89. Ferner in Frankfurter Quellen II S. 225 und an den dort angegebenen Stellen. Alle diese Drucke beruhen auf gleichzeitigen Abschriften. Das Münchener Geh. Staatsarchiv bewahrt von dem Verträge ein Original auf Pergament mit gut erhaltenem Siegel (Kast. rot 43/c. 1). Eine Vergleichung mit dem Münchener Original ergab — abgesehen von der Orthographie — völlige Uebereinstimmung mit dem Druck in Frankfurter Quellen, während bei F. X. Kraus Nr. 87 zum Schlusse noch eine Straf-

die ersteren mußten dieselbe Summe, die sie von dem Statthalter zuvor gefordert hatten — 15 000 Gulden — entrichten.

Nach Besiegung der Bauern trennte sich Wilhelm von den Fürsten, die südwärts weiterzogen, und ritt am 1. Juli mit Frowin von Hutten, umgeben von 600 Reitern, in Mainz ein²⁰. Von hier aus wurden im Laufe des Juli die letzten noch nötigen Maßnahmen zur Einnahme des Rheingaaues getroffen. Am 4. und 7. Juli wurden die Waffen der ganzen Bevölkerung im Schlosse zu Eltville abgeliefert²¹. Das schroffe Auftreten Frowins hierbei hatte zur Folge, daß die Rheingauern, jetzt da sie wehrlos seien, einen Ueberfall befürchteten. Am 9. Juli suchte ihnen Wilhelm in einem äußerst milden Schreiben diese Angst zu benehmen²². Am 12. Juli ritt er, begleitet von dem Bundeshauptmann an der Spitze seiner Reiter von Mainz aus in die Ebene zwischen Eltville und Steinheim und ließ sich dort von der gesamten männlichen Bevölkerung des unteren Erzstiftes huldigen;

androhung eingefügt worden ist. — Die letzten Verhandlungen mit der Stadt, die erst am 2. Juli zum Abschluß kamen, führten Trier und Pfalz allein, da Wilhelm, der ihnen für seine Person Vollmacht gegeben hatte, bereits nach Mainz zurückgekehrt war.

20. Die Angabe stammt von Cochläus: „Ein kurzer Begriff von Aufruhren und Rotten der Bauern in hohem Deutschland 1525“ bei Baumann, Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges in Oberschwaben S. 793. Von diesem auch u. a. in Nikolaus Thomanns Weißenhorner Historie (Redaktion A), Baumann a. a. O. S. 120. Etwas anders berichtet Wolfgang Königstein: „adi 2. Julii umb die Zit angeverlich, ist der stadhalter, min her von Honstein, ghein Menz kommen mit im ein Hauptmann von des bunds wegen und 400 reisigen“ (Frankfurter Quellen II S. 94.). — Ich gebe der Darstellung des Cochläus aus dem Grunde den Vorzug, weil am 1. Juli, wie schon angegeben, Wilhelm nicht mehr bei den anderen Fürsten war, und weil der Frankfurter Gesandte die Zeit selbst als „angeverlich“ angibt. — Auch Schunck III 74 gibt in einer Anmerkung als Tag, an welchem die Mainzer huldigten, den 1. Juli an.

21. Schunck I 252 ff, Petri 253, Richter 178.

22. Schunck II 254 f, Petri und Richter a. a. O.

die Verträge vom 18. Mai wurden zerrissen²³. Die bedeutenden Unkosten, die Wilhelm in diesen Tagen erlitten hatte, deckte er durch Einziehung der Güter der entwichenen Bürger, während er auf eine besondere Strafsumme, die ihm der Bund als Entschädigung zugedacht hatte, verzichtete. Am 14. Juli erfolgte die Hinrichtung der Rädelsführer durch Frowin²⁴ in Eltville. Dann zog Wilhelm nach Bingen²⁵ und Gau Algesheim²⁶, um auch hier sich huldigen zu lassen. Am 18. Juli²⁷ treffen wir ihn wieder in Mainz. Die weiteren langwierigen Unterhandlungen über die Behandlung der Entwichenen oder die Einlieferung des „Abtrages“ suchte er sehr zu beschleunigen, oder schob sie auf unbestimmte Zeit hinaus. Es hielt ihn nicht länger mehr im Erzstifte Mainz, er wollte jetzt endlich nach seinem Bistum zurückkehren, das so lange seinen Herrn entbehrt hatte. Anfang Juli war sein Hofmeister aus Zabern bei ihm eingetroffen und hatte ihm gemeldet, daß die Ruhe noch nicht ganz

23. Schunck I 255—257, Petri und Richter a. a. O. Woher Richter die Angabe hat, daß 800 Reiter bei dieser Handlung anwesend waren, habe ich nicht finden können.

24. Schunck I 256. Bei Cochläus (Baumann a. a. O. S. 793) finden sich die Angaben über die Zahl der Hinrichtungen: 4 in Mainz, 9 in Eltville, 3 in Bingen, also im unteren Erzstifte 16; in Aschaffenburg 9, in Tauberbischofsheim 12, von Miltenberg und den anderen Orten des Odenwaldes kennt er die Zahlen nicht. Nach dieser Angabe dürfte die Gesamt-Exekution im oberen und unteren Erzstift wohl höchstens auf 50 zu schätzen sein, im Vergleich zu den Massenmorden in den anderen Staaten gewiß eine denkbar kleine.

25. F. X. Kraus Nr. 96. Wilhelm an Richard von Trier: „Dat. im schloß Clopp über Bingen uff sambstag nach Margarethe (15. Juli) anno 25.“ — Die an sich berechnigte Vermutung Richters (S. 179), daß Wilhelm dem Schauspiel der Hinrichtungen nicht mehr beiwohnte, wird durch diesen Brief an Richard entkräftet.

26. Schunck I 261.

27. F. X. Kraus Nr. 97. Wilhelm an Richard: „Geben zu Meintz uff dinstag nach divisionem Apost. [18. Juli] anno 25.“

wiederhergestellt sei²⁸. Am 2. August teilte Wilhelm dem Kapitel und dem Kardinal mit, daß er sich in sein Stift begeben müsse. Von ersterem erbat er, für seine Abwesenheit einige Vertreter aus ihrer Mitte, bei letzterem fragte er an, wann er nach seiner Rückkehr mit ihm zusammenkommen könne²⁹. Nach diesen Vorbereitungen kehrte er auf unbestimmte Zeit in sein verwüstetes Stift zurück. Am 14. August ritt er in Dachstein — denn Zabern glich einem Trümmerhaufen — ein³⁰.

Gerade so wie Wilhelm von Honstein in seiner Eigenschaft als Mainzer Statthalter in den Schreckenstagen un- ausgesetzt den Kurfürsten Albrecht bestürmte, er möge zurückkehren, so folgten Briefe auf Briefe aus seinem Stifte, die von ihm das gleiche forderten. Seit dem März tönten aus dem Schreiben des Straßburger Dechans Grafen Sigmund von Hohenlohe an den abwesenden Bischof die gleichen Klagen. Man gehorche ihm nicht; die Kapitels- herren täten, was sie wollten; die bischöflichen Räte, welche die Regentschaft führten, befolgten seine Vorschläge nicht; kurzum, das Heft sei ihm gänzlich aus der Hand gefallen. In den Ostertagen war Wilhelm auch wirklich gesonnen zurückzukehren, doch mußte er wegen der bekannten Ereignisse von diesem Vorhaben abstehen³¹.

28. Am 2. Juli verließ der Hofmeister das Stift Straßburg (Manuale). — Am 7. Juli schrieb Wilhelm über die Zustände im Elsaß an Richard von Trier (F. X. Kraus Nr. 95).

29. Würzburg. Domk. Prot. IV 750 B bis 751 A und Magdeburg a. a. O. Bl. 11—12, eigenhändiger Brief: „Datum Mentz uff mittwochen nache vincula petri [2. August] anno etc. 25.“ Ueber den weiteren Inhalt dieses Briefes s. u. Buch II Kap. II § 4 Anm. 41.

30. Manuale d. d. 14. August 1525.

31. Archiv des Domkapitels. Lib. miss. ad Episc. 1521—1526, Sigmund von Hohenlohe an Bischof Wilhelm am 13. März, 17. April, 29. Mai, 5. und 14. Juli 1525. Am 11. Juli schreibt Wilhelm von Mainz aus dem Kapitel, daß er sehr bald zurückkehren zu können hoffe (Bez.-Arch. G. 172).

Die unglückliche Häufung hoher kirchlicher Würden, die im religiösen Leben damals als einer der beklagenswertesten Mißstände angesehen wurde, und am grellsten bei Albrecht von Brandenburg zutage trat, mußte auch in staatlicher Hinsicht die davon betroffenen Bistümer schwer schädigen. Den Mittler Wilhelm von Honstein traf dies Verhängnis mit voller Wucht. Während er dies ihm anvertraute Erzstift vor ernststen Gefahren zu hüten verstanden hatte, mußte er die Vernichtung seines Stiftes über sich ergehen lassen. Die Söldlinge des Lothringer Herzogs, dem er selbst durch seinen Hilfezug äußerst verpflichtet sein mußte, wüteten schlimmer, als zahllose Bauernhaufen im ganzen deutschen Reiche zusammengenommen. Da nützte das ernstliche Bestreben des Domkapitels und der bischöflichen Beamten nichts, diesen Greuel zu steuern; nur des Bischofs persönliche Anwesenheit und Autorität hätte den Lothringer im Zaume halten können³².

Als Wilhelm in sein Land zurückkehrte, war im großen und ganzen die Ruhe wiederhergestellt. Bereits in den letzten Tagen des Juni hatten sein Hofmeister Jakob von Oberkirch als Vertreter des regierenden Herren und der Domkapitular Herzog Georg von Braunschweig im Namen des Kapitels die linksrheinischen Aemter des Straßburger Bistums

32. Für die Darstellung des Bauernkrieges in dem bischöflich-straßburgischen Gebiete verweise ich statt aller Werke nur auf: Karl Hartfelder, „Zur Geschichte des Bauernkrieges in Südwestdeutschland 1884“, der die Hauptquellenwerke benutzt hat, wenn ich mir auch nicht verhehlen kann, daß er der bischöflichen Politik auf Kosten der stadt-straßburgischen, die er in einem zu günstigen Lichte darstellt, nicht immer gerecht geworden ist. Neben Hartfelder sei ganz besonders hingewiesen auf den meisterhaften Aufsatz von F. Kiener, „Zur Vorgeschichte des Bauernkrieges am Oberrhein“ (Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, Neue Folge 19 [1904] S. 479–507). Ueber das Verhalten des Kapitels zu Herzog Anton von Lothringen gibt eine Reihe von Briefen neuen Aufschluß. (Arch. d. Domk. Lib. miss. ad Princ. etc. 1521–1526.)

huldigen lassen³³. Für die auf der rechten Seite des Rheinufer gelegenen Bezirke waren die Verhandlungen noch im Gange. Nur im Oberelsaß war die Erregung zwar äußerlich unterdrückt, doch noch nicht beseitigt. Infolge der maßlosen Härte der Ensisheimer Regierung und der hilfeverheißenden Nähe der Eidgenossen konnte der geringste Funke, der in die Menge der Sundgauer und Oberelsässer, gleichviel welchem Herren sie angehörten, geworfen wurde, den Aufruhr von neuem entfachen.

Sofort nach seiner Rückkehr berief der Bischof Vertreter des Kapitels, sämtliche Amtleute mit den Listen der Rädelsführer, sowie alle seine Vasallen zur Dienstleistung zu sich, um die notwendige Bestrafung zu beraten³⁴. Wenn auch Wilhelm durch die jüngst im Mainzer Lande gemachten Erfahrungen gewitzigt, jetzt energischer auftrat, so blieb doch die Milde in der Art der Bestrafung die gleiche, wie wir sie an ihm kennen gelernt haben. Nach langen Untersuchungen, die erst im Frühjahr des nächsten Jahres abgeschlossen waren, wurden nur die Allerschuldigsten hingerichtet; die Abtragssummen wurden den geplagten Untertanen mit möglichster Schonung und bemessen nach der Höhe ihrer Vermögen und dem Umfang ihrer Schuld aufgelegt. Dieselben sollten in mehreren Raten gezahlt werden,

33. Alle Einzelheiten hierüber im Manuale: Am 21. huldigte das Amt Gugenheim, am 22. Zabern und die zugleich auch der Stadt Straßburg untertänigen Ortschaften Marlenheim, Kirchheim, Nordheim. Am 23. Amt Dachstein und die Bewohner des Breuschaales [Amt Schirmeck]; am 26. die Aemter Epfig und Dambach. Am 27. und 28. endlich die Gemeinden Markolsheim, Hilsenheim und Rheinau mit ihren zugehörigen Ortschaften [d. i. die Aemter Markolsheim und Benfeld]. Ueber die Wiedereinnahme der rechtsrheinischen Aemter und der oberen Mundat ist im Manuale nichts verzeichnet.

34. Manuale d. d. 15. August.

die sich bei manchen Gemeinden bis ins Jahr 1527 hinein-erstreckten³⁵.

In den letzten Augusttagen durchzog Wilhelm in Begleitung seiner Beamten und gefolgt von seinen Vasallen sein Land. Am 19. August treffen wir ihn in Zabern, am 23. in Barr, am 26. wieder in Dachstein, tags darauf in Molsheim, am 31. brach er von Dambach auf, um sich nach der oberen Mundat Rufach zu begeben. Als er hier eingetroffen war, war die befürchtete Empörung im Sundgau und Oberelsaß bereits im vollen Gange. Ja, es ging sogar das ungeheuerliche, aber völlig haltlose Gerücht, daß 16 000 Eidgenossen den Bauern zu Hilfe ziehen wollten³⁶. Wilhelm setzte sofort alle Hebel in Bewegung, um den Aufrührern entgegenzutreten. Die Ensisheimer Regierung, Ferdinand selbst, wurden ersucht mit dem Heere des schwäbischen Bundes zu Hilfe zu eilen. Die Stadt Basel³⁷, die ihre Vermittlerrolle im Breisgau und Sundgau, bisher in hervorragendem Maße ausgeübt hatte, wurde gebeten, die etwa zu ihnen laufenden Empörer abzuweisen³⁸. Ja sogar — und das ist besonders bezeichnend für den Ernst der Lage — der Bischof entschloß sich an Anton von Lothringen zu schreiben und ihn zu bitten, er möge sein Heer gegen die aufrührerischen Bauern von neuem rüsten. Doch soweit brauchte es diesmal nicht zu kommen. Bereits am 9. September ließ Wilhelm sich von den Gemeinden Obersulz, Hartmannsweiler und Wüncheim, die hauptsächlich abgefallen waren, von neuem huldigen³⁹ und konnte bald darauf

35. Alles genauere hierüber an zahllosen Stellen im Manuale, deren Mitteilung ich mir an dieser Stelle versagen muß. Für Einzelheiten s. auch Kiener a. a. O.

36. Manuale d. d. 2. September.

37. Ueber Basel siehe: Paul Burkhardt. Die Politik der Stadt Basel im Bauernkriege des Jahres 1525. Dissert. Basel 1896.

38. Manuale d. d. 3. September, Burkhardt a. a. O. S. 112.

39. Manuale 9. September. Die drei Gemeinden gehören zu der Vogtei Sulz der oberen Mundat Rufach.

die Mundat verlassen und sich nach Epfig⁴⁰ begeben; jedoch ließ er noch den Hofmeister mit einem Trupp Reitern und Fußknechten in Rufach zurück. Ende des Monats war auch im ganzen Sundgau wieder Ruhe eingetreten⁴¹. Nachdem dies geschehen, drängte es den Bischof wieder in das Erzstift zurückzukehren. Denn von dort trafen sowohl vom Eichsfelde, wie aus Aschaffenburg und Mainz, ja selbst aus seiner Heimat, der Grafschaft Honstein, fortwährend dringende Anfragen ein, deren Beantwortung stets darin gipfelte: man solle bis zu seiner baldigen Rückkehr sich gedulden⁴².

Bevor Wilhelm jetzt von neuem sein Bistum verließ, harrete seiner noch eine schwierige Aufgabe. Er mußte sich mit dem Domkapitel auseinandersetzen, das diesmal festere Garantien für die Sicherheit des Landes während seiner Abwesenheit forderte. Auf dem in den ersten Oktobertagen zu Dachstein stattfindenden Generalkapitel verlangten die Domherren, daß Wilhelm im Stift bleibe. Als ihnen die Antwort zuteil wurde, daß dies unmöglich sei, da der Bischof zunächst mit dem Kardinal Albrecht persönlich über seinen Abschied aus der Statthalterschaft beraten müsse, forderten sie wenigstens die Einsetzung eines Regimentes während seines Aufenthaltes im Erzstifte. Doch auch dies schlug Wilhelm ihnen ab, da es für die Kürze der Zeit, die er fern zu bleiben gedenke, nicht lohne. Doch sei er bereit, seine Räte in Dachstein zu belassen, die ständen dann für etwaige Verhandlungen ihnen zur Verfügung. Letzteres war die einzige Konzession, die er ihnen machte. Auch andere sehr dringende und in vieler Beziehung interessante Verhandlungs-

40. Am 15. September Manuale.

41. Am 27. September teilte Wilhelm dem Pfalzgrafen Ludwig von Zweibrücken mit, daß die Sundgauer Bauern beruhigt seien (Manuale. Vgl. auch ebenda 20. und 25. September).

42. Manuale passim.

punkte lehnte er entweder glatt ab oder vertagte sie bis zu seiner Rückkehr⁴³. Am 10. Oktober verließ er abermals sein Stift⁴⁴.

43. Bez.-Arch. G. 155 Nr. 3 enthält die Akten dieses Generalkapitels. Außer der Frage über den Aufenthalt des Bischofs, kam unter anderem der Streit zwischen dem Dechan Sigmund von Hohenlohe und den Kapitelsherren zur Sprache; ferner eine vom Magistrat der Stadt Straßburg vorgelegte Gottesdienstordnung für die Karwoche und der Entwurf für den Kirchengesang. Hierüber hatte der Dechan schon am 5. Juli an den Bischof nach Mainz berichtet (Arch. d. Domk. Lib. miss. ad Episc. 1521—1526). Vor allem aber der Wunsch des Domkapitels, sich in den Schutz und Schirm der Stadt Straßburg zu begeben. — Daß das Generalkapitel in Dachstein stattgefunden hat, ist aus einem Briefe Sigmunds von Hohenlohe an Doktor W. Wölfelin vom 7. Oktober 1525 zu schließen. (Arch. d. Domk. Lib. miss. ad Princ. usw. 1521—1526.) Bis zum 5. Oktober war Wilhelm noch in Ysenburg bei Rufach, am 8. bis 10. in Dachstein, am 10. in Zabern, das er am selben Tage wieder verließ. [St.-A. AA 391. Polit. Cor. I 186 Anm. und Manuale.]

44. Am Schlusse des Abschnittes über den Bauernkrieg möchte ich noch einmal daran erinnern, daß sowohl für die Mainzer als auch die Straßburger Ereignisse zahllose Chroniken und Berichte aus jener Zeit stets des Bischofs Wilhelm gedenken. Ich mußte mich im Rahmen dieser Darstellung, in der der Bauernkrieg ja ohnedies nur einen kleinen Raum beanspruchen darf, auf die oben verwertete Literatur beschränken. Einige Angaben sollen jedoch an dieser Stelle nachgetragen werden: Balan, *Monumenta Reformationis Luthernae* 1884. Brief Ferdinands an Papst Clemens VII. vom 20. Mai 1525 (Nr. 211); Brief von Joh. Eck an denselben vom 25. Juli 1525 (Nr. 37) und von Eck an den Bischof von Verona vom 30. September 1525 (Nr. 258). — Ferner die interessanten Berichte bei Marino Sanuto. *Diarii*. Tom. 38 (1893) S. 267, 337 f., 367 ff., Tom. 39 (1894) S. 32 f. — An Chroniken erwähne ich die im *Bullet des monum. hist. d'Alsace* gesammelten Fragmente elsässischer Chronisten, die noch lange nicht genug gewürdigt sind. Von Schweizer Chroniken die von Konrad Schnitt [Baseler Chroniken Bd. VI 1902 S. 123 f.] und die von Heinrich Ryhiner [ebenda S. 499 ff.] — Die Chronik der Stadt Hall des M. Johann Herolt [Württembergische Geschichtsquellen Bd. I (1894) S. 232]; Martin Cronthal.

§ 4.

Bis zum Speyerer Reichstag.
Wilhelm von Straßburg unter den Führern
der katholischen Reaktion.

Herbst 1525 bis Juni 1526.

Kaum war der Aufstand bewältigt, als die durch die Not erzwungenen Bündnisse der einzelnen Reichsstände sich wieder auflösten. Die seit dem Scheitern der Reichsreform eingeschlagene Politik, welche durch das Jahr 1525 nur jäh unterbrochen war, wurde jetzt in verstärktem Maße wieder aufgenommen. Es waren zwei Momente, die die Richtschnur für das künftige Handeln der Reichsfürsten — der mächtigsten Erben des im Blute der Untertanen erstickten Freiheitsrausches der deutschen Nation — abgaben. Erstens mußte Vorsorge getroffen werden, daß derartige revolutionäre Zustände, wie sie die letzten Jahre gezeitigt hatten und die Sieger noch mit Schrecken erfüllten, unmöglich wurden. Sodann und das war das Wichtigste — drängte die kirchliche Frage, die zu einer eminent politischen geworden war, die Reichsstände dazu, sich endgültig für oder wider zu entscheiden. Die evangelisch Gesinnten mußten jetzt bei dem scheinbaren Schiffbruche ihrer Bestrebungen, alles zusammenfassen, was zu ihnen hielt. Die Altgläubigen dagegen, die alle von dem zelotischen Eck bis zu den religiös indifferenten Parteigängern in dem Bauernkriege nur die „Frucht der lutherischen Saat“¹ erblickten, hielten, zumal

Die Stadt Würzburg im Bauernkriege [hrsg. von Dr. M. Wieland 1887, passim]. Die Nachrichten bei F. J. Mone, Quellensammlung der badischen Landesgeschichte [1854] Bd. II S. 17—41, 98 ff. — endlich sei noch erwähnt: C. Spangenberg, Hennebergische Chronika 1599 S. 255 ff.

1. Unter der Ueberschrift, „fructus germinis Lutheri“ berichtet Eck nach Rom über den Bauernkrieg. Balan Monum. Ref. lutheranae no. 238 und 258.

da Karl als Sieger von Pavia die Hände frei zur Vernichtung der Ketzer hatte, mit Recht nunmehr den Moment der Reaktion für gekommen.

In diesem Sinne wurden in den letzten Monaten des Jahres 1525 und in den ersten des folgenden Jahres zahlreiche Tagfahrten und Zusammenkünfte abgehalten und verschiedene Bündnisse abgeschlossen; zuerst noch unsicher und tastend, gewissermaßen nur um Fühlung zu nehmen und die Gesinnungen der Einzelnen kennen zu lernen; dann aber traten sehr rasch mit geöffnetem Visier die Gleichdenkenden zusammen und schlossen mit bestimmtem Programm ihre vorläufig noch defensiv gehaltenen Bündnisse ab, welche nun die bereits seit dem letzten Nürnberger Reichstage eingetretene Spaltung Deutschlands in zwei konfessionell getrennte Heerlager formell bekräftigten.

Den Anteil, den Wilhelm von Honstein an den Arbeiten der deutschen Nation in ihren schicksalsschwersten Tagen nahm, können wir nicht hoch genug einschätzen. Der sonst so schwankende, zu durchgreifenden Entschlüssen wenig neigende Bischof hatte aus den blutigen Ereignissen der vergangenen Tage die felsenfeste, unumstößliche Ueberzeugung mitgenommen, daß nur die lutherischen Prädikanten die Katastrophe heraufbeschworen hätten. Wie er in der evangelischen Stadt Straßburg „die muter und Wurtz der Embörung“² erblickte, und von nun an zum wenigsten sein eigenes Stift von ihrem unheilvollen Einfluß mit allen Mitteln zu bewahren suchte, so erstrebte er auch in dem zur Erzdiözese Mainz gehörigen Frankfurt die Austreibung der

2. In den sogenannten Annalen Sebastian Brants (Bullet. de la Soc. des Monum. histor. d'Alsace N. S. XIX no. 4619): „Straßburg im verdacht by benachbarten Fürsten und H. H., als wenn sie die muter und Wurtz der Embörung und diß Handels wer. Darumb auch vil feindt, sonderlich den Ertzbischof von Trier, den bischof zu Straßburg und andere mer gehabt, und auch vil heimliche praktiken wider sie vorgehabt und geübt . . .“

lutherischen Prediger, „von denen bis anhero aller unrathe zu Frankfurt entstanden“, wie er an seinen Freund Richard von Trier schrieb³.

Mit einer Energie, wie er sie vorher noch nicht gezeigt hatte, ging er in dem Erzstifte vor. Er erließ im November 1525 Bestimmungen, die ganz im Sinne der Regensburger Reformartikel gehalten waren und denen, die er im August 1524 für die Straßburger Diözese veröffentlicht hatte, sehr ähnlich waren⁴. Scharf wandte er sich in Erfurt⁵ und auf dem Eichsfelde⁶ gegen lutherische Kundgebungen; besonders oft mußte er in Frankfurt⁷ eingreifen. Umgeben und beraten war er in diesen Tagen von zwei Männern, die zu den bedeutendsten Verteidigern des Katholizismus in Deutschland damals zählten, von Johannes Cochläus⁸ und

3. F. X. Kraus a. a. O. no. 95.

4. Würzb. Domk.-Prot. IV fol. 759 A. Die für den Mainzer Klerus gültigen Bestimmungen trug Wilhelm dem Domkapitel in einer Sitzung vom 24. November vor. — Vgl. Fr. Herrmann, Die evangelische Bewegung zu Mainz im Reformationszeitalter S. 23 f.

5. Friedensburg, Reichstag zu Speyer S. 150—163 und die selbst erwähnte Arbeit von: Wilhelm Schum, Kardinal Albrecht von Mainz und die Erfurter Kirchenreformation (1514—1533). [Neujahrsblätter. Herausgegeben von der historischen Kommission der Provinz Sachsen. 2. 1878] S. 27 ff. — vergl. auch Theodor Eitner, Erfurt und die Bauernaufstände im 16. Jahrhundert, Diss. Halle 1903 S. 39 f. und S. 101—108.

6. Würzb. Domk. Prot. IV Fol. 765. Bericht Wilhelms im Capitel am 13. März 1526.

7. Siehe Frankfurter Quellen Bd. II S. 83 u. ö.; daselbst ist S. 83 Anm. 1 die Literatur angeführt.

8. Ueber Cochläus Beziehungen zu Wilhelm s. Martin Spahn: „Joh. Cochläus“ 1898 S. 119. C. widmete dem Bischof 1524 zwei Werke. 1. Tractat St. Cypriani von einfaltigkeit der Prelaten und einigkeit der Kirchen.“ (Spahn a. a. O. S. 344 f.) (s. auch A. Jung, Beiträge zu der Geschichte der Reformation, Zweite Abteilung, Geschichte der Reformation der Kirche in Straßburg 1830 S. 309 und Ficker-Winkelmann a. a. O. (Bd. I Tafel 37.) 2. Acta et Decreta concilii Triburiensis 1524 (Spahn S. 345). Letzteres enthält einen

Friedrich Nausea. Letzteren zwang er der Stadt Frankfurt als Prediger auf und versuchte ihn dort gegen den Widerstand der Gemeinde zu halten⁹. So wie er in dem engeren Rahmen der Tätigkeit eines Landes- und Kirchenfürsten vorgeht, suchte er im großen auch im Reiche selbst zu wirken. Wir haben es deshalb für nötig erachtet, seine kirchliche Tätigkeit in der Diözese und dem Erzstifte Mainz kurz zu skizzieren, weil aus ihr am besten seine damalige Gesinnung ersichtlich ist und sie vorbildlich wurde für seine politische Tätigkeit bei den Reichsfürsten, der wir nun wieder unser Augenmerk zuwenden.

aus Mainz vom 1. November 1524 datierten interessanten Widmungsbrief an Wilhelm, dem wir folgenden Passus entnehmen: „Quo factum est, ut, cum tumultus et seditiones ac res novae in civitate et provincia Magdeburgensi, quas ibi suscitant ac moliantur Lutherani, praesentiam eius [d. i. Cardinal Albrecht] maxime desyderent, ut per ipsum sedentur, ne in maius malum excrescant, tuam princeps illustris personam prae omnibus aliis Ecclesiae Moguntinae membris, inter quae profecto complures sunt viri et virtute et nobilitate conspicui, potissimum elegit, foelici sane auspicio ac unanimi annuum et capitularium et procerum ecclesiae consensu, nuper gaudente et acclamante universo populo, in unicum ipsius vices ac locumtenentem in administranda Rep. Sanctae Sedis et ecclesiae Moguntinae, acte unum (quod faustum foelixque nobis sit omnibus) cunctis huius inclytae ecclesiae rebus gubernandis, omnium consensu praefecit, alto nimirum consilio, ex ea praecipue causa, quod scit te non solum nepotem, sed etiam alumnum esse optimi illius praedecessoris sui Bertoldi, quo multis saeculis nemo foelicius aut prudentius huic sedi et ecclesiae praefuit . . .“ — vgl. oben Buch II Kap. II § 1 Anm. 2.

9. Ueber Nausea und den Kampf um seine Predigerstelle in Frankfurt im Frühjahr 1526 s. Joseph Metzner (Friedrich Nausea aus Waischenfeld, Bischof von Wien. Regensburg 1884.) Kap. IV. S. 28 ff. — Frankfurter Quellen Bd. II S. 100—102. — Der diese Angelegenheit behandelnde Briefwechsel findet sich in: Epistolarum Miscellaneorum ad Fridericum Nauseam Blancicampianum, Episcopum Viennensem, singularium personarum Libri X, Basileae 1550. fol. 32—38, 47 f. — Auch Nausea widmete Wilhelm eine Schrift: „De patientia liber unus, Mainz 1530.“ (Metzner a. a. O. S. 33.)

Noch während seines Aufenthaltes im Straßburger Bistum traf Wilhelm von Honstein die nötigen Vorkehrungen, um wieder Anteil an der Tätigkeit des Reichsregimentes zu nehmen. Dieses hatte in Eßlingen nach Möglichkeit versucht, das Heft in der Hand zu behalten; am 24. März 1525 hatte es einen Regimentstag für die 18 fürstlichen Mitglieder auf den 15. Mai nach Eßlingen berufen; doch da begreiflicherweise in diesen Tagen keiner der Fürsten abkömmlich war, wurde derselbe am 5. Juli auf den 15. September verschoben¹⁰. Wilhelm hat, wie es scheint, diesen Tag gerne besuchen wollen; er fragte in Mainz an, wie die Kurfürsten am Rhein über den Eßlinger Tag dächten. Kurfürst Hermann von Köln gab ihm auch Bescheid hierüber — jedoch wissen wir nicht, wie derselbe ausgefallen ist¹¹. Als am 7.¹² September die Nachricht des Mainzer Kanzlers beim Bischof eintraf, daß der Regimentstag aufgegeben sei, war er durch den Markgrafen Philipp von Baden¹³, der das Statthalteramt in Eßlingen bekleidete, bereits über den neuen Plan des Kaisers unterrichtet worden.

10. Walter Friedensburg, Zur Vorgeschichte des Gotha-Torgauischen Bündnisses der Evangelischen 1525–1526, Marburg 1884 S. 25.

11. Manuale d. d. 20. August. Anfrage in Mainz. Am 29. August traf Hermann von Wieds Nachricht über den Eßlinger Tag ein (ebenda).

12. Manuale d. d. 7. September.

13. Manuale. Bereits am 5. August findet sich hier der Eintrag, daß an diesem Tage „ein schrift von Marggraue von Baden mit brieffen auß Hyspania komen ist.“ Daß diese Briefsendung, deren Inhalt ja, wie meistens im Manuale nicht oder schwer erkenntlich angegeben ist, sich auf die Ansetzung des neuen Reichstages (siehe weiter unten) auf Michaelis bezieht, ergibt sich aus folgender Notiz im Manuale am 1. September: Der Bischof bittet den Markgrafen von Baden brieflich, er möge ihn Näheres über den Reichstag wissen lassen, ob nicht ferner dessen ungeachtet der Regimentstag am 15. September [daß dieser abgesagt wurde, erfuhr er ja erst am 7. September] seinen Fortgang nehmen würde, und ob die anderen Kurfürsten [bezieht sich wie noch später zu zeigen ist, auf die Nichtrheinischen Kurfürsten] erscheinen würden.

Karl hatte dem Drängen seines Bruders schließlich Folge geleistet und am 24. Mai 1525 einen Reichstag nach Augsburg auf den 29. September einberufen¹⁴. Hier sollte, wie er in einem außerordentlich scharf gehaltenen Schreiben melden ließ, über die Unterdrückung der Ketzer in erster Linie beraten werden. Da aber erst Mitte August¹⁵ der Erzherzog und das Reichsregiment die kaiserlichen Befehle aus Spanien erhielten, setzten diese in ihrem Einladungsschreiben den Termin auf Martini 1525 fest¹⁶. Am 14. September trafen diese Briefe im Straßburger Bistum ein¹⁷. Wilhelm war bereit, den Reichstag zu besuchen; ja er ging noch weiter. Da gerade in den Tagen um Martini das Regimentsquartal — das siebente in Eßlingen —, welches er durch einen Rat zu beschicken genötigt war, anfang, so wollte er den Bitten Karls willfahren und persönlich, wozu er nach den Bestimmungen des letzten Nürnberger Reichstages nicht einmal verpflichtet war, sein Vierteljahr in Eßlingen absitzen¹⁸. Daß er diese Tätigkeit mit dem Besuch des Reichstages vereinen würde, war selbstverständlich. Auch sollte er — wie wir einem italienischen Berichte entnehmen — in Augsburg mit den Bischöfen von Augsburg und Konstanz eine richterliche Entscheidung über einen durch den Bauernkrieg hervorgerufenen Streit zwischen Markgraf Kasimir von Brandenburg und einigen Reichsstädten fällen. Am 15. November wurde nach dem Berichte des venezianischen Gesandten

14. Friedensburg, Zur Vorgeschichte S. 26.

15. Am 9. August erhielt sie Ferdinand, am 13. das Regiment (ebenda).

16. A. a. O. S. 27.

17. Manuale d. d. 14. September.

18. Am 14. Oktober schrieben die bischöflichen Räte dem Regiment zu Eßlingen auf „Kais. Mt. Erfordern“ zu. Sofern der Bischof nicht aus „ehafften“ Ursachen verhindert werde, so wolle er persönlich sein gebührendes Vierteljahr im Regiment besetzen (Manuale). — Ueber die den Bischof betreffenden Festsetzungen der Regimentsordnung von 1524 s. Buch II Kap. I § 6 Anm. 28.

bei Ferdinand sein Eintreffen in Tübingen erwartet¹⁹, wo auch der Erzherzog weilte. Noch am 28. Dezember hoffte man auf sein baldiges Erscheinen in Augsburg als Vertreter des Erzkanzlers²⁰. Jedoch er kam nicht. Auch ließ er sich nicht einmal für sein Straßburger Bistum vertreten²¹. Das Resultat dieses nur von einem einzigen Fürsten persönlich besuchten Reichstages bestand darin, daß er auf den 1. Mai 1526 nach Speyer, wohin auch Karl selbst zu kommen hoffte,

19. Bericht des venezianischen Gesandten bei Ferdinand: C. Contarini in: *Diarii di Marino Sanuto* Bd. 40 (1894) S. 354 d. d. 15. November 1525 aus Tübingen. „Sono gionti qui tre episcopi, Costanz, Argentina et Augusta, qual sono stà electi iudici tra le terre franche et il marchese Casimir, intervenendo la liga di Suevia, per alcuni lochi di esse terre franche tolte per lui Marchexe de man de li villani. Li qual episcopi, havendo fatta la sua sententia contra il Marchexe e non si contentando, è stà remessa esse sententia al iuditio dil colegio de li doctores di questa terra di Tubing. Si dubita che questo habbi ad esser principio di discordia tra li principi e le terre franche, perche anche altri li tengono di le sue terre. „Nota“. In le publice scrive, è zonti li altri do episcopi et ozi dovera zonzer il terzo che è lo episcopo di Arzentina.“ — Bezeichnend ist, daß diese drei Bischöfe, bekanntlich die Kommissare im Hessen-Nassauischen Prozesse, damals überhaupt als kaiserliche Richter im Fürstengericht galten. Ueber den Streitpunkt selbst habe ich in der Literatur nichts finden können.

20. Ueber den Reichstag zu Augsburg am ausführlichsten und besten bei W. Friedensburg a. a. O. Kap. 3 S. 64—89. — „Nach Feilitsch' Bericht vom 28. Dezember erwartete man damals den Statthalter des Erzstiftes Mainz in zwei bis drei Tagen (Orig. in Weimar). Am 2. Januar 1526 schreibt dann Minkwitz, der Bischof sei ausgeblieben (ebendasselbst)“ a. a. O. S. 65 Anm. 2 — vgl. auch den von Friedensburg in anderem Zusammenhange erwähnten Bericht des hessischen Gesandten Schrautenbach vom 27.—28. Dezbr. 1525, in welchem es am 27. Dezember heißt: „Es ist die sage Saltzburg und Straßburg bede Bischove sein uff dem wege und kommen her.“ Gedr. bei Ch. Gotthold Neudecker, *Urkunden aus der Reformationszeit*, Kassel 1836 no. 6 S. 23.

21. In dem Abschied vom 9. Januar 1526 ist sein oder eines Vertreters Name nicht genannt (Koch II S. 272).

verschoben wurde²². Die Schuld an dem Scheitern dieses Reichstages ist vor allem dem Nichterscheinen der Kurfürsten zuzuschreiben. Diese hatten bereits sich ganz von der Zentralgewalt entfernt und die Politik der Sonderabmachungen ergriffen. Auch Wilhelm von Honstein hatte sich ihnen angeschlossen.

Neben den Vorbereitungen für den Besuch des Regiments- und Reichstages waren bei Wilhelm die Vorverhandlungen mit den vier rheinischen Kurfürsten über eine gemeinsame Tagung im Gange. Während der Monate, die Wilhelm im Elsaß weilte, wurde unausgesetzt korrespondiert mit den Kurfürsten von Köln, Trier, Mainz und Pfalz. Hierbei handelte es sich um das Zustandebringen eines rheinischen Kurfürstentages. Es sollte auf diesem wohl ein Schutzbund geschlossen werden, der im Falle eines neuen Aufruhrs die Landesherren sofort in die Lage versetzte, ihn im Keime zu ersticken²³. Wir erinnern uns, wie Wilhelm

22. Ebenda.

23. Das schon erwähnte Protokoll über das Generalkapitel des Straßburger Bistums aus den ersten Oktobertagen (Bez.-Arch. G. 155), sowie das Manuale sind die einzigen Quellen für diese bisher unbekannten Vorgänge. — Am 29. August heißt es im Manuale: „Sind mein gn. Herren von Str. zwen Brieff vom Ertzbischoff von Cöllen zukomen, deren Eyner den Rychßrat zu Eßlingen, der annder den Churfurstentag am Reyn belangt.“ Am 3. Oktober: „Ist dem Pfaltzgrauen geschriben, wider ein Churfurstentag zu haben, zusammen zu komen, der verrere ufffrur unnderreden zu haben.“ Am deutlichsten ist die Antwort des Bischofs am 7. Oktober im Generalkapitel auf die Forderungen des Domdechans Hohenlohe, einen Rechtstag zwischen ihm und dem Domkapitel anzusetzen: „Des Dechan: halben hett sich sein gnaden versehen Sie weren bederseyts der Irrung halb gefasst genug. Aber dyweyl der dechan Erstreckung bis uff mittwoch (11. Oktober) oder donerstag (12. Oktober) begert, müsse sein gnad deren tag [... unleserlich] ussrytten bey hertzog ludwigs hochzyt zu erscheynen, wie sein gnad Ime zugeschriben. Zu dem auch Einer handlung der Churfursten und fursten pfaltz Trier und

in den Tagen der höchsten Not unausgesetzt bei den benachbarten Kurfürsten, insbesondere bei Richard von Trier, die Verwirklichung eines solchen Verteidigungsbündnisses erstrebt hatte²⁴. Im Elsaß war nach der Besiegung der Bauern ein Schutzbündnis der Reichsstände hauptsächlich durch die Anregungen der bischöflichen Regierung zustande gekommen²⁵. Nach diesem Muster sollte wohl auch ein rheinischer Kurfürstenbund geschlossen werden. Die Gelegenheit zum Zusammenkommen der betreffenden Herrscher bot sich gerade jetzt, da am 10. Oktober 1525 die Hochzeit des Pfalzgrafen Ludwig II. von Zweibrücken mit der Landgräfin Elisabeth von Hessen, einer Tochter Wilhelms des Älteren, stattfand²⁶. Wilhelm war von dem Pfalzgrafen Ludwig, dessen Lehnsherr er für Lützelstein war und zu dessen Vater Alexander er bereits in freundschaftlichen Beziehungen gestanden hatte, zur Hochzeit eingeladen und hatte auch sein Erscheinen zugesagt²⁷. Landgraf Philipp, der Vetter der fürstlichen Braut, nahm an der Festlichkeit

hessen halben so da hyn komen werden (und sunderlich Etwas sachen der Churfürsten am Reyn belangend)“ [diese in () gesetzten Worte sind durchgestrichen]. „do außzurichten, deren halb sie sonst Ein sunder zusammenkomen bei Reyn haben müssten. Darumb sein gnad deren Tag keins gewartten konne . . .“ (Bez.-Arch. a. a. O.)

24. Am 21. April 1525 waren auf die Einladung des Mainzer Statthalters die Gesandten der rheinischen Kurfürsten in Mainz zusammengekommen — s. oben Buch II Kap. II § 2 Anm. 2 ff. und P. Rettberg a. a. O. S. 56.

25. Vgl. hierzu das in Buch I Kap. I § 2 Anm. 34 gesagte.

26. Joh. Georg Lehmann, „Vollständige Geschichte des Herzogtums Zweibrücken und seiner Fürsten“ München 1867 S. 286 vgl. auch W. Friedensburg, Zur Vorgeschichte S. 38. — Der Ort der Hochzeit ist mir nicht bekannt, wird aber höchstwahrscheinlich die Residenzstadt Zweibrücken gewesen sein. — Dr. Christian Haeutle [Genealogie des erlauchten Stammhauses Wittelsbach, 1870 S. 150] gibt den Tag der Vermählung irrtümlich als 10. September 1525 an.

27. Der Bischof erhielt am 16. September das Einladungsschreiben von Herzog Ludwig und sagte sofort zu (Manuale).

ebenfalls teil. Ob der Kurfürst von Köln hier auch zugegen war, wissen wir nicht; jedenfalls aber waren die Kurfürsten von Trier und Pfalz erschienen²⁸. Es ist nicht nachzuweisen, ob und wie weit hier politische Verhandlungen und Abmachungen getroffen worden sind. Ueber diese bisher noch nicht bekannten Vorkommnisse berichten eben nur ganz gelegentliche Notizen in den Akten der bischöf-straßburgischen Kanzlei. Unmittelbar nach der Hochzeit des Pfalzgrafen kamen die drei fürstlichen Gäste Trier, Pfalz und Hessen, die alten Kriegskameraden aus den Sickingertagen, in Alzey um den 20. Oktober zusammen. Sie entschieden sich dafür, nicht in Person den Augsburger Reichstag zu besuchen, und schlossen eine Defensivallianz, der das gesamte Wittelsbacher Haus und die ihnen befreundeten Fürsten beitreten sollten²⁹. Aehnlich, wenn auch ohne bindende Bestimmungen mögen die Verabredungen am 10. Oktober gelautet haben. Man wird sich über gegenseitigen Schutz bei Unruhen besprochen und auch, wie die Folge zeigt, beschlossen haben, dem Reichstage fern zu bleiben. Ueber religiöse Dinge wird hier bei so andersgesinnten Männern, wie Bischof Wilhelm und Landgraf Philipp es waren, nicht geredet worden sein.

Was aber vor allem Wilhelm von Honstein und andere gleichgesinnte geistliche Fürsten damals veranlaßte, den Reichstag nicht zu besuchen, das war ihre wohlbegründete Furcht vor dem Einfluß der Evangelischen daselbst. Nur ein gemeinsames Vorgehen der Altgläubigen außerhalb des Rahmens einer Reichsversammlung schien ihnen noch Aussicht auf Erfolg zu haben. Wenige Wochen nach den obengeschilderten Vorgängen fand ein solches statt in jener Mainzer Provinzialsynode, deren Ergebnis uns in dem be-

28. Siehe oben Anm. 23.

29. Friedensburg, Zur Vorgesch. S. 45 und von demselben Verfasser: Der Reichstag zu Speyer S. 110 und S. 114. — P. Rettberg a. a. O. S. 61 f.

rühmten „Mainzer Ratschlage“ vorliegt³⁰. Das Mainzer Metropolitankapitel wurde sich seines alten, fast in Vergessenheit geratenen Rechtes bewußt, als es die Suffragane der ganzen Provinz zu sich zur Synode auf den 14. November berief, um die Uebelstände der Kirche und die Notlage der Domkapitel gegenüber den Eingriffen weltlicher Herrschaften in die bischöfliche Jurisdiktion zu beraten. Den Anstoß zu diesem Schritt gab der Streit des Speyerer Domstiftes mit dem Markgrafen Philipp von Baden, der nach dem Bauernkriege die Herausgabe der Zehnten verweigerte — ein Versuch die territoriale Hoheit auszudehnen, wie wir ihn in diesen Tagen allenthalben bei den Reichsfürsten und Grafen finden.

Anfang August wurden drei Abgeordnete des Speyerer Hochstiftes — unter ihnen befand sich der Domsänger und nachmalige Speyerer Bischof Philipp von Flersheim, Sickingens Schwager und Wilhelm eng befreundet — nach Mainz geschickt, um die betreffende Angelegenheit dem Domkapitel und dem Statthalter Wilhelm von Honstein vorzutragen³¹. Letzterer verhielt sich sehr reserviert, vermutlich weil er seinem Freunde Philipp von Baden nicht zu

30. Die ältere Literatur über den Mainzer Ratschlag befindet sich bei Friedensburg angegeben; derselbe behandelt ihn in seiner „Vorgeschichte“ S. 101 ff. und S. 132, sowie in „Der Reichstag zu Speyer“ S. 59 f. u. ö. — Neuere Material brachte: Walther „Zum Mainzer Ratschlag vom Jahre 1525 (Briegers Zeitschrift für Kirchengeschichte Bd. 18 [1898] S. 412—419) und derselbe in der kritischen Gesamtausgabe von Martin Luthers Werken Bd. 19 [1897], woselbst er Luthers Gegenschrift neu abdruckte [S. 252—282, 662—665]. — Gustav Bossert, „Beiträge zur badisch-pfälzischen Reformationsgeschichte“ [Zeitschrift f. Geschichte des Oberrheins Neue Folge Bd. 17 [1902] S. 405 ff]; dieser weist die erste Anregung durch das Speyerer Stift nach. — I. B. Kießling (1906), Lorenz Truchseß von Pommersfelden a. a. O. S. 111—124. Kießling stellt die Tätigkeit des Domdechans fest (hat aber Bossert nicht benutzt). — Fr. Herrmann, Die evangelische Bewegung in Mainz (1907) S. 176—181.

31. Bossert a. a. O.

nahetreten wollte³². Doch war die Zusammenberufung der Provinzialsynode jetzt schon beschlossene Sache. Man wird dem Bischof am Zustandekommen dieser Versammlung auch einen gewissen Anteil zuschreiben müssen, wenngleich die Seele der ganzen Veranstaltung der leidenschaftliche Mainzer Domdechan Lorenz Truchseß von Pommersfelden war. Ende Oktober oder Anfang November 1525 ergingen die Einladungsschreiben an die 12 Suffragankapitel, die so allgemein und vorsichtig gehalten waren, daß selbst der unzweideutig evangelisch gesinnte Straßburger Dechan Graf Sigmund von Hohenlohe kein Bedenken fand, diesen Tag beschicken zu lassen. Als Vertreter bestimmte er den im Mainzer Erzstifte weilenden Domkapitular Grafen Thomas von Rieneck³³.

32. Manuale, 30. August 1525: „Ist dem Capittel zu Spyr uff Anbringung Irer beschwerden, so Inen vom marggrave zu Baden der zehenden halb und sonst begegnet, das mein gn. herr noch nit bericht sey, was Irrungen gegen sein gnaden furgenommen, darumb sie [d. i. der Bischof von Straßburg] nit antwort geben konne, sie hab dann deren vor wissen.“

33. Archiv des Domk. Lib. miss. ad Princ. etc. 1521—1526. Am 4. November (Datum Stroßburg Sampßtag nach allerheiligentag. Anno 25) schrieb Sigmund von Hohenlohe im Namen des Kapitels zwei inhaltlich gleichartige Briefe an das Mainzer Kapitel und an den Grafen Thomas von Rieneck. Der Brief an den letzteren lautet: „... Unns habenn unsere Herrenn unndt frundt des Thumcapittels des Ertzstifts zu Meintz kurtzverschieenn tagenn geschribenn mit beger uff zinstag noch Martini [14. November] schir komende by inenn, zu Meintz in irem capittel zu erschieenn, obliegender geschefften halbenn, so inenn unnd vilicht etlichenn mentzischer provintz angehorigenn anliegenn, wie denn selbigenn dingenn furzekomen sig. zu beratschlagenn unnd wiewol wyr inenn in solchen unnd mehrem zu willforenn wöll geneigt, yedoch die leuff by unns unnd allenthalbenn wie uher liebdenn weist etwas geschwind unnd seltzam, unnd wir auch jetzt in so geringer anzahl sind, das wyr uß unns niemans verordnen habenn mögenn — Ist deßhalbenn an uher Liebdenn unser fruntlich byt unnd beger, diewil wyr achtenn, das uher liebdenn on das zu meintz sein wurt, wollen auch unnsers namens hanndlenn

Die Forderungen der Synode sind bekannt. Unbedingte Unterdrückung der Ketzerei, vollständige Wiederherstellung der alten Kirche und ungeschmälerte Gewalt der Jurisdiktion und Hoheit des Bischofs sollten erreicht werden. Namhafte Geldbeiträge³⁴ zur Durchführung der Beschlüsse sollten die einzelnen Provinzialkapitel liefern. Einige der zuverlässigsten Reichsfürsten wurden als Exekutoren nominiert; vor allem sollten der Kaiser und der Papst durch besondere Gesandtschaften³⁵ um wirksame Unterstützung gebeten werden. Wenn auch die positiven Erfolge, auf welche die Mainzer Kirchenprovinz rechnete, ausblieben, so verriet doch dieser Schritt eine bisher noch nicht gezeigte Kraft, mit der der Katholizismus jetzt aufzutreten entschlossen war. Die hohe Bedeutung dieses Mainzer Ratschlags liegt in der großen, allerdings ungewollten Wirkung, die er auf die Evangelischen ausübte. Sehr bald wurden die in Mainz getroffenen Beschlüsse ruchbar und beschleunigten nun die Bündnisverhandlungen. Das Gotha-Torgauerbündnis verdankt seinen endgültigen Abschluß diesen Ereignissen. Die tiefe Erregung, die sich Luthers bemächtigte, als er von dem Vorgehen

lassenn was uher Liebden bedungkt zu allentheile das fruchtbarst Christenlichst unnd best zu sein unnd was also gehandelt und die notdurfft erfordert wyr solchs wissen solltenn widder an unns geschriftlich langenn lassen; wyr schribenn auch hieneben obgemeltem Thumcapitel das uher Liebden von unsert wegenn glich wyr selbs, so wyr erschinenn gethon zehandlen bewelch hab, dorann bewist uher Liebden unns fruntlichs gefallen mit fruntschafft umb uher Liebden habenn zu beschuldenn.“

34. Straßburg sollte wie die meisten anderen Kapitel 100 Gulden zahlen. [Luthers Werke Bd. 19 S. 273 Glossar zu Zeile 27—33.]

35. Gegen Bossert a. a. O. S. 410, der die Vermutung Friedensburgs (Reichstag zu Speyer S. 81 Anm. 1), daß vom Mainzer Kapitel ein Gesandter nach Spanien gegangen war, für irrig hält, muß diese Annahme aufrecht erhalten werden, zumal da sie durch die Ausführungen Kißlings a. a. O. S. 116 gestützt ist. Der Mainzer Kleriker Tilmann Kreich wird, wie Kißling mit Recht annimmt, der Gesandtschaft des Herzogs Heinrich (s. u.) beigegeben worden sein.

der Mainzer Provinz erfuhr, und die ihn zu einer heftigen, unveröffentlichten Gegenschrift veranlaßte, ist ja bekannt.

Nur eine Bestimmung des Mainzer Kapitels wurde tatsächlich ausgeführt, und diese hatte allerdings, wie im folgenden gezeigt wird, den größten Erfolg. Am 24. November übertrugen die Domkapitulare des Erzstiftes dem Statthalter Wilhelm von Honstein, die Beschlüsse vom 14. November dem in Halle weilenden Kardinal Albrecht persönlich vorzutragen und dabei über die schlechte Lage des Erzbistums zu berichten³⁶.

Anfang Dezember wird Wilhelm sich nach Halle begeben haben³⁷. Jetzt endlich konnte er die langersehnte Aussprache mit Albrecht bewerkstelligen, deren unverzügliche Herbeiführung er im Oktober seinem Straßburger Domkapitel versprochen hatte. Die Begegnung der beiden Kirchenfürsten mag wenigstens von seiten des Kardinals eine sehr herzliche gewesen sein. In der Tat konnte auch Albrecht mit dem, was der Honsteiner für sein Erzstift im vergangenen Jahre getan hatte, vollauf zufrieden sein. Von jeher waren dem feinsinnigen, aber arbeitsscheuen Brandenburger die Mühen, die er sich durch die Regierung der drei Stifte aufgebürdet hatte, zu viel gewesen. Jetzt, da er eine so treffliche Entlastung durch Wilhelm von Straßburg gefunden

36. Kießling S. 115 f.; Herrmann S. 178.

37. Am 30. November 1525 war er noch in Steinheim; wie sich aus zwei an diesem Tage abgesandten Briefen Wilhelms von Straßburg an Graf Wilhelm von Nassau und Anton von Lothringen ergibt: „Datum Steinheim Mitwochen ipsa Ardree Anno etc. 25“ [tatsächlich fiel aber der Andreastag im Jahre 1525 auf einen Donnerstag]. Die beiden Schriftstücke befinden sich [Original und Kopie] in Wiesbaden, Staatsarchiv VII Nassau-Oranien. ¹Altes Dillenburger Archiv. C no. 22 Katzenellenburgischer Erbfolgestreit 1521—1545 Bl. 61 und 62. — Wilhelm von Straßburg erwirkt hier bei Anton von Lothringen, daß sein Bruder, der Statthalter in Frankreich, Herzog v. Guise, dem Briefboten Wilhelms von Nassau an den Grafen Heinrich in Spanien einen Paß ausstellt.

hatte, war die Gelegenheit gekommen, ihm dafür zu danken und zugleich alle Regierungs- und Verwaltungssorgen für die Erzdiözese und das Erzstift Mainz auf ihn abzuwälzen. Dies geschah in einem eigenartigen Vertrage, den Kardinal Albrecht und Bischof Wilhelm am 13. Dezember 1525 auf der Moritzburg zu Halle abschlossen und durch eigenhändige Unterschriften und Besiegelungen rechtskräftig machten. Wilhelm sollte, unter Voraussetzung der Genehmigung des Mainzer Kapitels und der Bestätigung durch den Papst Koadjutor Albrechts im betreffenden Erzstifte werden. Zu Lebzeiten des Kardinals sollten diesem alle Rang- und Ehrenstellen bleiben; nach seinem Tode sollte er ohne weiteres ihm in der Würde eines Primas des deutschen Reiches folgen.

Es liegt auf der Hand, was diese Rangerhöhung Wilhelm für Vorteile bei ihrer Verwirklichung gebracht hätte³⁸. Sein Straßburger Stift genügte seinen Ansprüchen nicht mehr; materiell durch den Bauernkrieg aufs schwerste geschädigt, war es ihm noch durch die Nachbarschaft des

38. Dieser bisher noch unbekannte Vertrag — Gaß hat ihn in seinem Manuskript verwertet — befindet sich im Königlichen Kreisarchiv in Würzburg H. 164 (Bl. 17—24). Die Urkunde ist auf Papier, in Form eines Heftes, das beiderseitig beschrieben ist, enthält acht Seiten, von denen die beiden letzten unbeschrieben sind. Beide Fürsten haben eigenhändig unterschrieben und ihr Sigel aufgedrückt, Folgender Passus des Vertrages sei mitgeteilt: „Nachdem wyr Albrecht . . . guthe unterricht entpfangen, und bfunden, das gnanther Bischof Wilhelm zw Strasburgk, Sich in vergangner und geschener entporung und auffrur in unserm Stiff Meintz, als unser Stadhalter, seiner vorwantung nach von unser wegen, ganz trewlich, vleissig und freundlich gegen uns und unserm Stiff Meintz ertzeigtt, alzo das wyr des, ein freundlichs gefallen, tragen auch sunst seiner liebe person schicklickeit angesehen, haben wir usw.“ — In dem zweiten Teil des Vertrages, in welchem Wilhelm von Straßburg sich auf die angegebenen Bestimmungen verpflichtet, befindet sich bei der Stelle: „Und so dieseibigte Coadjutorey von dem Erwirdigen Capittel zw Meintz bewilligtt und von Bebstlicher heylickeitt bestetiget“ folgender Zusatz am Rande: „und durch unßer Capittel zw Strasburgk bewilligtt.“

stolzen Straßburg verleidet, dem sich der Bischof, zumal seit Jakob Sturm dort regierte, nicht mehr gewachsen fühlte. Auch wurde Wilhelm, was ihn nicht in letzter Linie zum Abschluß dieses Vertrages bewogen haben wird, seiner Heimat nähergerückt, die nach dem Bauernkriege ebenfalls dringend seiner bedurfte.

Wir dürfen nicht annehmen, daß Wilhelm dieses Geschenk ohne sein Zutun zugefallen wäre. Im Gegenteil; erst seine Bemühungen, die den Charakter der Intrigue nicht ganz verleugnen können, brachten den Vertrag zustande. Wir erinnern uns, daß der Kämmerer des Kaisers, Graf Heinrich von Nassau, und sein in Deutschland weilender Bruder Wilhelm für den Bischof von Straßburg die Vermittlung übernommen hatten, um ihm zu seiner längst versprochenen Pension und zu dem zu Worms seinerzeit festgesetzten Gehalt eines kaiserlichen Rates zu verhelfen. Im Februar 1525 hatte von Madrid Graf Heinrich dem Bischof mitgeteilt, daß seine Pension „ins Niederland oder gen Isprug“ verwiesen sei und nun nach Deutschland angewiesen werden solle³⁹. Wilhelm, der die Finanzen der Habsburger sehr wohl kannte, wußte genau, daß dies niemals geschehen würde. Daher mag er, um zu der versprochenen finanziellen Verbesserung zu gelangen, die Nassauer Grafen veranlaßt haben, bei Karl die Verleihung der Koadjutorschaft anzuregen — denn der Kaiser war für die Genehmigung an erster Stelle maßgebend. — Dies geschah denn auch. Am 7. Juni 1525 teilte Graf Heinrich von Nassau seinem Bruder mit, er habe soeben die Wilhelm von Straßburg betreffende kaiserliche, „furdungsschrift“ an den Erzbischof von Mainz abgeschickt und hoffe, daß hiermit der Bischof zu „grosserm stand, eren und guten komen sullen.“ Dem Bischof selbst werde er dies mit samt dem kaiserlichen Briefe „aus guten ursachen“ durch andere Boten

39. Siehe Buch II Kap. I § 6 Anm. 14.

zustellen. Anfang August traf diese Post in Mainz beim Statthalter ein⁴⁰. Sofort schrieb dieser, der gerade beabsichtigte in sein Straßburger Stift zu reisen⁴¹, an den Kardinal. Er tat, als ob er nur zufällig hiervon Nachricht erhalten habe und als ob ihm die ganze Angelegenheit, von der er nichts gewußt habe, äußerst peinlich sei und versicherte den Kardinal seiner Treue; sobald er von Straßburg zurückgekehrt sei, werde er ihn persönlich aufsuchen⁴².

Daß Wilhelm mit dieser Begegnung mit Albrecht, deren schnellste Erledigung er ja auch seinem Stifte versprochen hatte, so lange zögerte, ist begreiflich. Es mag ihm nicht recht behaglich zu Mute gewesen sein, da er diesen Plan direkt gegen den Willen seines Kapitels⁴³ unternommen und hinter dem Rücken des Erzbischofs eingeleitet hatte. Jetzt jedoch, da das Mainzer Domstift ihn mit einem Auftrag an Albrecht sandte, war die Begegnung mit dem Kardinal nicht mehr herauszuschieben und auch leichter auszuführen, da er nun nicht mehr allein seine eigenen Angelegenheiten vorzutragen hatte. — Daß dieser Vertrag vom 13. Dezember nicht zur Ausführung kam, geschah zweifellos aus denselben Gründen, die Wilhelm sechs Jahre später veranlaßten, abermals seine Wünsche auf Mainz aufzugeben. Es war die berechtigte Angst, daß er bei der Gewaltpolitik, die die Stadt Straßburg trieb, sein Straßburger Stift ganz verlieren würde.

40. Otto Meinardus a. a. O. I₂ no. 106 S. 143. Der Brief wurde am 24. Juli dem Grafen Wilhelm von Nassau präsentiert.

41. Siehe Buch II Kap. II § 3 Anm. 29.

42. Wilhelm an Albrecht (eigenhändig Orig.) Staatsarchiv Magdeburg a. a. O. Bl 11—12: „es hait mich auff heut angelant durch ein guten freundt dem ist auß Hispania geschriben, das Key. Mt. e. l. meiner halb geschriben, ob ime e. l. ein schrifft zukomen were adder wurde. So lasse Siche e. l. die Selbig nit anfechten, dan in warhait ist es an mein wissen; So sollen e. l. deren Schrifften halb umb meinert willen unbeswert Sein. Dan e. l. dinst und willen zu beweisen bin ich willig etc. Datum mentz uff mitwochen nache vincula petri [2. August] anno etc. 25.“

43. Siehe oben Buch II Kap. II § 3 Anm. 43.

Der Vertrag verschwand auf 5 Jahre aus den Gedanken der beiden Unterzeichner, wie es scheint noch ehe mit dem Mainzer Domkapitel und dem Papste die Verhandlungen eingeleitet worden waren. In einem geeigneteren Momente sollte er von neuem wieder hervorgeholt werden⁴⁴.

Nach dieser Episode, die so ungemein charakteristisch für das Verständnis unseres Bischofs ist, kehren wir zu dem offiziellen Teile seiner Reise nach Halle zurück. Wie Albrecht die Mitteilungen über den Mainzer Ratschlag damals aufgenommen hat, wissen wir nicht. Doch war er, dessen Haltung in bezug auf die religiöse Frage in diesen Monaten sehr schwankend war, damals ganz in dem Fahrwasser der Altgläubigen, vielleicht nicht ohne Zutun des Bischofs. In den Weihnachtstagen begaben sich beide Fürsten gemeinsam nach Leipzig, wohin Herzog Georg die Mitglieder des Dessauer Bundes zu einer geheimen Versammlung gebeten hatte. Außer diesen drei Fürsten erschien noch der streng katholische Herzog Heinrich von Braunschweig, dessen jüngster Bruder Georg Straßburger Domkapitular war⁴⁵. Das Ergebnis dieser Zusammenkunft war recht bedeutsam.

44. In den Mainzer Domkapitelprotokollen befindet sich auch nicht die leiseste Andeutung, daß wegen der Koadjutorschaft Wilhelms damals Verhandlungen mit dem Kapitel gepflogen sind; desgleichen fehlen auch in den Straßburger Quellen irgendwelche Nachrichten hierüber. — (Vgl. unten Kap. III § 5.)

45. W. Friedensburg, Zur Vorgeschichte S. 98—100. Der hier erwähnte M. J. Schmidt (Geschichte der Deutschen 1783 vol. V S. 188) hat zuerst von der Leipziger Tagung berichtet, worauf schon Christoph Rommel [Geschichte von Hessen, Bd. III Anm. S. 236 f.] hinweist — vgl. auch H. Baumgarten, Karl V. Bd. II S. 551 f. — Die Mitteilung in dem wissenschaftlich wertlosen Buche von N. Deckers [Hermann von Wied, Erzbischof und Kurfürst von Köln 1840] S. 39, daß Wilhelm von Straßburg mit dem Kurfürsten von Mainz und Brandenburg und den Herzögen Heinrich und Erich von Braunschweig [Herz. Georg von Sachsen wird gar nicht erwähnt] das Bündnis zu Dessau geschlossen habe, ist ganz haltlos.

Es wurde beschlossen, Herzog Heinrich zum Kaiser nach Spanien zu schicken, um diesem die drohende Gefahr für den christlichen Glauben in Deutschland zu schildern und ihn zu veranlassen, energische Gegenmaßregeln zu treffen. Die Botschaft dieser vier Fürsten konnte bei Karl nicht wirkungslos verhallen.

Im Februar reiste Herzog Heinrich nach Spanien ab und erhielt am 23. März 1526 in Sevilla, am selben Tage, als die kaiserlichen Schriftstücke für den Reichstag ausgefertigt wurden, seine Instruktionen, die die Erwartungen der in Leipzig versammelten Fürsten vollauf befriedigen mußten. Karl, der auch jetzt noch nicht nach Deutschland kommen konnte, wollte vor Beginn der bevorstehenden Reichsversammlung wissen, auf welche Stände er im Reiche sich verlassen könnte. „Es war“, wie treffend bemerkt worden ist „als wollte der Kaiser Heerschau halten, bevor er den Angriff eröffnete.“ Zu diesem Zwecke sollten der Herzog Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel die niederdeutschen altgläubigen Reichsstände, die Grafen Wilhelm von Nassau und Eberhard von Königstein die Grafen insbesondere in Mitteldeutschland, soweit sie noch am katholischen Glauben hielten, Bischof Wilhelm von Straßburg endlich die entsprechenden oberdeutschen Reichsstände auf ihre religiöse Gesinnung erforschen und sie ermahnen, beim alten Glauben zu verharren. Wenn es die Zeit erlaubte, sollten die betreffenden Fürsten — denn um diese handelte es sich zumeist — persönlich aufgesucht werden. Dieselben sollten sich sofort schriftlich erklären, wie sie sich zu verhalten gedächten, und die Kommissare hatten die Aufgabe umgehend diese Schriftstücke an den Kaiser zu senden⁴⁶.

46. W. Friedensburg, *Der Reichstag zu Speyer* S. 82–84; vgl. auch H. Baumgarten a. a. O. und Stephan Stoy, „Erste Bündnisbestrebungen evangelischer Stände“ (*Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde*, Neue Folge 6 [Bd. 14]

Eile tat hier not, wollte man diese umständliche Prüfung der Getreuen, die förmlich einer Inquisition ähnelt, noch rechtzeitig, das heißt, vor Beginn des Speyerer Reichstages, beendigen. Bereits am 25. März, also zwei Tage nach der Ausfertigung der Instruktionen, hatte Herzog Heinrich Sevilla verlassen und schon Mitte April begann er seine Tätigkeit in den Niederlanden⁴⁷.

Bischof Wilhelm war, seit sich die Fürsten in Leipzig miteinander beraten hatten, zunächst noch mit dem Kardinal Albrecht zusammen geblieben. Beide treffen wir am 7. Januar 1526 in Querfurt, wo sie eine Abordnung der Stadt Erfurt empfangen⁴⁸. Sodann begab sich Wilhelm zu den verwandten Grafen von Stolberg⁴⁹, hernach zu seinen beiden Brüdern in die eigene Grafschaft. Hier hatte der Bauernkrieg schwere Schäden angerichtet. Die Nachwirkungen waren noch jetzt zu spüren, auch waren hier die beiden Brüder, ähnlich wie Philipp von Baden, mit der Geistlichkeit, namentlich der des Klosters Walkenried, in Streit verwickelt, zu dessen Schlichtung schon im vorigen Jahre der Herzog Georg von Sachsen die Vermittelung des Bischofs angerufen hatte⁵⁰. Von Honstein begab sich Wilhelm in

1889) S. 53. — Beide beruhen für diese Zeit auf den grundlegenden Forschungen W. Friedensburgs.

47. A. a. O.

48. Wilhelm Schum, Cardinal Albrecht von Mainz und die Erfurter Kirchenreformation (1514–1533) [Neujahrsblätter. Herausgegeben von der historischen Kommission der Provinz Sachsen, Bd. 2 1878] S. 28.

49. Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte und Altertumskunde Bd. 17 (1884) S. 194; Ed. Jakobs: „Das Stolbergische Ratsjahrbuch“ [S. 104–206]. Unter der Rubrik „Rechnung täglicher Ausgaben der Rentnerei zu Stolberg von 1525 1526. Auslösung fremder Gäste“ wird der Bischof von Straßburg aufgeführt.

50. Zeitschrift des Harzvereins Bd. XXIV (1894) Dr. Felician Geß. Urkundliche Nachrichten zur Geschichte der Reformation im Harzgebiet S. 454–485. Am 12. August 1525 schrieb Herzog Georg

das Eichsfeld, das er in einem sehr unbefriedigenden Zustande fand⁵¹, und traf schließlich gegen Anfang Februar im oberen Erzstifte ein, wo er während der nächsten Monate, vorwiegend in Aschaffenburg, residierte⁵².

Hier wird ihn die kaiserliche Botschaft erreicht haben. Wir wissen, wie Wilhelm von Straßburg vor einigen Jahren den Kaiser hatte bitten lassen, er möge ihn doch zu irgendeiner Botschaft verwenden; jetzt bei Erfüllung dieser Bitte, die noch dazu so ganz den Wünschen des Fürsten entsprach, können wir uns denken, mit wie hoher Genugtuung dieser Auftrag ihn erfüllte. Ganz besonders mag ihn ein gnädiges Dankschreiben Karls gefreut haben, welches ihm, wie auch den anderen Fürsten der Leipziger Zusammenkunft übersandt wurde⁵³. Wir gehen wohl mit der Annahme nicht fehl, daß schon in Leipzig eine solche Gesandtschaft Wilhelms ausgemacht worden ist; denn er benutzte die erste Gelegen-

von Sachsen aus Leipzig an Bischof Wilhelm und klagte sehr heftig über dessen Brüder: „und hab an keynem ort so vil widerstand, als bey awern Brudern im kloster Walkenried; usw.“ — s. auch dessen Briefe an Graf Ernst von Honstein vom 1. Juni 1525. — Die beiden Grafen hatten damals auch ihrem Bruder eine Gesandtschaft in sein Stift nachgeschickt, die dieser am 23. August 1525 abfertigte (Manuale).

51. Am 13. März 1526 teilte der Mainzer Domdechan dem Kapitel mit, daß Bischof Wilhelm „uff dem Erichsfeld vil gebrechen“ vorgefunden habe und es deshalb für nötig halte, daß Graf Botho von Stolberg [er war Mainzer Domkapitular] daselbst für etliche Jahre die Verwaltung übernehme. Das Kapitel verwies jedoch auf Albrechts Rückkehr. — [Würzb. Domkap.-Protok. IV S. 765.] — Bischof Wilhelm wird wohl mit seinem Verwandten dem Stolberger Grafen diesen Plan bei seinem Aufenthalte in Stolberg beredet haben. Dessen Gra'schaft schloß sich östlich an die Honsteiner an, während diese unmittelbar im Westen an das Eichsfeld grenzte.

52. Für Aschaffenburg ist Wilhelms Anwesenheit nachweisbar am 2., 7. und 26. Februar 1526 [Frankf. Qu. II S. 100–102] und für den 10. Mai (Friedensburg, Reichstag S. 87 Anm. 3). Am 20. Februar finden wir ihn in Hoechst (Epistolae Miscellaneae ad. Frid. Nauseam p. 36].

53. H. Baumgarten a. a. O. S. 554.

heit, die sich ihm bot, um dem Braunschweiger für seinen Dienst zu danken. Als nämlich am 28. Mai 1526 Wilhelms Großoheim der 88 jährige Graf Heinrich von Henneberg, dessen Hilfe er den Straßburger Bischofsstuhl verdankt hatte, als Domscholaster in Straßburg gestorben war, setzte er es durch, daß diese ansehnliche Pfründe dem jüngsten Bruder Herzog Heinrichs, dem Straßburger Domherrn Herzog Georg von Braunschweig, verliehen wurde⁵⁴.

Die Instruktion für Wilhelm lautete an Erzherzog Ferdinand, den Kardinal Erzbischof von Salzburg; an die Bischöfe zu Würzburg, Bamberg, Augsburg, Worms, Speyer, Freising, Konstanz und Eichstädt; die Bayernherzöge Ludwig und Wilhelm und die Pfalzgrafen Ottheinrich und Johann; schließlich an alle getreuen Stände in Oberdeutschland⁵⁵. Ob der Bischof diese Stände alle besuchte oder befragte, wissen

54. Ueber Heinrich von Henneberg [s. auch den 'Abschnitt über die Wahl Wilhelms zum Straßburger Bischof] vgl. Cyriacus Spangenberg, Hennebergische Chronika 1599 S. 154—157; nach Spangenberg ist er 1438 geboren und seit 1451 Domherr in Straßburg, seit 1470 Domscholaster. Er war der Bruder Bertholds von Mainz. Sein Tod wird in der Chronik nicht vermerkt; als letztes Datum wird hier sein 50 jähriges Jubiläum als Scholaster 1520 angegeben. Doch wird er in den Briefbüchern des Domkapitels in den folgenden Jahren oft aufgeführt. Das Todes-Datum [28. Mai 1526] teilt A. Baum S. 153 Anm. 1 mit. Am 8. Juni 1526 meldet Sigmund von Hohenlohe dem Pfalzgrafen Johann den Tod Heinrichs von Henneberg. [Arch. d. Domk. Lib. miss. ad Princip etc. 1521—1526]. Am 11. Juni 1526 (als Bischof Wilhelm noch in Zabern weilte) ist im Manuale eingetragen, daß dem Domherrn Herzog Georg von Braunschweig die Domscholasterei in Straßburg verliehen ist.

55. W. Friedensburg, Reichstag S. 84 und die dort angegebenen Stellen; die Ausführung für Bischof Wilhelm ist, wie dort erwähnt, gedruckt bei Chr. v. Rommel, Geschichte Philipps des Großmüthigen, Urkundenband no. 5 S. 13—17. Ein Regest findet sich bei Joh. Strickler, „Aktensammlung zur Schweizerischen Reformationsgeschichte in den Jahren 1521—1532“ Bd. I (1521—1528) no. 1406 S. 458 f.

wir leider nicht⁵⁶. Die erste Spur seiner Wirksamkeit finden wir in einem aus Aschaffenburg am 10. Mai an die Bayernherzöge gerichteten Briefe, die ihm, selbstverständlich im günstigen Sinne, zusagten⁵⁷. Sodann antwortete dem Bischof noch Konrad von Würzburg⁵⁸; der Inhalt dieses Schreibens ist unbekannt, jedoch bei der Haltung dieses Kirchenfürsten zweifellos. Weitere Nachrichten über Wilhelms Tätigkeit bei den Reichsfürsten fehlen uns. Nachweislich ist er nicht an den Höfen herumgereist, wie dies Heinrich von Braunschweig getan hat. Bald nach dem 10. Mai hat er das Erzstift verlassen und sich aufwärts nach seinem Bistum begeben. Unterwegs hat er wohl die Pfalzgrafen sowie die Bischöfe von Worms und Speyer aufgesucht, vielleicht auch noch den Markgrafen von Baden.

Am 24. Mai traf er in Zabern ein⁵⁹; doch war er hierher nicht zurückgekehrt, um den wiederholten Bitten seines Kapitels Folge zu leisten⁶⁰; auch scheint er noch immer die

56. Trotzdem Friedensburg in erschöpfender Weise die Archive durchforscht hatte, fragte ich für diesen speziellen Fall noch einmal bei sämtlichen Archiven, in denen die Archivalien für die in der Instruktion genannten Reichsfürsten (Salzburg ließ ich allerdings außer acht) aufbewahrt werden, an. Die Antworten lauteten stets verneinend. Auch in Wolfenbüttel, wohin ich mich wegen Herzog Heinrichs wandte, war nichts zu finden. Um so erfreulicher ist es mir gewesen, daß ich in den elsässischen Archiven noch eine Nachlese veranstalten konnte, die immerhin geeignet sein dürfte, Friedensburgs Ansicht [S. 89] zu berichtigen, als ob nur an diejenigen die Werbung gerichtet sei, „welche noch durch keinerlei Band mit der neuen Lehre oder deren Anhängern verknüpft erschienen.“

57. Friedensburg a. a. O. S. 87 f.

58. Manuale 28. Mai, Die Antwort des Bischofs Konrad traf am 28. Mai in Zabern ein. Wilhelm ließ ihm schreiben, er werde den Brief an den Kaiser schicken.

59. Manuale.

60. Arch. d. Domk. lib. miss. ad. Episc. 1521—1527 d. d. 20. November 1525, 27. Februar und 11. April 1526.

Funktionen eines Mainzer Statthalters ausgeübt zu haben⁶¹, wiewohl bereits Albrecht Ende April nach dem Erzstifte zurückgekehrt war⁶². Seine jetzige Rückkehr sollte hauptsächlich der Erfüllung des kaiserlichen Auftrages dienen. Denn schon am 24. Mai⁶³ beorderte er Vertreter der Städte Offenburg, Kolmar, Oberehnheim⁶⁴ und Schlettstadt auf den 29. zu sich. Am darauf folgenden Tage trug er den Boten der vier Städte persönlich den kaiserlichen Brief vor und forderte sie auf, ihm baldigst die Antwort ihrer Obrigkeit zu überbringen⁶⁵. Am 4. Juni schrieb auch die Stadt Hagenau⁶⁶ an den Bischof und versicherte ihre Ergebenheit dem Kaiser; sie hoffe mit göttlicher Hilfe bei dem alten Glauben bleiben zu können. Am 11. Juni waren die Boten der Städte Kaysersberg und Türckheim vor den Bischof geladen; von Ersterer wissen wir, daß ihre Antwort am 17., als Wilhelm bereits in Speyer weilte, in Zabern eintraf⁶⁷. Am 14. Juni endlich schrieb die Reichsstadt Speyer, der Wilhelm wohl auf seiner Heimkehr aus dem Erzstifte die kaiserliche Botschaft überbracht hatte. Ihre Antwort war

61. Wenigstens erhielt er z. B. noch am 31. Mai eine Reihe von Verwaltungsbriefen aus dem Erzstift nach Zabern zugesandt.

62. Jakob May, Albrecht II Bd. I S. 403 — vgl. Friedensburg, Reichstag zu Speyer S. 199—200.

63. Manuale d. d. 24. Mai.

64. Oberehnheim Stadtarchiv A. A. 94. Wilhelm an den Rat der Stadt Oberehnheim (Ausf.) „Datum Zabern uff Donnerstag nach dem heyligen pfingstag anno etc. 26.“

65. Manuale d. d. 30. Mai.

66. Hagenau Stadtarchiv G. G. 50 n. 2. — Zwei gleichzeitige Abschriften (angefertigt in der Stadtkanzlei zu Hagenau) von 1. der kaiserlichen Instruktion vom 23. März 1526; 2. von dem Antwortschreiben der Stadt an den Bischof. — „Datum uff montag nach corporis Christi anno etc. 26.“ Wilhelm hatte, wie aus dem Briefe zu ersehen ist, die kaiserliche Werbung dem Rate zu Hagenau persönlich überreicht. Er wird dies unmittelbar, bevor er am 24. Mai zu Zabern eingetroffen war, getan haben.

67. Manuale 11. und 14. Juni.

eher absagend als zusagend. Man wollte, so schrieb der Magistrat, sich dem fügen, was auf dem Reichstag beschlossen würde, im übrigen aber dem Kaiser den Gehorsam nicht versagen⁶⁸.

Soweit reichen unsere Quellen über diese kaiserliche Botschaft⁶⁹. Wenn bei der Dürftigkeit der Nachrichten ein Schluß gezogen werden darf, so ist es der, daß Bischof Wilhelm nicht nur die unzweifelhaft zuverlässigen Stände angegangen hat — das wäre schließlich nur eine Parade gewesen — sondern daß er seinen Auftrag ernst genommen und versucht hat, gerade die zweifelhaften Obrigkeiten, wie sie eben in jenen oberrheinischen Städten zumeist vertreten waren, dem Willen seines kaiserlichen Herren gefügig zu machen und wenn nötig durch die fast in der Form einer Drohung ausgesprochenen Mahnungen zum alten Glauben zurückzuführen.

Daß der Bischof der Stadt Straßburg nicht die kaiserliche Botschaft mitgeteilt hat, ist selbstverständlich. Doch war sie bereits in den ersten Tagen des Juni in den Besitz einer Abschrift der kaiserlichen Instruktion gelangt. Der Rat der Stadt beschloß bezeichnenderweise, dies als Warnung aufzufassen und jedes etwaigen Ueberfalles gewärtig zu sein⁷⁰.

68. Gedruckt bei F. X. Remling, Urkundenbuch zur Geschichte der Bischöfe von Speyer (Jüngere Urkunden), Mainz 1853 Nr. 273 S. 514—516; benutzt bei Friedensburg a. a. O. S. 88. Doch irrt Friedensburg in der Angabe des Datums. Der Brief ist nicht am 24. Juni, „am Vorabend der Eröffnung des Reichstages“ geschrieben, sondern „donnerstags, den XIV. tag juni anno MDXXXVI.“

69. Vgl. schließlich noch die bei Friedensburg S. 88 Anm. 2 und J. Ney [Analekten Zur Geschichte des Reichstags von Speyer 1526 III. In Briegers Zeitschrift für Kirchengeschichte Bd. XII 1891 S. 360—361] angeführte Notiz aus Würzburger Akten, die auch noch auf Wilhelms kaiserliche Botschaft Bezug nimmt.

70. Eine gleichzeitige Abschrift befindet sich im Thomas-Archiv 54, 1 a. — In den sog. Annalen Seb. Brants (Bullet. des monum. hist,

So drohend und scharf zugespitzt waren die Verhältnisse auf beiden Seiten geworden, als man sich zu dem Besuch des Speyerer Reichstages anschickte! Noch wenige Monate vorher konnten der Landgraf von Hessen und Wilhelm von Honstein es versuchen, eine Verständigung über gemeinsame Ziele und Wege in der Reichspolitik herbeizuführen; jetzt standen beide auf den äußersten Flügeln der Parteien einander schroff gegenüber; und wenn den Mitteilungen eines elsässischen Geistlichen an seinen Freund, den Schlettstadter Humanisten Beatus Rhenanus, zu trauen ist, so hatte Wilhelm für den jugendlich-feurigen Philipp nur noch die Worte: „Erznarr“ übrig⁷¹. Umgekehrt fand auch er die gleiche gehässige Beurteilung bei den Evangelischen. Noch vor Jahren wußte Martin Luther in seiner Schrift „An den christlichen Adel Deutscher Nation“ beredte und warme Worte zu finden, um den Bischof gegen Umtriebe von Rom aus in Schutz zu nehmen⁷², jetzt aber glaubte er in den schärfsten Maßnahmen, die auf katholischer Seite gegen seine Lehre getroffen wurden, eben Wilhelm von Straßburg als den Urheber erblicken zu können⁷³.

d'Alsace, N. S. XIX (1899) no. 4681 S. 140) lautet der Eintrag vom 6. Juni 1526: „die commission, so kais. Maj. dem Bischof von Straßburg, uff vil Bischoff und die Pfalzgrafen, sie zu ermanen, by der Röm. Kirchensatzung zu bliben, und daß er des willens, die lutherische leer üszutilgen. Erkannt: Daß m. H. H. die sach als ein warnung zu bedenken, ob man überzogen soll werden; daß man alle notdürftige handlung habe, auch wie man der Sach in der stat eins seye.“

71. Briefwechsel des Beatus Rhenanus. Gesammelt und herausgegeben von Dr. Albert Hrowitz und Dr. Karl Hartfelder, Leipzig 1886 no 255 S. 363. Paulus Volzcius an Beatus Rhenanus, Schlettstadt 5. April 1526: „Episcopus Argentinus Moguntiae agens per despectum adpellavit comitem provincialem Hassiae Morionem.“

72. Dr. Martin Luthers Werke, Kritische Gesamtausgabe Bd. 6 (1888) S. 422 und die dort in der Anm. angegebene Literatur.

73. Dr. Martin Luthers Werke, Kritische Gesamtausgabe Bd.

Wie sich allmählich nach dem letzten Nürnberger Reichstage die führenden Persönlichkeiten unter den deutschen Reichsständen immer mehr von der Reichszentrale entfernt hatten, nach tastenden Versuchen bei den einzelnen Standesgenossen schließlich in festumgrenzten gegensätzlichen Bündnissen ihrer Politik für fernere Zeiten eine Basis gegeben haben, sehen wir deutlich in der Entwicklung Wilhelms von Honstein wiedergespiegelt. Zuerst steht noch der Reichsgedanke bei ihm im Vordergrund, sehr bald wird er jedoch zurückgedrängt durch Dezentralisationsbestrebungen und schließlich geht er ganz auf in Bündnisplänen, die ihn allerdings wieder der Habsburgischen Politik in die Arme führen.

In dem kaiserlichen Auftrage vom 23. März 1526 gipfelt die Bedeutung Wilhelms von Honstein. Er steht jetzt auf dem Höhepunkt seines Lebens. Im Alter von 51 Jahren verfügt er über die besten Manneskkräfte, die ihm für die ungewöhnlichen geistigen und körperlichen Anforderungen in dieser Zeit die nötige Spannkraft verleihen. Der Bauernkrieg, der bei der Bestrafung der Untertanen seine vornehme Gesinnung offenbarte, brachte ihn in Beziehung zu allen bedeutenden Reichsständen von Niedersachsen bis herauf an die Alpenkette, vom Herzog zu Lothringen bis zu den Territorialherren in Ostfranken und Bayern. Dazu gewann er mit der Zeit ein Selbstbewußtsein, das ihm erlaubte, auch für sich selbst in rücksichtsloser Weise Vorteile zu suchen, wie es die Abmachungen in Halle uns gezeigt haben. Ueberall hatte er eine hochangesehene Stellung inne, die ihn gefürchtet bei den Gegnern und sehr geschätzt bei seinen Freunden erscheinen ließ. Erzherzog Ferdinand hielt ihn für den treuesten Genossen seiner Politik, der in Spanien

19 (1897) S. 274. In der Schrift gegen den Mainzer Ratschlag schreibt Luther unmittelbar anschließend an den Ratschlag: „Wolan, das ist ja ein kluger radtslag; wen gleich der bischoff zu Strasburg da geweßen were, wer hette gemeinet, das der teuffel so weiße leuthe kunde machen?“

weilende Kaiser betraute ihn mit den wichtigsten Aufträgen. Der Regensburger Konvent stellte den Bischof mitten in die Bewegung in Oberdeutschland hinein und brachte ihn hier in enge Fühlung mit den gleichgesinnten Fürsten; die Leipziger Tagung ließ ihn festen Fuß fassen bei den Mitgliedern des Dessauer Bundes im katholischen Norddeutschland.

So hatte er wie wenige Fürsten damals bedeutsame Beziehungen zum Kaiser und zu den gleichdenkenden Standesgenossen im ganzen Reiche. Es war ihm vergönnt für einige Monate auf der großen Bühne der deutschen Geschichte, zumal gerade in ernsten Tagen, eine führende Rolle zu spielen.

III. Kapitel.

Wilhelms reichspolitische Tätigkeit vom ersten Speyerer Reichstage bis zur Aufgabe der Koadjutorschaft in Mainz.

1526—1531.

§ 1.

Der erste Reichstag zu Speyer¹ und der Regimentstag zu Eßlingen 1526.

Mit den besten Aussichten konnten die Altgläubigen den Reichstag zu Speyer besuchen. Wenn er doch zugunsten der neugläubigen Minderheit zum Schlusse sich wandte, so war dies neben der Verschlechterung von Karls Lage in Europa und abgesehen von der hervorragenden Tatkraft der Führer der evangelischen Stände, die Schuld der Altgläubigen, vor allem der geistlichen Fürsten selbst. Denn diese erschienen mit verschwindenden Ausnahmen nicht persönlich in der Reichsversammlung.

Zu diesen rühmlichen Ausnahmen jedoch gehörte Wilhelm von Honstein. Schon am 6. Juni² fragte er von Zabern aus bei dem ihm befreundeten Speyerer Domsänger

1. An Stelle aller neueren Literatur verweise ich auf das grundlegende Werk von W. Friedensburg, Der Reichstag zu Speyer 1526. — Alle späteren Darstellungen des Reichstages seit Baumgarten fußen auf dieser Untersuchung, wenn auch gelegentliche Differenzen in der Gesamtbeurteilung zutage treten. — Vgl. auch die von Friedensburg benutzten Berichte, zumal die Relation aus der bischöflich-straßburgischen Kanzlei; veröffentlicht von Julius Ney: Analakten zur Geschichte des Reichstages zu Speier im Jahre 1526. [Briegers Zeitschrift für Kirchengeschichte Bd. VIII (1886) S. 300 bis 317, Bd. IX (1888) S. 137—181 und Bd. XII (1891) S. 337—361.] Die von beiden Forschern in Karlsruhe benutzten bischöflich-straßburgischen Akten befinden sich jetzt in Straßburg. Bez.-Arch. Bad. Austausch II Fasc. 8.

2. Manuale.

Philipp von Flersheim³ an, ob auch die Kurfürsten von Mainz und Pfalz auf dem Reichstage erscheinen würden. Sowie er seinen kaiserlichen Auftrag erledigt hatte, machte sich Wilhelm selbst auf den Weg. Am 16. Juni⁴ spät abends traf er in Speyer ein, begleitet von einem Stabe von 29 Personen und einem mindestens doppelt so großen Trupp von Bedienten⁵. In seiner Umgebung finden wir neben seinen drei ersten Beamten und einigen Räten befreundete Domkapitulare, junge verwandte Grafen aus der Heimat und eine Reihe von elsässischen Edelleuten⁶.

3. Ueber diesen schon mehrfach erwähnten Mann, der seit 1529 Bischof von Speyer war, s. ADB. 26 S. 47—50 und Z. f. Kirchengeschichte XII S. 337 Anm.

4. Friedensburg S. 203 Anm. 2.

5. A. a. O. S. 212. Quelle hierfür ist der von Friedensburg benutzte Druck: „Des Heyligen Römischen Reichs Stendt, mitsamt den Churfürsten und Fürsten etc., Geystlichen und Weltlichen, so auff dem yetz verschinen löblichen Reichßtag zu Speyr in der Keyserlichen Reichstat in eygner person, mit jrer Ritterschafft des Adels, Doctoren und hoffgesindt, auch andere gesampte botschafften etc. Erschienen des jars zweyntzigk und sechs, mit jren titteln und namen klärliche beschreibung.“ [München, Königl. Bibl. Eur. 332, 49.]

6. Nach dem Manuale traf am 22. VI. in Zabern der Befehl des Bischofs ein, laut welchem der Amtmann und bischöfliche Rat Jost von Sebach nach Speyer zum Bischof reiten sollte. — Der Münchener Druck gibt folgende Gefolgsleute an: [Blatt c₁] „Jörg graff zu Hennenbergk thumbher. Jacob Wild Reingraff, graf zu Salm und her zu Arnstat und Sunderßhausen. Heynrich graff zu Schwartzburg sin bruder. Engelhart graff zu Leiningen und Dachßburg her zu Appremündt. Simon Wecker und Wilhelm gebrüder, grafen zu Zweyenbrücken, hern zu Bitsch unnd Liechtenberg. Philips graff zu Stolberg und Werningerode. Wolff graff zu hohenloch. Hans graff zu Nassaw und Sarbrücken. Jörg graf und her zu manßfelt. Wolff Wilhelm von Andlaw ritter Vitzthumb. Doctor Ytelhans Rechbürger cantzler. Jost von Sebach radt. Blasius Reich marschalck. Thoman von Colmar. Bat von Vegerßheim, amptman. Jörg von Fridingen, Paule von Weberstet. Jacob von Zemen. Jacob Bock. Chun Eckbrecht von Dürkheim. Philips von Flerßheim. Eustachius Goldochs,

Am 25. Juni wurde in der üblichen feierlichen Weise der Reichstag durch eine Heilige-Geist-Messe im Dome eröffnet, an der auch der Bischof unter den versammelten Fürstlichkeiten teilnahm. Sogleich danach verlas der kaiserliche Kommissar Bischof Bernhard von Trient im Rathaussaale die Proposition des Reichsoberhauptes. Sie gliedert sich in vier Artikel, deren erster und wichtigster eine Lösung der religiösen Frage bis zum allgemeinen Konzile natürlich im altgläubigen Sinne fordert, der zweite Maßregeln gegen Empörungen im Reiche vorgesehen wissen will; während die beiden letzten die alten Forderungen der Nürnberger Reichstage erneuern, nämlich das Zustandekommen einer beständigen Türkenhilfe und definitive Regelung der Unterhaltung von Reichsregiment und Reichskammergericht. So gründlich auch unsere Kenntnis über diesen Reichstag ist und soviel Relationen uns überliefert sind: auch durch sie sind wir nicht imstande, einen klaren Einblick in die Tätigkeit des Bischofs zu gewinnen, nur der äußere Hergang der Ereignisse ist ersichtlich. Doch in Anbetracht der Tatsache, daß Wilhelm von Straßburg sowie die Bischöfe von Speyer und Würzburg und der Koadjutor der reichsfürstlichen Abtei Fulda, ein Henneberger Graf, die einzigen geistlichen Fürsten waren — wenn wir von Bernhard von Trient, der als kaiserlicher Kommissar tätig war, absehen — die in Person den Reichstag besuchten⁷, so dürfen wir mit Fug und Recht annehmen, daß der heftige Widerstand, der von der Bank der geistlichen Fürsten während dieser Reichsversammlung gegen die neuerungsfreundlichen Beschlüsse erhoben wurde, mit in erster Linie von dem Honsteiner ausging.

Nach Verlesung der kaiserlichen Proposition beschloß man den ersten Artikel, der die religiöse Frage behandelte,

Nickel Pflug. Hans von Alberßleben. Jakob Böcklin. Jacob von Rinach. Heynrich Wolff.“

7. Friedensburg S. 203.

durchzuberaten, und zwar sollte dies kurienweise geschehen. Schon bald zeigten sich die größten Schwierigkeiten. Namentlich entbrannte ein heftiger Streit über die Frage, ob über die Mißbräuche der Geistlichkeit beraten werden dürfe oder nicht. Die Städte, unter Führung des Straßburgers Jakob Sturm, die auf diesem Reichstage das vorwärtstreibende und siegreiche Element bedeuteten, drangen schließlich mit ihren Forderungen gegen den Widerstand der Kirchenfürsten durch. Zur Beratung über die Mißbräuche bei der Geistlichkeit wurde in der Fürstenkurie ein Achterausschuß gebildet. Auch die Wahl für diesen Ausschuß bedeutete eine Niederlage der geistlichen Partei. Zwar gehörte ihr unter den vier Vertretern der geistlichen Fürsten der bischöflich-straßburgische Kanzler⁸ — dem wir auch für diesen Reichstag eine der besten Relationen verdanken⁹ — an; doch war die Gesamtzusammensetzung den Evangelischen günstig. Einen weiteren bedeutenden Sieg der Reformier muß man darin erblicken, daß es ihnen, wiederum auf das Drängen der Reichsstädte hin, gelang, am 31. Juli zur Beratung der religiösen Frage einen großen Ausschuß von 21 Mitgliedern, der aus den Vertretern aller Kurien gebildet werden sollte, durchzusetzen. Entscheidend wurde auch jetzt der Ausfall der Wahl der Mitglieder, die namentlich in den Reihen der weltlichen Fürsten zur größten Erregung führte. Die dreizehn Mitglieder, die von ihnen in den Ausschuß geschickt werden sollten, bestanden aus je zwei geistlichen und weltlichen Fürsten, in deren Belieben es jedoch gestellt wurde, sich durch einen ihrer Räte vertreten zu lassen; je weiteren drei Vertretern der Fürsten, einem Vertreter der Prälaten und endlich zweien der Grafen. Bei den geistlichen Fürsten wurden ohne weiteres die Bischöfe von Straßburg und Würzburg als persönliche Mitglieder gewählt¹⁰. Die weitere Zu-

8. Friedensburg S. 273.

9. Julius Ney, *Z. f. Kirchengeschichte* VIII S. 300—317.

10. Friedensburg S. 338 und Anm. 1. — Ney a. a. O. S. 311.

sammensetzung dieses Ausschusses interessiert hier nicht; auch sie fiel ungünstig für die Altgläubigen aus und hätte deren Bestrebungen die katholische Kirche zu erhalten sehr in Frage stellen können.

Da entschied sich der Erzherzog Ferdinand zum Aeüßersten. Er ließ am 1. August jene Zusatzinstruktion zur kaiserlichen Proposition, die bis dahin streng geheim gehalten worden war, verlesen, laut welcher der Reichsversammlung jedwede Behandlung der religiösen Frage verboten wurde, bis der Kaiser selbst die Entscheidung träfe. Er gedenke bald nach Deutschland zu kommen, und werde zuvor mit dem Papst die Ansetzung eines Konzils vereinbaren. Bis dahin solle das Wormser Edikt in Geltung bleiben.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf diese Mitteilung die Versammlung. Alle Hoffnungen auf eine Besserung des Elendes, alle Bemühungen, Reformen jetzt durchführen zu können, schienen vernichtet. Es war das dritte Mal, daß der Spanier in souveräner Unkenntnis dessen, was der deutschen Nation Not tat, entscheidend eingriff und das redliche Streben des größten Teiles der Reichsstände, aus der heillosen Verwirrung der Lage zur Klärung zu gelangen, vereitelte.

Jetzt wurde es den Städten selbst bei den altgläubigen weltlichen Fürsten nicht schwer, ihre Forderung durchzusetzen: daß dem Kaiser durch eine große Reichsgesandtschaft über die Lage in Deutschland berichtet und ihm klar gemacht werden solle, daß das Wormser Edikt nicht mehr durchführbar sei. Bis dahin sollte jeder Stand — und diese folgenschwere Klausel ging von keinem andern wie von Richard von Trier aus — mit seinem Gewissen es vereinbaren, wie er in der Glaubensfrage es halten wolle, wie er hierin Gott und dem Kaiser gegenüber sich gehorsam zu zeigen vermöge. So lautete der Beschluß des Großen Ausschusses vom 5. August 1526, dem nur die geistlichen Fürsten, also auch Wilhelm von Straßburg zu widersprechen versucht hatten.

Nachdem die Glaubensfrage ausgeschaltet war, wurden die übrigen Punkte der Proposition beraten. Die Ereignisse an der Ostgrenze des Reiches mahnten hier zu ernstem dringenden Handeln. Man beschloß am 5. August zur Beratung über eine „beharrliche“ Türkenhilfe einen Sonderausschuß zu bilden, in welchem jedoch der Straßburger Bischof nicht vertreten war.

Die Frage, wie dem Aufruhr im Reiche für künftig entgegenzutreten sei, wurde am 13. August einer neuen Sonderkommission, die aus sechs Vertretern der Reformpartei gebildet war, überwiesen. Nur der letzte noch ausstehende Punkt der kaiserlichen Proposition, der die Unterhaltung der beiden obersten Reichsbehörden betraf, blieb der Entscheidung des großen Ausschusses überlassen. Man entschied sich endlich dafür, das Reichsregiment und das Reichskammergericht für die Dauer eines Jahres, von Michaelis 1526 ab gemäß dem Wormser Anschlag zu erhalten. Jedoch sollten sie von nun an in Speyer tagen. In dem vierten Quartal, also vom 1. Juli bis Michaelis 1527, sollten in eigener Person der Kurfürst von Köln, Heinrich von Mecklenburg und Wilhelm von Straßburg in Speyer sitzen¹¹. Die Reformbedürftigkeit dieser Organe wurde auch diesmal zugegeben, doch verschob man die Beratung hierüber sowie die endgültige Regelung der Unterhaltung auf spätere Tage. Es wurde eine Kommission bestimmt, die sich zusammensetzte aus Erzherzog Ferdinand, den Räten von Kurmainz und Kurpfalz, den Pfalzgrafen Herzog Hans vom Hunsrück und Herzog Georg Bischof von Speyer in eigener Person, sowie den Räten Wilhelms von Straßburg und Philipps von Baden. Diese sollte Michaelis 1526 an Ort und Stelle des Reichsregimentes und des Reichskammergerichts zusammentreten, um eine gründliche Visitation und

11. Reichstagsabschied § 21. Koch II S. 277.

Reform dieser beiden Institute vorzunehmen¹². Denn jetzt drängte alles zur Eile. Am 13. August nämlich wurde der Fall von Peterwardein in Speyer bekannt und die Gefahr eines weiteren Vordringens der siegreichen Türken durch das wehrlose Ungarn bis an die Grenzen des Reiches hin stand in beängstigender Deutlichkeit vor den Augen der Stände. Man entwickelte nun, da Ferdinand zur höchsten Eile mahnte, eine fieberhafte Tätigkeit. Von einer beharrlichen Hilfe sah man auch diesmal ab und bewilligte eine einmalige Entsendung von 10 000 Fußtruppen auf 6 Monate; immerhin für damalige Verhältnisse eine recht ansehnliche Leistung. Am 24. August bereits wurde eine Abschiedskommission eingesetzt; sie bestand aus drei kurfürstlichen und sechs fürstlichen Räten. Eitelhans Rechburger fungierte als einer der drei geistlichen Vertreter¹³. Am 27. August wurde der Abschied unterzeichnet. Waren auch die Leistungen dieses Reichstages nur sehr gering; denn alle Bestimmungen waren wieder nur provisorischer Natur, so lag doch seine große Bedeutung eben in jener Klausel, die der Ausschusssitzung vom 5. August ihren Ursprung verdankte. Wie dieselbe von den Evangelischen ausgelegt wurde, zeigte die Tatsache, daß in den nächsten Jahren ungehindert die neue Lehre sich ausbreiten und das feste Gefüge einer kirchlichen Organisation erhalten konnte.

Wenn auch Wilhelm von Straßburg, wie wir gesehen haben, den wichtigsten Kommissionen angehörte, so wird doch seine Tätigkeit in ihnen selbst keine allzu rege gewesen sein. Er mag seinem bewährten Kanzler wohl alles Nötige überlassen haben. Waren doch auch die geistlichen Fürsten in der unglücklichen Lage, stets mit ihren Forderungen auf Widerstand zu stoßen und schließlich auf der ganzen Linie ungehört zu bleiben.

12. Reichstagsabschied § 24. Koch II S. 278.

13. Friedensburg S. 462.

Auch ließen die mannigfachen Vergnügungen, die den hohen Herren in diesen Monaten geboten wurden, nicht viel Zeit zu ernster Beschäftigung übrig. In der ersten Hälfte des Juli waren die Fürsten Gäste bei Kurfürst Ludwig in Heidelberg, der ihnen die Freuden einer großen Jagd bereitete¹⁴. Daß Wilhelm als passionierter Jäger hier nicht gefehlt haben wird, ist sehr wahrscheinlich. Nachdem die Fürsten wieder in Speyer eingetroffen waren, gab ihnen Ferdinand zur Feier der Geburt eines erzherzoglichen Töchterchens ein glänzendes Fest¹⁵. Spurlos sind diese Vergnügungen an Bischof Wilhelm auch nicht vorüber gegangen, wenigstens litten seine Finanzen unter ihnen. Mitte Juli nämlich ließ er sich durch seinen Boten Adam Clett, den er auf Reisen stets bei sich hatte, 500 Gulden aus seinem Stifte holen: ein Fall, wie wir ihn nur bei diesem Reichstage festgestellt haben und der wohl mit den durch die Festlichkeiten hervorgerufenen Ausgaben im engsten Zusammenhange steht¹⁶.

Einer anderen Tätigkeit des Bischofs hier in Speyer muß noch gedacht werden, die ihn und Philipp von Baden öfters in Anspruch nahm. Es handelt sich um die Vermittlung beider Fürsten zwischen dem Grafen Georg von Württemberg, dem jüngeren Stiefbruder Herzog Ulrichs, und dem Erzherzog Ferdinand¹⁷. Die selbstlose Hingabe, mit der einst in Maximilians Tagen Bischof Wilhelm für den Württemberger Fürsten die Vermittlung übernommen hatte, mag für den Grafen Georg der Grund gewesen sein, sich ihm jetzt hilfesuchend zu nähern. Die Besitzergreifung der württembergischen Territorien, mit Ausnahme der Herrschaft Mömpelgard, durch das Haus Habsburg, hatte dies Mitglied des schwäbischen Fürstengeschlechtes schuldlos um

14. Friedensburg S. 315.

15. Ebenda.

16. Manuale 15. Juli.

17. Erwähnt bei Friedensburg S. 453 Anm. 3.

das Seine gebracht. Durch einen Vertrag zwischen Ulrich und Georg war 1513 bestimmt worden, daß letzterer auf eine Nachfolge im Herzogtum für sich und seine Nachfolger solange verzichten solle, als Ulrichs Mannesstamm noch blühe. Dafür wurde dem Grafen zugesichert, daß er nach dem Ableben ihres gemeinsamen Vaters, des geisteskranken Grafen Heinrich und dem Tode von Georgs Mutter Elisabeth, einer geborenen Gräfin von Salm, die diesen seit 1482 zugesicherten elsässischen Besitzungen, nämlich die Grafschaft Horburg und die Herrschaft Reichenweier erhalten sollte; dazu kam noch eine jährliche Rente von 3000 Gulden¹⁸. Da nun Graf Heinrich am 16. April 1519¹⁹ und Gräfin Elisabeth am 26. April 1521²⁰ gestorben waren, hätte der Vertrag von 1513 in Kraft treten müssen, denn das Haus Habsburg hatte bei der Uebernahme der Herrschaft Ulrichs auch die von ihm eingegangenen Verträge für bindend erklärt²¹. Doch Graf Georg, der seinen Aufenthalt zumeist in Straßburg zu nehmen genötigt war, hatte bisher noch nicht ein Titelchen seiner Ansprüche bei Erzherzog Ferdinand durchsetzen können²². Er suchte nun die Gelegenheit wahrzunehmen, um mit seinen Klagen gegen das Haus Oesterreich vor die in Speyer versammelten Reichsstände zu treten.

Bischof Wilhelm hatte ihm, wie es scheint, schon im Frühjahr 1526, als er von Mainz in sein Stift zurückgekehrt war, Zusicherungen gemacht, daß er die Vermittlung übernehmen werde²³. Mit seinen Klagen und Ansprüchen verband

18. Chr. Fr. von Stälin, *Württembergische Geschichte* Bd. IV (1873) S. 90. — *Der Vertrag vom 26. April 1513* s. a. a. O. Bd. III (1856) S. 605.

19. Stälin Bd. III S. 713.

20. Ebenda.

21. A. a. O. Bd. IV S. 193. Genauerer hierüber s. bei J. Wille, „Die Uebergabe des Herzogthums Württemberg an Karl V. 1520.“ (*Forschungen zur Deutschen Geschichte* Bd. XXI [1881]) S. 521—571.

22. Stälin Bd. IV S. 199 Anm. 1.

23. *Manuale* d. d. 2. April und 24. Mai 1526,

Graf Georg auch die seines Bruders Ulrich. Es gelang ihm, soweit er für seine Person allein Ansprüche zu erheben hatte, die beiden genannten Fürsten als Tädingsfürsten zu gewinnen. Vom 7. bis 20. August verhandelten beide Parteien vor Wilhelm von Straßburg und Philipp von Baden. Am 27. August, am Tage des Reichsabschiedes, kam ein Vertrag zustande, durch welchen Graf Georg in den Besitz der ihm zugesprochenen Herrschaften im Elsaß gelangte; sein Jahresgeld wurde auf 4200 Gulden erhöht. Eine sechswöchentliche Bedenkzeit wurde beiden Parteien vorläufig zugesichert. Am 1. November wurde der Vertrag ratifiziert und am 14. Dezember von den beiden Tädingsfürsten persönlich in Eßlingen unterzeichnet. Manche Unebenheiten, die durch die Eile veranlaßt waren, mit der gegen Schluß des Reichstages der Vertrag zustande gekommen war, mußten noch ausgeglichen werden und das ganze nächste Jahr war noch mit einer Reihe von Tagfahrten der beiden Tädingsfürsten oder ihrer Stellvertreter angefüllt²⁴.

24. Ch. Fr. Sattler, „Geschichte des Herzogthums Württemberg unter der Regierung der Herzogen. Zweyter Theil. 1770.“ S. 160 bis 163. — Stälin Bd. IV S. 334 Anm. 2. — Beide benutzten das im Kgl. Staatsarchiv zu Stuttgart befindliche Material, wenn auch nicht in ausgiebiger Weise. Ich unterzog das dort befindliche Material — soweit es mir zugeschickt worden ist — einer nochmaligen Durchsicht. [Die Signatur ist folgende: „Akten über Erbensprüche des Grafen Georg von Württemberg I no 10, 11, 12, 14, 15, 18, 19, II no 188b, III no 8, 18 mit Beilagen: 19, 20, 23, 25, 27, 32, 33, 35, 43—46, 53, 58, 59, 60.] — Daraus sei folgendes notiert: Eine neue Revision des Vertrages wurde am 15. Januar 1527 zu Offenburg vorgenommen; die beiden Tädingsfürsten waren durch je zwei Abgesandte [Bischof Wilhelm durch seinen Kanzler und den Vitztum Ritter Wolf Wilhelm von Andlau] vertreten, die den Abschied unterzeichneten. — Am 27. Juni 1527 wurde ebenfalls in Offenburg von den gleichen vier Räten ein „Nebenvertrag“ und eine „Leuterung des vertrags“ abgeschlossen. — Am 14. Oktober 1527 endlich unterzeichneten dieselben Vertreter zu Oberkirch einen „Letsten Abscheidt.“ Die Verhandlungen für Ferdinand führte sein Statthalter in Württemberg

Unverzüglich nach der Unterzeichnung des Reichsabschiedes, welche Bischof Wilhelm für seine Person und als bevollmächtigter Vertreter des abwesenden Kardinalerzbischofs Matthäus von Salzburg²⁵ vorgenommen hatte²⁶, verließ er Speyer. Am 1. September traf er wieder in Zabern ein²⁷.

Kaum hatten die Reichsstände Speyer verlassen, als im Osten die längstbefürchtete Katastrophe eintrat. Am 29. August wurde bei Mohacz das Heer der Ungarn vernichtet, der junge König Ludwig ließ sein Leben in der Schlacht. Zwar legte dies Ereignis in der Folge den Grundstein für Habsburgs Großmacht im Osten Europas, da jetzt

Georg Truchseß. — Vergl. hierzu auch die zahlreichen Notizen im Manuale während dieser Zeit.

25. Friedensburg S. 208 Anm. 4. Das Schreiben des Kardinals ist datiert aus Salzburg vom 13. Juni 1526. Als Grund dafür, daß Matthäus weder kommen noch einen Rat schicken kann, gibt er den Aufruhr an, der bekanntlich damals von neuem in seinem Erzbistum ausgebrochen war (Straßb. Bez.-Arch., Bad. Austausch II 8). Wilhelm stellte seine Vertretung für den Kardinal von Salzburg auf dem Reichstage so dar, als ob er zugleich mit der Vertretung des Erzbischofs im Regiment für das Vierteljahr von ca. 18. Mai bis 28. Juli 1526 beauftragt sei; jedenfalls forderte er am 2. Oktober 1526 vom Fiskal des Kammergerichtes 55 Gulden, „die mein g. h. für das Viertel jar das er für den Cardinal von Saltzburg anno 26 gesessen hat, erhalten muß.“ (Manuale.) — Ob er diese Forderung mit Recht stellte, ist zweifelhaft. An und für sich würde gemäß der im Nürnberger Reichsabschied von 1524 für das Regiment zu Eßlingen aufgestellten Sessionsordnung der Kardinal von Salzburg für diese Zeit an der Reihe gewesen sein, da das dritte Viertel des Turnus zum zweiten Male (d. i. also das neunte Viertel seit Beginn des Eßlinger Regimentes, also seit dem 18. Mai 1524) gerade in die Zeit des Speyerer Reichstages fiel. — Doch hatte der Abschied von 1524 nur eine Session von 8 Vierteljahren, also nur bis Pfingsten 1526 vorgesehen und außerdem lautete die Vollmacht für Wilhelm, die uns erhalten ist, nur auf Vertretung im Reichstage.

26. Koch II S. 279.

27. Manuale.

der Erbvertrag von 1515 zugunsten der Oesterreicher in Kraft trat; doch noch mußten Böhmens und Ungarns Kronen erst erobert werden und der Türke, dem der Weg nach dem Westen unverwehrt offen stand, zurückgeworfen werden. Die Nachricht wirkte auf die deutschen Stände niederschmetternd. Alle in Angriff genommenen Arbeiten, wie die auf Michaelis angesetzte Reform und Visitation des Reichsregimentes und Reichskammergerichtes blieben vor derhand liegen.

Sehr bald schon erhielten die einzelnen Stände Kunde von dem Sieg der Ungläubigen. Am 7. September²⁸ teilte Ferdinand die Hiobspost dem Kardinal Albrecht und wahrscheinlich auch dem Straßburger Bischof mit; denn bei diesem traf Ferdinands Brief am 15. September ein²⁹. Das Reichsregiment, an dessen Uebersiedlung nach Speyer vorerst noch nicht zu denken war, raffte sich zum Handeln auf. Am 25. September berief es auf den 1. Dezember einen Regimentstag nach Eßlingen³⁰.

Wilhelm, der um Michaelis 1526 mit Philipp von Baden³¹ und Georg von Speyer³² noch wegen der im Speyerer Abschied angesetzten Kommission zur Reform von Regiment und Gericht korrespondierte, richtete, seitdem er am 5. Oktober³³ die Einberufung zum Regimentstage erhalten hatte, sein Augenmerk ganz auf die Türkenfrage. Am 14. Oktober

28. Dr. Stephan Stoy. Erste Bündnisbestrebungen evangelischer Stände [Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde Bd. 14 [Neue Folge Bd. 6] 1899 S. 1—270] S. 122.

29. Manuale.

30. Friedensburg S. 471 und Stoy S. 122.

31. Am 28. September schrieb Wilhelm an Philipp von Baden wegen der Reformation des Regimentes und Kammergerichtes [Manuale].

32. Im gleichen Sinne schrieb W. am 2. Oktober an den Bischof von Speyer (Manuale).

33. Manuale. — Am 14. Oktober traf ein kaiserliches Mandat auch wegen der Türken ein (ebenda).

ließ er von der Kanzel herab in seiner Diözese das Unglück der Christen verkünden und den Segen Gottes für ihr Unternehmen gegen die Ungläubigen erfliehen³⁴. Nachdem er durch briefliche Anfragen bei den Kurfürsten von Mainz³⁵ und Pfalz³⁶ und bei dem Bischof von Speyer³⁷ die Gewißheit erhalten hatte, daß dieselben den Eßlinger Tag besuchen würden, entschloß auch er sich zu dem gleichen. Am 26. November³⁸ verließ er in Begleitung von einer Schar von Reisigen³⁹ sein Bistum und traf pünktlich am 1. Dezember in Eßlingen ein⁴⁰.

Alle Fürsten waren hier vertreten und in der Mehrzahl auch persönlich erschienen. Ferdinand, der am 23. Oktober entgegen den eifrigen Bemühungen der Wittelsbacher Rivalen, zu Prag zum Böhmen-König erwählt war⁴¹, erschien nicht in Eßlingen. Die Verhandlungen leitete der Statthalter Philipp von Baden. Doch ein greifbares Ergebnis hatten sie nicht. Ueber die beharrliche Hilfe konnte man sich auch hier nicht einigen und überließ diese Angelegenheit einem künftigen Reichstag, der auf den 31. März 1527 nach Regensburg zusammengerufen werden sollte. In betreff der eilenden Hilfe beschloß man die Ausführung der Speyerer Bestimmungen mit größerem Nachdruck zu betreiben und den besonders gefährdeten Nachbarterritorien Brandenburg,

34. Ebenda.

35. Am 4. November fragte Wilhelm bei Albrecht an. (Manuale.)

36. Am 12. November teilte ihm Graf Georg von Bitsch mit, daß Kurfürst Ludwig den Tag persönlich besuchen werde (Manuale).

37. Anfrage Wilhelms bei Speyer am 29. Oktober (Manuale).

38. Manuale.

39. Am 22. November 1526 erhielt Wilhelm von Markgraf Rudolf von Baden einen Brief, in dem dieser ihn um etliche Reisige bat; Wilhelm schlug es ihm ab, da er nach Eßlingen reise und sie deswegen nicht entbehren könne (Manuale).

40. Stoy a. a. O. S. 126.

41. Ferdinand teilte seine Wahl sofort dem Bischof Wilhelm mit; am 11. November traf der Brief in Zabern ein (Manuale).

Sachsen, Bayern und Oesterreich für den Notfall Schutz zuzusichern⁴².

Einen, freilich recht zweifelhaften, Erfolg hatten die in Eßlingen versammelten Fürsten noch zu verzeichnen. Die in Speyer angeordnete Gesandtschaft an den Kaiser wurde kurz vor ihrer Reise nach Spanien nach Eßlingen berufen und ihr eröffnet, daß dem Kaiser vom Regimente aus, das seiner Zusammensetzung nach überwiegend katholisch gesinnt war, Bericht über die Lage in Deutschland gegeben werden würde. So geschah es auch, sehr zur Freude des Monarchen, der den Fürsten seinen Dank hierfür aussprach und den Wunsch äußerte, stets auf diesem Wege orientiert zu werden⁴³.

Am 21. Dezember wurde der Eßlinger Tag verabschiedet⁴⁴; am 27. war Wilhelm wieder in Straßburg⁴⁵.

§ 2.

Bis zum zweiten Speyerer Reichstag. 1527—1529.

Die Jahre 1527 und 1528 waren für die deutsche Reichsgeschichte zwar arm an großen Ereignissen, um so mehr

42. Ueber den Eßlinger Tag s. Friedensburg 471 ff.; vor allem Stoy a. a. O. Kap. III S. 117—153. — Die Akten über diesen Tag (wahrscheinlich bischöflich-straßburgischer Provenienz) sind im Karlsruher General L.-Arch. Haus- u. St.-Arch. V Reichssachen A Generalia. 1. Reichssachen des 15.—16. Jahrh. Fasc. 40. — Vgl. endlich auch noch einen Brief Wilhelms an die Stadt Straßburg aus Eßlingen am 8. Dezember 1526 (Freitag nach Concept. Marie). Wilhelm vertagt einen auf St. Thomä [21. Dezember] wegen der Abschaffung der Messe angesetzten Tag zwischen dem Rat der Stadt Straßburg und den bischöflichen Räten, weil sich die Verhandlungen in Eßlingen zu lange hinzögen. (Straßb. Stadt-Arch. VI 7.)

43. Siehe hierüber Stoy passim.

44. Wilhelm unterzeichnete den Abschied. Koch II S. 283.

45. Manuale.

zeigten sich die Symptome der schweren Krankheit, an der das Reich dahinsiechte. Die Saat der Zwietracht und des gegenseitigen Mißtrauens war seit dem Speyerer Reichstag unheilvoll aufgegangen. Während an den Grenzen des Reiches in Ungarn, Italien und Frankreich große Dinge geschahen und die Ereignisse sich drängten, um Habsburgs Weltmacht zu befestigen, genügte im Innern ein geringfügiger Anlaß, um einen hellen Brand, einen Fürstenkrieg zu erzeugen, der nur mit größter Mühe noch im Anfange unterdrückt wurde. Es war eine arbeitsreiche, unbefriedigende Zeit für Wilhelm, voll kleiner und kleinlicher Dinge, die ihm zu regeln aufgebürdet waren und deren Endergebnis doch fast immer einem Mißerfolge glich.

Bald nach seiner Rückkehr von dem Eßlinger Tage wurde dem Bischof vom Landvogt zu Hagenau eine Werbung Ferdinands vorgetragen. Dieser erbat von ihm wie von anderen Ständen einen Reiterdienst gegen die Türken. Wilhelm zögerte den Bescheid längere Zeit hin und scheint schließlich ausweichend geantwortet zu haben¹. Den auf den 31. März anberaumten Reichstag², zu dessen Besuch ihn der Böhmenkönig Ferdinand noch besonders aufforderte³, konnte er wegen vieler Sorgen, die ihn im Stifte und in der Diözese in Anspruch nahmen, nicht beschicken, geschweige denn besuchen. Am 19. März schrieb er an den Erzbischof von Salzburg, den Administrator von Regensburg und an den Augsburger Bischof, sie möchten seine Interessen auf dem Regensburger Reichstage wahrnehmen

1. Ein Auszug dieser — an die Stadt Straßburg gerichteten — Instruktion, die Ferdinand am 13. Januar 1527 in Wien gegeben hatte, ist gedruckt in P. C. Str. I. S. 277 Anm. 1. Bei Wilhelm erschien der Landvogt am 30. März 1527; am 27. April mahnte derselbe den Bischof zur Antwort; dieselbe erfolgte am 30. April an den Landvogt und Ferdinand (Manuale).

2. Ueber den Regensburger Reichstag vgl. Stoy, Kap. VI S. 175—214.

3. Manuale d. d. 29. März 1527.

und in seinem Namen handeln⁴. Dem König Ferdinand gab Wilhelm als Entschuldigung für sein Nichtkommen die „geschwinden sorglichen leuff“ an⁵. In der Tat war die Lage, in der er sich befand, eine recht schlechte. Denn abgesehen von den Sorgen, die ihm der Streit zwischen dem Domkapitel und dem Dechan Sigmund von Hohenlohe⁶ bereitete, hatte er gegen das Vordringen der Reformation in der Stadt Straßburg wie im eigenen Bistum einen immerwährenden Kampf auszufechten. Der Reichstag verlief übrigens völlig resultatlos, kein einziger Fürst hatte ihn persönlich besucht und nur ganz wenige Stände hatten ihn beschickt.

Etwas größeren Eifer zeigte Wilhelm bei der Reform des Reichsregimentes und der Visitation des Kammergerichtes, den Aufgaben, die ihm der Speyerer Abschied zugewiesen hatte. Freilich drängte ihn hier wieder eigenes

4. Ebenda 19. März 1527.

5. Manuale d. d. 29. März 1527. — Am 31. März erhielt Wilhelm von Markgraf Philipp die Nachricht vom Tode seines Vaters des Markgrafen Christoph von Baden (Manuale). — Am 19. März 1527 schrieb Philipp von Baden aus an Herzog Wilhelm von Bayern, daß sein Vater „auf Dato dißer schrift“ gestorben sei [Karlsruhe Generallandesarchiv, Haus- und Staatsarchiv, Vormundschaft der Herzoge von Bayern über die Markgrafen von Baden-Baden, Fasc. I S. 28; Abschrift aus dem Münchener Reichsarchiv]. Auf Grund dieser authentischen Mitteilung ist die Angabe, daß Christoph am 27. April gestorben ist [Friedrich von Weech, Badische Geschichte 1896 S. 116 und ADB. IV (1876) S. 232] als unrichtig abzuweisen, Vgl. auch Stoy a. a. O. S. 195.

6. Auf den Streit zwischen Kapitel und Hohenlohe kann hier nicht eingegangen werden. Ich verweise nur auf die jüngste biographische Skizze über diese interessante Persönlichkeit bei Ficker-Winkemlann Bd. I Tafel 38; daselbst ist die Literatur angegeben, die jedoch über den Grafen nicht zu orientieren vermag. Eine Durchforschung der Straßburger Archive würde zur Kenntnis dieses Mannes wie der Straßburger Reformationsgeschichte wohl noch wesentliches Material zutage fördern.

Interesse zum Handeln. Es lag ihm bei seinem Streite mit der Stadt Straßburg sehr daran, den höchsten Gerichtshof lebensfähig zu erhalten, da er nur von ihm noch Recht gegen die Vergewaltigungen, die ihm tagtäglich von der übermächtigen Reichsstadt drohten, erhalten zu können hoffte. Auch hatte er für den benachbarten Bischof von Metz es übernommen, dessen Differenzen mit dem Fiskal wegen der Höhe des Beitrags beizulegen⁷. So fragte er am 23. Juni in Eßlingen an, wann die Verlegung der beiden Institute nach Speyer erfolgen würde⁸. Die am 7. Juli in Zabern eingetroffene Nachricht besagte, daß das Regiment und das Kammergericht kurz nach den Ferien in Speyer sein würden⁹, und in der Tat wurde noch im Juli die Uebersiedlung vollzogen¹⁰. Daraufhin entschloß sich der Bischof, sein Regimentsquartal persönlich dort abzusitzen. Doch erst am 4. September, im letzten Monat seiner pflichtmäßigen Session, brach der Bischof nach Speyer auf¹¹. Gegen Michaelis hörte der Termin auf, bis zu welchem — dem Speyerer Abschiede gemäß — die Unterhaltungskosten vom Reiche gezahlt wurden; neue waren auf dem Regensburger Reichstage nicht bewilligt worden. Da entschieden sich in diesen Septembertagen die augenblicklichen Mitglieder im Regiment — also

7. Hierüber fand eine rege Korrespondenz — wie aus dem Manuale ersichtlich ist — zwischen dem Metzser und Straßburger Bistum statt.

8. Manuale.

9. Ebenda.

10. J. H. v. Harpprecht, Staatsarchiv des Kammergerichts, Th. V. § 75 S. 67.

11. Manuale d. d. 4. September 1527. — S. auch Straßb. Bez.-Arch. G. 2573: „Außgab für Zerung In kei. Mt. unnd des Reichs gescheffden auch uff den Reichs- unnd Regimentstegen uffgangen. Item 1^o 84 Pfd. 2 ¹/₂ 2 Pf. geben dem kuchymeister als mein gnediger herr uff seiner gnaden viertel jor zu Speir von mitwochen nach Egidii [4. September] biß uff den ersten tag octobris gewesen laut des kuchymeisters handschrift.“ — Vgl. unten Anm. 15.

in erster Linie Wilhelm von Straßburg — beide Reichsorgane auf das dringende Ansuchen des Statthalters Ferdinand hin noch für weitere zwei Jahre bestehen zu lassen. Die Kosten sollten durch einen Vorschuß gedeckt werden¹². Bald darauf ging man in Speyer daran, die Verfassung des Kammergerichts, die bereits im Vorjahre eine Revision erfahren hatte¹³, abermals zu verändern. Am 27. November 1527 wurde die neue Ordnung veröffentlicht¹⁴. Ob Wilhelm von Honstein an den Arbeiten für dieses Reichsgesetz, zu denen er durch den Speyerer Abschied aufgefordert war, teilgenommen hat, erscheint zweifelhaft.

Vor¹⁵ Michaelis 1527 war er bereits wieder in seinem

12. J. H. v. Harpprecht a. a. O. Th. V. S. 68. Am 24. September 1527 teilte Wilhelm als „Regimentsbeisitzer“ dem Erzbischof von Mainz mit, daß ferner andere Chur- und Fürsten [d. i. die jetzt im Regiment saßen] auf Ansuchen König Ferdinands als „Regimentsstatthaltern“ bewilligt haben, das Regiment weiter zu unterhalten, wie wohl die Zeit vorüber sei [Manuale]. Ob der Kurfürst von Köln und der Herzog von Meckelnburg, die mit Wilhelm gemeinsam im Regiment zu sitzen hatten, während dieses Quartals auch anwesend waren, ist unbekannt.

13. Dienstag nach Michaelis 1526 kam die erste Visitation in Eßlingen zustande [Harpprecht S. 61]. Wilhelm, der einen Rat hierzu schicken sollte, scheint damals seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen zu sein, wie wohl er, wie bereits erwähnt ist (s. Buch II Kap. III § 1 Anm. 31 und 32) mit Baden und Speyer hierüber korrespondierte. (Harpprecht a. a. O. V. S. 63.) Nach Ney (Analekten, Z. f. Kirchengesch. XII. S. 337 Anm.) war Wilhelm durch seinen Kanzler Rechburger im November 1526 in Speyer vertreten. Doch sollten hier (später in Landau) nicht wegen Kammergerichtsangelegenheiten sondern zur „Reformation der Geistlichkeit“ Beratungen gepflogen werden und zwar in einem Verein von acht oberdeutschen Räten. [Ney belegte diese Verhandlungen, von denen die straßburger Archivalien nichts berichten, durch Würzburger Material.]

14. Koch II. p. 289—292.

15. Am 23. September ist der Bischof zuerst wieder in Zabern nachweisbar (Str. St.-Arch. AA 1548); dort hält er sich bis zum 6. Oktober auf (Manuale). Vom 6. Oktober bis mindestens 26. Ok-

Bistum. Hier hat er zunächst mit Philipp von Baden am 14. Oktober in Oberkirch den Vertrag zwischen Georg von Württemberg und Ferdinand über die elsässischen Besitzungen des Hauses Württemberg endgültig verabschiedet, so daß seine Tätigkeit in dieser Angelegenheit damit beendet war. Bald aber trieben ihn die Sorgen um die Reformation der Stadt Straßburg, die jetzt die Säkularisation der in der Stadt gelegenen Klöster immer energischer betrieb¹⁶, abermals nach Speyer. Im Januar und Februar 1528 ist er dort beim Regiment nachweisbar¹⁷. Er muß damals

tober treffen wir ihn zur Regelung des Württemberger Vertrages in Oberkirch. [Für den 6. und 14. Oktober s. Stuttg. St.-Arch. a. a. O.; für den 11. Oktober Straßb. St.-Arch. VI, 7; für den 13. Oktober Kolm. Bez.-Arch. C. 179; für den 26. Oktober endlich: Str. Stadt-Arch. VI, 7; Bez.-Arch. G. 172.] Am 4. September schrieb der Bischof an das Regiment zu Ensisheim wegen der Revision einer Fleischordnung, die seine persönliche Anwesenheit im Ober-Elsaß erheischte, folgendes: „Nachdem wir aber itzt zu gehorsame Ro. Kay. Mt. unserm Allergnedigstenn Herrn, ußreiten, die Zeit unsers viertel Jors am kayserlichen Regiment zu Speyer vollendts zu uersehen und deßhelben Itz zur zeit nit dartzu thun können. So ist unser gnedigs Begern Ir wollent die sach biß zu unser Widderkunfft nach Michaelis berugen lassen.“ Dann werde der Bischof persönlich in der Ober Mundat erscheinen oder zum mindesten einen Rat zur Verhandlung schicken. „Datum dachstein am Mittwoch nach Egidii [4. September] 1527.“ [Kolm. Bez.-Arch. C 179 Bl. 82. (Original).] Siehe oben Anm. 11.

16. S. hierüber wie über die weiter unten folgenden Abschnitte über die Reformation in Straßburg A. Baum a. a. O. passim.

17. Am 25. Januar 1528 schrieben die bischöflichen Räte zu Zabern an die Stadt Straßburg [St.-A. AA. 1555]. Deren Unterzeichnung deutet stets auf die Abwesenheit des Bischofs hin. Am 5. Februar traf ein Brief Wilhelms aus Speyer in seiner Kanzlei ein, am 23. Februar traf er von dort in Zabern ein (Manuale). Zwei Briefe der bischöflichen Räte in Zabern an die Stadt Straßburg vom 25. Januar 1528 [Str. St.-A. AA 1555] und vom 7. Februar [a. a. O. AA 1548] weisen darauf hin, daß Wilhelm außer Landes war.

daran gedacht haben, kurzen Prozeß mit der Reichsstadt Straßburg, mit der er selbst nicht mehr fertig werden konnte, zu machen. Im September 1527 teilte wenigstens Wilhelm von Nassau seinem Bruder Heinrich die ihm ganz im Vertrauen zugegangene Nachricht mit, daß der Bischof von Straßburg „von der geistlichen wegen“ zum Kaiser nach Spanien reisen wolle¹⁸.

Wenn auch der Bischof an die Ausführung eines solchen Planes nicht denken konnte, da sonst in diesen unruhigen Tagen sein Stift schutzlos jedweden Ueberfall preisgegeben gewesen wäre, so bezeichnet doch dieses Gerücht die Schwierigkeit der Lage, in welcher Wilhelm sich damals befand. Zu den religiösen Erregungen traten nämlich gerade in diesen Tagen Beunruhigungen durch den französischen König. Wieder hörte man von Werbungen am Oberrhein und jeden Augenblick meldeten die bischöflichen Amtleute, wie die Untertanen das Land verließen, um unter den

18. O. Meinardus I, 2 S. 203 Nr. 142. — Die Annahme von Meinardus [Der Katzenelnbogische Erbfolgestreit und seine Bedeutung für die deutsche Geschichte; 80. Jahresbericht der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur 1903, III. Abteilung S. 96], daß Bischof Wilhelm die Reise nach Spanien ausgeführt habe und dort im Interesse der Nassauer Grafen gegen Landgraf Philipp intriguiert habe, ist nicht haltbar. Beweise dafür gibt es nicht. Die Vorbereitung zu einer solchen Reise würde im Manuale oder den Akten des Domkapitels irgendwie erkennbar sein müssen; es fehlt jedoch in den Straßburger Archivalien auch nur die leiseste Andeutung auf eine Fahrt an den Kaiserhof. Wenn auch im Manuale die Nachrichten für die Monate Oktober, November und Dezember spärlicher fließen, so lassen sie doch immerhin erkennen, daß der Bischof im Stift gewesen ist; wahrscheinlich wird er sich in der Oberen Mundat aufgehalten haben, wohin auch seine an die oberösterreichische Regierung am 4. September mitgeteilten Reisedispositionen hinweisen; s. oben Anm. 15. — Eine Nachricht vom 17. September 1527 (Manuale): daß Nicolaus Wurmser dem Bischof wegen der Botschaft aus Spanien geschrieben habe (Manuale), deutet allenfalls darauf hin, daß Wilhelm jemanden an den Kaiser abgesandt habe.

Fahnen Frankreichs gegen den Kaiser in den Krieg zu ziehen¹⁹. Die strengsten Verbote mußte der Bischof erlassen, um dagegen anzukämpfen. Die Güter der Angeworbenen wurden eingezogen, die Leute selbst, die es wagten in ihre Heimat zurückzukehren, hatten ihren Kopf verwirkt. Die elsässischen Stände fanden sich wieder auf Landsrettungstagen zusammen, um Schutz gegen die fortgesetzten Unruhen und die „plackereyen“ zu finden, die ihnen tagtäglich durch herrenloses Gesindel, das seit den Tagen des Bauernkrieges in erschreckender Weise sich gemehrt hatte, drohten²⁰.

Den Höhepunkt erreichte die allgemeine Unruhe und Unsicherheit im Reiche in den Monaten von März bis Juli 1528 durch die sogenannten Packschen Handel²¹. Wenn auch der Oberrhein nicht unmittelbar durch dieselben ge-

19. Am 6. August (Manuale) schrieb der Landvogt wegen der „laufenden“ Knechte. Der Bischof ließ alle Pässe besetzen. — Am 8. August erläßt das Domkapitel an sämtliche Gemeinden seines Territoriums ein Rundschreiben, in welchem bei Todesstrafe jeder Zuzug zu den Franzosen untersagt wird. [Arch. Domkap. Lib. miss. ad communitates 1527 ff.] Am 11. August 1527 teilt der Landvogt von Hagenau neue Zeitungen von der Franzosengefahr mit. Am 26. August und 23. September treffen in Zabern aus Ensisheim Warnungen wegen der Schweizer ein [Manuale].

20. Diese Tagungen fanden im Oktober und Dezember 1528 in Hagenau statt. (Vgl. die Bemerkung auf S. 52 Anm. 34.) Sie sind die Nachzuckungen der durch die Packschen Handel hervorgerufenen Erregungen im Reiche. Am 27. Oktober 1528 schreibt der Bischof allen Amtleuten wegen der „neuen mörderischen Gesellschaft“ [Manuale].

21. Auf die noch immer währende Polemik über diese Episode in der deutschen Geschichte ist hier nicht einzugehen. Die Arbeiten von Stephan Ehses und Hilar Schwarz lassen einen Anteil Wilhelms von Straßburg an den Händeln nicht erkennen. Ueber Meinardus, der die angebliche Reise des Bischofs nach Spanien in Verbindung mit den die Packschen Handel vorbereitenden Momenten bringt, s. oben Anm. 18.

troffen wurde, so wirkten sie doch auch lebhaft auf den Hof des Straßburger Bischofs ein. Herzog Georg von Sachsen und der Bischof von Würzburg setzten Wilhelm in Kenntnis davon, daß sie an dem erdichteten Bündnis gegen den Landgrafen schuldlos seien; Wilhelm drückte beiden befreundeten Fürsten sein Bedauern über die Vorkommnisse aus und versicherte ihnen, daß es ihrer Entschuldigung bei ihm nicht bedurft hätte²². An den Vermittlungsverhandlungen des Kurfürsten von Mainz zwischen dem Landgrafen und den Bischöfen von Würzburg und Bamberg hat Wilhelm zwar keinen nachweislichen Anteil gehabt, doch führt er gerade in diesen Wochen während der Verhandlungen zu Schmalkalden mit dem Kardinal einen so ungewöhnlich regen Briefwechsel, daß zum mindesten angenommen werden darf, daß der Bischof über den Stand der Dinge genau unterrichtet war²³.

22. Am 27. Mai 1528 (Manuale) teilte Friedrich von Fleckenstein dem Bischof neue Zeitungen über Hessen mit. Am 11. Juni kam ein Brief des Bischofs von Würzburg mit einem Ausschreiben gegen den bekannten Druck des Landgrafen in Zabern an [Manuale]. Bischof Wilhelm schrieb am Tage darauf dem Würzburger, daß er seine Schrift erhalten habe und dieselbe seinem Wunsche entsprechend öffentlich angeschlagen und seinem Hofgesinde vorgelesen habe. „Ist unns“, fährt er fort, „in warheyt solch handlung in trewen leyd, hoffen aber sie soll Ein allen Teilen guten zu frieden und gutten Ennde schicken . . .“ [Konzept; dieser Zettel lag in dem Faszikel des Manuale.] — Ähnlich schrieb der Bischof an den Herzog Georg, als dessen Entschuldigungsbrief am 18. Januar 1529 in Zabern eintraf (Manuale). Die Originalausfertigung des Briefes Wilhelms an Georg von Sachsen 18. Januar 1529 („Datum Zabern am Montag nach Hilarii anno etc. 29“) befindet sich in Dresden: Kgl. Hauptstaatsarchiv. Loc. 7269 III. 19, fol. 13 Nr. 6 Bl. 120.

23. Am 6. Mai 1528 geht ein Bote nach Mainz; am 25. schreibt Wilhelm an Albrecht wegen des Vereines zwischen den drei geistl. Kurfürsten wegen der Lehen; er möge ihm berichten, ob er es noch also halte und ob der Kaiser darein gewilligt habe. Am

Während der Packschen Händel mußte die Tätigkeit der Reichsbehörden ruhen. Ein von Philipp von Baden als Statthalter des Regimentes im November 1527 auf den 1. März 1528 nach Regensburg angesetzter Reichstag mußte wegen der ausgebrochenen Unruhen im letzten Augenblicke (18. April) abgesagt werden²⁴. Verhandelt sollte dort über die kirchliche Frage und über die Türkenhilfe werden. Wilhelm von Honstein war willens gewesen, diesen Reichstag durch seinen Kanzler zu beschicken und hatte bereits eine Vertretung für den Bischof von Basel angenommen²⁵. Wie es scheint, glaubte Wilhelm, daß Ferdinand persönlich in Regensburg anwesend sein würde, jedenfalls beabsichtigte er einen Boten nach dorthin vorausszuschicken, um des Königs Ankunft zu erfahren²⁶. Auch ein Regimentstag, den Philipp von Baden zur Beratung über die krieglerischen Unternehmungen Hessens auf den 1. August nach Speyer angesetzt hatte, wurde am 4. Juli, als die Friedensverhandlungen durch den Kurfürsten von Mainz in die Hand genommen waren, wieder abgesagt²⁷.

4. Juni trifft Albrechts Antwort ein: Man brauche die „Provisiones der Lehen“ noch und sie seien dem Kaiser nicht zu wider (Manuale). Worauf diese Korrespondenz über die Lehen bezug nimmt, habe ich nicht ermitteln können. — Am 11. Juni trifft abermals ein Brief von Albrecht ein. W. schreibt an ihn am 9. Juli, 30. August und am 12. November (Manuale).

24. Das Ausschreiben, dessen Datum in der Literatur nirgends angegeben ist, traf am 1. Dezember in Zabern ein [Manuale]; wird also im November ausgestellt sein. Vgl. v. Bucholtz III. S. 391. Julius Ney, Geschichte des Reichstages zu Speyer im Jahre 1529, Hamburg 1880 S. 27. — Am 16. April 1528 traf die Nachricht von der Absagung des Reichstages in Zabern ein (Manuale).

25. Manuale d. d. 6. April 1528.

26. Manuale d. d. 13. April 1528.

27. Ney a. a. O. S. 27 gibt irrümlich den 1. Juli für den Termin der Einsetzung an. Das Ausschreiben zum Regimentstage traf am 28. Mai, die Absage desselben am 8. Juli 1528 in Zabern ein (Manuale).

Kaum war die Ruhe im Reiche nach der Beilegung der Packschen Händel notdürftig wieder hergestellt, als der Bischof sich anschickte, eine kaiserliche Kommission auszuführen, in welcher er wieder als Schiedsrichter walten sollte. Er war beauftragt, einen Streit zwischen der Reichsstadt Köln und dem dortigen Klerus wegen eines während des Bauernkrieges geschlossenen Vertrages zu schlichten²⁸. Am 17. August 1528 verließ der Bischof sein Stift, das er für die Dauer seiner Abwesenheit der Obhut des Markgrafen Philipp von Baden anvertraut hatte, und ging nach Köln. Neben dem kaiserlichen Auftrag erledigte Wilhelm hier eine Fülle anderer Angelegenheiten, die sowohl seine Honsteiner Grafschaft als auch besonders eine Reihe befreundeter und verwandter Grafen betrafen. Von Köln aus begab sich der Bischof in der ersten Septemberwoche nach Mainz, wahrscheinlich um mit dem Kardinal, den er über die Kölner Verhandlungen auf dem laufenden gehalten hatte, zusammenzutreffen. Hierhin hatte er auch den Grafen Wilhelm von Nassau zu einer Besprechung gebeten, vermutlich wegen des Katzenellenbogischen Prozesses, der durch die Packschen Händel wieder sehr lebhaftes Interesse hervorgerufen hatte. Der Bischof wird zweifellos auch seine eigene Geldangelegenheit beim Kaiser mit dem Grafen besprochen haben. Am

28. Am 9. Juni 1528 erhielt der Bischof diesen kaiserlichen Auftrag; er schrieb sofort dem Klerus von Köln, daß er sobald „sich die sorglichen leufe enden“, tun würde, was in seinen Kräften stände (Manuale). Am 11. August traf ein neuer Brief vom Kölner Klerus in Zabern ein, in welchem die dortige Geistlichkeit um Ansetzung eines Tages bat. Am 12. August schrieb ihnen Wilhelm zu und bestimmte einen Termin. Am 17. August ritt er nach Köln (Manuale). — In der Literatur habe ich über diesen Streit zwischen der Reichsstadt Köln und dem Klerus nichts finden können. Zur Orientierung über die damalige Lage der Geistlichkeit in Köln vgl. C. Varrentrapp, Herman von Wied und sein Reformationsversuch in Köln. Leipzig 1878, Kap. I.

19. September 1528 traf Wilhelm von Honstein wieder in Zabern ein²⁹.

Ungefähr gleichzeitig mit dem kaiserlichen Auftrage, der den Bischof von Straßburg an den Niederrhein geführt hatte, wurde ihm noch ein anderer wichtigerer erteilt, der ihn wiederum zum Organ der kaiserlichen Politik machte.

Nach der Einnahme Roms³⁰ am 6. Mai 1527 durch die Truppen Karls hatte sich das Kriegsglück sehr bald zu seinen Ungunsten gewendet. Zu Beginn des Jahres 1528 stand des Kaisers Sache in Italien verzweifelt, seine Kassen waren so vollständig erschöpft, daß er auf alle mögliche Weise Hilfe zu erhalten versuchte. Am 3. Februar 1528³¹ stellte er seinem Vizekanzler Balthasar Märklin Probst von Waldkirch³², Bischof von Hildesheim und Koadjutor von Konstanz eine Vollmacht aus, die dahin ging: in Deutschland bei den Reichsstädten und dem Schwäbischen Bunde Hilfe jeder Art für einen Krieg gegen Frankreich³³ und England zu erbitten;

29. Am 30. August 1528 berichtete Wilhelm von Köln aus dem Erzbischof. (Alle übrigen Daten ebenfalls aus dem Manuale.) Mit seinen Brüdern hatte Wilhelm seit dieser Zeit unausgesetzt Korrespondenzen; es handelte sich zunächst um bevorstehende Unruhen in ihrem Bergwerke zu Luterberg im Harz. Vgl. auch für die Korrespondenz mit den Grafen (vornehmlich Eberwein von Bentheim) und Herren nur für das Jahr 1528 die Eintragungen im Manuale 1., 4., 5., 27., 30. September; 3., 19. Oktober; 10. November.

30. Am 6. Juni 1527 meldete Friedrich Prechter (Rat am Hofgericht zu Hagenau) dem Bischof den Sacco di Roma (Manuale). Vgl. zur Lage des Kaisers: Baumgarten II 595 ff.

31. Kolm. Stadt-Arch. AA 1528. Kopie (aus der bischöflichen Kanzlei) der Instruktion für Balthasar.

32. Ueber die Tätigkeit Balthasars im Jahre 1528 siehe: Julius Ney, Der Reichstag zu Speyer 1529, S. 11 ff. und Karl Schornbaum, Zur Politik des Markgrafen Georg von Brandenburg 1528 bis 1532. München 1906 S. 37 ff. Bei letzterem ist die Angst der evangelischen Städte vor dem Herannahen des gewaltigen Vizekanzlers anschaulich geschildert. — Seine Verhandlungen mit der Stadt Straßburg s. in P. C. Str. I. passim und bei A. Baum S. 173.

33. Die Beunruhigungen des Elsaß durch Frankreich waren,

und vornehmlich bei der gesamten Geistlichkeit eine Steuer zu erheben. Neben diesem Auftrage sollte der Probst von Waldkirch jedoch mit den abgefallenen Ständen verhandeln und sie zum Gehorsam zu bringen versuchen. Schließlich sollte er ganz im geheimen die ersten Beratungen mit den Kurfürsten wegen der Wahl Ferdinands zum römischen Könige einleiten. Diese umfassenden Aufträge konnte der „Orator und Generalkommissar“ des Kaisers unmöglich allein bewältigen. Er behielt sich nur die wichtigsten zur selbständigen Erledigung vor, die weniger verantwortlichen überwies er — ob mit oder ohne des Kaisers Willen wissen wir nicht — anderen Männern.

So gab er dem Bischof Wilhelm von Straßburg Ende Juni 1528³⁴ Vollmacht, in des Kaisers Namen bei den Reichsstädten der Landvogtei Hagenau, sowie der gesamten Geistlichkeit seiner Diözese eine erwünschte Hilfe und Steuer ein-

im Frühjahr 1528 wieder besonders stark. Am 24. Februar 1528 erließ Wilhelm einen Befehl an alle Amtleute, daß nach Lothringen kein Geleit gegeben werden dürfe. Am 29. April verbot der Bischof, daß irgendein Untertan ohne Erlaubnis seines Amtmannes in den Krieg ziehen dürfe. Am 2. Mai traf ein Mandat ähnlichen Inhaltes vom Kaiser in Zabern ein. Am 5. Mai endlich schrieb auch der Landvogt in diesem Sinne an den Bischof (Manuale). Am 12. Mai 1528 fand ein Landsrettungstag in Kolmar statt (vgl. S. 52 Anm. 34).

34. Wilhelm ritt am 29. Juni von Zabern aus nach Dachstein zu dem Probst (Manuale). Alle Einzelheiten über diesen neuen kaiserlichen Auftrag finden sich im Manuale: 16., 17. Juli; 5., 6., 12., 17., 18., 24., 25., 30., August; 2., 6., 9., 10., 19., 25., 27. September; 13., 23. Oktober 1528. Die Beratungen der Landvogteistädte untereinander und ihre Antwort an den Bischof erhellen aus: Stadtarchiv Kolmar AA 1528. Briefe vom 23. Juli; 12., 18., 20. August 1528. — Die Schreiben Wilhelms an die Geistlichkeit in der Stadt Straßburg sowie Berichte über die Verhandlungen bei dem Bischof liegen im Straßb. St.-A. AA 1555; V. D. G. 37 Bd. 5; V. D. G. 42 Bd. 10. Die Stadt entsandte von sich aus als Herr der Geistlichkeit zu Straßburg zwei Vertreter nach Zabern.

zutreiben. Es scheint, als ob der Kreis derer, die der Bischof anzugehen hatte, noch ein größerer gewesen ist; doch sind die Nachrichten hierüber nicht ausreichend, um dies mit Sicherheit zu behaupten. Wilhelm begann sofort mit der Erfüllung seiner kaiserlichen Kommission. Im Laufe des Juli berief er die zehn Reichsstädte und geistlichen Korporationen zu sich nach Zabern auf die erste Woche im August. Als Wilhelm von Köln zurückgekehrt war, fand er von den meisten den Bescheid vor. Derselbe war, wie kaum anders zu erwarten war, abschlägig ausgefallen. Die gemeinsame Antwort der Landvogteistädte ist erhalten. Sie seien so arm, heißt es dort, auch von Reichs- und Stadt-Steuern, sowie durch die Not des Bauernkrieges so belastet, daß sie die vom Kaiser verlangte Unterstützung nicht aufbringen könnten. Der Bischof möge die Befreiung hiervon ihnen ermöglichen; wäre dies nicht möglich und würden die Reichsstände insgesamt eine Hilfe bewilligen, dann würden auch sie das ihnen Auferlegte leisten. — Aehnlich mögen die Geistlichen auch geantwortet haben. Das Domkapitel³⁵ holte sich erst bei dem Mainzer Hochstifte Rat, ehe es dem Bischof einen Bescheid gab. Am 13. Oktober sandte Wilhelm dem Probst Balthasar einen Bericht über das Ergebnis seiner Werbung ein. Die ganze Angelegenheit ruhte dann längere Zeit vollständig; neben der Erfolglosigkeit der Bemühungen mag auch die mittlerweile zu Karls Gunsten wieder eingetretene Wendung der Dinge auf dem italienischen Kriegsschauplatze dafür maßgebend gewesen sein. Erst mit dem Augenblicke, als des Kaisers Ankunft in Deutschland feststand, kamen die Verhandlungen wieder in Gang.

Die Beziehungen zu dem mächtigen Günstling Karls brach der Bischof nicht ab. Er unterhielt während der

35. Arch. Domk. Lib. miss. ad Episc. 1527—1541 d. d. 29. Juli 1528 und Lib. miss. ad Principes etc. 1527—1541 ebenfalls vom 29. Juli.

nächsten Jahre bis zu dem Tode Balthasars (1531) einen äußerst regen Briefwechsel mit ihm. Der Probst von Waldkirch hatte die Verhandlungen mit der Stadt Straßburg über eine Reihe von religiösen Fragen in die Hand genommen, unter anderm auch über den Unterhalt der altgläubigen Kapitelsherren der drei Kollegiatstifte in der Stadt. Zu Schlettstadt wurden am 24. Juli 1528 und am 21. Januar 1529 hierüber die Verhandlungen zum Abschluß gebracht³⁶. Wilhelm wäre dies kaum gelungen; er war nicht mehr in der Lage, bei der Stadt Straßburg irgend etwas durchzusetzen. Zum Schluß des Jahres 1528 holte die Stadt zum Entscheidungsschlage aus, durch welchen sie sich formell nicht nur von der alten Kirche loslöste, sondern auch tatsächlich gegen die Bestimmungen von Kaiser und Reich offen auflehnte. Sie begann mit den Verhandlungen über die Abschaffung der Messe. Sowie der Bischof hiervon erfuhr, suchte er ihr Vorhaben zu hintertreiben; er bat sie, doch bis zu dem bevorstehenden Reichstage, auf welchem die Religionsfragen verhandelt werden sollten, zu warten. Es war vergeblich. Da entschloß er sich zu dem letzten Schritte, der ihm gegen die Stadt, gegen welche er selbst einzuschreiten kein Rechtsmittel mehr besaß, noch übrig geblieben war: er appellierte am 10. Dezember 1528 an Papst, Kaiser und Reichsregiment.

Doch die erregte Straßburger Bürgerschaft und der feste Wille der überwiegenden Mehrheit im Rate setzte sich auch über diese Schwierigkeit hinweg. Am 20. Februar 1529 entschied die Abstimmung der Schöffen für die Abschaffung der Messe³⁷.

Der Chronist Speckle überliefert uns die Antwort

36. Vgl. hierüber Manuale an vielen Stellen; ferner A. Baum passim.

37. Ueber die Tätigkeit des Bischofs bei der Abschaffung der Messe in Straßburg verweise ich wiederum nur auf A. Baum S. 148—189.

Wilhelms, welche er dem Rat auf seine Mitteilung von der Abschaffung der Messe gegeben hat. „Darauf gab er zur Antwort,“ heißt es dort, „wie daß er ihr schreiben mit weinen und seufftzen gelesen, auch den handel ihres fürnemens wuste, er wolte solches gedultig leyden und gott befehlen, daß er sein mittel wolle darzu senden, darneben wolle er aber zum handel thun, was ime meint zum besten gereichen, und darin nit seumig seyn. Schribe solchs von stund an kays. Carle, kön. Ferdinand, auch Mentz, Cöln, Trier und andern zu, damit man den reichstag zu Speyer furderte.“³⁸

§ 3.

Bis zur Ankunft des Kaisers in Deutschland. 1529—1530.

Noch ehe die Reichsstände nach Speyer¹ einberufen waren, wünschten der Kaiser und das Reichsregiment des Bischofs Anwesenheit in Speyer. Beide erinnerten ihn — Karl bereits am Ausgang des Jahres 1528² — an sein Regimentsquartal, das mit dem 1. Januar 1529 begann, und forderten ihn auf, es nicht zu versäumen. Wilhelm scheint auch gerne bereit gewesen zu sein, diesmal seine Regimentspflicht zu erfüllen³. Als am 9. Januar⁴ in Zabern das Ausschreiben zum Reichstage, dessen Eröffnung nunmehr auf den 21. Februar 1529⁵ festgesetzt war, eintraf, beauftragte

38. Bullet. de la Soc. des mon. hist. d'Alsace. Nouv. Série. Tome 14 (1889) S. 340.

1. Julius Ney, Der Reichstag zu Speyer im Jahre 1529, 1880; s. dessen im allgemeinen zutreffendes Urteil über Wilhelm von Straßburg S. 71.

2. Manuale d. d. 4. Dezember 1528.

3. Manuale d. d. 3. Januar und am 3. Februar 1529.

4. Ebenda 9. Januar.

5. Ney a. a. O. S. 32.

er noch am gleichen Tage Berthold von Flerßheim, eine Wohnung für ihn in Speyer zu bestellen, und ließ wenige Wochen danach sein Absteigequartier durch sein Wappen kennzeichnen⁶.

Doch die Ereignisse in Straßburg hielten ihn vorläufig noch in seinem Stifte fest. Erst Ende März konnte er an den Aufbruch zum Reichstage denken. Am 27. März beorderte er alle Amtsleute seines Bistums nach Zabern, um ihnen die für seine Abreise erforderlichen Instruktionen zu erteilen⁷. Am 29. März⁸ verließ er sein Stift und traf am Tage darauf in Speyer ein, nach der Sitte von den Fürsten feierlich eingeholt⁹.

Viel blieb dem Bischof hier nicht mehr zu tun. Seine Session beim Regiment war bereits bei seiner Ankunft beendet und der Reichstag selbst seit dem 15. März eröffnet, die hauptsächlichsten Arbeiten waren längst verteilt. Am 19. März war der große Ausschuß von 19 Mitgliedern aller Bänke zusammengetreten, um die drei Hauptartikel der kaiserlichen Proposition zu beraten. Dieselben behandelten die Türkenfrage, die Religionsangelegenheit und die Unterhaltung der beiden höchsten Reichsinstitute. Zwei geistliche Fürsten: der Erzbischof von Salzburg und der Bischof von Augsburg gehörten dem Ausschuß persönlich an; zwei andere: die Bischöfe von Würzburg und Konstanz waren in

6. Manuale d. d. 9. und 26. Januar. — Auch Simon Ribisen erbot sich dem Bischof ein Quartier zu bestellen; jedoch Wilhelm lehnte es ab, da er bereits versehen war.

7. Manuale.

8. Ebenda.

9. Julius Ney S. 49. Emil Heuser: Die Protestation von Speyer 1904 S. 36 in einem daselbst wiedergegebenen alten Druck (1529). Die dortige Erwähnung, daß W. v. Str. am Palmsonntag [21. März] den kirchlichen Feierlichkeiten im Dome beigewohnt habe, wird durch die auf derselben Seite gemachte richtige Angabe, daß der Straßburger Bischof am Dienstag nach Ostern [30. März] in Speyer eintraf, widerlegt.

ihm durch ihre Räte vertreten. Sicherlich hätte der Bischof, wenn es ihm möglich gewesen wäre, rechtzeitig in Speyer zu erscheinen, an Stelle des Augsburgers oder Konstanzers, die sich beide an Ansehen und Bedeutung mit ihm nicht messen konnten, seinen Platz im Ausschuß gefunden, welchem er ja seit dem Wormser Reichstage angehört hatte. In eine verhältnismäßig unbedeutende Spezialkommission, die zur Visitation des Regiments und des Kammergerichtes gebildet wurde, konnte der Bischof von Straßburg noch gewählt werden. Derselben gehörten außer ihm nur noch Pfalzgraf Ottheinrich und je ein Rat des Herzogs von Jülich und des Bischofs von Augsburg an¹⁰.

Wenn die uns erhaltenen und bekannten Quellen über diesen Reichstag von dem Bischof nichts weiter berichten — nur einmal wird seiner als Teilnehmer einer Gastlichkeit bei König Ferdinand gedacht¹¹ —, so darf deswegen noch nicht angenommen werden, daß er in jenen ereignisreichen Tagen im Monat April 1529 untätig in Speyer gewesen sei. Eingedenk jenes Briefes an den Magistrat Straßburgs unmittelbar nach dessen Abschaffung der Messe, wird ihm vor allem die feindselige Haltung zuzuschreiben sein, die das Regiment und die überwiegende Mehrzahl der Fürsten gegen diese Reichsstadt einnahm. Die Ausschließung des Vertreters von Straßburg Daniel Mieg vom Reichsregiment, in welchem dieser bestimmungsgemäß vom 1. April an zu sitzen hatte, wird, wenn auch die Quellen es nicht ausdrücklich erwähnen, wohl als sein Werk angesehen werden müssen¹².

10. S. über den Verlauf der Verhandlungen Ney, *passim*.

11. Heuser a. a. O. S. 49 f. Dieses Gastmahl fand am 11. April statt.

12. Ney a. a. O. S. 71. Die Stellung der Stadt Straßburg auf dem Reichstag ist behandelt worden von A. Jung, Beiträge zu der Geschichte der Reformation. Erste Abteilung. Geschichte des Reichstags zu Speyer in dem Jahre 1529. Straßburg und Leipzig 1830. — Die hier abgedruckten Archivalien finden sich auch in P. C. Str. I.

Die günstige Wendung der kaiserlichen Waffen auf dem italienischen Kriegsschauplatze, die Versöhnung Karls mit dem Papste und der bevorstehende Friede zwischen den beiden obersten Leitern der Christenheit hatten eine gewaltige Wirkung ausgeübt. Die katholischen Stände, die seit den Tagen des hessischen Kriegszuges ohnedies die Notwendigkeit eines engen Zusammenschlusses erkannt hatten, waren auf diesem Reichstage nicht nur numerisch, sondern auch moralisch den Evangelischen weit überlegen. Sie fühlten sich ihres Sieges sicher, der noch durch die baldige Ankunft des übermächtigen Kaisers erhöht wurde, so kann es nicht wundernehmen, daß sie jetzt eine Sprache führten, wie sie es seit den Wormser Tagen nicht mehr gewagt hatten, und daß sie schließlich in der Glaubenssache jenen Abschied beschlossen, der für die junge Organisation der Evangelischen das Todesurteil war und dem die mutige Minderheit unter Führung von Landgraf Philipp und Jakob Sturm mit der berühmten Protestation vom 19. und 20. April, die den Neugläubigen ihren Namen gegeben hat, antworteten.

Am 22. April wurde der Abschied von den anwesenden Ständen unterzeichnet¹³. Die immer größer werdende Türkengefahr hatte den Ständen abermals das Versprechen einer eilenden Hilfe abgenötigt, während man auch diesmal zu einer beharrlichen Hilfe sich nicht entschließen konnte. Das Regiment und das Kammergericht sollten abermals auf

13. Wilhelm unterzeichnete den Abschied nur für sich persönlich (Koch II S. 303), trotzdem der Bischof von Basel ihn vor Beginn des Reichstages um Vertretung gebeten hatte und der Bischof von Straßburg sie ihm auch zugesagt hatte (Manuale d. d. 21. Februar 1529). Der Bischof von Basel scheint durch die verspätete Abreise Wilhelms zum Reichstage sich genötigt gesehen zu haben, sich durch drei Mitglieder seines Kapitels vertreten zu lassen. Den Abschied haben nämlich für ihn unterzeichnet: „Cornelius von Liechtenberg Schulherr, Doctor Johann Fabri, Heinrich von Fleckenstein, alle drey Thumherren daselbst.“ [Koch II S. 304.]

zwei Jahre bis zum 1. Mai 1531 gehalten werden, in die Kosten teilten sich zu gleichen Teilen Kaiser und Reich. Zur gründlichen Visitation und Reformierung beider Behörden wurde eine Kommission bestimmt, die am 1. Juni 1529 bereits in Speyer zusammentreten sollte; dieselbe war gebildet aus dem Bischof Georg von Speyer und dem Pfalzgrafen Johann von Simmern und je einem Rate Ferdinands, Albrechts von Mainz, des Bischofs von Straßburg und Philipps von Baden¹⁴.

Bald nach der Unterzeichnung des Abschiedes ritt der Bischof von Speyer fort und traf am 29. April 1529 in Zabern ein¹⁵.

Der Sieg der katholischen Partei auf dem Reichstage zu Speyer hatte auf die Evangelischen deprimierend gewirkt. Abgesehen von den im Reichsabschied festgelegten Bestimmungen bezüglich der religiösen Frage konnten die altgläubigen Stände als größten Erfolg verzeichnen, daß es ihnen gelungen war, die bisherige Einigkeit der Städte zu sprengen. Es gab fortan bei ihnen kein geschlossenes Vorgehen mehr; die Stellungnahme zum Glaubensstreit trennte sie in katholische oder protestantische Städte. Und die protestantischen Städte hatten neben dieser Einbuße an Macht, noch einen größeren Verlust, der den Gesamt-Protestantismus betraf, aufzuweisen. Auch hier waren Zwietracht und unüberbrückbare Gegensätze ausgebrochen. Auf der einen Seite stand die konservative Partei der Wittenberger, auf der anderen die demokratischen Elemente, die den Lehren des Schweizers Zwingli huldigten. Zu ihnen gehörten neben den Eidgenössischen die Mehrzahl der oberdeutschen Städte, vor allem Straßburg. Dieses befand sich jetzt in einer ganz besonders schwierigen Lage. Wie keine

14. Reichsabschied § 28. [Koch II S. 298 f.] Harpprecht V. § 80 S. 70 f.

15. Manuale d. d. 29. Februar 1529.

andere Stadt hatte es unter der doppelten Niederlage der Evangelischen zu leiden. Es ist kein Wunder, daß in dieser erregten Zeit in Straßburg die wildesten Gerüchte kursierten. Bald hieß es, daß die Bischöfe von Toul, Metz und Straßburg mit ihren Geistlichen sich darüber geeinigt hätten, eine Steuer aufzubringen, deren Ertrag zur Vernichtung der neuen Lehre verwendet werden sollte¹⁶. Dann wieder sollte der Bischof von Straßburg den Herzog von Guise angetrieben haben, mit einem Heere die Stadt zu überfallen. Nur die Furcht, daß Straßburg mit den Eidgenossen verbündet sei, hielt sie noch von einem solchen Vorgehen ab¹⁷. In der Tat schloß sich in den Tagen unmittelbar nach dem Speyerer Reichstage die Stadt Straßburg eng an die befreundeten Schweizerstädte Zürich, Bern und Basel an¹⁸. Die Verhandlungen zwischen ihnen waren sehr rege. Umgekehrt war es auch richtig, daß Wilhelm von Honstein in diesen Tagen vielfach mit dem Bischof von Metz korrespondierte¹⁹. Doch nur die Erregung konnte die Tatsachen so entstellen. Gewiß war man sowohl in der Stadt als auch im Bistum Straßburg auf der Hut und beobachtete sorgfältig die geringste Bewegung des anderen. So unternahm der Bischof in der zweiten Hälfte des Juni 1529 eine Inspektionsreise durch das ganze Bistum, die sicher-

16. Eidgen. Absch. IV, 1 b S. 210. Basel an Zürich 29. Mai 1529; vgl. auch Strickler Bd. II S. 278—279. — In einem Bericht eines Schweizer Hauptmanns an die Stadt Zürich vom 29. Dezember 1529 wird dem Kaiser alle Schuld an den traurigen Zuständen im Reiche zugeschrieben; er hetze daselbst einen Faktor gegen den anderen, so auch den Bischof von Straßburg gegen die Stadt Straßburg, nur um aus ihrer Zwietracht eigenen Vorteil zu ziehen. (Eidgen. Absch. IV 1 b S. 489.) — Vgl. endlich auch Th. Schieß, Briefwechsel der Brüder Ambrosius und Thomas Blaurer 1509—1548, Bd. I, Freiburg 1908 S. 192 Anm. 3.

17. P. C. Str. I. S. 381 Anm. 2 d. d. 28. Mai 1529.

18. S. hierüber vor allem P. C. Str. I. passim.

19. Manuale.

lich nur durch die Ungewißheit über die Stimmung im Lande hervorgerufen war²⁰; doch niemals ist es soweit gekommen, wie die Gerüchte es glauben ließen. Schon der Umstand, daß Wilhelm in diesen Monaten wiederholt Verbote gegen die „laufenden Knechte“ erließ, die sich nach Frankreich anwerben ließen, und daß er die nach Lothringen reisenden Kaufleute streng beobachten ließ, widerlegt die obigen Gerüchte²¹. Außerdem hatte er gemeinsam mit der Stadt Straßburg an mehreren Versammlungen der elsässischen Stände teilgenommen, die im Mai 1529²², vom Landvogt des Unter-Elsaß nach Hagenau berufen waren, und die sich hier über die Säuberung des Landes von herumziehendem Gesindel und über Schutz gegen die fortgesetzten „Plackereyen“ der Durchzüge und Anwerbungen beraten sollten. Immerhin blieb die Stimmung eine sehr unbehagliche und erregte. Dazu traten bei dem Bischof noch körperliche Beschwerden; wiederholt litt er in diesen Tagen an Podagra und zugleich befiel ihn eine unheimliche Angst wegen der neuen Krankheit, dem „englischen Schweiß“, von deren verheerenden Wirkungen in Mitteldeutschland und auch in seiner eigenen Heimat er unterrichtet war²³.

20. Manuale. Am 6. Juni verließ Wilhelm Zabern, war vom 11. bis 18. Juni in Oberkirch, am 18. bis 19. Juni in Ettenheim; ging bei Breisach über den Rhein, erhob dort den Rheinzoll; war vom 20. Juni ab in Rufach. Vom 3. Juli an ist Wilhelms Anwesenheit in Zabern wieder nachweisbar.

21. Manuale 1., 14., 15. April 1529 u. ö.

22. Vgl. die Bemerkung auf S. 52 Anm. 34.

23. Manuale an vielen Stellen des Jahres 1529. Am 14. September erhielt Wilhelm über die Epidemie Nachrichten von seinem Bruder. Sofort fragte er bei Herzog Georg von Sachsen nach einem „remedium“. Ähnlich schrieb er am 22. September an Doktor Lorenz Fries nach Würzburg und am 30. September an den Kölner Domdechan. Am 1. Oktober schrieb er allen Amtleuten und den Städten Schlettstadt, Hagenau, Rosheim, Offenburg, dem Grafen von Bitsch und den Hanauer Räten wegen der neuen

Wilhelm ging bald nach der Rückkehr von seiner Visitationsreise an die Erfüllung eines Auftrages, den er schon auf dem Speyerer Reichstage erhalten hatte. Es handelte sich um einen Streit zwischen dem lothringischen Ritter Adam Bayer von Boppard, Herrn von Lannoy und dem Ritter Georg von Ratsamhausen wegen zweier Schlösser. Dieser an und für sich ganz geringfügige Prozeß hatte eine prinzipielle Bedeutung dadurch erlangt, daß von dem Reichskammergericht die Zuständigkeit des dem Lothringer Herzog unterstehenden Rittergerichtes zu Nancy als Appellationsinstanz bestritten wurde. Die Angelegenheit schwebte schon mehrere Jahre und Herzog Anton von Lothringen hatte sich an Kaiser Karl direkt gewendet, um sein altes Recht, kraft welchem das Rittergericht exemt war, durchzusetzen. Der Kaiser hatte daraufhin angeordnet, daß bis zu seiner Ankunft in Deutschland die Angelegenheit zu vertragen sei. Trotzdem hatten König Ferdinand und die Reichsstände in Speyer, vor deren Forum die klagenden Parteien den Streitfall gebracht hatten, beschlossen, einen gütlichen Ausgleich anzubahnen. Als Schiedsrichter wurden der Erzbischof Kurfürst Richard von Trier und Wilhelm von Straßburg bestimmt. Auf mehrfaches Anfragen vom Regiment und dem Kurfürsten Richard hin setzte Wilhelm am 3. Juli als Schiedstag den 25. August fest. Als Ort wurde die kurtrierische Stadt St. Wendel gewählt. Bald nach dem 20. August reiste Wilhelm dorthin ab. Ein Resultat scheinen die beiden Fürsten jedoch nicht erreicht zu haben. Der Streitfall wurde erst 1531 nach Kurfürst Richards Tod durch dessen Nachfolger beigelegt²⁴.

Krankheit und ermahnte sie, Prozessionen abzuhalten und Sakramente zu empfangen. Am 30. Oktober traf mit einem Brief von Doktor Johannes Niedbruck und Lorenz Fries ein Buch wegen der „jetzt regierenden krankheit“ ein.

24. Harpprecht, Staatsarchiv des Kammergerichts, Bd. V, § 82 bis 89 (S. 71—75) und Urkundenbeilagen Nr. 22—31 (S. 228 bis 246). Am 5. Mai erhielt Wilhelm eine Anfrage von dem Bischof

Bald nach Wilhelms Rückkehr von St. Wendel wurde es sehr lebhaft in seinem Stifte. Alle Sorgen, die ihn während dieser Monate beschäftigten, erschienen klein denjenigen gegenüber, die jetzt das ganze Reich und die gesamte Christenheit ergriffen hatten. Die Türken vor Wien, war das Schreckenswort, das in den Herbsttagen des Jahres 1529 bis in die entferntesten Winkel des Reiches drang! Kaum ein Ereignis wurde in jener Zeit, mit derartiger Spannung und Interesse verfolgt, wie dieses. In der Tat war die Gefahr für die ganze Christenheit unermesslich, wenn es den Türken gelang, die Hauptstadt Oesterreichs zu Fall zu

von Hildesheim und dem Regimentsstatthalter Pfalzgraf Friedrich wegen der Irrung zwischen dem Herzog von Lothringen und Adam Bayer. . Am 3. Juli beantwortete Wilhelm eine ähnliche Anfrage Richards von Trier und setzte den Verhandlungstermin fest. Am 20. August fragte der Vogt von Rufach den Bischof, wie er bei seiner bevorstehenden Abreise mit Nachrichten bedient werden wolle. Wilhelm antwortete: man solle ihm nur die Briefe der Ensisheimer Regierung schicken, die übrigen nach Zabern senden (Manuale). Am gleichen Tage schrieb er der Stadt Straßburg einen Verhandlungstag ab, da er jetzt verreisen müsse. „So ist uns aber zugestanden das wir neben unserm Herrn und frundt dem Erzbischoff von Trier, zwuschen unserm Herrn und vettern dem hertzogen von Lothringen, und Adam Beyern von Bopparten Irer Irrungen halben underhandlung thun müssen.“ [Stadtarchiv AA 1555 Bl. 391.] Am 6. August 1529 schrieb Wilhelm an Herzog Ludwig von Bayern und lehnte dessen und seines Bruders Wilhelm Einladung auf den 8. August mit dem größten Bedauern ab: „So ist unns aber die zeit zu kurtz, Ist auff bevelch Kñs. Mat: zu ungorn und boheym etc., und Ettlicher Churfursten unnd fursten, so zu jungst uff dem Reichstag zu Speyr gewesen, Ein tag zu Sand Wendling Inn der Stifft Trier zwischen unnsern Hern unnd freund dem Hertzogen von Lottringen, unnd Adam Bayer Irer Irthumb halbenn furgenommen, daruff wir sampt unserm Hern unnd freund von Trier Eigner person sein müssen, daselbst gütlich verherr unnd underhandlung zwischen Beiden theilen furzunemen. . .“ (Original) München. Reichsarchiv. Straßburg, Hochstift Nr. 1, Bl. 3.

bringen. Der Eifer mit dem die Stände an die Aufstellung eines Reichsheeres gingen, war beispiellos²⁵.

Während noch auf dem Reichstage, gerade so wie drei Jahre vorher, die versammelten Reichsstände den Ernst der Lage unterschätzten und nur unwillig sich zu einer eilenden Hilfe entschlossen, mit der sie es hernach nicht einmal eilig hatten, trat im Osten die Katastrophe ein. Am 9. April 1529 hatte Soliman mit einem gewaltigen Heere Konstantinopel verlassen; nach fortgesetzten Siegeszügen war er am 4. September vor Ofen angelangt und schickte sich am 9. September, nachdem auch die Ungarnhauptstadt sich ihm gebeugt hatte, zum Marsch auf Wien an. Am 21. September überschritt er die deutsche Grenze und noch am selben Tage langten die ersten Reiter seines gefürchteten Heeres vor den Toren der schwach verteidigten Stadt Wien an. Bereits am 28. August hatte Ferdinand in einem Manifest, das ganz von mittelalterlichen Kreuzzugsideen erfüllt war, die gesamte Christenheit in flammenden Worten zur Hilfe aufgerufen. Jetzt wandte er sich direkt an alle Reichsfürsten. Das Regiment regte sich ebenfalls, es schrieb auf Martini einen Regimentstag nach Speyer aus²⁶.

Wilhelm, dessen Land weit ab von dem Kriegsschauplatze lag, blieb trotzdem in diesen Stunden höchster Not nicht zurück. Zuvor hatte auch er die im Speyerer Abschiede geforderte Hilfe nur lässig betrieben. Von den Reitern, die am 8. August von dem Hauptmann Gangolf von Hohen-geroldseck²⁷ in Günzburg gemustert werden sollten, waren

25. Ueber die Belagerung Wiens durch die Türken s. v. Bucholtz III S. 263 ff.; Ranke III S. 133 ff.

26. Ueber diesen Regimentstag geben nur Julius Ney, Reichstag zu Speyer S. 283 und Karl Schornbaum, Zur Politik des Markgrafen Georg von Brandenburg 1528–1532 [1906] S. 90 und Anm. 398 Nachricht. — Am 11. September traf die Einberufung zum Regimentstag in Zabern ein; Wilhelms persönliches Erscheinen wurde ausdrücklich erbeten (Manuale).

27. Straßb. Bez.-Arch. Austausch mit Baden I Nr. 1500, Be-

von ihm noch keine gestellt worden. Am 17. Juli hatte er sich in aller Gemächlichkeit beim Bischof von Basel erkundigt, wie dieser es mit der eilenden Hilfe zu halten gedanke²⁸. Am 30. desselben Monats erhielt Wilhelm von seinem Domkapitel den Bescheid, daß es keine Unterstützung gewähren könne. Der Bischof möge das Geld diesmal von den Abgaben, die die Untertanen nach dem Bauernkriege hatten entrichten müssen und von denen er sicherlich noch etwas haben würde, aufbringen. Die Domherren erinnerten ihn sogar an seinen eigenen Rat, den er ihnen jüngst in dieser Angelegenheit gegeben hatte: „DywyI andere Chur- und Fürsten“, referierten sie dem Bischof, „darzu etliche Stende des Reychs noch zu der zeit nit yleten, das dann auch E. g. in der sachen wol möchte verziehen, wölches E. g. nit mißuallen, sondern auch zu warten rhätig werden. Es begeben sich dann, das der keyserlich Fiscal wyther procedieren und nit rüwig syn wurde²⁹.“ Diesem Schlendrian, wie er im hl. römischen Reiche Deutscher Nation nun einmal eingewurzelt war, wurde jetzt ein Ende bereitet. Am 10. Oktober traf König Ferdinands Brief vom 24. September, der die Hiobspost enthielt, in Zabern ein³⁰ und sofort entfaltete Wilhelm eine große Tätigkeit, um ein Hilfskorps aufzubringen. Vom Domkapitel und den Deputaten des Hohen Chors forderte er eine Summe von 1800 Gulden, mit denen er sein Kontingent besolden wollte. Zwar ging dieses hierauf nicht ein; doch rüsteten die Domherren aus

stallung des Herrn Gangolf von Hohengeroldseck zum Reichshauptmann, Regensburg 24. Juni 1529.

28. Manuale.

29. Domkap.-Arch. Lib. miss. ad Episc. 1527—1541 d. d. 30. Juli 1529 der Dechan Thomas von Rieneck an den Bischof.

30. Manuale. — Der Brief d. d. 26. September ist erhalten und befindet sich im Bez.-Arch. Aust. mit Baden I/ Nr. 1502 [eigenhändige Unterschrift]. Am 11. Oktober traf ein Brief gleichen Inhalts vom R. Regiment ein [Manuale].

eigenen Mitteln einen Trupp von 10 Reitern aus und gaben ihnen für mehrere Monate Sold mit. Der Domherr Graf Bernhart von Eberstein sollte mit ihnen selbst ins Feld ziehen³¹. — Alle Amtleute, alle Lehnsleute und Schirmverwandte wurden zur Dienstleistung irgendwelcher Art herangezogen. Mit allen benachbarten Fürsten wurde aufs lebhafteste korrespondiert³². Selbst die Stadt Straßburg wurde von dem Bischof zur Unterstützung mit Bezug auf die ihnen gemeinsam gehörenden Orte aufgefordert; auch von ihr erhielt er eine zusagende Antwort³³. Kurzum es bedurfte jetzt nicht mehr der Gesandtschaft des Landvogts von Unter-Elsaß an ihn³⁴, um ihn in Ferdinands Auftrag um Hilfeleistung zu bitten; der Bischof von Straßburg hatte diesmal wirklich ein brauchbares Kontingent aufgebracht. Schon war es unter Führung des Domherren Grafen Bernhart von Eberstein abgezogen, als am 29. Oktober der Brief König Ferdinands vom 19. eintraf, in welchem dieser den Abzug der Türken mitteilte, zugleich aber den Bischof aufforderte, seine Hilfe bereit zu halten. Durch die vielgerühmte und bewundernswerte Tapferkeit der kleinen Besatzung in Wien war die Gefahr glücklich abgewendet worden. Wilhelm ließ sofort seine Truppen halten und teilte die freudige Kunde seinem ganzen Stifte mit. Monate vergingen noch, ehe die mit einem derartigen hastigen Auf-

31. Domk.-Arch. a. a. O. d. d. 18. Oktober.

32. Alle Einzelheiten im Manuale.

33. Bischof Wilhelm an den Rat d. d. 14. und 21. Oktober 1529 (P. C. Str. I S. 400 und 404). Die Antwort des Rates traf am 24. Oktober in Zabern ein (Manuale). — Es handelte sich hier um die Aufbringung von Hilfe in den beiden gemeinsam gehörenden Orten.

34. Creditiv Ferdinands für Mörsberg an Wilhelm, Linz d. d. 24. September 1529. '[Orig.] Bez.-Arch. Bad. Aust. I Nr. 1501]. „presentatur sampstags ipsa die Galli anno 29.“ (16. Oktober)] — s. auch Manuale d. d. 16. Oktober, vgl. P. C. Str. I S. 396 Nr. 655 u. Anm. 2.

gebot verbundenen Angelegenheiten alle erledigt waren³⁵. Den auf Martini angesetzten Regimentstag in Speyer, der auch tatsächlich zusammentrat, besuchte Wilhelm jedoch nicht. Er ließ sich durch seinen Kanzler, der seit dem Juni zur Visitation des Kammergerichtes dort weilte, genau über den Verlauf des Tages berichten³⁶.

Das gesteigerte Interesse für das Reich und sein Oberhaupt, das durch die Türkengefahr hervorgerufen war, ließ bei dem Bischof nicht nach; nur wandte es sich jetzt einem anderen für ihn persönlich viel wichtigeren Momente zu: nämlich der bevorstehenden Ankunft des Kaisers in Deutschland. — Von dem Augenblick an, als Karl in Italien im Hochsommer des Jahres 1529 angelangt war, verfolgte der Bischof seine Tätigkeit mit größter Spannung. Der Friede mit dem Papst, mit Frankreich, die Kaiserkrönung in Bologna, alle die großen Momente wurden ihm sofort mitgeteilt. Der Graf von Nassau, Balthasar von Hildesheim, die Ensisheimer Regierung, der Württembergische Statthalter oder König Ferdinand selbst, kurzum alle diejenigen Männer, die mit dem Monarchen in engster Fühlung standen, dienten

35. Ferdinand an Wilhelm (Orig.) Linz d. d. 19. Oktober 1529 „pres. frytag nechst nach Symonis und Jude anno etc. 29.“ [29. Oktober] Str. Bez.-Arch. Bad. Aust. I Nr. 1503; s. Manuale d. d. 19. Oktober. — Ueber die weiteren Details s. zumeist Manuale und Domk.-Arch. a. a. O.

36. Siehe oben Anm. 26. — Am 20. November 1529 schrieb der Bischof einem Herrn von Plauen, daß er den diesjährigen Regimentstag nicht besuchen werde (Manuale). — Am 24. November wurde dem Kanzler nach Speyer geschrieben, er solle den Bischof über den Stand des Reichsregimentes unterrichten (ebenda). — Am 6. Januar 1530 traf ein kaiserl. Mandat vom Regimente betr. die eilende Türkenhilfe in Zabern ein, das sicherlich auf den Regimentstag zurückzuführen ist (ebenda). Der Bischof lag gerade in diesen Tagen am Podagra krank danieder (Manuale d. d. 15., 17. November).

Wilhelm mit Nachrichten über den Kaiser³⁷. Namentlich mit dem kaiserlichen Generalorator und Vizekanzler für Deutschland, Balthasar von Hildesheim, wurde der Briefwechsel wieder rege. Beide erinnerten sich des kaiserlichen Auftrages vom Frühjahr 1528, daß sie eine ständige Steuer der Geistlichkeit aufbringen sollten. Im Herbst 1529³⁸ nahm Wilhelm die Verhandlungen mit den geistlichen Korporationen wieder auf, und scheint wenigstens mit dem Domkapitel und den drei Straßburger Kollegiatstiften zu einem befriedigenden Ergebnis gelangt zu sein. Als der Kaiser im Frühjahr 1530 den deutschen Boden betreten hatte und Bischof Balthasar sich rüstete, ihm entgegenzureiten, berief der Bischof noch einmal Vertreter der gesamten Geistlichkeit auf den 22. März zu sich und forderte von ihnen eine definitive Antwort. „Dwil sich der ußgeschriben Rheychstag neheret, dartzu auch Rhomisch key. Mat. eigener person denselbigen zu besuchen und halten in willen und deßhalben uß Hyspanien komen were, damit seinen gnaden [d. i. dem Bischof] von key. Mat. nichts verwyßlichs begegnen möcht.“ Der Bischof gab den in Zabern erschienenen Abgesandten den guten Rat, gleich das Geforderte zu geben, damit ihnen später nicht dreimal soviel abgefordert würde. Einen Monat³⁹ darauf mahnte er ganz ungnädig die Säumigen zur Antwort,

37. Manuale d. d. 3. Juli; 20., 29. August; 4. September 1529; 15. Februar; 11. März 1530.

38. Straßb. St.-Arch. V. D. G. 37. B. 5 enthält die Berufungsschreiben des Bischofs an die der Stadt Straßburg untertänigen geistlichen Anstalten und den Bericht über die Verhandlungen; alle weiteren Einzelheiten im Manuale und Domk.-Arch. Lib. miss. ad Episc. 1527—1541 d. d. 27. September 1529; 24. April und 12. Mai 1530; und Lib. miss. ad Principes etc. 1527—1541 d. d. 29. Januar 1530, Anfrage des Domkapitels beim Mainzer Kapitel.

39. Straßb. Stadt-Arch. V. D. G. 37. B. 5. Wilhelm an Jörg Ebel, Propst von St. Arbogast d. d. 21. April 1530. — Noch am 14. Juni 1530 wurde den Stiftsherren von Lautenbach geschrieben, daß sie sich endlich wegen der Kontribution äußern sollten (Manuale).

da er nicht länger mehr warten könne, sondern auf den Reichstag müsse. Was das Ergebnis dieser Bemühungen war, ist nicht bekannt. Jedenfalls sind keine regelmäßigen Steuern bewilligt worden; erstlich weil der Grund, warum sie seinerzeit eingefordert waren, der Krieg mit Frankreich und England, hinfällig geworden war; sodann aber weil die deutschen Reichs- und Landstände damals eine unüberwindliche Abneigung gegen die neue Art der regelmäßigen Besteuerung hatten und sich höchstens in den Augenblicken dringender Not zu einmaligen Leistungen entschließen konnten. Die beiden Bischöfe von Straßburg und Hildesheim werden dieses Resultat auch vorher gewußt haben; es lag ihnen nur daran, dem Kaiser bei seiner Ankunft zu zeigen, daß sie ihre Pflicht getan hatten.

Einen gnädigen Kaiser zu haben war jetzt das Bestreben aller Reichsstände. Es herrschte eine fieberhafte Tätigkeit in den Kanzleien und an den deutschen Fürstenhöfen; allenthalben rüstete man sich um die Gunst des Allgewaltigen zu erlangen. Auch Wilhelm dachte sofort daran, jetzt endlich seine finanziellen Angelegenheiten beim Kaiser befriedigend zu erledigen und über die Stadt Straßburg⁴⁰, die in diesen Tagen durch das Einreißen eines Gotteshauses und die Entfernung von Altären in ihren Kirchen ihm noch mehr entfremdet wurde, Klage zu führen. Balthasar von Hildesheim erhielt vor seiner Abreise zu Karl von Wilhelm eine Reihe von Aufträgen an den Monarchen. Außerdem wurde noch ein eigener Bote abgeschickt⁴¹.

40. Da *im* Einzelnen nicht näher auf die verschiedenen Streitpunkte zwischen der Stadt und dem Bistum eingegangen werden soll, sei nur auf zahlreiche Belege für diese Dinge hingewiesen, auf das Manuale und die sog. Annalen Seb. Brants.

41. Manuale 10. April 1530.

§ 4.

Der Reichstag zu Augsburg 1530.

¹ Von Bologna aus hatte Karl am 21. Januar 1530 den Reichstag auf den 8. April einberufen. Erst am 15. Juni

1. Seitdem gelegentlich der 300jährigen Jubelfeier der Augsburger Konfession drei Monographien über diesen Reichstag im Jahre 1830 von Facius, Fickenscher und Pfaff erschienen sind, die alle drei den heutigen Anforderungen nicht genügen, hat dieser Reichstag keine Darstellung mehr gefunden. Man ist entweder auf die Partien in den Gesamtdarstellungen, die den Reichstag nur entsprechend kurz behandeln oder auf die Quellen, soweit sie publiziert sind, angewiesen. Für unsere Zwecke kommen vor allem in Betracht: Friedrich Wilhelm Schirrmacher, Briefe u. Akten zur Geschichte des Religionsgespräches zu Marburg 1529 und des Reichstages zu Augsburg 1530, nach der Handschrift des Joh. Aurifaber nebst den Berichten der Gesandten Frankfurt a. M. und den Regesten zur Geschichte dieses Reichstages. Gotha 1876. Die Abhängigkeit des Georgius Coelestinus [Historia Comitiorum Anno MDXXX Augustae celebratorum . . . in quartos Tomos distributa Frankfurt. a. O. 1597], von Aurifaber ist von Schirrmacher nachgewiesen worden; immerhin mußte er für gewisse Angaben auch jetzt noch eingesehen werden. Ferner wurden benutzt: Phil. Melanthoni epistolae Bd. II 1530—1535 im Corpus Reformatorum Bd. II 1835 und K. E. Foerstemann „Urkundenbuch zu der Geschichte des Reichstages zu Augsburg, 2 Bände 1833—35.“ — Die italienischen Berichte bei: Hugo Laemmer, Monumenta Vaticana Historiam ecclesiasticam saeculi XVI illustrantia. Frib. Brig. 1861; Stephan Ehes: „Kardinal Lorenzo Campegio auf dem Reichstage von Augsburg 1530.“ [Römische Quartalschrift für christliche Altertumskunde u. für Kirchengeschichte. Jahrg. XVII S. 383—406; XVIII S. 358—384; XIX S. 129—152], Rom 1903—1905. Endlich „J. Diarii di Marino Sanuto . . . Tomo 53, Venezia 1899.“ — Wenig zuverlässig aber für unsere Zwecke unentbehrlich ist die Augsburger Chronik von Clemens Sender hsg. Fr. Roth in: „Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert. Bd. XXIII, Augsburg 4.“ Leipzig 1894. — Weitere Einzelheiten werden an Ort und Stelle angeführt. — — Archivalisches Material: Bischöflich straßburgische Reichstagsakten. Straßb. Bez.-Arch. Aust. m. Baden II Fasz. 9. „Handlung uff dem Reichstag zu Augspurg anno etc. XXX (einige Zeilen hiervon in Facsimile wieder-

ritt er mit großartigem Pompe in Augsburg ein und eröffnete den Reichstag am 20. Juni. Bischof Wilhelm war weder bei der einen noch bei der anderen feierlichen Handlung zugegen, wie uns einige Quellen glauben lassen wollen, sondern er verließ erst am Tage der Eröffnung mit einem stattlichen Gefolge seine Residenz und traf wohl unmittelbar nach dem 22. Juni in Augsburg ein². Sein bewährter

gegeben bei Ficker Winkelmann I. 37 B]. Es liegt hier ein fortlaufender Bericht über den Reichstag von dem Kanzler Eitelhans Rechburger vor. Er ist m. E. wertvoller noch als sein Protokoll über den Wormser Reichstag. — Es konnte hier nur das auf den Bischof bezügliche unumgänglich Notwendige mitgeteilt werden. Die Herausgabe dieser Akten wird unsere Kenntnis des Reichstages zu Augsburg über die religiösen Dinge hinaus bereichern. — Im Karlsruher Großh. General-L.-Arch. (Haus- u. Staats-Arch. V Reichssachen. A. Generalia 1. Reichsakten des 15.—16. Jahrhunderts Fasc. 31—39) liegen außerdem noch 9 mehr oder minder umfangreiche Faszikel, die auf den Augsburger Reichstag Bezug nehmen — zumeist sind es Denkschriften, Abschiede etc. —; auch sie gehören größtenteils der bischöfl.-straßburgischen Kanzlei an.

2. Vorbereitungen zum Reichstage lassen sich schon früh erkennen. Am 16. März traf ein Brief des Grafen Reinhard von Bitsch in Zabern ein, in welchem wegen des Reichstages angefragt wurde, Am 26. Mai antwortete ihm Wilhelm, er solle sich wegen des „Anreitens“ zum Reichstage bereit halten. Am 29. Mai wurde ihm brieflich mitgeteilt, daß der Bischof noch einige Tage zu Hause bleiben werde; am 1. Juni schrieb Wilhelm abermals im gleichen Sinne. Am 16. traf eine neue Anfrage des Grafen von Bitsch ein, sie wurde dahin beantwortet, daß der Bischof am Montag post Corporis Christi [20. Juni] Zabern verlassen und die Nacht zum Dienstag in Oberkirch zubringen werde. Am 20. Juni morgens 5 Uhr ritt Wilhelm tatsächlich aus Zabern fort auf den Reichstag. Alle diese Angaben stammen aus dem Manuale und widerlegen zwingend zwei andere, gleichzeitige Mitteilungen, nach denen der Bischof schon früher in Augsburg war: 1. Clemens Sender berichtet in seiner Augsburger Chronik (a. a. O. S. 259) „Am letzten tag mai ist graff Wilhelm von Honstein, bischoff zu Strasburg komen mit disem adel: graff Engelhart von Leyningen; graff Philipp von Stolberg; graff Friedrich von Oettingen; graff Volckmar von Honstein; ein junger graff von Zöllre; ein junger freiherr von Kingseck; Eyttelhans Rech-

Kanzler Eitelhans Rechburger war bereits seit mehreren Wochen auf dem Reichstage anwesend³ und wurde am 22. Juni in den großen Ausschuß zur Behandlung der Glaubensfrage gewählt⁴. Die am 20. verlesene Proposition

burger, cantzler; Jacob von Oberkirch, hoffmaister und me 14 edel.“ [Coelestinus a. a. O. IV S. 132 a gibt das Verzeichnis anscheinend nach dem offiziellen Bericht, den er ins Lateinische übersetzt hat; die Namen der drei Jungen Herren fehlen bei ihm, dagegen führt er die 14 „Edeln“ namentlich auf. Es sind hier fast alle Räte und Amtsleute des Bischofs zu finden.] — 2. Schirmmacher, a. a. O. S. 54— 57 gibt die Beschreibung vom Einzug des Kaisers am 15. Juni in Augsburg. Unter den Bischöfen (S. 54) wird auch der Bischof von Straßburg genannt. — Eine gleichzeitig gedruckte Präsenzliste „auff kaiserlicher Maiestet erfordernung und ausschreiben, sind nach benante Churfürsten und Fürsten Geistlich und weltlich erschienen zu Augspurg Anno 1530“ [o. o. u. o. J. München Kgl. Bibl. Eur. 333, 24] führt nur die Namen der Reichsstände ohne Gefolge und ohne Tag der Ankunft auf. — Ein mit dem Reichsadler gezielter — also offizieller — Druck führt auf Blatt Dij (B) unter den persönlich auf dem Reichstage anwesenden Ständen „Wilhelm Bischoff zu Straßburg, Landtgraff in Elsas“ an; dagegen wird Wilhelm unter den Ständen, die mit dem Kaiser in die Stadt am 15. Juni einritten, nicht erwähnt. Der Titel dieses Druckes lautet „Ein kurtze anzeygung und beschreibung Römischer Kayserlicher Maiestat einreyten Erstlich von Innßbruck gen Schwatz, volgendt zu München, und zuletzt gen Augspurg auf den Reychstag, und was sich mittler zeyt daselbst täglich verlauffen unnd zugetragen hatt. Anno etc. 1530“ [o. O. o. J.] Bl. Aj, — Diiij₂ [Straßb. Univers.- und Landesbibl. DoXII a 7 Kari V.]. (Coelestinus I. 72 b scheint diesen Druck ins Lateinische übersetzt zu haben.)

3. Im Manuale 10. Juni wird erzählt, daß der Kanzler schon in Augsburg sei.

4. Bez.-Arch. Aust. m. Baden II Fasc. 9, S. 8. Die Mitglieder des Fürstenausschusses waren nach Rechburgers Aufzeichnung: Die Bischöfe von Salzburg, Würzburg, Augsburg und Brixen; die Herzöge Georg von Sachsen, Wilhelm von Bayern, ein Herzog von Braunschweig-Lüneburg und Markgraf Georg von Brandenburg, alle acht persönlich; ferner die Botschafter von Straßburg, Konstanz [Fabri], des Pfalzgrafen Friedrich und des Herzogs Jülich-Cleve. — Der Venez. Gesandte (Diarii di Marino Sanuto LIII S. 328] gibt das Verzeichnis

stellte in den Vordergrund der Verhandlungen die Türkenhilfe und die endliche Einigung im Glaubenszwiespalt, letzterer wurde mit ganz besonders versöhnlichen Worten gedacht. Die Kurfürsten und Fürsten beschloßen gegen den Willen Karls die religiöse Frage zuerst zu beraten und dazu wurde zunächst ein großer gesamtständischer Geschäftsausschuß gebildet, in den die Fürstenbank acht Mitglieder in Person und vier Vertreter schickten. Zu letzteren gehörte, wie schon erwähnt, der Straßburger Kanzler. Doch war diesem Ausschuß keine allzugroße Selbständigkeit gelassen. Der Kaiser, der den Reichstag persönlich leitete, führte die entscheidenden Verhandlungen zumeist selbst mit den Ständen der Protestation oder durch seine eigenen Vertreter. Am 25. Juni ließ Karl die Confessio der Wittenberger überreichen und verlesen. Sie wurde am nächsten Tage dem Ausschuß überwiesen und dieser beschloß sogleich, sie durch eine Konfutationsschrift widerlegen zu lassen. Die neueren Untersuchungen⁵ über die Entstehung dieser katholischen Entgegnung haben den Anteil Einzelner an ihr klargestellt. Sie wurde nicht im Ausschuß, sondern von einer geringen Zahl der namhaftesten katholischen Theologen angefertigt. Und doch hatten auch einige Stände auf ihre Redaktion einen gewissen Einfluß. Der Geist, den die Theologen, allen voran Johann Fabri, ihr verliehen, war nicht von der Milde und Versöhnlichkeit diktiert, der die Wittenberger Melanchthon, Justus Jonas und andere in diesen

des Ausschusses auch, nur setzt er an Stelle des Markgrafen Georg den Truchsess, Statthalter von Württemberg und für den Gesandten von Jülich-Cleve den des Markgrafen von Baden. — Daß aber der Bericht Rechburgers richtig ist, beweist Campegis Brief an Salviati d. d. 26. Juni 1530 (Stephan Ehses a. a. O. Bd. XVII S. 402), in welchem die Namen mit denen des Straßburger Kanzlers übereinstimmen. Vgl. auch Schirrmacher S. 81.

5. Johannes Ficker, die Konfutation des Augsburger Bekenntnisses. Ihre erste Gestalt und ihre Geschichte, Leipzig 1891.

Tagen beseelte. Als die Confutatio in den letzten Julitagen vor dem Kaiser und im Beisein einiger weniger getreuen katholischen Stände vorgelesen wurde, beklagte sich der Monarch über die Schärfe der Sprache und strich zu dem größten Leidwesen Ecks einen beträchtlichen Teil der Arbeit fort. Auch Wilhelm von Straßburg, der dieser geheimen Beratung beigewohnt hatte, fand die Schrift wenig geeignet, um Frieden und Eintracht zu stiften; vor allem wünschte er, daß aus ihr die Erwähnung aller seit dem Wormser Reichstage geschehenen Dinge oder Veröffentlichungen gestrichen würde, da hierdurch nur Haß erregt werden könne⁶.

Diese Worte Wilhelms, die uns Melanchthon überliefert hat, geben durchaus die Stimmung der Mehrheit des Reichstages wieder. Man wünschte — ausgenommen auf den radikalen Flügeln beider Parteien — den Frieden und sehnte sich danach eine Einigung zustande zu bringen. Namentlich weit ging man in diesen Bestrebungen auf Seiten der Wittenberger. Melanchthon⁷ hatte in der Confessio Augustana und in den Sonderverhandlungen mit den verschiedensten Männern der Gegenpartei die trennenden Momente zu verwischen und zu verschleiern versucht, die einenden Punkte

6. Corp. Ref. II Nr. 813 S. 241. Melanchthon Vito Theodoro apud Lutherum d. d. 30. Juli. „Τὸν ἀργεντινέα ἐπίσκοπον αἰνὺν etiam in eo consilio dixisse, sibi videri non profuturam ad pacem et concordiam illam odiosam commemorationem omnium, quae ante annos decem vel scripta sunt vel acciderunt . . .“

7. Ueber Melanchthon siehe H. Virck, Melanchthons politische Stellung auf dem Reichstag zu Augsburg [Zeitschrift für Kirchengeschichte Bd. IX (1888) S. 67—104, 293—340]. Doch wird Virck der schweren Situation Melanchthons nicht gerecht; er unterschätzt die politische Zwangslage, in der sich die Protestanten damals befanden. Eine kühnere Sprache und weniger Entgegenkommen wäre Melanchthon zweifellos leichter geworden [vgl. sein schroffes Auftreten auf den Religionsgesprächen zu Hagenau und Worms 1540—1541], hätte aber von vorneherein die radikale Stimmung der Männer wie Eck, Campegius u. a. aufkommen lassen, die dem Protestantismus vernichtend geworden wäre.

dagegen wurden mit aller Schärfe vorgetragen. Skrupellos ging man auf Seiten der Lutheraner gegen die eigenen Glaubensgenossen; die Anhänger Zwinglis vor. Die geringfügigen Streitfragen wurden geflissentlich aufgebauscht und man bemühte sich den Vertretern der Katholiken glauben zu machen, daß ihnen nichts widerwärtiger sei, als die Abendmahlslehre Zwinglis, der auf einer Stufe mit dem verabscheuenswerten Karlstadt, den Wiedertäufern oder anderen Sektierern stände.

Mit der gleichen Konsequenz, wie Melanchthon die Kluft im eigenen Lager zu vergrößern versuchte, um dadurch eine Notbrücke in das gegnerische Lager schlagen zu können, gingen seine Genossen vor, vor allem Justus Jonas. In den Tagen unmittelbar nach der Uebergabe der Confessio, als die Ausarbeitung der Confutatio begonnen wurde, widmete Jonas die soeben in Hagenau erschienen „Ennarationes novae D. Martini Lutheri in Jonam Prophetam“ dem Straßburger Bischof Wilhelm von Honstein⁸. Der Wid-

8. Gustav Kawerau, Der Briefwechsel des Justus Jonas [Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzenden Gebiete. Hsg. von der Histor. Kommission der Provinz Sachsen, Bd. 17, Halle (1. Hälfte 1884, 2. Hälfte 1885). Erste Hälfte S. 437—443]. — Die auf den Bischof bezugnehmenden Stellen in dem Briefe lauten: „Illas autem in Jonam prophetam ennarationes a Luthero primum germanice conscriptas, latine nunc redditas, T. P./R. inscribendas esse duxi. Cum enim prae omnibus Germaniae episcopis nomen tuum praeclaris illis tuis virtutibus feceris toto imperio celebre et non modo apud Caes. Mai. et summos principes magna polleas autoritate, sed et a plerisque non ineruditis hominibus ab excellentia ingenii, singulari prudentia et non mediocri doctrina laudatus sis, libenter tibi tali principi specimen ejus doctrinae, in qua versor et quam probo, dedi sperans fore, ut, cum ipse ames literas et honesta studia, eo rectius sis inter pia et impia scripta iudicaturus. Proiciunt quidam et contemnunt tantum etiam libros vere pios; quis autem non sutor non consputare, non proicere potest libros etiam optimos? At episcoporum officium est primum cognoscere deinde pronuciare . . .“ Und am Schlusse des Briefes: „Ego autem ideo libentius ad te tali captata

mungsbrief trägt das Datum des 6. Juli. Er ist ein politisches Meisterstück des Reformatoren. In aller Ausführlichkeit wird hier Luthers Lehre gerechtfertigt, stets mit der nötigen Vorsicht und der deutlich sichtbaren Absicht, die einenden Momente hervorzuheben. Mit aller Schärfe wird die Lehre Karlstadts und seines Anhangs verworfen. Gerade so wie Melanchthon es vermied, Zwinglis Namen zu nennen, so tat es auch Justus Jonas; denn nur dem Schweizer galten die gehässigen Ausfälle und nicht dem mehr oder weniger unschädlich gewordenen Karlstadt. Es war sehr geschickt gerade dem Bischof von Straßburg diesen Brief zu schreiben; denn es war ja allên auf dem Reichstag Anwesenden bekannt, wie er am meisten von allen Ständen des Reiches unter der Zwinglischen Lehre, deren Führerin unter den Reichsständen die Stadt Straßburg war, zu leiden hatte. Noch ein anderer Grund veranlaßte Justus Jonas, dies Buch unserm Bischof zu widmen, und auch dieser war wiederum außerordentlich geschickt aufgegriffen und auf seine Wirkung hin gut berechnet. Justus Jonas wollte mit diesem Buche dem Mitgliede des berühmten Honsteiner Grafengeschlechtes, das seiner Heimat angehörte, seinen schuldigen Dank abstatten: sein Vater habe den Grafen vieles zu verdanken und von ihm habe er so oft in seiner Kindheit die herrlichen Vorzüge und Gaben des Grafen Wilhelm, die Großes versprochen, rühmen gehört. Wenn Justus Jonas dann noch weiter von den außerordentlichen Tugenden des Bischofs redet, ihn weit über alle Bischöfe Deutschlands erhebt, und wenn er gar seine Berümtheit und das hohe An-

occasione scripsi, quod propter communem patriam inde ab incunte aetate tuas virtutes propius licuit inspicere. Deinde cum pater meus Jonas apud inclytam Honsteynensium familiam in aliqua gratia fuerit, quem et ego in mea pueritia audivi saepe de tuis divinis virtutibus et dotibus praeclare et magnifice sibi pollicentem, putavi paternae memoriae atque nominis commendatione meum quoque quaecunque officium gratius tibi futurum . . .“

sehen, die er im ganzen Reiche und bei dem Kaiser genießt, preist und seine Klugheit und Gelehrsamkeit, die alle Männer der Wissenschaft loben, rühmend erwähnt, so glauben wir — die nötigen Abstriche, die man bei jedem Panegyrikon machen muß, vorausgesetzt — herzlich gern seinen Worten. Sie sind für die Beurteilung des Bischofs, zumal sie aus dem Munde eines Gegners kommen, eine gewiß schätzenswerte Quelle und lassen sein hohes Ansehen, das nicht genug betont werden kann, klar erkennen; jedoch dürfen wir bei alledem die politische Situation aus der heraus diese Zeilen geschrieben sind, nicht vergessen. Der Brief war kein Privatbrief, er war einem Buche Luthers, dessen Schriften nach wie vor von der Oeffentlichkeit verschlungen wurden, vorangesetzt, er galt der katholischen Welt, die gewonnen werden sollte, und die hiermit in einem ihrer besten Männer, in Wilhelm von Straßburg, angegangen wurde.

Wilhelm mag diesen so geschickt pointierten Brief nicht ohne Genugtuung gelesen haben, auch mag er auf jene oben erwähnten friedlichen Worte bei der Beratung der *Confutatio* nicht wirkungslos gewesen sein; doch kam er darum den Protestanten auch nicht um eines Haares Breite entgegen. Wohl war ihm jede Gewaltsamkeit aus tiefstem Grunde verhaßt und er verurteilte ein bewaffnetes Vorgehen gegen die Protestanten, wie es damals die Energischeren im Lager der Katholiken bereits wollten; wohl wünschte er den Frieden, aber nicht anders als der Kaiser ihn sich dachte: die Protestanten sollten zur alten Kirche zurückkehren. Ganz anders lautete in diesen Tagen das Urteil der Straßburger Kreise über den Bischof. Als nach Uebergabe ihrer *Tetrapolitana* diese zur Widerlegung einem Sonderauschuß überwiesen wurde, dem auch der bischöfliche Kanzler angehörte, dessen altkirchlicher Gesinnung Campeggi das

glänzendste Zeugnis ausstellte⁹, da wußte man in Straßburg, daß keine Hoffnung mehr wäre „Do mögen ir wol gedanken, was die mittel werden sin“, schrieb am 27. Juli voller Resignation einer der Gesandten der Stadt Mathis Pfarrer an den Stadtschreiber Peter Butz¹⁰.

Am 1. August wurde die Konfutation in ihrer ersten Gestalt vor den versammelten katholischen Fürsten und am 3. August in der 5. Plenarsitzung vor der Gesamtheit der Stände verlesen. Die Konfession galt als widerlegt. Für die weiteren Verhandlungen auf dem Gebiete des Glaubens wurde am 6. August ein Ausschuß von 16 Mitgliedern der katholischen Stände gewählt, dem der Bischof von Straßburg persönlich angehörte¹¹. Nach vergeblichen Verhandlungen wurde am 14. August ein neuer Glaubensausschuß gebildet, dem je 7 katholische und je 7 protestantische Stände angehörten. Wilhelm von Straßburg war diesmal nicht gewählt worden. Als auch diesem Ausschuß der Abschluß einer Einigung ebenfalls nicht gelang, wurde am 26. August ein dritter und letzter Glaubensausschuß von nur 6 Personen gebildet, dem je 3 Haupttheologen der Katholiken und Protestanten angehörten. Da auch deren Werk vergeblich schien, tauchte seit Mitte September der Wunsch auf, die Religionsangelegenheit zu verabschieden; dies ge-

9. Stephan Ehse a. a. O. Bd. XVII S. 402. Campeggi an Salviati d. d. 26. Juni.

10. Pol. Cor. Str. I Nr. 769 S. 477.

11. Corp. Ref. II S. 262 [die Nürnberger Gesandten an den Rat d. d. 8. August 1530]; andere Namen für die Ausschußmitglieder geben der Nuntius Campeggi [Laemmer S. 451; Berichtigungen hierzu bei Stephan Ehse a. a. O. Bd. XIX S. 129—130] und der venezianische Gesandte [Sanuto LIII S. 508]; letzterer gibt nur die Namen der geistlichen Fürsten, die mit denen bei Campeggi übereinstimmen, an; diejenigen der weltlichen hat er vergessen. Campeggi nennt irrtümlicherweise den Württemberger Statthalter „Georgius Truchses Locumtenens Nurembergensis“ [oder sollte es ein Lesefehler Laemmers (S. 51) sein?] — Alle drei Quellen nennen den Bischof von Straßburg als persönliches Ausschußmitglied.

schah auch bald darauf. Eine Abschiedskommission wurde gebildet, zu der Eitelhans Rechburger gehörte, dessen Tätigkeit in mehreren anderen Spezialausschüssen für die Glaubensfrage nachweisbar ist,¹². Am 22. September wurde der Religionsabschied verlesen; die Protestanten wurden in ihm aufgefordert, bis spätestens zum 15. April nächsten Jahres zur alten Lehre zurückzukehren.

Neben diesen monatelang dauernden Ausschußverhandlungen gingen gleich angestrengt die Bemühungen des Kaisers dahin, die protestantischen Fürsten durch Einzelbesprechungen zur Umkehr zu bewegen; doch auch hier war alle Mühe vergeblich. An einer der hauptsächlichsten dieser Sonderverhandlungen mit den Ständen der Augsburger Konfession, die von einer Anzahl katholischer Fürsten unter Führung Joachims von Brandenburg am 7. August unternommen wurde, beteiligte sich auch Wilhelm von Straßburg¹³. — Als die Protestanten den ersten Religionsabschied vom 22. September ablehnten, zog der Kaiser andere Saiten auf, so daß der Schlußabschied zustande kam, der das Wormser Edikt mit aller Schärfe erneuerte und das Reichskammergericht ausdrücklich auf die Bestimmungen dieses Abschiedes verpflichtete, die für die Protestanten, wenn sie hätten ausgeführt werden können, die Vernichtung bedeuteten.

Die vielen Mißstände, die Karl sehr wohl anerkannte, waren ebenso wie in Worms, jetzt wiederum Gegenstand

12. Foerstemann Urkundenbuch II S. 182 und Schirrmacher S. 191. Etwas abweichend hiervon der Bericht in Corp. Ref. II Nr. 832.

13. Diesem am 27. August 1530 gebildeten Ausschusse katholischer Stände zur Beratung der Gravamina gehörten nach Rechburgers Bericht an: Die Verordneten der fünf Kurfürsten; die Bischöfe von Salzburg und Speyer persönlich, die Vertreter der Bischöfe von Regensburg und Straßburg (Kanzler); Pfalzgraf Ottheinrich, ein Botschafter des Grafen Henneberg und Dr. Eck. [Bez.-Arch. a. a. O. S. 57.]

lebhafter Verhandlungen; auch hier finden wir den Straßburger Kanzler in einem Spezialausschusse tätig¹⁴. Der Kaiser, der von jeher, in verstärktem Maße aber seit der Krönung in Bologna das Bewußtsein und Pflichtgefühl eines obersten Vogtes der Christenheit lebendig in sich trug, wünschte dringend zur Beseitigung der kirchlichen Irrungen ein gesamtes Konzil der abendländischen Christenheit, auf welchem sich die Protestanten endgültig unterwerfen sollten. Ein Ausschuß von 10 Personen, dem Wilhelm persönlich angehörte, war nach dem ersten Religionsabschied, Ende September zusammengetreten. Seine Tätigkeit wird für den Oktober öfters und dann immer sehr geheimnisvoll erwähnt. Er scheint sich mit der Konzilsfrage beschäftigt zu haben¹⁵ und es scheint ihm die Beratung über den sogenannten Friedensabschied, bei dessen erster Verlesung am 22. Oktober der Bischof namentlich aufgeführt wird, obgelegen zu haben¹⁶.

Nach dem Scheitern der Religionsverhandlungen wurden die übrigen dringenden Angelegenheiten des Reiches energischer beraten, vor allem der erste Punkt der Proposition,

14. Der Ausschuß zur Redaktion des Religionsabschieds beriet zunächst über den streitigen Punkt der Restitution, diesem gehörten an: Die Kanzler von Würzburg und Straßburg und der Abt von Weingarten; Doktor Eck, Doktor Vehus [badischer Kanzler], Graf Martin von Oettingen. — Nachdem dieser Punkt erledigt war, wurde für die weiteren Punkte des Abschieds ein neuer Ausschuß gebildet aus den Botschaftern von Salzburg und Straßburg; den Bischöfen von Bremen und Konstanz (beide persönlich), Herzog Wilhelm von Bayern, Georg von Sachsen und den Botschaftern von Baden und Jülich-Kleve [Straßb. Bez.-Arch. a. a. O. S. 69, 70].

15. Foerstemann Urk. II S. 651, 652, 710—712; die Zusammensetzung des Ausschusses ist den in Anm. 12 angeführten sehr ähnlich. Es sind die Bischöfe von Salzburg und Straßburg, die Herzöge Wilhelm von Bayern und Georg von Sachsen, alle vier persönlich; dazu vier fürstliche Räte (2:2); endlich ein Abt und ein Graf. — Corp. Ref. II 918 (d. d. 28. September) S. 395.

16. Foerstemann Urk. II, S. 752.

die Frage der Türkenhilfe. Am 1. Oktober wurde ein Ausschuß von zwei kurfürstlichen und sechs fürstlichen Vertretern, der über das Zustandekommen einer beharrlichen Hilfe zu beraten hatte, gebildet; Wilhelm von Straßburg war hier durch seinen Kanzler vertreten. Er sollte außerdem noch eine Ordnung für die Polizei und den allgemeinen Landfrieden ausarbeiten¹⁷. Demselben war das seltene Glück beschieden, nicht vergebens gearbeitet zu haben. Sowohl eine sehr umfangreiche „Ordnung und Reformation guter Policey“ wurde gesetzlich festgelegt als auch die ständige Türkenhilfe geregelt. Freilich erlitt letztere in dem Abschied eine Einbuße gegenüber dem vom Ausschuß festgelegten Entwurf, auch weigerten sich die Protestanten an der Hilfe teilzunehmen. — Die neuen Beunruhigungen an der Ostgrenze und die Nachrichten von einem bevorstehenden neuen Zuge des gefürchteten Sultans veranlaßten die Beratung für eine eilende Hilfe einzuleiten. Ein hierzu gebildeter Ausschuß, dem aber der Straßburger Bischof nicht angehört zu haben scheint, setzte die Forderung eines stattlichen sofortigen Hilfszuges fest. Doch diese in den Abschied aufgenommene Bestimmung stieß nicht nur bei den protestierenden Ständen auf Widerstand, sondern auch bei einer Reihe von katholischen, zumal geistlichen Ständen, die erklärten, eine solche Leistung von ihren Untertanen nicht eintreiben zu können. Neben den Bischöfen von Freising und Regens-

17. Der Ausschuß wurde am 1. Oktober gebildet und bestand aus den Vertretern der Kurfürsten von Mainz und Brandenburg, der Bischöfe von Salzburg (Domprobst von Augsburg), Speyer (Hofmeister), Straßburg (Kanzler); Herzog Wilhelm von Bayern (Eck), Georg von Sachsen (Marschall). Heinrich von Braunschweig (sein Rat Bambach). Straßb. Bez.-Arch. a. a. O. S. 72; vgl. Augsburger Chronik a. a. O. S. 303 (Variante 20), letztere führt auch die Churfürsten an, nennt aber alle acht Mitglieder ohne Angabe ihrer Vertreter, so daß entsprechend der Angabe des Straßburger Kanzlers für die sechs Fürsten angenommen werden kann, daß auch die beiden Churfürsten nicht persönlich im Ausschuße saßen.

burg legte auch der Straßburger Protest gegen die Forderung der eilenden Hilfe ein und der Ausschuß versprach, ihren Protest dem Kaiser vorzutragen¹⁸.

Wieweit der Bischof an den übrigen wichtigen Arbeiten des Reichstages tätigen Anteil genommen hat, vor allem am vierten und letzten Entwurf der Carolina, des bedeutendsten Strafgesetzes des alten Reichs, oder an den Bestimmungen, die das Reichskammergericht betrafen, ließ sich nicht ermitteln. Doch wird er beide für das Rechtsleben der Nation grundlegenden Schöpfungen vermöge seiner großen juristischen Erfahrung sicherlich durch seinen Rat gefördert haben.

Soweit die Quellen es gestatten, die nur über die Glaubensfragen für diesen Reichstag reichlich fließen, ist hier ein Ueberblick über seinen Verlauf und den Anteil, den Bischof Wilhelm genommen hat, zu geben versucht worden. Das wenigstens läßt sich erkennen, daß der Bischof von Straßburg noch immer zu den arbeitssamsten und bei dem Kaiser und der Mehrheit der Stände angesehensten Fürsten zählte. Eine Formalität kennzeichnet die Bedeutung, die man seiner Person in Augsburg beimaß. Zum ersten Male besiegelt Wilhelm von Straßburg neben dem Kardinal von Salzburg für die geistlichen Fürsten den Abschied, während dies vorher andere Kirchenfürsten getan haben; es fällt dies umsomehr auf, als gerade dieser Reichstag von geistlichen Fürsten zahlreicher besucht war, als die früheren¹⁹.

Doch mit den Reichstagsangelegenheiten war die Tätigkeit Wilhelms für Kaiser und Reich noch nicht erschöpft. Auch diesmal wieder wurde sein altbewährtes Schiedsrichteramt in Anspruch genommen. Fortgesetzt wurden die Verhandlungen von den drei alten Kommissaren in dem Katzen-

18. Straßb. Bez.-Arch. a. a. O. S. 81.

19. Koch II S. 331. Augsburger Chronik a. a. O. S. 326.

ellenbogischen Erbfolgestreit geführt, die sich derart zuungunsten des Landgrafen Philipp wendeten, daß er zu der bekannten fluchtähnlichen Abreise hierdurch mit veranlaßt worden ist²⁰. Daneben wurde der Bischof mit einer neuen sehr wichtigen Entscheidung beauftragt. Es handelte sich um die Entschädigungsansprüche Markgraf Georgs von Brandenburg an den Böhmenkönig Erzherzog Ferdinand wegen der Herzogtümer Oppeln und Ratibor. Am 26. August berief der Kaiser den Bischof von Straßburg, den Kardinal von Trient, Pfalzgrafen Friedrich und den Grafen von Eberstein zur gütlichen Handlung in diesem Streite zu sich²¹. Es scheint, als ob in der Folge von diesen vier Männern nur der Bischof von Straßburg als Schiedsrichter tätig war. Am 29. September fällt Wilhelm gemeinsam mit dem Statthalter von Württemberg das Urteil, das völlig zugunsten Ferdinands ausfiel²². Der Dank, den ihm die Habsburger für seine Hingabe an ihre Interessen schuldeten, sollte nicht lange mehr auf sich warten lassen. Vorerst reiste der Bischof nach der Abschiedsbesiegung, die am 19. November stattfand, auf kurze Zeit nach seinem Stifte zurück, in welchem er am 27. November eintraf²³.

§ 5.

Wilhelm als Koadjutor Albrechts von Mainz¹.

Nachdem Karl die Kaiserkrönung in Bologna hatte voll-

20. Meinardus a. a. O. passim. Wiesbad. Stadtarchiv/VII, C. 22 Bl. 52, 120—123. Augsburger Chronik S. 296; s. auch Bucholtz III 487 Anm.

21. Straßb. Bez.-Arch. a. a. O. S. 57.

22. Die Einzelheiten über den Streit und Bischof Wilhelms Tätigkeit als Schiedsrichter bei Schornbaum: Zur Politik des Markgrafen Georg von Brandenburg 1528—1532 S. 131, 138, 443 Anm. 623.

23. Manuale d. d. 27. November.

1. Vgl. zum Ganzen: J. H. Heines, Albrecht von Branden-

ziehen lassen, konnte er daran denken, den seit 1524 gehegten Wunsch seines Bruders zu erfüllen und ihn, der bereits die Kronen Wenzels und Stephans trug, zum deutschen Könige wählen zu lassen. Seit 1528 war Probst Balthasar bei den Wählern, den Kurfürsten, hierfür tätig gewesen, jetzt in Augsburg wurden die Verhandlungen im innern wesentlichen abgeschlossen. Wie vor 12 Jahren bei dem heißen Wahlkampf um Maximilians Erbe mußten auch jetzt alle Geldmittel aufgeboten werden, um die Stimmen wenigstens der fünf katholischen Kurfürsten zu erkaufen. Besonders viel verlangte der Mainzer Kardinal Albrecht. Neben den verschiedensten finanziellen Wünschen, die hier außer acht gelassen werden können, suchte der Kurfürst jetzt endlich seinen langgehegten Wunsch, von den Regierungsgeschäften sich zurückzuziehen, zu verwirklichen². Am 6. September 1530 stellte ihm Ferdinand einen Revers³ darüber aus, daß er ihm gestatte, die Herrschaft zu führen aufzugeben und daß er seine Verträge über die Regierung

burg S. 280 f. Jacob May, Albrecht II Bd. II S. 201—203. Georgius Christianus Joannis. Volumen primum rerum Moguntiacarum. Francof. ad Moenum 1722, p. 841. V. F. de Gudenus, Codex Diplomaticus Moguntinus Tom. IV, Lipsiae 1758 p. 626—633. Alle haben nur die Würzburger Archivalien benutzt. Vgl. auch D. F. D. Häberlein, Welthistorie Bd. XI (1773) S. 352. — Ueber die kirchenrechtliche Institution des Coadjutors s. Dr. Paul Hinschius, Das Kirchenrecht der Katholiken und Protestanten in Deutschland, Berlin 1878 Bd. II S. 84, 249 ff. und vor allem S. 474 Anm. 6. Hier auch die ältere Literatur, aus der für unsere Zwecke vor allem zu nennen ist: Johann Jacob Moser, Teutsches Staatsrecht, Teil 12 (1744) Buch III Kap. 50. Vgl. auch M. Stimming, Die Wahlkapitulationen der Erzbischöfe und Kurfürsten von Mainz (1909) S. 147 f.

2. Ranke Bd. III S. 221, VI S. 138 f. Jacob May Bd. II S. 500 ff. Beilage 57. F. Noack in Forsch. z. deutschen Gesch. Bd. XXII S. 657 ff.

3. Im Auszug gedruckt bei Bucholtz Bd. III, Beilagen Nr. XII S. 662 ff.

seiner Staaten mit geeigneten Koadjutoren von vornherein unterstützen, gutheißen und bewilligen werde. Er genehmigte, daß Albrecht für die Dauer seines Lebens den ungeschmälernten Genuß seiner Hoheitsrechte behalten sollte und daß ihm vier Schlösser mit ihren Städten und Zubehör — St. Moritzburg bei Halle, Querfurt, Calbe und Wolmerstädt — uneingeschränkt eingeräumt bleiben sollten. Am 13. Januar 1531 fertigte Ferdinand in Aachen dieses Privileg abermals aus. Daß für die Mainzer Koadjutorschchaft nur Wilhelm von Honstein in Betracht kommen konnte, ist in Anbetracht jenes geheim gehaltenen Vertrages, den Albrecht und Wilhelm am 13. Dezember 1525 auf der Moritzburg bei Halle abgeschlossen hatten⁴, nicht zweifelhaft.

Es wurden auch sofort dementsprechende Verhandlungen eingeleitet. Schon am 30. Oktober, noch ehe das Mainzer Domkapitel irgendwie angegangen war, unterzeichneten und besiegelten beide Fürsten eine Urkunde über die Eidesformel, durch welche die Untertanen des Mainzer Erzstiftes zum Gehorsam gegen Wilhelm verpflichtet werden sollten⁵. Sehr bemerkenswert ist, daß die Unterhandlungen mit dem Domkapitel nicht von Albrechts Seite, sondern vom Kaiser aus eingeleitet wurden. Am 18. November 1530⁶

4. S. Seite 244 ff.

5. Kreisarchiv zu Würzburg H 164 S. 3—14. (Papier.) Auf der letzten Seite: „Copey des heuptvertragh in namen meins g. hern des Cardinales zu Meintz. Mith bewilligung des tumcapitelh uffgericht, pure et sine conclusion.“

6. Staatsarchiv zu Wiesbaden VII, Nassau-Oranien. Altes Dillenburger Archiv H 360. Bl. 35—44. „Verhandlung der Khays. Commission den Bischoff zu Straspurg zum Mainzischen Coadiutor zu uerwilligenn anno 1530.“ Hier sind folgende Aktenstücke enthalten: 1. Kaiser Karl an Dietrich Werdroff, Kanonikus des Domstiftes zu Mainz, Augsburg 18. November 1530. Kredenzbrief für Kardinal Erhart von Lüttich; Philipp von Speyer; Balthasar von Konstanz und Hildesheim und Melchior Pfinzing (Bl. 36). — 2. Kaiser Karl an Graf Wilhelm von Nassau, Augsburg 18. November 1530

— unmittelbar vor Schluß des Reichstages — beordnete er den alten, von Maximilian I. seinerzeit vielbeschäftigten Sekretär Melchior Pfinzing, der damals als Probst von St. Alban in Mainz von der Politik zurückgezogen lebte, und den Grafen Wilhelm von Nassau am 5. Dezember, bei dem Domkapitel des Erzstiftes in seinem Auftrage für die Koadjutorschchaft Wilhelms von Straßburg zu werben. Es dauerte jedoch noch einige Wochen, ehe Karl den beiden Gesandten die Instruktion gab; erst Mitte Dezember stellte er sie ihnen aus und bereits am 19. trugen sie das kaiserliche Verlangen den versammelten Domherrn vor. Diese waren peinlichst überrascht und verbargen nicht ihr Mißbehagen darüber, daß Kardinal Albrecht, obwohl er nach dem Reichstage bereits in Mainz gewesen war und allerlei mit ihnen verhandelt hatte, doch kein Wort mit ihnen darüber geredet hatte. Am Tage darauf verabschiedete das Kapitel die Gesandten des Kaisers dahin, daß sie zunächst eine Abordnung aus ihrer Mitte an den Erzbischof senden würden, und ihn, mit dessen Herrschaft sie wohl zufrieden gewesen seien, zu veranlassen, die Regierung nicht aufzugeben⁷. Man sieht, daß den Domherren alles darauf ankam, die Angelegenheit in die Länge zu ziehen und somit womöglich in Vergessenheit zu bringen; denn jetzt, da man in der wichtigsten Angelegenheit, die dem Domkapitel zu entscheiden verfassungsgemäß zustand, sie so kränkend übergangen hatte, waren sie nicht gesonnen den Bischof Wilhelm, so sehr er sich auch allgemeiner Beliebtheit erfreute, sich aufzwingen zu lassen.

(Original-Ausf.), „presentatur 2 decembris anno 30“ (Bl. 37). — 3. Kaiser Karl an Christoph von der Gablentz, Sänger des Domstiftes Mainz. Kredenzbrief wie Nr. 1 (Bl. 38). — Die übrigen Stücke werden später angeführt. Vgl. Meinardus a. a. O. I, 2 Nr. 196 S. 280, 281 Anm. 2.

7. Würzburg, Kreisarchiv, Domkapitelprotokolle Bd. V (1527 bis 1535) d. d. 19., 20. Dezember 1530, fol. 243 b bis 245 a.

Wenn auch nach den Bestimmungen des kanonischen Rechtes die Entscheidung ihnen zukam, so lag sie doch dieses Mal tatsächlich in der Hand des Kaisers und Königs. Als unmittelbar nach der am 5. Januar 1531 zu Köln erfolgten Wahl Ferdinands zum römischen Könige der Vertrag zwischen dem Erzbischof und seinem Kapitel noch immer nicht abgeschlossen war, griff der König energisch in den schleppenden Gang der Verhandlungen ein. Die im Mainzer Domkapitel seinerzeit beschlossene Gesandtschaft an Albrecht war wirklich abgegangen und hatte den Erzbischof in Köln am Wahlort angetroffen. Dieser sagte ihr nur, daß er mit dem Könige in kürzester Zeit in Mainz eintreffen und dann die Verhandlungen beenden würde. Am 19. Januar trafen die Mainzer Abgesandten von Köln her wieder im Erzstifte ein⁸. Am Tage vorher hatte Ferdinand von Bonn aus an Wilhelm von Nassau geschrieben und ihm befohlen, sich umgehend nach Mainz zu verfügen und dort gemeinsam mit Pfinzing etwa am 23. oder 24. Januar mit dem Kapitel abermals als königlicher Gesandter zu verhandeln⁹. Schon rüsteten sich die Mainzer Domherren, um den neuen König in feierlicher Prozession in ihrer Stadt zu empfangen, als ihnen von Ferdinand kategorisch befohlen wurde, in ihrer Gesamtheit sich sogleich zu ihm nach Bingen zu begeben. Auf Anfrage der bestürzten Domherren bei Albrecht forderte dieser sie auf, dem Willen des Königs zu willfahren und am Sonntag den 22. Januar sich bei Ferdinand einzufinden.

Es ist ergötzlich zu lesen, mit welcher Hast die hohen Herren „Scholaster unnd Capitel sovill der Personen vorgehanden unnd zu wandern geschickt gewesen, sampt Irem secretarien umb zehen hore zu schiff gesetzt unnd Bingen

8. Würzb. Prot. V. d. d. 19. Januar 1531 fol. 250 B.

9. Wiesbaden. St.-Arch. a. a. O. M. 360 Bl. 39. Ferdinand an Wilh. von Nassau. „Geben zu Punn den achtzehnden January im 31 ten jare.“ Vgl. Meinardus I, 2 S. 281 Anm. 1.

zue geeylet, unnd ongeverlich umb 4 hore ein kleyns vor kö. Mayt. dem Erzbischoff von Meyntz unnd dem Cardinal zu Trient so mit Irer Mayt. zu Bingen einkomen“. Die Verhandlungen in Bingen führten schließlich dahin, daß die Domkapitulare sich nicht für kompetent erklärten, sofort abzuschließen, dies müsse dem Generalkapitel, das demnächst einberufen werden würde, überlassen bleiben. Als aber am 6. Februar die kaiserlichen und königlichen Kommissare Wilhelm von Nassau und Melchior Pfinzing abermals vor dem Kapitel erschienen, waren die Einladungen an die abwesenden Kapitulare noch nicht ergangen. Erst dem Drängen der Gesandten leisteten sie schließlich Folge und beriefen die Mitglieder des Kapitels auf den 7. März, um am Tage darauf die Generalversammlung abzuhalten. Sehr bezeichnend ist es, daß das Einladungsschreiben am 8. Februar eine Aenderung erfuhr. Es war in dem ersten Entwurfe nämlich ausdrücklich erwähnt, daß „solch geschefft auff key. Mayt. anregen unnd fürnemen gescheen“. Jetzt entschlossen sie sich und gingen hiermit auch formell den richtigen Weg — „umb nachvolgender Ursachen willen Nemlich das pesser zu verschweygen sey“¹⁰.

Soweit waren nun die Vorbereitungen zu diesem merkwürdigen und politisch bedeutsamen Akte gediehen. Es drängt sich von selbst die Frage auf, wo Wilhelm, um den sich die ganzen Verhandlungen drehten, weilte und wie er zu ihnen Stellung nahm. — Nur eine Woche hielt sich Wilhelm nach seiner Rückkehr vom Augsburger Reichstage in seinem Stifte auf; am 5. Dezember begab er sich von Zabern nach Speyer¹¹ zu den Majestäten, die am gleichen Tage daselbst eingetroffen waren. In ihrer Um-

10. Würzb. Protok. V. Bd. d. 20.—22. Februar 1531 fol. 251 A bis 253 B; 6.—9. Febr. 1531 fol. 256 A—258 A.

11. Manuale d. d. 5. Dezember 1530; vgl. 18. Dezember. Der Brief Wilhelms, in welchem er mitteilt, daß er mit dem Kaiser nach Köln reisen müsse, trifft in Zabern am 18. Dezember ein.

gebung blieb er die nächsten ereignisreichen Wochen¹²; wahrscheinlich wird er am 12. und 13. Dezember gemeinsam mit dem Kaiser in Mainz geweiht haben und dort einen Einblick in die obenerwähnte Instruktion für Pfinzing und Wilhelm von Nassau, die an jenem Tage entworfen ist, getan haben. Am 30. Dezember treffen wir ihn in Köln als Teilnehmer an dem feierlichen Trauergottesdienst für die Tante Karls und Ferdinands, Margarethe von Niederlanden¹³. Am 5. Januar des neuen Jahres fungierte er selbst als Zeuge bei der Wahl Ferdinands zum römischen Könige¹⁴ und war am 12. Januar bei dessen Krönung in Aachen zugegen. Für die folgenden Tage ist Wilhelms Aufenthalt nicht zu ermitteln gewesen; wahrscheinlich wird er Karl nicht nach den Niederlanden begleitet haben, sondern bei Ferdinand und Albrecht von Mainz geblieben sein und gemeinsam mit ihnen bei den Verhandlungen mit dem Domkapitel in Bingen zugegen gewesen sein. Unmittelbar nachdem das Kapitel seine Einladungen hatte ergehen lassen, begab sich der Bischof in sein Straßburger Stift zurück, in dessen Residenz er am 13. Februar 1531 eintraf¹⁵.

Die wenigen Wochen, die Wilhelm hier blieb, vergingen mit Vorbereitungen für den neuen Mainzer Aufenthalt. Ende Februar wurde Jacob von Oberkirch, der bischöfliche Hofmeister, mit einer Reihe von Instruktionen an den kaiserlichen Hof nach den Niederlanden geschickt. Eine der Hauptaufgaben für ihn bestand darin, Karl an das noch

12. Für die Zeit vom 6. Dezember 1530 bis 15. Januar 1531 sei auf das Itinerar Karls V. von Stälin (Forschungen zur deutschen Geschichte, Bd. V) hingewiesen.

13. Warhafftyge und aigentliche verzaichnüs der . . . Raiß . . . von Augspurg nach Cölln . . . Einzug unnd die Crönung zu Aach . . .“ (o. O. u. o. T.) [München Kgl. Bibl. Eur. 333, 39 Bl. Bii j b.] Die Kenntnis dieses Druckes verdanke ich dem Manuskript von Gaß.

14. Lünig, Teutsches Reichsarchiv. Pars Generalis. Continuatio I, 1 (1713), pag. 578—582.

15. Manuale.

immer ausstehende Dienstgeld zu erinnern. Die Bischöfe von Lüttich und Hildesheim, Graf Heinrich von Nassau und andere Männer der nächsten Umgebung des Kaisers wurden brieflich gebeten, Jacob von Oberkirch zu unterstützen¹⁶. Man sieht, wie die Annahme der Mainzer Koadjutorschaft, auf deren rechtlichen Inhalt sogleich näher eingegangen werden soll, für Wilhelm untrennbar mit einer endgültigen Regelung seiner finanziellen Ansprüche an den Kaiser zusammenhing.

Am 4. März¹⁷ verließ Wilhelm Zabern und traf rechtzeitig zu den Wahlverhandlungen in Mainz ein. Nach mehrtägigen weitläufigen Beratungen, an denen am Schluß Wilhelm persönlich teilgenommen hat, kamen dieselben am 11. März zu dem vom Kaiser, Albrecht und Wilhelm erstrebten Abschluß¹⁸.

Ein Auszug¹⁹ aus der Instruktion des Kaisers für Wilhelm von Nassau und Pfinzing vom Dezember 1530, der Vertrag zwischen Wilhelm und Albrecht vom 11. März 1531²⁰ und die Protokolle des Domkapitels über die Verhandlungen vom 9.—11. März²¹ sind uns erhalten und lassen erkennen, welche Rechte und Pflichten Wilhelm von Honstein

16. Alle Einzelheiten aus dem Manuale d. d. 23., 24., 25., 26. Februar; 3. März 1531.

17. Manuale d. d. 4. März.

18. Die sehr ausführlichen Berichte über die Wahlverhandlungen in den Protokollen (Würzb.) d. d. 8. bis 11. März 1531, fol. 264 A—271 B.

19. Wiesbaden a. a. O. M. 360, Bl. 40 und 44, „uszugkh von der Instruction. Commission abgenomen.“ Auf der Rückseite steht von gleicher Hand: „Verhandlung der kn. Comission, den Bischof zu Strasburg zu einem Mentzisch Coadjutor zu willigen. Das Original hat Probst phintzig zu Meyntz. umb lucie [13. Dezember] Anno D. XXX.“ Das Schriftstück ist wegen der flüchtigen Schrift und der stenogrammartigen Abkürzungen schwer lesbar.

20. Würzburg H. 164.

21. Würzburger Protok. a. a. O.

jetzt übernahm. Er wurde zum *coadiutor cum spe successionis* gewählt. Das heißt, nach dem Ableben des Kardinals sollte er ihn ohne weiteres in der Erzdiözese, dem erzbischöflichen Territorium und dem Kurfürstentum folgen. Während Albrechts Lebzeiten blieben diesem alle geistlichen und weltlichen Hoheitsrechte überlassen. Wilhelm fungierte nur als immerwährender Statthalter für den Fall, daß der Kardinal außerhalb Mainz weilte; hielt dieser sich im Stifte auf, so galt er nur als sein oberster Rat. Stets sollte er aber alle Regierungs- und Verwaltungsgeschäfte in dem Territorium des Erzbistums ausüben; doch bei allen Amtshandlungen mußte er Albrechts Siegel benutzen. Was die Kurwürde und das Reichserzkanzleramt des Mainzer Erzbischofs belangt, so wurde folgendes bestimmt: Kardinal Albrecht behielt alle Rechte und Pflichten eines Kurfürsten von Mainz. Ihm blieben auch alle Funktionen eines Reichserzkanzlers auf den Reichstagen gewahrt; nur auf besonderen Befehl des Kurfürsten sollte Wilhelm im gegebenen Falle ihn hierin vertreten und dabei in allem an die Instruktion Albrechts gebunden sein. Besuchte Wilhelm die Reichstage in anderen Fällen, so hatte er die Ausgaben hierfür aus eigener Tasche zu zahlen. In finanzieller²² Hinsicht wurde namentlich auf das Drängen des Domkapitels ausgemacht, daß Wilhelm alle auf dem Erzstifte lastenden Schulden, insonderheit die Ausstände an den schwäbischen Bund zu zahlen hatte, daß er ferner die Expedition der Urkunde über die Koadjutorie nach Rom und die Kosten ihrer Bestätigung durch den Papst aus eigenen Mitteln bestreiten sollte. Außerdem wurde

22. Die Bestimmungen ähneln den Abmachungen von 1510 über die Koadjutorschaft Albrechts, des damaligen Mainzer Domherren [Fritz Mehl, Die Mainzer Erzbischofswahl vom Jahre 1514 und der Streit um Erfurt in ihren gegenseitigen Beziehungen. Diss. Bonn 1905 S. 68 ff.] und dem Vertrag zwischen Albrecht und seinem Vetter Johann Albrecht vom 3. November 1535. (Gudenus Cod. Dipl. Mog. IV p. 633 ff.)

der Bischof vom Domkapitel auf die hier geltenden Bestimmungen der Residenz und Vertretung im Falle der Abwesenheit verpflichtet. Albrecht seinerseits setzte in seinem Sondervertrag mit Wilhelm fest, daß er gegen diesen Vertrag weder vom Kaiser oder König zum Erzbischof investiert noch vom Papste in dieser Würde konfirmiert werden dürfe. Sollte der Papst etwa in einem General- oder Provinzialkonzile Neuerungen in betreff der „pluralitas beneficiorum et personalis residentia“ treffen oder sonstige dem Verträge zuwiderlaufende Aenderungen bezüglich der Koadjutorie oder der Person Wilhelms vornehmen, so hätten dieselben keine Gültigkeit. Wenn Wilhelm sich zu solchen beengenden und materiell stark belastenden Bedingungen verpflichtete, die ihm zunächst nur Mühen bereiteten und erst für den Fall des Todes des um 15 Jahre jüngeren Hohenzollernfürsten den verlockenden Kurhut und die Würde eines Primas und Erzkanzlers des deutschen Reiches in Aussicht stellten, so mußte er vor allem zuverlässige Garantien besitzen, daß er die starken pekuniären Ansprüche befriedigen konnte. Wenn er auch jetzt noch nicht die enormen Summen des Servitiums und Palliums zu zahlen hatte, so wird doch auch in Rom die einfache Konfirmation zum Koadjutor nicht billig gewesen sein. Aus eigenen Mitteln oder mit Hilfe seines Straßburger Stiftes etwa konnte er die nötigen Gelder nicht aufbringen. Auch wird die mäßige Entschädigung, die nach kanonischem Rechte einem Koadjutor aus der mensa episcopalis des Stiftes, dem er seine Unterstützung gewährte, zu entrichten war, hierzu nicht ausgereicht haben. Es blieb also nur die Hilfe des Kaisers übrig.

Diesem mußte ganz besonders daran liegen, die Wähler Ferdinands zu befriedigen, da aus mehreren gewichtigen Gründen dessen Wahl anfechtbar war. Albrechts Hauptwunsch, von dessen Erfüllung er seinerzeit die Zustimmung zur Königswahl abhängig gemacht hatte, war die Einsetzung von Koadjutoren in seinen Bistümern. Beiden, sowohl

Albrecht als auch Karl, erschien niemand geeigneter als Wilhelm von Straßburg zur Uebernahme der Mainzer Koadjutorie. Wie später, namentlich in der Zeit der Gegenreformation das Institut der *coadiutoria cum spe sucessionis* hauptsächlich dazu benutzt wurde, um rechtzeitig durch die Wahl eines geeigneten altgläubigen Bischofs das betreffende Episkopat vor evangelischen Einflüssen zu bewahren, so haben auch bei dieser Koadjutorwahl den Kaiser wohl schon ähnliche Absichten geleitet, damit wächst ihre Bedeutung. Sowohl die kaiserlichen Gesandten als auch der Kardinal Albrecht selbst betonten wiederholt vor dem Kapitel, wie durch die Wahl eines geeigneten Koadjutors das Mainzer Erzstift und die ganze Christenheit vor Unheil behütet würden. Durch diese Verkettung von Umständen und durch dieses Ineinandergreifen verschiedener Interessen mußte es dem Kaiser von Wert sein, auch die Wünsche des Straßburger Bischofs zu befriedigen; die waren seit dem Tage, als er in Worms zum kaiserlichen Rate ernannt worden war, die gleichen geblieben: nämlich Auszahlung der ihm zukommenden Dienstgelder und Pension.

Wilhelm seinerseits ließ nichts unversucht, um zu seinem Gelde zu gelangen. Bald nachdem er am 18. März²³ die Urkunden nach Rom, wo für ihn die Agenten Quirin Galler und Holdupterheid tätig waren, expediert hatte, begab er sich an den Kaiserhof nach den Niederlanden²⁴. Hier scheint er mehr als einen Monat gewellt zu haben und wird genug Gelegenheit gehabt haben, den Kaiser

23. Staatsarchiv Magdeburg. Erzstift Magdeburg XIV. Mainz 180 (30 Bl.) Bl. 15 und 17. Doktor Valentin Tettleben an Albrecht. Mainz 15. März 1531 (Orig.).

24. Würzb. Protok. fol. 274 B d. d. 30. März 1531. Da der Bischof abwesend war, wurden Briefe des Kurfürsten Albrecht an Wilhelm wegen Sachsen geöffnet und im Kapitel verlesen. — Am 14. April (fol. 277 A) wird im Kapitel beschlossen, dem Bischof an den Kaiserhof zu schreiben, daß er wegen der Türkenangelegenheit sofort zurückkehren solle. — Eine Verhandlung des Kapitels vom 5. Mai (fol. 281 B) zeigt, daß der Bischof bereits wieder im Erzstifte weilte.

in seinen Angelegenheiten zu sprechen. Das Domkapitel ließ ihn zurückrufen, um wegen der durch den neuen Türkenzug nötig gewordenen eilenden Hilfe die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die neue Türkengefahr, die auch im Straßburger Bistum und im ganzen oberrheinischen Kreise die lebhafteste Tätigkeit hervorgerufen hatte²⁵, veranlaßte den Kaiser zu einem Schritte, der noch vor einem halben Jahre für undenkbar angesehen worden wäre, zu einer Annäherung an die Protestanten, die durch ihren Zusammenschluß in Schmalkalden zu einer höchst respektablen und gefährlichen Macht geworden waren²⁶. Karl entsandte den in diplomatischen Missionen sehr gewandten Cornelius Duplicius Scepperus²⁷ an die Kurfürsten von Pfalz und Mainz, damit diese die Verhandlungen, deren Endergebnis dann der sogenannte Nürnberger Religionsfriede vom Jahre 1532 war, einleiten sollten. Ein Moment dieser Verhandlungen muß hier näher betrachtet werden. Scepper hatte sich zunächst Ende Mai 1531 von den Niederlanden nach Heidelberg begeben, dort ließen ihm die kurpfälzischen Räte die Antwort zuteil werden, daß wegen der weiten Entfernung des Kurfürsten von Mainz, der in seinen nordischen Bistümern weilte,

25. Manuale 30. März, 8., 24., 30. April, 11., 13. Mai, 9. Juni 1531. Als Abgesandter für den oberrheinischen Kreistag in Speyer wurde aus dem Bistum der Amtmann von Gugenheim Batt von Fegersheim entsandt. Kreisausschreibende Fürsten waren diesmal Bischof Philipp von Speyer und Johann Pfalzgraf bei Rhein. Dieselben schrieben am 21. März einen Kreistag auf den 23. April nach Speyer aus. (Kolm. St.-Arch. AA 1531, gleichzeitige Abschrift des Ausschreibens für die Stadt Hagenau. Auf demselben Bogen die Abschrift eines Briefes der Stadt Hagenau an Oberehnheim vom 3. April 1531.)

26. S. darüber: Otto Winckelmann, *Der Schmalkaldische Bund 1530—1532 und der Nürnberger Religionsfriede*, Straßburg 1892.

27. Winckelmann a. a. O. S. 110—120. — M. Le Bon De Saint-Genois et G. A. Yssel de Schepper, „Missions diplomatiques de Corneille Duplicius de Schepper, dit Scepperus de 1521—1535.“ Bruxelles 1856 p. 54 ff.

eine bestimmte Antwort noch nicht gegeben werden könne. Als Scepper sich sodann nach Speyer mit einem anderen Auftrag an das Kammergericht wandte, hatte er hier eine längere Unterredung mit dem Speyerer²⁸ Bischof Philipp von Flersheim, dem alten Freunde des Straßburger Bischofs. Dieser setzte ihm in einer langen Rede die Gefahren des Luthertums auseinander und berichtete ihm, wie dasselbe von Tag zu Tag zunähme. Den Kurfürsten von der Pfalz hielt er wegen seiner neutralen Stellung zur Vermittlung für sehr geeignet. Der Mainzer Erzbischof dagegen wäre zu furchtsam und außerdem bei den Lutheranern verhaßt. Neben dem Pfalzgrafen wüßte er nur den Bischof von Straßburg vorzuschlagen, den er hierfür für am geeignetsten halte. Gelänge es den beiden nicht, eine Einigung mit den Lutheranern zu erzielen, dann solle der Kaiser mit Gewalt gegen sie vorgehen. Wenn auch Scepper sich an diesen Ratschlag nicht hielt, so sind doch die Worte des Speyerer Bischofs für die Beurteilung Bischof Wilhelms beachtenswert. Sie zeigen, wie hoch im ganzen Reiche des Bischofs friedfertige Gesinnung und seine Gaben zu vermitteln, trotz seiner unzweideutigen Gegnerschaft gegen das Luthertum eingeschätzt wurden.

28. Karl Lanz, Korrespondenz des Kaisers Karl V. Erster Band 1513—1532. Leipzig 1844. Scepper an Karl. 3. Juni 1531 S. 463 Die betreffende Stelle über den Bischof von Str. lautet: „Et quant aux gens de lesglise quil [d. i. der Bischof v. Speyer] veoît totalement leur destruction; et ne veoît nul moien pour pouoir resister aux entreprinses des lutheriens, si ce nestoit par voie amyable, pour la quelle trouuer nul prince seroit plus propice que le conte palatin electeur, pour estre neutral et moins suspect aux parties . . . Le cardinal de Mayence sereoit aussi bon en cest affaire, sil nestoit si craintif, mais il estoit desestime par ce des lutheriens: par quoy apres le conte palatin je ne veoît nul autre plus ydoine ne propice, que leuesque de Strassburg, ne qui mieulx scauroit conduire ceste matiere, ne plus tost trouueroit expedient en icelle . . .“

Wilhelm mußte in diesen Tagen jedoch das Mainzer Erzstift auf kurze Zeit verlassen und nach seinem Straßburger Stifte zurückkehren, aus welchem ihm fortwährend dringende Briefe geschickt worden waren. Am 10. Juni traf er von Aschaffenburg aus in Zabern ein²⁹. Hier im Bistum und in der Diözese hatten die Dinge eine bedrohliche Wendung genommen. Die Unruhen in der Schweiz, der dortige Krieg zwischen den Evangelischen und den Katholiken, hatten sehr erregend auf die oberelsässischen Besitzungen eingewirkt, ein Abfall der Mundat war zu befürchten. Dazu kam das weitere erfolgreiche Vorgehen der Stadt Straßburg, deren Reformationswerk in eine neue und letzte Phase der Entwicklung getreten war. Sie begann mit der Inventarisierung und Schließung einiger in ihrem Bereich liegender Klöster³⁰. Zu Anfang dachte der Bischof aller dieser Schwierigkeiten noch Herr zu werden, ohne an seiner Mainzer Stellung etwas aufgeben zu müssen.

Unausgesetzt verhandelte er vom Straßburger Stifte aus mit dem Kaiser, an den er eine neue Gesandtschaft ausrüstete, wie mit Doktor Valentin Tettleben in Mainz, der für ihn die Korrespondenzen mit Rom führte. Doch die Aussichten wurden immer schlechter. Am 3. Juli trafen die Nachrichten von dem bischöflichen Landschreiber, der an den Kaiserhof geschickt worden war, ein, daß die Bemühungen von Karl Geld zu erlangen, gescheitert seien, wenige Tage danach, am 7. Juli erhielt Wilhelm die Nachricht von Tettleben, daß auch von Rom kaum noch etwas

29. Manuale passim. — Würzb. Prot. d. d. 13. Mai 1531 (fol. 282 A). Wilhelm teilt in Mainz einer Gesandtschaft des dortigen Kapitels an ihn mit, daß er nach Aschaffenburg sich begeben werde, „dann sin gnad mocht uber 14 tag in andern geschefften aus dem Stifft verreiten müssen“.

30. Alle diese Einzelheiten finden sich in zahllosen Eintragungen im Manuale und in P. C. Str. II und können hier nicht in extenso behandelt werden.

erhofft werden könne, da die Kosten unerschwinglich hoch bemessen seien. Noch einmal wurden alle in dieser Angelegenheit beschäftigten Männer um ihre Unterstützung gebeten. Der Kaiser wie Ferdinand versuchten in Rom den Preis herabzudrücken. Ende Juli war die letzte Hoffnung, die Bestätigung der Koadjutorschchaft unter annehmbaren Bedingungen zu erhalten, als gescheitert anzusehen³¹.

Da entschied sich Wilhelm, der auf einmal vor die Frage gestellt war, entweder die Koadjutorschchaft aufzugeben oder sein Straßburger Bistum zu verlieren, zur Preisgabe der Mainzer Würde. Inzwischen hatte nämlich auch sein Straßburger Domkapitel ihn fühlen lassen, daß es in Wilhelms fort-dauernde Abwesenheit nicht willigen werde. Der Bischof muß es verstanden haben, die Straßburger von Anfang an über seine Mainzer Stellung im Unklaren zu lassen. Zwar schrieb schon am 14. Febr. 1531³² ein Unbekannter an Jakob Sturm: es sei „genglich die sag,“ daß der Bischof Koadjutor in Mainz werden wolle, doch hatte das Domkapitel in seiner Korrespondenz mit dem Bischof während seiner Abwesenheit ihn stets nur Statthalter in Mainz betitelt³³. Jetzt aber lagen die Dinge anders. In der Rufacher Mundat erhob sich ganz laut die drohende Stimme des Abfalls: man werde sich einen anderen Herren suchen, wenn der Bischof die Untertanen dort vor den Schweizern nicht mehr schütze. Nun war Wilhelm gezwungen einzulenken. In dem unmittelbar nach Jakobi [25. Juli] abgehaltenen Generalkapitel teilten Rechburger und Jakob von Oberkirch den Domkapitularen folgendes mit: „Der Stifft Meintz Coadjutorey halben hab

31. Manuale d. d. 21., 25. Juni; 2., 3., 7., 10., 19., 29., 31. Juli; 5., 6. August. Einzelheiten bringen auch die für das Jahr 1531 erhaltenen Rechnungen der bischöflich-straßburgischen Kanzlei d. d. 8. und 23. Juli. (Straßb. Bez.-Arch. G. 407.)

32. Polit. Korrr. Str. II Nr. 16 S. 14.

33. Arch. Domk. Lib. miss. ad Episc. 1527—1541 d. d. 2. September 1531.

mein gn. Her bishero umb seiner gnaden Stifft Straßburg nutz Ere und wolfart willen In Ertz Stifft Meintz gethan denselben als Stathalter ein zyt versehen und wie wol unnsern naden der Coadiutorey halb allerhand gehandelt, hab doch sein gnad noch bisher daran nichts angenommen; als auch sein f. g., weiß sich furter begeben, mit one Ire als des Capittels wissen handeln welle³⁴. Diese offenkundigen Unwahrheiten, mit denen Wilhelm sich hier vor dem Kapitel entschuldigte, zeigen deutlich, wie sehr er fürchtete, das Straßburger Bistum zu verlieren. Schon am 11. Juli war der Kanoniker Jacob Brun von Alt St. Peter in Straßburg zu Kardinal Albrecht geschickt worden, um ihn über die schlimme Situation des Bischofs zu berichten³⁵. Am 3. August³⁶ teilte Wilhelm von Epfig aus dem Erzbischof seinen Verzicht auf die Koadjutorschchaft mit. Er sei nicht mehr in der Lage, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Auf dem bevorstehenden Reichstage, von dem er hoffe, „das er bas dan der zu auspurg Sich ende“, wolle er mit dem Kardinal mündlich reden. Zugleich wurde an Tettleben geschrieben, daß die Verhandlungen mit Rom ruhen sollten³⁷. Der Kardinal antwortete am 10. August sehr ungnädig in einem langen Schreiben, in welchem er dem Bischof den Vorwurf nicht ersparte, daß er, wenn die Sachen so stünden, die Unterhandlungen wegen Uebernahme der Koadjutorschchaft überhaupt nicht hätte anfangen sollen³⁸. Am 27. August 1531 antwortete Wilhelm von Ober-

34. Straßb. Bez.-Arch. G. 155, 4.

35. Faksimiliert und abgedruckt bei Ficker-Winkelmann a. a. O. I 37. (Staatsarchiv Magdeburg a. a. O. Bl. 19.)

36. Staatsarchiv Magdeburg a. a. O. (Bl. 20 und 23). Wilhelm an Albrecht, eigenhändiger Brief.

37. Manuale d. d. 6. August.

38. Staatsarchiv Magdeburg a. a. O. Bl. 21, 22. Orig.-Ausfertigung, doch noch ohne Adresse, mit Randbemerkungen, daher

kirch aus in zwei ausführlichen Briefen, die die große Erregung, in der er sich befand, deutlich bekunden. Immer wieder betonte er, wie er einen derartigen Wandel der Dinge nicht hätte voraussehen können³⁹. Ein Brief Albrechts vom 8. September 1531⁴⁰, in dem er ganz kurz mitteilt, daß er sich ins Unvermeidliche fügen werde und die Verhandlungen mit dem Kapitel zur Rücknahme der Verträge einleiten werde, beendet diesen Schriftwechsel, der zu den interessantesten Dokumenten gehört, die uns für die Geschichte Wilhelms von Honstein erhalten sind.

Nachdem Wilhelm seine Inspektionsreise durch das ganze Bistum, die ihn während des Monats August in Anspruch nahm, beendet hatte, verließ er am 13. September Zabern und begab sich nach Mainz zurück⁴¹. Er scheint die Zeit, die er bis zur Rückkehr des Erzbischofs noch warten mußte, in Aschaffenburg⁴² zugebracht zu haben. Erst am 24. November 1531⁴³ konnte die Kapitelsitzung in Mainz

nicht abgeschickt. „Datum zue Calbe am tage Laurencii anno etc. 31.“

39. A. a. O. Bl. 24, 25, 26, beide aus Oberkirch; ersteres Schreiben eigenhändig, letzteres von Schreiberhand.

40. A. a. O. Bl. 27. Albrecht an Wilhelm (Entwurf eines erzbischöflichen Kanzleibeamten, der dieses Aktenstück an den Kardinal adressiert hatte). „Datum zu Häll uß unserm Schloß S. Moritzburg am tag nativitis Marie. Anno etc. 31.“

41. Am 31. Juli war Wilhelm noch in Zabern (Straßb. St.-A. AA 1557); am 3. August in Epfig (Magdeburg a. a. O.); am 7. August ging er nach Dachstein (Manuale); am 13. August ist er in Rufach nachweisbar (Kanzleirechnung für 1531, Straßb. Bez.-Arch. G. 407); am 27. August (Magdeburg a. a. O.), 29. und 30. August (Straßb. St.-A. AA 1557) sind Briefe von ihm aus Oberkirch datiert; am 8. September aus Zabern (Straßb. St.-A. a. a. O.). Am 13. September verließ er Zabern und ritt ins Erzstift (Manuale).

42. Die Kanzleirechnung für 1531 läßt Wilhelms Aufenthalt in Aschaffenburg für den 18. Oktober und 13. November erkennen (Str. Bez.-Arch. G. 407); für den 30. Oktober ist sein Aufenthalt daselbst bezeugt. [Würzb. Prot. V. fol. 315 B.]

43. Würzb. Prot. d. d. 24. Nov. 1531 fol. 320 B—326 A.

in Gegenwart Albrechts und Wilhelms stattfinden. Noch einmal wurden alle Gründe, die den Bischof zum Verzicht gedrängt hatten, in aller Ausführlichkeit vorgetragen; darauf willigte das Kapitel in die Kassation der eingegangenen Verträge. Am Tag darauf schrieb Albrecht⁴⁴ dem Kaiser, daß der Bischof von Straßburg, der mit Hilfe Karls zum Koadjutor gemacht worden sei, trotz aller Bitten auf dem Verzicht beharrt habe und daß er schließlich habe einwilligen müssen. Wilhelm verließ sofort das Erzstift und war bereits vor dem zweiten Dezember wieder in Zabern⁴⁵.

Wie anders ließen sich noch die Dinge an, als der Bischof vor einem Jahre die Abmachungen mit dem Kaiser, Könige und Albrecht traf, als die Durchführung der Verhandlungen nur eine Formalität schien. Zum dritten Male in seinem Leben hatte Wilhelm von Honstein nach der Würde des ersten deutschen Reichsfürsten gestrebt; niemals war er der Erfüllung so nahe gewesen wie diesmal, niemals hatten der Kaiser und der Primas des Reiches es so gewünscht wie jetzt. Nicht nur hatte Wilhelm dies alles nicht erreichen können, sondern er war aufs schwerste in seinem Ansehen geschädigt worden. Sein Straßburger Stift schien seiner Autorität zu entgleiten; die dringend nötige finanzielle Unterstützung des Kaisers blieb völlig aus. Das Recht des Stärkeren, das im Leben und in der Geschichte vorwaltet, ist dem Bischof in brutaler Weise fühlbar geworden. Es war die schwerste und schmerzlichste Niederlage, die Wilhelm von Honstein in seinem Leben erlitten

Die Kassationsurkunde ist mit geringfügigen Aenderungen und Auslassungen abgedruckt bei Gudenus Cod. Dipl. IV 626 ff.

44. Albrecht an den Kaiser (Ausf.), Mainz 25. November 1531; der Brief befindet sich jetzt im Archiv zu Simancas [Estada leg. 854 fol. 132]. Die Kenntnis dieses Briefes verdanke ich der gütigen Mitteilung von Herrn Dr. J. Bernays, Archivar am Stadtarchiv zu Straßburg.

45. Manuale.

hat. Er konnte sich von ihr nicht mehr erholen. Seine geistige Kraft war gebrochen; die Krankheiten, die das zunehmende Alter mit sich brachte, taten das Ihrige. Während Wilhelm von Straßburg in dem dritten Dezennium des Jahrhunderts an den Arbeiten des Reiches in hervorragender Weise teilgenommen hatte, versagte er völlig in dem folgenden Jahrzehnte, das ihm zu leben noch vergönnt war.

IV. Kapitel.

Ueerblick über die Jahre 1532—1541.

Wilhelms Versagen in der Reichspolitik.

¹Die Jahre 1532 bis etwa 1541 bedeuten die Blütezeit des deutschen Protestantismus. Es war ihm bestimmt, weit über die Grenzen der deutschen Nation hinaus in Europa eine politische Rolle zu spielen. Einer der fähigsten Staatsmänner des Schmalkaldischen Bundes, wenn nicht der bedeutendste, war der Leiter der Stadt Straßburg, Jakob Sturm. Naturgemäß stieg auch die Bedeutung dieser Reichsstadt. Sie wurde zum Mittelpunkt des europäischen Protestantismus.

Auch dieses Moment des Ueberragens der Stadt Straßburg tritt als ein wesentliches zu den früher angeführten hinzu, um das Versagen Bischof Wilhelms in der Reichspolitik verstehen zu können. Der Augsburger Reichstag war der letzte, den Wilhelm persönlich besucht hatte. Mit Ausnahme des Religionsgespräches von Hagenau im Jahre 1540, dem er als einer der Präsidenten angehörte; sah man ihn auf keiner Reichsversammlung mehr. Ueberall ließ er sich durch seine Räte vertreten. Die großen Ereignisse dieses Jahrzehntes gehen — wenn auch nicht spurlos — an ihm vorüber, ohne daß er auf sie einen besonderen persönlichen Einfluß ausübt. So zählt der am 10. Juni 1538 zwischen dem Kaiser und den eifrigsten altgläubigen Fürsten abgeschlossene katholische Bund ihn nicht zu seinem Mitgliede. Zwar erinnert man sich im Reiche noch seiner, König Ferdinand bleibt mit ihm in Korrespondenz und be-

1. Wo keine weiteren Quellenangaben gemacht werden, ist das Manuale herangezogen worden, das bis 1537 außerordentlich reichhaltig ist.

fragt ihn gelegentlich bei wichtigen Dingen auch jetzt noch um seinen Rat². Er schlägt auch den Bischof von Straßburg seinem kaiserlichen Bruder am 2. Oktober 1538³ als eine der geeignetsten Persönlichkeiten vor, um mit den Protestanten zu verhandeln. Auch wurde er nach dem Tode Markgraf Bernhard IV. von Baden (29. Juni 1536) zum kaiserlichen Kommissar in dem bald sich erhebenden Streite um die Vormundschaft des nachgeborenen (geb. 26. Februar 1537) Markgrafen Philibert bestellt und hatte in dieser Eigenschaft eine rege Korrespondenz mit dem beteiligten Fürsten zu führen⁴. Doch dies sind nur vereinzelte Lichtblicke; im übrigen bleibt das politische Leben des alten Straßburger Bischofs dunkel. Gerade die bedeutsamen Verhandlungen des Vizekanzlers Held, welche 1539 den Frankfurter Anstand herbeiführten und die Zeit der Religionsgespräche einleiteten, zeigten deutlich, daß die politische Rolle des Bischofs ausgespielt war; denn sonst hätte man hierbei, wo man so diplomatische und konziliante Persönlichkeiten brauchte, wie Wilhelm es war, nicht auf ihn verzichtet. Die große Frage der Einberufung des Konzils⁵, und die Restitution des Württembergers, die die

2. Manuale 30. April 1534. Es handelte sich um die Restitution Ulrichs. Am 30. August 1534 traf ein Brief Ferdinands bei Wilhelm ein betr. der Glaubensneuerungen der Städte Augsburg, Lindau und Kempten; Ferdinand fragte Wilhelm um Rat, wie dagegen gehandelt werden könnte.

3. W. Friedensburg, Nuntiaturberichte I. Abt. Bd. IV₂ S. 452. Beilage II Nr. 14. König Ferdinand an Kaiser Karl V. Linz 2. Oktober 1538. Vgl. auch Manuale 2. Oktober 1538.

4. Manuale 27. Januar, 30. Mai, 14. Juni, 16. Juni bis 1. Juli; 11. bis 20. November 1537. Karl Lanz, Korrespondenz des Kaisers Karls V. Bd. II Leipzig 1845 Nr. 476, 477; s. auch Friedrich von Weech, Badische Geschichte 1896 S. 139 f. Karlsruh. Groß. Generallandesarchiv, Haus- und Staatsarchiv, Vormundschaften der Herzoge von Bayern über die Markgrafen von Baden-Baden. Fasc. I S. 36, 113, 312. (Abschriften aus dem Kgl. Reichsarchiv in München.)

5. W. A. Arendt, „Bericht des Cornelius Ettenius, kaiserl.

Gemüter damals aufs lebhafteste bewegte, vollzogen sich, ohne daß er irgendwie nennenswert an ihrer Losung mitgearbeitet hätte, wenn auch gerade die letztere Angelegenheit ihn in eine sehr unbequeme Situation brachte⁶. Denn der Graf Wilhelm von Fürstenberg, der Parteigänger Ulrichs von Württemberg und Landgraf Philipps von Hessen, rächte sich an seinem Feinde, dem Straßburger Bischof für einst von ihm erlittenen Unbilden dadurch, daß er in dessen Gebiet mit einem Heere verwüstend einfiel und daselbst nicht geringen Schaden anrichtete⁷.

Nach alledem darf davon abgesehen werden, die Politik Wilhelms von Honstein für den Rest seines Lebens mit der Ausführlichkeit zu behandeln, wie es für die vorangegangenen Jahre geschehen ist; auch ist es nicht mehr nötig, seine politische Wirksamkeit im Rahmen der Reichsgeschichte darzustellen. Es genügt, wenn die Momente herausgegriffen werden, die seine oder seiner Räte Beziehungen zum Kaiser und zum Reiche erkennen lassen.

Die Verbindung mit dem Kaiser wurden nur noch zur Erreichung seiner Geldforderungen aufrecht erhalten. Auf dem Regensburger Reichstage von 1532, den er ursprünglich persönlich besuchen wollte, vertrat sein Rat und späterer Kanzler Christoph Welsinger seine Angelegenheit mit Eifer, aber ohne Erfolg. Wilhelm korrespondierte fast täglich mit ihm und befahl ihm schließlich zurückzukehren, wenn die Erreichung seiner Wünsche beim Kaiser aussichtslos

Notars und Schreibers beim apostolischen Archiv über die Reise des Legaten Vorstius, Bischof von Aix, um dem römischen Könige und den deutschen Fürsten die allgemeine Kirchenversammlung in Mantua anzusagen⁶. (Historisches Taschenbuch. Erste Folge. X. Jahrg. S. 465—556.) 1839 S. 514 f. Vgl. Manuale 7. März, 22. Mai 1537.

6. Manuale 1534 an vielen Stellen.

7. Manuale 1534 passim. K. A. Barack, Zimmerische Chronik. 2. Aufl. Freiburg und Tübingen Bd. II (1881) S. 589. Vgl. auch Ficker-Winckelmann I, 36. Pol. Korr. II passim u. a. m.

sein sollte⁸. Im folgenden Jahre, als Karl bereits wieder in Spanien weilte, wurde durch Vermittlung des Vizekanzler Mathias Held die Angelegenheit weiter verfolgt⁹. Am 20. August 1535 teilte der Bischof dem König Ferdinand mit, daß das ausstehende Dienstgeld bereits 27 000 Gulden betrüge, und bat ihn flehentlich, beim Kaiser, sobald derselbe übers Meer käme und er an ihn eine Abordnung richten würde, sein Interesse zu vertreten¹⁰. Als im Frühjahr 1539 das Gerücht von des Kaisers Rückkehr nach Deutschland verlautete, machte sich Wilhelm von neuem Hoffnungen. Die Jahre 1540 und 1541 sind mit Verhandlungen mit Karl und dessen Räten über die leidige Geldfrage erfüllt. Noch auf dem Regensburger Reichstage 1541 erstrebte der Kanzler des totkranken Bischofs, Christoph Welsinger, die Ausstände zu erhalten¹¹. Wilhelms Hoffnungen sollten sich nicht mehr erfüllen.

Aehnlich gestalteten sich Wilhelms Beziehungen zu Mainz¹². Auch hier drehte sich die sehr lebhaft geführte Korrespondenz nur um die Eintreibung von Schulden, die der Kardinal bei dem Bischof stehen hatte. Das Verhältnis zwischen beiden Männern, das einst so herzlich gewesen war, wurde hierdurch zeitweilig recht getrübt¹³. Doch konnte

8. Manuale 4. März, 29. Mai, 9. Juni, 2. Juli, 15. Juli 1532.

9. Manuale 18. März, 20. April, 7. November, 9. Dezember 1533.

10. S. Seite 108 Anm. 7. Vgl. auch Manuale 30. Juni, 2. Oktober 1535.

11. Manuale 13. bis 19. April, 25. bis 31. Mai, 4. bis 10. Juni 1539. 1. Jan. 1540. Für die Verhandlungen Welsingers mit Karl und dessen Räten während des Reichstages zu Regensburg 1541 s. die Briefe Welsingers an Wilhelm. Straßb. Bez.-Arch. Aust. mit Baden II Fasc. XIV passim. Ueber Welsinger s. Ficker-Winkelmann I Taf. 41.

12. Manuale 21. 1. Februar 1533, 24. November 1536, 23., 31. August 1537, 29. Juni, 25. bis 31. August 1538, 24. Januar 1539, 14. bis 20. März 1540.

13. Staatsarchiv Magdeburg. Erzstift Magdeburg. XIV Mainz

Wilhelm, der zweimal sich noch in dieser Zeit nach Mainz¹⁴ begeben hat, wenigstens gegen Schluß seines Lebens den namhaften Betrag, den ihm der Erzbischof schuldete, zurück-erhalten. Auch mit dem Mainzer Domkapitel, dessen Senior er geworden war, blieb er in freundschaftlicher Verbindung. Es war ihm vergönnt, daß sein fünfzigjähriges Jubiläum als Kanonikus der Mainzer Metropolitankirche trotz seiner Abwesenheit, im April 1535 in Mainz mit allem Pomp und Zeremoniell gefeiert werden konnte¹⁵.

Unverändert schlecht blieb Wilhelms Verhältnis zu der Stadt Straßburg. Sie hatte wegen der Reformierung und der damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Veränderung in mehreren geistlichen Stiften, die in dem Bereich ihres Burgbannes lagen, eine Reihe heftigster Streitigkeiten mit dem Bischof auszufechten. Es handelte sich dabei hauptsächlich um ihr in der Tat gewaltsames und zum Teil rechtloses Vorgehen gegen das Augustinerkloster St. Arbogast und das adlige Frauenstift St. Stephan. Wilhelm verlegte sich, nachdem alle Vermittlungsversuche sich als zwecklos erwiesen hatten, auf das Prozessieren beim Kammergericht, wo ihn der bischöfliche Advokat Dr. Ludwig Ziegler vertrat. Doch auch hier erlebte der Bischof nicht mehr einen befriedigenden Ausgang¹⁶. Voller Resignation und durch den

180. Bl. 28, 29. Wilhelm an Albrecht (Orig. eigenhändig) Zabern 24. Februar 1534.

14. Wilhelm war am 27., 28. Januar 1535 (Würzb. Kreisarchiv, Domkapitelprotokolle Bd. V fol. 355 f.) und 20. September bis 5. Oktober 1538 in Mainz (Manuale).

15. Würzb. Domkap. Protok. Bd. V fol. 555 (27. Januar 1535), fol. 556 (28. Januar), fol. 570 f. (17. bis 20. April). — Vgl. Manuale 19. Mai 1534.

16. Abgesehen von einer endlosen Reihe von Eintragungen im Manuale verweise ich nur auf Pol. Corr. Bd. II S. 669—674 (Beilage I). Dasselbst gibt Winckelmann einen kurzen Ueberblick über „Straßburgs Conflict mit dem Bischof aus Anlaß der Reformation“.

endlosen Hader in den Religionsangelegenheiten mürbe gemacht, gab er jede Offensive gegen das Vordringen der Reformation auf. Er hielt sich in passiver Resistenz. Seit einem Mandate Karls vom 22. März 1531¹⁷, in welchem dieser dem Bischof befahl, alle vom ehemaligen bischöflichen Territorium abgesplitterten und verpfändeten Besitzungen wieder einzulösen und in ihnen für die Erhaltung der alten Kirche Sorge zu tragen, wirkte er in diesem Sinne. Es handelte sich hierbei zumeist um den Rest der noch nicht eingelösten Besitzungen, die einst zu Beginn des 15. Jahrhunderts durch die verderbliche Regierung des Bischofs Wilhelm von Diest dem Bistum verloren gegangen waren. Der größte Teil dieser Pfandschaften war noch in den Händen der Stadt Straßburg. Schon 1528 wurde von dieser die Stadt Ettenheim mit allem Zubehör zurück erworben¹⁸. Nach 1531 fand in rascher Folge die Einlösung einer großen Zahl

17. Straßb. Bez.-Arch. G. 172 fol. III. (späte Kopie.)

18. Straßb. Bez.-Arch. G. 201. Ein in Pergament gebundener Faszikel. „Absterben B. Wilhelms. Erwelung B. Erasmus“; vom Sekretär Georg Körner verfaßt; gibt einen kurzen Ueberblick über die Regierung Wilhelms. Danach wurde am 1. Februar 1528 die Stadt Ettenheim mit ihren zugehörigen Dörfern usw. von der Stadt Straßburg mit 16150 gl. 11 Pfg. eingelöst, und am 11. Februar 1528 eingenommen. Am 8. Februar 1528 schrieb Martin Buzer von Straßburg an Vadian: „Oppidum quoddam cum pagis aliquot multis iam annis pignoris loco ab episcopo nostro urbs nostra possedit. Id his diebus 17 milibus redemit. Multa pridem sperarunt, vi adimendum. Dum igitur pecunia ad huc ista redimuntur, creditur nondum vi adimendum. Dum igitur pecunia ad huc ista redimuntur, creditur nondum vim vel mediatem vel paratam. [Die Vadianische Briefsammlung der Stadtbibliothek St. Gallen. IV. 1526—1530 Nr. 506, hsg. von Emil Arbenz. (Mitteilungen zur vaterländischen Geschichte, hsg. vom histor. Verein in St. Gallen, Bd. XXVIII [Dritte Folge Bd. VIII] 1902 S. 89)]. Am gleichen Tage schrieb Martin Buzer dasselbe mit fast den gleichen Worten an Ambrosius Blaurer. (F. Schiess, Briefwechsel der Brüder Ambrosius und Thomas Blaurer 1509—1548 Bd. I 1908 Nr. 116 S. 145 f.) Vgl. endlich Stadtarchiv AA 1557, 12. bis 13. Februar 1533.

ehemaliger Kirchengüter mitunter mit namhaftem Kostenaufwande statt¹⁹. Wir hätten diese in das Gebiet der landesfürstlichen Verwaltung gehörige Tätigkeit des Bischofs nicht erwähnt, wenn ihr nicht religiös-politische Motive zugrunde gelegen hätten.

Im engsten Zusammenhange mit dem Verhalten Wilhelms gegen die Reformation stehen seine Beziehungen zu dem Reichskammergericht. An der großen bedeutenden Reform und Visitation desselben vom Jahre 1531 war er durch Eitelhans Rechburgers Mitarbeit beteiligt²⁰; in den

19. Straßb. Bez.-Arch. G. 201. Am 20. April 1535 wurde das Amt Wanzenau mit allen zugehörhenden Dörfern usw. von den Vicarien des hohen Stiftes Straßburg, die dasselbe 137 Jahre inne hatten, mit 8500 gl. eingesöst und am 27. April 1535 eingenommen. — Am 29. Januar 1537 wurde das geistliche Gericht des Hohen Stiftes, das mit dem Amte Epfig 170 Jahre der Stadt Straßburg verpfändet war, eingelöst mit 10 380 gl. 6 sh. — Am 10. Dezember 1537 wurde die Stadt Benfeld und Schloß Kochersperg, die gleichfalls 140 Jahre lang an die Stadt Straßburg verpfändet waren, eingelöst mit 25 764 gl. 8 sh „damit sye der luterischen Sect, darinn sye beladen gewesen, wider entledigt“. Am 22. Dezember wurden sie eingenommen. — 1539 wurde Westhausen von Graf Georg von Bitsch mit 2000 gl. erkauft. — 1540 wurde das Dorf Hüttenheim, das lange an die Böcklins verpfändet war, von Philipp Böcklin und Walther Butemann, von denen jeder die Hälfte besaß, mit 3600 gl. eingelöst. — 1540 wurden die Zinsen (300 gl.) und „Beschwerden“, die auf Oberkirch und Oppenau lasteten, von der Stadt Straßburg mit 6000 gl. zurückgekauft. — In der Fastenwoche 1541 wurden die Dörfer Herbolzheim, Roßfelden und Zeltzacher mit 1400 Goldgulden und 130 gl. in Münze vom Domkapitel wieder eingelöst. — Vgl. Ludwig Knobloch, „Das Territorium der Stadt Straßburg bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, 1908 S. 149–152 [Exkurs, Einlösung des Bischofsgutes]; doch sind die auf das Bistum bezüglichen Angaben — soweit unsere Zeit in Betracht kommt — nicht immer zuverlässig, da das Material nur unzureichend herangezogen worden ist.

20. Koch II S. 346. Harpprecht V. passim, besonders § 103 S. 81. Bei einer Prüfungskommission der Rechnungen des kaiserl. Regiments und Reichskammergerichts war Wilhelm als hierzu verordneter Kommissar durch Rechburger vertreten. Der Abschied

folgenden Jahren blieb er nicht ohne Einfluß auf die Besetzung der Assessorenstellen, bei deren Vakanzen er stets um seine Stimme von verschiedenen Bewerbern angegangen wurde²¹.

Lebhafte Tätigkeit entfaltete Wilhelm zur Vernichtung der Wiedertäufer im Elsaß. Außer im Bistum Münster hatte diese Sekte vornehmlich am Oberrhein weiteste Verbreitung gefunden, zumal da sie von der Stadt Straßburg, bevor sie sich dem Schmalkaldischen Bunde angeschlossen hatte, wenn auch nicht unterstützt, so doch geduldet worden war. Der Bischof aber ging von dem ersten Auftreten dieser Richtung mit aller Strenge gegen sie vor und wurde hierin diesmal auch vom Domkapitel unterstützt²². — Bei der Hilfe des Reiches²³ gegen die Wiedertäufer in Münster beteiligte sich der Bischof allerdings nicht. Auf dem Kreistage der drei rheinischen Kreise zu Koblenz vom 13. Dezember 1534 war er weder persönlich anwesend noch vertreten. Zwar hatte er sich bei den Pfalzgrafen Herzögen Johann von Pfalz-Simmern und Heinrich Bischof von Worms, die ihn dringend um sein Erscheinen gebeten hatten, entschuldigen lassen, und hernach auch von dem Speyerer Bischof den Abschied zuschicken lassen²⁴, doch nahm er selbst, wie es scheint, nur geringen

(24. April 1533) dieses „Reichstags“ zu Speyer befindet sich im Karlsruher Generallandesarchiv, Reichssachen a. a. O. Fasc. 43 Vgl. Koch II S. 403. Harpprecht V, §§ 151—159. Manuale 16., 22. Februar, 15. März 1533.

21. Manuale 18., 22., Nov. 1534; 23. Febr., 20. Mai, 1. Juni 1535; 29. März, 21. Mai 1536; 1. Juli 1537.

22. Camill Gerbert, Geschichte der Straßburger Sektenbewegung zur Zeit der Reformation 1524—1534, Straßburg 1889, passim.

23. Ludwig Keller, Geschichte der Wiedertäufer und ihres Reichs zu Münster, Münster 1880, passim.

24. Manuale 7., 20., 23. Dezember 1534; 2., 10., 23. Januar 1535. — Vielleicht hatte Graf Thomas von Rieneck den Bischof in Koblenz vertreten, da dieser am 23. Dezember 1534 (Manuale) Nachrichten über die Wiedertäufer in Münster sandte.

Teil an den Ereignissen in Niedersachsen. Er weilte während dieser Zeit in seiner Heimat am Harz²⁵. Den Reichstag zu Worms jedoch, der am 24. April 1535 verabschiedet wurde, hatte er durch seinen Amtmann von Gugenheim, Batt von Fegersheim beschickt²⁶. — Mehr Interesse wendete er der Unterdrückung der Sekte im Elsaß zu²⁷. Er berief zu diesem Zwecke am 5. Mai die Stände des Unterelsaß zu einer gemeinsamen Tagung auf den 20. Mai nach Molsheim; wenn hier ein Beschluß zustande käme, sollten auch die Landvögte des Unter- und Ober-Elsaß zu einer neuen Tagung herangezogen werden. Doch die Verhandlungen am 20. Mai führten zu keinem Resultat wegen der unbestimmten Haltung der Stadt Straßburg, die sie hauptsächlich deswegen einnahm, weil die ganze Unternehmung von dem ihr feindlichen Bischof ausgegangen war²⁸. Trotz dieses Mißerfolges

25. *Manuale*. Am 8. November 1534 verließ Wilhelm sein Stift und begab sich nach seiner Heimat, am 2. Februar 1535 traf er von Mainz aus wieder im Bistum ein.

26. Koch II, S. 418. — *Karlsru. Generallandesarchiv, Reichssachen*, Fasc. 45. Vgl. *Manuale* passim. Vgl. den Brief von Bischof Franz von Münster an Landgraf Philipp, in dem er ihm mitteilt, daß er unter anderem auch den Straßburger Bischof um Hilfe bitten werde. „Iburg“ 12. Januar 1535. [C. A. Cornélius, *Die Geschichtsquellen des Bistums Münster* Bd. II 1853 S. 305.] — Das Stadtarchiv zu Oberehnheim (AA 93) besitzt in gleichzeitiger Abschrift drei Briefe über diese Ereignisse, die der Stadt Oberehnheim durch den Bischof von Straßburg zugeschickt sind.

27. *Manuale*, an vielen Stellen während der Jahre 1532 (und früher) bis 1539; auch an vielen Stellen in den Briefbüchern des Domkapitels.

28. Das Berufungsschreiben zu diesem Tage d. d. 5. Mai 1535 ist für die Stadt Oberehnheim erhalten (Oberehnhemer Stadtarchiv AA 94). — Instruktion der Stadt Straßburg für ihre Gesandten und Abschied des Tages s. Str. St.-A. AA 405. — Vgl. Pol. Corr. II S. 327 und sogenannte *Annalen Brants* (*Bullet. de la Société des monuments hist. d'Alsace*. Nouv. Série t. 19, p. 249 f. no. 5097 d. d. 8. Mai 1535).

ging Wilhelm in seinem eigenen Territorium zumal in der Ober-Mundat mit aller Strenge gegen die Wiedertäufer vor.

Noch zwei andere Gefahren, die seit dem Regierungsantritt Karls V. dem Reiche ständig drohten, hielten während dieses Jahrzehntes die Reichsstände zumal an der Ost- und Westgrenze in Aufregung. Es war dies einerseits das Vordringen der Türken, andererseits der Krieg Franz I. mit Karl V. Der Regensburger Reichstag vom Jahre 1532, den Karl selbst leitete, war wesentlich zur Erlangung einer gewaltigen Reichshilfe zusammengerufen. Nachdem am 23. Juli 1532 zu Nürnberg ein vorläufiger Religionsfriede geschlossen war, kam in Regensburg wirklich ein Abschied (27. Juli) zustande, der eine Hilfe in einer bisher noch nicht erreichten Höhe von ca. 80 000 Mann bewilligte. Wilhelm, der, wie bereits mitgeteilt, auf dem Reichstage durch Welsinger vertreten war, war bemüht, seinen Verpflichtungen nachzukommen²⁹. Ein Zufall, der es verschuldete, daß die Post mit den Briefpaketen aus Regensburg ihm zu spät übermittelt wurde, setzte ihn in peinlichste Aufregung, da er befürchtete, der Kaiser möchte über etwaige Versäumnis seinerseits unwillig werden. Auf dem oberrheinischen Kreistag³⁰ zu Speyer, der am 18. Juli 1532 zur Festsetzung der Kontingente der einzelnen Kreisstände und zur Wahl eines gemeinsamen Hauptmannes zusammen trat, war der Bischof durch den bischöflich speyrischen Gesandten Berthold von Flersheim vertreten. Wilhelm stellte diesmal auch ein ansehn-

29. Ueber Wilhelms Beteiligung am Zuge gegen die Türken im Jahre 1532 s. Manuale vom 10. Juni bis ca. 5. September 1532 fast täglich. — Vgl. auch viele Stellen in den Briefbüchern des Domkapitels.

30. Ueber den oberrheinischen Kreistag s. Manuale d. d. 9., 20. und 25. Juli. Der Abschied [18. Juli], den Bischof Philipp von Speyer an Wilhelm schickte, befindet sich im Straßb. Bez.-Arch. Bad. Aust. I. Nr. 1506. Vgl. Pol. Corr. II Nr. 160 S. 170, 171. Stadtarchiv Oberrheinheim AA 91. Marburg. Staatsarch. Politisches Archiv des Landgrafen Philipp Fasc. 306 fol. 9—20.

liches Kontingent auf, das er am 1. August von Renchen aus kriegsbereit nach dem Osten abschicken konnte. — Wenn auch das Reichsheer wiederum nicht mehr in Aktion treten sollte, so bewirkte doch die gewaltige Stärke desselben, daß der Sultan auf mehrere Jahre keinen neuen Zug nach Westen unternahm.

³¹Erst um die Wende des Jahres 1536 begannen wieder neue Unternehmungen der Ungläubigen. Diesmal wurden sie für das deutsche Reich um so gefährlicher, da sie in Verbindung standen mit den Kriegsrüstungen König Franz I. von Frankreich. Zu Beginn des Jahres 1537 hatte der Herzog von Guise, der Bruder Antons von Lothringen, das Grenzstädtchen Saales, das zur österreichischen Herrschaft Weilerthal gehörte und zugleich in einem Schirmverhältnis zu dem Bischof von Straßburg stand, überfallen und geplündert. Die Panik, die unter den elsässischen Reichsständen infolge dieses Ereignisses ausbrach, war grenzenlos. Fortwährend fürchtete man eine vollständige französische Invasion. Vom Landvogt des Oberelsaß und dem Bischof von Straßburg wurden die umfassendsten Maßregeln getroffen. Alle Gemeinden im Bistum wurden in Kriegsbereitschaft gesetzt, alle Pässe besetzt, Kundschafter ausgesandt, alle Amtleute und Lehnsleute erhielten die genauesten Vorschriften für den etwaigen Beginn der Feindseligkeiten angewiesen. Die Reichsstände des ganzen Elsaß traten wiederholt auf Lands-

31. Wir sind für die gesamte Geschichte Wilhelms von Honstein nirgends derart bis in alle Einzelheiten orientiert, als für die kriegerischen Ereignisse des Jahres 1537. — Für die Verhandlungen der Elsässischen Reichsstände vgl. S. 52 Anm. 34. Zahllos ist das Material im Manuale; nicht unergiebig die Briefbücher des Domkapitels und die im Pol. Corr. II passim veröffentlichten Archivalien. — Die Korrespondenz resp. Verhandlungen (Instruktionen usw.) Ferdinands mit Wilhelm wegen der Türkenhilfe befinden sich im Straßb. Bez.-Arch. G. 1440. — Die ausführlichen bischöflich-straßburgischen Akten über den Kreistag zu Worms [10. August 1537] s. Straßb. Bez.-Arch. badischer Austausch I Nr. 1505.

rettungstagen zusammen und setzten die einzelnen Kontingente für die Möglichkeit eines Ueberfalles fest: kurzum, es herrschte während des ganzen Jahres 1537 und noch bis in das folgende Jahr hinein eine aufgeregte kriegerische Stimmung unter den Reichsständen, wie sie — den Bauernkrieg ausgenommen — zu Lebzeiten Wilhelms niemals in dem Umfange dagewesen war. Erst der auf zehn Jahre zu Nizza [28. Juni 1538] abgeschlossene Waffenstillstand zwischen Karl und Franz ließ wieder Ruhe im Elsaß eintreten.

Die Lage war durch das gleichzeitige Vordringen der Türken verschlimmert worden. Gerade in den Tagen, als der Ueberfall von Saales sich ereignet hatte, erschien eine Gesandtschaft Ferdinands vor dem Bischof von Straßburg und einigen anderen elsässischen Reichsständen, um sofortige Hilfe in Geld und Kriegsmaterial wie an Mannschaften gegen die Türken zu erbitten. Wilhelm sah sich, wie erklärlich, nicht in der Lage, diese Forderungen erfüllen zu können. Er schlug jegliche Hilfeleistung ab mit dem Hinweis auf die Gefahr einer französischen Invasion und daß er selbst zur Rüstung gegen eine solche sich von auswärts Mannschaften beschaffen müsse. Als dann Ferdinand unter anderen Kreisen den oberrheinischen auf den 1. August 1537 zur Beratung einer Türkenhilfe beschreiben ließ, war Wilhelm bereit, diesen Tag zu beschicken. Er entsandte als Vertreter Welsinger und instruierte ihn, den Beschlüssen der anderen geistlichen Fürsten sich anzuschließen. Der Kreistag, den ebenso wie 1532 zu Speyer die beiden Pfalzgrafen Herzog Johann von Pfalz-Simmern und Bischof Heinrich von Worms leiteten, war äußerst schwach beschickt und verlief demzufolge resultatlos. Man benutzte das alte bewährte Mittel, erklärte sich in einer so wichtigen Sache für zu „gering“ und appellierte an einen zu berufenden Reichstag.

³²Die Religionsgespräche der Jahre 1540 und 1541 rissen den alten Bischof Wilhelm noch einmal aus der Zurückgezogenheit, die er in den letzten Jahren sich gegönnt hatte, in die Öffentlichkeit und stellten ihn an einen verant-

32. Für das Verhalten Wilhelms während der Religionsgespräche zu Hagenau, Worms und Regensburg und des Reichstags daselbst sind die gedruckten und ungedruckten Quellen außerordentlich reichhaltig. Eine wenn auch zum Teil veraltete Darstellung bietet: Reinhold Moses, „Die Religionsverhandlungen zu Hagenau und Worms 1540 und 1541. Jena 1889.“ — Die Berichte des Nuntius siehe: 1. bei Franz Dittrich „Nuntiaturberichte Giovanni Morones vom deutschen Königshofe 1539—1540“, Paderborn 1892 S. 139 [vgl. Laemmer Monum. Vatic. S. 273], S. 160 Nr. 84, S. 162 ff. Nr. 86 (vgl. Brieger, Zeitschr. f. Kirchengesch. III S. 644]. 2. bei Leopold von Ranke Bd. VI⁵, S. 178, 183 (Analakten Nr. 6 „Berichte des päpstlichen Nuntius Morone Bischof von Modena an den Kardinal Farnese über das Wormser Gespräch“ S. 165, 185); 3. bei Franz Dittrich, „Die Nuntiaturberichte Giovanni Morones vom Reichstage zu Regensburg 1541“ [Historisches Jahrbuch IV S. 430 f.] vgl. auch desselben Verfassers: „Gasparo Contarini 1483—1542. Eine Monographie.“ Braunsberg 1885 S. 520, 523, 541. — Die Berichte der Protestanten: 1. Max Lenz, „Briefwechsel Landgraf Philipps des Großmütigen von Hessen mit Bucer“, Bd. I (1880) S. 188 Nr. 73 S. 221 f. Nr. 86 S. 265 Nr. 95; S. 530 Beilage IV Nr. 15, 2. Pol. Corr. III. S. 18 Nr. 15; S. 57 Nr. 46; S. 69 Nr. 64; S. 73 Nr. 71; S. 78 Nr. 77; S. 82 Nr. 77; S. 131 Nr. 141. 3. A. L. Herminjard „Correspondance des Reformateurs dans les pays de langue française VI p. 407 Nr. 928. 4. F. Roth, „Zur Geschichte des Reichstages zu Regensburg im Jahre 1541“ (I) [Arch. f. Reform. Gesch. II (1905) S. 287 f.] — Archivalisches Material: Abgesehen von einigen belanglosen Angaben im Manuale kommen in Betracht die Korrespondenzen des Domkapitels [Arch. Domk. a. a. O.] und vor allem die vollständig erhaltenen Reichsakten der bischöflich Straßb. Kanzlei. Dieselben gehören alle dem Bad. Austausch II an. — Fasc. 11 „Der strytigen Religion Abscheyd zu Hagnaw unnd daruff die geuolgte handlung des gesprechs zu Wormbs. (Fasc. XII enthält offizielle Schriftstücke des Colloquiums zu Worms.) Fasc. XIV enthält die gesamte Korrespondenz wegen des Besuchs des Regensburger Reichstages. Fasc. XV. enthält auch noch einige Briefe wegen der gleichen Angelegenheit.

wortungsvollen Platz. Schon bevor der Kaiser eine Religionsversammlung hatte einberufen wollen, dachte eine Reihe von Fürsten daran, eine Einigung in der Glaubenssache auf einer deutschen Fürstenversammlung zu erzielen. Der Kurfürst von Brandenburg wollte an die hierzu geeignetsten Fürsten Einladungen ergehen lassen. Zu ihnen gehörte auch Wilhelm von Straßburg. Zur Ausführung des Planes sollte es nicht kommen, da der Kaiser die Angelegenheit selbst in die Hand nahm. Er berief auf den 23. Mai 1540 eine Reichsversammlung nach Speyer; da jedoch dort die Pest wütete, wurde als Ort des Religionsgespräches Hagenau bestimmt. Karl und Ferdinand baten den Bischof dringend, wenn er irgend könne, persönlich zu erscheinen, da sie auf seine Anwesenheit den größten Wert legten. Als Wilhelm erfahren hatte, daß Kurfürst Ludwig von der Pfalz nach Hagenau kommen würde, entschloß er sich ebenfalls dazu, wiewohl er noch vor kurzem durch sein altes Leiden, das Podagra, schwer geplagt war und trotz der Seuchen und Krankheiten aller Art, die damals infolge der unerträglichen Dürre und Trockenheit ausgebrochen waren. Am 9. Juni verließ er Zabern und traf am folgenden Tage am Versammlungsorte ein, wo König Ferdinand bereits seit dem 25. Mai weilte. Die Verhandlungen kamen bald in Gang. Der König bestimmte als „Hauptunterhändler“ den friedliebenden Kurfürsten Ludwig von der Pfalz. Ihm zur Seite stellte er den Kurfürsten Johann von Trier, der noch in Hagenau ein Opfer der Epidemien wurde; ferner den Herzog Ludwig von Bayern und Bischof Wilhelm von Straßburg. Diese vier Präsidenten leiteten die Verhandlungen zwischen den Religionsparteien. Die Ergebnisse des kurzen Religionsgespräches, das nur einen vorbereitenden Charakter hatte, sind bekannt. Am 28. Juli wurde es abgebrochen und auf Michaelis des gleichen Jahres nach Worms verlegt. Erscheinen sollten von beiden Parteien je 11 friedliebende Theologen, um die angebahnte Vergleichung zu Ende zu

führen. Für die katholische oder „Majoritäts“-Partei, wie sie damals genannt wurde, ernannte der Kaiser die Fürsten, die mit je einem Rat und Theologen erscheinen sollten. Zu ihnen gehörte Wilhelm von Straßburg. — In Hagenau hatte Wilhelm unerbittlich an den Forderungen der alten Kirche festgehalten. Er und Ludwig von Bayern waren Gegner eines Kolloquiums, wie es nun doch zustande kam, gewesen. Papst Paul III.³³ hatte vor Beginn des Hagenauer Tages den Bischof noch einmal eindrücklich gemahnt — obwohl wie er ihm schrieb, dies bei ihm nicht notwendig wäre — für die Interessen der Kirche einzutreten, und sich ganz an den in Hagenau weilenden Nuntius, Kardinal Morone, zu halten. Dies scheint er auch getan zu haben. Denn der gewandte Nuntius berichtete wiederholt an den Nepoten Kardinal Farnese voll höchsten Lobes über die Tätigkeit Wilhelms von Straßburg. So überschwenglich er hier gelobt wurde, so herb wurde er auf der Gegenseite getadelt. Landgraf Philipp von Hessen, der bereits seit dem 7. Dezember 1531³⁴ sich weigerte, den Bischof als kaiserlichen Kommissar im Katzenellenbogischen Prozesse anzuerkennen, protestierte heftig gegen die Präsidentschaft des Bischofs³⁵. Buzer, der dem Landgrafen verschiedentlich über

33. Straßb. Bez.-Arch. Bad. Austausch I Nr. 634. Orig. Pergament. Rom. 14. V. 1540.

34. Der Protest in deutscher Sprache ist gedruckt bei Meinardus I, 2 Nr. 206; in lateinischer Sprache bei: Eduard Duller, Neue Beiträge zur Geschichte Philipps des Großmütigen von Hessen 1842 S. 11 ff. daselbst auch der Protest in kürzerer Fassung an N. Granvella gerichtet. — Der lateinisch gefaßte Protest an den Kaiser ist noch einmal abgedruckt bei Karl Lanz, Correspondenz Kaiser Karls V. Bd. I (1844) Nr. 252 S. 624—626.

35. Staatsarchiv Marburg, Politisches Archiv des Landgrafen Philipp. Fasc. 543 Bl. 63, 95—96, 98, 100—101. Fasc. 544 Bl. 89, 90. Fasc. 545 Bl. 65 ff. Fasc. 546 fol. 236 ff. — Das Protestations-schreiben der hessischen Räte an Ferdinand [29. Juni 1540] ist gedruckt bei Ch. G. Neudecker. Urkunden aus der Reformationszeit, Kassel 1836 S. 503 f. Nr. 138.

die unversöhnliche Haltung Wilhelms berichtete, nannte ihn gelegentlich den „neithart von Straßburg“.

Der Kaiser scheint mit der Tätigkeit Wilhelms in Hagenau sehr zufrieden gewesen zu sein; denn sobald er sich zur Berufung eines Reichstages nach Regensburg entschlossen hatte, ließ er nicht ab, in einer Reihe von Briefen den Bischof zu bitten, den Reichstag persönlich zu besuchen, wie er und Ferdinand ihn vorher in gleicher Weise gebeten hatten, nach Worms zu kommen. Wilhelm jedoch kam weder nach Worms noch nach Regensburg. Sein Gesundheitszustand war ein schlechter geworden; er konnte nicht mehr weite Reisen unternehmen. Nach vielen Verhandlungen mit dem Domkapitel gelang es dem Bischof, den jungen Grafen Johann von Ysenburg, der dem Straßburger und Trierer Hochstift angehörte, zur Vertretung in der Präsidentschaft zu gewinnen. Noch schwieriger war es für ihn, einen geeigneten Theologen zu finden. Bezeichnenderweise mußte er sich nach auswärts wenden. Nachdem ihm der Trierer Prädikant Doktor Franziskus Pelargus und der Domkantor zu Basel Dr. Ludwig Ber seine Bitten abgeschlagen hatten, gelang es ihm, vom erwählten Bischof Konrad IV. von Würzburg dessen Theologen, den Lizentiaten Johann Armbruster, als seinen Disputanten in Worms zu gewinnen. Am 26. Oktober stellte Wilhelm für Ysenburg, Welsinger und Armbruster eine Instruktion aus, die in ihren Hauptpunkten mitgeteilt zu werden verdient. — Auf keinen Fall sollten sie irgend welche Punkte, die den rechten althergebrachten christlichen Glauben in Zweifel setzten, annehmen. Würden einige Vorschläge zur Reformierung der Mißbräuche gemacht, so sollten sie — wenn auch unverbindlich und bezugnehmend auf das kaiserliche Schreiben, laut welchem alle Beschlüsse an den künftigen Reichstag zur Entscheidung gebracht werden sollen — alles tun, was zur Einigkeit und zur Beseitigung des schweren Zwiespaltes dienen könnte. „Aber furnemlich

sollen sy sich in aller handlung beflyssen, und mit allen vlyß warnemen, oder fürnemen, dadurch wir verdacht, und in argkwon gezogen werden möchten, als ob wir zu unrüge oder verhinderung Christlicher verglichung der Stryttigen religion in einichen wege gesynnt, sonder vil lieber alles das, so zu Rugen und einigkeyt, auch zu hinlegung des beschwerlichen zwyspalts dienlich, und wir zu vorderst gegen Gott dem Almechtigen, Böp. Hei. auch Ro. Key. und Kon. Mai. unserm allergnedigsten Herrn, den gemeinen Stenden des heyiligen Reychs, und allermeniglich verantworten inöchten, handeln, Rathen, und furnemen helffen wolten.“ Wilhelm hatte somit die Haltung, die er in Hagenau angenommen hatte, selbst als zu schroff erkannt und wollte sich nun der vermittelnden Partei der Reichsfürsten wieder nähern. Die bischöflichen Gesandten hielten sich streng an die Instruktion und traten während des Wormser Gesprächs völlig auf die Seite der vom kaiserlichen Kanzler Granvella und dem Kurfürsten Ludwig von der Pfalz geführten Mittelpartei.

Schwer wurde es dem Bischof, die Präsidentschaft durch seine Vertreter weiter zu führen, als zu Beginn des Jahres 1541 die Religionsverhandlungen auf den Reichstag nach Regensburg verlegt wurden. Die Residenz des Grafen Johann von Ysenburg in Straßburg war erledigt und keine Mühe wie Bitte des Bischofs, des Domkapitels, des Grafen, ja selbst des Kaisers konnte das Trierer Hochstift bewegen, dem Grafen Johann die Residenzpflicht für die Zeit des Reichstages zu erlassen. Da der Bischof selbst fortwährend kränkelte und auch sein Kanzler Welsinger zurzeit nicht in der Lage war, nach Regensburg zu reiten, mußte Wilhelm vorläufig sich vertreten lassen. Er bat die Bischöfe von Würzburg, Augsburg und Speyer darum und ließ sich durch sie bei dem Kaiser, dem er zugleich schrieb, und den Ständen gebührend entschuldigen. Mit diesen fortgesetzten Verhandlungen vergingen die Monate Februar, März und

April und erst am 27. April 1541 konnte der Bischof seinem Kanzler die Vollmacht zur Vertretung in der Präsidentschaft erteilen. —

Für diesen Regensburger Reichstag ist uns der ganze Briefwechsel³⁶ zwischen Welsinger und dem kurpfälzischen Kanzler Heinrich Hasser einerseits und Wilhelm von Honstein andererseits erhalten. Abgesehen davon, daß diese Korrespondenz eine Fülle wertvollsten Materiales für jenen Reichstag bietet, da beide Männer als Präsidenten am besten orientiert waren, so ist sie für uns ganz besonders deshalb von Wichtigkeit, weil hier in den Briefen Wilhelms, die an seinem Lebensabend geschrieben sind, die Summe seiner politischen Erfahrungen niedergelegt ist. — Sie atmet einen versöhnlichen und milden Geist, wie er so ausgesprochen sich früher nicht erkennen ließ. Er sehnt sich nach Frieden und Ruhe; wenn er von dem schlechten Fortgang der Religionsverhandlungen hört, so bedauert er dies tief und sieht darin eine Strafe Gottes. Wie in dem *onus ecclesiae* des Bischofs Berthold von Chiemsee³⁷, mit dem Wilhelm von Honstein manches gemeinsam hat, offenbart sich in diesen Briefen die traurige Resignation eines Mannes, der alle Hoffnung auf die Besserung seiner Zeit aufgibt und voll stiller Ergebenheit sich in das Unvermeidliche fügt.

Das Ende des Reichstages, der alle Einigungshoffnungen vollends zunichte machte, sollte Wilhelm nicht mehr erleben³⁸. Schon zu Anfang Juni befahl ihm auf seinem Schlosse Ysenburg bei Rufach eine derart schwere Krankheit, daß

36. Straßb. Bez.-Arch. Bad. Austausch II Fasc. XIV.

37. Vgl. hierüber: Johannes Ficker, „Pürstinger, Berthold Bischof vom Chiemsee [Realencyklopädie für protest. Theologie u. Kirche hsg. v. Albert Hauck, Bd. XVI, Leipzig 1905 S. 307—315].

38. Ueber Wilhelms Krankheit und letzte Aufenthalte s. seine Briefe nach Regensburg (a. a. O.) und Manuale d. d. 13_k—19. Juli. 1539; 19.—24. Februar, 28. April 1541. — Ueber seinen Tod vgl. auch Pol. Corr. III Nr. 206 S. 208 ff.

er sich die Sterbesakramente reichen ließ. Zwar erholte er sich bald wieder und konnte noch nach Zabern zurückkehren. Hier blieb er bis zum letzten Tage tätig. Doch die schwere Krankheit hatte seine Lebenskräfte völlig erschöpft. Am 29. Juni 1541 starb er im Alter von 66 Jahren. Seinen Tod schildert sein getreuer Sekretär Jörg Körner³⁹ mit einfachen, schlichten Worten: „und ist also am mittwoch petri et pauli apostolorum, zu nacht zwuschen neun unnd zehn uren, gleich wie Ein liecht ußgebrent, also auch mit abganng seiner krefften one alle Erzeigte schmerzten, oder bewegung, gleichsam schloffend todts verscheiden, der allmechtig gott gnade der Selen“. Am 1. Juli wurde er in der Stiftskirche zu Zabern ohne allen Pomp begraben⁴⁰, da er selbst noch gebeten hatte, „das man nit vil geprenngs nach seim tode mit begencknusen oder sonnst machen sollt“.

39. Straßb. Bez.-Arch. G. 201. „Absterben B. Wilhelms.“

40. Ueber Wilhelms Grabdenkmal s. u. a. Franz Xaver Kraus, Kunst und Altertum in Elsaß-Lothringen, Bd. I, Straßburg 1876 S. 639 f.

Schluss.

**Ueberblick und Versuch einer Charakteristik
Wilhelms von Honstein.**

Man würde nie zum vollen Verständnis der reichs-
politischen Tätigkeit Wilhelms von Honstein gelangen, wenn
man sie allein betrachten wollte. Mit wenigen Worten ist
seiner Beziehungen zu dem Geistesleben zu gedenken. Die
humanistischen Studien, die er in seiner Jugend getrieben
hatte, bildeten die Grundlage für seine vielfältigen Be-
ziehungen zur Kunst und Wissenschaft. Hans Baldung
Grien weilte an seinem Hofe und zeichnete mehrmals für
ihn sein Wappen; wie es scheint, war dieser Künstler zeit-
weise in seinen Diensten. Sein Bruder Kaspar wurde vielfach
in den Geschäften des Bischofs verwandt. Dem Fürsten
der Wissenschaften Desiderus Erasmus stand Wilhelm nicht
fern. Der gelehrte und schriftstellerisch vielseitig tätige
Johannes Adelphi war des Bischofs Hausarzt. Ganz be-
sonders groß war seine Bautätigkeit; seine Residenzorte
Zabern und Rufach verdankten ihm viele Verbesserungen.
Zahlreich waren die Vergrößerungen und Verbesserungen
seiner Schlösser im Elsaß. Der Verkehrsweg, der die Nord-
vogesen mit Frankreich verbindet, die sogenannte Zaberner
Steige, war sein Werk. Eifrig wurde von ihm die Musik,
vor allem der Kirchengesang gefördert. —

Wie alle hohen Herren der damaligen Zeit war er ein
leidenschaftlicher Jäger. Es ist möglich, daß Maximilian
ihn deswegen stets, sowie er am Oberrhein weilte, um sich
zu haben wünschte; konnte sich doch der Monarch einst
ernstlich über den Bischof erzürnen, da dieser ihm nicht
die versprochene „grob Saw“ geschickt hatte! Die geistig
anregende Lebensweise des Bischofs verschaffte seinem Hofe
hohen Ruhm. Es drängten sich die Bitten der Grafen und

Adligen aus Süd- und Mitteldeutschland, die ihre jungen Söhne an seinem Hofe erziehen wissen wollten; mehrmals mußte er ihnen abschlägigen Bescheid geben, da er bereits zuviel junge Edelknaben bei sich habe.

Doch mehr noch als Unterhaltung und Vergnügungen bot der Bischof denen, die bei ihm weilten, durch seine Persönlichkeit. Für die Nachwelt, die nur auf Grund gebuchter Taten Urteile fällen kann, ist es oft schwer, zum richtigen Verständnis zu gelangen; auch bei Wilhelm von Honstein geht es uns so. Wir hören immer wieder bei den unparteiischen Zeitgenossen jener Zeit, in wie hohem Ansehen der Bischof im ganzen Reiche stand; selbst die Verfasser der Zimmerschen Chronik, der *chronique scandaleuse* jener Epoche, berichten bei der Mitteilung von Wilhelms Tode: „von seinem lob zu schreiben, erfordert es ein sonders capitel“. Der Grund für diese Wertschätzung liegt in dem hohen sittlichen Ernst, mit dem er seine Pflichten zu erfüllen strebte, und in einer über das gewöhnliche Maß weit hinausgehenden Friedensliebe.

Unbeirrt durch die Anfechtungen seiner eigenen Geistlichkeit und den Widerstand in Rom, wo er die maßgebenden Persönlichkeiten sich nie recht zu gewinnen gewußt hatte, suchte Wilhelm die von ihm für notwendig erachteten Reformen in seiner Diözese durchzuführen, bis ihn schließlich die fortgesetzten Mißerfolge zur Resignation zwangen. Ein gleicher Pflichteifer beseelte ihn bei der Erfüllung der Reichsgeschäfte. Es verging kaum einer der zahlreichen Reichstage oder ähnlicher Zusammenkünfte, den er nicht persönlich besucht oder beschickt hätte; nur ganz zwingende Gründe — niemals aber Mangel an Pflichtgefühl oder Interesse — hielten ihn von einigen wenigen Reichsversammlungen fern.

Seine Friedensliebe, die seinen milden, versöhnlichen Charakter bekundete, bestimmte ihn förmlich dazu als Vermittler in Zwistigkeiten aufzutreten; seine umfassende

Rechtskenntnis begünstigte die Betätigung dieser Eigenschaft. Die große Reihe zum Teil politisch recht bedeutender schiedsrichterlicher Aufträge, die Wilhelm als kaiserlicher oder Reichs-Kommissar von den ersten Tagen seiner langen Regierung ausgeführt hat, haben wir kennen gelernt. Doch ist sie verschwindend klein gegenüber der endlosen Reihe der privaten Vermittlungen, die Wilhelm auf Bitten der streitenden Parteien übernommen hatte. Die meisten der zahllosen Differenzen der benachbarten badischen Markgrafen, mit denen der Bischof im innigsten Vertragsverhältnis stand, wurden von ihm beigelegt. Die Bischöfe von Basel, von Speyer und von Metz trugen ihm ihre Klagen vor. Die Grafen von Leiningen und die Grafen seiner Heimat, die Stolberger, Henneberger, die Grafen von Bentheim Wertheim, Nassau und viele andere suchten ihn als Vermittler auf, die reichsfürstliche Probstei Ellwangen bat ihn um Beilegung ihrer Zwistigkeiten. Es ist unmöglich, auch nur annähernd alle Vermittlungen des Bischofs anzuführen, die er während seines langen Lebens durchgeführt hat. Er galt bei den Monarchen und bei den Reichsständen als der gegebene Vermittler für ihre Streitigkeiten. Der Nachwelt erscheint diese stillwirkende Tätigkeit nicht mehr in vollem Umfang erkenntlich; seinen Zeitgenossen war sie wohlbekannt, sie sicherte ihm eine weit über die Grenzen seines Bistums hinausreichende Bedeutung. Sie bildet den Schlüssel zum Verständnis für die ganz ungewöhnliche Heranziehung seiner Person zu den Angelegenheiten des Reichs, die uns unbegreiflich sein würde, wenn wir nur die Ergebnisse der Arbeiten, an denen er teilnahm, in Betracht ziehen würden. Diese sind, wie wir gesehen haben, nur zu oft ohne Erfolg geblieben.

Unter den Ständen des Oberrheins, besonders den elsässischen galt sein Ansehen sehr hoch, bis ihn schließlich die Stadt Straßburg hierin etwas verdrängte. Auf den Versammlungen dieser Reichsstände — gleichgültig, ob sie wirt-

schaftlicher oder politischer Art waren — blieb seine Stimme ausschlaggebend. Mehrere elsässische Reichsstände begaben sich in seinen Schutz; zeitlebens war er Schirmherr der Stadt Schlettstadt; das mächtige Geschlecht der Grafen von Zweibrücken-Bitsch und Hanau-Lichtenberg erbat eine Zeitlang seine Vormundschaft; mehrere Jahre hindurch regierte er ihre Territorien. Gleich groß blieb sein Ruf in seiner Heimat, in der er als Probst des Kreuzstiftes zu Nordhausen eine reichsunmittelbare Stellung inne hatte. Im Erzstifte Mainz, in welchem er seine Jugend verlebte, war er sein ganzes Leben hindurch in höchstem Ansehen. In verantwortungsvollster Zeit hatte er es geleitet; dreimal war er nahe daran, die Kurwürde daselbst zu erlangen. Mit den bedeutendsten Reichsständen, den Kurfürsten von Mainz, Trier, Pfalz und Köln, mit dem gesamten Hause der Wittelsbacher, dem Herzog Georg von Sachsen und Casimir von Brandenburg, zu Anfang auch mit Herzog Ulrich von Württemberg und vielen anderen stand er in freundschaftlichem Verkehr. Er hatte ein stark ausgeprägtes Bewußtsein für die Bedeutung seines reichsfürstlichen Standes, das sich weniger in der Versäumnis der Pflichten gegen Kaiser und Reich, als in einem Widerwillen gegen die Städte oder die Landstände, die die Gewalt der Reichsfürsten einzuschränken suchten, äußerte. Aus dieser Antipathie heraus erklärt sich zum Teil seine Unterstützung Sickingens wie des Herzogs Ulrich von Württemberg. Als die Reformation die deutsche Nation in zwei Lager spaltete, blieb er nach wie vor mit einer Reihe der Fürsten befreundet, die entweder ganz dem neuen Bekenntnis beigetreten waren oder es begünstigten, wie mit dem Markgrafen von Baden, dem Pfalzgrafen von Zweibrücken oder dem Kurfürsten von der Pfalz, den Grafen von Nassau und den eigenen Verwandten; gegen die Städte aber, wie Nordhausen oder Straßburg verhielt er sich feindselig.

Maximilian, Karl und Ferdinand bewahrten ihm stets das gleiche Vertrauen. Bei beiden Kaisern war er Rat und

wurde in dieser Eigenschaft zu einer Reihe politischer Missionen verwandt, in denen seine diplomatisch vermittelnden Anlagen ihm zustatten kamen. Maximilian zog Wilhelm ganz besonders in sein Vertrauen und benützte ihn namentlich in den Jahren 1512 und 1513 zu den wichtigsten Angelegenheiten im Reiche. Karl, der mehr Spanier und Niederländer in seiner Umgebung hatte, verhielt sich zwar reservierter dem Bischof gegenüber, doch wußte er die Erfahrung und die Ergebenheit Wilhelms sehr zu schätzen und vermißte ihn während seiner Anwesenheit im Reiche ungern in seiner Nähe. Dazu kam, daß die leidige Geldfrage Karl veranlaßte, den Bischof sich nicht zu sehr zu verpflichten, während Wilhelm seinerseits aus eben diesem Grunde es nie versäumte, dem Kaiser seine Dienste anzubieten. Die Aufträge, die der Monarch seinem Rate erteilte, waren mehrmals von hervorragender politischer Bedeutung. — Ferdinand, der die deutschen Verhältnisse weit besser kannte, als sein Bruder, sah in ihm stets einen zuverlässigen Vertreter der habsburgischen Interessen im Reiche. —

Genoß Wilhelm also bei allen Faktoren des Reiches dank seiner geschilderten Eigenschaften ein so hohes Ansehen, so ist es verständlich, daß er auf den Reichstagen selbst in hervorragendem Maße zu den wichtigsten Geschäften herangezogen wurde. Er gehörte stets auf diesen Ausschüssen — zumal in dem entscheidenden Jahrzehnte von 1521—1530 — an. Darum war er auch Mitglied des Reichsregimentes geworden; wenn er auf diesem in seiner Nürnberger Glanzzeit auch niemals sein Vierteljahr abgesessen hatte, blieb er darum doch nicht ohne Einfluß auf die Bestimmungen dieser Zentralregierung. Für die Zeit, da das Regiment in Eßlingen und Speyer bis zu seinem Aufhören im Jahre 1531 tätig war, war sein Anteil an den Geschäften ein lebhafter. An den Arbeiten zur Erhaltung und späteren Visitation und Reform des Reichskammergerichtes war er an erster Stelle beteiligt. — Kurzum,

er war etwa bis zum Jahre 1531 stets unter den führenden Reichsständen der Nation bei allen ihren Obliegenheiten tätig.

Und doch bedeutet sein ganzes Leben äußerlich betrachtet eine lange Reihe von Mißerfolgen! Sein eigener Charakter und die Zeit, in der er leben mußte, verschuldeten diesen Umstand. Aus Friedensliebe, Milde und Versöhnlichkeit erwachsen leicht Schwäche, Haltlosigkeit und Energielosigkeit, wenn dem eigenen Tun Widerstand entgegen gesetzt wird. Dies hat der Bischof sein ganzes Leben lang erfahren müssen. Er war nicht zum Kämpfen geboren. Es fehlte ihm die Rücksichtslosigkeit, es zum offenen Konflikte kommen zu lassen. Stets gab er nach, wenn er den Druck eines Mächtigeren spürte, oder er wich im voraus ängstlich allen Gefahren aus, wie im Bauernkriege. So konnte er auch nie zu seinem ehrlich und wohlverdienten Dienstgelde, das ihm der Kaiser schuldete, gelangen, da ihm der Mut, auch einmal zu opponieren, fehlte. Die finanziellen Schwierigkeiten wurden für ihn die Quelle peinlichster Zustände, wie es am deutlichsten die Koadjutorfrage im Jahre 1531 zeigte. Die Zimmerische Chronik erzählt eine Episode aus seinem Hofleben. Der ungebändigte junge Graf Konrad von Tübingen, der bei Wilhelm erzogen wurde, veranlaßte einst bei der Tafel den Hofnarren, heimlich des Bischofs Haare zu raufen. Derselbe tat dies mehrmals und der Bischof begnügte sich nur mit der matten Frage, wer ihm dies zu tun geheißen habe, als er darauf keine Antwort erhielt, war er es auch zufrieden. War es ein Wunder, wenn dem Bischof bei seiner schwächlichen Nachgiebigkeit kein Erfolg beschieden war?

Großes und Bleibendes hätte dieser feingebildete und geistig hochstehende Mann in einer friedlichen Zeit leisten können; in den stürmischen Jahren seiner Epoche wurde sein leises Auftreten übertönt von den kräftigeren Schritten derberer Elemente.

Die religiöse Spaltung im Reiche ging über seine Kräfte.

Wer einen Blick in seine ausgedehnte Reformtätigkeit tut, erkennt zur Genüge, daß dem Bischof die Schäden der Kirche wohl bewußt waren. Wenn er sich als Gegner der lutherischen Reform erwies, so tat er es nicht etwa, weil er durch sie in seiner persönlichen Lebensweise sich gefährdet sah, sondern weil ihm eine Reform, die nicht vom Papste ausging, widerstreben mußte. Seine Stellung zur religiösen Frage ist ganz im Sinne seines großen Lehrmeisters Geiler von Kaysersberg gerichtet: sie war für ihn von Anfang an gegeben und ist von ihm konsequent durchgehalten worden. Von vorneherein gehörte er zu den überzeugungstreuen und entschlossenen Anhängern der alten Kirche. Wie der Herzog Georg von Sachsen stellte er sich den religiösen Neuerungen entgegen. Die auf den Reichstagen gefaßten ungünstigen Beschlüsse für die Evangelischen waren stets mit von ihm veranlaßt. Bei dem Beginn der katholischen Gegenreformation gehörte er zu den Führern der Reaktion. Stets, wenn es sich auf Reichsversammlungen und ähnlichen Zusammenkünften um die Unterdrückung der Neugläubigen handelte, war er energisch und wahrscheinlich mangelte es ihm dann nicht an Initiative. Es hob ihn das Bewußtsein einer großen Zusammengehörigkeit. — Trat er aber zurück in die Kämpfe seines eigenen Kirchensprengels, dann hinderten ihn seine Charaktereigenschaften an der Durchführung seiner Pläne; er wurde kleinmütig und gab nach. Daß es ihm am Verständnis für die Aufgaben seiner Zeit gefehlt habe, wie gelegentlich behauptet worden ist, kann man nicht sagen. Seine Haltung war eine tragische Folge des hierarchischen Systems, mit dem er unauflöslich verbunden war und das seine Stellung von vorneherein bedingte. Daß er jedoch in seinem Kampfe mit der Stadt Straßburg fortwährend nachgab und sich völlig zurückdrängen ließ, war — abgesehen von verschiedenen Nebenumständen, die zu seinen Ungunsten einwirkten — ein Zeichen seiner eigenen Schwäche.

Die Nachwelt ist leicht geneigt, über Personen vergangener Zeiten den Stab zu brechen, wenn sie nichts Dauerndes bis in die Gegenwart Reichendes geschaffen haben; wer aber objektiv urteilen will, darf diesen Fehler nicht begehen; er muß sich in jene Zeiten hineindenken können und aus ihnen heraus zu erkennen suchen, was die Betreffenden geleistet haben. Betrachten wir Wilhelm von Honstein von diesem Standpunkte aus, so können wir unbedenklich von ihm sagen, daß er zu den einflußreichsten und ehrenwertesten Fürsten seiner Zeit gehörte, und daß sein Anteil an den Arbeiten des Reiches, zumal in seinem bedeutendsten Jahrzehnte in der Zeit vom Wormser bis Augsburger Reichstage, ein großer war.

Anhang 1.

Uebersicht über die Benutzung der Archivalien.

Infolge der großen französischen Revolution ist das politische Archiv des Bistums Straßburg zerstreut oder vernichtet worden. In der großen Masse der Verwaltungs- und Gerichtsakten, die als Abteilung G des Bezirksarchivs des Unterelsaß zu Straßburg aufbewahrt werden, finden sich zerstreut nur ganz geringe Reste politischer Akten, die für unsere Zeit in Betracht kommen. Was damals an politischen Akten nach Ettenheim und Offenburg gerettet werden konnte, wird heute in dem General-Landesarchiv zu Karlsruhe, teils in den Kopialbüchern des Landesarchivs, teils unter den Reichssachen im dortigen Staatsarchiv aufbewahrt. Die wertvollen Akten über die Reichsversammlungen, die in der bischöflichen Kanzlei von Wilhelms Kanzlern vor allem von Eitelhans Rechburger musterhaft geführt worden sind, sind zum Teil jetzt dem Straßburger Bezirksarchiv im Austausch zurückgegeben (Straßb. Bez.-Archiv. Austausch mit Baden I und II). Die Publikation der vier Bände der Reichstagsakten unter Karl V., die Arbeiten von Friedensburg und die Veröffentlichungen von Julius Ney haben gezeigt, welche Quelle ersten Ranges sie für die Reichsgeschichte sind. Doch ein großer Teil der bischöflich-straßburgischen Reichsakten befindet sich noch heute in Karlsruhe; es sind dies neben den Akten über den Reichstag von Worms (1521) vor allem Akten aus der Zeit Maximilians I. — Einen weiteren Teil des ehemaligen Bistumsarchivs bilden die vor ca. 50 Jahren dem Straßburger Bezirksarchiv einverleibten bischöflichen Verwaltungsakten, die ehemals in Zabern als Tribunalakten

aufbewahrt wurden. In diesem „Fond Zabern“¹ befindet sich [Faszikel 173—176] das sogenannte *Manuale* der bischöflichen Kanzlei unter Wilhelm von Honstein, ein Journal, in welches alle Vorgänge in der Kanzlei, sowie der Eingang und Ausgang der gesamten bischöflichen Korrespondenz mit kurzen Stichworten eingetragen wurden. Ohne dieses Journal wäre unsere Darstellung unmöglich gewesen, es ist eine archivalische Hauptquelle für die Geschichte Wilhelms von Honstein. Ursprünglich wurden nur während der Abwesenheit des Bischofs solche Aufzeichnungen gemacht — die ersten uns erhaltenen beginnen mit der Zeit des Aufenthaltes Wilhelms auf dem Reichstage zu Trier (1512); gerade dieser Teil des *Manuales* befindet sich aber nicht im Fond Zabern, sondern im Karlsruher Generallandesarchiv unter den Akten jenes Reichstages, wo ich ihn ganz zufällig auffand. Die späteren Aufzeichnungen wurden ständig auch während Wilhelms Abwesenheit im Bistum gemacht. Für die Zeit von (1512) 1514—1524 sind nur geringe Reste des *Manuales* erhalten. Erst als Wilhelm die Mainzer Statthalterschaft übernahm (Oktober 1524), wurden die laufenden Geschäfte der Kanzlei in große Folianten eingetragen, die die Ueberschrift trugen: „*Manuale Negociorum Cancellarie*“ oder „*Manual der Cantzley geschefften*“. Auf die Außenseite des Deckels wurde die Nummer des Bandes gesetzt. Sechs solcher Bände sind geführt worden, sie reichen bis zum 15. Juni 1538. Der erste Band, der bis zum 6. Mai 1525 gereicht hatte, ist leider nicht mehr vorhanden; in ihm sind die Ereignisse aus der Vorgeschichte und dem Anfang des Bauernkrieges eingetragen gewesen. Nach dem Tode Eitelhans Rechburgers (1537) wurde das *Manuale* nicht mehr sorgfältig geführt; wie zu Anfang sind hier nur noch einige

1. vgl. auch die einleitenden Bemerkungen über die Bestände des Bistumsarchivs bei Ficker-Winkelmann, Handschriftenproben Bd. I. Einleitung p. XII.

geheftete Blätter vorhanden. Das Journal bricht am 5. Mai 1541 ab. Die Eintragungen selbst sind vom Sekretär oder den Kanzleischreibern zum Teil mit flüchtiger Hand vollzogen worden, es wurde bei den Korrespondenzen, die in der Kanzlei einliefen oder ausgefertigt wurden, das Datum des Ein- bzw. Ausganges angegeben. Der Inhalt der Korrespondenzen oder der eingetragenen Ereignisse wurde mit knappen Worten, deren Deutung mitunter schwierig war, wiedergegeben.

Eine dritte Gruppe in den Beständen des alten Bistumsarchivs bilden die jüngst zugänglich gemachten Archivalien des Domkapitels², die man längst verloren geglaubt hatte. Dieselben sind heute im Besitze des Straßburger Domkapitels. Aus ihnen kommen für unsere Zwecke die Briefbücher des Dechans und Kapitels in Betracht. Die aus der Kanzlei des Dechanats ausgehenden Briefe des Kapitels sind in diesen Missivbüchern abgeschrieben worden. Zumeist enthalten sie Verwaltungsangelegenheiten, doch enthalten sie auch nicht unwichtiges Material für die politische und kirchliche Geschichte des Bistums. Neben den oben angeführten Gruppen von Archivalien sinken sie jedoch zu einer Quelle von geringerem Werte herab. Schließlich sei noch erwähnt, daß einige Domkapitels-Archivalien im Straßburger Stadtarchiv sich erhalten haben.

Die Briefbücher des Domkapitels, sowie die Journale der bischöflichen Kanzlei — aus diesen hat Kiener schon für die Zeit des Bauernkrieges einige Daten geschöpft³ —

2. [A. M. P. Ingold Catalogue Sommaire des Documents conservés aux archives du chapitre de la cathédrale de Strasbourg [Bibliothèque de la Revue d'Alsace Tome XIII], Paris, Colmar 1906. — Vgl. Hans Kaiser. „Neu erschlossene Materialien zur elsäss. Landesgeschichte.“ [Zeitschr. für Geschichte des Oberrheins, N. F. Bd. XXIII (S. 127—130) 1908.]

3. Fritz Kiener, Zur Vorgesch. des Bauernkrieges am Oberrhein. [Zeitschr. für Gesch. des Oberrheins, N. F., Bd. 19 S. 479—507] 1904.

sind hier zum ersten Male für die politische Geschichte vollständig verwertet worden.

Das Manuale zeigt, wie groß der Verlust des politischen Archivs des Bischofs Wilhelm von Straßburg ist. Von der ungeheuren politischen Korrespondenz des Bischofs ist nur das erhalten, was im Badischen Austausch oder zufällig in den Beständen des alten Bistumsarchivs sich befand. Nicht einmal die Originale der Bestellungen Wilhelms zum Rate Maximilians oder Karls sind vorhanden — um nur ein Beispiel zu geben.

Bei diesem trümmerhaften Zustande des bischöflichen Archivs mußten zur Ergänzung die Archivalien anderer Archive herangezogen werden; daß dies nur lückenhaft geschehen konnte, zumal wenn die Nachforschungen nicht immer persönlich vorgenommen werden konnten, oder wenn die betreffenden Archive nicht über Repertorien und geordnete Bestände verfügten, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Einen Bescheid, daß für meine Zwecke nichts vorhanden sei, erhielt ich auf meine Anfragen bei folgenden Archiven: Amberg, Bamberg, Basel, Landshut, Neuburg, Nürnberg (Kgl. Kreisarchiv), Weimar, Wien, Wolfenbüttel, Worms. In Rosheim, Türkheim und in den Handschriftenbeständen der Universitäts- und Landesbibliothek wie der Stadt-Bibliothek in Straßburg überzeugte ich mich selbst, daß einschlägige Archivalien nicht vorhanden sind. Von einer Nachforschung, ob in Zabern einschlägige Archivalien zu finden seien, mußte abgesehen werden, da zurzeit eine Nachsuchung an Ort und Stelle unmöglich ist.

Für die italienischen Archive, insbesondere für das Vatikanische Archiv gaben mir auf meine Anfragen Herr Archivdirektor Professor W. Friedensburg in Stettin und das preuß. histor. Institut in Rom den Bescheid, daß ungedrucktes Material nicht vorhanden sei. Von letzterem wurde mir die Abschrift eines Briefes Wilhelms an den Bischof von

Lüttich übersandt (5. September 1521) übersandt, der, wie mir erst nachträglich bekannt wurde, bei Balan, Monum. Reform. Luther. bereits gedruckt ist.

Folgende Archive sandten mir zur Benutzung einschlägige Archivalien: Darmstadt, Magdeburg, Marburg, Reichsarchiv München, Geh. Staatsarchiv München, Speyer (Kreisarchiv), Stuttgart, Wiesbaden, Würzburg und Zürich.

Selbst besuchte ich mit Erfolg die Archive in Colmar (Bezirksarchiv), Colmar (Stadtarchiv), Dresden, Hagenau, Heidelberg (Großherz. Universitätsbibl.), Innsbruck, Karlsruhe, Kaysersberg, Münster im St. Gregorienthal, Ober-
ehnheim, Rufach, Schlettstadt wie die Archive in Straßburg (Bezirksarchiv, Domkapitelarchiv, Stadt- und Thomasarchiv). Soweit ich die Archivalien dieser Archive nicht an Ort und Stelle erledigen konnte, durfte ich sie im Bezirksarchiv zu Straßburg benutzen.

Im einzelnen wurden folgende Archivalien benutzt:

- Colmar (Bezirksarchiv): C. (Oberösterr. Regierung) Fasc. 179, 496. — E. (Herrschaft Rappoltsw.) Fasc. 530. — G. (Obermundat Rufach): B₁ L. 3 C. 1506. — B₂ L. 1 a.
Adelsarchiv, Mappe 224 liasse 1 no. 1.
- Colmar (Stadtarchiv): AA (Villes impériales) 1513, 1522, 1528, 1531. — EE (Affaires militaires) 1519. — Heilig-Kreuzarchiv. Scrin D lad. 1 no 1—12.
- Darmstadt (Großh. Hess. Haus- u. Staatsarchiv): Acta in Sachen Nassau contra Hessen 3 Bde. — Hanau-Lichtenberg, Convolut 6, 7, 15.
- Dresden (Kgl. sächsisches Hauptstaatsarchiv): Loc. 8497. Derer Römischen Kayser fol. 100. — Loc. 7269. III 19 fol. 13 no. 6 Bl. 120.
- Hagenau (Stadtarchiv): EE. 67; GG. 50.
- Heidelberg (Groß. Universitätsbibl.): Pal. Germ. 491.
- Innsbruck (K. K. Statthaltereiarhiv): Copialbücher 1536/1538 (E. 1) 1532/1535 (E. 14). — Repertorium des Schatzarchivs Lib. VI fol. 597. — Abteilung Maximiliana No. XIV Chronol. Maximiliana 1507/2 No. 4 1510/2 No. 108, 1511 No. 23, 27, 28, 46, 221. 1512/1 No. 47. 1512/2 No. 53, 77. 1513 No. 19, 24, 34, 110.
- Karlsruhe (Großh. Generallandesarchiv). I. Haus- u. Staatsarchiv. I. Personalien, Alt-Baden 26, 27. Baden-Baden 1. II. Haus und Hofsachen. Vormundschaften der Herzoge von Bayern über

- die Markgrafen von Baden-Baden. Fasc. I. — V. Reichssachen: A. Generalia. 1. Reichssachen des 15./16. Jahrh. Fasc. 8, 11, 13, 15, 17, 25, 26, 40, 43, 45 — II. Landesarchiv, Copialbuch 828, 830, 955, 1382, 1520.
- Kaysersberg (Stadtarchiv): FF. 1, F. 2. Missivbuch 1507—1521.
- Magdeburg (Kgl. Staatsarchiv): Erzstift Magdeburg I, XIV, Mainz 180. Briefe des Statthalters zu Mainz 1525, 1531, 1534.
- Marburg (Kgl. Staatsarchiv): Polit. Arch. des Landgraf. Philipp. Fasc. 99, 306, 543, 546. Fasc. 382 [Württembergische Aktenbeute].
- München (Kgl. Allgem. Reichsarch.): Fürstensachen II. Specialia lit. C. Fasc. XXVII No. 332 Bl. 31, 32. — Straßburg, Hochstift No. 1, 6.
- (geh. Staatsarchiv): Kast. rot 43/c. 1, 1525 Juli 2.
- Münster im St. Gregoriental (Stadtarchiv): AA. 13.
- Oberrheinheim (Stadtarchiv): AA. 91, 93, 94; EE. 7, 9; GG. 3.
- Rufach (Stadtarchiv): AA. 4.
- Schlettstadt (Stadtarchiv): (Missivbücher) BB. 17, 18, 19.
- Speyer (Kgl. Kreisarchiv): Hanau-Lichtenberg, Aktenfasc. 296, 298. — Urkundenfasc. 146, 192. — Kloster Eußerthal, Urk. No. 184. Kloster Werschweiler, Urk. No. 71. — Landau-Steigerherrenstift (Copialbuch Liber stat.).
- Straßburg (Bezirks-Archiv): C (Landvogtei Hagenau) 3 No. 41; 4 No. 1—3. — G (Bistum 146—148, 153, 155, 172, 201, 205, 207, 215, 217, 407, 436, 482, 599, 1440, 2573. — Badischer Austausch, I. Urkunden: No. 614, 616, 617, 634, 1497—1506. — Badischer Austausch II. Fasc. I—III, V—IX, XI, XIV, XV. — Fond Zabern, Fasc. 173—176 (Manuale).
- [Domkapitelarchiv]; Liber missivarum ad Episcopum 1495/1520, 1520/1527, 1527/1541. — Liber missivarum ad principes etc. 1491/1520, 1521/1527, 1527/1541. — Liber missivarum ad communitates 1527—1541. — Liber missivarum ad saeculares 1527/1541. — Liber missivarum ad civitates oppida etc. 1491—1520.
- (Stadtarchiv). AA. 316, 330, 331, 333—335, 336, 338, 340, 363, 365, 366, 369, 370, 372, 400—405, 1544—1567, 1982, 1983. — Mandate und Ordnungen Bd. III. — V. C. G.; K.: 27a, 27b, 28. — V. D. G.: 37 (B. 5) 42 (B. 10) 50 (B. 23). — IV 5, VI 7. — (Thomas-Archiv) 24; 54, 1a.
- Stuttgart (Kg. Staatsarchiv): Akten über Erbansprüche des Grafen Georg von Württemberg.

- Wiesbaden (Kgl. Staatsarchiv): VII. Nassau-Oranien, Altes Dillenburger Archiv. C.: Katzenellenbog. Erbfolgestreit No. 22, M. 357—360.
- Würzburg (Kgl. Kreisarchiv): Mainz Domkapitelprotokolle Bd. IV (1511—1526), Bd. V (1627—1535). — G. 13152, H. 164.
- Zürich (Staatsarchiv): A. 176, 2 (Akten deutscher Kaiser).
-

Anhang II.
Literaturverzeichnis.

¹Ain kurtze anzygung und beschreybung Römischer Kayserlicher Maiestat einreyten Erstlich von Innßbruck gen Schwatz, volgendt zu München, und zuletzt gen Augspurg auf den Reychstag, und was sich mittler zeyt daselbst täglich verlauffen unnd zugetragen hatt. Anno usw. 1530 [o. O. u. J.] (Straßb. Univ.- u. Landesbibl. Do. XIIa 7 Karl V).

Alberi Eugenio Le Relazioni degli Ambasciatori Veneti al Senato durante il Secolo Decimosesto. Ser. I. Vol. VI, Firenze 1862.

Anno Funfzehnhundert und zehen jar hat die kaiserlich Maiestat gen Augspurg ein Keiserlichen Reichstag beschribenn und gehalten, mit irer Maiestat Rädten, Churfürsten, Fürsten, Geistlichen und Weltlichen, Prelaten, Grafen, Freyenherren, von Stetten, Rittern, Edlen und allen stenden des heil. Römischen reichs, auch ander treflichen Botschafften, so zu sölichem Reichstag erschynen seind. Etlich erfordert, die andern durch jr notdurfft wie die in disem truck hernachuoigend, all und ein yeder nach dem kürtzsten begriffen, und angezeichnet seind [o. O. u. J.]. Gleichzeitiger Druck mit Titelbild. 16. S. [Straßb. Univers.- u. Land.-Bibl. Do. XIIa 7 Maximilian I.]

Anshelm Valerius, Berner Chronik, hsg. vom histor. Verein des Kantons Bern Bd. IV, 1893.

Arbenz Emil, Die Vadianische Briefsammlung der Stadtbibliothek St. Gallen IV 1526—1530. (Mitteil. zur vaterländ. Geschichte, hsg. vom histor. Vereins in St. Gallen, Bd. XXVIII [= dritte Folge Band VIII].) St. Gallen 1902.

Arendt W. A., Bericht des Cornelius Ettenius, kaiserlichen Notars und Schreibers beim päpstlichen Archiv, über die Reise des Legaten Vorstius, Bischof von Aix, um dem röm. Könige und den deutschen Fürsten die allgemeine Kirchenversammlung in Mantua anzusagen. (Histor. Taschenbuch. Erste Folge 10. Jahrgang S. 465—556.) Leipzig 1839.

Auff kaiserlicher Maiestat erfordderung und ausschreiben, sind nachbenante Churfürsten und Fürsten Geistlich und weltlich erschinen zu Augspurg. Anno 1530 [o. O. u. J.]. München Kgl. Bibl. Eur. 333, 24.

1. Die Bücher, auf die nur gelegentlich hingewiesen wird, werden im Verzeichnis nicht angegeben.

- Balan Petrus, Monumenta Reformationis Lutheranae ex tabulariis secretioribus S. Sedis 1521—1525. 1884.
- Bär Max, Richard Erzbischof von Trier. (Allgemeine deutsche Biographie Bd. XXVIII [1889] S. 413—418.)
- Earack Karl Aug., Zimmerische Chronik, 2. verb. Aufl., 4 Bde. Freiburg i. Br. und Tübingen. (Bd. 1—3 1881, Bd. 4 1882.)
- Bauch Gustav, Johannes Rhagius Aesticampianus in Krakau, seine erste Reise nach Italien und sein Aufenthalt in Mainz. (Archiv für Literaturgesch., hsg. von Dr. Franz Schnorr von Carolsfeld, Bd. XII.) Leipzig 1884. (Seite 320—370.)
- Die Universität Erfurt im Zeitalter des Frühhumanismus. Breslau 1904.
- Aus der Geschichte des Mainzer Humanismus. (Beiträge zur Geschichte der Universitäten Mainz und Gießen. Archiv für hess. Geschichte und Altertumskunde, Neue Folge Bd. V.) Darmstadt 1907. S. 1—86.
- Baum Johann Wilhelm, Capito und Butzer, Straßburgs Reformatoren, (Leben und ausgewählte Schriften der Väter und Begründer der reformierten Kirche, III. Teil.) Elberfeld 1860.
- Baum Adolf, Magistrat und Reformation in Straßburg bis 1529. Straßburg 1887.
- Baumann Franz Ludwig, Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges aus Oberschwaben. (Biblioth. des literar. Vereins in Stuttgart Bd. 129.) Tübingen 1876.
- Akten zur Geschichte des Bauernkrieges aus Oberschwaben. Freiburg 1877.
- Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges aus Rotenburg an der Tauber. (Bibl. des literar. Vereins in Stuttgart Bd. 139.) Tübingen 1878.
- Baumgarten Hermann, Geschichte Karls V. 1. Bd. 1885, 2. Bd. erste Hälfte 1886, zweite Hälfte 1888, dritter Bd. 1892.
- Boos Heinrich, Franz von Sickingen und die Stadt Worms. (Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins. N. F. Bd. III, S. 384 bis 422.) Heidelberg 1888.
- Geschichte der rheinischen Städtkultur von ihren Anfängen bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Stadt Worms. Bd. IV. Zweite Ausgabe Berlin 1901.
- Bossert Gustav, Beiträge zur badisch-pfälzischen Reformationsgesch. (Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins. N. F. Bd. XVII [1902].)
- Brasse Ernst, Die Geschichte des Speyerer Nationalkonzils vom Jahre 1524. Diss. Halle 1890.
- Bremer F. P., Franz von Sickingens Fehde gegen Trier und ein

- Gutachten Claudius Contiunculas über die Rechtsansprüche der Sickingischen Erben. Straßburg 1885.
- Brieger Theod., Aleander und Luther. 1521. (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Reformation, 1. Bd.) Gotha 1884.
- Bucholtz F. B. von, Geschichte der Regierung Ferdinand I. Bd. 1—5 und Urkundenbuch. Wien 1831—1838.
- Bullinger Heinrich, Reformationsgeschichte, hsg. von J. J. Hottinger und H. H. Vögeli. Bd. I. 1838.
- Burckhardt Paul, Die Politik der Stadt Basel im Bauernkriege des Jahres 1525. Diss. Basel 1896.
- Chmel Joseph, Rilatione di M. Vincenzo Quirini Oratore á Massimiliano Imperatore l'anno 1506. (W. A. Schmidt's Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Bd. II, S. 272—288, 334—356.) Berlin 1844.
- Instruktion Erzherzogs Ferdinands von Oesterreich usw. für Carl von Burgund, Herrn von Bredam, den er seinem Bruder Karl (V.) abgesendet hat. 1524 im Juni. (Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen, Bd. I Heft 2 (1848), S. 83—150.)
- Nachträge zu: „J. Ed. Jörg. Deutschland in der Revolutionsperiode von 1522—1526“ usw. Freiburg i. Br. 1851. Aus dem Wiener H. H. und Staatsarchiv. (Notizenblatt. Beilage zum Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen 2. Jahrg. S. 37—38, 41—43, 57 f.) 1852.
- S. Monumenta Habsburgica I.₁.
- Clauß Joseph M. B., Historisch-topographisches Wörterbuch des Elsaß. Zabern 1895 ff. (im Erscheinen).
- Cochläus Johannes, Acta et Decreta concilii Triburiensis 1524.
- Code historique et diplomatique de la ville de Strasbourg. Vol. I, 2. Strasbourg 1843.
- Coelestinus Georgius, Historia Comitiorum Anno MD. XXX. Augustae celebratorum . . . in quartos Tomos distributa. Frankfurt a. O. 1597.
- Cohn L. A., Stammtafeln zur Geschichte der deutschen Staaten und der Niederlande. Braunschweig 1871.
- Cornelius C. A., Die Geschichtsquellen des Bistums Münster, hsg. von Freunden der vaterländischen Geschichte, Bd. II. Berichte der Augenzeugen über das Münsterische Wiedertäuferreich. Münster 1853.
- Dacheux L., Un réformateur catholique à la fin du XV^e siècle. Jean Geiler de Kaysersberg. Prédicateur à la cathédrale de Strasbourg. 1478—1510. Paris Straßburg 1876.
- Die ältesten Schriften Geilers von Kaysersberg. Freib. i. B. 1882.

- Annales de Sebastian Brant, (Bulletin de la Société pour la Conservation des Monuments historiques d'Alsace. IIe. sér. Vol. XV (1892) S. 209—279; XIX (1899) S. 33—260.)
- Des Heiligen Römischen Reichs Stendt, mit sampt den Churfürsten und Fürsten usw. Geystlichen und Weltlichen, so auff dem yetz verschinen löblichen Reichßtag zu Speyer in der Keyserlichen Reichstat in eygner person, mit jrer Ritterschaft des Adels, Doctoren und hoffgesindt, auch andere gesampte botschafften usw. erschinen des jars zweyntzigk und sechs mit jren titeln und namen klärliche beschreibung. 1526. [O. O.] (München Königl. Bibl. Eur. 332, 49.)
- Dierauer Johannes, Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Bd. II (bis 1516) 1892, Bd. III (1516—1648) 1907.
- Dittrich Franz, Die Nuntiaturberichte Giovanni Morones vom Reichstage zu Regensburg. (Histor. Jahrb. Bd. IV S. 395—472, 618 bis 679.) München 1883.
- Gasparo Contarini 1483—1542. Eine Monographie. Braunsberg 1885.
- Nuntiaturberichte Giovanni Morones vom deutschen Königshofe 1539—1540. (Quellen und Forschungen aus dem Gebiete der Geschichte. In Verbindung mit ihrem histor. Institute in Rom hsg. v. d. Görres-Gesellschaft, Bd. I Nr. 1.) Paderborn 1892.
- Duller Eduard, Neue Beiträge zur Geschichte Philipps des Großmütigen, Landgrafen von Hessen. Darmstadt 1842.
- Eckstorm H., Chronicon Walkenredense. Helmstedt 1617.
- Ehser Stephan, Kardinal Lorenzo Campeggio auf dem Reichstage von Augsburg 1530. (Römische Quartalsschrift für christliche Altertumskunde und für Kirchengeschichte. Jahrg. XVII S. 383 bis 406; XVIII S. 358—384; XIX S. 129—152.) Rom 1903 bis 1905.
- Amtliche Sammlung der Eidgenössischen Abschiede. Bd. III Abt. 2. Die Eidgenössischen Abschiede aus dem Zeitraum von 1500—1520, bearbeitet von Anton Philipp Segesser. Luzern 1869. Bd. IV Abt. 1 a. Die Eidgenössischen Abschiede von 1521—1528, bearbeitet von Joh. Strickler. Brugg 1873. Bd. IV Abt. 1 b. Die Eidgenössischen Abschiede von 1529—1532, bearbeitet von Joh. Strickler. Zürich 1876. Bd. IV Abt. 1 c. Die Eidgenössischen Abschiede von 1533—1540, bearbeitet von Karl Deschwanden. Luzern 1878.
- Eitner Theodor, Erfurt und die Bauernaufstände im 16. Jahrhundert. Diss. Halle 1903.
- Erdmannsdörffer B., Die Depeschen der venezianischen Gesandten

mit besonderem Bezug auf Deutschland. (Berichte über die Verhandlungen der königlich-sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften zu Leipzig. Philos.-histor. Klasse. Bd. IX S. 38—85.) Leipzig 1857.

Feyler Anna, Die Beziehungen des Hauses Württemberg zur schweiz. Eidgenossenschaft in der ersten Hälfte des XVI. Jahrhunderts. Diss. Zürich 1905.

Ficker Johannes, Die Konfutation des Augsburg. Bekenntnisses. Ihre erste Gestalt und ihre Geschichte. Leipzig 1891.

Ficker J. und O. Winckelmann, Handschriftenproben des 16. Jahrhunderts nach Straßburger Originalen. Bd. I Zur politischen Geschichte. Bd. II Zur geistigen Geschichte. Straßburg 1902, 1905.

Förstemann Karl Eduard, Urkundenbuch zu der Geschichte des Reichstages zu Augsburg I. II. Halle 1833, 1835.

Förstemann Ernst Günther 1860; s. Fr. Ch. Lesser.

— Joseph und Otto Günther, Briefe an Desiderius Erasmus von Rotterdam. (Beihefte zum Zentralblatt für Bibliothekswesen. Bd. XXVII.) Leipzig 1904.

Friedensburg Walter, Zur Vorgeschichte des Gotha-Torgauischen Bündnisses der Evangelischen 1525—1526. Marburg 1884.

— Der Regensburger Convent von 1524. (Historische Aufsätze dem Andenken an Georg Waitz gewidmet. Seite 502—539.) 1886.

— Der Reichstag zu Speier 1526 im Zusammenhang der politischen und kirchlichen Entwicklung Deutschlands im Reformationszeitalter. (Histor. Untersuchungen, hsg. von J. Jastrow Heft 5.) Berlin 1887.

— Nuntiaturberichte aus Deutschland nebst ergänzenden Aktenstücken. 1. Abt. 1533—1559. IV. Bd. Legation Aleanders 1538 bis 1539. Zweite Hälfte. (Im Auftrage des K. Preuß. Histor. Institutes in Rom.) Gotha 1893.

— Dr. Johann Ecks Denkschriften zur deutschen Kirchenreformation 1523. (Beiträge zur bayerischen Kirchengeschichte, hsg. von Dr. Th. Kolde. Bd. II [1895] S. 159—196, S. 222—253.)

Fries Lorenz, Die Geschichte des Bauernkrieges in Ostfranken, hsg. von A. Schäffer und Th. Henner. 2 Bde. Würzburg 1876 bis 1883.

Fritz Johannes, Das Territorium des Bisthums Straßburg um die Mitte des XIV. Jahrhunderts und seine Geschichte. Diss. Straßb. Köthen 1885.

Fürstenbergisches Urkundenbuch. Bd. IV. Quellen zur Geschichte der Grafen Fürstenberg vom Jahre 1480—1509. Unter Bei-

- hilfe von Dr. F. L. Baumann, bearbeitet von Dr. S. Riezler. Tübingen 1879.
- Gaß Joseph, Zur Mainzer Erzbischofswahl vom Jahre 1514. („Der Katholik.“ Jahrg. 74, II. S. 9—26.) 1894.
- Geiler von Kaysersberg, Sermones et varii tractatus Keiserspergii iam recens excusi. (Straßburg) 1518.
- Gény J., Die Reichsstadt Schlettstadt und ihr Anteil an den sozialpolitischen und religiösen Bewegungen 1490—1536. Freiburg 1900.
- Geß Felician, Urkundl. Nachrichten zur Geschichte der Reformation im Harzgebiet. (Zeitschrift des Harzvereins Bd. 24 S. 454 bis 485.) 1894.
- Akten und Briefe zur Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen. I. Bd., 1517—1524. Leipzig 1905. (Aus den Schriften der königl. sächs. Kommission für Gesch. Bd. X.)
- Glagau Hans, Hess. Landtagsakten. I. Bd. 1508—1521. (Veröffentlichungen der historischen Kommission für Hessen und Waldeck.) Marburg 1901.
- Goldschmidt Hans, Zentralbehörden und Beamtentum im Kurfürstentum Mainz vom 16. bis zum 18. Jahrhundert. (Abhandlungen zur Mittleren und Neueren Geschichte, hsg. von Georg v. Below, H. Finke, Fr. Meinecke. Heft 7.) Berlin und Leipzig 1908.
- Grabner Adolph, Zur Geschichte des zweiten Nürnberger Reichsregimentes 1521—1523. (Historische Studien veröffentlicht von E. Ebering. Heft 41.) Berlin 1903.
- Grandidier Ph. And., Oeuvres historiques inédites. T. IV. Colmar 1866.
- Gudenus Val. Ferd. de, Codex Diplomaticus Moguntinensis Tom. IV. Francof. et Lipsiae 1758.
- Guillimannus Franciscus, De episcopis Argentinensibus liber commentarius. Friburg i. Br. 1608.
- Häberlin D., Franz Dominicus, Die allgemeine Welthistorie. Neue Historie. Bd. IX, X, XI. 1771—1773.
- Harppecht Joh. Heinr. von, Staatsarchiv des Kayserl. und h. Röm. Reichs Cammer-Gerichts. Theil 2—5. Ulm 1758—1767.
- Hartfelder Karl, Zur Geschichte des Bauernkrieges in Südwest-Deutschland. 1884.
- (Haselberg.) Die Stend des hail. Röm. Reichs mit sampt allen Churfürsten und Fürsten etc. gaistl. und weltl., mit jren Titeln und geschickten Pottschaften, so zu Augspurg in der Kays. Reichstat, auff dem yetz uergangen, loblichen Reichstag er-

- schinen mitt zierlichen Freüden der Fürstl. Hochzeit, so der Durchlechtig hochgeborn Fürst Casimirus Marggraue zu Brandenburg etc. gehalten, wo, und an wölchen enden die vollendt worden ist etc. Augspurg 1518. (Straßb. Univ.- u. Landesbibl. Do. XII a. 7 Max. 1.)
- Häusser Ludw., Geschichte der rhein. Pfalz. I. Bd. Heidelberg 1845.
- Hegel K., Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrh., hsg. durch die (Münchener) histor. Kommission bei der Akademie der Wissenschaften. Bd. XVIII, 1. Mainz Bd. II. Leipzig 1882.
- Helwich Georg, Nobilitas Ecclesiae Moguntinae. Mainz 1614.
- Hennes J. H., Albrecht von Brandenburg Erzbischof von Mainz und von Magdeburg. Mainz 1858.
- Herminjard A. L., Correspondance des Reformateurs dans les pays de langue française. Tome VI. 1539—1540. T. VII. 1540 bis 1541. Paris 1883. 1886.
- Herrmann Fritz, Die evangelische Bewegung zu Mainz im Reformationszeitalter. Mainz 1907.
- Miscellanea Moguntina. (Beiträge zur hessischen Kirchengesch. III. Bd. redig. v. W. Diehl und W. Köhler. = Ergänzungsband III zum Archiv für Hess. Gesch. u. Altertumsk. N. F.) Darmstadt 1908. S. 187—204.
- Hertzog Bernh., Chonicon Alsataie. Straßburg 1592.
- Heuser Emil, Die Protestation von Speier. Geschichte der Protestation und des Reichstags 1529 nebst Veröffentlich. bisher unbekannter Nachrichten über diesen Reichstag. Neustadt a. d. Hdt. 1904.
- Heyd L. F., Ulrich Herzog zu Württemberg. I. Bd. Tübingen 1841.
- Hinschius Paul, Das Kirchenrecht der Kathol. und Protest. in Deutschland. Bd. II. Berlin 1878.
- Jacob Karl, Französ. Bemühungen um Straßburg im April 1519. (Zeitschrift für Gesch. des Oberrheins. N. F. Bd. XIII. 1898. S. 560—563.)
- Jacobs Eduard, Das Stolbergische Ratsjahrbuch. (Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte und Altertumskunde. S. 104—206.) 1894.
- Janssen Johannes, Frankfurts Reichskorrespondenz nebst verwandten Aktenstücken. Von 1376—1519. II. Bd. 2. Abt. aus der Zeit Kaiser Maximilians I. 1486—1519. Freiburg i. Br. 1872.
- Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters Bd. 1—3. Freiburg i. Br. 1878 ff.

- Joannis Georg, Christ., *Rerum Moguntiacarum Scriptores* Vol. I.—III. Francof. ad/M. 1722—1727.
- Jörg Jos. Edm., *Deutschland in der Revolutionsperiode von 1521 bis 1526*, Freiburg i. Br. 1851.
- Jovius Paul, *Geschichte der Grafen von Honstein*. (Sammlung vermischter Nachrichten zur Sächs. Gesch. Bd. X S. 1—143.) Chemnitz 1775.
- Jundt Aug., *Guillaume de Honstein. Scènes de la vie politique et ecclésiastique de Strasbourg à la fin du moyen-âge*. (Revue d'Alsace. N. S. Tome I. p. 441—473.) Colmar 1872.
- Jung A., *Beiträge zu der Geschichte der Reformation*. Straßburg und Leipzig 1830. 1. Abt. Geschichte des Reichstags zu Speyer in dem Jahre 1529. 2. Abt. Geschichte der Reformat. der Kirche in Straßburg und der Ausbreitung derselben in den Gemeinden des Elsasses.
- Kalkoff Paul, *Die Depeschen des Nuntius Aleander vom Wormser Reichstage. 1521*. 2. Aufl. 1897.
- W. Capito im Dienste Erzbischof Albrechts von Mainz 1907.
- Kaser Kurt, *Politische und Soziale Bewegungen im deutschen Bürgerthum zu Beginn des 16. Jahrhunderts mit besonderer Rücksicht auf den Speyerer Aufstand 1512*. Stuttgart 1899.
- Kawerau Gustav, *Der Briefwechsel des Justus Jonas*. (Geschichtsquellen der Provinz Sachsen u. angr. Gebiete, Bd. 17.) Halle 1884, 1885.
- Keim K. Th., *Schwäb. Reformationsgesch. bis zum Augsburger Reichstage*. Tübingen 1855.
- Kiener Fritz, *Zur Vorgesch. des Bauernkrieges am Oberrhein*. (Zeitschrift für Gesch. des Oberrheins. N. F. Bd. 19 S. 479—507.) 1904.
- Kisky Wilh., *Die Domkapitel der geistlichen Kurfürsten in ihrer persönlichen Zusammensetzung im 14. und 15. Jahrhundert*. (Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des deutschen Reiches im Mittelalter und Neuzeit. I, 3.) Weimar 1906.
- KiBling J. B., *Lorenz Truchseß von Pommersfelden (1473—1543) Domdechant von Mainz*. (Der Katholik. 1906. S. 1—27, 93 bis 124, 167—201.) Auch als Diss. erschienen.
- Kluckhohn Aug., s. *Reichstagsakten* Bd. I.
- Klupfel K., *Urkunden zur Geschichte des schwäbischen Bundes (1488 bis 1533)* I. u. II. Teil. 1846. 1853. (Bibl. des literar. Vereins in Stuttg. Bd. 14 u. 31.)
- Knaake J. K. F., *Christ. Scheurls Geschichtbuch der Christenheit*

- von 1511--1521. (Jahrb. des deutschen Reichs und der deutschen Kirche im Zeitalter der Reformation I.) Leipzig 1872.
- Knibb Phil., Geschichte der Reformation und Gegenreformation auf dem Eichsfelde. 1900.
- Knobloch Ludw., Das Territorium der Stadt Straßburg bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts. Leipzig-Reudnitz 1908.
- Koch Ernst Aug., s. Reichsabschiede.
- Köhler Joh. Dav., Histor. Münz-Belustigung. 12. Teil. Nürnberg 1740.
- Kolde Theod., Friedrich der Weise und die Anfänge der Reformation. Erlangen 1881.
- König J., Beiträge zur Geschichte der Universität Freiburg. (Freiburger Diöcesanarchiv Bd. 23 S. 61—120.) Freiburg 1893.
- Kraus Franz Xaver, Beiträge zur Geschichte des deutschen Bauernkrieges 1525. (Annalen des Vereins für Nassau. Altertumskunde und Geschichtsforschung Bd. 12.) 1873.
- Kraus Victor von, Itinerar. Maximiliani I. 1508—1518. (Archiv für österreichische Geschichte. Bd. 87 S. 229—318.) Wien 1899.
- Küch F., Polit. Archiv des Landgrafen Philipp des Großmütigen von Hessen. Bd. I. Leipzig 1904. (Publikation aus den kgl. Preuß. Staatsarchiven Bd. 78.)
- Kugler Bernh., Ulrich Herzog zu Württemberg. Stuttgart 1865.
- Laemmer Hugo, Monumenta vaticana historiam ecclesiasticam saec. XVI illustr. Friburgi Br. 1861.
- Langwerth von Simmern, Freiherr Ernst, Die Kreisverfassung Maximilians I. und der schwäb. Reichskreis. Heidelberg 1896.
- Lanz Karl, Correspondenz des Kaisers Karl V. Bd. I, II. 1513—1532 bis 1549. Leipzig 1844. 1845.
- s. Monumenta Habsburgica II.
- Lehmann Joh. Georg, Vollständ. Gesch. des Herzogtums Zweibrücken und seiner Fürsten. München 1867.
- Lenz Max, Briefwechsel Landgraf Philipps des Großmütigen von Hessen mit Bucer. I. (1529—1541). (Publikationen aus den Kgl. Preuß. Staatsarchiven. V. Bd.) Leipzig 1880.
- Leodius Hub. Thom., Annalium de vita et rebus gestis Friderici II. Electoris Palatini libri XIV. 1624.
- Lesser Friedr. Chr., Histor. Nachricht. von der ehem. kaiserl. und des heil. röm. Reichsfreien Stadt Nordhausen. Gedr. daselbst i. J. 1740. Umgearbeitet und fortgesetzt von E. G. Förstemann, Nordhausen 1860.
- Lünig Joh. Christ., Das teutsche Reichs-Archiv. 24 Bde. Leipzig 1711—1722.

- Luschin von Ebengreuth, Arnold, Vorläufige Mitteilungen über die Geschichte deutscher Rechtshörer in Italien, (Sitzungsberichte der kaiserl. Akademie der Wissenschaften zu Wien Bd. 127, Philos.-histor. Klasse.) 1892.
- Luther Martin, Werke, Kritische Gesamtausgabe Bd. 6. und 19. 1888. 1897.
- Maurenbrecher W., Geschichte der katholischen Reformation. 1880.
- May Jakob, Der Kurfürst, Kardinal und Erzbischof Albrecht II. von Mainz und Magdeburg, Administrator des Bistums Halberstadt usw. 2 Bde. München 1865. 1875.
- Mayer H., Die Matrikel der Universität Freiburg i. Br. von 1460 bis 1656. 1. Bd. Freiburg i. Br. 1907.
- Mehl Fritz, Die Mainzer Erzbischofswahl vom Jahre 1514 und der Streit um Erfurt in ihren gegenseitigen Beziehungen. Diss. Bonn 1905.
- Meinardus Otto, Der Katzenellenbog. Erbfolgestreit. Bd. I 1. Abt. und 2. Abt. Bd. II 1. und 2. Abt. 1899, 1902. (Veröffentl. der histor. Commission für Nassau I. II, IV.)
- Der Katzenellenbogische Erbfolgestreit und seine Bedeutung für die deutsche Geschichte. (80. Jahresbericht der Schles. Gesellschaft für vaterländische Kultur 1903, III. Abt. S. 63 bis 107.)
- Melanthonis Philippi, Opera quae supersunt omnia. Vol. II. (Epistolae 1530—1535). (Corpus Reformatorum Vol. II, ed. Carol. Gottl. Bretschneider.) Halle 1835.
- Merx O., Beiträge zur Geschichte der religiösen und sozialen Bewegung in den Stiften Mainz, Würzburg und Bamberg (1524 bis 1526). (Archiv des historischen Vereins für Unterfranken und Aschaffenburg. Bd. 49 S. 135—158.) Würzburg 1907.
- Metzner Joseph, Friedr. Nausea aus Waischenfeld, Bischof von Wien. Regensburg 1884.
- Monumenta Habsburgica, Sammlung von Aktenstücken und Briefen zur Geschichte des Hauses Habsburg aus dem Zeitraum von 1473—1576, hsg. von der historischen Kommission der kaiserl. Akademie der Wissenschaften zu Wien. I.1 Aktenstücke und Briefe zur Geschichte des Hauses Habsburg im Zeitalter Maximilians I. gesammelt . . . von Jos. Chmel. Wien 1854. II.1 Aktenstücke und Briefe zur Geschichte Kaiser Karls V. mitgeteilt von Karl Lanz, Wien. 1853.

- Moses Reinhold, Die Religionsverhandlungen zu Hagenau und Worms 1540—1541. Jena 1889.
- Müller F. W., Die elsässischen Landstände. Ein Beitrag zur Geschichte des Elsasses. Straßburg 1907.
- Müller Joh. Joach., Des heil. Röm. Reichs Teutscher Nation Reichstags-Staat, von anno 1500 biß 1508. Jena 1709.
- Münch Ernst, Franz von Sickingens Thaten, Plane, Freunde und Ausgang. 3 Bde. Stuttg. u. Tübingen. 1827—1829.
- Nausea, Epistolarum Miscellaneorum ad Fridericum Nauseam Blancicampianum, Episcopum Viennensem et singularium personarum libri X. Basileae 1550.
- Neudecker Ch. Gotthold, Urkunden aus der Reformationszeit. Cassel 1836.
- Ney Julius, Geschichte des Reichstages zu Speier im Jahre 1529. (S. Abdr. aus den Mittheilungen des histor. Vereins der Pfalz.) Hamburg 1880.
- Analekten zur Geschichte des Reichstags zu Speier im Jahre 1526. (Brieger's Zeitschrift für Kirchengeschichte Bd. VIII, IX, XII. 1886, 1888, 1891.)
- Noack Friedr., Die Wahl Ferdinands I. und die sächsische Kurstimme. (Forschungen zur deutschen Geschichte, Bd. XXII. Göttingen 1882.)
- Oßwald P., Lehn- und Erbzinsbuch des Kreuzstiftes zu Nordhausen. (Zeitschrift des Hartzvereins für Geschichte und Altertums. Bd. XXII.) 1889.
- Petri, Der Auszug der Rheingauer auf dem Wachholder. (Annalen des Vereins für Nassauische Altertums. Bd. 8. 1866.)
- Planitz Hans v. d., Des Kursächs. Rathes Hans von der Planitz Berichte aus dem Reichsregiment in Nürnberg 1521—1523. Gesammelt von Ernst Wülcker, bearbeitet von Hans Virck. Leipzig 1899.
- Politische Correspondenz der Stadt Straßburg im Zeitalter der Reformation, Bd. I (1517—1530) bearbeitet von Hans Virck, Bd. II (1531—1539) und Bd. III (1540—1545) bearbeitet von Otto Winckelmann. Straßburg 1882, 1887, 1898.
- Quellen zur Frankfurter Geschichte von A. Grotefond. Bd. II bearbeitet von A. Jung. Frankfurt 1888.
- Ranke Leopold von, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation. Bd. 1—4, 6. 5. Aufl. 1873.
- Redlich O., Der Reichstag zu Nürnberg 1522—1523. Diss. Leipzig 1887.
- Reichs-Abschiede, Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Abschiede. II. 1495—1551. Frankfurt a. M. 1747.

- Reichsland Elsaß-Lothringen, Das. Hsg. vom Statist. Bureau des Ministeriums für Elsaß-Lothringen. Straßburg 1901—1903, 3 Bde.
- Reichstagsakten, Deutsche, Jüngere Reihe, hsg. durch die histor. Kommission bei der bayerischen Akademie der Wissenschaften. Bd. I bearbeitet von Aug. Kluckhohn, Bd. II—IV bearbeitet von A. Wrede. Gotha 1893, 1896, 1901, 1905.
- Remling F. X., Urkundenbuch zur Geschichte der Bischöfe von Speyer (jüngere Urkunden). Mainz 1853.
- Geschichte der Bischöfe von Speyer Bd. II 1854.
- Rettberg P., Studien zum Verständnis der Politik des Kurfürsten Richard von Trier in den Jahren 1519—1526. Diss. Greifswald 1901.
- Reuss Rodolphe, Les Collectanées de Daniel Specklin. Chronique Strasbourgeoise du 16. siècle. (Bulletin de la Société pour la Conservation des monuments historiques d'Alsace. N. série. Strasb. Vol. XIII (1888) S. 157—360; Vol. XIV (1889) S. 1 bis 178, 201—404) auch als Sonderabdruck erschienen als: Vol. II der Fragments des anciennes Chroniques d'Alsace. 1890.
- Rhenanus, Briefwechsel des Beatus Rhenanus. Gesammelt und herausgegeben von A. Horawitz und Karl Hartfelder. Leipzig 1886.
- Richter E. A., Der Reichstag zu Nürnberg 1524. Leipziger Diss. 1888.
- Richter P., Geschichte des Rheingaus. 1902.
- Röhrich Timotheus Wilh., Mitteilungen aus der Geschichte der evangelischen Kirche des Elsasses. I, III. 1855.
- Rommel Christoph von, Geschichte von Hessen. Bd. III und IV. (3. Teil.) Kassel 1827, 1830.
- Roth Fr., Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, hsg. durch die (Münchener) hist. Kommission bei der Akademie der Wissenschaften. Bd. XXIII. Augsburg Bd. 4. Leipzig 1894.
- Roth F., Zur Geschichte des Reichstages zu Regensburg im Jahre 1541. I. (Archiv für Reformationsgeschichte, hsg. v. W. Friedensburg. 2. Jahrg. S. 250—307.) Berlin 1905.
- Sattler Christ. Friedr., Geschichte des Herzogthums Württemberg unter der Regierung der Herzogen. 1. bis 3. Teil. Tübingen 1769—1771.
- Sanuto, J. Diarii di Marino Sanuto (1496—1533). Tomi 58. Venezia 1879—1902. — Tomo VII (1882 1. III. 1507 bis 28. II. 1509, t. XXXVIII (1893) 1. III. 1525 bis 31. V. 1525, t. XXXIX (1894) 1. VI. 1525 bis 30. IX. 1525, t. XL (1894) 1. X. 1525 bis

28. II. 1526, t. XLII (1895) 1. VII. 1526 bis 30. IX. 1526, t. L (1898) 1. III. 1526 bis 30. VI. 1526, public. per cura di R. Fulin, Frederico Stefani, Guglielmo Berchet, Nicolo Barozzi; t. LIII (1899) 1. III. 1530 bis 30. IX. 1530 public. per cura di Guglielmo Berchet, Nicolo Barozzi, Marca Allegri.
- Schieß F., Briefwechsel der Brüder Ambrosius und Thomas Blaurer 1509—1548. Bd. I. Freiburg 1908.
- Schirmacher Friedr. Wilh., Briefe und Akten zur Geschichte des Religionsgespräches zu Marburg 1529 und des Reichstages zu Augsburg 1530; nach der Handschrift des Joh. Aurifaber nebst den Berichten der Gesandten Frankfurt a. M. Gotha 1876.
- Schmid Gustav und Paul Zimmermann, Das Grabdenkmal Graf Ernst VII. von Honstein im Kloster Walkenried. (Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte und Altertumskunde Bd. XII.) 1889. S. 202—224.
- Schmidt Charles, Histoire littéraire de l'Alsace à la fin du XVe et au Commencement du XVIe siècle I. II. Paris 1879.
- Schmidt Julius, Beschreibende Darstellung der älteren Bau- und Kunstdenkmäler des Kreises Grafschaft Hohenstein. (Beschreibende Darstellung der älteren Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Sachsen, hsg. von der historischen Kommission der Provinz Sachsen. XII. Heft.) Halle 1889.
- Schoepfin Joh. Daniel, Alsatia Diplomatica. II. Bd. Mannheim 1775.
- Schornbaum Karl, Zur Politik des Markgrafen Georg von Brandenburg vom Beginne seiner selbständigen Regierung bis zum Nürnberger Anstand 1528—1532. München 1906.
- Schulte Aloys, Die Fugger in Rom 1495—1523. Mit Studien zur Geschichte des kirchlichen Finanzwesens jener Zeit. 2. Bde. Leipzig 1904.
- Schum Wilh., Cardinal Albrecht von Mainz und die Erfurter Kirchenreformation (1514—1533). (Neujahrsblätter, hsg. von der histor. Kommission der Provinz Sachsen. 2. Heft.) 1878.
- Schunck Joh. Peter, Beyträge zur Mainzer Geschichte mit Urkunden. 3 Bde. 1788—1790.
- Spahn Martin, Johannes Cochläus. Berlin 1898.
- Spangenberg Cyriacus, Hennebergische Chronica. Straßburg 1599.
- Stälin, Christoph Friedr. von, Wirtembergische Geschichte. Teil III, IV. 1856, 1873.
- Aufenthaltsorte K. Karls V. (Forschungen zur deutschen Geschichte Bd. 5. S. 563—587.) 1865.
- Steinhofer Joh. Ulrich, Ehre des Herzogtums Wirtemberg in seinen

- durchlauchtigsten Regenten oder der Neuen Wirttemberg. Chronik 4. Teil, Stuttgart 1755.
- Stimming Manfred, Die Wahlkapitulationen der Erzbischöfe und Kurfürsten von Mainz (1233—1788). Göttingen 1909.
- Stoy Stephan, Erste Bündnisbestrebungen evangelischer Stände. (Zeitschrift des Vereins für thüringische Geschichte und Altertumskunde. N. F. 6 (Bd. 14). S. 1—270.) 1889.
- Strickler Joh., Aktensammlung zur schweizerischen Reformationsgeschichte in den Jahren 1521—1532. 1. u. 2. Bd. Zürich 1878, 1879.
- Strobel Adam Walth., Vaterländische Geschichte des Elsasses. 2. Ausg. Teil 3 u. 4. Straßburg 1851.
- Thorbecke Aug., Eine Einladung der Stadt Heidelberg vom 15. November 1523 an die Stadt Mülhausen i. Els. zu einem Schützenfest. (Neues Archiv für die Geschichte der Stadt Heidelberg und der rheinischen Pfalz. Bd. IV. S. 188—196.) 1901.
- Thüringen und der Harz mit ihren Merkwürdigkeiten, Volkssagen und Legenden. 7. Bd. Sondershausen 1842.
- Ulmann Heinrich, 5 Jahre Württembergischer Geschichte unter Herzog Ulrich. 1515—1519. Leipzig 1867.
- Franz von Sickingen. Leipzig 1872.
- Kaiser Maximilian I. 2. Bd. Stuttgart 1891.
- Franz von Sickingen. (Allgemeine deutsche Biographie. Bd. 34. S. 151—158.) 1892.
- Virck H., Melanchtons polit. Stellung auf dem Reichstag zu Augsburg. (Zeitschrift für Kirchengeschichte. Bd. IX. S. 67—104, 293—340.) 1888.
- s. Planitz und Polit. Correspondenz der Stadt Straßburg Bd. 1.
- Vogt W., Die Correspondenz des schwäbischen Bundeshauptmanns Ulrich Artzt von Augsburg aus den Jahren 1524—1527. 4 Bde. 1879—1883. (S. A. aus der Zeitschrift des historischen Vereins für Schwaben und Neuburg.)
- Walchner K. und Johann Bodent, Biographie des Truchsessens Georg III. von Waldpurg. 1832.
- (Waldau Georg Ernst), Materialien zur Geschichte des Bauernkrieges in Franken, Schwaben, Thüringen usw. im Jahre 1525. 3. Lieferung. Chemnitz 1794.
- Warhafftige und aigentliche verzeichnüs der Allerdurchlechtigsten unnsrer aller gnedigsten herrn Kayser Karls des fünfften sambt, seiner Kayser, Maiestat Bruders König Ferdinanden etc. Weg-nemen oder Raiß, nach enndung jüngst gehaltenen Kayserl. Reychstags, von Augspurg nach Cölln, zu der fürgenommen

Election des Röm. Königs, . . . Alles verlossen, zum tail jm 30. und das maist jm 31. Jar. [o. O. u. J.]. München. Kgl. Bibl. Eur. 333, 39.

Weech Friedr. von, Badische Geschichte. Karlsruhe 1896.

Wegeler Julius, Rich. von Greiffenklau zu Vollraths, Erzbischof und Kurfürst von Trier 1511—1531. Trier 1881.

Weissenborn J. C., Hermann, Akten der Universität Erfurt. 1. Teil. (Geschichtsquellen der Provinz Sachsen. 8. Bd. Teil 1.) Halle 1881.

Wiegand Wilh., Wilhelm von Honstein, Bischof von Straßburg 1506 bis 1541. (Allgemeine deutsche Biographie. Bd. 43. S. 205 bis 207.) Leipzig 1898.

Wimpfeling Jacob, Argentinensium Episcoporum Catalogus (Straßburg) 1508.

(—) De vita et moribus episcoporum aliorumque prelatorum principum Libellus, etiam privatis personis utilis. Straßburg 1512.

Winckelmann Otto, Der Schmalkald. Bund 1530—1532 und der Nürnberg. Religionsfriede. Straßburg 1892.

— S. Joh. Ficker u. O. Winckelmann, Handschriftenproben. Polit. Correspond. d. Stadt Straßburg Bd. II, III.

Wormser Chronik von Friedrich Zorn mit den Zusätzen Franz Bertholds von Flersheim, hsg. von Wilh. Arnold. (Bibliothek des literarischen Vereins in Stuttgart Bd. 43.) Stuttgart 1857.

Wrede Adolf, s. Reichstagsakten Bd. II—IV.

Wülcker Ernst, s. Planitz.

Zimmermann W., Allgemeine Geschichte des großen Bauernkrieges. 3 Bde. Neue Ausg. 1854.
